Historiker
GENOSSENSCHAFT

Aufarbeitung der Unternehmensgeschichte der Bauer Media Group während der Zeit des Nationalsozialismus

erstellt von der
Historiker-Genossenschaft eG, Hamburg

Autoren:
Dr. Claudia Bade
Dr. Imke Johannsen
Dr. des. Christian Zech

Projektkoordination:
Dr. Holger Martens

September 2024

Inhalt

Einleitung 1
A. Eine Skizze der Frühphase der Firma Heinrich Bauer 5
B. Grundstückskäufe und die Beteiligung an einer Geschäftsübernahme unter dem Aspekt der *Arisierung* 11
I. Die Entnazifizierungsfragebögen von Heinrich Bauer und Alfred Bauer 12
1. Vorbemerkungen: Zwischen Standardisierung und Individualisierung 12
2. Heinrich Bauer 16
3. Alfred Bauer 21
4. Zwischenfazit 35
II. Die einzelnen Transfers 38
1. Vorbemerkungen: *Arisierung* und Restitution 38
2. Königgrätzstraße 5 42
3. Löwenstraße 24–26 und Löwenstraße 28–30 47
4. Schützenpforte 9 60
5. Das Kaufhaus Hoheluft und Hoheluftchaussee 93 77
6. Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221 107
7. Schöne Aussicht 22 122
8. Zwischenfazit 126
III. Jüdische Bewohner*innen der Mietshäuser 128
1. Vorbemerkungen 128
2. Löwenstraße 30 130
3. Alsterdorfer Straße 59–61 132
4. Lattenkamp 8–10 134
5. Hoheluftchaussee 91 138
6. Hoheluftchaussee 93 143
7. Zwischenfazit 144
Ergebniszusammenfassung: Abschnitt B 146

C. Der Heinrich Bauer Verlag und das Zeitschriftengeschäft 152
I. Ein neues Genre: Rundfunkzeitschriften aus dem Hause Bauer 156
1. Die „Rundfunk-Kritik“ etabliert sich auf dem Markt der Rundfunkzeitschriften (1926–1928) 157
2. Erfolgreiche Umstrukturierung und Umbenennungen: Über die „Funk-Woche“ zur „Funk-Wacht“ (1928) 163
II. Ausbau und Erweiterung der „Funk-Wacht“ (1928–1932) 168
1. Leserschaft und Auflagenstärke 169
2. Mitarbeitende in Druckerei, Verlag und Redaktion 175
3. Herstellung und technische Produktion der Zeitschrift 178
4. Inhaltliche Gestaltung 181
Exkurs: Die „Funk-Wacht“ als Quelle für die historische Forschung 184
III. Die „Funk-Wacht“ im Jahr 1933 187
1. Auf Anpassungskurs 188
2. Die „Funk-Wacht“ etabliert sich im Nationalsozialismus 192
3. Die Übernahme der Programmzeitschrift „Die Norag“ 196
IV. Ein Fortsetzungsroman im Fokus: „Das Ende der Eisernen Mannen“ (1933/34) 202
1. Kontroversen um eine Reaktivierung der „Funk-Wacht“ (1945–1949) 202
2. Die Romanveröffentlichung als Ausgangspunkt der Kritik: Genre, Präsentation, Inhalt und Autorenschaft 215
3. Der Ausgang des Lizenzierungsverfahrens 249
V. Die Erweiterung des Zeitschriftengeschäfts ab 1934 256
1. Wachstum und personeller Wandel: Die „Funk-Wacht“ 1934–1939 257
2. Erwerb der „Lesepause“: Roman- und Unterhaltungs-Wochenschrift mit Bildern (1935–1936) 278
VI. Der Heinrich Bauer Verlag im Zweiten Weltkrieg 288
1. Die „Funk-Wacht“ von 1939 bis zur Einstellung 289
2. Bauer übernimmt „Die Welt von Heute“ (1940–1943) 293
Kurzübersicht: Zusammenfassung Abschnitt C 298

D. Unterbringung von italienischen Militärinternierten im Heinrich-Bauer-Haus 305
I. Forschungsstand und verwendete Quellen 306
II. Historischer Hintergrund 308
III. Juristische Grundlage 311
IV. Bedarf an Arbeitskräften und Unterkünften in Hamburg 312
Zusammenfassung und Ausblick: Abschnitt D. 316

Zusammenfassende Schlussbetrachtung 319
1. Grundstückskäufe und die Beteiligung an einer Geschäftsübernahme unter dem Aspekt der *Arisierung* 319
2. Das Zeitschriftengeschäft und die Entwicklung der „Funk-Wacht“ 329
3. Unterbringung von italienischen Militärinternierten im Heinrich-Bauer-Haus an der Schützenpforte 11 ab Ende 1943 337
Abschluss 338

Abkürzungsverzeichnis 340

Quellen- und Literaturverzeichnis 342
I. Ungedruckte Quellen 342
II. Gedruckte Quellen 344
III. Literatur 346
IV. Persönliche Auskünfte 352
V. Datenbanken, Websites 352

Einleitung

Im Mai 2023 erhielt die Historiker-Genossenschaft eG von der Heinrich Bauer Verlag KG den Auftrag, eine Studie zu dem Thema „Aufarbeitung der Unternehmensgeschichte der Unternehmen der Bauer Media Group während der Zeit des Nationalsozialismus“ zu erstellen. Das Unternehmen steht seit geraumer Zeit wegen der nicht aufgearbeiteten NS-Vergangenheit in der Kritik. Dies hat in den letzten Jahren zu einer Reihe von kritischen Beiträgen in unterschiedlichen Formaten (Print, TV, online) geführt. Die öffentliche Debatte beschäftigte sich im Wesentlichen mit der Zeitschrift „Funk-Wacht“ und dem Erwerb von Grundstücken, die sich zuvor im Besitz jüdischer Eigentümer*innen befunden hatten. Zuletzt wurde die Unterbringung von Zwangsarbeitenden im zum damaligen Zeitpunkt leerstehenden Verlagsgebäude eingehend thematisiert.

Die populäre Rundfunk-Programmzeitschrift „Funk-Wacht“ des Heinrich Bauer Verlags (HBV) steigerte ihre Auflage im Nationalsozialismus beträchtlich. Inhaltlich passte sie sich binnen kurzer Frist an die nationalsozialistische Ideologie an und verbreitete bis zu ihrer Einstellung im Jahr 1941 NS-Propaganda. Besondere Aufmerksamkeit erfuhr in diesem Rahmen der Abdruck eines Fortsetzungsromans Ende 1933/Anfang 1934 mit dem Titel „Das Ende der Eisernen Mannen“ des Autors Ernst Johannsen. In der Forschungsliteratur wird die Veröffentlichung des Textes als „spezielle Form der Anbiederung an die neuen Machthaber“ gedeutet.[1] In der NS-Zeit waren Heinrich Bauer und sein Sohn Alfred Bauer die Hauptakteure der Unternehmensführung. Als Privatpersonen oder als Vertreter der Firma erwarben sie in den 1930er-Jahren mehrere Grundstücke und beteiligten sich an der Übernahme eines Kaufhauses. Diese Erwerbe und die Geschäftsübernahme in der NS-Zeit führen zwangsläufig zu der Frage, wie sich diese unter dem Aspekt der *Arisierung* betrachten lassen. Zu sämtlichen Erwerben wie auch zu der Geschäftsübernahme fanden nach 1945 Rückerstattungsverfahren statt. Ab Ende 1943 waren im Verlagsgebäude italienische Militärinternierte untergebracht. Die mediale Aufmerksamkeit zu diesem Thema gibt hinreichend Anlass, die genauen Hintergründe der Einquartierungen zu beleuchten.

1 Karl C. Führer, Medienmetropole Hamburg. Mediale Öffentlichkeiten 1930–1960, Hamburg 2008, S. 198.

Die Aufgabe der Historiker-Genossenschaft eG bestand darin, auf der Grundlage ermittelbarer Quellen und der zur Verfügung stehenden Literatur ein umfassendes Bild über den Heinrich Bauer Verlag in der NS-Zeit zu erstellen. Dabei wurde besonders auf die bereits in der öffentlichen Diskussion stehenden Punkte eingegangen.

Eine besondere Herausforderung ergab sich aus der Quellenlage: Die Bauer Media Group verfügt über kein Unternehmensarchiv. Auch nach intensiven Recherchen in der Dokumentationsabteilung, in verschiedenen (Alt-)Registraturen und Kellerräumen ließen sich – abgesehen von einzelnen Druckschriften beziehungsweise Zeitschriftenjahrgängen – keine Unterlagen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausfindig machen. Unterlagen aus dem Unternehmen reichten nur bis in die 1950er-Jahre zurück und waren nur in Einzelfällen inhaltlich für die Studie von Bedeutung. Nachforschungen innerhalb der Unternehmerfamilie zu Hinterlassenschaften aus jener Zeit im Privatbesitz verliefen ebenfalls erfolglos. In Ermangelung von Quellen für das geplante Projekt hat die Bauer Media Group in den Jahren 2021 und 2022 die Sichtung des öffentlich zugänglichen Quellenmaterials beauftragt. In diesem Zuge konnten 67 Quellen für den Zeitraum von 1873 bis 1995 recherchiert werden, die sowohl unmittelbar als auch mittelbar mit der Unternehmensgeschichte des Heinrich Bauer Verlags im Zusammenhang stehen.[2] Bei der vorliegenden Studie konnte die Historiker-Genossenschaft eG auf diese Zusammenstellung zurückgreifen. Daran anknüpfende, intensive Recherchen führten zu einer erheblichen Ausweitung des Quellenbestands. Für die Studie wurden mehr als 300 Archivquellen sowie zahlreiche Periodika des Heinrich Bauer Verlags berücksichtigt.

Die Beschaffung der Materialien erwies sich teils als herausfordernd. Unterlagen zum Erwerb der Grundstücke ließen sich nur bedingt ausfindig machen. Die erworbenen Grundstücke sind mehrheitlich nicht mehr im Besitz der Familie. Nicht zu allen Transfers sind elementare Unterlagen wie die Kaufverträge überliefert. Ferner ist wenig darüber bekannt, wie sich die Besitztransfers angebahnt hatten und wie die Preisverhandlungen verlaufen waren. Die Bauers ließen ihre Immobilien vom Haus- und Hypothekenmakler Albert Schwarke & Sohn verwalten. Auf seinem Entnazifizierungsfragebogen gab Albert Schwarke an, dass sämtliche Firmendokumente 1943 in

2 Vgl. Abschlussbericht über die inhaltliche Erschließung historischer Quellen zur Unternehmensgeschichte des Heinrich Bauer Verlags im Zeitraum von ca. 1920–1960 (erweitert auf die Zeit von 1873–1995), 07.02.2022.

den Büroräumen am Speersort 8 „verbrannt“ seien.[3] Für die Untersuchung wurde vor allem auf zwei Bestände des Staatsarchivs der Freien und Hansestadt Hamburg zurückgegriffen: auf die überlieferten Akten des Oberfinanzpräsidenten (Devisenstelle) und auf die tradierten Unterlagen der Rückerstattungsverfahren vom Amt für Wiedergutmachung und von der Wiedergutmachungskammer am Landgericht Hamburg. Unterlagen, die die ersten 75 Jahre der Verlagsgeschichte betreffen, ließen sich ebenfalls nur in äußerst begrenztem Umfang ausfindig machen. Umso relevanter erschien es, bei den Recherchen auch die Gründungsgeschichte und das Engagement des Verlags in der Weimarer Republik zu berücksichtigen. Demgegenüber ist die Materialdichte im Bereich der Periodika, die vom Heinrich Bauer Verlag vor 1950 gedruckt oder herausgegeben wurden, immens – die Titel sind aber zumeist unvollständig erhalten und weit über die Bibliotheks- und Archivlandschaft verstreut. Für die vorliegende Studie erschien es geboten, den Schwerpunkt der Untersuchung auf die Rolle und Ausgestaltung der „Funk-Wacht“ beim Übergang in die Diktatur und während der nationalsozialistischen Machtkonsolidierung zu legen. Das Quellenkorpus der „Funk-Wacht“-Gesamtausgabe umfasst mehrere zehntausend Seiten mit Klein- und Kleinstschriftgrößen. Ferner ist zu berücksichtigen, dass die „Funk-Wacht“ zwischenzeitlich in mehreren Regionalausgaben erschien. Die Dokumentationsabteilung der Bauer Media Group hält zwar große Teile der Jahrgänge von 1930 bis 1940 (in erster Linie von der „Nordfunk“-Ausgabe) vor. Aber selbst hier klaffen mehr oder weniger große Lücken. Mal fehlen nur einzelne Seiten, mal fehlen einzelne Ausgaben und bisweilen Ausgaben ganzer Monate. Besonders groß sind die Überlieferungslücken in den Jahrgängen 1933 und 1936. Der Jahrgang 1941 fehlt vollständig. Einzelne Ausgaben wurden daher auch in der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky, der Bibliothek des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors in Berlin und der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig recherchiert und eingesehen.

Im Vorfeld der Texterstellung hat die Historiker-Genossenschaft eG die für die Studie relevanten und bereits ermittelten Quellenbestände gesichtet und ausgewertet. Darüber hinaus wurden in einschlägigen Archiven und Beständen zahlreiche weitere Unterlagen recherchiert. Im Zuge dessen wurden verschiedene Personen (Mitarbeitende, Redakteur*innen etc.) ermittelt, die im Zeitraum der 1920er- bis 1950er-Jahre mit

3 StAHH, 221-11, Z 8584, F. Einkommen / F. Income.

dem Bauer Verlag in Verbindung standen. Zu diesem Personenkreis wurden Nachforschungen nach NSDAP-Mitgliedschaften, Entnazifizierungsakten, Wiedergutmachungsakten und Nachlässen angestellt. Ferner wurden mit den Familienangehörigen Yvonne Bauer, Heinz Bauer, Frau von Alten und Niels Hollmann Gespräche geführt. Torsten Skowasch hat ausführlich Auskunft zu den von ihm durchgeführten Recherchen zum Hauptsitz des Bauer Verlag gegeben und die Mitarbeiterinnen der Öffentlichkeitsarbeit, Ulrike Abratis und Gina Ziebell, haben uns zu jedem Zeitpunkt und mit großem Engagement bei allen Fragen hilfreich zur Seite gestanden. Unter Berücksichtigung dieser Materialien und Periodika, des aktuellen Forschungsstands und der Medienberichterstattung zur Unternehmensgeschichte hat die Historiker-Genossenschaft eG die vorliegende Studie erstellt und im September 2024 an die Bauer Media Group übergeben.

An der Erstellung der Studie waren beteiligt:
Dr. Claudia Bade (Textabschnitt D. zum Thema Zwangsarbeit)
Dr. Imke Johannsen (Textabschnitte A. und B. zum Themenkomplex Grundstückserwerbe und *Arisierung*)
Dr. Holger Martens (Projektkoordination und Recherchen)
Dr. des. Christian Zech (Textabschnitt C. zum Themenkomplex Verlag/„Funk-Wacht“)

A. Eine Skizze der Frühphase der Firma Heinrich Bauer

Anfang Januar 1875 eröffnete der Lithograf Johann Andreas Ludolph Bauer im damaligen Hamburger Vorort Rothenburgsort ein Geschäft. Erste Hinweise auf den Standort dieses Betriebs, dessen Ausrichtung sowie auf dessen Inhaber geben die Hamburger Adressbücher. Obschon die in Adressbüchern enthaltenen Informationen unter Umständen zeitverzögert aufgenommen wurden und „ein auf ein Jahr angelegtes Verfallsdatum“ besaßen, vermögen sie dennoch „Kontinuitäten und Änderungen“ aufzuzeigen.[1] Der Bauer'sche Betrieb befand sich im späten 19. Jahrhundert und bis in die 1920er-Jahre hinein am Billhorner Röhrendamm und ab Mitte der 1910er-Jahre mit einem zweiten Standort im Billhorner Mühlenweg.[2] Das Geschäftsfeld des Betriebs wurde zunächst mit „Lithographie und Steindruckerei“ ausgewiesen.[3] Im Adressbuch für 1880 war erstmals die Erweiterung um eine Buchdruckerei verzeichnet.[4] Für 1900 war ausschließlich die Buchdruckerei aufgeführt, zu der in der Adressbuch-Ausgabe für 1901 eine Papierhandlung hinzukam, die ab 1904 nicht länger vermerkt war.[5] In den Hamburger Adressbüchern ab 1919 war der Buchdruckerei der Geschäftszweig Buchbinderei hinzugefügt.[6] Das Geschäft trug bis einschließlich des Jahres 1903 den Namen „J. A. L. Bauer“. Eine Ausnahme bestand insofern für das Jahr 1881, als der entsprechende Adressbuch-Eintrag „Bauer, J. A. L., in Firma Bauer & Baltzer“ lautete.[7] Ab 1904 änderte sich die Firmenbezeichnung vorerst in „J. A. L. Bauer & Söhne“. Als Inhaber wurden „Andr., Heinr. u. Louis Bauer“ aufgezählt.[8] Für die Jahre 1907 und 1908 waren jeweils nur zwei Inhaber eingetragen: „Heinr. u. Louis Bauer“ beziehungsweise „Heinr. u. J. A. L. Bauer“, bevor die Firma ab 1909 fortan unter dem Namen „Heinrich Bauer“ firmierte.[9]

1 Michael Bretschneider (unter Mitarbeit von Jörg Schumacher), Das Difu erkundet seinen neuen Standort. Gebäudenutzung in der Zimmerstraße 13–15 von 1799 bis 1943 anhand der Berliner Adressbücher, Berlin 2010, S. 9.
2 Hamburgisches Adressbuch für 1877ff. Nach den Adressbüchern variierten im Laufe der Zeit die Hausnummern der Anschriften.
3 Hamburgisches Adressbuch für 1877, S. 26.
4 Hamburgisches Adress-Buch für 1880, S. 18.
5 Hamburger Adress-Buch 1900, S. III-30; Hamburger Adress-Buch 1901, S. II-30; Hamburger Adressbuch 1904, S. II-27.
6 Hamburger Adressbuch 1919ff.
7 Hamburgisches Adress-Buch für 1881, S. 18.
8 Hamburger Adressbuch 1904, S. II-27.
9 Hamburger Adressbuch 1907, S. II-33; Hamburger Adressbuch 1908, S. II-36; Hamburger Adressbuch 1909, S. II-37.

Welche geschäftliche Schwerpunktsetzung nicht in den Adressbüchern festgehalten wurde, war die Buchhandlung. Gleichwohl scheint es Ambitionen auf diesem Geschäftsfeld gegeben zu haben. Davon zeugen zwei Aufnahmeanträge, die in den 1910er-Jahren an den Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig adressiert waren. Ein erster Antrag auf Aufnahme in das Börsenblatt und in das Adressbuch des Deutschen Buchhandels wurde im April 1914 gestellt. Im „Auskunftsbogen für Sortimentsbetriebe“ erklärte die Firma Heinrich Bauer ihre Bereitschaft, die „Verkehrs- und Verkaufsordnung“ des Börsenvereins zu befolgen.[10] In die Zeile „Name des Besitzers oder verantwortlichen Geschäftsleiters“ wurde Heinrich Bauer eingetragen. Zusätzlich wurde angegeben, dass Bauer selbst keine buchhändlerische Ausbildung besaß und sich zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht in „abhängiger Stellung“ befand. Das Geschäft sei bei der zuständigen Behörde als „Buchdruckerei u. Papierhandlung“ angemeldet und dementsprechend auch handelsgerichtlich registriert, wobei der hauptsächliche Betrieb in der Papierhandlung bestehe. Die Firma verfüge über einen Verkaufsraum „mit einem den örtlichen Verhältnissen angemessen ausgestatteten Bücherlager“. Mit Büchern beliefert werde sie durch die Buchhandlung Neumann & Langrock sowie durch die Kramer’sche Sortimentsbuchhandlung. Da das Geschäft weder eine Kolportagebuchhandlung noch eine Vereinsbuchhandlung noch eine Reisebuchhandlung darstellte, blieben die diesbezüglichen Fragen unbeantwortet. Dieser Aufnahmeantrag wurde im Mai 1914 abgelehnt. Die Geschäftsstelle des Börsenvereins begründete die Entscheidung damit, dass es sich bei der Firma Heinrich Bauer „lediglich um ein Papierwarengeschäft verbunden mit etwas Druckerei handelt“, die damit nicht die „Anforderungen“ des Börsenvereins erfülle.[11] Diese Entscheidung stützte sich auf eine Einschätzung des Hamburg-Altonaer Buchhändler-Vereins, der ein lokales Organ des Börsenvereins war und seinerseits das Bauer’sche Geschäft statt als „Vollbuchhändler“ nur als „Wiederverkäufer“ einstufte.[12]

Knapp drei Jahre später, im März 1917, beantragte die Firma Heinrich Bauer erneut die Aufnahme in das Börsenblatt und das Adressbuch des Deutschen Buchhandels. Hatte beim ersten Antrag noch die Otto Maier GmbH aus Leipzig als Kommissionär fungiert, übernahm diese Rolle jetzt das Theodor Thomas Komm.-Geschäft aus Leipzig. Der Auskunftsbogen für Sortimentsbetriebe wurde dieses Mal ausführlicher

10 Diese und folgende Informationen stammen aus StA-L, 21765, F 18253, Bll. 37 u. 39.
11 Ebd., Bl. 36.
12 Ebd., Bl. 38.

ausgefüllt und die buchhändlerische Schwerpunktsetzung betont. Während 1914 bei der Frage nach dem „Hauptbetrieb“ nur die „Papierhandlung“ angegeben worden war, wurde 1917 diese Frage mit „Buchdruckerei u Papierhandlg“ beantwortet.[13] Es wurde noch ergänzt, dass „seit 1907 besonders [der] Buchhandel gefördert u Schundliteratur vermieden“ worden sei und dass die Firma „demnächst eine buchhändlerisch ausgebildete Verkäuferin engagieren“ wolle.[14] Ferner seien im Jahr 1915 Bücher im Wert von 3.117,22 M und im Jahr 1916 im Wert von 4.479,72 M „bezogen“ worden.[15] Diese seien von verschiedenen in Hamburg ansässigen Buchhandlungen geliefert worden – weiterhin von der Kramer’schen und der Neumann & Langrock Buchhandlung, darüber hinaus von den Buchhandlungen H. Carly, A. Langrock, Boysen & Maasch, Willy Sauerberg sowie von der Herold’schen Buchhandlung. Mit dem Vermerk auf dem Auskunftsbogen, dass das Gebiet des Billhorner Ausschlags, der Veddel sowie eines Teilstücks von Hammerbrook zusammen 99 500 Bewohner umfasse, „ohne jegliche offizielle Buchhandlung“ sei und dass 1914 in diesem Gebiet „eine Realschule ohne Vorschule“ gegründet worden war, wurde die Relevanz des Ladengeschäfts der Firma Heinrich Bauer für die genannte Region hervorgehoben. Was auffällt, sind die aufgeführten Jahreszahlen: Die Jahreszahl 1875 erschien nicht mehr als Gründungsdatum. Stattdessen wurde das Gründungsdatum der Buchdruckerei mit 1880 angegeben, das der Papierhandlung mit 1897. In ebendiesem Jahr hatte die Firma noch den Namen „J. A. L. Bauer“ getragen, bevor sie – laut Antrag – ab 1907 „Heinrich Bauer“ hieß. Während sich das Gründungsjahr der Buchhandlung mit den entsprechenden Einträgen der Hamburger Adressbücher deckt, offenbaren sich in Bezug auf die Inhaberfrage und die Papierhandlung Abweichungen zu den Adressbuch-Einträgen.

Im Gegensatz zum Jahr 1914 erhob der Hamburg-Altonaer Buchhändler-Verein im März 1917 weder Einwände gegen die Aufnahme ins Börsenblatt noch gegen die ins Adressbuch des Deutschen Buchhandels. In einem Schreiben vom 26. März 1917 unterrichtete die Geschäftsstelle des Börsenvereins den Kommissionär, dass sie nach „angestellten Ermittlungen keine Bedenken“ habe, dem Antrag der Firma Heinrich Bauer zu entsprechen.[16] Sobald der Firmeninhaber den Verpflichtungsschein unterschrieben

13 Ebd., Bll. 34, 37 u. 39.
14 Ebd., Bl. 34.
15 Ebd., Bl. 34. Die erste Nachkommastelle ist durch die Lochung des Papiers teilweise ausgestanzt. Der leserliche Teil legt nahe, dass die erste Ziffer nach dem Komma eine 7 ist.
16 Ebd., Bl. 32.

zurückschicke, werde die Firma sowohl ins Börsenblatt als auch ins Adressbuch aufgenommen. Am 31. März 1917 unterzeichnete Heinrich Bauer den Verpflichtungsschein. Damit sagte er verbindlich zu, sich an die „Buchhändlerische Verordnung und die Verkaufsordnung für den Verkehr des Deutschen Buchhandels mit dem Publikum“ zu halten sowie nicht „gegen den Willen der Verleger“ Lieferungen „an solche Buchhändler und Wiederverkäufer“ zu tätigen oder zu vermitteln, die vom Zugang zu den Institutionen des Börsenvereins exkludiert waren.[17] Es kann konstatiert werden, dass die Firma Heinrich Bauer 1917 einen noch in der Hamburger Peripherie verhafteten Betrieb darstellte, der mit dem Druckereigeschäft zwar ein kontinuierliches Standbein aufwies, zugleich aber mit seiner Buchbinderei, Buch- und Papierhandlung auch auf anderen Geschäftsfeldern aktiv war.

Die Tendenz, die Buchhandlung der Firma Heinrich Bauer auszubauen, und das damit einhergehende Streben, im Börsenblatt und Adressbuch aufgeführt zu bleiben, scheinen gegen Mitte der 1920er-Jahre der Vergangenheit angehört zu haben. Zu dieser Zeit hatte die Firma Heinrich Bauer den Handel mit Schulbüchern bereits eingestellt.[18] Sie ließ sich keine Bücher mehr aus Leipzig liefern und arbeitete auch nicht mehr mit einem Kommissionär zusammen. Das Interesse, im Adressbuch des Deutschen Handels geführt zu werden, war erloschen. Der Börsenverein beschloss am 3. Oktober 1925 die Streichung der Firma aus diesem Adressbuch.

Der Rückzug aus dem Buchhandel stand offenbar in Wechselwirkung mit zwei richtungsweisenden betrieblichen Veränderungen, die während der 1920er-Jahre sukzessive Gestalt annahmen. Eine Veränderung war der Umzug der Firma in die Hamburger Innenstadt. Im Jahr 1921 erwarb Heinrich Bauer von der Stadt Hamburg einen an der Ecke Pumpen/Burchardstraße befindlichen Bauplatz. Mit diesem innerhamburgischen Standort war für die Firma Heinrich Bauer die Aussicht verknüpft, in den Genuss logistischer Vorteile zu kommen, die eigene Wahrnehmbarkeit zu verbessern sowie von der Chance auf einen größeren Kundenkreis zu profitieren. Der Bau des neuen Firmensitzes an der Ecke Pumpen/Burchardstraße zog sich allerdings hin: Im baupolizeilichen Protokoll, das am 2. September 1921 angelegt worden war, findet sich unter

17 Ebd., Bl. 31.
18 Diese und die folgenden Informationen stammen aus ebd., Bll. 26–28.

dem Datum 22. November 1921 folgender Vermerk: „Die Errichtung eines Kontorhauses wird angezeigt […].“[19] Weiter hieß es am 29. April 1924: „Auf dem Grundstück werden Vorkehrungen getroffen, um mit der Bauausführung zu beginnen. Bauanzeige dürfte umgehend einzureichen sein.“[20] Ende November 1924 befand sich das Ladengeschäft der Firma Heinrich Bauer noch am Billhorner Röhrendamm 80–84, die Druckerei und das Kontor im Billhorner Mühlenweg 70–76. Zu dieser Zeit – am 29. November 1924 – äußerte Heinrich Bauer in einem Schreiben an die Baupolizeibehörde seinen Unmut über (zusätzliche) den Neubau betreffende Zahlungsaufforderungen sowie darüber, dass das Gebäude noch nicht fertiggestellt war. Dies hatte Konsequenzen für die Firma Heinrich Bauer: Sie verlor den Auftrag, die täglich erscheinende „Norddeutsche Rundschau“ zu drucken, weil die Zusammenarbeit zwischen der Rundschau-Redaktion in der Hamburger Innenstadt und der Druckerei am alten Standort in Rothenburgsort aufgrund der räumlichen Distanz „zu umständlich“ gewesen wäre.[21] Heinrich Bauer bezeichnete den Entzug dieses Auftrags als „einen grossen Verlust“.[22]

Eine zweite Veränderung bestand in der Abkehr von der vielfältigen Geschäftsausrichtung und der gleichzeitigen zunehmenden Fokussierung auf das Druckerei- und Verlagsgeschäft. Noch Ende November 1924 verwendete Heinrich Bauer bei seiner Korrespondenz Briefpapier, dessen Briefkopf die vielfältige Geschäftsausrichtung des Bauer’schen Betriebs widerspiegelte. Unter dem Namen „Heinrich Bauer“ standen links und rechts von den in der Mitte platzierten Initialen H und B in größeren Lettern „Buchdruckerei“ und „Buchbinderei“. In einer etwas kleineren Schrift unter den Initialen war der Schriftzug „Buch- und Papierhandlung“ positioniert. Der Begriff „Verlag“ erschien lediglich im Ausdruck „Zeitungsverlag“ auf der rechten Seite unterhalb des Terminus „Buchbinderei“ sowie der weiteren Bezeichnung als „Geschäftsbücher- und Flachbeutelfabrik“.[23] Beschrieb die Geschäftsstelle des Börsenvereins die Firma Heinrich Bauer im Mai 1914 noch als ein „Papierwarengeschäft verbunden mit etwas Druckerei“, wurde auf dem neuerworbenen innerstädtischen Grundstück, das in der Folgezeit die Adresse Schützenpforte 11 trug, buchstäblich der Grundstein dafür gelegt, dass aus „etwas Druckerei“ sichtlich mehr Druckerei wurde.[24] Desgleichen sollte die

19 StAHH, 324-1, K 5231: Baupolizeiliches Protokoll, S. 5.
20 Ebd., Baupolizeiliches Protokoll, S. 17.
21 StAHH, 324-1, K 3887, Bl. 87.
22 Ebd., Bl. 87.
23 Ebd., Bl. 87.
24 StA-L, 21765, F 18253, Bl. 36.

nachrangige Positionierung des Begriffs *Verlag* auf dem Briefpapier von 1924 vor allem infolge des Einstiegs in das neue Gebiet der Rundfunkzeitschriften künftig überholt sein.[25] Aus den beiden betrieblichen Veränderungen – dem Standortwechsel[26] sowie der Fokussierung auf das Druckerei- und Verlagsgeschäft – resultierte ein beträchtlicher unternehmerischer Erfolg in den 1930er-Jahren. In ebendiesem Zeitraum sollte dann der Nationalsozialismus die „Hintergrundstruktur ökonomischen Handelns" bilden.[27]

25 Ausführlich dazu Abschnitt C.
26 Am neuen Standort vermietete die Firma Heinrich Bauer Räumlichkeiten und generierte dadurch eine weitere Einnahmequelle. Vgl. exemplarisch StAHH, 377-8, 27.
27 Manfred Grieger, Sartorius im Nationalsozialismus. Generationswechsel im Familienunternehmen zwischen Weltwirtschaftskrise und Entnazifizierung, Göttingen 2019, S. 7.

B. Grundstückskäufe und die Beteiligung an einer Geschäftsübernahme unter dem Aspekt der *Arisierung*

Mit dem unternehmerischen Erfolg in den 1930er-Jahren stieg der Umsatz der Firma Heinrich Bauer. Zugleich entstand die praktische Frage, wie mit dem erwirtschafteten Geld verfahren werden sollte. Heinrich Bauer und sein Sohn Alfred Bauer nutzten ihr Kapital in der NS-Zeit unter anderem für den Erwerb von Grundstücken sowie für die Beteiligung an einer Geschäftsübernahme. Dieser Abschnitt (B.) umfasst eine Betrachtung dieser Grundstückskäufe und der Beteiligung an der Geschäftsübernahme unter dem Aspekt der *Arisierung*. Der Abschnitt ist in drei Kapitel unterteilt. In einem ersten Schritt (B.I.) werden die Entnazifizierungsfragebögen von Heinrich Bauer und Alfred Bauer untersucht. Danach (B.II.) liegt das Augenmerk auf den einzelnen Besitztransfers sowie den späteren Restitutionsverfahren. Abschließend (B.III.) richtet sich der Fokus auf die jüdischen Bewohner*innen der zu den Grundstücken gehörigen Mietshäuser. Nähere Erläuterungen, wie die folgende Darlegung konzipiert ist und welchen Fragen nachgegangen wird, sind den einzelnen Kapiteln als Vorbemerkungen vorangestellt. Dazu zählen insbesondere essenzielle Vorüberlegungen zum diffizilen Begriff *Arisierung*.[1] Zwischenfazite runden die Kapitel ab.

Die Gliederung dieses Abschnitts folgt somit nicht der Chronologie der historischen Ereignisse. Ein derartiges Vorgehen soll zweierlei leisten: Im Zentrum des Forschungsinteresses steht das Handeln von Heinrich und Alfred Bauer im Nationalsozialismus. Durch die Beschäftigung mit deren Entnazifizierungsfragebögen wird zum einen eine erste Annäherung an diese beiden Akteure möglich, indem einige biografische Informationen zusammengetragen werden. Zum anderen hatten die Überprüften in den Entnazifizierungsfragebögen Auskunft über bestimmte Aspekte ihres Lebens in der NS-Zeit zu geben. Mithin sind die Fragebögen eine zentrale Quelle des Sich-Erklärens und können relevante Anhaltspunkte für die weitere Analyse liefern.

1 Vgl. B.II.1.

I. Die Entnazifizierungsfragebögen von Heinrich Bauer und Alfred Bauer

1. Vorbemerkungen: Zwischen Standardisierung und Individualisierung

Als sich in den Jahren 1944/45 die Anzeichen für eine Niederlage des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg mehrten, gewann unter den Alliierten eine Frage an Dringlichkeit: Wie war mit Deutschland nach dem Kriegsende zu verfahren? Über die grundsätzliche Zielsetzung herrschte Einigkeit: Jegliche nationalsozialistischen Einflüsse sollten beseitigt werden.[2] Welche konkreten Maßnahmen im Einzelnen für das Erreichen dieses Ziels ergriffen werden sollten, geriet dagegen zu einer ungleich komplexeren Angelegenheit, für die in den frühen 1940er-Jahren der Begriff *Denazification* aufgekommen war. Dieser Terminus besaß eine gewisse Vieldeutigkeit, gerade weil mit ihm sowohl „das übergeordnete Anliegen alliierter Besatzungspolitik", sämtliche nationalsozialistischen Einflüsse zu eliminieren, bezeichnet wurde, als auch darunter die diversen Handlungsfelder dieses Anliegens und die mannigfaltigen Einzelmaßnahmen subsumiert wurden.[3] Eines dieser Handlungsfelder bestand in der „personenbezogenen ‚Denazification'-Politik" und umfasste drei Schwerpunkte: erstens das juristische Zur-Verantwortung-Ziehen von NS-Verbrecher*innen, zweitens das erzieherische Vermitteln der Vorteile einer demokratischen Staatsverfasstheit sowie drittens die Sicherstellung des Aufbaus eines demokratischen Deutschlands.[4] Zum letztgenannten Punkt zählte die millionenfache Überprüfung von Deutschen hinsichtlich ihrer persönlichen NS-Vergangenheit. Dahinter stand von alliierter Seite die Intention, diejenigen Personen, die für einen demokratischen Neubeginn des Landes eine Gefahr bilden

2 Zum Themenkomplex Entnazifizierung vgl. Cornelia Rauh-Kühne, Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft. In: AfS 35 (1995), S. 35–70; Angelika Königseder, Das Ende der NSDAP. Die Entnazifizierung. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a. M. 2009, S. 151–166; Ralf Ahrens, Von der „Säuberung" zum Generalpardon. Die Entnazifizierung der westdeutschen Wirtschaft. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 51,2 (2010), S. 25–45; Joachim Szodrzynski, Entnazifizierung – am Beispiel Hamburgs, o. O. 2014; Jessica Erdelmann, ‚Persilscheine' aus der Druckerpresse? Die Hamburger Medienberichterstattung über Entnazifizierung und Internierung in der britischen Besatzungszone, Hamburg 2016; Sebastian Brünger, Geschichte und Gewinn. Der Umgang deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit, Göttingen 2017, S. 42–57; Hanne Leßau, Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit. 2. Auflage, Göttingen 2021; Jürgen W. Falter, „Wenn ich ausgetreten wäre, wäre mir der Strick sicher gewesen". Erklärungs- und Entschuldigungsversuche. In: Falter, Jürgen W / Khachatryan, Kristine / Klagges, Lisa / Meßner, Jonas / Rosensprung, Jan / Weber, Hannah: „Wie ich den Weg zum Führer fand". Beitrittsmotive und Entnazifizierungsstrategien von NSDAP-Mitgliedern, Frankfurt a. M. 2022, S. 267–310; Sebastian Justke, Ein ehrbarer Kaufmann? Albert Schäfer, sein Unternehmen und die Stadt Hamburg 1933–1956, Berlin 2023, S. 137–176.
3 Leßau, Entnazifizierungsgeschichten 2021, S. 41.
4 Ebd., S. 43–50, Zitat S. 43.

könnten, zu ermitteln und sie gegebenenfalls von ihren Stellungen zu entfernen. Das heißt, dass dieser Maßnahme der *Entnazifizierung* – dieser Ausdruck setzte sich allmählich im deutschen Sprachgebrauch durch – ursprünglich eine sicherheitspolitische Relevanz zugeschrieben wurde.[5]

Die sicherheitspolitische Idee hinter den Überprüfungen divergierte mit der Wahrnehmung der Überprüften. Diese begriffen den Ausgang ihrer Entnazifizierungsverfahren, von dem häufig ihre berufliche Zukunft abhing, in erster Linie als „Werturteil über ihr politisches Verhalten in der nationalsozialistischen Diktatur".[6] Infolgedessen sahen sich viele Überprüfte veranlasst, nicht nur die eingeforderten Auskünfte zu erteilen, sondern sich darüber hinaus für ihr Agieren in der NS-Zeit eingehend zu rechtfertigen.[7] Gleicherweise wurde in der öffentlichen Diskussion die Entnazifizierung mit Fragen nach Schuld und Verantwortung verknüpft.[8] Die aus diesen beiden unterschiedlichen Bedeutungszuschreibungen resultierende „Grundspannung" prägte die Entnazifizierungsverfahren und trug maßgeblich zu Modifizierungen in der Überprüfungspraxis bei.[9]

Die Ausgestaltung der Entnazifizierungsverfahren entwickelte sich in den westdeutschen Besatzungszonen unterschiedlich.[10] Einen gemeinsamen Nenner dieser Entwicklungen stellte die Hinwendung zum Individuum dar. Von Anfang an waren für das Ergebnis der Prüfverfahren Kriterien der „formalen Belastung" ausschlaggebend.[11] Darunter fielen vor allem die Zugehörigkeit zu NS-Organisationen und das Bekleiden bestimmter Ämter. Mit der Zeit wurden jedoch immer stärker die individuellen Lebensumstände der Überprüften bei den Prüfentscheidungen mitberücksichtigt.[12] Dies bedeutete keinesfalls eine Ablösung der formalen Kriterien, sondern vielmehr eine individualisierende Ergänzung.

Die am 12. Januar 1946 erlassene und dann am 16. Januar 1946 noch einmal abgeänderte Kontrollratsdirektive Nr. 24 regelte in der US-amerikanischen wie auch in der

5 Ebd., S. 47–54.
6 Ebd., S. 52f., Zitat S. 52.
7 Ebd., S. 53.
8 Erdelmann, Druckerpresse 2016, S. 38–46.
9 Leßau, Entnazifizierungsgeschichten 2021, S. 52–78, Zitat S. 54.
10 Zur Entwicklung der Entnazifizierungsverfahren vgl. Rauh-Kühne, Entnazifizierung 1995; Königseder, Ende der NSDAP 2009; Ahrens, Generalpardon 2010; Szodrzynski, Entnazifizierung 2014; Leßau, Entnazifizierungsgeschichten 2021, S. 55–78.
11 Leßau, Entnazifizierungsgeschichten 2021, S. 69 et passim.
12 Ebd., S. 66–70.

britischen Besatzungszone – und damit in Hamburg – die „Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen“.[13] In verschiedenen Artikeln dieser Direktive kamen die Wörter „Nachprüfung“ und „Ermessen“ vor. Zudem hieß es in Artikel 5 „Nachprüfung von Entscheidungen“ unter anderem: „Wenn sich aus der Überprüfung eindeutig ergibt, daß der Betroffene nur ein nomineller Nationalsozialist und weder ein Militarist noch eine den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehende Person ist, kann er ungeachtet der zwingenden Vorschriften dieser Direktive im Amte verbleiben.“[14] Das verwendete Vokabular sowie die zitierte Textstelle indizieren „Handlungsspielräume und Mitwirkungsmöglichkeiten“, wodurch die Prüfverfahren individualisiert werden konnten.[15] Zum Beispiel konnten die Entnazifizierungsausschüsse Personen zur Befragung vorladen; Überprüfte konnten Leumundszeugen benennen[16] oder Widerspruch gegen die Prüfentscheidung einlegen. Die fünf Kategorien – Hauptschuldige (I), Belastete (II), Minderbelastete (III), Mitläufer (IV) und Entlastete (V) – , in denen die Prüfentscheidung zum Ausdruck kam, konnten ebenfalls gewisse Differenzierungen auf der Grundlage von individuellen Faktoren widerspiegeln.[17]

Kernstück der Entnazifizierungsverfahren war der Fragebogen. Doch ebendieses Dokument als essenzielles Mittel der Überprüfung wurde kaum von der Individualisierung der Entnazifizierungsverfahren erfasst.[18] Das Prüfverfahren generierte für die Betroffenen eine Situation, in der sie sich mit ihrer persönlichen NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen und sich hierzu selbst zu erklären hatten. Diese hoch individuelle Aufgabe hatten die Überprüften mittels eines stark standardisierten Fragebogens zu absolvieren. Der Fragebogen beinhaltete überwiegend geschlossene Fragen und bot wenig Raum für individuelle Erläuterungen. Häufig war nur mit Ja oder Nein zu antworten. Wie diese knappen Antworten zustande gekommen waren, lässt sich im Nachhinein schwerlich erkennen. Fiel der überprüften Person die Antwort leicht? Basierte die Antwort auf einem längeren Abwägen? Kannte die überprüfte Person selbst die

13 Direktive Nr. 24. In: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 5, 31. März 1946, S. 98–115 [https://portal.dnb.de/bookviewer/view/1026627192#page/100/mode/1up, Zugriff: September 2024].
14 Ebd., S. 100f.
15 Leßau, Entnazifizierungsgeschichten 2021, S. 66–70, Zitat S. 69.
16 Vgl. Wolfgang Krüger, Entnazifiziert! Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1982, S. 108–114.
17 Leßau, Entnazifizierungsgeschichten 2021, S. 67f.
18 Ebd., S. 72–78.

Antwort nicht und trug irgendetwas ein, um Sanktionen aufgrund eines nicht vollständig ausgefüllten Fragebogens zu entgehen? Machte sie bewusst falsche Angaben oder verschwieg relevante Informationen? Auch bei Überarbeitungen der Fragebogen-Fassungen blieben die Fragen überwiegend einem eng abgesteckten „Spektrum" verhaftet.[19] Sie zielten weiterhin auf die Mitgliedschaften in NS-Organisationen und den beruflichen Werdegang, und das Fragen-Sample wurde allenfalls innerhalb dieser Themenbereiche angepasst und ausdifferenziert.[20]

Fluchtpunkt waren die Schlüsselfragen, inwieweit jemand das NS-Regime unterstützt oder aus diesem Nutzen gezogen hatte. In diesem Zusammenhang stellten etwa signifikante Einkommenssteigerungen und deren Entstehung während der NS-Zeit einen Umstand im Prüfverfahren dar, der Interesse weckte.[21] Dagegen wurden andere Themenfelder ausgelassen: Fragen zu Kenntnissen über die nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik, zu persönlichen politischen Anschauungen oder zum Mitwirken an Ausgrenzungen fehlten – bis auf eine Ausnahme.[22] In der revidierten Fragebogen-Fassung MG/PS/G/9a der US-amerikanischen Zone wie auch im ergänzten 133er-Fragebogen der britischen Besatzungszone hatten die Überprüften zu beantworten, ob sie „oder ein unmittelbarer Angehöriger Ihrer Familie jemals Besitz erworben" haben, „welcher anderen Personen aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen oder anderen Personen enteignet wurde im Verlauf der Besetzung fremder Länder oder zwecks Ansiedlung von Deutschen oder Volksdeutschen in von Deutschland besetzten Gebieten".[23] Mittels derartiger Fragen hielt das Thema der *Arisierung* Einzug in die Entnazifizierungsverfahren.

Eingedenk der vorangegangenen Ausführungen stellen sich im Hinblick auf die Entnazifizierungsfragebögen von Heinrich Bauer und Alfred Bauer folgende Fragen: Welche Aussagen lassen sich aus den Fragebögen gewinnen? Hatten Heinrich oder Alfred Bauer Fragebogen-Fassungen zu beantworten, in denen der Themenkomplex *Arisierung* auf irgendeine Weise zur Sprache kam? Wenn ja – wie erklärten sich Heinrich Bauer und sein Sohn diesbezüglich? Welche Handlungsspielräume für die Darstellung des eigenen Verhaltens während der NS-Zeit standen zur Verfügung und inwieweit

19 Ebd., S. 74 u. S. 76.
20 Ebd., S. 75–78.
21 Ebd., S. 75f.
22 Ebd., S. 76f.
23 Military Government of Germany. Fragebogen – MG/PS/G/9a, Frage 121 [https://www.historisches-lexikon-bay-erns.de/images/e/e6/Artikel_46003_bilder_value_2_entnazifizierung_c.pdf, Zugriff: Juni 2024]. Vgl. auch Leßau, Entnazifizierungsgeschichten 2021, S. 76f.

wurden diese genutzt? Inwieweit erfüllte der Entnazifizierungsfragebogen eine „apologetische Funktion“[24]?

2. Heinrich Bauer

Dem am 14. Januar 1946 unterschriebenen Entnazifizierungsfragebogen von Heinrich Bauer lassen sich folgende Informationen entnehmen:[25] Heinrich Bauer war am 18. Mai 1874 in Hamburg geboren. Von 1881 bis 1889 besuchte er die Volksschule, 1893 legte er die Druckerei-Gehilfenprüfung ab.[26] Bauer wohnte – zumindest seit dem 3. September 1939 – in der Königgrätzstraße 5 im Hochkamp-Viertel in Hamburg. Er hatte mit seiner Frau Louise, geb. Passarge, drei Kinder – Frida Elise Johanna, Alfred Louis Heinrich und Dora Wilhelmine Marie.[27]

Nach eigener Auskunft war Heinrich Bauer seit 1897 selbstständiger Buchdruckereibesitzer und Verleger. Die Firmenadresse lautete Schützenpforte 11, ebenfalls in Hamburg. Die Jahreszahl 1897 korrespondiert mit den Angaben auf den Börsenverein-Aufnahmeanträgen, jedoch nicht mit jenen in den Hamburger Adressbüchern.[28] Auf dem Fragebogen erklärte Bauer, dass er selbst zwischen 1923 und 1946 keine Veröffentlichungen, Ansprachen oder Vorlesungen „geschrieben, gesammelt oder herausgegeben“ beziehungsweise „gehalten“ habe.[29] Bauer war kein Freimaurer. Vor 1933 war er Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) gewesen.[30] Der NSDAP gehörte Heinrich Bauer laut Fragebogen jedoch nicht an. Demzufolge verneinte er sämtliche Fragen, ob er – oder ein Verwandter – bestimmte Stellungen wie Reichsleiter, Gauleiter, Kreisleiter oder Parteibeamter in der NSDAP bekleidet hatte. Ebenfalls beantwor-

24 Falter, Erklärungs- und Entschuldigungsversuche 2022, S. 277.
25 StAHH, 221-11, I (TL) 1649. Vgl. auch StAHH, 313-9, 4910.
26 StAHH, 135-4, 39 Band 212.
27 Frida Bauer heiratete Wilhelm Otto Dollenberg, Dora Bauer ehelichte Heinrich Christian Bartels. Vgl. StAHH, 313-9, 4910, Bll. 54, 93 et passim. Zu Alfred Bauer vgl. Abschnitt B.I.3.
28 Nicht zuletzt der Handelsregister-Eintrag vom 1. Mai 1903 legt nahe, dass Heinrich Bauer 1903 Teilhaber der väterlichen Firma wurde.
29 StAHH, 221-11, I (TL) 1649. „Ausgenommen“ waren „diejenigen, die ausschliesslich technische, künstlerische oder unpolitische Themen zum Inhalt hatten“.
30 Die DNVP lässt sich dem rechtskonservativen Parteienspektrum zuschreiben; sie existierte bis Juni 1933. Für die Erlangung ihrer politischen Ziele hatte sie unter anderem sozialdemagogisch sowie antisemitisch agiert und auch mit der NSDAP kooperiert. Vgl. Werner Bergmann, Deutschnationale Volkspartei. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin 2012, S. 191-197, hier S. 196.

tete er die weiteren Fragen, die auf eine Zugehörigkeit zu anderen nationalsozialistischen Organisationen oder sonstige Aktivitäten innerhalb der nationalsozialistischen Strukturen zielten, mit Nein – bis auf eine Ausnahme.[31] Bauer führte seine von 1935 bis 1943 währende Mitgliedschaft in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) an. Jedoch habe er in dieser NS-Organisation kein Amt innegehabt. Der monatliche NSV-Mitgliedsbeitrag hatte sich auf 10 RM beziffert. Außerdem sei er nicht vom Militärdienst zurückgestellt worden. Unabhängig davon habe er nach 1919 weder Militärdienst verrichtet – auch nicht in einer „militärähnlichen Organisation" – noch an einer „Militärregierung in irgend einem von Deutschland besetzten Lande" teilgehabt.[32] Gleiches habe für die zivile Ebene gegolten. Er habe nie an der Ziviladministration eines von Deutschland okkupierten Gebietes mitgewirkt. Eine Auslandsreise nach Norwegen im Sommer 1939 sei eine reine Gesellschaftsfahrt gewesen, die er selbst bezahlt habe.

Beachtung verdient die Entwicklung von Heinrich Bauers jährlichen Einkommen zwischen 1933 und 1944.[33] Für die Jahre 1933 und 1934 gab Bauer mittlere fünfstellige Einkünfte an, die er „aus Gewerbebetrieb" erzielt habe – für das erstgenannte Jahr 49.252 RM und für das zweitgenannte 40.161 RM.[34] Im Jahr 1935 habe sich sein Einkommen auf 149.710 RM erhöht. Der Unterschied zum Vorjahr und wahrscheinlich auch gleichzeitig die Erklärung für diesen Einkommenssprung war, dass sich diese Jahreseinkünfte nicht mehr nur aus einer, sondern aus zwei Einkommensquellen speisten – aus dem Gewerbebetrieb sowie aus Grundbesitz. Im Jahr 1936 sei sein Einkommen aus Gewerbebetrieb und Grundbesitz auf 436.059 RM gestiegen. Im Jahr 1937 habe es 421.901 RM betragen, wobei mit „Beteiligungen" noch eine dritte Einkommensquelle hinzugekommen war.[35] Es blieb in den folgenden Jahren bis 1944 bei den drei genannten Einkommensquellen. Im Jahr 1938 seien seine Jahreseinkünfte auf 618.210 RM angewachsen. Im Folgejahr habe sich das Einkommen auf 605.024 RM beziffert. Von 1940 bis 1942 gab es eine rückläufige Tendenz: Das Einkommen im Jahr 1940 habe sich zunächst auf 199.095 RM reduziert und damit auf knapp ein Drittel des Vorjahreswertes. Anschließend schmolz es weiter. Lag es 1941 noch bei 108.390 RM, habe es sich 1942 auf 42.105 RM belaufen. Im Jahr 1943 hat

31 StAHH, 221-11, I (TL) 1649.
32 Ebd.
33 Ebd.
34 Ebd.
35 Ebd.

Heinrich Bauer 68.218 RM eingenommen. Für das Jahr 1944 stand der Betrag 68.663 RM zu Buche, wobei diese Summe mit dem Vermerk „Gesamtverlust“ versehen ist.[36] Die Herkunft der jährlichen Einkünfte wird in der Entnazifizierungsakte nicht genauer aufgeschlüsselt. Ebenso wenig wird dargelegt, welchen Anteil die drei Einkommensquellen Gewerbe, Grundbesitz und Beteiligungen jeweils jährlich ausmachten. Die Entnazifizierungsakte enthält keinen Hinweis darauf, dass Heinrich Bauers Einkommensentwicklung Nachfragen der Prüfgremien hervorgerufen hat.

Ein weiterer Aspekt, der abgefragt wurde, betraf Konfrontationen mit nationalsozialistischen Repräsentanten oder Organisationen. Heinrich Bauer verneinte auf dem Fragebogen, dass er nach 1933 Mitglied einer verbotenen oppositionellen Organisation gewesen sei und dass er einer nach 1933 „verbotenen bzw. aufgelösten Gewerkschaft, Berufs-, Gewerblichen oder Handelsorganisation“ angehört habe.[37] Desgleichen sei er nie aus einem öffentlichen oder kirchlichen Amt oder einer Lehrtätigkeit entlassen worden, weil er Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet oder sich gegen dessen Weltanschauung geäußert habe. Auf die Frage „Wurden Sie jemals aus rassischen oder religiösen Gründen oder weil Sie aktiv oder passiv den Nationalsozialisten Widerstand leisteten, in Haft genommen oder in Ihrer Freiheit, Niederlassungsfreiheit oder sonstwie in Ihrer gewerblichen oder beruflichen Freiheit beschränkt?“ antwortete Bauer allerdings mit „Ja“.[38] Er fügte dem Fragebogen eine von ihm verfasste Anlage bei, in der er seine Antwort erläuterte.

Nach Bauers Schilderung fand im November 1937 eine Sitzung im Verlagshaus Schützenpforte 11 statt. Zugegen waren der Reichstreuhänder Dr. Völtzer[39], der Sachbearbeiter Geest, ein Vertreter namens Lichtenberg von der Reichspressekammer (RPK) Berlin (Fachverband der Rundfunkpresse [FDR]), sechs Personen von der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront (DAF) – darunter ein Herr Thöne – sowie mehrere Angehörige der Kreis- und Gauleitung. Es ging um die „Beschränkung der gewerblichen Freiheit durch Absetzung als Betriebsführer“.[40] Der Grund lag in der „Nichtbefolgung der nationalsozialistischen Anweisungen für Betriebsführung“.[41] Völtzer, der den Vorsitz innehatte, legte dar, dass die Firma Heinrich Bauer seit 1933

36 Ebd.
37 Ebd.
38 Ebd.
39 Zu Friedrich Völtzer vgl. BArch, R 9361-I, 52084; BARch, R 9361-II, 1164061.
40 StAHH, 221-11, I (TL) 1649.
41 Ebd.

der RPK, der DAF und den Parteistellen „die meisten Schwierigkeiten“ bereite.[42] Es gingen laufend Beschwerden über die Firma bei den diversen Dienststellen ein. Wer sich beschwerte und was Anlass zu einer Beschwerde gab, wurde nicht konkretisiert. Heinrich Bauer resümierte in der Anlage, dass die Firma „auf der sog. schwarzen Liste“ gestanden habe und dass er sowie sein Sohn Alfred „sich in keiner Weise der Zeit des Nationalsozialismus angepasst hätten“.[43] Trotz allem habe Völtzer der Firma Heinrich Bauer noch eine Chance geben wollen. Zu dieser Chance gehörte die Auflage, dass Heinrich Bauer den Posten des Betriebsführers an seinen Sohn Alfred Bauer abtreten musste. Zudem sollte mindestens einmal im Monat eine Vertrauensratssitzung einberufen werden, und die jeweiligen Protokolldurchschläge sollten an die DAF und den Reichstreuhänder übermittelt werden. Nach Auskunft von Bauer formulierte Völtzer eine klare Erwartung: Alfred Bauer sollte darauf hinarbeiten, „dass er seinen Betrieb, besonders als führender Verlag (Funk-Wacht 485.000 Auflage) aktiv für den Nationalsozialismus einsetzt“.[44] Bei neuen Problemen werde der Firma respektive den Inhabern sonst die Verlegereigenschaft entzogen.

Im Zusammenhang mit Heinrich Bauers Schilderungen über die Beschwerden wecken die Auskünfte vom ehemaligen Schriftleiter Dr. Louis Freise Interesse, die dieser im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens erteilt hat.[45] Der am 7. April 1894 geborene Freise war von 1931 bis zum 28. Februar 1941 bei der Firma Heinrich Bauer angestellt. Die höchste Position, die er dort innehatte, war die des Schriftleiters. Freise war am 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten und hatte innerhalb der Partei als Stützpunkt-Schriftwart fungiert. Außerdem war er Mitglied der DAF, der NSV sowie des Reichsluftschutzbundes (RLB). Freise fügte seinem Entnazifizierungsfragebogen diverse Erläuterungen hinzu. Darin begründete er seinen Eintritt in die NSDAP mit der „rechtzeitige[n] Sicherung der Funk-Wacht im Verlag Heinrich Bauer durch äusserlich irgendwie kenntliche Gleichschaltung[,] ohne die Tendenz der Zeitschrift ändern zu müssen“.[46] Freise ergänzte diese Begründung mit dem Hinweis, dass „alle Verleger, die noch Aussicht hatten, nicht von vornherein zur Stillegung gezwungen zu werden, derartige oder ähnliche Schritte“ unternahmen.[47] Des Weiteren bemerkte Freise, dass sein

42 Ebd.
43 Ebd.
44 Ebd.
45 StAHH, 221-11, 47201.
46 Ebd.
47 Ebd.

Verleger „derartige Zugeständnisse rundheraus ablehnte“. Er als Hauptschriftleiter habe für sich jedoch keine Alternative gesehen.

Desgleichen berichtete Freise in seinen Erläuterungen, dass sich die Konkurrenz in Gestalt der Rundfunk-Illustrierten „NS-Funk“ nicht gegen die „Funk-Wacht“ durchsetzen konnte, was zu Attacken gegen die Firma Heinrich Bauer geführt habe – zumal der Hauptschriftleiter des „NS-Funk“ zugleich Vorsitzender des Fachverbandes war. Obwohl der Bauer-Verlag Zugeständnisse im Hinblick auf den Inhalt machte, seien „wegen geringfügiger Kleinigkeiten“ Geldstrafen gegen den Verlag erlassen worden.[48] Darüber hinaus war ein Berufs-Ehrengerichts-Verfahren gegen Freise als Hauptschriftleiter und gegen den Feuilletonschriftleiter Heinrich Heise angestrengt worden.[49] Sie seien der „nationalen Würdelosigkeit“ sowie der „Schwächung der deutschen Wehrhaftigkeit“ beschuldigt worden.[50] Konkret ging es um die Folge 12 der „Funk-Wacht“ vom 17. März 1935. Auf der letzten Seite war „anlässlich des Heldengedenktages unter dem Titel ‚Argonnerwald um Mitternacht‘ eine Zeichnung“ abgedruckt, die der Fachausschuss der Rundfunkschriftleiter „als Gipfelpunkt nationaler Würdelosigkeit“ befunden hatte.[51] Freise hatte diesbezüglich geäußert, dass er keinen „Grund zur Beanstandung“ sehe. Hingegen hatte Heise die Meinung vertreten, dass „das Bild das Furchtbare des Krieges“ zeige, um vor „diesem düsteren Hintergrund die ganze Grösse des Heroismus unserer Weltkriegsarmee“ herauszustellen.[52] Das Berufsgericht sprach Freise und Heise frei. Der Staatssekretär Funk vom Propagandaministerium versuchte noch, eine Revision zu initiieren. Sein Versuch blieb jedoch erfolglos. Da Freise während des Verfahrens keine Unterstützung durch die NSDAP erhalten hatte, habe er sich von der Partei zurückgezogen.

Da die Repressalien aus Berlin nicht nachließen, gab Freise sein Amt als Hauptschriftleiter auf und widmete sich „Rundfunk-Fragen“ und der „Rundfunk-Technik“, was mit einer Reduzierung seiner Einkünfte einhergegangen sei.[53] Bis auf den Artikel „Dreissig Jahre Chauffeur“, der vom Vogel-Verlag Pößneck publiziert wurde, sind alle anderen „schriftstellerischen Arbeiten“ von Freise in der „Funk-Wacht“ oder in ihrem „Vorläufer oder späteren Nebenausgaben“ veröffentlicht worden.[54]

48 Ebd.
49 Ausführlich dazu Abschnitt C.V.1.
50 StAHH, 221-11, 47201.
51 Ebd.
52 Ebd.
53 Ebd.
54 Ebd.

Um die Korrektheit von Heinrich Bauers Angaben zu bestätigen, unterzeichnete eine Zeugin am 14. Januar 1946 den Entnazifizierungsfragebogen von Heinrich Bauer. Bei dieser Zeugin handelte es sich um Alice Haentzschel. Die am 15. Dezember 1895 geborene Hamburgerin arbeitete seit dem 1. April 1929 für die Firma Heinrich Bauer.[55] Zunächst war sie Buchhaltungskontoristin, später kaufmännische Leiterin/Büroleiterin. Auf ihrem eigenen Entnazifizierungsfragebogen verneinte Haentzschel in den meisten Fällen Mitgliedschaften oder anderweitige Verbindungen zu nationalsozialistischen Organisationen. Ausnahmen bildeten die DAF und die NSV, wobei Haentzschel anführte, zwangsweise Mitglied in der DAF gewesen zu sein. Augenfällig ist, dass ihr Entnazifizierungsfragebogen ebenfalls am 14. Januar 1946 von ihrem Zeugen unterschrieben wurde. Dieser Zeuge war Alfred Bauer, Heinrich Bauers Sohn. Somit wurde die gegenseitige Zeugenschaft durch Personen vollzogen, deren Beziehung durch ein Angestellten-Vorgesetzten-Verhältnis gekennzeichnet war. Haentzschel wurde als „unbedenklich“ eingestuft –[56] genauso wie Heinrich Bauer. Im August und September 1946 wurde Heinrich Bauer im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens von dem Advisory Commitee, dem Functional Panel sowie vom Functional Officer des Military Government als „unbedenklich“ erachtet.[57]

3. Alfred Bauer

Im Vergleich zu seinem Vater musste Alfred Bauer sich umfassender erklären.[58] Wie sein Vater füllte er den älteren MG/PS/G/9-Fragebogen aus und unterschrieb diesen am 14. Januar 1946. In der Entnazifizierungsakte lässt sich die Einstufung als „nicht als politischer Aktivist anzusehen“ und dementsprechend als „unbedenklich“ aus dem August und September 1946 finden.[59] Neben dieser Parallele zu seinem Vater gab es einen entscheidenden Unterschied: Alfred Bauer musste 1949 noch einen Fragebogen des Staatskommissars für die Entnazifizierung und Kategorisierung der Hansestadt

55 Diese und die folgenden Informationen stammen aus StAHH, 221-11, I (TL) 1548.
56 Ebd.
57 StAHH, 221-11, I (TL) 1649.
58 Vgl. StAHH, 221-11, I (TL) 1648.
59 Ebd.

Hamburg ausfüllen,[60] in dem zusätzliche tiefergehende Informationen abgefragt wurden. In diesem Zuge gab er auch an, dass er bei der Information Control am 12. September 1945 sowie am 8. Mai 1947 Fragebögen der Militärregierung „ausgefüllt und eingereicht" hatte.[61]

Alfred Bauer wurde am 14. April 1898 in Hamburg geboren. Von 1905 bis 1913 besuchte er die Volksschule. Im Jahr 1917 bestand er seine Drucker-Gehilfenprüfung. Ein Jahr später war er als Druckerei- und Verlagsleiter in der Firma seines Vaters Heinrich Bauer angestellt. Zum Druckereibesitzer und Verleger wurde er 1935. Ab dem 1. Januar 1935 erhielt die Firma den Status einer offenen Handelsgesellschaft, zum Mitinhaber wurde Alfred Bauer am 14. Mai 1935.[62] Bevor Vater und Sohn zu gleichen Teilen am Gewinn beteiligt wurden, hatte bis zum 31. Dezember 1939 Heinrich Bauer 60 Prozent und Alfred Bauer 40 Prozent der Firmenerträge erhalten.[63]

In den 1930er-Jahren wohnte Alfred Bauer mit seiner Familie in der Caspar-Voght-Straße 16 in Hamburg, zum Zeitpunkt des Entnazifizierungsverfahrens wie sein Vater in der Königgrätzstraße 5 in Hamburg. Verheiratet war Alfred Bauer mit Gertrud, geb. Thiessen. Das Ehepaar hatte drei Kinder – Marlis war am 1. April 1932 geboren worden, Heike am 5. September 1935 und Heinz am 28. Oktober 1939.[64] Alfred Bauer war 1935 „aus steuerlichen Gründen" aus der Kirche ausgetreten. Gleichwohl gab er bei der Volkszählung im Jahr 1939 seine Religion mit „ev. lutherisch" an.[65] Wie sein Vater Heinrich war auch Alfred Bauer kein Freimaurer. Des Weiteren sei er nie wegen „Vergehen, Übertretungen oder Verbrechen" verurteilt worden.[66]

Vor 1933 war Bauer in keine Partei eingetreten. Im Hinblick auf die Fragen, wie weit seine Verbindungen zu nationalsozialistischen Organisationen jedweder Art reichten oder seine Einbindung in nationalsozialistische Strukturen ausgeprägt war, antwortete Bauer, dass er von 1940 bis 1943 Mitglied der NSDAP gewesen sei. Jedoch hätten weder er noch mit ihm verwandte Personen bestimmte Stellungen wie Reichsleiter, Gauleiter oder Kreisleiter in dieser Partei bekleidet.[67] Darüber hinaus gehörte er – wie sein

60 Auf diesem Fragebogen befindet sich der Stempelaufdruck „Fachausschuß VII". Unter dem Wort „Fragebogen" wird erläutert, dass es sich bei diesem Fragebogen um einen „Auszug aus dem Original-Fragebogen der Militärregierung" handelt. Ebd.
61 Ebd.
62 StAHH, 313-9, 4910, Bl. 6.
63 Ebd., Bl. 6.
64 Ebd., Bl. 77.
65 StAHH, 221-11, I (TL) 1648.
66 Ebd.
67 Ebd. Vgl. Grieger, Sartorius im Nationalsozialismus 2019, S. 173.

Vater – von 1935 bis 1943 der NSV an, ohne aber ein Amt in dieser Organisation übernommen zu haben. Ferner sei er von 1933 bis 1945 „Pflichtmitglied“ der Reichsschrifttumskammer sowie der RPK gewesen.[68] Alle anderen Fragen zu Zugehörigkeiten und Aktivitäten innerhalb von nationalsozialistischen Strukturen verneinte Alfred Bauer.[69] Auch ließ er weder der NSDAP noch einer anderen nationalsozialistischen Organisation Geld zukommen. Eine Ausnahme bildete der monatliche Mitgliedsbeitrag an die NSV in Höhe von 10 RM.

Er – Alfred Bauer – sei auch nicht für eine Zivilverwaltung in einem von Deutschland okkupierten Gebiet tätig gewesen. Da er „aus gesundheitlichen Gründen“ „wehruntauglich“ war, hatte er nach 1919 keinen Militärdienst geleistet oder bei einer Militäradministration in einem von Deutschland besetzten Land mitgewirkt.[70] Ebenso wenig habe es von ihm seit 1933 „ganz oder teilweise“ verfasste, zusammengestellte oder herausgegebene Veröffentlichungen oder öffentlich vorgetragene Ansprachen und Vorlesungen gegeben.[71] Im Jahr 1937 unternahm Alfred Bauer eine selbst finanzierte Mittelmeerreise, 1938 begab er sich auf eine Studienfahrt der Wirtschaftsgruppe Druck nach Amerika, die er ebenfalls selbst bezahlt habe.

In einem vom 21. April 1949 datierten und an den Fachausschuss 7 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten in Hamburg adressierten Begleitschreiben zum Fragebogen erklärte Alfred Bauer, dass er 1940 „dem Druck der NSDAP zum Beitritt“, gegen den er sich „bis dahin gewehrt hatte“, nicht länger standhalten konnte.[72] „Um den väterlichen Verlag, der in der dritten Generation geführt wird, der Familie zu erhalten“ und „um einer Stilllegung des Betriebs zu entgehen“, sei er 1940 ein „nominelles Mitglied der NSDAP ohne Funktionen in der Partei oder einer ihrer Gliederungen“ geworden.[73] Bauer stellte seinen Parteieintritt als eine „Abwehr drohender Angriffe von NS-Repräsentanten im Betrieb“ dar.[74] Der Gaukartei zufolge war der Antrag am 23. Oktober 1939 gestellt worden; die Aufnahme war am 1. Dezember 1939 erfolgt. Bauers

68 StAHH, 221-11, I (TL) 1648.
69 Zum Beispiel wurde gefragt, ob Alfred Bauer Jugendwalter in einer Schule gewesen sei, ob er einer studentischen Organisation angehört habe, ob er an einer Napola unterrichtet habe, ob eines seiner Kinder eine derartige Schule besucht habe, oder ob er von einer nationalsozialistischen Organisation Titel, Orden oder Zeugnisse verliehen bekommen habe. Ebd.
70 Ebd.
71 Ebd.
72 Ebd.
73 Ebd.
74 Grieger, Sartorius im Nationalsozialismus 2019, S. 146.

NSDAP-Mitgliedsnummer lautete 7 303 523.[75] Alfred Bauers Angaben auf dem Entnazifizierungsfragebogen und die in der NSDAP-Gaukartei weichen somit voneinander ab. Grundsätzlich ist bei den Datumsangaben Vorsicht geboten. So wurden in der Forschung bereits „Diskrepanzen zwischen dem Datum des Aufnahmeantrags und dem von der Partei zugewiesenen Eintrittsdatum“ festgestellt, sodass die Richtigkeit der Daten nicht unumstößlich ist.[76]

Alfred Bauer beschrieb die Drucksituation noch näher. Demnach sei der „Druck“ von der RPK, der DAF sowie von dem Treuhänder der Arbeit ausgeübt worden – mit dem Resultat, dass sein Vater Ende 1936[77] die Betriebsführereigenschaft verloren habe. Der Verlag habe kurz vor der Enteignung respektive vor der „Überführung in den Eher-Verlag“ gestanden, was jedoch verhindert werden konnte.[78] „Unter Vorbehalt“ durfte Alfred Bauer den Betrieb weiterführen. Dennoch hätten weitere „Angriffe gegen den Verlag“ und gegen ihn als „Nichtparteigenosse“ stattgefunden.[79] „Im Zuge der konzentrierten Kriegsführung“ wurde der Betrieb 1941 „stillgelegt“.[80] Alfred Bauer sah seine Parteizugehörigkeit als „rein formalen späten und erzwungenen“ Umstand an und resümierte diesbezüglich: „Im Jahre 1943 wurde ich ausgebombt[81] und habe von diesem Zeitpunkt meine einzige Bindung zur NSDAP, nämlich die Zahlung der Mitgliedsbeiträge, eingestellt.“[82] Im Hinblick auf Heinrich Bauers Verlust der Betriebsführung fallen leicht abweichende Zeitangaben in den Darstellungen von Heinrich und Alfred Bauer auf.

Alfred Bauer ergänzte noch einen Nachtrag – und zwar ein Schreiben an die Abteilung Industrie der Handelskammer Hamburg vom 18. Februar 1946. Darin nahm er Bezug auf die von seinem Vater verfasste Anlage zu dessen Fragebogen. Bauer betonte noch einmal, dass sowohl sein Vater als auch er selbst „auf das schwerste bedrängt“ worden seien.[83] Sein Vater sei der Betriebsführung enthoben worden, „weil er politisch nicht zuverlässig sei“.[84] Er selbst habe sich nur mit Mühe gegen die DAF, den

75 BArch, R 9361-IX Kartei, 1630644.
76 Vgl. Jürgen W. Falter, Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, Frankfurt a. M. 2020, S. 85–89, Zitat S. 87.
77 Heinrich Bauer datierte den Verlust seiner Betriebsführereigenschaft auf November 1937. Vgl. StAHH, 221-11, I (TL) 1649.
78 StAHH, 221-11, I (TL) 1648.
79 Ebd.
80 Ebd.
81 Welche Gebäude genau Bauer meinte, ist unklar.
82 StAHH, 221-11, I (TL) 1648.
83 Ebd.
84 Ebd.

Reichstreuhänder der Arbeit und gegen die RPK Berlin als Betriebsführer halten können. „Es bestand die ganz klare Absicht, uns aus dem Betrieb zu entfernen, um den Verlag und die Druckerei in die Hände des Parteiverlags zu bringen."[85] Ferner konkretisierte Bauer, worin die Maßnahmen gegen den Verlag bestanden. Trotz ihres Protestes wurden sie gezwungen, „leitende Angestellte, die der Partei unbequem waren", zu entlassen.[86] Dabei handelte es sich um den Buchbindereimeister Danklehf und um den Obermeister Helmuth Eggert. Das häufige Nachfragen nach der Parteizugehörigkeit interpretierte Bauer als Signal, dass die Nichtmitgliedschaft in der NSDAP ein Grund gewesen sei, dem Verlag Probleme zu bereiten. Immerhin sei die „Funk-Wacht" mit einer Auflage von einer knappen halben Million die führende Rundfunkzeitschrift in Norddeutschland und eine der größten Zeitschriften in Deutschland gewesen.[87] Als Zeugen für seine Darstellung benannte Bauer Danklehf und Eggert wie auch Alice Haentzschel. Abschließend bat Alfred Bauer darum, als Beleg seiner Darstellung die Unterlagen des Reichstreuhänders der Arbeit und der RPK einzusehen. Ebenfalls sei die „Fachgruppe (Wirtschaftsgruppe Druck) Hamburg, Holstenwall, Gewerbehaus" informiert gewesen, dass Heinrich und Alfred Bauer „bei allen politischen Organisationen auf der schwarzen Liste standen".[88]

Mit seiner Darstellung, dass der Verlag und auch er selbst immer wieder Repressalien ausgesetzt gewesen seien, korrespondiert Alfred Bauers Antwort auf die Frage, ob er „aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen in Haft oder sonst" in der „beruflichen oder persönlichen Freiheit beschränkt" worden sei.[89] Bauer sei „auf Anzeige des Betriebszellenobmanns" Mitte 1934 wegen „Verstoß[es] der Betriebsführung gegen nationalsoz. Grundsätze" von der Gestapo verhaftet, verhört, dann aber wieder freigelassen worden.[90] Als Zeugen dafür benannte er den Bankdirektor der Hansa Bank Heidorn und den Wirtschaftsprüfer Wilhelm Bräuer. Ansonsten war Alfred Bauer kein Mitglied einer verbotenen oppositionellen Gruppierung oder einer aufgelösten Gewerkschaft gewesen. Weder aktiv noch passiv habe er dem Nationalsozialismus Widerstand geleistet – auch nicht im öffentlichen oder kirchlichen Dienst oder im Rahmen einer Lehrtätigkeit.

85 Ebd.
86 Ebd.
87 Ebd.
88 Ebd.
89 Ebd.
90 Ebd.

Interessant ist, dass ab 1940 Bemühungen unternommen wurden, die Firma Heinrich Bauer auf behördlicher Ebene wieder zu erfassen. In einem Schreiben vom 27. Februar 1940 bat die Abteilung III der Reichsschrifttumskammer den Börsenverein der Deutschen Buchhändler um Akteneinsicht sowie um die Bestätigung der Richtigkeit, dass die Firma Heinrich Bauer von 1917 bis 1925 „dem Börsenverein als Sortimentsbuchhandlung angehört habe".[91] Der Börsenverein bestätigte, dass die Firma Heinrich Bauer während des genannten Zeitraums im Adressbuch gelistet gewesen war. Desgleichen begründete der Börsenverein die Löschung der Firma aus dem Adressbuch und betonte, dass Heinrich Bauer selbst „kein Mitglied des Börsenverein[s]" gewesen war.[92] Im Schriftverkehr zwischen der Abteilung III der Reichsschrifttumskammer und der Firma Heinrich Bauer wurde gegen Ende März 1940 von behördlicher Seite konstatiert, dass die Firma zwar im „Zuständigkeitsbereich" der Kammer agiere, doch ihre Hauptbetätigung eher in die Verantwortlichkeit des Reichsverbandes der Deutschen Zeitschriftenverleger fiele.[93] Deshalb wurde die Bauer'sche Firma zum 1. April 1940 von der Mitgliedschaft in der Reichsschrifttumskammer befreit; daneben wurde ihr „die Ausübung" der „Tätigkeit als Verlagsbuchhändler" erlaubt.[94] Ungeachtet der Befreiung von der Mitgliedschaft hatte der Heinrich Bauer Verlag sämtlichen Pflichten von Kammermitgliedern nachzukommen, zu denen unter anderem die Einhaltung der buchhändlerischen Verkaufs- und Verkehrsordnung zählte. Zugleich durfte der Verlag sämtliche Rechte von Kammermitgliedern wahrnehmen und wurde der in den Colonnaden Nr. 70/74 ansässigen Landesleitung zugerechnet. Die Berechnung und Einforderung des Mitgliedsbeitrags oblag der jeweiligen Einzelkammer, die Höhe des Beitrags war abhängig von der „gesamten reichskulturkammerpflichtigen Tätigkeit".[95]

Die Genehmigung, buchverlegerisch tätig zu sein, war die Voraussetzung für die (Wieder-)Eintragung in das Adressbuch des Deutschen Buchhandels. Für die Aufnahmeprozedur wurde die Firma Heinrich Bauer gebeten, erneut den Fragebogen zu beantworten und den Verpflichtungsschein zu unterschreiben. In diesem Zusammenhang wurde dem Verlag empfohlen, an den Börsenverein „Zusätze und Ergänzungen"

91 StA-L, 21765, F 18253, Bl. 25. Die Abteilung III war für den Buchhandel zuständig.
92 Ebd., Bl. 24.
93 Ebd., Bl. 23.
94 Ebd., Bl. 23.
95 Ebd., Bl. 23.

mitzuschicken, da „umfassende Einträge im Fachadreßbuch“ nicht nur „den geschäftlichen Verkehr bedeutend“ reibungsloser machten, sondern auch eine „werbende Wirkung“ erzielen würden.[96] Anfang April 1940 schickte der Verlag Heinrich Bauer die gewünschten Unterlagen – die unterzeichnete Verpflichtung und zwei ausgefüllte Fragebögen.[97] Darin wurde Alfred Bauer zum einen als Mitglied der Fachschaft Verlag der Reichsschrifttumskammer Gruppe Buchhandel und zum anderen als Mitglied des Fachverbandes der Rundfunkpresse e. V. angegeben.[98] Der Verlag arbeitete mit dem Kommissionär Franz Winter in Leipzig zusammen, als Bankverbindung wurden die „Commerz- und Privatbank A. D. Dep. Kasse Messberg“ sowie das „Postscheckkonto 9971“ vermerkt.[99] Der Verlag schickte noch ein Schreiben mit Korrekturen hinterher. Das zunächst mit „März 1940“ angegebene Gründungsdatum wurde auf „1895“ korrigiert. Die Geschäftszweige „Buchdruckerei und Verlagsanstalt/Buchverlag“ sollten in „Zeitschriften- und Buch-Verlag, Buchdruckerei“ verbessert werden. Außerdem sollte der Zusatz „Herausg. der Rundfunk-Programmzeitschriften Funk-Wacht und Mein Funk“ ergänzt werden.[100] Da der Verlag den Mitgliedsbetrag in Höhe von 20 RM bereits gezahlt hatte, wurde der Beginn der Mitgliedschaft auf den 1. Januar 1940 festgesetzt.[101] Im August 1941 wurde durch den Verlag dessen Gründungsdatum erneut korrigiert – und zwar auf den 1. Januar 1875.[102]

Bei dem Schriftverkehr im März und April 1940 nutzte der Verlag Heinrich Bauer Briefpapier, dessen Briefkopf Titelbilder der „Funk-Wacht“ und der Reichsausgabe „Mein Funk“ zeigte. Die Drahtanschrift/Telegrammanschrift, die auf den Fragebögen wie auch auf dem Briefkopf vermerkt war, lautete „Funkwachtverlag“.[103] Diese Selbstdarstellung und vor allem die Bitte um Ergänzung des Hinweises auf die „Funk-Wacht“ zielten darauf, eine Assoziation zwischen dem Verlag und der Zeitschrift „Funk-Wacht“ zu etablieren. Der Verlag sollte 1940 mit der Zeitschrift „Funk-Wacht“ identifiziert werden. Folgende zeitliche Parallelität wird ersichtlich: Auf der einen Seite gab Alfred Bauer Ende 1939/Anfang 1940 dem Druck nach und trat in die NSDAP ein, auf der

96 Ebd., Bl. 22.
97 Ebd., Bll. 17–19.
98 Ebd., Bl. 19. Alfred Bauers Mitgliedschaft in der Reichsschrifttumskammer lief unter der Nummer B I 26 354, seine Mitgliedsnummer beim Fachverband der Rundfunkpresse war 139.
99 Ebd., Bl. 17. Vgl. auch StAHH, 324-1, K 5231.
100 StA-L, 21765, F 18253, Bl. 15.
101 Ebd., Bl. 8.
102 Ebd., Bll. 5f., Zitat Bl. 5.
103 Ebd., Bll. 15f. u. 21.

anderen Seite gab es Bestrebungen des Verlags, sich über die „Funk-Wacht“ zu profilieren.

Im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens wurde ebenfalls nach Alfred Bauers Einkommensentwicklung gefragt. Zwischen 1931 und 1934, als Bauer angestellter Druckerei- und Verlagsleiter war, bewegten sich seine Einkünfte zwischen 17.460 RM und 55.497 RM.[104] Die Entwicklung von Alfred Bauers Vermögen in der ersten Hälfte der 1930er-Jahre zeigt exemplarisch die Verwobenheit des Privat- und Firmenvermögens. Auf den Namen von Alfred, Frida und Dora Bauer existierten Darlehenskonten, auf die jährlich Tantiemen flossen.[105] Zum 31. Dezember 1933 wies das Darlehenskonto von Alfred Bauer ein Guthaben von 27.968,08 RM auf.[106] Für das Jahr 1934 bezog Bauer eine Tantieme in Höhe von 15.160 RM. Die aufgelaufenen Zinsen für die Jahre 1933 und 1934 betrugen 4.129,84 RM. „Nicht abgehobenes Gehalt“ – reduziert um „Abzüge“ – erhöhte das Guthaben um weitere 13.354,23 RM. Entnahmen in Höhe von 5.115,55 RM abgerechnet, war zum 31. Dezember 1934 die Summe von 55.496,60 RM auf dem Konto verbucht. Im folgenden Jahr wurde dieses Konto nicht länger als Darlehenskonto, sondern als Kapitalkonto geführt. So sind in der Vermögenserklärung von Alfred Bauer für das Jahr 1935 ebendiese 55.497 RM als ein zu sechs Prozent verzinstes Darlehen für die Firma Heinrich Bauer vermerkt.[107] Es zeichnet sich ein je nach privaten oder geschäftlichen Bedürfnissen ausgerichteter Einsatz von Vermögensteilen ab.

Im Jahr 1935, dem ersten Jahr als Mitinhaber, erhöhten sich seine Einkünfte auf 99.807 RM. Zum Jahr 1936 erfolgte ein Einkommenssprung auf 290.706 RM.[108] Die Einkommensquellen der ersten Jahre sind nicht festgehalten. In den Jahren 1935 und 1936 wurde das Einkommen mit dem Gewerbebetrieb generiert. Ab 1937 gab es drei Einkommensquellen: Gewerbebetrieb, Grundbesitz und Beteiligungen. Desgleichen blieb ab 1937 das jährliche Einkommen im sechsstelligen Bereich, wobei es 1937 auf 261.056 RM und 1938 auf 398.491 RM anstieg, 1939 leicht auf 388.332 RM zurückging, sich dann 1940 auf 179.355 RM und 1941 auf 102.768 RM reduzierte. Im Jahr 1942 – nach der Stilllegung des Betriebs – betrug das Jahreseinkommen nur noch 38.250 RM. Die jährlichen Beträge von 1943 bis 1945 sind mit dem Vermerk „Verlust“

104 Vgl. StAHH, 221-11, I (TL) 1648.
105 StAHH, 313-9, 4910, Bll. 14f u. 24f.
106 Ebd., Bl. 24.
107 Ebd., Bl. 2.
108 Diese Information sowie die folgenden stammen aus StAHH, 221-11, I (TL) 1648.

gekennzeichnet. Sie beliefen sich 1943 auf 60.732 RM, 1944 auf 76.256 RM und 1945 auf 112.288 RM. Für 1946 und 1947 bewegten sich die Einkommen wieder im fünfstelligen Bereich; im erstgenannten Jahr betrug das Jahreseinkommen 87.277 RM, im darauffolgenden Jahr belief es sich auf 69.982 RM. Ein weiteres Indiz für den unternehmerischen Erfolg in den 1930er-Jahren ist die Umsatzentwicklung: Lag der Gesamtumsatz 1933 bei 961.761 RM, rangierte er 1935 bei 1.764.946 RM.[109] Damit korrelierten die jährlichen Auflagen der Wochenschriften, die 167 000 im Jahr 1933, 188 000 im Jahr 1934, 378 000 im Jahr 1935 und 466 000 im Jahr 1936 betrugen.[110] Zum Betriebsvermögen gehörten neben dem Firmensitz an der Schützenpforte 1938 außerdem eine Beteiligung an Hussmann & Hahn in Cuxhaven in Höhe von 40.000 RM sowie eine Beteiligung an der Fischdampfer Reederei Gerhard und Hans von Eitzen in Altona in Höhe von 50.000 RM.[111] Diese Beteiligungen schwankten in ihrem Wert in den Folgejahren.[112] Eine Schuldenlast bestand in einer Hypothek bei der Pfälzischen Hypotheken-Bank und in einer Rente, von der „F. Lattmann" der Gläubiger war.[113]

Wie bei seinem Vater lassen sich bei Alfred Bauer Einkommenssprünge beobachten. Der mit Alfred Bauers Entnazifizierungsverfahren beauftragte Fachausschuss sah den Hauptgrund für die Steigerung dessen Einkommens in den Grundstückskäufen, die vor allem in den 1930er-Jahren getätigt wurden. Folgende Liste mit Grundbesitz-Angaben fügte Alfred Bauer seinem Entnazifizierungsfragebogen als Anlage bei:

„Grundbesitz:
<u>Hamburg, Oben Borgfelde 59/60</u>

Erwerbsdatum:	1936
Verkäufer:	Carl Jonas [sic] Wendt, Hamburg
Verkaufspreis:	RM 300.000.--
Größe:	0,1394 Hektar
Art:	Mietzinshaus
	1943 total zerstört

<u>Hamburg, Schöne Aussicht 22</u>

109 StAHH, 313-9, 4910, Bl. 7.
110 Ebd., Bl. 6. Vgl. dazu Abschnitt C.II.2. u. C.V.1.
111 StAHH, 313-9, 4910, Bll. 59, 71 u. 79.
112 Vgl. ebd., Bll. 67 u. 79.
113 Ebd., Bl. 58.

Erwerbsdatum: Mai 1939
Verkäufer: Konsul Eduard Wolff (verstorben)
Verkaufspreis: RM 73.000.--
Größe: 0,1850 Hektar
Art: Mietzinshaus

Hamburg, Hoheluft-Chaussee 91/Eppendorferweg 221
Erwerbsdatum: Dezember 1938
Verkäufer: Herz-Perutz (verstorben)
Verkaufspreis: RM 195.000.--
Größe: 0,957 Hektar
Art: Mietzinshaus
1943 total zerstört

Hamburg, Hoheluft-Chaussee 93
Erwerbsdatum: Dezember 1938
Verkäufer: Paul Dessauer, Hamburg
Verkaufspreis: RM 90.000.--
Größe: 0,0660 Hektar
Art: Mietzinshaus
1943 total zerstört

Hamburg 1, Schützenpforte 11
Erwerbsdatum: 1924
Verkäufer: (Grund und Boden Staat Hamburg)
Eigenbau
Kaufpreis: RM 485.000.--
Größe: 0,0385 Hektar
Art: Kontor- und Betriebshaus

Hamburg 1, Schützenpforte 9
Erwerbsdatum: Juli 1938
Verkäufer: E. & T. Braun
Verkaufspreis: RM 40.500.-- im Zwangsverkauf

Größe:	0,0339 Hektar
Art:	Mietzinshaus
	1943 total zerstört

Hamburg, Löwenstraße 24–30

Erwerbsdatum:	1936
Verkäufer:	Ernst Salis Fränkel
Verkaufspreis:	RM 160.000.--
Größe:	0,1500 und 0,1226 Hektar
Art:	Mietzinshaus
	1943 teilweise zerstört

Hamburg-Hochkamp, Königgrätzstraße 5

Erwerbsdatum:	1933/34
Verkäufer:	Fanny Conradine Goldschmidt (verstorben)
Kaufpreis:	RM 17.065.-- für den Platz
Größe:	0,2142 und 0,0620 Hektar
Art:	Einzelwohnhaus Eigenbau
Baukosten:	RM 78.186.—“[114]

Das angegebene Kaufdatum der Schützenpforte 11 verwundert ein wenig, da Heinrich Bauer dieses Grundstück 1921 erwarb und im Jahr 1924 die Errichtung des Verlagsgebäudes begann. Nach dieser Liste umfasste der Grundbesitz acht Objekte, wobei die Löwenstraße 24–30 eigentlich aus zwei Grundstücken bestand.[115] Wer genau die Grundstücke erworben hatte – Heinrich Bauer, Alfred Bauer oder die Firma Heinrich Bauer –, geht nicht aus der Liste hervor. Im Hinblick auf den Zeitpunkt der Erwerbe stechen die Jahre 1936 und 1938 hervor. Der Fachausschuss kam am 5. Mai 1949 zu folgendem Ergebnis: „Die Art des Erwerbs der Grundstücke istdurch [sic] den FA durch den Rechtsanwalt und Notar sowie den Hausmakler festgestellt und als einwandfrei befunden worden. Der FA beschloß deshalb, B. als entlastet in Kat. V. einzustufen.“[116]

114 StAHH, 221-11, I (TL) 1648.
115 Vgl. StAHH, 313-9, 4910, Bll. 53f.
116 StAHH, 221-11, I (TL) 1648.

Alfred Bauer erklärte dazu, dass weder er noch ein unmittelbar Angehöriger Besitz erworben hätten, „der anderen Personen aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen“ oder „im Verlauf der Besetzung anderer Länder enteignet“ wurde.[117] Desgleichen verneinte Bauer, „Verwalter oder Treuhänder“ von jüdischem Besitz gewesen zu sein.[118] Die Firma Albert Schwarke & Sohn, die als Haus- und Hypothekenmakler tätig war, verwaltete die Grundstücke Hoheluftchaussee 91 und 93, Oben Borgfelde 59–60, Schöne Aussicht 22, Schützenpforte 9 und 11 sowie Löwenstraße 24–30. In einem Schreiben vom 30. April 1949 teilte die Grundstücksverwaltung mit, dass sie „beim Ankauf der Grundstücke vermittelnd und sachberatend“ zur Seite gestanden habe, und bescheinigte für sämtliche genannten Grundstücke, dass der Verkauf der Objekte „freien Willens“ und „nicht im Wege der Arisierung oder unter politischem Druck“ stattgefunden habe.[119] Das Schreiben der Grundstücksverwaltung Albert Schwarke & Sohn ist das einzige Dokument in der Entnazifizierungsakte von Alfred Bauer, in dem der Begriff *Arisierung* Verwendung fand. Auf dem eigenen Entnazifizierungsfragebogen gab der am 23. August 1874 geborene Albert August Schwarke an, dass er als „Helfer in Steuersachen und Verwalter“ tätig gewesen sei und dass sämtliche Unterlagen aus der Verwaltertätigkeit 1943 im Firmenbüro Speersort 8 „verbrannt“ seien.[120]

Mit den Grundstücken Hoheluftchaussee 91 und Hoheluftchaussee 93 war noch ein weiterer Besitztransfer verbunden. Die OHG Heinrich Bauer – „vertreten durch den allein unterzeichnungsberechtigten Gesellschafter“ Alfred Bauer – hatte sich mit dem selbstständigen Kaufmann Walter Krentz zusammengetan und eine Kommanditgesellschaft gegründet.[121] Diese Gesellschaft, bei der Krentz der Komplementär und die OHG Heinrich Bauer der Kommanditist war, kaufte von Paul Dessauer dessen „Handelsgeschäft“, das in einem „Einzelhandel mit Textilwaren“ bestand, sich in der Hoheluftchaussee 91 befand und im Handelsregister als „Kaufhaus Hoheluft, Dessauer & Co.“ eingetragen war.[122] Somit erwarb die OHG Heinrich Bauer von Paul Dessauer zum einen das Grundstück Hoheluftchaussee 93 und beteiligte sich zum anderen an der Übernahme des im Nebengebäude befindlichen Kaufhauses.

117 Ebd.
118 Ebd.
119 Ebd.
120 StAHH, 221-11, Z 8584.
121 StAHH, 221-11, C (R) 254.
122 Ebd.

Wilhelm Bräuer, der seit 1931 für die Firma Heinrich Bauer als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer arbeitete und von Alfred Bauer auch als Leumundszeuge benannt war, positionierte sich in ähnlicher Weise wie die Firma Albert Schwarke & Sohn. Bräuer führte in einem ebenfalls vom 30. April 1949 datierten Schreiben aus, dass er „niemals den Eindruck gehabt" habe, „dass seitens der Firma Heinrich Bauer in irgendeiner Weise die Notlage jüdischer Auswanderer missbraucht" worden sei.[123] In Bezug auf Bauers Grundstückskäufe kenne er zwar keine Details, doch wisse er, dass der jüdische Verkäufer Paul Dessauer als „damalige[r] Inhaber des Kaufhauses Hoheluft" seinerzeit „persönlich an Herrn Bauer herantrat und ihm seine Grundstücke in der Hoheluftchaussee zum Kauf anbot".[124] Dessauer sei erfreut gewesen, dass „Herr Bauer sein Kaufangebot annahm, umsomehr [sic], als Herr Bauer bestenfalls Interesse haben konnte, Besitzer des Grundstücks, in welchem das Kaufhaus Hoheluft untergebracht war, zu werden, Herr Bauer sich aber auf die Bitte des Herrn Dessauer bereits erklärte, auch das anschliessende Nebengrundstück des Kaufhauses Hoheluft zu erwerben."[125] Insofern habe Bauer keine „Notlage" ausgenutzt, sondern sei der „Bitte des Herrn Dessauer" nachgekommen.[126] Zwei Formulierungen in Bräuers Stellungnahme sind bemerkenswert: Erstens schrieb Bräuer im Zusammenhang mit Paul Dessauer von „Grundstücken" – er verwendete also die Pluralform. Zwar kaufte die OHG Heinrich Bauer zwei Grundstücke in der Straße Hoheluftchaussee. Doch hatten die Hoheluftchaussee 91 und Hoheluftchaussee 93 damals unterschiedlichen Personen gehört, und das Kaufhaus befand sich auf dem Grundstück, deren Eigentümerinnen die Schwestern Elfriede David und Else Leopold waren. Zweitens fällt auf, dass Bräuer in seiner Darstellung den Begriff „Auswanderer" verwendet. Dies wirft die Fragen auf, ob und – wenn ja – seit wann auf der Käuferseite Kenntnisse von der damaligen Lebenssituation und den Auswanderungsplänen des Paul Dessauer vorhanden gewesen waren. Wären Dessauers Emigrationsabsichten bereits zum Zeitpunkt der Verhandlungen über die Besitztransfers bekannt gewesen, hätten derartige Kenntnisse unter Umständen zu Vorteilen beim Aushandeln der Kaufbedingungen führen können.

Der Kaufmann Walter Krentz hatte seinen Entnazifizierungsfragebogen am 16. Januar 1946 unterschrieben. Darin erteilte er die Auskunft, dass er am 1. Mai 1933 in die

123 StAHH, 221-11, I (TL) 1648.
124 Ebd.
125 Ebd.
126 Ebd.

NSDAP eingetreten war. Im Nachhinein begründete Krentz diesen Schritt damit, sich „durch das grosszügige Sozialprogramm und die in Reden und Veröffentlichungen proklamierten idealen Grundsätze [dazu] veranlasst gefühlt“ zu haben.[127] Später sei er wegen der Diskrepanz zwischen „Partei-Theorie und Praxis“ enttäuscht gewesen und habe sich mehr und mehr zurückgezogen.[128]

Krentz hob ebenfalls hervor, dass Paul Dessauer aus freiem Willen das Kaufhaus Hoheluft verkauft habe. Dessauer habe bereits seit längerer Zeit Verkaufsabsichten gehabt. Es gab sogar einen Vorvertrag mit zwei Männern namens Kramer und Wulf. Dessauer meinte jedoch, dass seine Firma bei Krentz „in guten Händen“ sei.[129] Diese Bekundung könne die Buchhalterin des Kaufhauses Hoheluft Agnes Pries bezeugen. Den Auftrag zum Verkauf hatte der jüdische Hausmakler Carl Norden übernommen, der am 1. November 1938 schriftlich um seine Provision in Höhe von 400 RM bat. Laut Krentz genehmigte die zuständige Behörde den Verkauf, weil er als Fachmann sowie durch ehrenamtliche Tätigkeiten der Behörde gut bekannt gewesen sei. Seine NSDAP-Mitgliedschaft sei indes irrelevant gewesen.[130] Krentz ergänzte – teilweise nachträglich – seinen Entnazifizierungsfragebogen um mehrere schriftliche Zeugenaussagen,[131] in denen zum einen versichert wurde, dass Krentz seine Angestellten anständig behandelt habe, diese nie politisch beeinflusst oder zu einem Eintritt in die NSDAP gedrängt habe sowie Juden und Jüdinnen weiterhin beschäftigt und ihnen bei „Schwierigkeiten“ geholfen habe.[132]

Zum anderen sollte durch die Stellungnahmen die Rechtmäßigkeit des Kaufhaus-Transfers auf freiwilliger Basis belegt werden.[133] Diesbezüglich äußerte der Wirtschaftsprüfer Heinz Theodor Götz, dass der Verkauf des Kaufhauses Hoheluft einem „ordnungsmässigen Geschäftsübergang“ gefolgt sei.[134] Der Wirtschaftsprüfer kannte

127 StAHH, 221-11, C (R) 254.
128 Ebd.
129 StAHH, 221-11, C (R) 254. Vgl. auch StAHH, 213-13, 2982, Beiakte, Bl. 3.
130 StAHH, 221-11, C (R) 254.
131 Ebd. Unter diesen Zeugenaussagen waren fünf „eidesstattliche Erklärungen“ und zwei „Bestätigungen“. Die eidesstaatlichen Erklärungen stammten von der Firma Dittmer Textilhaus, Agnes Pries, Hertha Steiner, Gertrud Frahm und Elisa von Schwichow. Urheberinnen der Bestätigungen waren Else Schütt und Carlahilde Götz.
132 Zum Beispiel bestätigte Else Schütt am 18. August 1946 schriftlich, dass Walter Krentz sie „als Halbjüdin und leitende Angestellte des Betriebs bei den durch eine Anzeige entstandenen Schwierigkeiten in jeder Weise geschützt und auch vor jeder weiteren Verfolgung in dieser Angelegenheit bewahrte“. Ebd.
133 Ebd.
134 Ebd.

Dessauer seit 1932.[135] Götz argumentierte auf zeitlicher Ebene: Paul Dessauers Rechtsanwalt Arnold Lenert Wex habe den Genehmigungsantrag gemäß dem „Gesetz zum Schutz des Einzelhandels“ am 1. November 1938 gestellt. Mithin sei dies vor der „Göring-Verordnung“ geschehen, die Götz ungeachtet früherer antisemitischer Gesetze hierbei zur maßgebenden Zeitmarke erhob.[136] Vermutlich war die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ vom 12. November 1938 gemeint.[137] Götz schlussfolgerte: Der Beweggrund zum Verkauf sei bei Dessauer „durch die antisemitische Entwicklung“ entstanden, ein „formeller Zwang zum Verkauf“ habe jedoch nicht existiert.[138]

Hinsichtlich Alfred Bauers Entnazifizierungsverfahren ist abschließend zu ergänzen, dass wie bei seinem Vater die beim Verlag angestellte Alice Haentzschel die Angaben von Alfred Bauer auf dem MG/PS/G/9-Fragebogen bezeugte. Das Datum war auch hier der 14. Januar 1946. Der Empfehlung des Fachausschusses vom 5. Mai 1949, Alfred Bauer als „entlastet“ anzusehen und ihn in die Kategorie V einzustufen, wurde nachgekommen.[139]

4. Zwischenfazit

Aus der Auseinandersetzung mit den Entnazifizierungsfragebögen von Heinrich und Alfred Bauer lassen sich fünf Beobachtungen festhalten:

Erstens: Die Zeiträume der beiden Entnazifizierungsverfahren zusammengenommen, dauerten die Überprüfungen von Januar 1946 bis Mai 1949. In diese Zeit fielen ebenfalls die Beantragung einer Lizenz für eine Neuauflage der „Funk-Wacht“[140] und die Anfänge zweier Restitutionsverfahren.[141] Insofern waren die Prüfentscheidungen, als „unbedenklich“ beziehungsweise in die Kategorie V eingestuft worden zu sein, für die persönliche Zukunft von Heinrich und Alfred Bauer wie auch für die Zukunft des Unternehmens von großer Bedeutung.

135 StAHH, 213-13, 2982, Beiakte, Bl. 3.
136 StAHH, 221-11, C (R) 254.
137 RGBl., 1938, Teil 1, Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben. Vom 12. November 1938, S. 1580.
138 StAHH, 221-11, C (R) 254.
139 StAHH, 221-11, I (TL) 1648.
140 Ausführlich dazu Abschnitt C.IV.
141 Vgl. Abschnitt B.II.4 u. Abschnitt B.II.5.

Zweitens: Neben Beteiligungen etwa an Reedereien kristallisiert sich der Grundstückserwerb als eine vornehmliche Antwort auf die mit dem unternehmerischen Erfolg einhergehende Frage heraus, wie mit dem erwirtschafteten Geld verfahren wurde. Zur Frage, warum die Wahl der Bauers gerade auf den Grundstückserwerb als Anlagemöglichkeit fiel, sind zwei Erklärungen denkbar: Zum einen können die Inflationsphasen in den 1920er-Jahren das Vertrauen in die Banken nachhaltig erschüttert haben. Zum anderen scheint es bei den Bauers bereits seit Längerem Berührungspunkte mit dem Immobilienmaklergeschäft gegeben zu haben. Denn immer wieder erschienen in den 1910er- und 1920er- Jahren Anzeigen in den hamburgischen Zeitungen, in denen es unter anderem um Wohnungsgesuche ging und „Heinrich Bauer, Billh. Röhrendamm 80“ als Kontakt angegeben war.[142] Auch nach 1945 stellte der Erwerb von Grundstücken ein Asset-Management-Charakteristikum des Heinrich Bauer Verlags dar.[143] Dabei lag das besondere Augenmerk auf zusammenhängenden Grundstücken mit Mietshäusern.

Drittens: Heinrich und Alfred Bauer – als Privatpersonen und als Firmenvertreter – kauften sowohl von Juden als auch von Nichtjuden. Hierzu verdient Beachtung, dass die von Alfred Bauer eingereichte Grundbesitz-Liste nicht vollständig war. Es fehlten zwei Grundstücke, die zusammen einen Mietshaus-Komplex bildeten. Dabei handelte es sich um die Grundstücke Alsterdorfer Straße 59–61/Lattenkamp 2–6 und Lattenkamp 8–10. Heinrich Bauer hatte diese beiden Grundstücke vom Bauunternehmer Gustav Hermann Rocke gekauft, die Auflassung war am 13. März 1936 erfolgt. Im Jahr 1948 wurde dieser Grundstückskomplex im Grundbuch auf Dora Bartels, Alfred Bauers Schwester, eingetragen.[144] Warum dieser Grundbesitz in Alfred Bauers Liste fehlte, ist offen. Die Schützenpforte 11 wurde von der Stadt Hamburg gekauft. Das Objekt Oben Borgfelde 59–60 sowie der Komplex Alsterdorfer Straße 59–61/Lattenkamp 2–6 und Lattenkamp 8–10 wurden von Personen verkauft, zu denen keine Hinweise ermittelt werden konnten, dass sie Juden waren. Der Architekt Carl Johannes Ernst Wendt, der Oben Borgfelde 59–60 an Alfred Bauer und seine Schwestern verkaufte, hatte sowohl mit dem Bauunternehmer Rocke als auch mit der OHG Heinrich Bauer

142 Zum Beispiel in der Abendausgabe des „Hamburger Fremdenblattes“ vom 9. Juli 1920, Nr. 332, S. 7.
143 HBV-Archiv, 9 E, 000 Bp 1952–1961, Pkt. 299ff. Vgl. auch HBV-Archiv, 9 B, Bilanzen HBV 1953–1959.
144 HBV-Archiv, 2 D, 931 Hamburg Alsterdorfer Straße 59/61 Lattenkamp MH.

zusammengearbeitet, sodass ein personelles Netzwerk hinter den Grundstückstransfers Oben Borgfelde 59–60 und Alsterdorfer Straße 59–61/Lattenkamp 2–10 erkennbar wird.[145]

Viertens: Sowohl Heinrich Bauer als auch sein Sohn stellten im Zuge ihrer Entnazifizierungsverfahren heraus, dass sie in ihrer Funktion als Buchdruckereibesitzer und Verleger wiederholt mit nationalsozialistischen Behörden und Dienststellen in Konflikt geraten waren. Eine Auseinandersetzung mit der „Funk-Wacht" wird unter anderem dazu dienen, diese Darstellung von sich aneinanderreihenden Konflikten zu verifizieren und die Dimension dieser Konfliktsituationen auszuloten.[146] Alfred Bauer rechtfertigte seinen NSDAP-Beitritt mit dem aus den Konfliktsituationen entstandenen Druck, sodass seinem Entnazifizierungsfragebogen – wie auch dem seines Vaters – eine „apologetische Funktion"[147] zukam.

Fünftens: Eine solche „apologetische Funktion" setzte sich bei der *Arisierung*sthematik fort. Diese kam lediglich im Entnazifizierungsverfahren von Alfred Bauer zur Sprache. Die Entwicklung des Einkommens von Alfred Bauer weckte offenbar 1949 das Interesse des betreffenden Fachausschusses, der schließlich befand, dass die „Art" der Grundstückskäufe „einwandfrei" gewesen sei.[148] In der Entnazifizierungsakte ist nur fixiert, bei wem der Fachausschuss Erkundigungen eingeholt hatte. Welches Argument genau oder gar welcher Beweis für die Beurteilung des Fachausschusses ausschlaggebend gewesen war, geht aus der Akte nicht hervor. Alfred Bauer verneinte die Frage nach dem Erwerb von Besitz, der Personen „aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen" worden war.[149] Er versuchte, seine Darstellung bezüglich der Grundstückserwerbe zu untermauern, indem er die Handlungsmöglichkeit nutzte, schriftliche Stellungnahmen von Leumundszeugen in das Prüfverfahren einzubringen. Diese Zeugen waren allerdings selbst in die Besitztransfers involviert gewesen. Ihre Stellungnahmen argumentierten dahingehend, dass die Verfolgung von Juden und Jüdinnen in der NS-Zeit zwar stattgefunden habe, jeglicher Zusammenhang mit den Erwerben durch Heinrich und Alfred Bauer wurde jedoch negiert. Dieser zentrale Punkt gibt Anlass, im folgenden Kapitel die Besitztransfers unter dem Aspekt der *Arisierung* eingehender zu beleuchten.

145 Vgl. StAHH, 311-2 IV, 7453; StAHH, 324-1, K 3304, Bl. 66 et passim.
146 Ausführlich dazu Abschnitt C.V.1.
147 Falter, Erklärungs- und Entschuldigungsversuche 2022, S. 277.
148 Ebd.
149 StAHH, 221-11, I (TL) 1648.

II. Die einzelnen Transfers

1. Vorbemerkungen: *Arisierung* und Restitution

Nicht zuletzt die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933 – die sogenannte Reichstagsbrandverordnung – führte zu einer Umdeutung „des Eigentumsbegriffs", nach der „das Recht auf Eigentum nur noch ‚von der Volksgemeinschaft anerkannten Volksgenossen' zugebilligt wurde".[150] Diese Umdeutung formierte die Ausgangslage dafür, dass sich das, was unter den Begriff *Arisierung* gefasst wurde, zu einem „gesamtgesellschaftlichen Phänomen" auswachsen konnte.[151]

Es erstaunt, dass sich für den Begriff *Arisierung* als einen Nukleus der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik in Verordnungen oder Gesetzestexten der NS-Zeit keine „offizielle Definition" entdecken lässt.[152] Die Wortendung „-ierung" signalisiert, dass es sich bei *Arisierung* um einen Prozess handelte. Diese von der nationalsozialistischen Rassenideologie durchdrungene Wortschöpfung brachte zum Ausdruck, dass etwas im Besitz eines *Nichtariers* Befindliches in den Besitz eines *Ariers* überführt wurde.[153] In der NS-Zeit wurde der Begriff *Arisierung* bei der Überführung von gewerblichem Besitz verwendet – vorwiegend bei der „Ausschaltung bzw. Verdrängung

150 Cornelia Rauh, Das Eigentum der Anderen. In: Frei, Norbert (Hg.): Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?, Göttingen 2018, S. 127–143, hier S. 127.
151 Ebd., S. 137f., Zitat 137. Vgl. auch Frank Bajohr, „Arisierung" als gesellschaftlicher Prozeß. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und „arischer" Erwerber. In: Wojak, Irmtrud / Hayes, Peter (Hg.): „Arisierung" im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt a. M. 2000, S. 15–30.
152 Frank Bajohr, „Arisierung" in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, Hamburg 1997, S. 9, Anm. 1. Zum Themenfeld Arisierung vgl. auch Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966; Avraham Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung". Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1945, Frankfurt a. M. 1988; Gaby Zürn, Forcierte Auswanderung und Enteignung 1933 bis 1941. Beispiele Hamburger Juden. In: Herzig, Arno (Hg.) in Zusammenarbeit mit Saskia Rohde: Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990. Wissenschaftliche Beiträge der Universität Hamburg zur Ausstellung „Vierhundert Jahre Juden in Hamburg", Hamburg 1991, S. 487–497; Dirk van Laak, Die Mitwirkenden bei der „Arisierung". Dargestellt am Beispiel der rheinisch-westfälischen Industrieregion 1933–1940. In: Büttner, Ursula (Hg.): Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Hamburg 1992, S. 231–257; Claus Füllberg-Stolberg, Sozialer Tod – Bürgerlicher Tod – Finanztod. Finanzverwaltung und Judenverfolgung im Nationalsozialismus. In: Stengel, Katharina (Hg.): Vor der Vernichtung. Die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2007, S. 31–58; Britta Bopf, Diskriminierung und Enteignung jüdischer Immobilienbesitzer im Nationalsozialismus. In: Stengel, Vor der Vernichtung 2007, S. 182–203; Benno Nietzel, Die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Juden 1933–1945. Ein Literatur- und Forschungsbericht. In: AfS 49 (2009), S. 561–613.
153 Vgl. Christiane Kuller, Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland, München 2013, S. 244–247.

der Juden aus dem Wirtschaftsleben“.[154] Diese Übereignungen wurden im ökonomischen Bereich vollzogen, hatten aber nicht nur dort Konsequenzen: „Ökonomische und gesellschaftliche Verdrängung verbanden sich in der Erfahrungswelt jüdischer Unternehmer zu einer komplexen Verfolgungserfahrung, die sich auch in der Erinnerung nach 1945 nicht einfach in einzelne Teilbereiche auseinanderdividieren ließ.“[155]

Parallel zur Beschäftigung mit dem Terminus als Quellenbegriff ist das Wort *Arisierung* in der historischen Forschung zum Analysebegriff geraten.[156] Als solcher erfuhr er sukzessive eine Entgrenzung, um zu einer möglichst erschöpfenden Erforschung der ökonomischen Verdrängungsprozesse zu gelangen. Infolgedessen wurden alle möglichen antisemitischen Verfolgungsmaßnahmen unter *Arisierung* gefasst.[157] Diese Erweiterung des Terminus wurde in der Forschung kritisiert. Ein erster gewichtiger Kritikpunkt rekurriert darauf, dass ausgerechnet ein nationalsozialistisch geprägter Ausdruck zum Analysebegriff erhoben wurde.[158] Somit ist der Terminus *Arisierung* problematisch. Hier wird dieser Begriff für den Transfer von jüdischem Besitz in den Besitz von *Ariern* gebraucht. Und noch eine weitere terminologische Problematik schwingt beim Thema *Arisierung* mit und betrifft das Wortfeld *Jude/Jüdin/jüdisch*. In den Quellen meinen diese Wörter meistens das, was nach nationalsozialistischen Vorstellungen darunter verstanden wurde, sodass es bei der Analyse eigentlich „als Jude definiert“, „als Jude verfolgt“ oder als „sogenannter Jude nach den Kriterien der nationalsozialistischen Rassenlehre“ heißen müsste.[159] Einzig aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird hier auf diese Formulierungen verzichtet.

---

154 Ebd., S. 245.
155 Frank Bajohr, „Arisierung“ und Rückerstattung. Eine Einschätzung. In: Goschler, Constantin / Lillteicher, Jürgen (Hg.): „Arisierung“ und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002, S. 39–59, hier S. 51. Vgl. auch Füllberg-Stolberg, Finanzverwaltung und Judenverfolgung 2007; Sven Hamann, „Jeder Käufer sucht möglichst günstig zu kaufen.“ Raub, Rückerstattung und Entschädigung jüdischen Eigentums in Schleswig-Holstein, Kiel/Hamburg 2022, S. 70.
156 Grundlegend dazu Jürgen Trabant, Zur Einführung. Vom linguistic turn der Geschichte zum historical turn der Linguistik. In: Jürgen Trabant (Hg.) unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner: Sprache der Geschichte, München 2005, S. VII–XXII, hier bes. S. IX.
157 Kuller, Bürokratie und Verbrechen 2013, S. 245.
158 Zu weiteren Argumenten der Kritiker*innen vgl. ebd., S. 246.
159 Zitat „sogenannter Jude nach den Kriterien …“ Bajohr, „Arisierung“ 1997, S. 9, Anm. 10; Zitate „als Jude definiert“ u. „als Jude verfolgt“: Johannes Beermann, Mehr als bloß Dienstleister. Die Mitwirkung von Spediteuren und Gerichtsvollziehern an der wirtschaftlichen Existenzvernichtung der europäischen Juden am Beispiel der Freien und Hansestadt Bremen zwischen 1938 und 1945. In: Balcar, Jaromír (Hg.): Raub von Amts wegen. Zur Rolle von Verwaltung, Wirtschaft und Öffentlichkeit bei der Enteignung und Entschädigung der Juden in Bremen, Bremen 2014, S. 117–210, hier S. 121, Anm. 22. Vgl. auch Nietzel, Literatur- und Forschungsbericht 2009, S. 574.

Mit diesen Begriffsbestimmungen operierend ist zu konstatieren, dass acht Transfers ermittelt werden konnten, bei denen zwischen März 1933 und Mai 1939 sieben Grundstücke[160] und ein Kaufhaus aus dem Eigentum von Juden und Jüdinnen in den Bauer'schen Besitz übergingen. Frank Bajohr hat auf das „vielgestaltige Spektrum der Erwerber" jüdischen Eigentums hingewiesen.[161] So wird im Folgenden der Frage nachgegangen, wie sich diese Transfers hinsichtlich Zeitpunkt, Ablauf und Charakteristika ausgestalteten. Die Gliederung der Betrachtung erfolgt chronologisch nach den Kaufdaten. Dies ist angeraten, weil die historischen Rahmenbedingungen der Verfolgung der Juden und Jüdinnen sowie deren Verdrängung aus der Wirtschaft zwischen 1933 und 1939 Veränderungen unterlagen und diese Entwicklung für die Transfers der Grundstücke und des Kaufhauses relevant war. Diese Bedingungen konstituierten ein Wechselverhältnis zwischen dem Ausmaß der Verfolgung und sich eröffnenden Chancen für Profiteure, wodurch die Handlungsräume für Rechtsgeschäfte präformiert wurden. Dementsprechend stellen sich folgende Fragen: Wann fanden die Transfers statt? Wie genau gingen die einzelnen Transfers vonstatten? Lassen sich zwischen den Transfers Parallelen oder Unterschiede feststellen? Agierten Heinrich Bauer und Alfred Bauer in den jeweiligen Situationen als Privatpersonen, oder traten sie als Firmenvertreter auf?

Die Quellenlage ist lückenhaft.[162] Das herangezogene Quellenkorpus besteht vor allem aus zwei Beständen – zum einen aus den überlieferten Akten der Devisenstelle und zum anderen aus den tradierten Unterlagen der Restitutionsverfahren vom Amt für Wiedergutmachung und von der Wiedergutmachungskammer am Landgericht Hamburg. Die „Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung" vom 1. August 1931 legte fest, dass die Verhinderung von Kapital- und Steuerflucht in die Zuständigkeit der Landesfinanzämter fiel. Die entsprechende Behörde in Hamburg trug seit 1937 den Namen „Der Oberfinanzpräsident Hamburg, Devisenstelle". Diese Stelle hatte ebenfalls die Aufgabe, auf der Grundlage der „Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" vom 8. Dezember 1931 die Reichsfluchtsteuer einzutreiben. Diese Aufgabe delegierte der Oberfinanzpräsident

160 Bei einem Grundstück steht weniger dessen Kauf selbst, sondern vielmehr eine Hypothek zugunsten eines Juden im Blickpunkt.
161 Bajohr, „Arisierung" 1997, S. 317.
162 Vgl. hierzu die Einleitung.

an die ihm unterstellte Zollfahndungsstelle. Das „Gesetz gegen den Verrat der deutschen Volkswirtschaft“ vom 12. Juni 1933 und das „Gesetz über die Devisenbewirtschaftung“ vom 4. Februar 1935 schufen das rechtliche Fundament, auf dem sich die Devisenstelle und die Zollfahndung zu „Schrittmacher[n] des Enteignungsprozesses“ ausbildeten.[163] Die Reichsfluchtsteuer und die Judenvermögensabgabe stellten zwei Instrumente des NS-Regimes dar, um Juden und Jüdinnen im Zuge ihrer Auswanderung auszuplündern.[164] In den Quellen aus dem Bestand der Devisenstelle ist der Fokus auf die Verfolgung der Juden und Jüdinnen gerichtet. Daraus resultiert die Perspektive der Darstellung in den folgenden Unterkapiteln.[165] Die Verwaltungssprache dieser Quellen trug zur Schaffung eines „scheinlegalen Rahmen[s]“ für die Verfolgung der Juden und Jüdinnen bei.[166] Der Aspekt der in den Quellen verwendeten Sprache spielt auch bei den Rückerstattungsverfahren eine wesentliche Rolle.

Ein genauer Blick auf diese Restitutionsverfahren, die zu allen hier behandelten Grundstücken und zu dem Kaufhaus durchgeführt wurden, bildet den zweiten Schwerpunkt dieses Kapitels.[167] Die Rückerstattungen waren in erster Linie juristische Auseinandersetzungen.[168] Durch das am 12. Mai 1949 in Kraft getretene Militärregierungsgesetz Nr. 59 mit dem Titel „Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte an Opfer

163 Bajohr, „Arisierung“ 1997, S. 174 u. 189–216, Zitat S. 189 et passim.
164 Vgl. u. a. Dorothee Mußgnug, Die Reichsfluchtsteuer 1931–1953, Berlin 1993; Martin Friedenberger, Die Rolle der Finanzverwaltung bei der Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung der deutschen Juden. In: Friedenberger, Martin / Gössel, Klaus-Dieter / Schönknecht, Eberhard (Hg.): Die Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumente, Bremen 2002, S. 10–94.
165 Grundlegend dazu Arnold Esch, Überlieferungs-Chance und Überlieferungs-Zufall als methodisches Problem des Historikers. In: Esch, Arnold: Zeitalter und Menschenalter. Der Historiker und die Erfahrung vergangener Gegenwart, München, 1994, S. 39–69.
166 Bajohr, „Arisierung“ 1997, S. 20. Vgl. auch Walter Rummel, Die Enteignung der Juden als bürokratisches Verfahren. Funktion und Grenzen der pseudo-legalen Formalisierung eines Raubes. In: Stengel, Vor der Vernichtung 2007, S. 61–79, hier S. 61f.
167 Zum Themenkomplex Restitution vgl. Constantin Goschler u. Philipp Ther, Eine entgrenzte Geschichte. Raub und Rückerstattung jüdischen Eigentums in Europa. In: Goschler, Constantin / Ther, Philipp (Hg.): Raub und Restitution. „Arisierung“ und Rückerstattung des jüdischen Eigentums in Europa, Frankfurt a. M. 2003, S. 9–25; Constantin Goschler, Vertrauenskapital und Vergangenheitspolitik. Die Auseinandersetzung der deutschen Wirtschaft mit „Arisierung“ und Zwangsarbeit. In: Lillteicher, Jürgen (Hg.): Profiteure des NS-Systems? Deutsche Unternehmen und das „Dritte Reich“, Berlin 2006, S. 154–173; Jürgen Lillteicher, Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2007; Florian Grumblies, Rückerstattung und Entschädigung. Die Praxis der „Wiedergutmachung“ nationalsozialistischen Unrechts am Beispiel der Juden der Stadt Hannover 1945–1965, o. O. 2021; Hamann, Raub, Rückerstattung und Entschädigung 2022.
168 Vgl. Tobias Winstel, Die Testamentsvollstrecker. Zur Rolle von Anwälten und Rechtshilfeorganisationen. In: Frei, Norbert / Brunner, José / Goschler, Constantin (Hg.): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel, Göttingen 2009, S. 533–553, hier S. 533f.

der nationalsozialistischen Unterdrückungsmaßnahmen“ wurde die bisherige Rückerstattungspraxis in der britischen Besatzungszone auf eine rechtliche Grundlage gestellt.[169] In Hamburg wurden bis 1952 in der „Hälfte der individuellen Rückerstattungsverfahren“ Grundstückssachen verhandelt.[170] In den Rückerstattungsverfahren, bei denen es um auf privater Ebene stattgefundene Erwerbe durch Privatpersonen oder Unternehmen ging, stand die Frage im Mittelpunkt, ob die damalige Übereignung unter Zwang geschehen war – also gegen den freien Willen des Verkäufers beziehungsweise der Verkäuferin.[171] Terminologischer Kristallisationspunkt dieser Frage war der Rechtsbegriff *Entziehung*, der jedoch mitnichten das, was die Juden und Jüdinnen in der NS-Zeit zu durchlitten hatten, auszudrücken vermochte.[172] Ähnliches gilt für die Bezeichnung *Wiedergutmachung*. „Der schon von den Nationalsozialisten in anderem Zusammenhang verwendete Begriff ‚Wiedergutmachung‘ wird in der Öffentlichkeit und in der Geschichtswissenschaft heute zu Recht als verharmlosendes ‚Ärgernis‘ kritisiert.“[173] Andererseits wird eingeräumt, dass ebendieser Begriff als „einzig verfügbare Klammer, die das insgesamt sehr umfangreiche Rechtsgebiet mit seiner aufgefächerten Terminologie zusammenhält“, dienen kann.[174] Da es hier um konkrete *Arisierungs*- und Restitutionsfälle geht, wird für diese Studie auf die Termini Restitution und Rückerstattung zurückgegriffen.[175] Folgende Fragen sind dabei von Interesse: Wie gingen die Restitutionsverfahren aus? Welche Argumente wurden vorgebracht? Gab es Argumente, die als besonders gravierend galten? Bildeten sich bei den Rückerstattungsverhandlungen bestimmte Handlungsmuster heraus?

2. Königgrätzstraße 5

Die Jewish Trust Corporation (JTC) stellte im Namen von Nanny Conradine Goldschmidt, geb. Gotendorf, am 20. Dezember 1951 einen Antrag auf Rückerstattung.

169 Vgl. Military Government Gazette. Germany – British Zone Control No. 28 / Amtsblatt der Militärregierung. Deutschland – Britisches Kontrollgebiet No. 28, o. O., o. J. [https://www.dfs.ny.gov/system/files/documents/2019/02/british-military-law-59.pdf, Zugriff: Dezember 2023].
170 Grumblies, Rückerstattung und Entschädigung 2021, S. 259f., Zitat S. 260. Vgl. auch Lillteicher, Rückerstattung 2007, S. 130f.
171 Grumblies, Rückerstattung und Entschädigung 2021, S. 204.
172 Vgl. ebd., bes. S. 34 u. S. 50f.
173 Ebd., S. 5. „Ärgernis“ zit. n. Ludolf Herbst, Einleitung. In: Herbst, Ludolf / Goschler, Constantin (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 7–31, hier S. 8.
174 Ebd., S. 9.
175 Ebd.

Goldschmidt war am 10. November 1854 in New York geboren. Sie war mit dem Kaufmann Abraham Goldschmidt verheiratet gewesen und hatte sich in Hamburg in unterschiedlichen Bereichen gemeinnützig engagiert.[176] Am 16. Februar 1923 war sie gestorben. Gegenstand der Rückerstattungsforderung war das Garten-Grundstück Königgrätzstraße 5 in Osdorf.[177] Dieses Grundstück umfasste zwei Parzellen, eine war 2 138 Quadratmeter, die andere war 620 Quadratmeter groß. Ob „der Verkauf unter Nötigung“ stattgefunden habe, wurde im Rückerstattungsantrag folgendermaßen beantwortet: „Ja, in der massgebenden Zeit durch Auflassung vom“ 4. Juni 1933 und vom 15. Juni 1935.[178] Der Käufer war Heinrich Bauer gewesen, die Besitzer*innen zu Beginn der 1950er-Jahre waren Marlis, Heike und Heinz Bauer – die Kinder von Alfred Bauer, der sie in dieser Angelegenheit vertrat. Am 3. März 1952 wurde ein Rückerstattungsvermerk ins Grundbuch eingetragen.[179]

Am 9. Mai 1952 schrieb der Haus- und Hypothekenmakler Jacob Volckerts an das Wiedergutmachungsamt und legte „im Auftrage der Grundeigentümer“ Widerspruch gegen den Rückerstattungsanspruch ein.[180] Eine Begründung des Widerspruchs wurde für die folgende Woche angekündigt. Um einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen, wurde für den 29. Mai 1952 eine Verhandlung vor dem Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg anberaumt. Bei dieser nichtöffentlichen Sitzung war Assessor Müller-Dieckert als Vertretung für die JTC zugegen, die antragsgegnerische Seite wurde durch Alfred Bauer und Herrn Bartels von der Maklerfirma Jacob Volckerts vertreten.[181] Am Sitzungsprotokoll fällt auf, dass einige Angaben vom Rückerstattungsantrag der JTC abwichen. Laut Protokoll hatte die Auflassung der 2 138 Quadratmeter großen Parzelle 565/26 am 4. Mai 1933 stattgefunden. Die zweite Parzelle mit der Nummer 686/27 war am 19. Juni 1934 verkauft worden.[182] Es wurde vereinbart, dass der Makler Jacob Volckerts „die in den Jahren 1933–34 gezahlten Kaufpreise“ bei der damals vermittelnden Maklerfirma Ernst Simmon & Co. erfragen sollte.[183]

176 Vgl. StAHH, 731-8, A 757 Nanny Goldschmidt.
177 StAHH, 213-13, 14433, I. Beiakte, Bl. 3. Das Grundstück war im „Grundbuch von Osdorf Band 15 Blatt 748 des Grundbuchamtes Blankenese“ eingetragen.
178 Ebd., Bl. 3.
179 Ebd., Bl. 13.
180 Ebd., Bl. 16.
181 Vgl. ebd., Bl. 17. An dieser Stelle wäre noch die Anschlussrecherche lohnenswert, ob es sich bei dem „Herrn Bartels“ um Alfred Bauers Schwager handelte.
182 Ebd., Bl. 17.
183 Ebd., Bl. 17.

Am 24. Juli 1952 erinnerte das Wiedergutmachungsamt den Hausmakler Jacob Volckerts daran, die vereinbarte Erkundigung einzuholen, und setzte dafür eine zweiwöchige Frist.[184] Nur einen Tag später meldete sich die JTC schriftlich beim Wiedergutmachungsamt und erklärte, dass sie den Rückerstattungsantrag zurückziehe, „da wir an einer Weiterverfolgung der Sache nicht mehr interessiert sind".[185] Ein Schreiben des Hausmaklers Jacob Volckerts vom 29. Juli 1952 an das Wiedergutmachungsamt vermag den Rückzug der JTC zu erhellen. Beigelegt war die Abschrift eines Briefes, den der Hausmakler Jacob Volckerts bereits am 14. Juli 1952 an die JTC gesendet hatte. Darin teilte die Firma Ernst Simmon & Co. mit, dass „die Besitzung von Nanny Goldschmidt Testament" bereits vor 1933 in Parzellen aufgeteilt worden war und dass schon 1931 Veräußerungen stattgefunden hatten. Der vom Notar Dr. Max Raabe ausgefertigte Kaufvertrag für die größere Parzelle datierte vom 23. März 1933. Die „Goldschmidt-Erben", die sich durch den Rechtsanwalt Dr. Gestefeld vertreten ließen, verkauften diese Parzelle an Heinrich Bauer.[186] „Der Kaufpreis, über dessen Höhe erst nach langwierigen Verhandlungen Einigkeit erzielt wurde, betrug GM 6.50 per qm."[187] Die Auflassung folgte am 4. Mai 1933. Die zweite Parzelle wurde am 19. Juni 1934 veräußert. Der Quadratmeter-Preis für dieses Trennstück belief sich auf 5,75 GM. Die Auflassung fand am 15. Juni 1935 statt.[188] Die Firma Ernst Simmon & Co. konstatierte dazu: „Der in dem Vertrage an Herrn Bauer vereinbarte Kaufpreis war mit Rücksicht auf die damalige wirtschaftliche Lage durchaus angemessen und viele gleichwertige andere Grundstücke wurden s. Zt. zu einem gleichen bezw. zu einem noch geringeren Kaufpreis veräussert."[189] Die Formulierung „noch geringeren Kaufpreis" verdeutlicht, dass zum einen eingeräumt wurde, dass der Kaufpreis niedrig war. Zum anderen wurde gleichzeitig eine Begründung dafür mitgeliefert, warum der Kaufpreis niedrig ausgefallen war. So kommentierte auch der Hausmakler Jacob Volckerts abschließend, dass „der Kaufpreis in jeder Hinsicht angemessen gewesen" sei und der Verkäufer über den Erlös „frei verfügen" konnte.[190] Am 21. Februar 1955 wurde der Rückerstattungsvermerk aus dem Grundbuch gelöscht.[191]

184 Ebd., Bl. 19.
185 Ebd., Bl. 20.
186 Ebd., Bl. 22.
187 Ebd., Bl. 22.
188 Ebd., Bl. 22.
189 Ebd., Bl. 22.
190 Ebd., Bl. 22.
191 Ebd., Bl., 24.

Die Angemessenheit des Kaufpreises sowie die freie Verfügbarkeit über den Kaufbetrag stellten zwei zentrale Kriterien für die Bewertung von Grundstückstransfers im Rahmen der Rückerstattungsverhandlungen dar.[192] Diesbezüglich geben die überlieferten Dokumente zu einem damals parallel stattfindenden Restitutionsverfahren tiefere Einblicke. Bei dem besagten Verfahren ging es um das Grundstück Königgrätzstraße 9. Dieses Verfahren ist insofern relevant, als es Verbindungen zu der Rückerstattungssache Königgrätzstraße 5 aufwies und der Ausgang des Königgrätzstraße-5-Verfahrens als Referenz für die Verhandlungssache Königgrätzstraße 9 herangezogen wurde.

Aus den Unterlagen zur Königgrätzstraße 9 lassen sich weitere Informationen gewinnen: Seit 1918 war Nanny Goldschmidt im Besitz zweier Grundstücke in Osdorf gewesen, von denen das eine 6 988 Quadratmeter und das andere 1 344 Quadratmeter groß war.[193] Nach Goldschmidts Ableben im Jahr 1923 erbten Adele Löwenstein und Hans-Manfred Goldschmidt den Grundbesitz.[194] Die Erblasserin hatte Testamentsvollstreckung verfügt. Dafür war der Rechtsanwalt Dr. Gestefeld zum Generalbevollmächtigten erklärt worden. Gestefeld begann im Jahr 1927, „Teile des Gesamtgrundstücks“ zu verkaufen.[195] Am 6. Februar 1931 erwarb Dr. Hermann Botsch „von dem Gesamtgrundstück einen Bauplatz“ von 1 460 Quadratmetern, zu dem im Zuge der Auflassung Anfang Juni 1931 noch eine Parzelle von 296 Quadratmetern hinzukam.[196] Am 23. März 1933 und am 19. Juni 1934 folgten dann die Veräußerungen eines Bauplatzes und einer weiteren Parzelle durch die Erbengemeinschaft Löwenstein/Goldschmidt an Heinrich Bauer. Ebenfalls am 19. Juni 1934 erstand Dr. Botsch noch die Parzelle 687/27 mit einer Größe von 619 Quadratmetern. Da Dr. Botsch den Bauplatz vor dem 30. Januar 1933 erworben hatte, bezog sich das Verfahren Königgrätzstraße 9 allein auf die Parzelle 687/27.[197] Dr. Botsch verkaufte im März 1940 das gesamte Grundstück an die Firma Schenker & Co., von der es wiederum Eduard Becker im Dezember 1940 erwarb. Laut dem Erbauseinandersetzungsvertrag vom 25. Februar 1947 ging das Grundstück schließlich in den Besitz von Else Becker über, Eduard Beckers Witwe.[198]

192 Vgl. StAHH, 213-13, 14433, Beiakte, Bl. 19.
193 Ebd., Bl. 37.
194 Ebd., Bll. 17f.
195 Ebd., Bl. 18.
196 Ebd., Bl. 18.
197 Vgl. ebd., Bl. 18. Das „Restgrundstück“ wurde am 3. August 1937 zwischen den beiden Erben zu je einer Hälfte aufgeteilt.
198 Vgl. ebd., Bll. 18 u. 41.

Während der juristischen Auseinandersetzung versuchte die JTC in einem Schreiben an das Wiedergutmachungsamt vom 13. August 1952, die Nichtangemessenheit des Kaufpreises zu belegen. Dazu berief sie sich auf eine Darlegung des Baurates Hülsemann der Bauabteilung des Ortsamtes Blankenese vom 27. Juni 1952.[199] Hülsemann führte aus, dass „zu jener Zeit" „für Plätze in dieser Gegend Preise von durchschnittlich RM 6.50 bis RM 7.60 [Unterstreichungen im Original] pro qm gezahlt" worden seien.[200] Eine Übertragung dieser Angaben auf den Kauf der größeren Parzelle des Grundstücks Königgrätzstraße 5 durch Heinrich Bauer ergibt, dass die Einschätzungen der Maklerfirmen Simmon & Co. und Volckerts bestätigt werden. Demnach habe der Quadratmeter-Preis zwar im unteren Bereich, aber noch in der damals üblichen Preisspanne gelegen.

Da Dr. Botsch die Parzelle 687/27 jedoch auf der Basis eines Quadratmeter-Preises von 5,75 RM erworben hatte, sah die JTC darin einen nicht angemessenen Kaufpreis.[201] Dieser Quadratmeter-Preis lag auch dem Kauf der kleineren Parzelle durch Heinrich Bauer zugrunde. Gegen die Sichtweise der JTC argumentierten die Anwälte der antragsgegnerischen Seite mit der „Hochkamp-Klausel". Diese war im Grundbuch eingetragen und besagt bis heute, „dass zur Bebauung eine Mindestgrösse von 1500 qm erforderlich" sei.[202] Aus dem Umstand, dass die Parzelle lediglich 619 Quadratmeter maß und damit für eine Bebauung ungeeignet sei, folgerten die antragsgegnerischen Anwälte, dass „der Wert in dieser reinen Wohngegend erheblich hinter dem eines Bauplatzes zurückblieb".[203] Dass diese Parzelle überhaupt „zu klein" war, sei von den vorherigen „freiwilligen Verkäufen der Vorbesitzer vor 1933" verursacht worden.[204]

Am 28. November 1952 sollte in dieser Rückerstattungssache die nächste Sitzung am Landgericht stattfinden. Eine Woche vorher verwiesen Else Beckers Anwälte in einem Schreiben an das Wiedergutmachungsamt auf die „Zurückweisung" des bezüglich der Königgrätzstraße 5 geäußerten Rückerstattungsanspruchs und in diesem Zuge darauf, dass Heinrich Bauer seinerzeit die gleichen Quadratmeter-Preise gezahlt hatte.[205]

199 Vgl. ebd., Bll. 40f.
200 Ebd., Bl. 41.
201 Vgl. ebd., Bl. 40.
202 Ebd., Bl. 19. Vgl. auch ebd., Bl. 46.
203 Ebd., Bl. 19. Vgl. auch ebd., Bl. 46. Die Rechtsanwälte Max Tiefenbacher, Ernst Framhein und Max Steeger und Oswald Tiefenbacher, die Else Becker vertraten, brachten dieses Argument als erste vor.
204 Ebd., Bl. 46.
205 Ebd., Beiakte, Bl. 8.

Die Rückerstattungsverhandlung Königgrätzstraße 5 fungierte hier also als Referenz. Die Anwälte baten, „diese Parallelakte“ zu dem Gerichtstermin „hinzuzuziehen“.[206] Während der Gerichtssitzung wurde festgelegt, dass der JTC „Gelegenheit gegeben“ werden solle, „nach Einsichtnahme in das Grundbuch eine weitere Erklärung zur Akte zu reichen“.[207] Anschließend sollte eine Entscheidung getroffen werden. Erst am 20. März 1953 bezog die JTC Stellung und erklärte, dass sie ihren Restitutionsantrag zurückziehe.[208]

3. Löwenstraße 24–26 und Löwenstraße 28–30

Heinrich Bauer kaufte die beiden Grundstücke mit Gebäuden Löwenstraße 24–26 und Löwenstraße 28–30 als Privatperson. Dieser Erwerb wurde durch den Notar Eduard Gentz Cadmus vollzogen. Der Kaufvertrag datierte vom 30. Januar 1936, der Kaufpreis betrug 160.000 RM.[209] Die Auflassung der Grundstücke fand am 5. Februar 1936 statt. An diesem Termin zahlte Heinrich Bauer 100.000 RM bar; zudem übernahm er eine Hypothek in Höhe von 60.000 RM, die „von den Erwerbern laut Löschungsbewilligung vom 25. Februar 1936 zurückgezahlt“ wurde.[210] Der Einheitswert der Löwenstraße 24–26 war auf 65.800 RM festgelegt worden, der Einheitswert der Löwenstraße 28–30 lag bei 64.700 RM.[211] Am 22. März 1938 übereignete Heinrich Bauer seinen drei Kindern Alfred, Frida und Dora die beiden Grundstücke zu je einem Drittel. Erworben hatte Heinrich Bauer die Grundstücke vom Kaufmann Ernst Salis Fraenckel. Allerdings war Fraenckel nicht selbst an dem diesem Transfer zugrunde liegenden Vertrag beteiligt gewesen, sondern Gustav Adolf Rudolf Weihe. Der Prokurist Weihe war gemäß einer am 9. Januar 1928 ausgestellten Vollmacht zu dem Vertragsabschluss autorisiert gewesen. Die Vollmacht soll beim Grundbuchamt deponiert gewesen sein.[212]

Der am 8. August 1866 im englischen Bradford geborene Ernst Salis Fraenckel war Jude und lebte bis April 1938 in Hamburg. Fraenckel war zunächst Gesellschafter und seit dem Frühjahr 1937 Alleininhaber der Textilhandelsfirma Meyer Adolph Nathan.

206 Ebd., Beiakte, Bl. 8.
207 Ebd., Beiakte, Bl. 9.
208 Vgl. ebd., Beiakte, Bl. 13.
209 StAHH, 213-13, 1783, Bl. 16.
210 Ebd., Bl. 16.
211 StAHH, 313-9, 4910, Bll. 53f.
212 StAHH, 213-13, 1783, Bl. 16.

Am 27. November 1936 – also nach dem Verkauf der beiden Grundstücke in der Löwenstraße – wurde gegen ihn ein Sicherheitsbescheid erlassen. „Die zu leistende Sicherheit für zukünftige Ansprüche auf evtl. Reichsfluchtsteuer und sonstige steuerliche Leistungen“ betrug 650.000 RM.[213] Am 10. Dezember 1936 informierte die Reichsbankhauptstelle Hamburg den Präsidenten des Landesfinanzamtes darüber, dass Forderungen „auf Grund von Warenexporten“ zum einen in Höhe von 381,03 RM gegenüber Fraenckel und zum anderen in Höhe von 111.029 RM gegenüber der Firma Meyer Adolph Nathan bestanden.[214] Aus dem diesbezüglichen „Schriftwechsel“ wurde gefolgert, dass die Firma noch ausländische Wertpapiere besitzen müsse.[215] Die Devisenstelle des Landesfinanzamtes reagierte schnell und ordnete in einem Schreiben vom 12. Dezember 1936 an, dass Fraenckels „gesamtes Vermögen den Verfügungs-Beschränkungen der Devisenbestimmungen“ unterliege.[216] Die Anordnung erfolgte – so die behördliche Begründung –, weil Fraenckel „offensichtlich Vorbereitungen“ für seine Emigration unternehme.[217] Für sämtliche Zugriffe auf seine inländischen oder ausländischen Vermögensteile benötigte Fraenckel nunmehr die behördliche Genehmigung. Ausgenommen waren 2.000 RM „zur Bestreitung des täglichen Lebensunterhaltes“.[218] Ferner hatte Fraenckel bis zum 16. Dezember 1936 eine Aufstellung über sein gesamtes Vermögen im In- und Ausland abzugeben. Dem leistete er Folge.[219] Danach besaß Fraenckel diverse Grundstücke in Hamburg, Altona und Blankenese in einem Gesamtwert – abzüglich Belastungen – von 726.900 RM. Hinzu kamen Effekten, die Fraenckel auf 800.000 RM taxierte. Außerdem hatte er diverse Guthaben bei Banken, Firmen oder in Form von Hypotheken in einer Gesamthöhe von 926.429,74 RM. Abzüglich von ungefähr 368.000 RM Schulden bezifferte Fraenckel sein Vermögen auf etwa 2.085.329 RM.

Fraenckels Steuerberater Dr. Spiegelberg kam von der „Habetreu“ Hamburger Buchprüfungs- und Treuhand A. G. Diese Wirtschaftsprüfungsgesellschaft legte Beschwerde gegen den Verfügungsbeschränkungsbescheid ein. In ihrem Schreiben an den Präsidenten des Landesfinanzamtes vom 19. Dezember 1936 bezog sich die Gesellschaft unter anderem auf ein Gespräch „mit dem Herrn Vorsteher des Finanzamtes

213 StAHH, 314-15, F 550 b, Bl. 1.
214 Ebd., Bl. 4.
215 Ebd., Bl. 4.
216 Ebd., Bl. 6.
217 Ebd., Bl. 6.
218 Ebd., Bl. 6.
219 Die folgenden Zahlen stammen aus ebd., Bll. 11–13.

Altstadt“ und vertrat die Auffassung, dass „ein begründeter Verdacht der Auswanderung“ von Ernst Salis Fraenckel nicht existent sei.[220] Fraenckel habe zu Beginn des Jahres 1936 vier Grundstücke verkauft. Darunter waren die beiden Immobilien Löwenstraße 24–26 und Löwenstraße 28–30. Der aus allen vier Verkäufen resultierende Erlös betrug 330.000 RM. Warum aus dem Verkauf dieser Grundstücke keine Auswanderungsabsichten zu schlussfolgern seien, begründete die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der anderweitigen Verwendung des Verkaufserlöses:

> Diese Summe „wurde zur teilweisen Bezahlung einer Schenkung an die Tochter des Steuerpflichtigen Fräulein Dr. Ingeborg Fraenckel für deren am 28. Mai 1936 erfolgte Auswanderung und der damit verbundenen Steuern, nämlich rd. RM. 22.000.— Schenkungssteuern und 140.000.— RM. Reichsfluchtsteuern, und insbesondere der Schenkung, nämlich Einzahlung Sperrmarkkonto selber von RM. 400.000.— verwandt“.[221]

Die Auswanderung von Fraenckels Tochter sei „im Einvernehmen mit dem zuständigen Finanzamt“ erfolgt.[222] Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft führte weitere Argumente an, warum eine Emigration Fraenckels unwahrscheinlich sei – etwa dessen Vermögensanlage „in illiquiden inländischen Werten“ sowie auf geschäftlicher Ebene „erhebliche Finanzierungen des Inlandmarktes“.[223] Die Beschwerde der „Habetreu“ war insofern erfolgreich, als am 22. Dezember 1936 die Verfügungsbeschränkungen für nichtig erklärt wurden.[224]

Allerdings standen Fraenckel, die Firma Meyer Adolph Nathan sowie deren Tochtergesellschaften nunmehr dauerhaft im Fokus des Oberfinanzpräsidenten beziehungsweise der Devisenstelle. So wurden am 22. Dezember 1936 andere Sicherungsmaßnahmen getroffen: In Anlehnung an Paragraf 37 a des Devisengesetzes musste Fraenckel künftig sämtliche Verkäufe und Belastungen seines Grundbesitzes, jeglichen „Erwerb von Aktien und Geschäftsteilen, Gewährung von Darlehen an Dritte, überhaupt jede langfristige Anlage“ von Vermögensteilen vom Oberfinanzpräsidenten genehmigen lassen.[225] Zudem hatte er vierteljährlich dem Oberfinanzpräsidenten ein

220 Ebd., Bll. 17–22, hier Bl. 18.
221 Ebd., Bl. 18f., Zitat Bl. 18.
222 Ebd., Bl. 18.
223 Ebd., Bll. 20f.
224 Ebd., Bl. 24. Vgl. auch StAHH, 314-15, R 1938/0515, Band 1, Bl. 27.
225 StAHH, 314-15, R 1938/0515, Band 1, Bl. 27; StAHH, 314-15, F 550 b, Bll. 24f. u. 62.

umfassendes Vermögensverzeichnis vorzulegen, aus dem deutlich „jegliche Veränderungen hinsichtlich der Flüssigkeit der Kapitalanlage und evtl. Belastungen“ von Fraenckels Grund- und Aktienbesitzes hervorgingen.[226] Das erste Verzeichnis war zum 31. März 1937 abzuliefern.

Wofür Ernst Salis Fraenckel zum Beispiel eine Genehmigung einholen musste, veranschaulicht ein Kreditgeschäft mit einer anderen Firma: Bei der Firma Schröder Gebrüder & Co. Hamburg hatte Fraenckel ein Guthaben in Höhe von 300.000 RM. Gleichzeitig hatte die Firma Schröder Gebrüder & Co. der Hanseatischen Textil-Gesellschaft Hamburg einen Kredit in derselben Höhe gewährt. Die Hanseatische Textil-Gesellschaft war eine Tochtergesellschaft der Firma Meyer Adolph Nathan.[227] Am 4. Januar 1937 ersuchte Fraenckel um die Genehmigung, „zur Abdeckung dieses Kredites M. 100.000.–“ von dem Guthaben zu nehmen, „sodass sich der seitens der Fa. Schröder Gebrüder & Co. der Hanseatischen Textil-Gesellschaft gewährte Kredit auf M. 200.000.– ermässigen würde“.[228] Bei „Rückempfang“ der 100.000 RM beabsichtigte Fraenckel, diese Summe bei der Firma Meyer Adolph Nathan einzuzahlen.[229] Der Oberfinanzpräsident genehmigte dieses Kreditgeschäft.

Am 22. und 23. März 1937, etwa eine Woche vor der Abgabe des ersten Vermögensverzeichnisses, wurde bei der Firma Meyer Adolph Nathan von C. Noodt eine Devisenprüfung durchgeführt. Nach Prüfungen am 5. Mai 1936 und am 17. September 1936 war es die dritte. Im Blickpunkt standen „die rueckstaendigen Exportvaluten der Firma“.[230] Früher verhängte Strafen betrafen Fraenckel, der vormals Kommanditist der Firma gewesen war und in einem Unterwerfungsverfahren 600 RM „wegen Zahlung vom RM 1728.– an Inlaender zugunsten eines Auslaenders“ zu entrichten hatte.[231] Die Firma Meyer Adolph Nathan betrieb sowohl inländischen Handel als auch den Export von Textilwaren vorwiegend nach Skandinavien, England, Italien und in das damalige Jugoslawien. Der Prüfer Noodt resümierte dazu, dass die Firma anstrebe, „Umsaetze mit auslaendischen Abnehmern zu machen, ohne dabei viele faule Posten zu

226 StAHH, 314-15, R 1938/0515, Bl. 27.
227 In einem Aktenvermerk interpretierte die Zollfahndungsstelle, dass die Hanseatische Textil-Gesellschaft einzig gegründet wurde, um sich „als arisches Unternehmen auszugeben“ und Umsatzeinbußen wettzumachen. Vgl. StAHH, 314-15, R 1940 R / 0047, Bl. 1.
228 StAHH, 314-15, F 550 b, Bl. 27. Im Dezember 1937 wollte Fraenckel ein weiteres Mal 100.000 RM aus seinem Guthaben bei der Firma Schröder Gebrüder & Co. „zur Abdeckung“ eines Kredites nutzen, bat diesbezüglich um Genehmigung und erhielt sie auch. Ebd., Bl. 65.
229 Ebd., Bl. 27.
230 Ebd., Bl. 36.
231 Ebd., Bl. 36.

haben“.[232] Die Bezahlung der Ware erfolgte mittels der Übermittlung der Tratten an ausländische Geldinstitute, die dann das Inkasso vollzogen. Somit wurde der Zahlungsverkehr nicht über Devisenbanken vorgenommen. Dementsprechend lagen auch weder Einzelgenehmigungen noch ein Inkasso-Bescheid vor. Da jedoch die Geldbeträge „im Clearing ueberwiesen und der Reichsbank gemeldet“ worden waren, sei „kein Schaden entstanden“.[233] Dennoch beanstandete Noodt diese Art des Zahlungsverkehrs und ordnete an, dass sich die Firma gemäß Paragraf 13 des Devisengesetzes einen Inkasso-Bescheid ausstellen lassen sollte. Diesen beantragte die Firma am 24. März 1937 und erhielt am 15. April 1937 einen „Allgemeinen Genehmigungsbescheid“ für das erste Halbjahr 1937.[234] Sie war verpflichtet, bis zum 6. eines jeden Monats „die zum Versand gekommenen Inkasso-Papiere zu melden“.[235]

Ein zweiter Punkt in dem Prüfbericht bezog sich auf die geplante Auswanderung von Hans Wiener nach Belgien.[236] Wiener war Fraenckels Neffe und zunächst persönlich haftender Gesellschafter der Firma Meyer Adolph Nathan gewesen. In einem Vertrag vom Februar 1936 war ursprünglich geregelt gewesen, dass Wiener aufgrund seiner Emigration zum 30. Juni 1936 aus der Firma „ausscheiden und eine Verguetung (Abgeltung) von RM 42.000.– erhalten“ sollte. Der damalige Kommanditist Fraenckel sollte dann zum 1. Juli 1936 „die Firma mit allen Aktiven und Passiven als Einzelfirma übernehmen“.[237] Da sich die Ausreise von Wiener verzögerte, wurde auch der Vertrag nicht wirksam. Um zu verhindern, dass Fraenckel durch Wiener Vermögenswerte ins Ausland brachte, empfahl der Prüfer Noodt, dass Wiener vor seiner Auswanderung den „Auseinandersetzungsvertrag“ zwischen ihm und Fraenckel beglaubigen lassen, diesen Vertrag der Devisenstelle vorlegen sowie eine Aktualisierung im Handelsregister vornehmen lassen sollte.[238] Ein entsprechender Vertrag wurde dann am 20. April 1937 „ausgefertigt“.[239]

Durch einen vom 23. Juni 1937 datierten Bericht wollte der Zollinspektor Held das Zollamt von einer am selben Tag vorgenommenen „Ausgangskontrolle“ bei dem nach London reisenden Fluggast Ernst Salis Fraenckel in Kenntnis setzen.[240] Fraenckel habe

232 Ebd., Bl. 37.
233 Ebd., Bl. 37.
234 Ebd., Bl. 32.
235 Ebd., Bl. 32.
236 Zur Auswanderung vgl. ebd., Bll. 37–41.
237 Ebd., Bl. 40.
238 Ebd., Bl. 40.
239 Ebd., Bl. 81.
240 Ebd., Bl. 60.

30 Pfund bei sich gehabt und konnte eine Berechtigung des Oberfinanzpräsidenten vorzeigen, dass er als Vertreter der Firma Meyer Adolph Nathan einen solchen Geldbetrag ins Ausland mitführen dürfe. Ferner habe Fraenckel seinen deutschen Pass überreicht. Eine „Nachschau" habe „in einem Koffer" einen auf Fraenckel sowie seine Ehefrau ausgestellten englischen Pass zutage gefördert.[241] Die „Paßpolizei" bestätigte, dass beide Pässe „ordnungsgemäß ausgestellt seien".[242] Ohne irgendeinen Vermerk in den englischen Pass einzutragen, wurde dieser Fraenckel wieder ausgehändigt. Die „zoll= und paßseitigen Ausgangsvermerke" wurden in Fraenckels deutschem Pass festgehalten. Held äußerte in seinem Bericht, dass der Besitz zweier Pässe Fraenckel in die Lage versetzte, „sich einmal als Inländer, bei anderer passender Gelegenheit als Ausländer auszuweisen".[243] Zudem sei es denkbar, dass Fraenckel seinen englischen Pass zur Erlangung von „devisenrechtliche[n] Vorteile" oder zur Auswanderung nutzen könnte.[244] Held schloss seinen Bericht „mit der Bitte um Weiterleitung zwecks eventueller Verständigung der ZFSt. bezw. der Devisenstelle".[245] Das Hauptzollamt Ericus fragte am 28. Juni 1937 bei der Abteilung „Melde- und Paßpolizei" der Polizeibehörde nach der Rechtmäßigkeit des Besitzes zweier Pässe. Geantwortet wurde am 7. Juli 1937: Da die deutsche Staatsangehörigkeit „in erster Linie durch Abstammung von deutschen Eltern" erlangt werde, die britische Staatsangehörigkeit indes auf dem Ius soli beruhe, war es möglich, sowohl die deutsche als auch die britische Staatsangehörigkeit zu besitzen. Es wurde resümiert: „Den Personen, die 2 Staaten angehören, kann man nicht das Recht absprechen, von jedem der beiden Heimatstaaten einen Paß zu fordern und beide Pässe als Reiselegitimation zu verwenden. Dieser Zustand ist an sich unerwünscht, läßt sich aber nicht ändern."[246]

Am 22. April 1938 schrieb der 72-jährige Fraenckel von England aus an den Oberfinanzpräsidenten. In diesem Brief schilderte er, wie er die vergangenen Jahre wahrgenommen hatte, und umschrieb seine Erfahrungen unter anderem mit dem Begriff „Zwang": „Nach den Vorkommnissen der letzten Jahre" und insbesondere aufgrund des auf ihn „in schärfster Form ausgeübte[n] Zwang[es]", die von ihm „seit nahezu 50

241 Ebd., Bl. 60.
242 Ebd., Bl. 60.
243 Ebd., Bl. 60.
244 Ebd., Bl. 60.
245 Ebd., Bl. 60.
246 Ebd., Bl. 61.

Jahren geführten Geschäfte zu verkaufen", habe er sich „heute [Hervorhebung im Original] entschlossen", nach England zurückzukehren.[247] Seinen Entschluss zur Emigration legte Fraenckel näher dar: Ohne sein Geschäft sei sein Verbleiben in Hamburg „zwecklos". Sein fortgeschrittenes Alter lasse ihn daran zweifeln, den „Aufregungen" physisch wie psychisch weiterhin standhalten zu können. Als „Nicht-Arier" sei ihm zudem das Hamburger Bürgerrecht aberkannt worden.[248] Fraenckel betonte, dass ihm die Aufgabe seiner „langjährige[n]" sowie „liebgeword[enen] Tätigkeit" „unendlich schwerfalle". Er habe sich für seinen Betrieb aufgeopfert und so „während vieler ungünstiger Jahre das Gesch[äft] aufrecht erhalten und den Verlust alleine getragen lediglich i[m] Interesse der Gefolgschaft und der deutschen Industrie".[249] Sein großes berufliches Engagement äußere sich auch darin, dass er beträchtliche Geldmittel in das „Exportgeschäft nach Skandinavien und anderen Clearing-Ländern" investiert und dieses dadurch ausgebaut habe.[250] Zugleich sei dies ein Beleg dafür, dass er bis zu diesem Zeitpunkt keine Auswanderungsabsichten gehegt habe. Selbst seine Mitarbeiter würden erst an dem heutigen Datum von seinem Entschluss erfahren.[251]

Um die „Interessen der Behörde in steuerlicher und devisenrechtlicher Beziehung" sowie das „Interesse des Fiskus" zu wahren, schlug Fraenckel vor, einen Treuhänder zu beauftragen, „damit der Gang der Geschäfte bis zum Abschluss des Verkaufs nicht gestört wird".[252] Weiterer Vorteile eines solchen Vorgehens lägen darin, dass dies

> „auch im Interesse der Gefolgschaft [ist], von der ein erheblicher Teil 30–40 Jahre bei der Firma angestellt ist, sowie auch im Interesse der Gläubiger, die andernfalls einen Verlust erleiden könnten, sowie auch im Interesse der Lieferanten, bei denen noch erhebliche Warenbestellungen zur Ablieferung in den nächsten Monaten laufen".[253]

Fraenckel äußerte die Hoffnung, dass in Anbetracht seines fortgeschrittenen Alters und seiner „langjährige[n], im Interesse der deutschen Wirtschaft geleisteten Verdienste eine Verständigung über alle Fragen" möglich sei.[254] Abschließend kündigte er

247 StAHH, 314-15, R 1938/0515, Band 1, Bl. 1.
248 Ebd., Bl. 1.
249 Ebd., Bl. 1.
250 Ebd., Bl. 1.
251 Vgl. ebd., Bl. 2.
252 Ebd., Bl. 2.
253 Ebd., Bl. 2.
254 Ebd., Bl. 2.

noch die Ernennung eines Bevollmächtigten an, der mit dem Oberfinanzpräsidenten über das weitere Procedere verhandeln sollte.

Ernst Salis Fraenckel war am 14. April 1938 nach England ausgereist.[255] Obwohl die genauen Umstände und der genaue Ablauf, wie das Ehepaar Fraenckel Deutschland verlassen hatte, großes Analysepotenzial für verschiedene Fragstellungen bergen, ginge hier eine detaillierte Schilderung zu weit.[256] Seinen deutschen Pass hatte Fraenckel bereits zuvor wegen „eines Ersuchens des St[euer]F[ahnungs-]D[ienstes]“ abgeben müssen. Dieses Ausweisdokument hatte sich seitdem bei der Melde- und Paßpolizei Altona befunden. Die Ausreise war dem Kaufmann und seiner Ehefrau mittels seines englischen Passes gelungen. Durch eine fernmündliche Meldung der Gestapo ergriffen die Zollfahndungsstelle und der Steuerfahndungsdienst Sicherungsmaßnahmen, infolge derer Fraenckels „erreichbaren Vermögenswerte“ beschlagnahmt wurden.[257] Konfisziert wurden unter anderem ein beliehenes „Wertpapierdepot von mehreren Hunderttausend Reichsmark“ bei der Warburg-Bank sowie „3000 Stück Diamonds Shares“ beim Bankhaus Friedrich Bacharach. Nach Kenntnis der Zollinspektion soll bei dem letztgenannten Bankhaus ferner ein „Briefumschlag mit Wertpapieren“ deponiert gewesen sein, der von einer von den Behörden noch nicht ermittelten Person am 20. April 1938 abgeholt worden war.[258] Am 25. April 1938 erließ die Reichsfluchtsteuerstelle des Finanzamtes-Altstadt einen Sicherheitsbescheid, in dem „die zu leistende Sicherheit für zukünftige Ansprüche auf Steuern und andere steuerrechtliche Geldleistungen sowie etwaige Reichsfluchtsteuer auf 750.000.– RM festgelegt“ wurden.[259] Dieser Sicherheitsbescheid war „sofort vollstreckbar“.[260] Am 26. April 1938 wurden Fraenckels sämtliche Vermögenswerte konfisziert; eine entsprechende Mitteilung wurde an Spiegelberg von der „Habetreu“, an die Warburg-Bank sowie an den Prokuristen Gustav Adolf Rudolf Weihe gesandt.[261]

Die Devisenstelle nahm Fraenckels Brief vom 22. April 1938 zum Anlass, eine Devisenprüfung bei der Firma Meyer Adolph Nathan anzuordnen. Diese wurde am 26. April 1938 vollzogen, die Prokuristen Weihe und Frank gaben Auskunft. Dabei ging es in

255 Vgl. StAHH, 314-15, F 550 b, Bl. 77.
256 Vgl. hierzu vor allem StAHH, 314-15, R 1940 R / 0047.
257 StAHH, 314-15, F 550 b, Bl. 77.
258 Ebd., Bl. 77.
259 StAHH, 314-15, R 1938/0515, Band 1, Bl. 20.
260 Ebd., Bl. 20. Vgl. auch StAHH, 314-15, F 550 b, Bl. 77.
261 StAHH, 314-15, R 1938/0515, Band 1, Bl. 21.

erster Linie um noch nicht bezahlte „Forderungen für Warenlieferungen in das Ausland".[262] Die noch offenen Forderungen bezifferten sich auf insgesamt 160.000 RM. Die 36 Schuldner im Ausland wurden jeweils per Telegramm benachrichtigt, dass Fraenckel nicht länger der Forderungsberechtigte sei.[263] Stattdessen seien offene Beträge „unwiderruflich an die Deutsche Bank" zu entrichten.[264] Die Firmenleitung sollte die Deutsche Bank über die Abtretung der Ansprüche informieren. Für die Geschäfte, bei denen die Zahlung mittels Sichttratten erfolgte, wurden die dafür infrage kommenden Institute ebenfalls in Kenntnis gesetzt, dass Fraenckel nicht länger forderungsberechtigt sei.[265] Darüber hinaus wurden die sich in Schweden beziehungsweise Finnland befindenden Firmenmitarbeiter Arthur Hildebrand und Hugo Hartung telegrafisch unterrichtet, keinerlei Anweisungen von Fraenckel zu befolgen oder zu Franeckels Nutzen Forderungen einzutreiben.[266] Der für die Fraenckel'sche Firma eingesetzte Treuhänder Dr. Eduard Hoffmann erklärte sich mit den ergriffenen Maßnahmen einverstanden. Laut dem involvierten Zollinspektor Koppetsch wurden auch jene Geldinstitute, bei denen Fraenckel Wertpapierdepots hatte, auf die gleiche Weise instruiert.[267]

Drei Tage nach dem Erlass des Sicherheitsbescheides folgte am 28. April 1938 die Sicherungsanordnung „über alle inländischen und ausländischen Vermögenswerte der Firma Meyer Adolph Nathan [...] und des Herrn Ernst Fränckel".[268] Zugleich wurde Fraenckel die Vertretungsbefugnis für die Firma „mit sofortiger Wirkung entzogen".[269] Sämtliche ergriffenen Maßnahmen hinsichtlich der Devisenaußenstände wurden bestätigt. Ebenfalls wurde die Ernennung von Dr. Hoffmann zum Treuhänder bekräftigt[270] und seine Aufgabe spezifiziert. Danach sollte Hoffmann vor allem dafür Sorge tragen, „daß der Geschäftsbetrieb der Firma Meyer Adolph Nathan möglichst ungestört weitergeht und der deutschen Volkswirtschaft erhalten bleibt" und „daß ausländische Vermögenswerte und Forderungen der Firma Meyer Adolph Nathan erhalten bleiben und ordnungsgemäß eingezogen werden".[271] Es wurde explizit festgeschrieben, dass der Generalbevollmächtigte Gustav Adolf Rudolf Weihe, der Prokurist Willy

262 Ebd., Bl. 4.
263 Vgl. ebd., Bl. 31.
264 Ebd., Bl. 5. Vgl. auch ebd., Bll. 7–14.
265 Ebd., Bl. 5.
266 Ebd., Bll. 5f.
267 Ebd., Bl. 6. Vgl. auch StAHH, 314-15, F 550 b, Bll. 72–75.
268 StAHH, 314-15, R 1938/0515, Band 1, Bl. 15.
269 Ebd., Bl. 15.
270 Vgl. auch ebd., Bll. 17 u. 41.
271 Ebd., Bl. 15.

Hennigsen wie auch der Treuhänder für die Einhaltung der Sicherungsanordnung „verantwortlich“ seien.[272] Als Begründung für die Sicherungsanordnung wurde angeführt, dass Fraenckel am 14. April 1938 Deutschland verlassen hatte und keine Rückkehr plante. Im Hinblick auf die Sicherungsanordnung vom 28. April 1938 informierte die Reichsbankhauptstelle die Devisenstelle, dass die Firma Meyer Adolph Nathan im vollständigen Besitz zweier Tochtergesellschaften sei, auf die sich die Sicherungsanordnung (bisher) nicht erstreckte. Dabei handelte es sich um die Hanseatische Textil-Gesellschaft und um die Kammgarnweberei Hainichen.[273]

Mitte August 1938 meldete das Finanzamt an die Devisenstelle zwecks „Ueberwachung von Judenvermögen“, dass Fraenckel das Grundstück „Hoheluftchaussee 121, Haus 3/5[,] und 123/123 a“ an Johanna Luise List, geb. Weisse, und Miteigner sowie das Grundstück Lehmweg 7–8 an Paul Otto Kurt Fischmann verkauft habe.[274] In beiden Fällen war kein Verkaufspreis vermerkt. Im März 1939 ersuchte die Warburg-Bank bei der Devisenstelle um Genehmigung, die Wertpapier-Revenuen „zwecks Bezahlung der Reichsfluchtsteuer“ auf das Sonderkonto des „Auswanderers“ Fraenckel überweisen zu dürfen.[275] Der Dividendenbetrag bezifferte sich auf 3.249,90 RM[276] und durfte nur „für unentgeltliche Zuwendungen im Inland […] oder zur Leistung angemessener Unterhaltsbeträge an inländische Unterhaltsberechtigte des Kontoinhabers“ bis zu 200 RM im Monat, „zur Bezahlung von Leistungen an Inländer“, „zur Bezahlung von Steuern, die sich auf das inländische Vermögen oder Einkommen des Kontoinhabers beziehen“, und „zur Bestreitung von Kosten eines nichtgeschäftlichen inländischen Reise=, Kur=, Erholungs= oder Studienaufenthaltes des Kontoinhabers oder seiner Familie“ bis zu einem Limit von 2.000 RM verwendet werden.[277]

Verschiedene Vermögenswerte von Fraenckel wurden nach seiner Emigration veräußert. So genehmigte der Reichsstatthalter von Hamburg am 5. Juni 1939 den Kaufvertrag zwischen Fraenckel, der erneut von Gustav Adolf Rudolf Weihe vertreten wurde, und Kurt Christel Hermann Ehrhardt bezüglich des Grundstücks Schulterblatt 111. Der Barbetrag des Kaufpreises sollte wieder auf ein Konto fließen, „über das nur mit Zustimmung des zuständigen Oberfinanzpräsidenten (Devisenstelle) verfügt

272 Ebd., Bl. 15.
273 StAHH, 314-15, R 1938/0515, Band 1, Bl. 25.
274 StAHH, 314-15, F 550 b, Bll. 82f.
275 Ebd., Bl. 88.
276 Ebd., Bl. 89.
277 Ebd., Bl. 90. Vgl. auch Bll. 91f.

werden“ konnte.[278] Gemäß einer Bestallungsurkunde des Hanseatischen Oberlandesgericht vom 20. Dezember 1939 fungierten Hans Günther und August Lund – Vertreter der Hamburgischen Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft von 1938 mbH – als Abwesenheitspfleger für Fraenckel. Günther und Lund waren am 31. Januar 1940 bei der notariellen Verhandlung des Kaufvertrags für die beiden an der Clausstraße 1, Bahrenfelder Straße 78 und Clausstraße 3 gelegenen Grundstücke an den Tischlermeister Otto Hermann Fritzsche zugegen.[279] Der gesamte Kaufpreis sollte 40.000 RM betragen.[280] Doch scheint der Verkauf nicht zustande gekommen zu sein. Denn am 30. November 1940 wurde die Veräußerung der Grundstücke an die „Hansestadt Hamburg, vertreten durch den Reichsstatthalter – Gemeindeverwaltung,“ genehmigt.[281] Der entsprechende Kaufvertrag datierte vom 17. Juli 1940. Auch hier sollte der Barbetrag des Kaufpreises wieder auf ein Konto transferiert werden, über dessen Guthaben nicht frei verfügt werden durfte.

Der als Treuhänder eingesetzte Eduard Hoffmann verkaufte 1940/41 aus Fraenckels Privatvermögen dessen Blankeneser 20 703 Quadratmeter großes Grundstück Krumdals Weg 9 an die Hansestadt Hamburg für 140.002,06 RM. Dieser Kaufpreis setzte sich so zusammen, dass die Stadt zum einen die „eingetragene Sicherungshypothek für die Stadtgemeinde Altona“ in Höhe von 2,06 GM zu begleichen hatte. Zum anderen hatte Hamburg 140.000 RM gegen Aushändigung der Löschungsdokumente für die vermerkte Sicherungshypothek für das vom Vorsteher des Finanzamtes-Altstadt vertretene Deutsche Reich in Höhe von 250.000 RM zu zahlen.[282] Am 21. April 1941 ersuchte Hoffmann bei der Devisenstelle um eine „Genehmigung zum Verkauf des Grundstückes“ sowie zur „Abführung des Kaufpreises […] an das Finanzamt-Altstadt“ als Akontozahlung zwecks Reichsfluchtsteuer.[283] Die Genehmigung wurde am 5. Mai 1941 erteilt.[284]

Am 15. Oktober 1949 gingen die Restitutionsansprüche bezüglich der Grundstücke Löwenstraße 24–26 und Löwenstraße 28–30 beim Wiedergutmachungsamt in Hamburg

278 Ebd., Bl. 96.
279 Ebd., Bll. 97–100. Vgl. auch StAHH, 232-5, 2236; StAHH, 113-6, 113.
280 StAHH, 314-15, F 550 b, Bl. 100. Vgl. auch ebd., Bll. 101–112.
281 Ebd., Bl. 113. Der Kaufpreis geht nicht aus der Genehmigung hervor.
282 Ebd., Bl. 119.
283 Ebd., Bl. 114.
284 Vgl. ebd., Bll. 115f u. 123.

ein.[285] Ernst Salis Fraenckel war im April 1940 in London gestorben. Der Antrag war von Dr. Anny Allenby gestellt worden – Fraenckels Tochter Ingeborg, die ihren Namen geändert und geheiratet hatte. Am 13. und 16. Februar 1950 wurden entsprechende Rückerstattungsvermerke im Grundbuch fixiert.[286] Zusätzliche Relevanz erhielt diese Rückerstattungssache dadurch, dass auf beiden Grundstücken ursprünglich für Alfred Bauer und seine beiden Schwestern in Gesellschaft seit dem 22. März 1939 eine Gesamtgrundschuld in Höhe von 100.000 RM lastete.[287] Bei einer eventuellen Rückgabe der Grundstücke drohte die sofortige Fälligkeit der Grundschuld.

Antragsgegner waren Alfred Bauer – zugleich seine drei unmündigen Kinder Marlis, Heike und Heinz, die von ihrem Vater vertreten wurden – und Alfreds Schwester Dora Bartels.[288] Rechtsbeistand erhielten sie von Dr. Ernst Feld. Rechtsanwalt Feld nahm am 10. Mai 1950 gegenüber dem Wiedergutmachungsamt schriftlich Stellung zu dieser Rückerstattungsforderung. Darin konstatierte er, dass die Legitimation der Antragstellerin Dr. Anny Allenby und ihres Bevollmächtigten Kurt Ehrhardt „nicht nachzuprüfen“ sei.[289] Ferner fasste Feld die damaligen Vertragsmodalitäten noch einmal zusammen: Auf Grundlage des vom 30. Januar 1936 datierten und notariell ausgefertigten Vertrags kaufte Heinrich Bauer die Grundstücke Löwenstraße 24–26 und Löwenstraße 28–30 für insgesamt 160.000 RM „außer einer mit 2.812.50 DM [sic] zu lösenden Rente“.[290] Beglichen hatte Heinrich Bauer den Kaufpreis, indem er zum einen am 5. Februar 1936 den Teilbetrag von 100.000 RM bar gezahlt und zum anderen eine „für Grell Erben eingetragene Hypothek von Goldmark 60.000.-“ übernommen hatte.[291] Gemäß der am 25. Februar 1936 fixierten Löschungsbewilligung war die Hypothek getilgt worden. Wie bereits erwähnt, hatte nicht Ernst Salis Fraenckel den Verkauf vollzogen, sondern der mit einer entsprechenden Vollmacht ausgestattete Gustav Adolf Rudolf Weihe.

Feld argumentierte weiter, dass „nach den Informationen der Antragsgegner“ Fraenckel „ständig Grundstücke an- und verkauft“ habe.[292] Dass die Vollmacht für Weihe

285 StAHH, 213-13, 1783, Akte Löwenstraße 28–30, Bl. 1; StAHH, 213-13, 1783, Akte Löwenstraße 24–26, Bl. 1.
286 StAHH, 213-13, 1783, Akte Löwenstraße 28–30, Bl. 9; StAHH, 213-13, 1783, Akte Löwenstraße 24–26, Bl. 4.
287 StAHH, 213-13, 1783, Akte Löwenstraße 28–30, Bl. 10.
288 Zum Zeitpunkt dieser Rückerstattungssache war Alfred Bauers zweite Schwester Frida Dollenberg bereits gestorben.
289 StAHH, 213-13, 1783, Akte Löwenstraße 28–30, Bl. 16.
290 Ebd., Bl. 16.
291 Ebd., Bl. 16.
292 Ebd., Bl. 16.

bereits am 9. Januar 1928 ausgestellt worden war, lasse erkennen, „daß Herr Fräenkel [sic] schon Jahre vor 1933 sich mit der Veräußerung von Grundstücken befaßt[]“ habe. Feld kam zu dem Schluss, „daß die Veräußerung auch ohne den Nationalsozialismus und seine Verfolgungsmaßnahmen erfolgt wäre“.[293] Der Aspekt der zu entrichtenden Reichsfluchtsteuer für Fraenckels Tochter fand hier keine Erwähnung. Des Weiteren äußerte sich Feld zur Höhe des Kaufpreises und nahm hier Bezug auf die Einheitswerte der Grundstücke. Der Einheitswert für die Löwenstraße 24–26 habe 65.800 RM betragen, der für die Löwenstraße 28–30 lag bei 64.700 RM. „Wenn bei diesen Einheitswerten für die Grundstücke 160.000.– RM gezahlt wurden, so war dies ein in jeder Beziehung angemessener Preis, wobei zu berücksichtigen ist, daß eine sofortige Barzahlung von 100.000.– RM erfolgte, die zur freien Verfügung des Veräußerers stand.“[294]

Der Rechtsanwalt ergänzte noch, dass die Löwenstraße 30 „durch Kriegseinwirkung“ in Trümmern lag, die anderen Adressen ebenfalls Spuren von „Kriegseinwirkungen“ aufwiesen, aber die Gebäude noch stünden.[295] Für den Fall, dass ein Restitutionsanspruch bestünde, machte Feld darauf aufmerksam, dass „die Kammer über die Behandlung des bar gezahlten Teiles des Kaufpreises und der abgelösten Belastung in der Währungsumstellung entscheiden“ müsste.[296] Am 31. Mai 1950 wurde Alfred Bauer mitgeteilt, dass Ernst Salis Fraenckels Tochter Dr. Anny Allenby und ihr Bevollmächtigter Kurt Ehrhardt nicht berechtigt seien, „Erklärungen in diesem Verfahren abzugeben“. Indes sei Fraenckels in London lebende Witwe Margarete Fraenckel, geb. Möller, dazu legitimiert.[297] Diese wurde durch den Londoner Anwalt Dr. Ernst Nast vertreten.[298]

Am 26. Februar 1951 war ein Vergleich ausgehandelt. Demnach blieben die Grundstücke Löwenstraße 24–26 und Löwenstraße 28–30 im Bauer’schen Besitz. „Zum Ausgleich aller Rückerstattungsansprüche (incl. Nebenansprüche) aus dem Militärgesetz Nr. 59 für die britische Zone und aller sonstiger Ansprüche, gleich welcher Art, gegenwärtiger und zukünftiger,“ hatte die Bauer’sche Eigentümergemeinschaft 31.500 DM

293 Ebd., Bl. 16.
294 Ebd., Bll. 16f.
295 Ebd., Bl. 17.
296 Ebd., Bl. 17.
297 Margarete Fraenckel war die zweite Ehefrau von Ernst Salis Fraenckel und die Stiefmutter von Dr. Ingeborg Fraenckel/Dr. Anny Allenby gewesen.
298 StAHH, 213-13, 1783, Akte Löwenstraße 28–30, Bl. 15a.

zu zahlen.[299] Davon sollten 6.500 DM „nach Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen“ gemäß der Militärgesetze Nr. 52 und 59 entrichtet werden. Bis zum 15. Mai 1951 waren 15.000 DM zu zahlen, bis zum 1. Oktober 1951 der Restbetrag von 10.000 DM.[300] Das Geld sollte auf Margarete Fraenckels Sperrkonto bei der Hansa Bank in Hamburg eingezahlt werden. Weiter wurde vereinbart, dass die Antragsgegner 3.500 DM der Vergütung für den Anwalt Nast übernahmen. Dieser Geldbetrag sollte nach der Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen auf das Sperrkonto beim Bankverein in Westdeutschland in Köln fließen.[301] Am 2. März 1951 wurde der außergerichtlich getroffene Vergleich vor dem Landgericht verlesen und genehmigt.[302]

4. Schützenpforte 9

Am 7. September 1936 veräußerte der Architekt Carl Johannes Ernst Wendt das Grundstück Oben Borgfelde 59–60 an die Geschwister Alfred, Frida und Dora Bauer. Der Kaufpreis betrug 300.000 RM, von denen 36.000 RM bar gezahlt, 189.000 RM als Hypotheken übernommen und 75.000 RM neu als Hypothek eingetragen wurden.[303] Insofern gab es mindestens eine geschäftliche Begegnung zwischen dem Architekten Wendt und der Familie Bauer, bevor Wendt am 19. April 1937 an die Behörde für Technik und Arbeit des Baupolizeiamtes schrieb und um eine „Vorgenehmigung“ für einen „beabsichtigten Erweiterungsbau“ des im Besitz von Heinrich Bauer befindlichen Kontorhauses Schützenpforte 3 bat.[304] Für diese Erweiterung sollte das „linksseitige Nebengrundstück“ genutzt werden, das – wie Wendt angab – Anfang Mai 1937 zwangsversteigert werden sollte.[305] Bei diesem „Nebengrundstück“ handelte es sich um das Grundstück Schützenpforte 9. Dort betrieb Carl Braun[306] zusammen mit seinem Vater Carl Theodor das „Leihhaus von 1860 E. & T. Braun“.[307] Das Grundstück Schützenpforte 9 war im Grundbuch auf die OHG in Firma E. & T. Braun eingetragen.

299 Ebd., unfol.
300 Ebd., unfol.
301 Ebd., unfol.
302 Vgl. ebd., Bl. 18.
303 StAHH, 313-9, 4910.
304 StAHH, 324-1, K 3304, Bl. 66. Gemeint war Schützenpforte 11.
305 Ebd., Bl. 66.
306 Sein vollständiger Name lautete Carl Wilhelm Emil Adolf Braun. In den Quellen heißt es fast ausnahmslos „Carl Braun“, was hier übernommen wurde.
307 Zu Carl Brauns Gewerbeanmeldung vgl. StAHH, 351-11, 12874, Bl. 9.

Der Einheitswert dieses Grundstücks wurde auf 41.100 RM beziffert. Die Zwangsversteigerung verzögerte sich jedoch mehrfach. Zunächst terminierte das Amtsgericht die Zwangsversteigerung des Grundstücks Schützenpforte 9 auf den 18. November 1937. Dann wurde im April 1938 unter einem anderen Aktenzeichen ein neuer Termin festgelegt – und zwar der 30. Juni 1938.

Zwei Wochen vor der Zwangsversteigerung informierte das Amtsgericht, dass ebendiese Versteigerung auf Antrag des Hamburger Rechtsanwalts Dr. Carl Stumme stattfand. Stumme war der Verwalter des „Max Carl Nathan Nachlaßes". Der am 19. März 1878 geborene Jude Max Carl Nathan war am 10. Juli 1936 im Konzentrationslager Fuhlsbüttel interniert worden und am 30. Oktober 1936 gestorben.[308] Der Grund für den Zwangsversteigerungsantrag war eine „Forderung von 93,75 RM und 11,18 RM festgesetzter Kosten" aus „eingetragenen Hypotheken von 5000.-- und 10 000.— GM". Hinzu kam eine weitere „Forderung von 375.-- RM und 36,96 RM festgesetzter Kosten aus denselben Rechten".[309] Die Hypothek von 5.000 GM war unter der Nummer 17a verbucht, die Hypothek von 10.000 GM unter der Nummer 18. Bei der kommenden Versteigerung ging der Zuschlag an die OHG Heinrich Bauer. Für den Betrag von 4.200 RM sowie die Übernahme der hypothekarischen Belastungen erstand die Firma das Grundstück Schützenpforte 9.[310] Die Verkündung des Zuschlags am 30. Juni 1938 durch den Justizinspektor Hartnuss umfasste eine Auflistung der im Grundbuch fixierten „Rechte". Diese bestanden in sechs Forderungen:

„Nr. 1: 15.- GM jährliche, mit GM 562,50 zu lösende Grundmiete,
14: 6000.- Goldmark,
15: 5000.- Goldmark,
16: 6500.- Goldmark,
16a: 7500.- Goldmark,
17: 15000.—Goldmark."[311]

Am Ende des Zuschlagsbeschlusses wurde noch einmal konstatiert: „Mit dem Erstehin [sic] haftet als Gesamtschuldner der Meistbietende Heinrich Friedrich Matthias

308 https://www.stolpersteine-hamburg.de/index.php?MAIN_ID=7&BIO_ID=1602 [Zugriff: September 2024].
309 StAHH, 324-1, K 3304, Bl. 67,2.
310 Ebd., Bl. 67,3.
311 Ebd., Bl. 67,3.

Bauer."[312] Am 29. September 1938 folgte noch ein Termin zur „Verteilung des Versteigerungserlöses". An diesem Datum hatte der Ersteher entweder den „bar zu zahlenden Teil des Kaufgeldes" zuzüglich 4 Prozent Zinsen seit der Zuschlagsverkündung zu entrichten oder zu belegen, dass er die Zahlung bereits geleistet hatte.[313]

Die Erben des „Max Carl Nathan Nachlaßes" begannen 1948, ein Rückerstattungsverfahren gegen die Firma Heinrich Bauer anzustrengen. Nathans Sohn Alfred Sander[314], Nathans Ehefrau Elna Frederike Johanna Nathan, geb. Leopold, und Nanni Fuchs – vertreten durch den Rechtsanwalt Max Simmonds – forderten die Rückerstattung von vier Hypotheken, die auf dem Grundstück Schützenpforte 9 belegt gewesen waren. Es ging um folgende Beträge: 5.000 GM (Nr. 17a), 10.000 GM (Nr. 18), 20.000 GM (Nr. 23) und 10.000 GM (Nr. 24).[315] Der Rechtsanwalt Dr. Ernst Feld, der auch in dieser Rückerstattungssache die Firma Heinrich Bauer vertrat, bezog in einem Schreiben vom 24. April 1950 Stellung zu den Forderungen. Infolge des Zuschlagsbeschlusses war die Firma Heinrich Bauer am 12. Oktober 1938 „in das Grundbuch als Eigentümerin eingetragen worden".[316] Damit verbunden waren die Löschung des Versteigerungsvermerks sowie „die durch den Zuschlag erloschenen Rechte".[317] Zu ebendiesen nunmehr hinfälligen „Rechte[n]" zählten die Hypotheken mit den Nummern 17a, 18 und 23. Aus einem Vermerk „in der bei den Grundakten befindlichen Tabelle", der „Hypotheken Nr. 24–28 gelöscht" lautete, schlussfolgerte Feld, dass die Hypothek Nr. 24 bereits vor dem Grundstückserwerb durch Heinrich Bauer abgegolten gewesen war.[318] Weiter resümierte Feld, dass die Rückerstattungsforderungen nicht haltbar seien, weil die Hypotheken „nicht infolge von Verfolgungsmaßnahmen entzogen" worden seien, sondern der Ausfall der Hypotheken „auf einem Verlust der Rechte in der Zwangsversteigerung, aber nicht auf Entziehungsmaßnahmen" gründete.[319]

Das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg wies am 11. Mai 1950 die Restitutionsansprüche zurück. Dieser Beschluss wurde damit begründet, dass das Grundstück Schützenpforte 9 gerade „wegen der Zinsen für die Hypotheken 17a, und

312 Ebd., Bl. 67,3.
313 Ebd., Bl. 67,3.
314 Max Carl Nathans Söhne Alfred und Wilhelm haben 1930 ihren Nachnamen in Sander geändert. Vgl. https://www.stolpersteine-hamburg.de/index.php?MAIN_ID=7&BIO_ID=1602 [Zugriff September 2024].
315 StAHH, 213-13, 1390, Bll. 2–11.
316 Ebd., Bl. 9.
317 Ebd., Bll. 3 u. 9.
318 Ebd., Bl. 9.
319 Ebd., Bll. 9f.

18“ zwangsversteigert werden musste und infolgedessen „die Hypotheken 17a, 18, 23 und 24 ausfielen und gelöscht wurden“.[320] Somit waren die Hypotheken „nicht aus Gründen des Art. 1 des Rückerstattungsgesetzes Nr. 59 der britischen Militärregierung entzogen“ worden.[321] Felds Argumentation wurde gefolgt.

Am 26. Juni 1950 legte der Rechtsanwalt Simmonds im Namen der Nathan-Erben Einspruch gegen diesen Beschluss ein. Diesen begründete Simmonds damit, dass Felds Stellungnahme vom 24. April 1950 „zur Kenntnisnahme und Stellung der Anträge übersandt“ worden sei, „ohne jedoch hierbei eine Frist zu setzen“.[322] Darum müsse der Beschluss vom 11. Mai 1950 aufgehoben werden. Darüber hinaus verzögerten sich die Ermittlungen zur Rückerstattungssache, weil der vormalige Eigentümer der Schützenpforte 9, mit dem Alfred Sander in Kontakt stand, gerade im Ausland weilte. Am 2. Oktober 1950 teilte Simmonds der Wiedergutmachungskammer beim Landgericht mit, dass sein Mandant Alfred Sander als Bevollmächtigter von Carl Braun – dem ehemaligen (Mit-)Eigentümer der Firma E. & T. Braun – Restitutionsansprüche bezüglich des Grundstücks Schützenpforte 1[323] beim Zentralamt für Vermögensverwaltung in Bad Nenndorf angemeldet habe.[324] Da nun diese Rückerstattungssache am 19. September 1950 an das Hamburger Wiedergutmachungsamt übertragen worden war, bat Simmonds darum, die Verhandlungssache „Nathan ./. Bauer“ so lange auszusetzen, bis die Sache „Braun ./. Bauer“ geklärt sei.[325] Simmonds Bitte wurde gefolgt und das Verfahren sechs Monate ausgesetzt.[326]

Nicht zuletzt, weil Rechtsanwalt Simmonds die Rückerstattungsforderungen bezüglich des „Max Carl Nathan Nachlaßes“ und die Restitutionsansprüche bezüglich des Grundstücks Schützenpforte 9 in einen Zusammenhang stellte und weil in beiden Verfahren Alfred Sander auf der Antragsteller-Seite stand, erwuchsen stetig mehr Berührungspunkte zwischen den beiden Verfahren. Der Kaufmann Alfred Sander hatte auf der Grundlage einer schriftlichen Bevollmächtigung des in der russischen Zone weilenden Carl Braun den Antrag auf Rückerstattung am 13. Februar 1950 gestellt.[327] Für das Grundstück Schützenpforte 9 taxierte Sander den „Wert am Tage der Wegnahme“

320 Ebd., Bl.11.
321 Ebd., Bl. 11.
322 Ebd., Bl. 18.
323 Ebd., Bl. 17. Nr. 9 war gemeint.
324 Ebd., Bl. 17.
325 Ebd., Bl. 17.
326 Ebd., Bl. 18. Vgl. auch ebd., Bll. 22–26.
327 StAHH, 213-13, 9741, Bl. 2.

auf 150.000 M. Er bejahte die Frage, ob „der Verkauf unter Nötigung“ erfolgt sei, und gab an, dass das Grundstück im Zuge einer Zwangsversteigerung von der OHG Heinrich Bauer für 53.762,50 M verkauft worden sei.[328] Als „sachdienliche Angaben“ ergänzte Sander noch, dass Carl Braun „wegen seiner Zusammenarbeit“ mit seinem jüdischen stillen Teilhaber Max Carl Nathan dessen Schicksal geteilt hatte und ebenfalls 1936 ins Konzentrationslager Fuhlsbüttel interniert worden war.

In Bezug auf seinen Restitutionsantrag hatte Alfred Sander weitere Fragen des Zentralamtes für Vermögensverwaltung zum Ablauf der Zwangsversteigerung des Grundstücks Schützenpforte 9 zu beantworten. Sander gab an, dass der Rechtsanwalt Dr. Carl Stumme, der Verwalter des Nachlasses von Max Carl Nathan, die Zwangsversteigerung wegen der „Forderung M. C. Nathan ./. E. & T. Braun aus Geschäftsbeteiligung DM 145.000 [sic]“ am 21. Mai 1937 angeordnet hatte.[329] Diese Forderung war seit dem 12. November 1936 fällig gewesen. Die Frage, ob die Zwangsversteigerung „aus Gründen der Rasse, Religion oder politischen Einstellung“ veranlasst worden war, beantwortete Sander mit „Ja“.[330]

Eine Parallele zu den Grundstücken in der Löwenstraße bestand insofern, als auch auf dem Grundstück Schützenpforte 9 eine Hypothek der OHG Heinrich Bauer lastete – und zwar in Höhe von 15.000 GM. Vermerkt war dazu: „Eingetragen am 30.6.1939, zuerst eingetragen am 29.7.1938.“[331] Am 19. Dezember 1950 wurde im Grundbuch ein Rückerstattungsvermerk eingetragen.[332]

Anfang Januar 1951 erklärte Dr. Ernst Feld als Rechtsvertreter der OHG Heinrich Bauer, dass die Restitutionsansprüche von Carl Braun „bestritten“ würden.[333] Auffällig ist, dass Feld im Vergleich zu den anderen Restitutionsverfahren einen merklich schrofferen Ton in seinem Schreiben anschlug. Deutlich wird dies an folgendem Satz, der sich in dieser Form nicht in den Stellungsnahmen zu den anderen Verfahren des Anwalts finden lässt: „Mag der Antragsteller seinen Anspruch näher substantiieren, insbesondere angeben, inwieweit er zu dem Kreis der verfolgten Personen gehört haben will.“[334]

328 Ebd., Bl. 2.
329 Ebd., unfol.
330 Ebd., unfol.
331 Ebd., unfol.
332 Ebd., Bl. 10.
333 Ebd., Bl. 12.
334 Ebd., Bl. 12.

Für den 13. März 1951 war in der Rückerstattungssache „Braun ./. Bauer“ eine Güteverhandlung vor dem Landgericht anberaumt. Im Vorfeld erläuterte der Anwalt Simmonds den Standpunkt des Antragstellers: Danach sei Carl Braun der Eigentümer der Schützenpforte 9 gewesen, der an dieser Adresse ein Pfand- sowie Verkaufsgeschäft betrieben habe.[335] Der „Volljude“ Max Carl Nathan sei „stiller Teilhaber“ des *Ariers* Braun gewesen; Nathan habe Braun über 150.000 RM für dessen geschäftliche Aktivitäten „zur Verfügung gestellt“.[336] Am 10. Juli 1936 sei Nathan „wegen angeblicher Steuerhinterziehung“ verhaftet worden. Im Konzentrationslager Fuhlsbüttel sei Nathan am 30. Oktober 1936 gestorben. Braun sei aufgrund „seiner geschäftlichen Beziehungen“ zu Nathan ebenfalls in Gewahrsam genommen worden und habe mehrere Wochen in Einzelhaft im KZ Fuhlsbüttel verbracht.[337]

Von den in die Firma E. & T. Braun investierten 150.000 RM seien jedoch nur 55.000 RM im Grundstück Schützenpforte 9 „hypothekarisch gesichert“ gewesen.[338] Nach Darstellung von Simmonds hatte der mit der Verwaltung des Nachlasses von Max Carl Nathan betraute Rechtsanwalt Dr. Carl Stumme „auf Drängen der Gestapo und der Steuerfahndungsstelle“ die sich aus dem Nachlass ergebenden Forderungen gegenüber Carl Braun „schnellstens [zu] realisieren“.[339] Als Beleg führte Simmonds ein „Zeugnis“ von Stumme an. Da Braun seine Verbindlichkeiten in Höhe von 150.000 RM nicht begleichen konnte, war am 20. November 1936 ein Konkursverfahren eingeleitet worden, das schließlich in die Zwangsversteigerung gemündet war. Auf der Grundlage dieser Darstellung resümierte Simmonds, dass die Versteigerung des Grundstücks „als eine ungerechtfertigte Entziehung“ anzusehen sei, weil „die Gestapo und die Steuerfahndungsstelle ohne jede Rücksichtnahme auf Herrn Braun die sofortige Realisierung der Forderungen des Herrn Max Carl Nathan gegen ihn in rigoroser Weise verlangt haben“.[340] Ferner legte Simmonds dar, dass weder Max Carl Nathan noch seine Erben in irgendeiner Weise gegen Braun agiert, sondern die Geschäftsbeziehung zu Braun weitergeführt hätten, zumal aus der Teilhaberschaft „finanzielle Vorteile“ resultierten.[341] Der Umstand, dass die Zwangsversteigerung nach dem 15. September 1935[342]

335 Ebd., Bl. 14. Im Grundbuch war das Grundstück Schützenpforte 9 auf die OHG in Firma E. & T. Braun eingetragen gewesen.
336 Ebd., Bl. 14.
337 Ebd., Bl. 14.
338 Ebd., Bl. 14.
339 Ebd., Bl. 14.
340 Ebd., Bl. 14.
341 Ebd., Bl. 14.
342 Der Rechtsanwalt Max Simmonds bezog sich hier auf die Nürnberger Gesetze.

stattgefunden habe, unterstreiche ebenfalls „die Vermutung einer ungerechtfertigten Entziehung“.[343] Der Vorwurf „einer ungerechtfertigten Entziehung“ sei zum einen nur durch einen Nachweis über die Angemessenheit des Kaufpreises und dessen freie Verfügbarkeit und zum anderen durch einen Nachweis, dass es „auch ohne die Herrschaft des Nationalsozialismus“ zu einer Zwangsversteigerung gekommen wäre, zu entkräften.[344] Zu allen drei Kriterien – der Angemessenheit des Kaufpreises, der freien Verfügbarkeit sowie zur Wahrscheinlichkeit einer Zwangsversteigerung ohne NS-Regime – gab Simmonds zugleich eine Bewertung ab: Der Preis in Höhe von 53.762,50 RM sei in Anbetracht des Einheitswertes von 42.100 RM als nicht angemessen zu erachten. Der „Stoppreis“ für 1 Quadratmeter „Bodenfläche (ohne Gebäude)“ habe bei 100 RM gelegen. Da das Grundstück 339,6 Quadratmeter groß sei, hätte der „Wert des Grundstücks mit Gebäude“ wenigstens 180.000 RM betragen müssen.[345] Als „Beweis“ führte Simmonds das Gutachten eines Sachverständigen an.[346] Darüber hinaus konnte Braun nicht über den Versteigerungserlös verfügen. Letztendlich wäre es ohne das NS-Regime niemals zu einer Versteigerung gekommen, weil weder Max Carl Nathan noch seine Erben sonst „die geringste Veranlassung hatten“, die hypothekarisch gesicherte Geldsumme „plötzlich“ einzufordern.[347]

Auf der nichtöffentlichen Sitzung am 13. März 1951 unter der Verhandlungsleitung der Assessorin Schwenn kam keine gütliche Einigung zustande, und die Restitutionssache wurde an die Wiedergutmachungskammer übertragen. Alfred Sander erklärte auf dieser Sitzung, dass Braun damals aufgrund „seine[r] politischen Einstellung“ kein Vollstreckungsschutz gewährt worden war und dass darum die Zwangsvollstreckung „als missbräuchlich“ zu betrachten sei.[348] Beweise dafür werde er noch vorbringen. Der nächste Verhandlungstermin wurde für den 10. August 1951 anberaumt. Bis dahin hatte Rechtsanwalt Simmonds zu belegen, welchen Personen zum Zeitpunkt der Zwangsversteigerung das Grundstück Schützenpforte 9 gehört hatte, weil diese nach Artikel 7 Absatz 1 des Militärgesetzes Nr. 59 für die britische Besatzungszone „nur gemeinsam“ Rückerstattungsforderungen stellen dürften.[349] Dem Auftrag, die damaligen Eigentümer zu ermitteln und ihren Wohnort ausfindig zu machen, kam Simmonds

343 StAHH, 213-13, 9741, Bl. 14.
344 Ebd., Bl. 14.
345 Ebd., Bl. 14.
346 Vgl. ebd., Bl. 14.
347 Ebd., Bl. 14.
348 Ebd., Bl. 2.
349 Ebd., Bl. 3.

nach. Die Ergebnisse seiner Recherchen teilte er Mitte Juni 1951 und in einem weiteren Schreiben vom 14. Juli 1951 der Wiedergutmachungskammer mit: Carl Theodor Braun und dessen Sohn Carl hätten das Grundstück Schützenpforte 9 besessen, als es zwangsversteigert worden war. Hieran wird zugleich deutlich, dass während der Restitutionsverhandlungen das Augenmerk auf dem Antragsteller Carl Braun lag und die Fragen nach dessen Vater Carl Theodor Braun und dessen damaliger Rolle in dem Pfandleihgeschäft erst allmählich im Laufe der Zeit geklärt wurden. Carl Braun habe in Berlin-Pankow gewohnt, scheine aber in die Westzone umgesiedelt zu sein. Sein derzeitiger Aufenthaltsort sei unbekannt. Ob Carl Theodor Braun noch lebe respektive wer im Falle seines Ablebens seine Erben waren, müsse noch herausgefunden werden.[350]

Ferner hatte Simmonds weitere Informationen aus der Konkursakte E. & T. Braun gewonnen, „um deren Heranziehung [er] gebeten“ worden war.[351] Dieser Akte könne entnommen werden, dass sich Carl Braun am 10. November 1936 im KZ Fuhlsbüttel befunden habe und das Finanzamt die Geschäftsbücher konfisziert habe, sodass Carl Theodor Braun keine Vermögensaufstellung anfertigen konnte. Bei einer Vernehmung am 19. November 1936 habe Carl Braun ausgesagt, dass er bereits seit mehreren Wochen in Schutzhaft sei und „dass vor seiner Verhaftung keine Zahlungsschwierigkeiten vorhanden gewesen seien, da die Darlehen nicht fällig gewesen und nicht gekündigt worden seien“.[352] Der Konkursakte lag auch der vom 20. Dezember 1936 datierte Bericht des beeidigten Bücherrevisors Hans Pohlmann bei, der im Falle der Firma E. & T. Braun als Konkursverwalter fungiert hatte. In seinem Bericht stellte Pohlmann fest, dass Anfang November 1936 die Betriebserlaubnis für das Pfandleihgeschäft widerrufen worden sei, das Grundstück Schützenpforte 9 eine Jahresbruttomiete „von etwa RM 1080,- abwerfe“, sich „die Unkosten bei einem normalen Verlauf“ auf rund 9.000 RM beliefen „und dass z. Zt. keine Veranlassung bestehe, das Grundstück aus der Konkursmasse freizugeben“.[353]

Der Rechtsbeistand Simmonds stellte die Informationen aus der Konkursakte den Angaben aus der Akte zur Zwangsversteigerung gegenüber. Danach hatte Dr. Stumme als Pfleger des Nachlasses von Max Carl Nathan aufgrund ausstehender Zinsen hinsichtlich der beiden auf der Schützenpforte 9 lastenden Hypotheken in Höhe von

350 Ebd., Bll. 6–7.
351 Ebd., Bl. 7.
352 Ebd., Bl. 7.
353 Ebd., Bl. 7.

5.000 GM und 10.000 GM am 18. Januar 1938 die Zwangsversteigerung beantragt.[354] Dabei ging es um die Zinsen für den Oktober 1937 „nebst festgesetzten Kosten“; die Summe betrug 104,93 RM. Gegen Ende April 1938 ergänzte Stumme den Antrag noch um die Zinsen für den November und Dezember 1937 sowie den Januar und Februar 1938. In Zahlen ausgedrückt, mündete diese Ergänzung in weitere Forderungen in Höhe von 411,96 RM.[355] Simmonds fasste zusammen: Ohne die Schutzhaft, den Entzug der Betriebserlaubnis und die Konfiszierung der Geschäftsbücher wäre es nicht zur Zwangsversteigerung gekommen.

Einen weiteren Baustein in Simmonds' Argumentation bildeten seine Zweifel, inwieweit das generelle Vorgehen des Nachlassverwalters Dr. Carl Stumme gerechtfertigt war. Die Schützenpforte 9 war nicht das einzige Grundstück, in dem Geld von Nathan investiert war, die Büschstraße 13 war ein weiteres. Dieses Grundstück hatte dem Juden Robert Isaacsen gehört, der 1938 in die Niederlande geflüchtet war.[356] In seiner Funktion als Nachlassverwalter veranlasste Dr. Stumme am 19. April 1939 die Zwangsversteigerung der Büschstraße 13. Grund hierfür waren zwei Hypotheken, die auf den Namen Elna Nathan, Max Carls Ehefrau, eintragen waren und von denen eine 20.000 RM betrug.[357] Gegenüber Stumme hatte Elna Nathan eingeräumt, dass sämtliche Werte, die „ihr Ehemann auf ihren Namen erworben hat, nicht ihr, sondern ihrem Ehemann gehörten“.[358] Demzufolge sei es korrekt gewesen, dass Stumme alle auf Elna Nathan verzeichneten Vermögenswerte zum Nachlass von Max Carl Nathan gerechnet hatte. Die Zwangsversteigerungen der Grundstücke Schützenpforte 9 und Büschstraße 13 ähnelten sich insofern, als in beiden Fällen Forderungen von geringer Höhe die Auslöser waren und die Erlöse zum Begleichen von Max Carl Nathans Steuerschulden verwendet werden sollten.[359] Im Hinblick auf den Fall Büschstraße 13 hatte Stumme in seinem Antrag vom 19. April 1939 und dann erneut am 8. Mai 1939 erläutert, dass die Zwangsversteigerung „im ausschliesslichen Interesse des Steuerfiskus erfolge“.[360] Denn die beiden Hypotheken waren wegen Nathans Steuerschulden auf das Finanzamt überschrieben worden. Relevant sei außerdem ein Beschluss der Abteilung Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung des Amtsgerichts vom 11. Mai 1939,

354 Vgl. ebd., Bl. 7. Der jährliche Zinssatz betrug 7,5 Prozent.
355 Ebd., Bl. 7.
356 Vgl. ebd., Bl. 7.
357 Ebd., Bl. 7. Die Höhe der zweiten Hypothek wird nicht genannt.
358 Ebd., Bl. 7.
359 Vgl. ebd., Bl. 7.
360 Ebd., Bl. 7.

durch den „die Einstellung der Zwangsversteigerung gemäss VO. vom 26.5.1933 abgelehnt“ worden war – explizit mit der Anmerkung, dass der Schuldner ein Jude sei.[361]

Zur Untermauerung seiner Argumentation übermittelte Simmonds noch die Korrespondenz zwischen ihm selbst und Stumme. Ebenfalls benannte er den ehemaligen Steuerinspektor Paul Hänsel „als Zeuge[n] dafür, dass die Steuerfahndungsstelle – in einer gänzlich unzulässigen Weise – in dem gegen Max Carl Nathan eingeleiteten Steuerhinterziehungsverfahren die Gestapo in Gestalt des von den Juden gefürchteten, inzwischen verstorbenen Gestapo-Kommissars Göttsche eingeschaltet und alle Massnahmen gemeinschaftlich mit der Gestapo getroffen hat“.[362] Dieses „rigorose Vorgehen“ gegen Nathan habe insofern die Inhaber der Firma E. & T. Braun getroffen, als „rücksichtslos alle Forderungen des Max Carl Nathan, einerlei gegen wen sie sich richteten, beigetrieben wurden“.[363]

Zu der erwähnten Korrespondenz zählte unter anderem eine vom 10. Juli 1951 datierte Stellungnahme des Anwalts Dr. Carl Stumme. Darin bezog sich Stumme auf ein Schreiben von Simmonds, das dieser am 5. März 1951 verfasst hatte und in dem er Folgendes formulierte: „[A]uf Drängen der Gestapo und der Steuerfahndungsstelle musste er [Dr. Carl Stumme] die Forderungen des Herrn Max Carl Nathan gegen Herrn Braun schnellstmöglich realisieren“.[364] Stumme stellte klar, dass diese Darstellung nicht korrekt sei. Zutreffend sei, dass das Finanzamt nach Nathans Ableben am 30. Oktober 1936 zunächst selbst dessen Steuerschuld „durch Vollstreckung des Nachlasses“ zu „realisieren“ versuchte. Da sich diese Aufgabe komplexer als angenommen erwies, wurde Stumme als Nachlasspfleger bestellt. Stumme habe dann „unter der üblichen Aufsicht des Nachlassgerichts“ „den Nachlass liquidiert und die Überschüsse auf Grund der rechtskräftig festgesetzten Steuerbescheide an das Finanzamt abgeführt“.[365] Nach Beendigung der Liquidation gab es noch eine Steuerrestschuld, die das Finanzamt jedoch erließ, um einen „Nachlasskonkurs“ zu verhindern.[366] Stumme konstatierte weiter, dass er mit der Gestapo „niemals irgend etwas in diesem Zusammenhang zu tun gehabt“ habe.[367] Indes sei bei Simmonds’ Darstellung korrekt, dass eine reibungs-

361 Ebd., Bl. 7.
362 Ebd., Bl. 8.
363 Ebd., Bl. 8.
364 Ebd., Bl. 9. Vgl. auch StAHH, 213-13, 1390, Bll. 20f.
365 StAHH, 213-13, 9741, Bl. 9.
366 Ebd., Bl. 9.
367 Ebd., Bl. 9.

lose und zügige Nachlass-Liquidation im Interesse des Finanzamtes und des Steuerfahndungsdienstes gelegen habe. Er, Stumme, sei „aber niemals gedrängt worden, nun deswegen Werte zu verschleudern".[368]

Vier Tage später – am 14. Juli 1951 – antwortete Simmonds seinem Kollegen Stumme und erläuterte, dass seine Einschätzungen auf zwei Dokumenten aus Stummes eigener Feder basierten. Diese Unterlagen betrafen die Firma Weiß & Sander, zu deren Inhabern Nathans Sohn Wilhelm Sander gehörte. Es handelte sich zum einen um ein vom 10. März 1937 datiertes Schreiben von Stumme an den damals in Untersuchungshaft befindlichen Wilhelm Sander. Darin teilte Stumme mit, dass das Finanzamt die Liquidation eines Grundstücks in der Innocentiastraße „wünscht" und „auf Grund der für das Finanzamt eingetragenen Sicherungshypotheken" notfalls auch „eine Zwangsversteigerung betreiben" würde.[369] Zum anderen hatte Simmonds auf ein Schreiben Stummes an ihn selbst vom 6. Oktober 1945 verwiesen, in dem Stumme auf Aussagen eines Herrn Goldemann gegenüber dem Amt für Raumbewirtschaftung einging. Aus dem Schreiben geht hervor, dass der Steuerfiskus „der Hauptgläubiger des verstorbenen Max Carl Nathan" gewesen sei.[370] Insofern habe der Steuerfahndungsdienst verlangt, „dass alle Forderungen des Max Carl Nathan schnellstmöglich eingezogen werden" und dass gegebenenfalls die Firma – sofern die Forderungen nicht gezahlt werden könnten – veräußert werden müsste.[371] Das behördliche Vorgehen bewertete Stumme folgendermaßen: „Hätte es sich nicht um einen Juden gehandelt und wäre Herr Sander nicht im KZ gewesen, wäre aller Voraussicht nach der Firma Weiss und Sander Zeit gelassen [worden], sich anderweit[ig] einen Kredit zu besorgen oder die Forderung allmählich abzudecken."[372]

In Summe las Simmonds aus diesen Dokumenten heraus, dass „der Steuerfahndungsdienst verlangt hat, dass alle Forderungen des Herrn Max Carl Nathan schnellstmöglich eingezogen wurden, und dass in der Tat ein gewisser Druck ausgeübt worden ist".[373] Aus dem Umstand, dass die Steuerfahndungsstelle die Gestapo hinzugezogen hatte, folgerte Simmonds, dass die Gestapo auch Stumme kontaktiert hatte, „um den Druck der Steuerfahndungsstelle zu verstärken".[374] Simmonds sagte Stumme zu, dass

368 Ebd., Bl. 9.
369 Ebd., Bl. 11.
370 Ebd., Bl. 12.
371 Ebd., Bl. 12.
372 Ebd., Bl. 12.
373 Ebd., Bl. 10.
374 Ebd., Bl. 10.

er seine Darlegung vom 5. März 1951 in der Weise korrigieren werde, dass die Gestapo gegenüber Stumme „nicht in Erscheinung getreten“ sei. Überdies wollte Simmonds den ehemaligen Steuerinspektor Paul Hänsel als Zeugen dafür anführen, dass die Steuerfahndungsstelle im Fall Max Carl Nathan „gemeinschaftlich“ mit der Gestapo agiert habe.[375] Gegen Stummes Formulierung, dass Vermögenswerte „verschleudert“ worden wären, verwahrte sich Simmonds. Er habe lediglich geäußert, dass bei der Zwangsversteigerung „kein angemessener Kaufpreis erzielt worden“ sei.[376]

Im Hinblick auf die Rückerstattungssache „Nathan ./. Bauer“ legte der Rechtsanwalt Ernst Feld Mitte Juli 1951 der Wiedergutmachungskammer eine Abschrift der vom 10. Juli 1951 datierten Stellungnahme vom Anwalt Dr. Carl Stumme vor. Feld interpretierte Stummes Stellungnahme als Bestätigung, dass dessen damaliges Handeln als Nachlasspfleger „in keiner Weise unter Druck erfolgte, sondern nur seiner Amtspflicht entsprach“.[377]

Derweil rundete Simmonds seine Argumentation in der Sache „Braun ./. Bauer“ ab, indem er gegenüber der Wiedergutmachungskammer auf eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Köln vom 10. März 1951 hinwies. Darin wurde erläutert, „dass auch in einer Erteilung eines Zuschlags im Zwangsversteigerungsverfahren, die selbst nicht zu beanstanden ist, eine ungerechtfertigte Entziehung zu erblicken ist, wenn diese mit einer Verfolgungsmassnahme im ursächlichen Zusammenhange steht“.[378] Simmonds sah eine Übertragbarkeit dieser Entscheidung auf die Rückerstattungsforderungen gegenüber Bauer, da die Zwangsversteigerung der Schützenpforte 9 auf die von der Gestapo und der Steuerfahndungsstelle ergriffenen Verfolgungsmaßnahmen gegen den Juden Nathan zurückzuführen seien und infolgedessen auch die mit Nathan „in enger geschäftlicher Verbindung“ stehenden Inhaber der Firma E. & T. Braun getroffen hätten.[379] Diesem Schriftsatz vom 21. Juli 1951 fügte Simmonds noch die bis dahin ausstehende notariell beglaubigte Vollmacht von Carl Braun für Alfred Sander bei und teilte mit, dass Carl Braun aus der russischen Zone nach Cuxhaven gezogen war.[380]

Zehn Tage später folgte die Erwiderung von Rechtsanwalt Feld zur Sache „Braun ./. Bauer“. Dabei setzte er beim Antragsteller Carl Braun an und strich heraus,

375 Ebd., Bl. 10.
376 Ebd., Bl. 10.
377 StAHH, 213-13, 9741, Bl. 20. Vgl. auch ebd., Bl. 21.
378 Ebd., Bl. 13.
379 Ebd., Bl. 13.
380 Vgl. ebd., Bll. 13f.

dass dieser „Arier“ gewesen sei, der NSDAP angehört habe und „unstreitig nicht rassistisch verfolgt“ worden sei.[381] In der Streitsache stehe das Grundstück Schützenpforte 9 im Blickpunkt und nicht andere Grundstücke wie Innocentiastraße oder Büschstraße oder die Firma Weiss & Sander, die allesamt „in dem Tatsachenkomplex Nathan vorkommen mögen“.[382] Es wird deutlich, dass Feld jegliche Verknüpfungen mit Nathans Schicksal nicht gelten ließ und allein die Schützenpforte 9 und den Antragsteller Carl Braun betrachtete. So war nach Felds Ansicht für die Zwangsversteigerung ursächlich, dass Braun nicht „seinen Verpflichtungen gegenüber dem [durch den vom Amtsgericht bestellten Nachlasspfleger vertretenen] Nachlass“ nachgekommen sei.[383] Feld betonte, dass das Vorgehen von Nachlassverwalter Stumme korrekt gewesen sei und „niemals eine Verfolgungsmassnahme“ dargestellt habe.[384] Der Antrag, eine Zwangsversteigerung durchzuführen, sei nicht „im Zusammenhang mit einer Verfolgungsmassnahme gegen den Antragsteller“ eingereicht worden, sondern aufgrund seines fehlenden „Zahlungswillen[s]“ sowie seiner „Zahlungsunfähigkeit“.[385] Aus Stummes Erklärungen sei zudem ersichtlich, dass auf ihn „kein Druck ausgeübt wurde“.[386]

Am 10. August 1951 fand die nächste öffentliche Sitzung in der Rückerstattungssache statt, auf der Simmonds ausführte, dass er mit Carl Braun in Verbindung stehe und dieser ihm mitgeteilt habe, dass Carl Theodor Braun sein Vater war, er selbst Alleinerbe sei und ein entsprechender Erbschein beantragt worden sei. Indes erklärte Alfred Bauer, dass er der „nunmehrige Alleininhaber der Firma Heinrich Bauer“ sei. Zwar wurde der Fall besprochen, doch sollte das Verfahren – unter anderem wegen des fehlenden Erbscheins – bis auf drei Monate ruhen.[387]

Das Verfahren verzögerte sich weiterhin. Ende April 1952 bat Simmonds die Wiedergutmachungskammer, die Verhandlungssache bis zum 31. Mai 1952 zu vertagen, da der Rechtanwalt davon ausging, dann endlich den Erbschein vorlegen zu können.[388] Ende September 1952 wandte sich Feld an die Wiedergutmachungskammer und bat um Fortsetzung des Verfahrens. Dabei machte er die Position der antragsgegnerischen

381 Ebd., Bl. 15.
382 Ebd., Bll. 15–16, Zitat Bl. 15.
383 Ebd., Bl. 15. Die eckigen Klammern sind in der Quelle handschriftlich eingetragen worden.
384 Ebd., Bl. 15.
385 Ebd., Bl. 15.
386 Ebd., Bl. 15.
387 Ebd., Bl. 19.
388 Vgl. ebd., Bl. 20.

Seite noch einmal klar, dass nämlich die Forderungen „gänzlich unbegründet“ seien.[389] Zugleich hob er hervor, dass der OHG Heinrich Bauer daran gelegen war, „dass die Sperre des Grundstücks baldigst aufgehoben wird“.[390] Am 10. November 1952 schrieb Feld erneut und wiederholte seine Bitte um Fortsetzung der Verhandlungssache.[391]

In einem vierseitigen Schriftsatz vom 20. November 1952 samt Anhängen fasste der Rechtsanwalt Max Simmonds noch einmal den gesamten Sachverhalt zusammen, wie er sich aus antragstellerischer Sicht darstellte.[392] Simmonds setzte bei den einstigen Inhabern an,[393] verwies auf die Entscheidung des Oberlandesgerichts Köln, schilderte die geschäftliche Beziehung zwischen den Brauns und Max Carl Nathan und ging auf die Inhaftierung von Nathan und Carl Braun, die Konfiszierung der Geschäftsbücher, den Entzug der Konzession für die Betreibung eines Pfandleihgeschäfts sowie auf deren Folgen ein. Im Weiteren skizzierte Simmonds das Vorgehen des Nachlassverwalters Stumme und wie es zur Zwangsversteigerung kam. In diesem Rahmen berichtete Simmonds, dass in der Rückerstattungssache „Nathan/Erben ./. Deutsches Reich“ den Erben „durch rechtskräftigen Beschluss des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg vom 5.10.1950 gegen die Steuerfestsetzungen die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt worden“ sei.[394] Während der NS-Zeit hätten die Erben keine Steuerbescheide erhalten; zudem seien sie inhaftiert gewesen und hätten die Information erhalten, dass sich die Steuerschuld von Max Carl Nathan auf 712.313,88 RM beziffere und sie diese Schuld anzuerkennen hätten – was sie „in ihrer Zwangslage“ auch getan hatten.[395] Aufgrund des Beschlusses durch das Wiedergutmachungsamt war die Anerkennung der Steuerschuld nichtig und die Frage nach der damaligen Höhe der Steuerschuld von Max Carl Nathan offen. Am 26. Oktober 1950 hatten die Erben gegen die Steuerfestsetzungen Einspruch eingelegt; im November 1952 schwebte dieser Prozess noch.[396] Simmonds ging davon aus, dass Nathans damalige Steuerschuld „nicht einmal [bei] RM 100.000“ gelegen habe, sodass die vorhandenen Mittel ausgereicht hätten, die Schulden zu begleichen, und eine Geltendmachung der

389 Ebd., Bl. 21.
390 Ebd., Bl. 21.
391 Ebd., Bl. 22.
392 Ebd., Bll. 23–28.
393 Beigefügt ist der Erbschein vom 21. Mai 1952, der Carl Emil Wilhelm Adolf Braun als Alleinerben seines Vaters Carl Theodor Braun auswies. Vgl. ebd., Bl. 27.
394 Ebd., Bll. 25 u. 28, Zitat Bl. 25. Zu Nathan/Erben ./. Deutsches Reich vgl. auch StAHH, 213-13, 1391.
395 StAHH, 213-13, 9741, Bl. 25.
396 Ebd., Bll. 25f.

gegenüber der Firma E. & T. Braun bestehenden Forderungen nicht nötig gewesen wäre.[397] Dass zudem die Gestapo im Steuerfall Nathan aktiv geworden war, habe einzig daher gerührt, dass Nathan ein Jude war.[398] Ohnehin sei das kompromisslose Vorgehen des Finanzamtes auf die Tatsache zurückzuführen, dass Nathan Jude war, sodass hier „Verfolgungsmassnahmen aus rassischen Gründen im Sinne der Art. 1 und 2 REG [vorlägen], die vor den arischen Inhabern der Firma E. & T. Braun nicht halt gemacht, sondern auch sie mit ins Verderben gezogen" hätten.[399]

Der Rechtsanwalt Feld formulierte seine Entgegnung neun Tage später und sah im Vorgehen der antragstellerischen Seite einen Versuch, Carl Brauns „Angelegenheiten mit dem Komplex Nathan zu vermischen, obschon beide Komplexe gar nichts miteinander zu tun haben".[400] Feld stellte erneut heraus, dass das Agieren des Nachlassverwalters Stumme „niemals" eine Verfolgungsmaßnahme gewesen sei. „Die Forderungen des Nachlaßes beizutreiben", sei Stummes Pflicht gewesen.[401] Die Zwangsversteigerung habe daraus resultiert.[402] Am 18. Dezember 1952 fand die nächste öffentliche Sitzung vor der Wiedergutmachungskammer statt. Die beiden Parteien sondierten Möglichkeiten, sich zu vergleichen, und kamen überein, „direkte Vergleichsverhandlungen" beginnen zu wollen.[403] Sollte keine Verständigung zustande kommen, werde einem der Rechtsvertreter von gerichtlicher Seite „ein begründeter Vergleichsvorschlag" übermittelt werden.[404]

Feld schrieb am 27. Dezember 1952 an Simmonds und teilte diesem mit, dass er seinem Mandanten über den Verlauf der letzten Gerichtssitzung berichtet habe. Unmissverständlich machte Feld deutlich, dass er die Restitutionsansprüche für unbegründet hielt. Wenn die OHG Heinrich Bauer dennoch zu der Aufnahme von Vergleichsverhandlungen bereit sei, liege es daran, dass dieses Verfahren „schon sehr lange dauert" und dass nach den Äußerungen des Verhandlungsvorsitzenden „mit einer Beweisaufnahme gerechnet werden muß, welche zeitlich ein weiteres Hinauszögern der Entscheidung zwangsläufig mit sich bringen würde".[405] Nach dieser Argumentation war für die OHG Bauer der Faktor Zeit ausschlaggebend für die Verhandlungsbereitschaft.

397 Ebd., Bl. 26.
398 Ebd., Bll. 26 u. 28.
399 Ebd., Bl. 26.
400 Ebd., Bl. 29.
401 Ebd., Bl. 29.
402 Ebd., Bl. 29.
403 Ebd., Bl. 31.
404 Ebd., Bl. 31.
405 Ebd., Bl. 40.

Ein langwieriger Schwebezustand, der einen nicht unerheblichen Vermögenswert der Handelsgesellschaft betraf, der zudem noch beliehen war, barg Unsicherheiten, die sich wiederum nachteilig auf das kaufmännische Agieren und Planen auswirken konnten.

Im Namen der OHG Bauer unterbreitete Feld folgenden Vorschlag: Unter Verweis auf seine eigenen Kenntnisse auf dem hamburgischen Grundstücksmarkt sowie eingeholte Erkundigungen bei entsprechenden Sachverständigen kam Feld zu dem Schluss, dass „ein höherer" Quadratmeter-Preis als 100 DM „in der fraglichen Umgebung" „nicht in Betracht kommt" – besonders unter dem Vorbehalt, dass Braun „nach diesseitiger Auffassung und dem Akteninhalt durchsetzbare Ansprüche garnicht [sic] zustehen".[406] „Um das Verfahren ~~schnell~~ bald zum Abschluß zu bringen", sei die OHG Heinrich Bauer bereit, „zur Abfindung aller Ansprüche" einen Betrag von 12.000 DM zu zahlen.[407] Dabei sollte gegebenenfalls eine Ratenzahlung vereinbart werden. Dieses Vergleichsangebot gelte bis zum 8. Januar 1953. Die OHG Heinrich Bauer sei nicht bereit, das Angebot zu erhöhen. Da ihr Hauptinteresse darin bestehe, „ein langwieriges Handeln zu vermeiden", sei sie bei ihrem Vorschlag gleich bis „an die Grenze" gegangen.[408] Damit ein derartiger Vergleich vollzogen werden könne, sei es zugleich unabdingbar, dass Alfred Sander für die Nathan-Erben erklären sollte, dass „mit der Zahlung der Vergleichssumme" sämtliche Ansprüche „abgegolten" seien. Zumal die in Bezug auf die Hypotheken erhobenen Forderungen „bereits rechtskräftig" zurückgewiesen worden seien.[409]

Die Gegenseite ließ die von Feld gesetzte Frist verstreichen. Simmonds antwortete Feld erst Ende Januar 1953. Brauns Rechtsvertreter insistierte, dass die Ansprüche gerechtfertigt seien, Braun aber dennoch einer Verständigung offen gegenüberstehe. An Simmonds' weiteren Ausführungen wird ersichtlich, warum er erst am 27. Januar 1953 eine Erwiderung verfasst hat. Er und sein Mandant scheinen auf ein beim Hausmakler Hans Iska-Holtz bestelltes Gutachten gewartet zu haben, das vom 26. Januar 1953 datiert ist und Simmonds' Schreiben beilag. Diesem Gutachten zufolge lagen die

406 Ebd., Bl. 40.
407 Ebd., Bl. 40. In der Quelle ist das maschinengeschriebene „schnell" durch ein handgeschriebenes „bald" ersetzt worden. Wer diese Korrektur vorgenommen hat und wann dies geschah, ist nicht zu ersehen.
408 Ebd., Bll. 40f., Zitat Bl. 40.
409 Ebd., Bl. 41.

Quadratmeter-Preise in der Schützenpforte bei 130 DM, „für Anlieger- und Interessenkäufer“ – wie es die OHG Heinrich Bauer war – sogar bei 156 DM.[410] Simmonds ergänzte diese Informationen zu den Quadratmeter-Preisen um die Einschätzung eines weiteren Hausmaklers, dessen Name er nicht nannte, wonach für Grundstücke nahe dem Gemüsemarkt schon Quadratmeter-Preise von 300 DM gezahlt worden seien.[411] Bemerkenswert dabei ist, dass sowohl Feld als auch Simmonds Quadratmeter-Preise heranzogen, die Anfang der 1950er-Jahre aktuell waren. Eine Rekonstruktion der Preise aus den 1930er-Jahren scheint während der Vergleichsverhandlungen nicht stattgefunden zu haben. Vermutlich zur Stärkung der eigenen Verhandlungsposition umriss Simmonds ferner das Worst-Case-Szenario für die OHG Heinrich Bauer:

> Würde eine Rückgabeanordnung auf Grund des REG seitens der Wiedergutmachungskammer ergehen, dann müsste Ihre Mandantin [die OHG Heinrich Bauer] das Grundstück an meinen Mandanten [Carl Braun] herausgeben und die Ansprüche gegen das Ausgleichsamt abtreten, ohne dass mein Mandant an Ihre Mandantin zu zahlen brauchte, da bei der Verrechnung des von Ihrer Mandantin bezahlten Kaufpreises mit den während 5 Jahren gezogenen Nutzungen für Ihre Mandantin nichts herauskommen würde.[412]

Direkt im Anschluss an diesen möglichen Ausgang der Restitutionssache befand Simmonds die von der Gegenseite angebotene Vergleichssumme für „zu niedrig“ und schlug seinerseits vor, dass die OHG Heinrich Bauer an Carl Braun 22.000 DM „sofort“ zahlen sowie die bisher angefallenen Kosten des Restitutionsverfahrens übernehmen sollte.[413] Dieses Angebot war bis zum 4. Februar 1953 befristet. Im Hinblick auf die Erben des Max Carl Nathan fügte Simmonds hinzu, dass deren „Zustimmung“ wegen der bereits rechtskräftig abgewiesenen Geltendmachung der Hypothek nicht notwendig sei.[414] „Die Erben haben daher keinerlei Ansprüche gegenüber dem Grundstück Schützenpforte 9.“[415] Deren Anspruch betreffe ausschließlich eine Buchforderung von 130.000 RM zuzüglich der Zinsen seit 1937 gegenüber Carl Braun. Diesbezüglich würden sich Braun und die Erben „intern“ verständigen; Braun würde dann einen Teilbetrag der Vergleichssumme an die Erben abtreten.[416] Diese Aussage erstaunt insofern, als Simmonds seinerzeit Einspruch gegen die Abweisung erhoben und

410 Ebd., Bll. 42–44, Zitat Bl. 42. Iska-Holtz schätzte den Wert des Grundstücks Schützenpforte 9 auf 51.000 DM. Ebd., Bl. 44.
411 Ebd., Bl. 42.
412 Ebd., Bl. 42.
413 Ebd., Bl. 42.
414 Ebd., Bl. 42.
415 Ebd., Bl. 42.
416 Ebd., Bl. 42.

darum gebeten hatte, dass die Sache „Nathan ./. Bauer“ bis zur Klärung der Sache „Braun ./. Bauer“ aufgeschoben werden möge.

Am 20. Februar 1953 teilte Simmonds der Wiedergutmachungskammer mit, dass sich die beiden Parteien verständigt haben.[417] Auf einer öffentlichen Sitzung drei Tage später wurde „beschlossen und verkündet“, dass das Grundstück Schützenpforte 9 im Besitz der OHG Heinrich Bauer bleibt und die OHG „zur Abgeltung sämtlicher Rückerstattungs- und Wiedergutmachungsansprüche“ 20.000 DM in Raten an Carl Braun zahlt.[418] Die ersten 5.000 DM wurden „bei Protokollierung des Vergleiches“ fällig, die zweiten 5.000 DM am 5. April 1953, die dritten 5.000 DM am 5. Mai 1953 und die letzten 5.000 DM am 5. Juni 1953. Der Rückerstattungsvermerk sollte „unverzüglich“ gelöscht werden.[419] Dies geschah am 25. März 1953.

5. Das Kaufhaus Hoheluft und Hoheluftchaussee 93

Ende Oktober 1938 kauften Alfred Bauer als Vertreter der OHG Heinrich Bauer und der Kaufmann Walter Krentz – zusammengeschlossen als Kommanditgesellschaft – das Kaufhaus Hoheluft. Die Firma Kaufhaus Hoheluft Dessauer & Co. war 1919 als offene Handelsgesellschaft registriert worden; seit dem 30. April 1926 war Paul Dessauer der alleinige Inhaber.[420] Der Kaufvertrag datierte vom 31. Oktober 1938 und war somit „unter der aufschiebenden Bedingung der Erteilung der nach dem Gesetze zum Schutze des Einzelhandels und nach der Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 notwendigen Genehmigungen geschlossen worden“.[421] Der Erwerb des Kaufhauses umfasste gleichzeitig den Kundenkreis sowie das Recht, den Firmennamen „unter Uebernahme der Aktiven und unter Ausschluss der Passiven nach Massgabe“ bestimmter Bedingungen weiterzuführen.[422] Mithin trug das Kaufhaus künftig den Namen „Kaufhaus Hoheluft Walter Krentz K. G.“[423] Zu den erwähnten Bedingungen zählte die Übernahme des gesamten Inventars zu einem von einem Sachverständigen taxierten Preis, die Übernahme des

417 Vgl. ebd., Bl. 45.
418 Ebd., Bl. 46.
419 Ebd., Bl. 46.
420 StAHH, 213-13 Landgericht Hamburg – Wiedergutmachung, 1927-2017, 2982: Dessauer, Paul, Beiakte, Bl. 16.
421 StAHH, 221-11, C (R) 254.
422 Ebd.
423 Als Stichtag gab Krentz auf dem Entnazifizierungsfragebogen den 17. November 1938. Ebd.

gesamten Warenlagers im von Dessauer veranschlagten Einkaufswert von 130.000 RM sowie die Übernahme von Außenständen in Höhe von 1.500 RM.[424] Hinzu kamen noch 2.700 RM als eine Art Kompensation für eine noch ausstehende Steuerabschreibung.[425] Zu zahlen war der Kaufpreis in Etappen: Ein Betrag in Höhe von 40.000 RM war „nach dem Zugang" der Genehmigung zu entrichten, die dann noch ausstehende Differenz „am Tage der Uebernahme des Handelsgeschäfts".[426] Auffällig an diesem Kaufvertrag ist, dass an keiner Stelle konkret der genaue Kaufpreis fixiert, sondern an mehreren Textstellen von Taxationen die Rede war. Dieses Fehlen von festgesetzten Geldbeträgen eröffnete die Möglichkeit, Bestandteile des Kaufvertrags in ihrem Wert herunterzusetzen. So schätzte der bestellte Sachverständige den Wert des mitverkauften Warenlagers deutlich niedriger ein, sodass die Kommanditeinlage, die ursprünglich 120.000 RM betragen sollte, auf 80.000 RM reduziert wurde.[427]

Überdies war im Vertrag festgelegt, dass die Käufer nur „die arischen Gefolgschaftsmitglieder" „übernehmen" mussten. „Die Auseinandersetzung mit den nichtarischen Gefolgschaftsmitgliedern" sei indes die Angelegenheit des Verkäufers.[428] Dem Kaufvertrag war noch eine Schiedsgericht-Vereinbarung angehängt, die das Procedere regelte, falls Streitigkeiten bezüglich des Kaufs aufkamen.[429]

Die Finanzierung dieser Geschäftsübernahme habe die Käufer vor keinerlei Probleme gestellt. In einer eidesstattlichen Versicherung vom 24. August 1946 versicherte Alfred Bauer, dass die OHG Heinrich Bauer „bei [der] Gründung der Firma Kaufhaus Hoheluft, Walter Krentz K. G., alleiniger Kommanditist" gewesen sei und dass keine „Gelder von irgendwelcher anderen Seite – wie Partei oder DAF etc. [–]" eingesetzt worden seien.[430] Dies sei auch gar nicht notwendig gewesen, da der Verkauf „vollständig unabhängig auf Grund eines normalen Kaufvertrages erfolgte" und die Kommanditgesellschaft über hinreichende Mittel verfügt habe.[431]

424 Ebd.
425 Ebd.
426 Ebd.
427 StAHH, 213-13, 2982, Beiakte, Bl. 16.
428 StAHH, 221-11, C (R) 254.
429 Ebd.
430 Ebd.
431 Ebd.

Mit der Begründung, dass Paul Dessauer Jude war, nahm die Zollfahndung Ermittlungen gegen ihn „wegen des Verdachts der Kapitalflucht“ auf.[432] Ein vom 17. Dezember 1938 datierter Ermittlungsbericht der Zollinspektion wurde am 19. Dezember 1938 an den Oberfinanzpräsidenten geschickt.[433] Die darin zusammengetragenen Informationen stammten von dem Kaufmann Walter Krentz und von Dessauers Rechtsbeistand Arnold Lenert Wex.[434] Krentz gab die Auskünfte, dass der am 12. Februar 1882 in Oschersleben geborene Dessauer ledig war, in Hamburg im Loogestieg 4 bei Meier wohnte und seit dem 10. November 1938 im Konzentrationslager Oranienburg inhaftiert war.[435]

Der Vertrag bezüglich des Kaufhauses Hoheluft vom 31. Oktober 1938 war von der „Verwaltung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe“ bewilligt worden, woraufhin die Kaufsumme in Höhe von knapp 79.000 RM von den Käufern in mehreren Teilen beglichen worden war: Am 12. November 1938 hatten die Erwerber den im Vertrag fixierten Teilbetrag von 40.000 RM entrichtet, am 25. November 1938 weitere 30.000 RM und am 5. Dezember 1938 einen Betrag von 7.800 RM. Die Differenz von etwa 1.000 RM stand noch aus. Anwalt Wex, der bei diesem Transfer als Generalbevollmächtigter von Dessauer fungierte, war der Adressat der Teilbeträge. Für diese Beträge hatte Wex ein Konto mit der Benennung „A. L. Wex Treuhänderkonto“ bei der Vereinsbank in Hamburg eröffnet.[436] Von diesem Geld waren „Warenschulden“ in Höhe von rund 34.000 RM beglichen worden, wobei im Ermittlungsbericht angemerkt wurde, dass deren „Rechtmässigkeit“ zuvor nicht verifiziert worden war.[437] Außerdem waren 28.500 RM „zur Sicherstellung der Reichsfluchtsteuer“ und 4.300 RM „zur Entrichtung des 1. Viertels der Judenabgabe“ „verwendet worden“.[438]

Die Umsätze des Kaufhauses Hoheluft waren in den Geschäftsjahren von 1938 bis 1945 beträchtlich: 323.361,01 RM (1938/39), 490.288,55 RM (1939/40), 600.745,15 RM (1940/41), 565.580,13 RM (1941/42), 480.285,26 RM (1942/43), 391.690,85 RM(1943/44) und 235.971,34 RM (1944/45).[439]

432 StAHH, 314-15, R 1938/3623, Bl. 1.
433 Ebd., Bl. 2.
434 Zu Arnold L. Wex vgl. StAHH, 221-11, L 3192.
435 Diese und die folgenden Informationen stammen aus StAHH, 314-15, R 1938/3623, Bl. 2.
436 Ebd., Bl. 2.
437 Ebd., Bl. 2.
438 Ebd., Bl. 2.
439 StAHH, 213-13, 2982, Beiakte, Bl. 18.

Paul Dessauers Vermögen setzte sich aus diversen Teilen zusammen. Zu seinem Besitz gehörte unter anderem das „bebaute Grundstück Eppendorf Bd. 46 Bl. 2269“, dessen Einheitswert auf 78.500 RM bestimmt worden war und die Adresse Heheluftchaussee 93 hatte.[440] Auf diesem Grundstück lagen Hypotheken in der Gesamthöhe von 55.000 RM. Dessauer selbst hatte in seiner Judenvermögensanzeige den Wert des Grundstücks auf 110.000 RM bemessen, während in einer „von dem Treuhänder von einer Grundstücksverwertungsgesellschaft eingeholten Auskunft“ der Wert auf 90.000 RM taxiert worden war.[441] Darüber hinaus verfügte Dessauer noch über „verschiedene Lebensversicherungen“.[442] Ferner hatte er ein Konto bei der Eppendorfer Filiale der Commerz- & Privatbank, auf dem sich etwa „7–800 RM“ befanden.[443]

Da die Zollermittler davon ausgingen, dass Dessauer „seine Auswanderung“ vorbereitete, wurde über sein gesamtes Vermögen eine vorläufige Sicherungsanordnung verhängt.[444] Dies wurde dem Anwalt Wex mitgeteilt und ihm gleichzeitig aufgetragen, der Devisenstelle bis zum 23. Dezember 1938 eine detaillierte Auflistung sämtlicher Vermögenswerte Dessauers zu übermitteln. Als weitere Informationsquelle zu Dessauers Vermögen wurde das „Verzeichnis über das Vermögen von Juden nach dem Stand vom 27. April 1938“ herangezogen.[445] Am 25. Juni 1938 hatte Dessauer dafür folgende Angaben gemeldet:

„Grundvermögen:	Mietwohngrundstück Eppendorf	RM 110.000
Betriebsvermögen:	Kaufhaus Hoheluft Dessauer & Co.	RM 65.921,34
Sonstiges Vermögen:	Mieterückstände	RM 140
Bar		RM 400
Grundstückskonto Hamburger Sparkasse von 1827		RM 459,76
Lebensversicherung Hamburg-Mannheimer Nr. 179048		RM 5566,05
Lebensversicherung Isar Nr. 956230		RM 398
Lebensversicherung Die Hilfe Nr. 100787		RM 93
und sonstiges Vermögen		RM 1190

Abzüge, soweit sie nicht das Betriebsvermögen betreffen:

440 StAHH, 314-15, R 1938/3623, Bl. 2.
441 Ebd., Bl. 2.
442 Ebd., Bl. 2.
443 Ebd., Bl. 2.
444 Ebd., Bl. 2.
445 Ebd., Bl. 2.

Vorauszahlung aus der Lebensversicherung Hmb. Mannh.	RM 1500
Hypothek Gretchen Schmidt, Flensburg 51/2 %	RM 23.000
Steuernachzahlung	RM 4172,09“[446]

Die vorläufige Sicherungsanordnung, die unmittelbar nach Erlass galt, datierte vom 16. Dezember 1938 und basierte auf Paragraf 37 a des Devisengesetzes vom 4. Februar 1935 sowie auf Paragraf 2 der „Neunten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Devisenbewirtschaftung“ vom 20. Februar 1937.[447] Danach durfte Paul Dessauer ohne jegliche Ausnahme nur noch „mit ausdrücklicher Genehmigung der Devisenstelle Hamburg“ über sein gesamtes Vermögen verfügen.[448] Besonders betraf diese Anordnung die Summe aus dem Verkauf des Kaufhauses Hoheluft, das Grundstückskonto bei der Hamburger Sparkasse, das Konto bei der Commerz- & Privatbank, die Lebensversicherung bei der Hamburg-Mannheimer sowie die Isar-Lebensversicherung. Eine Auflage bestand in der von Anwalt Wex bis zum 23. Dezember 1938 anzufertigenden Vermögensaufstellung. Wex quittierte am 16. Dezember 1938 den Erhalt der vorläufigen Sicherungsanordnung. Begründet wurde diese Sicherungsanordnung mit der „Auswanderungsabsicht“ Dessauers.[449] Verstöße gegen diese Anordnung würden mit Haft- oder Geldstrafen geahndet werden. Diese vorläufige Sicherungsanordnung war bis zu deren Bestätigung oder Aufhebung gültig. Bestätigt wurde sie am 17. Januar 1939.

Im Hinblick auf die vorläufige Sicherungsanordnung gegen Paul Dessauer schrieb die Zollfahndungsstelle Hamburg diejenigen Geldinstitute und Versicherungen an, bei denen Dessauer Vermögensteile besaß, und forderte diese auf, die „Höhe des Guthabens und ggf[.] noch vorhandene weitere Vermögenswerte“ bis zur Frist am 23. Dezember 1938 mitzuteilen.[450] Die Vereinsbank antworte am 22. Dezember 1938 schriftlich und gab an, dass auf dem A. L. Wex Treuhandkonto 43.103,72 RM zu Buche standen. Von diesem Betrag seien 28.500 RM „zugunsten des Deutschen Reichs wegen Reichsfluchtsteuer gesperrt“.[451] Das Antwortschreiben der Hamburg Mannheimer

446 Ebd., Bl. 2.
447 Ebd., Bll. 3–8.
448 Ebd., Bll. 3–8.
449 Ebd., Bll. 3–8.
450 Ebd., Bl. 9.
451 Ebd., Bl. 11.

trägt das Datum „22.11.38“.[452] Darin wurde mitgeteilt, dass sich die Versicherungssumme „zur Zeit noch [auf] 15000 RM auf Feingoldgrundlage“ belaufe. „Auf Antrag des Versicherungsnehmers“ werde die Versicherung zum 1. Januar 1939 „prämienfrei mit einer Summe 2291.—GM“. Der Rückkaufswert beziffere sich derzeit auf 1.660,75 RM.[453] Die Hamburger Sparkasse erklärte in einem Schreiben vom 22. Dezember 1938, dass es bei ihr kein auf Paul Dessauers Namen und unter der Anschrift Loogestieg 4 b laufendes Konto gebe.[454] Von dem Konto mit der Bezeichnung „Kaufhaus Hoheluft Dessauer & Co.“ bei der Depositenkasse Eppendorf wurde am 23. Dezember 1938 das „Restguthaben“ in Höhe von 869,06 RM abgehoben; infolgedessen wurde das Konto gelöscht.[455] Dies hatte die Devisenstelle zuvor bewilligt.

Am 22. Dezember wandte sich der Rechtsanwalt Wex schriftlich an den Oberfinanzpräsidenten. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Dessauer – nach sechs Wochen Haft – nicht mehr in Gewahrsam. Da Dessauer „zum Lebensunterhalt und zur Berichtigung kleiner privater Verpflichtungen“ Geld benötigte, beantragte der Anwalt die Genehmigung, dass Dessauer sein Guthaben von 909,06 RM auf seinem Konto bei der Commerz- & Privatbank Hamburg abheben und verwenden dürfe.[456] Dem Antrag wurde durch die Devisenstelle stattgegeben. Verbunden mit dieser Genehmigung war die Aufforderung, eine Aufstellung über das Vermögen von Dessauer einzureichen, die eigentlich bis zum 23. Dezember 1938 bereits vorliegen sollte. In einem vom 29. Dezember 1938 datierten Schreiben leistete Wex dem Folge.[457] Darin führte Wex sieben Posten auf: Erstens nannte er das Eppendorfer Mietwohngrundstück mit dem hier bereits genannten Einheitswert und den ebenfalls bereits erwähnten Hypotheken.[458] Die Verwaltung dieses Grundstücks war mittlerweile von Alphons Frankenthal auf Wex übertragen worden. Zweitens zählte zu Dessauers Vermögen der Betrag von 43.103,72 RM auf dem Treuhandkonto bei der Vereinsbank. Wex rechnete detailliert vor, wie dieser Saldo entstanden war. Der Nettokaufpreis des Kaufhauses Hoheluft hatte 78.072,43 RM betragen, von dem 77.072,43 RM beglichen worden waren.[459] Zu dieser Summe waren noch Darlehensrückstände von Pauls Bruder Walter Dessauer in Höhe

452 Ebd., Bl. 12.
453 Ebd., Bl. 12.
454 Ebd., Bl. 13.
455 Ebd., Bl. 20.
456 Ebd., Bl. 21.
457 Ebd., Bll. 14f.
458 Ebd., Bll. 14f.
459 Ebd., Bll. 14f.

von 3.500 RM sowie ein Kassensaldo von 80,15 RM hinzugekommen. Davon hatte Wex wiederum in Kooperation mit Dessauers Buchhalterin ausstehende Geldforderungen in Höhe von 33.248, 86 RM abgegolten und die erste Rate der Judenvermögensabgabe von 4.300 RM gezahlt.[460] Von dem Saldo in Höhe von 43.103,72 RM waren 28.500 RM „für [eine] künftig anfallende Reichsfluchtsteuer" „gesperrt".[461] Ein Teilbetrag von 12.900 RM sollte den verbleibenden Raten der Judenvermögensabgabe vorbehalten bleiben. Drittens wies Dessauers Konto bei der Commerz- & Privatbank ein Guthaben von 909,06 RM auf.[462] Viertens bezifferte sich der Rückkaufswert der Lebensversicherung bei der Hamburg Mannheimer auf 2.291 RM, fünftens der Rückkaufswert der Lebensversicherung bei der Isar-Lebensversicherung auf 460 RM.[463] Laut Dessauers Meldung vom 25. Juni 1938 für das „Verzeichnis über das Vermögen von Juden nach dem Stand vom 27. April 1938" besaß er sechstens „eine goldene Uhr mit zwei Ketten im Werte von" 190 RM sowie einen „Perserteppich mit zwei Perserbrücken im Werte" von 500 RM.[464] Siebtens verfügte Dessauer noch über „bare Zahlungsmittel in unbedeutender, […] nicht bekannter Höhe".[465] Wex hatte diese Informationen unter Rückgriff auf „zugängliche Urkunden" zusammengestellt.[466] Später hatte er Dessauer dazu befragt; aus diesem Gespräch ergaben sich keine gegenteiligen Angaben.

Wex teilte dem Oberfinanzpräsidenten mit, dass die Verwaltung des Grundstücks Hoheluftchaussee 93 seit dem 29. Dezember 1938 ihm obliege. Deswegen bat Wex darum, dass die monatlichen Mieten, die zur Deckung der laufenden Kosten verwendet wurden, nicht auf das durch die Sicherungsanordnung gesperrte Treuhandkonto, sondern auf ein „offenes Konto" fließen dürfen.[467] Ferner fragte er nach der Genehmigung, dass die jeweiligen Überschüsse aus den monatlichen Mieten in Höhe von 250 bis 300 RM an Dessauer ausgezahlt werden dürften. Die Devisenstelle bewilligte den Antrag – allerdings „mit der Maßgabe", dass die Überschüsse auf das A. L. Wex Treuhandkonto fließen sollten.[468] In kurzen zeitlichen Abständen folgten weitere Genehmigungsanfragen von Wex an den Oberfinanzpräsidenten. Diese Anträge betrafen etwa

460 Ebd., Bll. 14f.
461 Ebd., Bll. 14f.
462 Ebd., Bll. 14f.
463 Ebd., Bll. 14f.
464 Ebd., Bll. 14f.
465 Ebd., Bll. 14f.
466 Ebd., Bll. 14f.
467 Ebd., Bl. 25.
468 Ebd., Bl. 25.

Versicherungsrückkäufe, das Begleichen von Rechnungen oder Honorarforderungen von Wex.[469] Sie wurden stets bewilligt.

Im Dezember 1938 wurde das Grundstück Hoheluftchaussee 93 an die OHG Heinrich Bauer verkauft. Der Kaufvertrag wurde am 24. Dezember 1938 unter der Leitung des Notars Dr. Eduard Gentz Cadmus verhandelt.[470] Es lag somit nur eine ganz kurze Zeitspanne zwischen Dessauers Haftentlassung und dem Verkauf des Eppendorfer Grundstücks. Alfred Bauer agierte als „alleinzeichnungsberechtigter Mitinhaber der offenen Handelsgesellschaft in Firma Heinrich Bauer".[471] Gemäß dem Vertrag verkaufte Paul Dessauer das 660,5 Quadratmeter große Grundstück Hoheluftchaussee 93, das im Grundbuch von Eppendorf auf Blatt 2269 vermerkt war, „nebst allen gesetzlichen Bestandteilen und sämtlichem Zubehör in seinem gegenwärtigen Zustande".[472] Der Kaufpreis war auf 90.000 RM festgesetzt worden und sollte von „der offenen Handelsgesellschaft in Firma Heinrich Bauer" folgendermaßen entrichtet werden: Diese übernahm „als Selbstschuldner" die auf dem Grundstück lastenden Hypotheken in der Gesamthöhe von 55.000 RM und hatte „bei der Auflassung" 35.000 RM auf das Treuhandkonto zu zahlen.[473] Dessauer als Verkäufer hatte vor der Übereignung des Grundstücks noch eine Hypothek in Höhe von 5.000 GM zu löschen. Mit dem Erwerb hatte die OHG Heinrich Bauer zugleich „die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung des Grundstücks" zu tragen.[474] Zu den finanziellen Punkten, die ebenfalls in dem Vertrag fixiert wurden, gehörte auch, dass „alle anderen nicht bereits erwähnten und mit dem Verkauf etwa verbundenen Steuern, insbesondere die Wertzuwachssteuer", von Dessauer zu übernehmen waren.[475] Der OHG Heinrich Bauer wurde eingeräumt, bis zum Nachweis über die Begleichung oder den Wegfall der Wertzuwachssteuer durch Dessauer „10 vom Hundert des Kaufpreises einzubehalten".[476] Träte ein derartiger Fall ein, könnte oder müsste sogar der zurückgehaltene Betrag für die Abgeltung der besagten Steuer verwendet werden. Bestandteil des Vertrags war außerdem, dass Dessauer erklären musste, dass er Jude war, und dass Alfred Bauer indes von arischer Abstammung war.[477] Der gesamte Vertrag stand unter

469 Ebd., Bll. 26–28 u. 40.
470 Ebd., Bll. 30–40.
471 Ebd., Bl. 31.
472 Ebd., Bl. 31.
473 Ebd., Bl. 32.
474 Ebd., Bl. 34
475 Ebd., Bl. 36.
476 Ebd., Bl. 36.
477 Ebd., Bl. 38.

Vorbehalt des Paragrafen 15 der Verordnung des Reiches vom 3. Dezember 1938.[478] Dieser regelte, dass „die Genehmigung zur Veräußerung jüdischer Gewerbeteile, jüdischen Grundbesitzes oder sonstiger jüdischer Vermögensteile“ „unter Auflagen“ ausgestellt werden könne, „die auch in Geldleistungen des Erwerbers zu Gunsten des Reichs bestehen können“.[479] Desgleichen war es möglich, dass ein Teil der Kaufsumme mit „Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs“ verrechnet oder Forderungen in das Reichsschuldbuch vermerkt würden.[480] Damit existierte eine rechtliche Grundlage, jüdischen Verkäufern nicht den vollständigen Kaufpreis zu zahlen. Die dem Vertrag angefügte Aufstellung gab über die Höhe der Mieteinnahmen Auskunft. Monatlich beliefen sich diese auf 1.309,35 RM, jährlich auf 15.712,20 RM.[481] Zum 31. Dezember 1938 hatte Walter Krentz, der mittlerweile Inhaber des Kaufhauses in der benachbarten Hoheluftchaussee 91 war, sein ursprüngliches Ladengeschäft Hoheluftchaussee 93 gekündigt.[482]

Am 16. Januar 1939 füllte Paul Dessauer eine Vermögenserklärung aus, die an das Finanzamt Rechtes Alsterufer adressiert war. Darin gab er an, dass er über Bargeld in Höhe von 650 RM verfüge und dass sich ein Guthaben von 44.000 RM auf dem A. L. Wex Treuhandkonto befinde.[483] Von dieser Summe waren 28.500 RM der Reichsfluchtsteuer und 12.900 RM der Judenabgabe vorbehalten. Der Rest war für die Begleichung von Forderungen des Anwalts Wex gedacht. Dessauer besaß weder Wertpapiere oder Edelmetalle, noch war er an einer Firma beteiligt, noch bestanden gegen ihn Hypotheken- oder Grundschuldforderungen. Da die Genehmigung für den Verkauf des Grundstücks Hoheluftchaussee 93 zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorlag, führte Dessauer dieses Grundstück noch in der Rubrik Grundvermögen auf.[484] Unter der Rubrik „Darlehnsforderungen“, unter der „Namen und Anschriften der Schuldner“ eingetragen werden sollten, notierte Dessauer „RM.4500.- an Geschwister Dessauer, Hamburg. Firma in Konkurs, Forderung daher dubios“.[485] Ferner führte Dessauer seine Lebensversicherungen bei der Hamburg Mannheimer und der Isar-Versicherung an. Der Rückkaufswert der erstgenannten Versicherung betrug 2.751 RM und der von

478 Ebd., Bl. 38.
479 Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 [https://www.servat.unibe.ch/dns/RGBl_1938_I_1709_VO_Vermoegen_Juden.pdf, Zugriff: September 2024].
480 Ebd.
481 StAHH, 314-15, R 1938/3623, Bl. 40.
482 Ebd., Bl. 40.
483 Ebd., Bl. 60.
484 Ebd., Bl. 60.
485 Ebd., Bl. 60.

der zweitgenannten Versicherung 460 RM.[486] Zudem besaß Dessauer noch „Textilwaren bei dem Herrn Treuhänder Hans Bernhöft“, die er auf 500 RM taxierte.[487] Schließlich war noch eine Schreibmaschine im Wert von 200 RM sein Eigen.[488] Diese Vermögenserklärung im Vergleich zur Vermögensmeldung aus dem Juni 1938 zeigt, wie sich Dessauers Eigentum vor allem durch die Veräußerung von Grund- und Betriebsvermögen innerhalb von ungefähr sieben Monaten reduziert hatte.

Am 15. Februar 1939 hatte Dessauer die zweite Rate der Judenvermögensabgabe in Höhe von 4.300 RM zu leisten. Deswegen beantragte Wex am 30. Januar 1939 beim Oberfinanzpräsidenten, diese Abgabe vom Guthaben des Treuhandkontos zu begleichen. Allerdings fragte Wex nicht nach einer Genehmigung für den vollen Betrag, sondern zog „für das Jahr 1938 zuviel gezahlte Einkommensteuer“ in Höhe von 2.587,70 RM ab, sodass es um eine Genehmigung für 1.712,30 RM ging.[489] Ein weiterer Antrag bezüglich einer Erhöhung des monatlichen Freibetrags auf 1.200 RM schickte Wex am 22. Februar 1939 an den Oberfinanzpräsidenten. Hintergrund dieses Antrags war, dass Dessauer am 3. Februar 1939 Helene Littmann geheiratet hatte.[490] Der Antrag wurde bewilligt.

Am 16. Februar 1939 informierte das Finanzamt Hamburg Rechtes Altersufer den Steuerfahndungsdienst und weitere Behörden in Hamburg, dass Dessauer vorhabe, ins Ausland – entweder in die USA oder nach Südamerika – zu emigrieren, und deswegen einen „Antrag auf Ausstellung einer steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung“ getätigt hatte.[491] Ungefähr einen Monat später – am 17. März 1939 – wurde Dessauer unter dem Vorwurf der „Rassenschande“ erneut inhaftiert.[492] Da die Bewilligung, monatlich über 1.200 RM zu verfügen, ausschließlich für Paul Dessauer galt, bat Wex um die Genehmigung, Helene Dessauer „sofort“ einen Betrag von 300 RM und ab April

486 Ebd., Bl. 60. Der ursprünglich fixierte maschinenschriftliche Rückkaufswert der Lebensversicherung bei der Hamburg-Mannheimer in Höhe von 2.251 RM ist durchgestrichen und handschriftlich durch 2.751 RM korrigiert worden.
487 Ebd., Bl. 60.
488 Ebd., Bl. 60.
489 StAHH, 314-15, R 1938/3623, Bl. 53.
490 Vgl. ebd., Bl. 57.
491 Ebd., Bl. 59.
492 Vgl. Martin Feyen, „Rassenschande“. Zur Nachgeschichte eines NS-Delikts. In: Frei, Norbert / Brunner, José / Goschler, Constantin (Hg.): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel, Göttingen 2009, S. 239–263. Zur Inhaftierung Dessauers vgl. auch StAHH, 621-1/87, 54.

1939 „für die Dauer der Inhaftierung des Ehemannes“ 600 RM monatlich vom Treuhandkonto zum Lebensunterhalt zur Verfügung zu stellen.[493] Von behördlicher Seite wurde beantwortet, dass eine derartige Genehmigung „nicht mehr erforderlich“ sei, weil die 600 RM von den bereits bewilligten 1.200 RM genommen werden könnten.[494]

Am 23. März 1939 fragte Wex bei der Devisenstelle nach, ob er „die Verwaltung des Vermögens von Herrn Dessauer“ fortführen solle.[495] Zum einen war diese Frage relevant, weil der einzige verbliebene männliche Verwandte – Dessauers Schwager –„Volljude“ und Dessauers Ehefrau ebenfalls jüdisch war.[496] Zum anderen stellte sich diese Frage, da nach dem Kaufvertrag vom 24. Dezember 1938 Wex die „Auflassungsvollmacht“ besaß und der „bar zu zahlende Teil des Kaufpreises“ an Wex zu übergeben war, der dieses Geld auf das Treuhandkonto einzahlen sollte.[497] Nach „Rücksprache“ innerhalb der Devisenstelle sollte der Antrag des Anwalts Wex so lange „zurückgestellt“ werden, bis sich die Notwendigkeit der Mandatsfortsetzung herausgestellt habe, die wiederum davon abhing, ob der Verkauf des Grundstücks genehmigt oder untersagt wurde.[498]

Ein weiteres Mal wandte sich der Rechtsanwalt Wex im März 1939 an den Oberfinanzpräsidenten. Sein vom 28. März 1939 datiertes Schreiben umfasste die Bitte, 400 RM vom Treuhandkonto für die Bezahlung einer für den 13. April 1939 gebuchten „Passage der Eheleute Dessauer“ mit der Hamburg-Amerika-Linie verwenden zu dürfen.[499] Die Genehmigung wurde erteilt. Im standardisierten Text der Genehmigung hieß es: „Diese Genehmigung verliert nach einem Monat ihre Gültigkeit […].“[500] Dies war insofern relevant, als Dessauer seit dem 17. März 1939 inhaftiert war und noch bis zum 14. April 1940 in Haft bleiben sollte.[501] Das Ehepaar Dessauer konnte ihre Passage nicht antreten.

Vier Tage, nachdem Dessauer in Arrest genommen worden war, teilte der Reichsstatthalter in Hamburg dem Haus- und Hypothekenmakler Albert Schwarke & Sohn, der für die Firma Heinrich Bauer deren Grundstücke verwaltete, mit, dass aufgrund der Paragrafen 8 und 9 der „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens

493 StAHH, 314-15, R 1938/3623, Bll. 63f.
494 Ebd., Bl. 63.
495 Ebd., Bl. 65
496 Ebd., Bl. 65.
497 Ebd., Bl. 65.
498 Ebd., Bl. 65.
499 Ebd., Bl. 66.
500 Ebd., Bl. 66.
501 Vgl. StAHH, 213-11, 59886.

vom 3. Dezember 1938 (RGBl.I.S.1709)“ der am 24. Dezember 1938 zwischen Dessauer und Alfred Bauer als alleinzeichnungsberechtigtem Mitinhaber der OHG Heinrich Bauer geschlossene Kaufvertrag genehmigt wurde.[502] Im Zuge dieser Genehmigung wurde noch einmal festgehalten, dass der neue Eigentümer in den folgenden fünf Jahren die Miete nicht heraufsetzen dürfe. Daneben war die Genehmigung an die „Maßgabe“ gebunden, „daß der in bar zu zahlende Teil des Kaufpreises nach Abzug der den Verkäufer anteilig treffenden Kosten auf ein Konto eingezahlt wird, über das nur mit Zustimmung des Herrn Oberfinanzpräsidenten (Devisenstelle) Hamburg verfügt werden kann“.[503] Unterzeichnet war diese Genehmigung von Senator Wilhelm von Allwörden, beglaubigt vom Stadtamtmann Reimer. Mit dem Paragrafen im Kaufvertrag, dass Dessauer Jude war, sowie mit der hier zitierten „Maßgabe“ gibt es zwei schriftlich fixierte Indizien, die den *Arisierungs*charakter dieses Transfers kenntlich machen.

Am 1. April 1939 informierte der Makler Albert Schwarke & Sohn den Oberfinanzpräsidenten, dass am 31. März 1939 die Auflassung des Grundstücks Hoheluftchaussee 93 stattgefunden hatte und dem Rechtsanwalt Wex statt der im Kaufvertrag fixierten 35.000 RM lediglich 28.575 RM „in bar“ ausgehändigt worden waren.[504] Eine Summe von 6.425 RM war einbehalten worden: 2.250 RM und 175 RM, die jeweils 50 Prozent der zu leistenden Grunderwerbssteuer und der „Gebühr für Erteilung der Genehmigung des Herrn Reichsstatthalters“ ausmachten sowie eine „Verzichtsumme zu Gunsten des Käufers, die dieser als Spende an den Sozialfond [sic] des Herrn Reichsstatthalters bei der Hamburgischen Grundstücks-Verwaltungs-Gesellschaft einbezahlt hat“.[505] Diese Summe betrug 4.000 RM. Diese Posten führte auch Wex in seinem Schreiben vom 31. März 1939 an den Oberfinanzpräsidenten auf.[506] Zugleich listete Wex einen Posten mehr auf – und zwar 270 RM für „die lt. Kaufvertrag von dem Verkäufer Dessauer zur Hälfte zu tragenden Gebühren für den Entwurf des Kaufvertrages und die Besorgung der Auflassung lt. Rechnung der Hausmakler Albert Schwarke & Sohn“.[507] Demgemäß hatte Wex 28.305 RM auf das Sperrkonto bei der Vereinsbank eingezahlt. In diesem Zusammenhang erneuerte Wex seine Anfrage im Hinblick auf die Fortführung der Vermögensverwaltung für Paul Dessauer und erhielt

502 StAHH, 314-15, R 1938/3623, Bl. 67.
503 Ebd., Bl. 67.
504 StAHH, 314-15, R 1938/3623, Bl. 69.
505 Ebd., Bl. 69.
506 Ebd., Bl. 70.
507 Ebd., Bl. 70.

erst in einem Schreiben vom 11. April 1939 die Antwort, dass eine weitere Grundstücksverwaltung durch Wex „bis zur endgültigen Abwicklung“ „als zweckmässig“ erachtet wurde.[508] Auf behördlicher Ebene wurde der Verkauf des Grundstücks Hoheluftchaussee 93 unter dem Gesichtspunkt der „Ueberwachung von Judenvermögen“ von der Steuerverwaltung registriert und dem Oberfinanzpräsidenten (Devisenstelle und Steuerfahndungsdienst) sowie den Finanzämtern Altstadt und Rechtes Alsterufer mitgeteilt.[509] Es kann festgehalten werden, dass Dessauer bei beiden Transfers – bei dem Verkauf seines Kaufhauses sowie bei dem Verkauf seines Grundstücks Hoheluftchaussee 93 – nicht die Summen erhielt, die vertraglich vereinbart waren. Zudem hatte er keine Verfügungsgewalt über die bar ausgehändigten Erlöse.

Anfang Juli 1939 übermittelte Wex dem Oberfinanzpräsidenten die Abrechnung bezüglich des Grundstücks Hoheluftchaussee 93 für den März und April 1939. Die Abrechnung ergab einen Überschuss in Höhe von 148,51 Mk.[510] Dieser Kalkulation stellte Wex eine von der Grundstücksverwaltung Albert Schwarke & Sohn erstellte Abrechnung gegenüber, die „die endgültige Verrechnung zwischen Verkäufer und Käufer des Grundstücks über die mit der Verwaltung desselben und dem Verkauf zusammenhängenden offenen Kosten“ umfasste.[511] Diese Rechnung wies einen Betrag von 324,20 Mk aus, den Dessauer der OHG Heinrich Bauer noch schuldig sei. Somit beantragte Wex beim Oberfinanzpräsidenten, den Überschuss von 148,51 Mk sowie 175,69 Mk vom Treuhandkonto an die Maklerfirma zugunsten der OHG Heinrich Bauer zahlen zu dürfen.[512] Der Oberfinanzpräsident gab dem Antrag statt.

Immer wieder legte Wex dem Oberfinanzpräsidenten Rechnungen vor – verbunden mit der Bitte, deren Begleichen mittels des Guthabens auf dem Treuhandkonto zu genehmigen.[513] Ende August 1939 übermittelte Wex dem Oberfinanzpräsidenten die Abrechnung bezüglich des Treuhandkontos für den Zeitraum vom 12. November 1938 bis zum 10. August 1939; diese Abrechnung war zuvor von Dessauer für korrekt befunden worden.[514] Danach belief sich das Guthaben auf 34.374,62 RM. Nach Absprache mit Paul Dessauer, der weiterhin inhaftiert war, plante Wex, einen Betrag von 30.000 RM

508 Ebd., Bll. 71–73, Zitate passim.
509 Ebd., Bl. 74.
510 Ebd., Bl. 76.
511 Ebd., Bl. 76.
512 Ebd., Bll. 76f.
513 Vgl. ebd., Bll. 78, 79 a u. 88–91.
514 Ebd., Bl. 79 b.

auf ein „zinsbringend[es]“ Depositenkonto der Vereinsbank in Hamburg zu transferieren. Der Restbetrag sollte für die „erlaubten monatlichen Entnahmen“ verwendet werden.[515] Da die monatlich gewährten 1.200 RM zu der Zeit nicht genutzt wurden, bat Wex außerdem darum, dass für das monatliche Auskommen von Dessauers Ehefrau wie auch für weitere persönliche Aufwendungen monatlich 600 RM zur Verfügung stehen sollten.[516] Der Oberfinanzpräsident genehmigte den Transfer der 30.000 RM und die Neufestsetzung des monatlichen Freibetrags. Allerdings ist die Passage hinsichtlich des Freibetrags nachträglich durchgestrichen worden. Ein Vermerk verweist darauf, dass die Neufestsetzung ab dem 1. September 1939 einer gesonderter „Entscheidung“ bedürfe.[517] Dessauers Bitte vom 7. September 1939, seiner Schwester Martha Jablonski monatlich 50 RM vom Treuhandkonto zukommen zu lassen, wurde nicht entsprochen.[518]

Am 2. September 1939 folgte eine Aufforderung des Oberfinanzpräsidenten an das Ehepaar Dessauer, für die Neufestsetzung der monatlichen Freigrenze einen entsprechenden Fragebogen innerhalb einer Woche auszufüllen und zurückzuschicken. Unvollständige oder falsche Angaben wie auch das Nichtbefolgen der Aufforderung würden hohe Strafen nach sich ziehen.[519] Paul Dessauer beantwortete den Fragebogen am 6. September und gab sein „Aktiv-Vermögen“ mit 33.774 RM an. Die monatlichen Ausgaben für einen Einpersonenhaushalt bezifferte er auf insgesamt 600 RM – 80 RM für „Wohnungsmiete, Heizung, Gas, Wasser, Elektrizität“, 190 RM für „Lebensunterhalt, einschl. Bekleidung“, 20 RM für „Ausgaben für Hausangestellte (1 Personen [sic])“, „laufend zu leistende unentgeltliche Zuwendungen“ an den Schwiegervater Max Littmann in Höhe von 50 RM, „Sonderaufwendungen“ für Wäsche in Höhe von 40 RM, „Verpflegungsgeld“ für den in Untersuchungshaft befindlichen Dessauer in Höhe von 200 RM sowie für ein „Telefon pp.“ 20 RM.[520] Hinzu kamen noch monatlich 50 RM für Dessauers Vermögensverwaltung. Neben den von Dessauer eingetragenen Einzelbeträgen der monatlichen Ausgaben waren mit Bleistift korrigierte Beträge vermerkt, die addiert 400 RM ergaben. Bei den mit Bleistift notierten monatlichen Ausgaben

515 Ebd., Bl. 79.
516 Ebd., Bl. 80.
517 Ebd., Bl. 80.
518 Ebd., Bl. 81.
519 Ebd., Bl. 83.
520 Ebd., Bl. 84.

wurde der Betrag für den Lebensunterhalt auf 100 RM heruntergestuft, die Aufwendungen für Max Littmann, die Wäsche und das Verpflegungsgeld wurden auf 200 RM zusammengestrichen. Die Kosten für das Telefon fielen ganz weg.[521] Demzufolge wurde per Verfügung vom 20. Oktober 1939 mit Wirkung zum 1. November 1939 die neue monatliche Freigrenze auf 400 RM festgesetzt.[522] Ohne zuvor eine Genehmigung einholen zu müssen, durften „durch unmittelbare Überweisung" Steuern und öffentliche Abgaben, die „Sühne-Abgabe der Juden", sämtliche Steuern und Abgaben an die jüdische Gemeinde, Abgaben an die Deutsche Golddiskontbank in Berlin und „Zuwendungen für Unterstützungszwecke an das Fürsorgewesen des jüdischen Religionsverbandes in Hamburg" entrichtet werden.[523] Indes waren alle anderen Zahlungen „von jetzt an ausschließlich auf Formblättern in doppelter Ausfertigung" postalisch zu beantragen.[524] Diese Neufestsetzung wurde durch eine „Anordnung gemäß § 59 des Dev.-Ges." ergänzt, durch die noch einmal in verschärfender Weise die Verfügbarkeit über Geldmittel jenseits des Freibetrags eingeschränkt wurde.[525] Barzahlungen durften nicht empfangen werden, sondern mussten auf das Sicherungskonto eingezahlt werden. Desgleichen musste sämtliches Bargeld, das nicht aus dem Freibetrag herrührte, auf das Sicherungskonto eingezahlt werden. Guthaben, die sich noch nicht auf dem Sicherungskonto befanden, waren auf dasselbige zu übertragen.

Am 30. Oktober 1939 bat der Rechtsanwalt Wex um eine Erhöhung des monatlichen Freibetrags um 100 RM. Wex' Hauptargument bestand darin, dass dem sich in Untersuchungshaft befindenden Dessauer aufgrund seines Herzleidens eine „Selbstbeköstigung" zugestanden worden war, die 200 RM kostete.[526] Somit wurden die *unter sonstige Ausgaben* veranschlagten 200 RM allein für Dessauers Verpflegung im Gefängnis

521 Ebd., Bl. 84.
522 Ebd., Bl. 82. Für „Wohnungsmiete, Heizung, Gas, Elektrizität und Wasser" wurden 80 RM festgesetzt, für den Lebensunterhalt 100 RM, für Hausangestellte 20 RM und für „sonstige Ausgaben" 200 RM. Im Hinblick auf die Fragebogen-Ausgabenkategorie „laufend zu leistende unentgeltliche Zuwendungen" hieß es in der offiziellen Festsetzung der monatlichen Freigrenze: „Die Zahlung laufender entgeltlicher Zuwendungen kann nur in der Weise erfolgen, daß diese Beträge dem Fürsorgesystem des Jüdischen Religionsverbandes unmittelbar zur Verfügung gestellt werden, an den die Unterstützungsempfänger sich zu wenden haben." Ebd., Bl. 82.
523 Ebd., Bl. 82.
524 Ebd., Bl. 82.
525 Ebd., Bl. 85.
526 Ebd., Bl. 87.

verwendet. Es sei angemessen, ebenfalls Helene Dessauer „für die sonstigen Aufwendungen“ einen Beitrag einzuräumen.[527] Am 3. November 1939 wurde der monatliche Freibetrag auf 500 RM festgesetzt.

Mitte Januar 1940 teilte der Oberfinanzpräsident Dessauer mit, dass „die bisher erteilten allgemeinen Genehmigungen“ in der Form ersetzt würden, dass Dessauer über sein „beschränkt verfügbares Sicherungskonto neben dem monatlichen Freibetrag“ für seine „eigene Rechnung“ wie für die seiner Ehefrau zu bestimmten Zwecken verfügen dürfe.[528] Zu diesen Zwecken zählten unter anderem das Entrichten von Steuern und Abgaben, das Begleichen von Anwalts- oder Arztkosten, das Bezahlen diverser mit der Auswanderung in Verbindung stehender Kosten sowie die „Bezahlung ersatzloser Abgaben und zur Veräußerung des Guthabens an die Deutsche Golddiskontbank“.[529] Bei all diesen Zwecken durften die Zahlungen „nur an Inländer und nur durch unmittelbare Überweisung seitens der kontoführenden Devisenbank an die Empfangsberechtigten“ erfolgen.

Am 17. Januar 1940 beantragte Wex – nunmehr mittels des entsprechenden Formblattes – die Bereitstellung eines zusätzlichen Betrags von 100 RM. Der Grund waren Umzugskosten, da Helene Dessauer ihre bisherige Wohnung in der Isestraße 50 aufgab. Die Devisenstelle bewilligte den Betrag.[530] Die Eheleute Dessauer waren anschließend in der Werderstraße 7 gemeldet. Am 8. April 1940 richtete Wex einen weiteren Freigabe-Antrag an die Devisenstelle. Dessauer, der am 14. April 1940 aus der Haft entlassen werden sollte, hatte die Einreisegenehmigung für die USA erhalten. „Für Anschaffungen“ benötige Dessauer einen Betrag von 1.200 RM, der seiner Ehefrau ausgehändigt werden sollte.[531] Zu dieser Begründung wurden die Fragen „Was für Anschaffungen?“ und „Genügt nicht die allg. Gen.?“ vermerkt.[532] Drei Tage nach dem Antrag wurde lediglich ein Viertel des gewünschten Betrags bewilligt.

Nach Dessauers Entlassung meldete sich der Rechtsanwalt Wex am 19. April 1940 erneut bei der Devisenstelle. Es ging weiterhin um die Auswanderung seines Klienten in die USA. Da die Passage über den Atlantik „in Devisen bezahlt werden“ müsse und

527 Ebd., Bl. 87.
528 Ebd., Bl. 92.
529 Ebd., Bl. 92.
530 Ebd., Bl. 93.
531 Ebd., Bl. 94.
532 Ebd., Bl. 94.

die Bank M.M. Warburg & Co. K. G. über „die notwendigen Verbindungen“ „am besten“ verfüge, ersuchte Wex um die Genehmigung, 20.000 RM vom Treuhandkonto auf ein unter dem Namen Paul Dessauer laufendes Sperrkonto bei der Warburg-Bank überweisen zu dürfen.[533] Die Devisenstelle erteilte dafür ihre Genehmigung. Es folgten weitere Freigabe-Anträge – zwei vom 3. Mai und einer vom 8. Mai 1940 –, die allesamt die Auswanderung betrafen und genehmigt wurden.[534] Bei einem der Anträge vom 3. Mai 1940 ging es darum, dass Dessauer die Vermögensverwaltung durch Wex gekündigt hatte und der Transfer des Restguthabens in Höhe von 1.983,96 RM vom Treuhandkonto auf das Konto bei der Warburg-Bank bewilligt werden sollte.[535] Ebendiese Bank rückversicherte sich bei der Devisenstelle am 3. Mai 1940, dass „gegen die Veräusserung des Barguthabens von RM 18.000.-- an die Deutsche Golddiskontbank, zwecks Beschaffung der Devisen zur Bezahlung der Passage- und Frachtkosten,“ keine „Bedenken in devisenrechtlicher Hinsicht“ existierten.[536] Hintergrund war, dass Dessauer am 18. Mai 1940 mit einem Schiff ab Genua in Richtung USA aufbrechen wollte. Eine Kopie der Unbedenklichkeitsbescheinigung vom 26. April 1940 und der Bestätigung des Jüdischen Religionsverbandes vom 2. Mai 1940, dass Paul und Helene Dessauer „ihre[n] ordentlichen Beitragspflichten gegenüber der Jüdischen Kultusvereinigung bis zum 31. Dezember 1939“ nachgekommen waren,[537] fügte die Bank bei. Die Devisenstelle gab ihr Einverständnis. In der diesbezüglich handschriftlichen Notiz wurde unter anderem darauf eingegangen, dass Dessauer „wegen Rassenschande vorbestraft“ sei und er „bis zum 20.5.40 die Reichsgrenzen überschritten haben“ müsse.[538]

Dessauer stellte selbst noch zwei Freigabe-Anträge – einen am 9. Mai 1940 für eine Röntgenuntersuchung[539] sowie einen weiteren am 15. Mai 1940 für 500 RM zum Zwecke seiner Auswanderung.[540] Während der erste Antrag vollumfänglich bewilligt wurde, umfasste die Freigabe für die Auswanderung nur 250 RM. Paul Dessauer wan-

533 Ebd., Bl. 95.
534 Vgl. ebd., Bll. 96–98.
535 Ebd., Bl. 97. Am 10. Mai 1940 übermittelte Wex dem Oberfinanzpräsidenten noch eine Abschlussabrechnung der Verwaltung von Dessauers Vermögen. Diese ergab ein Guthaben von 5 RM. Der Oberfinanzpräsident genehmigte Wex’ Bitte, dieses Guthaben auf das Warburg-Bank-Konto überweisen zu dürfen. Vgl. ebd., Bll. 101f.
536 Ebd., Bl. 100.
537 StAHH, 314-15, F 367, Bl. 16. Der Jüdische Religionsverband bestätigte außerdem, dass das Ehepaar einen außerordentlichen Beitrag in Höhe von 301 RM gegeben hat. Vgl. ebd., Bl. 16.
538 StAHH, 314-15, R 1938/3623, Bl. 99.
539 Ebd., Bl. 102.
540 Ebd., Bl. 103.

derte am 15. Mai 1940 in die USA aus, seine Ehefrau folgte am 5. Juni desselben Jahres.[541] Die für seine Auswanderung erforderlichen Unterlagen trugen allesamt Daten zwischen dem 19. Februar 1940 und dem 15. Mai 1940[542] – zum Beispiel die vom 19. Februar 1940 datierte Bescheinigung der Reichsbankhauptstelle Hamburg, dass Dessauer seinerzeit alleiniger Inhaber des Kaufhauses Hoheluft gewesen war und dass keinerlei „Forderungen irgendwelcher Art" gemeldet waren,[543] Dessauers „Antrag auf Mitnahme von Umzugsgut" vom 27. April 1940[544] sowie den von Dessauer ausgefüllten „Fragebogen für die Versendung von Umzugsgut" samt „Aufstellung des gegenwärtigen Vermögens des Auswanderers und der mit ihm auswandernden Personen" vom 29. April 1940.[545] Danach hatte Dessauer ein Vermögen von 2.085,74 RM. Dieser Betrag kam wie folgt zustande: Dessauers Bankguthaben wies 29.835,74 RM aus, zudem standen noch Forderungen in Höhe von rund 500 RM aus, sodass sich seine Aktiven auf insgesamt 30.335,74 RM beliefen.[546] Davon wurden „Schulden und sonstige Verpflichtungen" in Höhe von 27.750 RM abgezogen. In diesem Betrag waren 18.000 RM für die „Passage & Fracht (Devisenbeschaffung über Golddiskontbank durch M.M. Warburg & Co.)", Anwaltskosten in Höhe von 1.000 RM, die Abgabe an die Jüdische Gemeinde in Höhe von 1.500 RM, die Reisekosten von Hamburg nach Genua für zwei Personen von 350 RM, Fracht- und Speditionskosten von 1.000 RM, (Zahn-)Arztkosten von 300 RM, ein Grabstein für 100 RM, eine „Schenkung zum Lebensunterhalt" der Schwiegereltern in Höhe von 5.000 RM sowie 500 RM für Dessauers Schwester.[547] Die Lebenshaltungskosten bis zur Abreise wurden mit 500 RM veranschlagt und ebenfalls subtrahiert. Wenige Tage später – am 7. Mai 1940 – gab Dessauer als Auswanderer gegenüber dem Finanzamt Rechtes Alsterufer nach dem Stand vom 1. Mai 1940 eine Vermögenserklärung ab. Diese wich geringfügig von der Aufstellung vom 29. April ab. Dessauer hatte 200 RM Bargeld „im Hause" und ein Guthaben von 27.385,55 RM.[548] Das Guthaben setzte sich aus 2.285,55 RM auf dem Treuhandkonto, 20.000 RM bei der Warburg-Bank und einer Rückerstattung vom Finanzamt Rechtes Alsterufer in Höhe von 5.100 RM zusammen.[549]

541 Vgl. StAHH, 314-15, F 367. Zu Helene Dessauer vgl. auch StAHH, 131-1 II, 3365.
542 Vgl. StAHH, 314-15, F 367, Bl. 1.
543 Ebd., Bl. 13.
544 Vgl. ebd., Bl. 2.
545 Vgl. ebd., Bl. 3.
546 Ebd., Bl. 3.
547 Ebd., Bl. 4.
548 Ebd., Bl. 11.
549 Ebd., Bl. 11.

Beachtung verdient, dass in der behördlichen Kommunikation bereits im Februar 1939 auf Dessauers Antrag zur Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung aufmerksam gemacht wurde, ungefähr einen Monat später Dessauer für 1 Jahr inhaftiert worden war und die „Unbedenklichkeitsbescheinigung für Zwecke der Auswanderung" das Datum 26. April 1940 trägt.[550] Durch diese vom Finanzamt Rechtes Alsterufer ausgestellte Bescheinigung konnte Dessauer nachweisen, dass es „gegenwärtig" keine „Reste von Steuern, Zuschlägen, Strafen, Gebühren und Kosten" gab.[551]

Am 3. Mai 1940 setzte die Devisenstelle gemäß dem Erlass des Reichsjustizministers vom 4. April 1939 und dem Runderlass des Reichswirtschaftsministers den Obergerichtsvollzieher Carl Bürkner als Sachverständigen der Devisenstelle ein. In deren Auftrag sollte Bürkner Dessauers Umzugsgut überprüfen und fällige Gebühren ermitteln.[552] Dies geschah am 9. Mai 1940 auf der Grundlage des bereits erwähnten Mitnahme-Antrags, des erwähnten Fragebogens bezüglich der Umzugsgutversendung sowie dreier Verzeichnisse und zweier Tax-Verzeichnisse.[553] Für diese Überprüfung hatte Dessauer eine Gebühr in Höhe von 50,38 RM zu entrichten.[554]

In den vom 27. April 1940 datierten Umzugsgutverzeichnissen waren die aufgeführten Gegenstände in drei Kategorien eingeteilt. Kategorie I umfasste die Gegenstände, die bereits vor 1933 in Dessauers Besitz gekommen waren. In Kategorie II waren die Sachen einzuordnen, die nach 1933 erworben worden waren. Kategorie III kennzeichnete nicht nur, aber vor allem die explizit für die Auswanderung angeschafften Utensilien.[555] In seinem handschriftlichen Bericht bewertete Bürkner die meisten Gegenstände und Kleidungsstücke aus der Kategorie I als „viel gebraucht" oder „stark abgenutzt" und maß diesen Objekten einen „sehr gering[en]" Handelswert zu.[556] Im Hinblick auf die der Kategorie II zugeordneten Gegenstände und Kleidung resümierte Bürkner, dass insbesondere die Wäsche „sehr gut, auch gut erhalten" sei, allerdings „die Stücke" „über den Rahmen des Notwendigen […] kaum hinausgehen" würden.[557] Die Kategorie III betitelte Bürkner in seinem Bericht mit „Ersatzstücke[,] welche über

550 Ebd., Bl. 10. Vgl. auch ebd., Bl. 4.
551 Ebd., Bl. 10.
552 Ebd., Bl. 20.
553 Ebd., Bl. 20.
554 Ebd., Bl. 18.
555 Vgl. ebd., Bll. 25–29.
556 Ebd., Bl. 19.
557 Ebd., Bl. 19.

den Rahmen des Notwendigen nicht hinausgehen und teilweise zum Zwecke der Auswanderung erworben sind".[558] Hierunter befand der Sachverständige Folgendes für extra erwähnenswert: „2 veraltete Kaffeemaschinen", „1 Photoapparat Zeiss Ikon, alt und viel gebraucht", „1 Schreibmaschine (Reiseschreibm.), neuwertig", „1 sehr gut erhaltener Staubsauger Progress", „1 kl. Reisegrammophon", „2 gebrauchte ältere Operngläser", „1 völlig verbrauchter Pelzmantel", „1 Pelzjacke […] sehr gut erhalten".[559] Den Handelswert dieser Stücke taxierte er auf insgesamt 375 bis 405 RM. Insgesamt seien die Listen – so Bürkner – „mit großer Sorgfalt angefertigt. Die Einkaufspreise wie auch die Beschaffungsdaten seien „als richtig zu unterstellen".[560] Das Tax-Verzeichnis, das die Grundlage für die Festlegung der zu entrichtenden Gebühren bildete, ergab samt Anlage einen Tax-Wert in Höhe von 2.548,75. Mit seiner Unterschrift erkannte Dessauer diesen Wert an.[561]

Einen Tag nach der Überprüfung des Umzugsgutes – am 10. Mai 1940 – erfolgte die Berechnung der Dego-Abgabe. „Nicht unbedingt notwendige Anschaffungen" waren mit 730 RM veranschlagt worden, die Dessauer an die Deutsche Golddiskontbank Berlin zu zahlen hatte.[562] Diese Zahlung bestätigte die Warburg-Bank gegenüber dem Oberfinanzpräsidenten.[563] Ebenfalls am 10. Mai 1940 erteilte der Oberfinanzpräsident die drei Monate gültige Genehmigung der „Verbringung des auf anliegender Aufstellung verzeichneten Umzugsguts in das Ausland".[564] Hinzu kamen noch diverse Besteckteile und Schmuck – teilweise echt, teilweise unecht –, die Dessauer am 14. Mai 1940 dem Juwelier Gottfried Zimmerman zur Prüfung und Versiegelung vorgelegt hatte. Deren Mitnahme wurde vom Oberfinanzpräsidenten jeweils bewilligt.[565] Ebendieser erklärte am Folgetag, dass Dessauer nunmehr „devisenrechtlich als Ausländer (Auswanderer) anzusehen" sei.[566] Das hieß, dass sämtliche in Deutschland befindlichen Vermögenswerte „den für Ausländer geltenden Devisenbeschränkungen" unterlagen und deren Verwendung einer Genehmigung durch den Oberfinanzpräsidenten bedurfte.[567]

558 Ebd., Bl. 19.
559 Ebd., Bl. 19.
560 Ebd., Bl. 19.
561 Ebd., Bll. 21f.
562 Ebd., Bl. 23.
563 Ebd., Bl. 30.
564 Ebd., Bll. 24 u. 29.
565 Ebd., Bll. 31–34.
566 Ebd., Bl. 39.
567 Ebd., Bl. 39.

Anfang August 1949 bevollmächtigte Paul Dessauer, der mittlerweile Bürger der USA war und in New York lebte, den ebenfalls in New York ansässigen Anwalt Ignatz I. Rosenak sowie seinen früheren Hamburger Rechtsvertreter Wex, ihn nach dem Gesetz Nr. 59 der britischen Militärregierung in „saemtlichen Wiedergutmachungsangelegenheiten“ zu vertreten.[568] Diese Bevollmächtigung umfasste Geltendmachungen gegenüber dem Deutschen Reich, dem Land Hamburg, dem Oberfinanzpräsidenten sowie gegenüber der Walter Krentz K. G. und Alfred Bauer „wegen Grundbesitz und Geschaeft Hamburg Hohe Luft Chaussee 95 [sic] und 93“.[569]

Am 25. Oktober 1949 meldete Paul Dessauer seine Restitutionsansprüche gegenüber dem Zentralamt für Vermögensverwaltung der britischen Besatzungszone in Bad Nenndorf an. Diese wurden Ende November 1949 an das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg weitergeleitet.[570] Seine Restitutionsforderungen betrafen zum einen das Grundstück Hoheluftchaussee 93, dass er „unter Zwang“ verkauft hatte.[571] Zum anderen umfassten seine Forderungen sein ebenfalls „unter Zwang“ veräußertes Handelsgeschäft Kaufhaus Hoheluft samt Inventar und Warenlager. Des Weiteren machte Dessauer Ansprüche hinsichtlich der von ihm entrichteten Reichsfluchtsteuer, der Judenvermögensabgabe, der Dego-Abgabe, bezüglich versteigerter Liftvans, Zahlungen an die Golddiskontbank „fuer die Genehmigung von Bezahlung von Passage“ sowie Schadensersatzansprüche wegen seiner zwei Inhaftierungen geltend.[572]

Diese Ansprüche wurden im November und Dezember 1949 von Dessauer selbst und vom Anwalt Rosenak entweder ergänzt oder spezifiziert. So bezifferte Dessauer am 7. November 1949 die Anspruchsanmeldungen genauer:[573] 23.369 RM für die Reichsfluchtsteuer, 21.500 RM für die Judenabgabe, 4.250 RM Guthaben beim damaligen Bankhaus M.M. Warburg, 25.000 RM für konfisziertes Umzugsgut. Der letzte Wert war geschätzt. Die Habe war bei der Spedition Koehlig & Co. konfisziert und von der Gestapo versteigert worden. Hinzu kamen noch die Dego-Abgabe für Umzugsgut in Höhe von 730 RM und die Abgabe für die Passage in Höhe von 18.280 RM, dann

568 Ebd., Leitakte, Bl. 4.
569 Ebd., Bl. 4. Am 28. Dezember 1949 wurde die Hausnummer berichtigt. Vgl. ebd., Bl. 12.
570 Ebd., Bl. 2.
571 Ebd., Bl. 5.
572 Ebd., Bl. 5.
573 Vgl. ebd., Bl. 7.

Ansprüche wegen einer goldenen Uhr in Höhe von 290 RM und wegen Perserteppichen in Höhe von 500 RM. Ferner gab Dessauer seine Haftzeiten an: Er war sechs Wochen in Oranienburg inhaftiert und vom 17. März 1939 bis zum 14. April 1940 in Hamburg „wegen angeblicher Rassenschande“.[574] Rosenak ergänzte am 14. Dezember 1949 noch die im Zuge des Immobilienverkaufs entrichtete Abgabe an den Reichsstatthalter.[575] Dann merkte Rosenak noch an, dass das konfiszierte Umzugsgut am 30. November 1940 „von der Speditionsfirma Koehlig & Co. Hamburg im Auftrage der Gestapo zur Verwertung an die Firma Karl F. Schlueter ausgeliefert“ worden war.[576] Am 21. Dezember 1949 unterstrich Dessauer noch einmal, dass er bezüglich des Kaufhauses Hoheluft auch für das mitverkaufte Inventar und Warenlager Restitution forderte.[577]

Am 20. Oktober 1947 verfügte die britische Militärregierung, dass Personen, die seit dem 30. Januar 1933 Vermögensgegenstände „besessen, verwaltet oder beaufsichtigt hatten“, eine Erklärung abzugeben hatten. Mitte April 1948 füllte Walter Krentz das entsprechende Erklärungsformular für das Kaufhaus Hoheluft aus. Dabei vermerkte er, dass er seine Erklärung als „vorsorgliche Anmeldung“ verstand, da er die „Anmeldepflicht“ [als] zweifelhaft“ erachtete.[578] Diesen Zweifel ließ er in einem vom Wirtschaftsprüfer Heinz Theodor Götz verfassten Begleitschreiben begründen.[579] Der Zweifel bestehe darin – argumentierte Götz, der als „Interessenvertreter“[580] fungierte –, „ob identifizierbares Eigentum vorliegt, da die Nachfolgefirma im Juli 1943 total ausgebombt“ worden war.[581] Derweil betreibe die Walter Krentz KG ihr Geschäft „in einem kleinen abgemieteten Teilladen“; dessen Dimension sei nicht mit dem früheren Geschäft vergleichbar.[582] Zudem gehöre das Grundstück nicht der Walter Krentz KG.

Seit Anfang Februar 1950 wurde über eine Restitution verhandelt. Dessauer wünschte „die Einsetzung eines Treuhänders“.[583] Ende des Monats teilte das Wiedergutmachungsamt dem Anwalt Wex mit, dass das Landesamt für Vermögenskontrolle

574 Ebd., Bl. 7.
575 Ebd., Bl. 9.
576 Ebd., Bl. 9.
577 Ebd., Bl. 10.
578 StAHH, 213-13, 2982, 2. Beiakte, Bl. 2.
579 Ebd., Bl. 16.
580 Ebd., Bl. 16.
581 Ebd., Bl. 3.
582 Ebd., Bl. 3.
583 Ebd., Bl. 5.

eine Betriebsprüfung bei der Walter Krentz KG durchführen werde. Auf dieser Grundlage werde dann über die Einsetzung eines Treuhänders entschieden.[584] Der Prüfbericht trägt das Datum vom 3. Mai 1950. Danach wurde die Prüfung am 2. Mai 1950 von Prüfer Drews in den „Betriebsräumen der Firma“ durchgeführt.[585] Auskunft gaben Walter Krentz und die Buchhalterin Priess. Drews referierte in seinem Bericht noch einmal, dass die Kommanditeinlage der OHG Heinrich Bauer „ursprünglich“ auf 120.000 RM festgelegt worden war, jedoch „aufgrund einer Schätzung des von der Verwaltung bestellten Sachverständigen, der das zu übernehmende Warenlager bei der Übernahme niedriger einschätzte, auf RM 80.000, -- ermässigt“ worden war.[586] Am 4. Dezember 1943 wurde die Einlage auf 40.000 RM reduziert. Die Rechtsverhältnisse der KG hatten sich nach dem Zweiten Weltkrieg insofern geändert, als Krentz’ Mutter Johanna Krentz seit dem 21. Juni 1946 „als weitere Kommanditistin“ eingetragen war. Ihre Einlage hatte zunächst 10.000 RM betragen, im August 1946 war diese auf 5.000 RM gesenkt worden. Der nach der DM-Eröffnungsbilanz zu Buche stehende Betrag von 2.116,71 DM war ab dem 1. April 1950 als Darlehen deklariert.

Zwei männliche und dreizehn weibliche Beschäftigte arbeiteten für das Kaufhaus. Der Wirtschaftsprüfer Bräuer inspiziere regelmäßig die Buchführung, die der Prüfer Drews als „ordentlich“ und „als beweiskräftig“ erachtete.[587] Ebenso wenig beanstandete Drews die Registrierung aller Zahlungen; täglich stellten die Prokuristin Johanna Krentz sowie die Buchhalterin den Kassenbestand fest. Den Warenbestand taxierte der Geschäftsführer auf etwa 85.000 DM. Drews umriss, dass die Walter Krentz KG „nach der Ausbombung“ zunächst Schwierigkeiten hatte, adäquate Räumlichkeiten für eine Fortführung der Geschäfte zu finden.[588] „Behelfsmässig“ mietete sich die KG „in einem kleinen Geschäft“ an der „Eppendorferlandstrasse“ mit ein. Unter diesen Umständen konnten nicht „die früheren Umsätze“ erreicht werden. Im Oktober 1948 zog das Kaufhaus wieder an die Hoheluftchaussee 91. „Jetzt“ sei es „in einer neu errichteten Steinbaracke untergebracht“. Sowohl der Standort als auch die „Geschäftsbelebung nach der Währungsumstellung“ wirkten sich positiv auf den Umsatz aus. Zugleich aber hätten „die durch den Umzug erforderlich gewordenen Neuanschaffungen“ die Geschäfts-

584 Ebd., Bl. 9.
585 Ebd., Bl. 16.
586 Ebd., Bl. 16.
587 Ebd., Bl. 17.
588 Ebd., Bl. 17. Die folgenden Zitate stammen ebenfalls aus ebd., Bl. 17.

bilanz belastet. Aufgrund von immer wieder gewährten Preisnachlässen kam es außerdem zu „Verlusten im Warenlager“. Mit weiteren Einbußen sei zu rechnen, „da sich die bereits erwähnten Preissenkungen, um konkurrenzfähig zu bleiben, auch weiterhin nicht vermeiden lassen“.[589] In den vergangenen Monaten fiel der Absatz relativ gering aus, worunter die Liquidität gelitten habe und infolgedessen die Firma „zusätzlich von befreundeter Seite Kredite von DM 4.000, -- / 5.000, --“ aufnehmen musste, „die aber abgedeckt sind“.

Das „Verhältnis zwischen Geschäftsführung und dem Kommanditisten“ charakterisierte Drews als „gut“.[590] Zur Konsolidierung des Geschäfts „nach der Währungsreform“ ließ der Kommanditist – die OHG Heinrich Bauer, der zugleich die Baracke gehörte – die monatliche Miete in Höhe von 600 DM „in der Firma stehen“. Darüber hinaus gewährte die OHG Heinrich Bauer ein Darlehen über rund 6.500 DM, das „später zur Auffüllung des Kommanditkapitals“ genutzt werden sollte, und haftete „zusätzlich als Aussteller der Sicherheitswechsel für die Bank“. Die Umsatzübersicht zeigt, dass seit der Währungsumstellung die Bruttoeinnahmen im Geschäftsjahr 1947/48 bei 79.117,16 DM lagen, im Folgejahr bei 448.680 DM und bis zum 30. April 1950 bei 391.987 DM.[591] Nach dem Kontostand am 21. Juni 1948 betrug die Kommanditeinlage der OHG Heinrich Bauer in der Summe 25.000 DM. Das „Kommanditisten Gewinn Kto.“ zeigte einen Nettogewinn von 4.697,82 DM.[592] Mittlerweile habe sich die Einlage „durch einen weiteren Übertrag“ auf 30.000 DM erhöht.[593] Für gewöhnlich wurden den Kapitalkonten „vor der Gewinnverteilung“ jeweils 5 Prozent Zinsen angerechnet. Prozentual verteilte sich der Gewinn folgendermaßen: Walter Krentz erhielt 65 Prozent, die OHG Heinrich Bauer 30 Prozent und Johanna Krentz 5 Prozent.[594] Die überproportionale Gewinnbeteiligung von Johanna Krentz erklärte sich daraus, dass Walter Krentz seinen ihm „für seine Arbeitsleistung“ zustehenden „Vorweganteil“ in Höhe von 6.000 DM an seine Mutter gab und auf diesem Weg für ihren Unterhalt aufkam.[595]

589 Ebd., Bl. 18. Die folgenden Zitate stammen ebenfalls aus ebd., Bl. 18.
590 Ebd., Bl. 18.
591 Ebd., Bl. 19.
592 Ebd., Bl. 19.
593 Ebd., Bl. 20.
594 Ebd., Bl. 19.
595 Ebd., Bll. 19f.

Drews resümierte, dass das Kaufhaus „fachmännisch“ geführt werde. Da es vom Wirtschaftsprüfer Bräuer kontrolliert werde, könne „nach Ansicht des Prüfers vorläufig auf die Einsetzung eines Treuhänders verzichtet werden“.[596]

Ende Mai 1950 erkundigte sich das Wiedergutmachungsamt bei dem Rechtsanwalt Wex, ob die außergerichtlichen Vergleichsverhandlungen bereits „zu einem Ergebnis geführt“ hätten.[597] Wex antwortete am 30. Mai 1950, dass die Verhandlungen ausgesetzt seien, da Dessauer „schwer erkrankt“ gewesen, doch mittlerweile wieder „auf dem Weg der Besserung“ sei.[598] Weitere Nachfragen des Wiedergutmachungsamtes aus dem Oktober 1950 und dem Februar 1951 beantwortete Wex dahingehend, dass weiterhin verhandelt werde.[599] Am 29. März 1951 erteilte Heinrich Bauer dem Rechtsanwalt Dr. Ernst Feld eine Prozessvollmacht, um ihn in der Rückerstattungssache zu vertreten.[600] Am 30. März 1951 überreichten die Rechtsvertreter Feld und Wex der Verhandlungsleiterin Schwenn in der Rückerstattungssache einen ebenfalls vom 30. März 1951 datierten Vergleich als Grundlage einer „gütlichen Einigung über den Rückerstattungsanspruch“.[601]

In der Anlage zur Niederschrift zur Rückerstattungssache wird der Vergleich dargelegt. Darin wird noch einmal resümiert, dass Walter Krentz als persönlich haftender Gesellschafter und Alfred Bauer als Gesellschafter der OHG Heinrich Bauer am 31. Oktober 1938 von Paul Dessauer die Firma Kaufhaus Hoheluft, Dessauer & Co. gekauft hatten und diese seitdem als Kommanditgesellschaft betrieben.[602] „Der Antragsteller [Dessauer] hat wegen dieses Rechtsgeschäftes Restitutionsansprüche gestellt, insbesondere weil bei Vertragsabschluss das von den Erwerbern übernommene Warenlager auf behördliche Anordnung unterbewertet werden musste.“[603] Die Parteien verständigten sich darauf, dass „die Kommandit-Gesellschaft in Firma Kaufhaus Hoheluft Walter Krentz K. G.“, der „persönlich haftende[] Gesellschafter“ Walter Krentz sowie „Alfred Bauer in Firma Heinrich Bauer“ zusammen „als Gesamtschuldner“ „zur Abgeltung aller Ansprüche“ 45.000 DM zu zahlen hatten. Davon sollten 10.000 DM beim Vergleichsabschluss vor dem Wiedergutmachungsamt in drei Teilbeträgen entrichtet

596 Ebd., Bl. 20.
597 Ebd., Bl. 21.
598 Ebd., Bl. 22.
599 Vgl. ebd., Bll. 23–26.
600 Vgl. ebd., Bl. 27.
601 Ebd., Bl. 28.
602 Ebd., Bll. 29f.
603 Ebd., Bl. 30.

werden. Der Betrag von 6.000 DM sollte auf das Sperrkonto von Paul Dessauer bei der Vereinsbank in Hamburg überwiesen werden, 2.000 DM an den Anwalt Rosenak beim Bankhaus P. Franz Neelmeyer & Co. und weitere 2.000 DM an den Anwalt Wex. Die Überweisungen sollten „durch Übergabe von Banküberweisungsaufträgen“ erfolgen.[604] Die weiteren 35.000 DM sollten „in halbjährlichen Raten“ in Höhe von jeweils 5.000 DM vom 1. Juli 1951 bis zum 1. Juli 1954 gezahlt werden. Von diesen Raten sollten jeweils 3.000 DM auf Dessauers Sperrkonto fließen, 1.000 DM an Rosenak und 1.000 DM an Wex. Vorzeitige Zahlungen waren möglich. Bei einem mehr als drei Wochen andauernden Zahlungsverzug würde der Restbetrag unverzüglich fällig werden.[605] Es ist denkbar, dass sich die Verständigung auf die zu zahlende Summe von 45.000 DM an der einstigen Wertherabstufung des Warenlagers orientierte.

Dass das Warenlager bei den Vergleichsverhandlungen offenbar im Mittelpunkt gestanden hatte, zeigt sich an einer weiteren Übereinkunft. Walter Krentz erklärte für sich und für die Kommanditgesellschaft, „dass das bezahlte Warenlager“, das die KG „unterhält, einen Bilanzwert von DM 50–55.000, -- hat und dass es im ordnungsgemäss[en] Geschäftsgang stets etwa auf dieser Höhe gehalten wird“.[606] Krentz sagte für sich und die KG zu, „hinsichtlich des bezahlten Warenlagers Sicherungsübereignungen zu Kredit- oder anderen Zwecken nicht einzugehen, es sei denn, der Antragsteller [Dessauer] habe zuvor ausdrücklich seine Zustimmung für den einzelnen Fall erklärt“.[607] Die Sicherheit für Dessauer sollte allerdings „nicht höher als 150 % der jeweils geschuldeten Restsumme“ sein.[608]

Im Februar 1950 begann das Rückerstattungsverfahren hinsichtlich des Grundstücks Hoheluftchaussee 93. Am 28. Februar 1950 wurde ein Rückerstattungsvermerk ins Grundbuch eingetragen.[609] Am 11. März informierte das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg die in Flensburg wohnende Gretchen Schmidt, geb. Erichsen, über das Rückerstattungsverfahren. Der Grund waren die vier Hypothekenposten im Gesamtwert von 35.000 GM,[610] die auf Schmidts Namen eingetragen waren und

604 Ebd., Bl. 30.
605 Vgl. ebd., Bl. 31.
606 Ebd., Bl. 31.
607 Ebd., Bl. 31.
608 Ebd., Bl. 31.
609 StAHH, 213-13, 2983, Bl. 13.
610 Ebd., Bl. 5.

aufgrund derer sie „als Beteiligte von dem Rückerstattungsanspruch“ galt.[611] Das gleiche Schreiben erhielt auch Gertrud Bauer, auf deren Namen ebenfalls eine Hypothek eingetragen war.[612] Gretchen Schmidt – mittlerweile Greta Kern – bestätigte dem Wiedergutmachungsamt in einem Schreiben vom 18. März 1950, dass sie ihren „Rückerstattungsanspruch“ wahrnehmen wolle.[613]

In einem Schreiben vom 15. Mai 1950 nahm der Rechtsanwalt Dr. Ernst Feld, der die OHG Heinrich Bauer sowie Gertrud Bauer vertrat, Stellung. Unter anderem verwies Feld auf die Verflechtung zwischen dem Verkauf des Grundstücks Hoheluftchaussee 93 und dem des Kaufhauses:

> Der Erwerb dieses Grundstücks durch die Firma Heinrich Bauer war Bedingung für die Übernahme des Kaufhauses Hoheluft durch die Fa. Walter Krentz KG., an welcher die Firma Heinrich Bauer beteiligt war. Das Kaufhaus Hoheluft wurde im Nachbarhause von Herrn Paul Dessauer in gemieteten Räumlichkeiten betrieben. Mit der Abgabe dieses Geschäfts verknüpfte er die Abgabe des vorbezeichneten Grundstücks.[614]

Nach dieser Darstellung war es explizit Dessauers Wille, dass das Grundstück Hoheluftchaussee 93 an die Firma Heinrich Bauer mitveräußert wurde. Diese Passage korrespondiert mit der Darstellung des Wirtschaftsprüfers Wilhelm Bräuer, der von der „Bitte des Herrn Dessauer“ berichtet hatte.[615] Überdies sah Feld darin einen Grund, die beiden Restitutionsverfahren – das bezüglich des Kaufhauses und das wegen des Grundstücks – zusammenzulegen. Der Rechtsanwalt ging noch auf den Zustand des Objekts ein. Das Grundstück sei „durch Kriegseinwirkung völlig zerstört“ gewesen.[616] Im Umfang von 60.000 DM habe die Firma Heinrich Bauer mittlerweile „Baulichkeiten zum Betrieb eines Ladens errichtet“.[617] Den damaligen Kaufpreis in Höhe von 90.000 DM nannte Feld „angemessen“.[618] Davon seien 35.000 RM „bar ausgezahlt“ worden und hätten „zur freien Verfügung des Verkäufers“ gestanden.[619] Diese Feststellung erstaunt, zumal im Kaufvertrag fixiert war, dass der genannte Betrag auf das Treuhandkonto eingezahlt werden sollte.[620] Dennoch sollte während der anschließenden

611 Ebd., Bl. 15.
612 Vgl. ebd., Bl. 16.
613 Ebd., Bl. 19.
614 StAHH, 213-13, 2983, Bl. 21.
615 Vgl. StAHH, 221-11, I (TL) 1648. Vgl. hierzu Abschnitt B.I.3.
616 StAHH, 213-13, 2983, Bl. 21.
617 Ebd., Bl. 21.
618 Ebd., Bl. 21.
619 Ebd., Bl. 21.
620 StAHH, 314-15, R 1938/3623, Bl. 32.

juristischen Auseinandersetzung immer wieder die Frage nach der freien Verfügbarkeit miterörtert werden. Für die restlichen 55.000 RM wurden die auf dem Grundstück lastenden Hypotheken auf den Käufer übertragen. Diese seien inzwischen getilgt und stattdessen eine Hypothek in Höhe von 15.500 RM auf Gertrud Bauer und eine Hypothek in Höhe 35.000 RM auf Gretchen Schmidt eingetragen.[621]

Am 14. Juni 1950 fand unter Leitung der Assessorin Schwenn mit den Anwälten Wex und Feld eine Sitzung zur Sondierung der Rechtslage statt. Im Sitzungsprotokoll wurde zunächst festgehalten, dass aufgrund des Kaufdatums „die gesetzliche Vermutung, dass hier eine ungerechtfertigte Entziehung vorliege, ohne weiteres begründet" sei.[622] Feld räumte ein, dass die antragsgegnerische Seite keinen „Beweis" erbringen könne, warum Dessauers Forderungen nicht gerechtfertigt seien, „so dass grundsätzlich davon auszugehen ist, dass der Antragsteller Rückerstattung des Grundstücks verlangen kann". Damit werde allerdings zugleich die Frage aufgeworfen, „welche Beträge der Antragsteller dagegen zurückzuzahlen hätte".[623]

Was die Barzahlung betraf, waren sich beide Parteien einig, dass damals nur 28.305 RM an den Anwalt Wex „in bar gezahlt" worden seien. Dieser Betrag resultierte daraus, dass die Grunderwerbssteuer, Vermittlungskosten für den Makler, anteilige Gebühren für die Bewilligung durch den Reichsstatthalter sowie ein Betrag von 4.000 RM, „auf welchen der Berechtigte zu Gunsten des damaligen Käufers verzichten musste", abgezogen worden waren.[624] Diese 4.000 RM hatte der Käufer „als Ausgleichsabgabe leisten müssen". Im Protokoll wurde eingeräumt, dass diese „Ausgleichsabgabe" „nicht als zur freien Verfügung des Verkäufers gelangt anzusehen" sei.[625]

Die Erörterung der Frage nach der freien Verfügbarkeit war ein äußerst spezieller Diskussionspunkt bei dieser Sondierungssitzung und berührte vor allem die aufgeworfene Frage nach etwaigen Zahlungen von Dessauer an Bauer. Denn sofern Dessauer über den bar gezahlten Betrag frei hätte verfügen können, hätte sich daraus ergeben, dass „der Berechtigte [Dessauer] den Kaufpreis an den Verpflichteten" hätte zurückzahlen müssen.[626] Nach der Rechtsprechung der Wiedergutmachungskammer hätte

621 StAHH, 213-13, 2983, Bl. 21.
622 Ebd., Bl. 23.
623 Ebd., Bl. 23.
624 Ebd., Bl. 23.
625 Ebd., Bl. 23.
626 Ebd., Bl. 23.

die Währungsumstellung von RM auf DM in der Relation 10 zu 1 stattgefunden, sodass Dessauer „rund DM 7 500. –"hätte zahlen müssen.[627]

Die aufgeworfene Frage nach etwaigen Zahlungen von Dessauer an Bauer tangierte gleicherweise die Hypothekenbelastung des Grundstücks. Hatte Ende der 1930er-Jahren eine Grundschuld in Höhe von 55.000 RM bestanden, bezifferte sie sich 1950 auf 50.500 DM, sodass sich die Frage stellte, „welchen Betrag der Berechtigte an den Verpflichteten im Falle der Rückerstattung herausgeben müsste".[628] Die Differenz von 4.500 M, die bereits zur Abgeltung der Hypothek eingesetzt worden waren, wäre „auf jeden Fall" zu zahlen gewesen. Da das Oberlandesgericht hinsichtlich des Umstellungsverhältnisses noch nicht entschieden hatte, sei allerdings fraglich, ob die Umrechnung im Verhältnis 1 zu 1 oder 10 zu 1 erfolgen sollte.[629] In dem Sitzungsprotokoll wurde für die Umstellung 1 zu 1 plädiert:

> Da im Falle der Rückerstattung der Berechtigte nicht anders gestellt werden soll, als er stehen würde, wenn er das Grundstück nicht veräussert hätte, ist davon auszugehen, dass der Berechtigte in diesem Fall noch Eigentümer des Grundstücks mit DM 55.000. – Belastungen wäre. Danach müsste er also dem Verpflichteten für die Tilgung der Belastung DM 4500. – erstatten.[630]

Ein weiterer Diskussionspunkt der Sitzung bestand in der Frage, inwieweit der Grundstückstransfer und die Veräußerung des Kaufhauses „in wirtschaftlichem Zusammenhang" gestanden hätten und inwieweit eine Zusammenlegung der beiden Rückerstattungsverfahren „zweckmässig" sei.[631] Für Feld war diese Frage essenziell. Er stellte klar, dass „Vergleichsvorschläge" erst dann unterbreitet werden könnten, wenn das Resultat der Restitutionsverhandlungen bezüglich des Kaufhauses absehbar sei. Darum liege ihm „besonders daran, dass die beiden Sachen gemeinschaftlich behandelt werden".[632] Mit Verweis darauf, dass Dessauer „schwer erkrankt" sei und dessen Rekonvaleszenz mehrere Monate beanspruchen könnte, bat Wex schließlich um eine Vertagung der Verhandlungen.[633]

627 Ebd., Bl. 23.
628 Ebd., Bl. 23.
629 Ebd., Bl. 23.
630 Ebd., Bl. 23.
631 Ebd., Bl. 23.
632 Ebd., Bl. 23.
633 Ebd., Bl. 23.

Anfang Oktober 1950 und dann wieder Anfang August 1951 wurde jeweils von amtlicher Seite nach dem Stand der Vergleichsverhandlungen gefragt. Beide Male antworteten die Anwälte, dass die Verhandlungen weiterhin andauerten.[634] Am 20. August 1951 unterrichtete Ernst Feld zudem das Wiedergutmachungsamt, dass er die Anwälte Samson und Seidl angeschrieben habe, die wiederum in der parallel laufenden Rückerstattungssache Hoheluftchaussee 91 die Antragssteller vertraten.[635] Denn Feld erklärte, dass „wegen ihres wirtschaftlichen Zusammenhanges" die Restitutionssachen Hoheluftchaussee 91 und Hoheluftchaussee 93 „zusammen bearbeitet werden" müssen, zumal sein Mandant Bauer „an den Trümmergrundstücken nur dann ein Interesse hat, wenn beide Grundstücke in einer Hand verbleiben".[636]

Am 2. November 1951 wurde seitens des Wiedergutmachungsamtes festgestellt, dass „eine gütliche Einigung" noch nicht erzielt worden war.[637] Infolgedessen wurde die Rückerstattungssache an die Wiedergutmachungskammer am Landgericht Hamburg überwiesen. Eine öffentliche Sitzung am 4. Januar 1952 brachte ebenso wenig einen Fortschritt; verkündet wurde lediglich, dass das Verfahren „bis auf Anruf" ruhe.[638] Am 23. Juni 1952 wandte sich Wex an die Wiedergutmachungskammer, um über den zwischen den Parteien ausgehandelten Vergleich zu informieren. Danach hatte die OHG Heinrich Bauer Dessauer 9.000 DM zu zahlen. Eine erste Rate von 4.500 DM war am 5. Juli 1952 fällig, die zweite Rate von 4.500 DM am 5. August 1952.[639] Entstünde bei der ersten Rate ein länger als eine Woche andauernder Zahlungsverzug, „so ist der ganze, dann noch geschuldete Restbetrag zur sofortigen Zahlung fällig".[640] Die Zahlung sollte auf Dessauers Sperrkonto bei der Vereinsbank in Hamburg erfolgen. Im Gegenzug blieb die OHG Heinrich Bauer Eigentümer des Grundstücks Hoheluftchaussee 93. Aufgrund dieses Vergleiches waren „sämtlich[e] gegenseitige[] Ansprüche erledigt".[641] Am 28. Juni 1952 wurde dieser Vergleich in einer öffentlichen Sitzung der Wiedergutmachungskammer „vorgelesen und genehmigt.[642] Am 17. Juli 1952 wurde der „Rückerstattungsvermerk" aus dem Grundbuch entfernt.[643]

634 Ebd., Bll. 24–28.
635 Ebd., Bll. 29f.
636 Ebd., Bl. 30.
637 Ebd., Bl. 2.
638 Ebd., Bl. 10.
639 Ebd., Bl. 13.
640 Ebd., Bl. 13.
641 Ebd., Bl. 13.
642 Ebd., Bl. 14.
643 Ebd.

6. Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221

Das Grundstück Hoheluftchaussee 91 gehörte in den späten 1930er-Jahren den Schwestern Elfriede David, geb. Perutz, und Else Leopold, geb. Perutz. Elfriede Perutz war am 25. Januar 1884 in Hamburg geboren.[644] Den am 29. Juli 1869 in Hannover geborenen Bernhard David heiratete sie am 21. August 1903. Das Ehepaar hatte zwei Söhne – Frank Werner, geboren am 4. Juni 1904, und Walter Siegmund, geboren am 31. Januar 1908.[645]

In einem Schreiben vom 5. Oktober 1938 informierte das Finanzamt Hamburg-Blankenese diverse behördliche Stellen in Hamburg und Berlin, dass der Kaufmann Bernhard David und seine Ehefrau Elfriede „möglicherweise" zu emigrieren beabsichtigten.[646] Diese Annahme gründete auf die fernmündliche Auskunft von Frank Werner David, dass sein Vater dessen in Eidelstedt ansässige chemische Fabrik, die als „Gustav Schmidt & Co." firmierte, Mitte September 1938 veräußert hatte. In der Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten wurde als Reaktion auf das Schreiben des Finanzamtes handschriftlich vermerkt, dass „bei der Zollfahndungsstelle" momentan „ein Verfahren gegen Bernhard David" laufe, derzeit jedoch „nichts zu veranlassen sei".[647] Anfang November 1938 führte der Devisenprüfer Haenold eine Prüfung bei der Firma Gustav Schmidt & Co. durch. Durch diese wurde bestätigt, dass die ehemaligen Inhaber Bernhard David und sein Sohn Frank Werner die Firma im September 1938 an die „Arier" Otto Wilkening und Oswald Dahlström aus Hamburg verkauft hatten.[648] Frank Werner David war am 3. Oktober 1938 ausgewandert. In Bezug auf das Vermögen von Bernhard David wurden weitere Ermittlungen angestellt.

In einer vom 23. November 1938 datierten Nachricht teilte der Zollinspektor Werner dem Oberfinanzpräsidenten mit, dass wegen „Kapitalfluchtverdachts" gemäß dem „§ 37a des Devisengesetzes vom 4.2.35 i. V. mit § 2 der 9. Durchführungsverordnung zum Devisengesetz vom 20.2.37 mit sofortiger Wirkung" eine vorläufige Sicherungsanordnung gegen das Ehepaar Bernhard und Elfriede David sowie gegen ihren Sohn

644 https://www.stolpersteine-hamburg.de/index.php?MAIN_ID=7&BIO_ID=1124 [Zugriff: September 2024].
645 Vgl. ebd.
646 StAHH, 314-15, R 1938/2466, Bl. 1.
647 Ebd., Bl. 2.
648 Ebd., Bl. 18. Vgl. auch ebd., Bl. 67.

Walter Siegmund David erlassen worden sei. Alle drei waren in der Curschmannstraße 6 wohnhaft.[649] Begründet wurde der Verdacht damit, dass das Ehepaar David Juden seien. „Nach den in letzter Zeit mit in Deutschland wohnenden Juden gemachten Erfahrungen ist es erforderlich, Verfügungen über das Vermögen nur mit Genehmigung zuzulassen."[650]

Bernhard Davids Vermögen umfasste folgende Teile:[651] ein Grundstück Am Markt 21 in Barmbek, einen Anteil am Grundstück Neuer Steinweg 96, sechs Wertpapier-Pakete im Gesamtwert von 128.700 RM[652], eine Hypothekenforderung in Höhe von 2.000 RM an den Schuldner Hermann Müller sowie die Guthaben auf einem Konto bei der Deutschen Bank und auf dem Konto mit der Nummer 32521 bei dem Postscheckamt Hamburg.[653] Während sich die Wertpapiere im ebenfalls gesperrten Depot der Deutschen Bank befanden, hatte Bernhard David lediglich Zugriff auf monatlich jeweils 1.000 RM von den beiden Bankkonten. „Die öffentlichen Abgaben und die israelitische Gemeindesteuer" sollte er via Überweisungen den Empfängern direkt zukommen lassen.[654] Ferner war es David gestattet, „Vermögensübertragungen" zwischen seinem Girokonto und seinem Wertpapierdepot bei der Deutschen Bank vorzunehmen.[655] Ihm war es auch möglich, über die Einkünfte aus den Wertpapieren und Grundstücken sowie über die Zinserträge der Hypothek zu verfügen. Hingegen musste David die noch bei der Hamburger Sparkasse lagernden Wertpapiere in das gesperrte Depot bei der Deutschen Bank transferieren und „die bei der Stadt Altona hinterlegten Restforderungen aus dem Geschäftsverkauf" „bei Fälligkeit" auf das gesperrte Girokonto bei der Deutschen Bank einzahlen.[656] Für die beabsichtigte Schenkung in Höhe von 60.000 RM an seinen Sohn Walter Siegmund war eine Bewilligung der Devisenstelle vonnöten.

Ähnlichen Beschränkungen unterlag Elfriede David. Sie durfte ebenfalls nur mit expliziter schriftlich fixierter Genehmigung der Devisenstelle über ihren Anteil am

649 Ebd., Bll. 3f.
650 Ebd., Bl. 4.
651 Vgl. dazu auch ebd., Bll. 6–11.
652 Davids Wertpapierportfolio bestand aus zu 4,5 Prozent verzinsten Hypotheken-Bank-Goldpfandbriefen für 68.500 RM, Reichsschatzanweisungen im Wert von 20.000 RM, Charlottenbg.-Wasser-Aktien im Wert von 10.000 RM, Rhein. Westf. Elektr. Aktien für 10.000 RM, Goldschmidt-Aktien im Wert von 10.000 RM sowie Mannesmann-Röhrenwerke-Aktien im Werte von 10.200 RM. Ebd., Bl. 4.
653 Ebd., Bl. 4.
654 Ebd., Bl. 4.
655 Ebd., Bl. 4.
656 Ebd., Bl. 4.

Grundstück Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221 verfügen – davon ausgenommen waren die Revenuen aus dem Grundstück.[657] Am 3. Dezember 1938 bestätigte der Oberfinanzpräsident die Sicherungsanordnung gegen Elfriede und Bernhard David.[658] Sechs Tage später bestätigte die „Hamburgische Grundstücksverwaltungs-Gesellschaft von 1938“ den Empfang der Mitteilung über die Sicherungsanordnung hinsichtlich des Grundstücks Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221.[659]

Da angenommen wurde, dass auch Walter Siegmund David die Auswanderung plante, betraf auch ihn die vorläufige Sicherungsanordnung.[660] Walter Siegmund David hatte den „Erlös aus dem Ausverkauf“ der an der Straße Neuer Steinweg 96 gelegenen Firma Perutz & Co. für Fahrräder und Radios auf ein Konto bei der Devisenbank einzuzahlen. Außer einem monatlichen Geldbetrag von 500 RM bedurften sämtliche weitere Zugriffe auf dieses Konto der Genehmigung durch die Devisenstelle. Bis zum 9. Dezember 1938 hatte Walter Siegmund David eine detaillierte Aufstellung über den Ausverkauf der Firma bei der Devisenstelle einzureichen. Dem kam Walter Siegmund David am 8. Dezember 1938 nach. Der Saldo bezifferte sich auf 5.359,38 RM. Davon beglich David noch Steuern in Höhe von 600,20 RM. Zudem verfügte er über Außenstände im geschätzten Wert von 5.000 RM. Zwar hatte die Firma keine Schulden, „haftet[e] jedoch für zum Inkasso an fremde Finanzierungsgesellschaften gegebene Teilzahlungsverträge“.[661] Walter Siegmund David reichte noch eine Bilanz zum Stichtag 30. November 1938 nach. Demzufolge stand ein Gesamtüberschuss in Höhe von 22.064,86 RM zu Buche.[662]

Im Gegensatz zu Paul Dessauer hatte das Ehepaar David keinen Rechtsanwalt, der die Kommunikation mit der Devisenstelle übernahm. Bernhard David selbst tätigte den Schriftverkehr mit der genannten Behörde und bat am 12. Dezember 1938 darum, 40.000 RM vom Depositen-Konto bei der Deutschen Bank sowie 3.000 RM vom Girokonto ebenfalls bei der Deutschen Bank abheben zu dürfen, um diese Summe seinem Sohn Walter Siegmund „als Geschenk zur Beihilfe für die Auswanderung“ zu geben.[663] Zur Finanzierung dieser Schenkung veräußerten Elfriede David und ihre Schwester Else Leopold das Grundstück Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221.

657 Ebd., Bl. 4.
658 Vgl. ebd., Bll. 12–16.
659 Ebd., Bl. 28.
660 Ebd., Bll. 3 u. 5.
661 Ebd., Bll. 24f.
662 Ebd., Bl. 33.
663 Ebd., Bll. 30f.

Am 20. Dezember 1938 verhandelte der Notar Dr. Paul de Chapeaurouge den Kaufvertrag für das Grundstück Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221.[664] Bei den Vertragsverhandlungen zugegen waren Elfriede und Bernhard David, Elfriedes Schwester Else mit ihrem Mann Lambert Friedrich Leopold, der Makler Carl Norden „in seiner Eigenschaft als Testamentsvollstrecker des verstorbenen Herz Perutz“[665] sowie Alfred Bauer als „persönlich haftender Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaft in Firma Heinrich Bauer“.[666] Der Notar de Chapeaurouge kannte Carl Norden persönlich, während die Ehepaare David und Leopold von Carl Nordens Sohn Manfred – ebenfalls dem Notar bekannt – vorgestellt wurden. Alfred Bauer wurde von Werner Schwarke bekannt gemacht. Auch Schwarke und de Chapeaurouge kannten sich bereits.[667] Für den Preis von 195.000 RM kaufte Bauer als Repräsentant der OHG Heinrich Bauer das erwähnte Grundstück. Der Käufer übernahm zum einen zwei Hypotheken im Gesamtwert von 22.000 RM.[668] Zum anderen sollten bei der Grundstücksauflassung 173.000 RM „ausbezahlt“ werden.[669] Im Unterschied zum Vertrag mit Paul Dessauer war im Vertrag hinsichtlich des Grundstücks Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221 nicht festgeschrieben worden, auf welches Konto oder auf welche Weise die Ausbezahlung der 173.000 RM erfolgen sollte.

Des Weiteren blieben unter dem neuen Eigentümer die Mietverhältnisse bestehen.[670] Die monatlichen Mieteinnahmen betrugen 2.559,10 RM. Auf das Jahr gerechnet, beliefen sie sich auf 30.709,20 RM. Zu der monatlichen Miete von 1.232,60 RM, die das Kaufhaus Hoheluft zu leisten hatte, kamen noch quartalsweise 15,50 RM hinzu.[671] Als Makler dieses Grundstücksverkaufs fungierte Manfred Norden.[672]

Am 22. Januar 1939 wiederholte Bernhard David seine Bitte, seinem Sohn Walter Siegmund 43.000 RM für die Emigration schenken zu dürfen. Die Reichsfluchtsteuerstelle des Finanzamtes Hamburg-Rechtes Alsterufer hatte keine Einwände gegen die Schenkung, sofern die „fällig werdende Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe durch ein Effektensperrdepot sichergestellt“ waren.[673]

664 Ebd., Bl. 35.
665 Ebd., Bll. 36 u. 46.
666 Ebd., Bl. 36.
667 Ebd., Bl. 36.
668 Ebd., Bl. 37.
669 Ebd., Bl. 38.
670 Ebd., Bl. 39.
671 Ebd., Bl. 48.
672 Ebd., Bl. 41.
673 Ebd., Bll. 52f., Zitat Bl. 53.

Der Besitztransfer wurde am 22. Februar 1939 vom Reichsstatthalter in Hamburg genehmigt. Im Zuge dieser Genehmigung wurde festgelegt, dass von den auszuzahlenden 173.000 RM ein Betrag von 14.000 RM „zugunsten des Erwerbers“ abgezogen wurden.[674] Am 3. März 1939 wandte sich Manfred Norden an die Devisenstelle und ersuchte um die Genehmigung für die Grundbuch-Umschreibung. Vom Kaufpreis in Höhe von 195.000 RM wurde die „Reichsabgabe“ von 14.000 RM abgezogen. Der Käufer übernahm Hypotheken in Höhe von 22.000 RM. Jeweils 65.000 RM sollten auf die Sperrkonten von Elfriede David und Else Leopold fließen. Die verbleibenden 29.000 RM sollten zum einen zur Begleichung von Steuern sowie Notariats- und Gerichtskosten und zum anderen zur Finanzierung der monatlichen Legate zugunsten von Else Strube und Adele Wohlleben verwendet werden.[675] Diese Legate hatte der Vater von Elfriede David und Else Leopold testamentarisch verfügt.

Ebenfalls am 3. März 1939 informierte Bernhard David die Devisenstelle, dass die Verkaufsgenehmigung für das Grundstück Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221 nun vorlag und ein Teil des Kauferlöses auf das Sperrkonto bei der Deutschen Bank fließen werde. Vor diesem Hintergrund bat David um Freigabe der 43.000 RM; diese wurde am selben Tag erteilt.[676] Ungefähr dreieinhalb Wochen später gingen auf ein von der Deutschen Bank für Walter Siegmund David eröffnetes Sperrkonto 43.000 RM ein.[677] Der Betrag von 35.000 RM wurde an die Deutsche Golddiskontbank weitergeleitet. Über die restlichen 8.000 RM durfte Walter Siegmund David in dem Rahmen verfügen, dass er „einmalig“ auf 300 RM und monatlich auf 500 RM Zugriff hatte.[678] Walter Siegmund David wanderte im Juni 1939 aus, woraufhin der Oberfinanzpräsident verfügte, Walter Siegmund David ab dem 23. Juni 1939 „devisenrechtlich als Ausländer (Auswanderer) anzusehen“.[679]

Am 14. März 1939 – dem Tag der Auflassung – meldete der Haus- und Hypothekenmakler Albert Schwarke & Sohn seinerseits an die Devisenstelle die Zahlung von jeweils 65.000 RM an die beiden Sperrkonten, eine Barzahlung in Höhe von 23.388,30 RM an Manfred Norden als Bevollmächtigten der beiden Perutz-Schwestern sowie die Einbehaltung von 5.611,70 RM für die „anteilige Grunderwerbssteuer,

674 Ebd., Bll. 57f u. 61.
675 Ebd., Bl. 58.
676 Ebd., Bl. 56.
677 Im April 1939 informierte Walter Siegmund David die Devisenstelle, dass er 1.000 RM an seinen Vater zurücküberwiesen hatte. Vgl. ebd., Bl. 63.
678 Ebd., Bl. 65.
679 Ebd., Bl. 70.

sowie [die] anteilige Bearbeitungsgebühr der Hamburgischen Grundstücksverwaltungs-Gesellschaft von 1938 m. b. H. und der Verwaltung für Handel Schiffahrt und Gewerbe".[680] Ferner hatte Manfred Norden für die Vermittlung eine Courtage von 2.000 RM erhalten.

Im September 1939 hatte das Ehepaar David erneut Auskunft über ihr Vermögen zu geben. Sein Aktiv-Vermögen, das Bankguthaben, Wertpapiere, Grundbesitz sowie Hypotheken umfasste, belief sich auf insgesamt 283.720 RM.[681] Die monatlichen Ausgaben – bestehend aus Wohnungsmiete, Lebensunterhalt, „Ausgaben für Hausangestellte" und „laufend zu leistende unentgeltliche Zuwendungen" veranschlagten die Davids auf 960 RM. Am 20. Oktober 1939 setzte die Devisenstelle für das Ehepaar einen monatlichen Freibetrag in Höhe von 600 RM fest. Die Differenz kam vor allem dadurch zustande, dass die Devisenstelle die von den Davids angesetzten Ausgaben für den Lebensunterhalt – einschließlich der Bekleidung – von 435 RM auf 180 RM heruntergesetzt hatte.[682] Bernhard Davids anschließende Erläuterungen der Ausgaben verschafften den Davids eine Erhöhung des monatlichen Freibetrags um 50 RM.[683]

Am 23. Oktober 1939 informierte Elfriede David den Haus- und Hypothekenmakler Albert Schwarke & Sohn über die Aufforderung der Devisenstelle, ihr Konto bei der Dresdner Bank zu kündigen und ihre noch bestehenden Hypothekenerträge vom Grundstück Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221 auf das Sperrkonto ihres Ehemannes überweisen zu lassen.[684] Daraufhin rückversicherte sich die Firma Albert Schwarke & Sohn bei der Devisenstelle, ob Elfriede Davids Angaben korrekt seien. Eine handschriftliche Notiz deutet auf eine telefonische Klärung hin.[685] Dies zeigt, wie die Grundstücksverwaltung Albert Schwarke & Sohn mit den Behörden bei der antijüdischen Verfolgung zusammengearbeitet hat.

Bernhard Davids Anträge aus dem Oktober und Dezember 1939, ihm eine „allgemeine[] Genehmigung zur Bezahlung von Grundstücksverwaltungskosten" auszustellen, wurden abgelehnt.[686] Stattdessen musste David jeweils nach „Einzelgenehmigungen" ersuchen. Nach Paragraf 59 des Devisengesetzes wurde zudem angeordnet, dass „sämtliche Einnahmen aus dem Grundstück" Neuer Steinweg 96 auf ein Sperrkonto

680 Ebd., Bl. 62.
681 Ebd., Bl. 73.
682 Ebd., Bl. 74.
683 Vgl. ebd., Bll. 76f.
684 Ebd., Bl. 79.
685 Ebd., Bl. 79.
686 Ebd., Bl. 96.

bei der Deutschen Bank fließen sollten. Darüber waren die Mieter*innen zu unterrichten. Ergäben sich Überschüsse aus dem Grundstück, die an weitere Erben weitergegeben werden sollten, waren ebenfalls Genehmigungsanträge zu stellen.[687] Am 17. Januar 1940 wurden dem Ehepaar David von der Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten die bisherigen Genehmigungen entzogen und durch neue ersetzt. Fortan durften die Eheleute neben dem monatlichen Freibetrag nur noch für ganz bestimmte Zwecke über ihr Sicherungskonto verfügen – etwa zur Begleichung von Steuern, Gebühren oder Arztrechnungen, „zur Beschaffung von Sachen zum Zweck der Auswanderung" oder „zur Bezahlung ersatzloser Abgaben und zur Veräußerung des Guthabens an die Deutsche Golddiskontbank".[688] Bei allen aufgeführten Zwecken war Voraussetzung, dass die Zahlungen ausschließlich an „Inländer und nur durch unmittelbare Überweisung" erfolgen durften.

Am 24. Januar 1940 meldete die Abteilung für Preisbildung und Preisüberwachung der „Verwaltung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe" der Devisenstelle, dass gegen Bernhard David als vormaligen Inhaber der Firma Gustav Schmidt & Co. eine Ordnungsstrafe von 50.000 RM „nebst Kosten" verhängt worden sei. Der entsprechende Ordnungsstrafbescheid sei „vollstreckbar". Darüber hinaus seien noch die „strafbaren Übergewinne von RM 10 224.51" einzuziehen.[689] Deshalb bat die Preisüberwachungsstelle die Devisenstelle, Bernhard David die Genehmigung für die Begleichung von insgesamt 62.968,47 RM „zu erteilen".[690] Am 6. Februar 1940 wurde dies genehmigt.[691] Weil er den Strafbescheid als „nicht berechtigt" ansah, legte David Beschwerde ein. Da jedoch der Strafbescheid „sofort vollstreckbar" war, zahlte David einen Teilbetrag von 17.000 RM. Hinsichtlich des Restes in Höhe von 45.968,47 RM wollte David sein Grundstück Am Markt 21 belasten. Dafür ersuchte er am 10. März 1940 um eine Genehmigung der Devisenstelle – mit Erfolg.[692]

Im Mai 1940 bahnte sich der Verkauf des Grundstücks Marktstraße 38 in Wilhelmshaven an. Auf diesem Grundstück war noch eine Hypothek in Höhe von 2.000 RM zugunsten von Bernhard David eingetragen, die nun gelöscht werden sollte. Hinsichtlich einer diesbezüglichen Löschungsbewilligung wandte sich der Wilhelmshavener

687 Ebd., Bl. 96. Vgl. ebd., Bll. 99f.
688 Ebd., Bl. 101.
689 Ebd., Bl. 103. Vgl auch StAHH, 131-4, 1940 S III 546.
690 StAHH, 314-15, R 1938/2466, Bl. 103.
691 Vgl. ebd., Bl. 104.
692 Ebd., Bl. 106.

Rechtsanwalt Heyne an die Devisenstelle in Hamburg.[693] Unter der Voraussetzung, dass die 2.000 RM auf das Sicherungskonto überwiesen würden, erteilte die Devisenstelle ihre Erlaubnis.[694] Der Verkauf verzögerte sich und wurde erst im November 1940 vollzogen, sodass die Genehmigung mehrmals verlängert werden musste.[695] Am 21. September 1940 bat Bernhard David um die Genehmigung der Devisenstelle, das Grundstück Am Markt 21 mit einer Hypothek in Höhe von 58.000 RM zu belasten. David begründete die Grundschuld mit der „Sicherstellung einer etwa später fällig werdenden Reichsfluchtsteuer".[696] Die Genehmigung erfolgte – zunächst mittels eines Stempel-Vermerks der Devisenstelle auf Davids Ersuchen am 24. September 1940 und dann noch einmal in einem separaten Schriftstück von der „Verwaltung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe" vom 7. Oktober 1940.[697]

In der „Dritten Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden" vom 21. Februar 1939 wurde im ersten Paragrafen festgeschrieben, dass „alle Juden" „die in ihrem Eigentum befindlichen Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung" an die „vom Reich eingerichteten öffentlichen Ankaufstellen" abzugeben hätten.[698] Elfriede David leistete dem Folge; auf der vom 23. Januar 1941 datierten Quittung wurde ihr „als Entschädigung für abgelieferte Wertgegenstände" ein Geldbetrag von 539 RM in Aussicht gestellt, der auf dem Sicherungskonto verbucht werden sollte.[699]

Seit dem Juni 1942 befand sich Bernhard David wegen einer kardiologischen Erkrankung in einer Klinik. Zu der Zeit wurde Elfriede David von der Gestapo mitgeteilt, dass ihre Deportation nach Theresienstadt bevorstand. Elfriede David beging am 14. Juli 1942 Selbstmord; Bernhard David starb am 23. Juli 1942.[700] Das Amtsgericht Hamburg ernannte Dr. Ernst Kaufmann, einen nur zur rechtlichen Beratung und Vertretung von Juden zugelassenen Konsulenten, zum Nachlasspfleger. Im Grundbuch

693 Ebd., Bl. 107. Vgl. auch ebd., Bll. 108–110.
694 Ebd., Bll. 111 u. 120f.
695 Vgl. ebd., Bll. 123f.
696 Ebd., Bl. 117.
697 Vgl. ebd., Bll. 117 u. 122.
698 RGBl., 1939, Teil I, S. 282.
699 StAHH, 314-15, R 1938/2466, Bl. 127. Vgl. auch StAHH, 214-1, 222.
700 https://www.stolpersteine-hamburg.de/?&MAIN_ID=7&r_name=bernhard+david&r_strasse=&r_bezirk=&r_stteil=&r_sort=Nachname_AUF&recherche=recherche&submitter=suchen&BIO_ID=5447 [Zugriff: September 2024].

von Eppendorf waren für Elfriede David eine Hypothek über 6.000 RM und eine weitere Hypothek über 4.000 RM vermerkt. Die Hausmaklerfirma Albert Schwarke & Sohn informierte Kaufmann darüber, dass die OHG Heinrich Bauer als Grundeigentümer beide Hypotheken zum 1. Oktober 1942 gekündigt habe. Zugleich sandte sie an Kaufmann eine „Abtretungserklärung für die Hypotheken" zugunsten von Alfred Bauers Schwager Wilhelm Otto Dollenberg, der „zur Vollziehung" eine Auszahlung von 10.000 RM zu leisten hatte.[701] Dementsprechend beantragte Kaufmann am 3. Oktober 1942 „die Genehmigung zur Abtretung zweier für Frau David eingetragener Hypotheken von RM. 6.000.- und RM. 4.000.- an Wilhelm Otto Dollenberg, Hamburg, Moorende 8".[702] Den Gegenwert in Höhe von 10.000 RM wollte Kaufmann – die Bewilligung der Devisenstelle vorausgesetzt – nicht auf Bernhard Davids Nachlasskonto, sondern auf sein Anderkonto einzahlen, weil Bernhard David „seine Ehefrau mangels Testament nur zu ¼ beerbt hat, während zu ¾ die beiden im Auslande lebenden Söhne gesetzliche Erben sind".[703] Die Devisenstelle genehmigte zwar die Grundschuld-Abtretungen – doch nur unter der Maßgabe, dass „nach Abzug aller Unkosten" der Nettoerlös auf das Sicherungskonto „Elfriede Sara David geb. Perutz Nachlass" bei der Deutschen Bank einzuzahlen war.[704]

Else Leopold, geb. Perutz, war am 8. März 1891 geboren, Lambert Friedrich Leopold am 30. August 1890. Das Ehepaar hatte zwei Kinder – die am 14. Dezember 1919 geborene Hannah-Deborah und den am 29. März 1926 geborenen Ludwig-Elieser.[705]

Während gegen Elfriede und Bernhard David bereits Ende November 1938 eine Sicherungsanordnung erlassen worden war, fällt ins Auge, dass zum Zeitpunkt des Verkaufs des Grundstücks Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221 gegen Elfriedes Schwester und deren Ehemann noch keine Sicherungsanordnung bestanden hatte. Diese folgte jedoch am 7. März 1939.[706] Auf dem entsprechenden Dokument befindet sich ein handschriftlicher Vermerk, der das Aktenzeichen des Sicherungsanordnungsvorgangs gegen das Ehepaar David beinhaltet, auf den Verkauf des Eppendorfer Grundstücks sowie auf das bisherige Fehlen einer Sicherungsanordnung gegen das

701 StAHH, 314-15, R 1938/2466, Bl. 131.
702 Ebd., Bl. 129.
703 Ebd., Bl. 129.
704 Ebd., Bl. 133.
705 StAHH, 241-2, A 1212, Bl. 13.
706 StAHH, 314-15, R 1939/2020, Bll. 1–4.

Ehepaar Leopold hinweist. Auf der Grundlage von Paragraf 59 des Devisengesetzes vom 12. Dezember 1938 ordnete die Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten an, dass Else Leopold und ihr Ehemann Lambert Friedrich nur noch mit expliziter Genehmigung über bestimmte Vermögenswerte verfügen durften. Diese Anordnung betraf zum einen ein Guthaben in Höhe von 65.000 RM auf einem Konto bei der Dresdner Bank und zum anderen „etwaige Restforderungen“ aus dem genannten Grundstücksverkauf.[707] Ein monatlicher Betrag von 800 RM ohne Bewilligungsauflagen wurde dem Ehepaar zur Bestreitung seines Lebensunterhalts zugestanden. Begründet wurde die Sicherungsanordnung mit dem standardisierten Hinweis darauf, dass die Leopolds Juden waren und „damit zu rechnen“ sei, dass sie planten auszuwandern.[708] Lambert Friedrich Leopold war Landrichter gewesen und unter Bezugnahme auf Paragraf 3 des „Gesetz[es] zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 zum 30. September 1933 in den Ruhestand versetzt worden.[709] Sein monatliches Bruttoruhegehalt betrug 422,56 RM.[710]

Am 26. April 1939 schrieb Else Leopold an die Devisenstelle und bat darum, ungeachtet des festgesetzten monatlichen Freibetrags zusätzliche 716,73 RM von ihrem Konto bei der Dresdner Bank abheben zu dürfen. Bei diesem Betrag handelte es sich um das noch fehlende Geld, das Hannah-Deborah Leopold für ihre Auswanderung ins US-amerikanische Newark benötigte.[711] Die entsprechende Genehmigung wurde erteilt. Wegen diverser weiterer Angelegenheiten hatten sich Else und Lambert Friedrich Leopold immer wieder an die Devisenstelle zu wenden. Sie ersuchten um Genehmigungen für Ausgaben, die über den monatlichen Freibetrag hinausgingen[712] – zum Beispiel für die Rückzahlung von geliehenem Geld, das für die Entrichtung der ersten beiden Raten der Judenvermögensabgabe in Höhe von insgesamt 6.800 RM verwendet wurde. Dafür hatte sich Else Leopold von ihrer Schwiegermutter insgesamt 6.400 RM geborgt.[713] Außerdem reichten die Leopolds im September 1939 eine Transportrechnung ein, die von der Emigration ihres dreizehnjährigen Sohnes nach Schweden herrührte. Dass Else und Lambert Friedrich Leopold selbst Auswanderungspläne hatten,

707 Ebd., Bl. 1.
708 Ebd., Bl. 2.
709 StAHH, 241-1 I, 2012.
710 StAHH, 241-2, A 1212, Bl. 17.
711 StAHH, 314-15, R 1939/2020, Bl. 6.
712 Ebd., passim.
713 Vgl. ebd., Bl. 8. Den Teilbetrag von 400 RM hatte Else Leopold selbst aufgebracht.

ist ihren Erläuterungen zu weiteren Rechnungen zu entnehmen.[714] Sämtliche Anträge wurden genehmigt.

Am 2. September 1939 – am selben Tag wie bei Paul Dessauer – forderte die Devisenstelle das Ehepaar Leopold zwecks Neufestsetzung des monatlichen Freibetrags auf, über ihr Vermögen Auskunft zu erteilen. Infolge ihres Umzugs von der Haynstraße 31 in die Hansastraße 65 hatten die Leopolds ihre Post verzögert erhalten, sodass Lambert Friedrich Leopold bei der Devisenstelle wegen einer möglichen Fristüberschreitung um Nachsicht bat.[715] Die Leopolds waren bei Rosa Michaeli in einer Erdgeschosswohnung untergekommen.[716] Die Vermögensauskunft trug das Datum vom 8. September 1939 und einen Eingangsstempel vom 11. September 1939. Darin gaben die Leopolds ein „Bank-Sparkassenguthaben" in Höhe von 51.135 RM sowie weitere Vermögenswerte in Höhe von 500 RM an.[717] Von diesem Vermögen subtrahierte das Ehepaar „Schulden einschl. der noch nicht gezahlten Reichsfluchtsteuer u. d. Judenvermögensabgabe" in Höhe von 1.298 RM. Die monatlichen Ausgaben – Wohnungsmiete, Heizung, Lebensunterhalt etc. – bezifferten die Eheleute auf insgesamt 650 RM.[718] In einem separaten Schreiben vom 13. September 1939 korrigierten sie insofern ihre Angaben, als ihre Schulden nicht 1.298 RM, sondern 1.498 RM betrugen. Außerdem ergänzten sie, dass in dieser Schulden-Summe noch nicht die Reichsfluchtsteuer eingerechnet war, da diese „noch nicht fällig geworden und daher auch noch nicht festgesetzt" worden sei.[719] Die Devisenstelle setzte am 20. Oktober 1939 mit Wirkung zum 1. November 1939 den monatlichen Freibetrag auf 400 RM fest.[720]

Am 18. Dezember 1939 baten die Leopolds, den monatlichen Freibetrag um 100 RM zu erhöhen. Sie begründeten diese Bitte mit diversen anfallenden Ausgaben, die sie in einer Übersicht zusammengestellt hatten. Darunter waren Ausgaben für den Jüdischen Kulturbund, Zeitungen, Fahrgelder, Porti etc.[721] Der Posten „Porti", der mit 25 RM pro Monat veranschlagt wurde, war näher beschrieben: „Tochter in USA, Sohn in Schweden, fast alle Verwandte und Freunde im Ausland, Weiterbetreibung unserer Auswanderung".[722] Die Erhöhung wurde am 21. Dezember 1939 bewilligt.

714 Vgl. zum Beispiel ebd., Bl. 14.
715 Vgl. StAHH, 314-15, R 1939/2020, Bll. 10f.
716 Ebd., Bl. 19f.
717 Ebd., Bl. 12.
718 Ebd., Bl. 12.
719 Ebd., Bl. 13.
720 Ebd., Bl. 15.
721 Vgl. ebd., Bll. 23–26.
722 Ebd., Bll. 24 u. 26.

Nicht nur wegen Rechnungen musste das Ehepaar wiederholt mit der Devisenstelle in Kontakt treten. Mitte Dezember 1939 teilte Lambert Friedrich Leopold der Devisenstelle mit, dass er deren Aufforderung gemäß die Oberjustizkasse Hamburg benachrichtigt habe, sein Ruhegeld künftig auf das Sperrkonto seiner Frau „Else Sara Leopold“ bei der Depositenkasse der Dresdner Bank zu überweisen.[723] Doch die Oberjustizkasse informierte Leopold darüber, dass der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgericht „es ablehne“, Leopolds Ruhegeld „auf ein anderes als“ ihm „zustehendes Konto zu überweisen“.[724] Die Devisenstelle konnte damit nicht ihre eigene Forderung durchsetzen, dass Leopolds Ruhegeld fortan auf das Sperrkonto „Else Sara Leopold“ überwiesen wurde. So verfügte sie eine Sperrung von Leopolds Ruhegehaltskonto. Allerdings durfte der ehemalige Richter Geld vom Ruhegehaltskonto auf das Sperrkonto seiner Ehefrau transferieren.[725]

Ein weiteres Mal schrieb Lambert Friedrich Leopold an die Devisenstelle am 12. Januar 1940. Dabei bezog er sich auf „eine Vernehmung durch Herrn Assessor Weiffenbach“.[726] Weiffenbach habe ihm vorgehalten, „dass verschiedene unter Sicherungsanordnung stehende Juden auf die Oktober-Maassnahmen [sic] hin Auskunft eingeholt hätten, ob sie Sparcassen-Guthaben auf das beschränkt verfügbare Sperrkonto überweisen lassen müssten“.[727] Infolgedessen stellte sich Leopold die Frage, ob das Sparkassen-Guthaben, das unter Verwaltung des Testamentsvollstreckers Carl Norden stand, ebenfalls auf das Sicherungskonto von Else Leopold transferiert werden müsse. Das Guthaben bestehe aus zwei Teilbeträgen – zum einen aus 4.000 RM und zum anderen aus 617,60 RM. Davon wurden zugunsten zweier Cousinen von Else Leopold monatlich jeweils zwei Zuwendungen ausgezahlt. Obwohl Weiffenbach gegenüber Lambert Friedrich Leopold das Sparkassen-Guthaben „als unbeachtlich“ erachtet hatte, wollte Leopold „zu aller Vorsicht“ dieses Guthaben bei der Commerz- & Privatbank der Devisenstelle melden.[728]

Wie Paul Dessauer und das Ehepaar David erhielten auch die Eheleute Leopold ein Schreiben der Devisenstelle, in dem die bisherigen Genehmigungen durch ein neues Bündel an Genehmigungen ersetzt wurden. Dieses Schreiben war vom 16. Januar 1940

723 Ebd., Bll. 19f.
724 Ebd., Bll. 27f.
725 Ebd., Bll. 22 u. 27–32.
726 Ebd., Bl. 34.
727 Ebd., Bl. 34.
728 StAHH, 314-15, R 1939/2020, Bl. 34.

datiert und gestattete neben dem Verfügen über den monatlichen Freibetrag die Begleichung etwa von Steuern und Gebühren, von Arztrechnungen, „von Sachen zum Zweck der Auswanderung“ oder die „Bezahlung ersatzloser Abgaben und zur Veräußerung des Guthabens an die Deutsche Golddiskontbank“.[729]

Regelmäßig lassen sich in den Jahren 1940 und 1941 in den Anträgen der Leopolds auf Freigabe von Geldbeträgen jenseits des monatlichen Freibetrags Hinweise auf ihre geplante Auswanderung entdecken. Zum Beispiel ersuchten sie am 7. März 1940 um Genehmigung von 120 RM für ein „Unterrichtshonorar […] für die Ausbildung in Kleiderpflege und Feinplätterei“. Mittels dieser neuen Fähigkeiten wollten sie „im Ausland als Emigranten“ ihren Unterhalt sichern.[730] Am 22. Januar 1941 baten sie um Genehmigung von 36 RM für einen Sattler, der ihnen zwei Rucksäcke für die Auswanderung angefertigt hatte.[731] Am 19. Mai und am 21. Oktober 1941 folgten jeweils Genehmigungsanträge hinsichtlich von „Kabelkosten“ in Höhe von 16 RM sowie in Höhe von 49,70 RM.[732] Einen Tag später – am 22. Oktober 1941 – wussten sie, dass ihnen die „Evakuierung“ bevorstand.[733] Else Leopold und Lambert Friedrich Leopold wurden nach Lodz deportiert. Am 15. Mai 1942 wurde sie nach Chelmno gebracht und dort ermordet.[734]

Vom 7. Juni 1949 und vom 26. August 1949 sind zwei Anträge auf Vermögensrückerstattungen datiert, mittels derer die Brüder Frank Werner David und Walter Siegmund David Restitutionsansprüche anmeldeten. Der Mechaniker Frank Werner David besaß mittlerweile die US-amerikanische Staatsbürgerschaft und wohnte im New Yorker Stadtteil Brooklyn. Indes hatte sein als Kaufmann tätiger Bruder die britische Staatsangehörigkeit und lebte in London. Vertreten wurden die Brüder durch den Rechtsanwalt Dr. Morris Samson, der die beiden nahezu wortgleichen Anträge angefertigt und unterzeichnet hatte. Danach forderten die Brüder Rückerstattung „als Miterbe[n]“ ihrer am 16. Juli 1942 gestorbenen Mutter Elfriede David.[735] Die Restitutionsforderung

729 Ebd., Bl. 36.
730 Ebd.
731 Ebd.
732 Ebd.
733 Ebd.
734 https://www.stolpersteine-hamburg.de/?&MAIN_ID=7&r_name=else+leopold&r_strasse=&r_bezirk=&r_stteil=&r_sort=Nachname_AUF&recherche=recherche&submitter=suchen&BIO_ID=1304 [Zugriff: Juni 2024].
735 StAHH, 213-13, 6811, Bl. 3. Als Todesdatum von Elfriede David lässt sich in den Quellen sowohl der 14. Juli 1942 als auch der 16. Juli 1942 finden.

betraf jeweils einen halben Anteil des Grundstücks Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221. Der geschätzte Wert des Grundstücks „am Tage der Wegnahme“ wurde auf 100.000 DM beziffert.[736] Zu den damaligen Verkaufsbedingungen wurde angegeben, dass das Objekt „wegen jüdischer Rasse unter Nötigung“ am 20. Dezember 1938 veräußert worden war, der Kaufpreis 195.000 RM betragen hatte und der Käufer die OHG Heinrich Bauer gewesen war.[737] „Den Verkäufern“ sei „im Hinblick auf ihre jüdische Rasse, [sic] eine Ausgleichsabgabe von RM 14.000, -- auferlegt“ worden.[738]

Mit dem Grundstück Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221 war noch eine weitere Forderung verbunden. Diese betraf zwei Hypotheken in der Gesamthöhe von 10.000 GM, mit der das genannte Grundstück belastet war. Die Hypotheken seien „weggenommen [worden] ohne Entschädigung wegen jüdischer Rasse“ – und zwar vom Oberfinanzpräsidenten Hamburg, der sie an Wilhelm Otto Dollenberg „abgetreten“ hatte.[739] Am 12. März 1948 waren 4.000 GM unter der Nummer 5aI und 6.000 GM unter der Nummer 5b als „Grundschuld“ auf die Firma Heinrich Bauer im Grundbuch eingetragen worden.[740] Ferner machten die Brüder David geltend, dass aufgrund einer Verfügung vom 13. Juli 1942 der Nachlass ihrer Mutter „vom Deutschen Reich eingezogen“ worden sei.[741] Den Rückerstattungsforderungen beigefügt war eine Kopie des Erbscheins, wonach zunächst Elfriede Davids Ehemann Bernard und die beiden Söhne erben sollten.[742] Da Bernhard David am 23. Juli 1942 gestorben war, fiel der Nachlass zu gleichen Teilen an Frank Werner und Walter Siegmund David.[743] Ende Oktober 1950 wurde das Rückerstattungsverfahren eröffnet[744] und am 10. November 1950 ein entsprechender Rückerstattungsvermerk in das Grundbuch eingetragen.

Die Firma Heinrich Bauer ließ sich erneut von Rechtsanwalt Dr. Ernst Feld vertreten, der am 21. Dezember 1950 Stellung nahm: Er verwies darauf, dass der Kauf des Grundstücks auf der Grundlage eines notariellen Vertrags stattgefunden hatte. Der Kaufpreis hatte sich auf 195.000 RM belaufen „ausser einer mit GM 1.811,25 zu lösen-

736 Ebd., Bl. 3.
737 Ebd., Bl. 3.
738 Ebd., Bl. 3.
739 Ebd., Bl. 3.
740 Ebd., Bl. 14.
741 Ebd., Bl. 3.
742 Ebd., Bl. 5.
743 Vgl. ebd., Bl. 4.
744 Vgl. ebd., Bl. 14.

den Rente“. Eine Hypothek in Höhe von 22.000 RM wurde vom Käufer „übernommen“, der Betrag von 173.000 RM bei der Auflassung gezahlt.[745] Im Jahre 1943 sei das Grundstück bei einem Luftangriff „restlos zerstört“ worden, im Dezember 1950 stand dort eine „transportable Baracke“, in der das Kaufhaus Hoheluft untergekommen war.[746]

Das Wiedergutmachungsamt arrangierte für den 30. Januar 1951 eine „Güteverhandlung“.[747] Die Verhandlung wurde abermals von der Assessorin Schwenn geleitet. Auf der Antragsteller-Seite sind zu den Brüdern David noch zwei weitere Personen hinzugekommen – Hannah-Deborah Knight und Ludwig-Elieser Leopold, die Nachkommen von Else und Lambert Friedrich Leopold. Knight und Leopold wurden von Anwalt Hans Seidl vertreten, der auch am 30. Januar 1951 zur Verhandlung erschien. Für den Antragsgegner war Ernst Feld anwesend. Den beiden Parteien wurde der Vorschlag unterbreitet, dass die Firma Heinrich Bauer 15.000 DM „zur Abgeltung aller Rückerstattungsansprüche wegen des Grundstücks Hoheluftchaussee 91“ zahlen sollte.[748] Bis zum 15. März 1951 wurde den Parteien Zeit gegeben, sich zu diesem Vorschlag zu äußern. Feld teilte in seinem Schreiben vom 12. März 1951 mit, dass die Firma Heinrich Bauer einverstanden sei, 15.000 DM zu zahlen, sofern dieser Betrag in drei Raten entrichtet werden dürfe – nämlich 5.000 DM „bei Abschluss des Vergleiches“, weitere 5.000 DM drei Monate später und die letzten 5.000 DM sechs Monate nach dem Vergleichsabschluss.[749] Im Rahmen dieser Stellungnahme betonte Feld, dass mit diesen 15.000 DM „alsdann alle Rückerstattungsansprüche, gleich welcher Art, gegenwärtige und zukünftige, erledigt sein“ müssten.[750]

Derweil teilten die Anwälte Samson und Seidl dem Wiedergutmachungsamt am 6. März 1951 mit, dass Frank Werner David und Walter Siegmund David den Vorschlag akzeptierten.[751] Indes stand eine Antwort von Knight und Leopold noch aus, weswegen die Anwälte um eine Fristverlängerung baten. Zweimal – einmal im April 1951 und dann noch einmal im August 1951 – fragte das Wiedergutmachungsamt bei Samson und Seidl nach dem „Stand der Angelegenheit“.[752] Am 21. August 1951 erwiderte Seidl,

745 Ebd., Bl. 16.
746 Ebd., Bl. 16.
747 Ebd., Bl. 17.
748 Ebd., Bl. 18.
749 Ebd., Bl. 21.
750 Ebd., Bl. 21.
751 Ebd., Bl. 20.
752 Ebd., Bll. 22–25, Zitat Bll. 22 u. 24.

dass weder Knight noch Leopold ihm bisher eine Vollmacht erteilt hätten. Ebenso wenig hätten sie sich zu dem „Vergleichsvorschlag“ geäußert.[753] Am 22. Oktober 1951 unterrichtete Samson das Wiedergutmachungsamt, dass Knight und Leopold dem Vorschlag zustimmten. Die „Protokollierung des Vergleichs“ verzögerte sich jedoch, da der Erbschein des Ehepaares Else und Lambert Friedrich Leopold noch nicht vorlag.[754] Acht Tage später schickte das Nachlassgericht den Erbschein direkt an das Wiedergutmachungsamt.[755]

Im Januar 1952 wurde die Einigung in der Rückerstattungssache gerichtlich fixiert. Statt von Feld wurde die antragsgenerische Seite von dem Rechtsanwalt und Unterbevollmächtigten Dr. Hattendorf vertreten.[756] Dabei wurde die Formulierung aus Felds Schreiben vom 12. März 1951 verwendet, dass „zur Abgeltung aller Rückerstattungsansprüche gleich welcher Art, gegenwärtiger und zukünftiger,“ der Betrag von 15.000 DM zu zahlen war.[757] Die eine Hälfte des Betrags sollte an die Brüder David gehen, die andere Hälfte an Knight und Leopold. Das Geld war auf die jeweiligen Sperrkonten bei der Bank Brinckmann, Wirtz & Co. zu überweisen. Die erste Rate von 5.000 DM war sofort fällig, die zweiten 5.000 DM am 11. April 1952, die letzten 5.000 DM am 11. Juli 1952. Bereits am 7. Februar 1952 war der Rückerstattungsvermerk aus dem Grundbuch gelöscht worden.[758]

7. Schöne Aussicht 22

Zu Alfred Bauers Grundvermögen nach dem Stand vom 1. Januar 1940 zählte auch das Grundstück Schöne Aussicht 22, das mit einem Einheitsweit in Höhe von 73.000 RM ausgewiesen war.[759] Die Quellenlage bezüglich des Kaufs des genannten Grundstücks ist sehr lückenhaft. Ferner stammen die meisten Quellen nicht aus der Zeit des Grundstückserwerbs, sondern aus späterer Zeit. Dies erschwert die Betrachtung dieses Transfers zusätzlich. In den Quellen legt Frieda Johanna Wolff, geb. Reincke, die am 12. März 1893 in Hamburg geborene Witwe des einstigen Grundstücksbesitzers, ihre

753 Ebd., Bl. 25.
754 Ebd., Bl. 26.
755 Ebd., Bl. 29.
756 Ebd., Bl. 34. Vgl. dazu ebd., Bl. 41.
757 Ebd., Bl. 34.
758 Ebd., Bl. 43.
759 StAHH, 313-9, 4910, 77.

Sicht der Dinge dar. Hinzu kommen Stellungnahmen der JTC sowie von verschiedenen Rechtsanwälten, die Frieda Wolff in diversen Rückerstattungsverfahren vertreten haben. Aus diesen Darstellungen lässt sich Folgendes zusammentragen:

Der am 5. Dezember 1870 in Hamburg geborene Eduard Wolff war seit 1891 Mitinhaber der Firma L. Wolff Zigarrenfabriken in Hamburg, die sein Vater im Jahr 1867 gegründet hatte. Zudem bekleidete Wolff seit 1915 die Position eines türkischen Honorarkonsuls. Wie Wolffs Witwe formulierte, war Eduard Wolff „Volljude", weshalb es von nationalsozialistischer Seite zu „dauernde[n] Anfeindungen gegen die Firma" gekommen sei.[760] In der 1935 erschienenen 17. Ausgabe der NS-Wochenzeitung „Der Stürmer" wurde zum Beispiel in antisemitisch-hetzerischer Absicht darauf hingewiesen, dass Eduard Wolff weiterhin an der Firma L. Wolff Zigarrenfabriken sowie an der Hacifa-Tabakfabrik beteiligt sei.[761] Um Schaden von der Firma abzuwenden und weiteren Drangsalierungen zu entgehen, schied Wolff am 25. Juli 1935 aus der Firma aus.[762] Sein Kompagnon Franz Dunker war anschließend der alleinige Inhaber. Die Modalitäten von Wolffs Ausscheiden aus der Firma und die damit verbundene „Befriedigung" sämtlicher Ansprüche beruhten auf einem 1923 zwischen Wolff und Dunker fixierten Vertrag.[763]

Der Rechtsanwalt Henning Kragh, der Frieda Wolff in den 1950er-Jahren vertrat, berichtete in seinem vom 31. März 1954 datierten Antrag auf „Zahlung von Entschädigungsansprüchen aus dem Bundesentschädigungsgesetz/Hamburger Allgemeinen Wiedergutmachungsgesetz" von Anfeindungen im privaten Umfeld. Demzufolge war die NSDAP in das Haus neben dem Wolff'schen Wohnsitz Schöne Aussicht 22 gezogen. „Beleidigende und demütigende Aeusserungen waren an der Tagesordnung, […]"[764] Der Arzt Dr. med. Ergang könne bestätigen, „dass diese ständigen Verfolgungenden [sic] später erfolgten Freitod herbeigeführt haben".[765] Den Suizid „ausgelöst" habe das Erscheinen „eines Vertreters der Gestapo, der eines Tages mit einer nichtigen Frage"

760 StAHH, 351-11, 15179, Bll. 1 u. 37.
761 Vgl. StAHH, 351-11, 15179, Bl. 37. Jeweils 50 Prozent an der Fabrik seines Vaters und den Firmen Hacifa und Hiestrich sollen Wolff gehört haben. Der Kaufmann Wolff hatte im Rahmen eines Vertragsabschlusses im Jahre 1928 sein Vermögen vor dem Notar Dr. von Sydow auf „eineinhalb Millionen Reichsmark mindestens" beziffert. Vgl. StAHH, 351-11, 15179, Bl. 55.
762 StAHH, 351-11, 15179, Bll. 1 u. 37.
763 Ebd., Bl. 10.
764 Ebd., Bl. 37.
765 Ebd., Bll. 2 u. 38.

bei Frieda Wolff vorstellig geworden war.[766] „Um seine Familie vor weiteren Verfolgungen zu schützen“, habe Eduard Wolff am 26. Februar 1938 Selbstmord begangen.[767]

Wolff hatte in seinem Testament seinen Adoptivsohn Herbert als Universalerben eingesetzt. Drei Monate nach Wolffs Suizid starb der Adoptivsohn bei einem Autounfall. Wolffs ältere Schwester sowie deren beiden Töchter wurden Anfang der 1940er-Jahre in Theresienstadt beziehungsweise in Auschwitz ermordet.[768] „Durch einen Formfehler im Testament über Erastz [sic] und Nacherbschaft wurde Frau Rafael, die Mutter des [Adoptiv-]Sohnes, Universalerbin.“[769] Dass „sein ganzes Vermögen“ Emma Rafael zufiel, sei jedoch niemals der Wille von Eduard Wolff gewesen.[770] Dies war der wesentliche Grund, warum zwischen Emma Rafael und den anderen Testamentsbegünstigten ein Vergleich geschlossen wurde.[771]

Im Jahr 1947 konnte Hans Howindt als Zeuge hinsichtlich der Richtigkeit der Angaben von Frieda Wolff gegenüber der Wiedergutmachungsstelle noch folgende Dokumente in Abschrift vorlegen: Ehevertrag zwischen Eduard und Frieda Wolff, Testament von Eduard Wolff, „Vergleich zur Beseitigung der Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Testamentes“, Landgerichtsurteil „in der Sache der Testamentsvollstrecker des Eduard Wolff gegen Martin Wolff“, Bewilligungsantrag bezüglich des Armenrechtes für Martin Wolff und Antragsablehnung durch das Hanseatische Oberlandesgericht.[772] Howindt war Direktor der Hamburger Sparcasse von 1827 sowie Vorstand der Hacifa Hamburger Cigarren Fabriken Handels AG gewesen.[773]

Dr. Strauch, ein Mitarbeiter der Wiedergutmachungsstelle, hatte die Gelegenheit gehabt, die von Howindt seinerzeit zur Verfügung gestellten Unterlagen durchzuarbeiten. In einem Schreiben vom 2. April 1947 kam er zu dem Ergebnis, dass die Erbin des Wolff’schen Vermögens, „wie als unzweifelhaft unterstellt werden darf, Frau Rafael“

766 Ebd., Bl. 38.
767 Ebd., Bl. 38.
768 Ebd., Bl. 3; https://www.stolpersteine-hamburg.de/?&MAIN_ID=7&r_name=wolff&r_strasse=&r_bezirk=&r_stteil=&r_sort=Nachname_AUF&recherche=recherche&submitter=suchen&BIO_ID=6854 [Zugriff: September 2024].
769 StAHH, 351-11, 15179, Bl. 3.
770 Ebd., Bl. 3. Vgl. auch StAHH, 213-13, 4777, Bl. 26.
771 StAHH, 351-11, 15179, Bl. 3.
772 Ebd., Bl. 5.
773 https://agora.sub.uni-hamburg.de/subhh-adress/cntmng?type=pdf&did=c1:1302931 [Zugriff: September 2024].

sei.[774] Dementsprechend schätzte er Frieda Wolffs Erfolgschancen bei etwaigen Rückerstattungsforderungen als gering ein.

Die Witwe Frieda Wolff führte diverse Restitutionsverfahren, in denen es hauptsächlich um ihren einstigen Wohnsitz Bellevue 48 oder um Rentenansprüche ging. Wegen des Grundstücks Schöne Aussicht 22 scheint sie weniger prozessiert zu haben. Das übernahm die JTC. Für das Grundstück Schöne Aussicht 22 stellte die JTC „anstelle des Geschädigten" Eduard Wolff Anfang der 1950er-Jahre einen Antrag auf Rückerstattung.[775] Antragsgegner war Alfred Louis Heinrich Bauer.[776] Die Übereignung des Grundstücks hatte am 9. Mai 1939 stattgefunden. Auf dem Auskunftsbogen zu den Restitutionsansprüchen wurde die Frage bejaht, ob „der Verkauf unter Nötigung" stattgefunden habe.[777] Nach Meinung der JTC war das Grundstück Schöne Aussicht 22 „einem als Juden Verfolgten (bezw. einer jüd. Organisation) in der maßgebenden Zeit ungerechtfertigt entzogen worden".[778] Wie bereits bei anderen Grundstücken war auch die Schöne Aussicht 22 zu der Zeit, als Rückerstattungsansprüche erhoben wurden, beliehen. Eine Grundschuld in Höhe von 50.000 RM lag auf dem Grundstück. Gläubiger war die Hansa Bank, die am 26. Februar 1952 vom Wiedergutmachungsamt informiert wurde, dass eine Rückerstattung „das gänzliche oder teilweise Erlöschen" der Hypothekenforderung bedeuten könnte.[779]

Im Auftrag von Alfred Bauer legte der Assessor Friedrich Leo, Leiter der Arbeitsgemeinschaft für Rückerstattungsfragen, am 30. April 1952 Widerspruch gegen die Rückerstattungsforderung ein.[780] In einem Schreiben vom 9. Mai 1952 meldete sich ein Mitarbeiter des Haus- und Hypothekenmaklers Jacob Volckerts und erhob „im Auftrage des Eigentümers" ebenfalls Einspruch.[781] Diese Maklerfirma hatte damals das Grundstücksgeschäft vermittelt. Der Einspruch wurde folgendermaßen begründet:

> Der Verfolgte war kein Jude. Die Aktivlegitimation muß von der Jewish Trust Corporation nachgewiesen werden. In dem Kaufvertrag vom 9.5,1939 [sic] ist die ausdrückliche Erklärung vom Verkäufer und Käufer enthalten, daß an diesem Rechtsgeschäft ein Jude nicht beteiligt ist.[782]

774 StAHH, 351-11, 15179, Bl. 10.
775 StAHH, 213-13, 16932, passim.
776 Ebd., Bl. 3.
777 Ebd., Bl. 4.
778 Ebd., Bl. 9.
779 Ebd., Bl. 13.
780 Ebd., Bl. 16.
781 Ebd., Bl. 17.
782 Ebd., Bl. 17. Wer genau mit „der Verfolgte" gemeint war, ist unklar.

Diesbezüglich habe der Mitarbeiter der Maklerfirma die JTC bereits kontaktiert, und eine Anfrage beim damaligen Testamentsvollstrecker sollte erfolgen. Am 4. Oktober 1952 zog die JTC ihren „RE-Antrag“ zurück.[783] Am 22. Oktober 1952 wurde der im Grundbuch eingetragene Rückerstattungsvermerk gelöscht.

8. Zwischenfazit

Vier Erkenntnisse lassen sich zusammenfassen:

Erstens: Auf behördlicher Ebene lässt sich beobachten, wie die Devisenstelle und andere Behörden gegenüber Jüdinnen und Juden als Überwachungsinstanz fungierten, die systematische Verdrängung von Juden und Jüdinnen aus dem wirtschaftlichen und sozialen Leben vorantrieben und die antisemitische Verfolgung in „bürokratische[] Formen und Verfahrensweisen“ hüllten.[784] Dieses Verwaltungshandeln formierte die Rahmenbedingungen.

Zweitens: Die im Zuge seines Entnazifizierungsverfahrens von Alfred Bauer geäußerte Darstellung im Hinblick auf die Grundstückskäufe ist nach der Betrachtung der Erwerbe schwerlich aufrechtzuerhalten. Es ist unerlässlich, die Grundstückserwerbe von Heinrich und Alfred Bauer als Privatpersonen oder als Vertreter der OHG Heinrich Bauer unter dem Aspekt der *Arisierung* zu betrachten und einzuordnen. An den überlieferten Kaufverträgen wird erkennbar, dass die Erwerbe keine Transfers unter gleichberechtigten Parteien waren. Da etwa der Vertrag über den Verkauf des Kaufhauses Hoheluft einen Rekurs auf die „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden“ vom 26. April 1938 beinhaltete, offenbaren ebendiese Quellen die zeitgenössische Wahrnehmbarkeit antisemitischen Agierens. Diese Verordnung gilt in der Forschung als Auftakt eines Vorgehens mit dem Ziel, „den Prozeß der ‚Arisierung‘ in legale Formen [zu] überführen“.[785]

Drittens: Gleichwohl kristallisieren sich Parallelen und Unterschiede im Verlauf der einzelnen Transfers heraus. So stellen etwa die Grundstücke Schützenpforte 9 und Schöne Aussicht 22 insofern spezielle Fälle dar, als es im Fall der Schützenpforte 9 um eine Hypothek zugunsten eines Juden ging und im Fall Schöne Aussicht 22 die Frage

783 Ebd., Bl. 20.
784 Rummel, Enteignung der Juden 2007, hier S. 61f.
785 Bajohr, „Arisierung“ 1997, S. 223.

aufkam, ob die damals verkaufende Person jüdisch war. Indes erfolgten die Transfers der Objekte Hoheluftchaussee 91 und Hoheluftchaussee 93 und des Kaufhauses Hoheluft in einer Hochphase der antisemitischen Verfolgung. Auf der Seite der Verkäufer zeichnet sich die Gemeinsamkeit ab, dass einige von ihnen – Fraenckel, David, Leopold – den Verkaufserlös für die Auswanderung ihrer Kinder nutzten, sofern die Devisenstelle dem zustimmte. Vorbehaltlich der lückenhaften Quellenlage wird auf der Käuferseite das Bestreben ersichtlich, dass die Geschäftsabwicklungen stets in juristisch korrekter Form vonstattengingen.

Viertens: Bei den Restitutionsverfahren stand für die OHG Heinrich Bauer viel auf dem Spiel, zumal einige Grundstücke mit Hypotheken belastet waren. Die Mehrheit der Verfahren endete mit einem Vergleich. Dies war nicht außergewöhnlich, sondern vielmehr ein weit verbreiteter Ausgang von Rückerstattungsverfahren im Nachkriegsdeutschland.[786]

786 Vgl. Grumblies, Rückerstattung und Entschädigung 2021, S. 283–290.

III. Jüdische Bewohner*innen der Mietshäuser

1. Vorbemerkungen

Das Wohnen zählte damals wie heute zu den existenziellen Bedürfnissen der Menschen. Die nationalsozialistischen Vorstellungen zu Begriffen wie *Gemeinschaft* und *Volksgemeinschaft*[787] setzten Prämisse-Konklusions-Ketten in Gang, die unter anderem für das Verdrängen von Juden und Jüdinnen aus Wohnungen ein ideologisches Fundament bereithielten. Zu diesem Fundament zählte die nationalsozialistische Auffassung, dass Juden und Jüdinnen keine *Volksgenossen* sein konnten. Wer als Jude beziehungsweise Jüdin galt, wurde 1944 folgendermaßen zusammengefasst:

> Jude ist, wer von mindestens 3 der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt; als volljüdisch gilt ein Großelternteil ohne weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat. Als Jude gilt auch der von zwei volljüdischen Großeltern abstammende staatsangehörige jüdische Mischling, der am 15.9.35 der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder danach in sie aufgenommen wird, der am 15.9.35 mit einem Juden verheiratet war oder sich danach mit einem Juden verheiratet, der aus einer nach dem 15.9.1935 mit einem Juden geschlossenen Ehe stammt, der aus dem außerehelichen Verkehr mit einem Juden stammt und nach dem 31.7.36 außerehelich geboren wird. Jüdischer Mischling ist, wer von 1 oder 2 der Rasse nach volljüdischen Großelternteilen abstammt, sofern er nicht nach Vorstehendem als Jude gilt.[788]

Aus der Prämisse, dass Juden und Jüdinnen niemals *Volksgenossen* sein konnten, wurde gefolgert, dass sie nicht zur „Lebensordnung der Gemeinschaft“[789] gehörten und damit ebenso wenig Mitglieder einer „Hausgemeinschaft“ sein konnten.[790] Trotz derartiger Schlussfolgerungen blieb gegen Mitte der 1930er-Jahre eine „systematische Verdrängung“ von Juden und Jüdinnen aus Wohnungen erst einmal aus.[791] Gleichwohl gab es versprengte antisemitische Maßnahmen im Bereich Wohnen und Mieten. Während zum Beispiel der 1934 publizierte Deutsche Einheitsmietvertrag „noch keine Ausgrenzung von Juden“ umfasste, nahmen Wohnungsbaugenossenschaften „spätestens

787 Vgl. Michael Stolleis, Gemeinschaft und Volksgemeinschaft. Zur juristischen Terminologie im Nationalsozialismus. In: VfZ 20,1 (1972), S. 16–38.
788 Franz Schlegelberger u. Werner Hoche, Das Recht der Neuzeit. Ein Führer durch das geltende Recht des Großdeutschen Reichs und das preußische Landesrecht 1914–1944, Berlin 1944, S. 226.
789 Gustav Karl Schmelzeisen, Deutsches Recht. Einführung in die Rechtswissenschaft, Leipzig 1938, S. 225.
790 Jürgen Herrlein, Die „Entjudung“ des Mietwohnungsbestands im Nationalsozialismus als Teil der geplanten „Ausrottung des jüdischen Volkes“. In: Kritische Justiz 48,1 (2015), S. 17–37, hier S. 19.
791 Ebd., S. 20f.

seit Ende 1935“ keine Juden mehr auf und versuchten, langjährige jüdische Mieter*innen loszuwerden.[792]

Eine signifikante Verschärfung auf der rechtlichen Ebene trat mit dem „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden“ vom 30. April 1939 ein. Danach durfte ein Mietvertrag mit einem Juden „jederzeit mit der gesetzlichen Frist gekündigt werden, auch wenn der Vertrag auf bestimmte Zeit geschlossen oder eine längere als die gesetzliche Kündigungsfrist vereinbart ist“.[793] Eine derartige Kündigung setzte aber voraus, dass der Vermieter „durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörde“ den Nachweis „über eine anderweitige Unterbringung des Mieters“ erbringen konnte.[794] Juden durften „Untermietverträge nur mit Juden abschließen“.[795] Juden hatten „auf Verlangen der Gemeindebehörde […] Juden als Mieter oder Untermieter aufzunehmen“.[796]

Das Thema „Hausgemeinschaft mit Juden“ wurde auch in der Presse erörtert. Im „Hamburger Tageblatt“ vom 12. Mai 1938 erschien unter der Rubrik „Eine schon oft gestellte Frage“ ein Artikel mit dem Titel „Mit Juden unter einem Dach wohnen. Arisierung der Wohnhäuser nach Vorbild von Gaststätten und Bädern“.[797] Darin wurde unter anderem die Frage diskutiert, „ob das Vorhandensein eines jüdischen Mieters ein Fehler im Sinne von § 537 BGB“ sei.[798] Der Autor vertrat die Meinung, dass diese Frage weniger ein Rechtsproblem darstelle, sondern vielmehr eine Frage des Gemeinschaftsverständnisses und der daraus abzuleitenden Pflicht des Vermieters sei:

> Der Vermieter habe die Pflicht, den Mieter auf den etwa vorhandenen jüdischen Hausbewohner hinzuweisen. Der Mieter könne davon ausgehen, daß der Hausbesitzer seine völkische Pflicht erfüllt und nicht an einen Juden vermietet oder daß er wenigstens den deutschen Mieter darauf hinweist.[799]

Diese Darlegungen werfen folgende Fragen auf: Gab es jüdische Bewohner*innen in den Mietshäusern, die entweder Mitgliedern der Familie Bauer privat oder der OHG Heinrich Bauer gehörten? Lassen sich Hinweise finden, die den Blick auf oder

792 Ebd., S. 21f.
793 RGBl. 1939, Teil I, S. 864, § 2.
794 Ebd., §§ 1 u. 2.
795 Ebd., § 3.
796 Ebd., § 4.
797 Hamburger Tageblatt, 10. Jg. Nr. 128 vom 12.05.1938, „Mit Juden unter einem Dach wohnen“ (S. 8).
798 Ebd.
799 Ebd.

das Handeln gegenüber den jüdischen Bewohnern und Bewohnerinnen erhellen könnten? Lassen sich Aussagen zum Handeln der Grundstücksverwaltung Albert Schwarke & Sohn treffen?

2. Löwenstraße 30

Die Familie Josephi[800]

John Josephi war am 19. Mai 1879 in Hamburg geboren, seine Frau Selma, geb. Stein, am 14. März 1889. Das Ehepaar hatte zwei Töchter – die am 16. März 1915 geborene Bella, die am 2. Juni 1939 nach England auswanderte, und die am 3. März 1922 geborene Erika, die am 25. Oktober 1938 nach Haifa emigrierte. Die Josephis waren langjährige Mieter einer Wohnung im ersten Stock in der Löwenstraße 30. John Josephi war Versicherungsagent bei der Hammonia Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft; darüber hinaus arbeitete er für die Allianz-Versicherung und die Firma Mutzenbecher.[801] Wie sich seine berufliche Situation ab 1933 verschlechterte, beschrieb John Josephi am 27. Juni 1939 folgendermaßen:

> Im Jahre 1933 konnte ich bei der Machtübernahme fast kein Geschäft hereinbringen, so dass mir die Gesellschaft in gütlicher Vereinbarung eine Agentur einrichtete, was zur Folge hatte, dass ich die wenigen Neuschäfte [sic] für mich resp. meiner Agentur zuleiten musste.[802]

Im Rahmen der Entschädigungsklage von Erika Miller, geb. Josephi, wegen Schadens an Körper oder Gesundheit schilderten zwei Zeugen, wie sich das Leben der Josephis in den 1930er-Jahren, als die Töchter noch in Hamburg waren, wandelte. Die erste Zeugenaussage stammt von Paul Shraga Frank, einem Bekannten von Erika:

> Da sie [die Familie Josephi] die einzige juedische Familie in der Umgebung war[,] wurde das Belaestigen und allgemeine Absonderung unertraeglich. Sogar erinnere ich noch die dunklen gruenen Jalousien, die sogar am Tage aus Angst heruntergelassen wurde[n]. […] Dann wurde die Lage immer schwieriger mit allen unertraeglichen Erscheinungen, […].[803]

800 StAHH, 213-13, 324; StAHH, 213-13, 18345; StAHH, 213-13, 21352; StAHH, 314-15, FVg 3060; StAHH, 314-15, FVg 4886; StAHH, 332-8, Nr. A 51/1; StAHH, 351-11, 11519; StAHH, 351-11, 47030; StAHH, 351-11, 45329; StAHH, 522-1_992 b; StaHH 621-1/85, 159.
801 StAHH, 351-11, 47030, Bl. 64 A.
802 StAHH, 621-1/85, 159.
803 StAHH, 213-13, 324, Bl. 30.

Die zweite Aussage tätigte Bella Beer, geb. Josephi: „Ich erinnere mich noch genau[,] wie sehr nervoes sie [Erika] wurde und wie sie seelisch gelitten hat unter den dauernden Haussuchungen[,] die die Gestapo bei uns vornahm nach unserem Vater[,] …“[804] Sowohl John als auch Selma Josephi mussten Zwangsarbeiten verrichten. Ab dem 19. September 1941 waren sie verpflichtet, einen *Judenstern* zu tragen.[805] Am 8. November 1941 wurden sie nach Minsk deportiert. Paula Bruns, die Schwester von Selma Josephi, sagte im Zuge eines der Restitutionsverfahren vor Gericht am 23. Februar 1960 aus: „Anläßlich der Deportierung meiner Schwester brachte mein Sohn sie noch zum Sammelplatz an der Moorweide und sah dabei, daß sie ihren Wohnungsschlüssel bei der Polizei abliefern mußte.“[806] Das Vermögen der Josephis wurde zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen.[807] Ihr Hausrat wurde versteigert und brachte am 23. Januar 1942 einen Erlös von 1.543,45 RM und am 27. Februar 1942 noch einmal 30 RM ein.[808]

Elsa Ahrens[809]

Ein Stockwerk über den Josephis in der Löwenstraße 30 wohnte das Ehepaar Ahrens. Ludwig Klaus Ahrens war am 8. April 1874 in Horst bei Elmshorn geboren, evangelisch-lutherisch und hatte sich als Kaufmann betätigt. Die Jüdin Elsa Ahrens, geb. Israel, war am 14. April 1885 in Hamburg geboren. Das Ehepaar war vielfältigen Drangsalierungen ausgesetzt. Elsa Ahrens wurde mehrmals von der Gestapo verhört und mit der Verbringung in ein Konzentrationslager bedroht; ihr Ehemann wurde ebenfalls verhört und ihm wurde „unter Drohungen anempfohlen“, die eheliche Verbindung zu lösen.[810] Händler im näheren Umkreis ihrer Wohnung hatten sich geweigert, Elsa Ahrens zu bedienen. Von Kindern aus der Nachbarschaft wurde sie „auf der Straße als Jüdin beschimpft“.[811] Trotz allem überlebte das Ehepaar in Hamburg die NS-Zeit. In einer Stellungnahme für das Amt für Wiedergutmachung äußerte Elsa Ahrens sich dazu wie folgt:

> In ganz besonders starken [sic] Masse wurde ich hiervon [„panikartige Angst“] wieder im Februar 1945 ergriffen, als die Deportation der in Mischehe lebenden Juden

804 Ebd., Bl. 58.
805 StAHH, 351-11, 47030, Bl. 31.
806 StAHH, 213-13, 21352, Bl. 6.
807 StAHH, 314-15, FVg 3060, Bl. 27.
808 StAHH, 213-13, 18345, Bl. 3; StAHH, 351-11, 11519.
809 StAHH, 332-8, Nr. A 51/1; StAHH, 351-11, 7934.
810 StAHH, 351-11, 7934, Bl. 21.
811 Ebd., Bl. 21.

> einsetzte. Ich weiss bis heute nicht[,] welchem Wunder ich es zuzuschreiben habe, dass ich damals nicht nach Theresienstadt deportiert wurde. Ich habe täglich gerechnet, abgeholt zu werden[,] und hatte bei aller Furcht doch nicht den Mut[,] mich zu verstecken.[812]

Im Jahr 1943 zog das Ehepaar in die Eichenstraße 89. Am 26. Februar 1947 starb Elsa Ahrens' Ehemann. Seit dem 12. Mai 1958 lebte Elsa Ahrens in dem jüdischen Altersheim Schäferkampsalle 27.[813]

Hans Nathan[814]

Hans Nathan war am 16. Juli 1894 in Hamburg geboren. Von Beruf war er Kellner, seit 1934 Invalide. Auf seiner Kultussteuerkartei der jüdischen Gemeinde sind mehrere Adressen verzeichnet. Inwieweit seine Wohnortwechsel freiwillig oder erzwungen waren, ist nicht ersichtlich. Mit dem Datum 19. Januar 1937 – somit nach dem Erwerb der Löwenstraße 28–30 durch Heinrich Bauer – ist der Eintrag Löwenstraße 30 vermerkt. Nathan wohnte dort zur Untermiete.[815] Später wohnte er in der „Beneckestr. 6" – dieser Information ist auf der Kultussteuerkarte das Datum 15. September 1942 beigefügt. Am 24. März 1943 wurde Hans Nathan nach Theresienstadt deportiert und später in Auschwitz ermordet.

3. Alsterdorfer Straße 59–61

Grete und Edgar Elias Wulff[816]

Edgar Elias Wulff war am 8. Oktober 1901 in Geestemünde/Bremerhaven geboren. Er heiratete am 10. Februar 1935 Grete, geb. Kiefer, die am 21. Januar 1906 geboren war. Das Ehepaar wohnte im zweiten Stock in der Alsterdorfer Straße 59. Am 20. Juli 1938 kam ihr Sohn Klaus zur Welt. Beruflich betätigte sich Wulff als Handelsreisender und arbeitete als solcher von 1932 bis 1938 für die Firma Gustav Schmidt & Co, eine che-

812 Ebd., Bl. 20.
813 Ebd., Bll. 26f.
814 StAHH, 522-1, 992 b; https://www.stolpersteine-hamburg.de/?&MAIN_ID=7&r_name=hans+nathan&r_strasse=l%F6wenstra%DFe&r_bezirk=&r_stteil=&r_sort=Nachname_AUF&recherche=recherche&submitter=suchen&BIO_ID=3862 [Zugriff: September 2024].
815 Bei wem Nathan wohnte, lässt sich nicht entziffern.
816 StAHH 213-13, 10240; StAHH 213-13, 28005; StAHH, 314-15, F 2464; StAHH, 314-15, R 1940/1053; StAHH, 351-11, 24097; StAHH, 351-11, 31109.

mische Fabrik, die bis September 1938 Bernhard David gehört hatte. Die Wulffs wanderten im Februar 1939 über die Niederlande und England in die USA aus. Sie nutzten „diesen umständlichen Reiseplan", weil Wulff nicht wagte, ab Hamburg zu reisen, da die SS ihn „etliche Tage vorher verhaftet hatte" und er eine erneute Verhaftung fürchtete.[817] Zu seiner Wohnsituation vor seiner Emigration berichtete Wulff in einer eidesstaatlichen Versicherung aus dem Juni 1955, dass er „zuletzt in einer Pension Beckmann, Johns-Allee 65, wohnte, nachdem ich meine staendige Wohnung Alsterdorfer Straße 59, wo ich mit meiner Ehefrau von 1935 bis 1938 gewohnt habe, hatte aufgeben muessen."[818] Die Vokabel „muessen" verweist auf einen Zwang. Dass vonseiten des Vermieters oder der Grundstücksverwaltung eine Form von Zwang ausgeübt wurde, schrieb Wulff nicht. Den Zwang und damit den Grund für seine Auswanderung begründete Wulff in allgemeiner Weise damit, dass er Jude war. Grete Wulff schilderte in einer eidesstaatlichen Erklärung, wie sie die Pogromnacht vom 9. auf den 10. November durchlitten hatte. Edgar Wulff hatte sich zu dem Zeitpunkt in Berlin aufgehalten und war dort „untergetaucht"[819]:

> Mein vorerwaehnter Zusammenbruch wurde unmittelbar ausgeloest durch den schweren Schock, den ich in der Nacht vom 9. zum 10. November erlitt, als etwa gegen 2 Uhr nachts mit Faeusten und Stiefeln gegenunsere [sic] Tuer gedonnert wurde und die S. A. Eintritt verlangte, um nach meinem Mann zu suchen. Die Wohnung wurde von oben bis unten durchsucht, sowohl nach Waffenwie [sic] nach meinem Mann. Die Bande verliess dann nach etwa einer Stunde, wenn nicht noch laengerem Aufenthalt, die Wohnung, waehrend ich und unser vier Monate altes Kind in einemfurchtbaren [sic] Zustand zurueckblieben.[820]

Rudolf Wolff[821]

Es ist nicht ganz sicher, ob der am 23. Juli 1908 in Hamburg geborene Rudolf Wolff nach März 1936 – dem Zeitpunkt der Auflassung des Grundstücks – noch in der Alsterdorfer Straße 61 wohnte. Laut der Kultussteuerkartei war Wolffs letzte Adresse die Krochmannstraße 7. Die Kartei gibt ebenfalls Auskunft darüber, dass Wolff Geschäftsinhaber war. Sein Geschäft befand sich in der Alsterdorfer Straße 34. Gegen Mitte 1936 wanderte Wolff nach Argentinien aus.[822] Wolff war mit der am 1. Februar 1900 in Hechthausen geborenen Anna Margaretha Schilling, die nicht jüdisch war, verlobt. Die

817 StAHH, 351-11, 24097, Bl. 31.
818 Ebd., Bl. 7.
819 StAHH, 351-11, 31109, Bl. 7.
820 Ebd., Bl. 8.
821 StAHH, 351-11, 39738; StAHH, 351-11, 22922.
822 StAHH, 522-1, 992 b, Nr. 16773.

Postassistentin verließ im Januar 1937 heimlich das Deutsche Reich und folgte ihrem Verlobten nach Argentinien. Dort heirateten sie am 18. Februar 1937.

4. Lattenkamp 8–10

Die Familie Hamburger[823]

Hermann Hamburger war am 13. Januar 1897 in Posen geboren, seine Ehefrau Zysla, geb. Feldrip, am 24. Dezember 1901. Das Ehepaar hatte eine Tochter. Vera war am 14. September 1927 in Berlin geboren. Bis zum 30. November 1933 war Hermann Hamburger Leiter der Metall-Abteilung der AEG in Berlin. Im Juli 1934 wurde Hamburger Leiter der Abteilung für Neu- und Altmetalle bei der Firma Siegmund Robinow & Sohn in Hamburg. Wohnhaft war die Familie im Lattenkamp 8. Während ihrer Schulzeit in Hamburg war Vera Hamburger „häufigen Demütigungen ausgesetzt, so dass unabhängig von der Auswanderung" der Familie „ein weiteres Verbleiben in der Schule nicht moglich [sic] gewesen wäre".[824] Im April 1937 wanderte die Familie nach Kanada aus.

Die Familie Hirsch[825]

Hugo Hirsch war am 22. Februar 1878 in Homburg geboren. Am 21. Juni 1907 heiratete er die am 15. Oktober 1882 in Hamburg geborene Maria Dorothea, geb. Garber. Maria Dorothea Hirsch war keine Jüdin. Das Ehepaar hatte einen Sohn – den am 13. Januar 1913 geborenen Rudolf Eugen. Bis 1936 wohnte die Familie in der Neumünsterstraße 7 – „einer Wohnung bestehend aus Herrenzimmer, Wohnzimmer, 2 Schlafzimmern, Maedchenzimmer, Speisezimmer und Kueche".[826] Hugo Hirsch war der Eigentümer der Häuser Neumünsterstraße 7 und 8, die er nach Aussage seines Sohnes Rudolf Eugen Hirsch „in der Hitlerzeit verkaufen musste".[827] Beruflich war Hugo Hirsch als Exportvertreter tätig. Weil das Geschäft nach 1933 immer schlechter lief, betrieb er seit 1934 eine Leihbücherei in Altona, die er „gezwungen durch die

823 StAHH, 351-11, 19275; StAHH, 351-11, 25556; StAHH, 351-11, 48614.
824 351-11, 48614, Bl. 7.
825 StAHH, 213-13, 2705; StAHH, 213-13, 6419; StAHH, 314-15, FVg 8077; StAHH, 314-15, R 1939/2198; StAHH, 351-11, 38804.
826 StAHH, 351-11, 38804, Bl. 37.
827 Ebd., Bl. 37. Vgl. zum Besitztransfer StAHH, 314-15, R 1939/2198.

Reichskulturkammer“ 1936 veräußern musste.[828] Nach dem Wegzug aus der Neumünsterstraße 7 bezog die Familie Hirsch im Lattenkamp 8 eine Zwei-Zimmer-Wohnung. Das Ehepaar wohnte zuletzt – spätestens seit November 1938 – in der Klosterallee 78 und wanderte im Mai 1940 nach Argentinien aus. Ihr Sohn Rudolf Eugen Hirsch war bereits im Dezember 1937 nach Argentinien emigriert.

Jennie und Edgar Julius Joseph[829]

Edgar Julius Joseph war am 29. Juni 1897 in Hamburg geboren. Verheiratet war er seit 1929 mit Jennie, geb. Stern, die am 27. Dezember 1893 in Fulda geboren war. Edgar Julius Joseph war Zigarrenvertreter und hatte ein eigenes Geschäft mit dem Namen „Edgar Julius Joseph Cigarren en gros und Generalvertretungen erstklassiger Cigarrenfabriken“.[830] Von 1929 bis 1938 arbeitete Jennie Joseph im Geschäft ihres Mannes mit und widmete sich insbesondere der Buchhaltung und Korrespondenz. Die Umsätze des Geschäfts waren bereits seit dem 1. April 1933 rückläufig gewesen. Nachdem die „Cigarren-Fabriken Doppmann & Buck“ – ein Hauptgeschäftspartner der Josephs – das „Vertreter-Verhältnis zum 1. April“ 1938 aufgekündigt hatten, weil sie sich „als arisches Unternehmen veranlasst“ sahen, „nur noch arische Vertreter zu beschäftigen“,[831] kam das Geschäft der Josephs nahezu gänzlich „zum Erliegen“.[832] Zu der Zeit wohnte das Ehepaar im Lattenkamp 8.[833] Am 1. Dezember 1939 erlosch die Firma.[834] Vom 1. März 1938 und bis zum 14. Mai 1939 war Jennie Joseph bei der Firma Ludwig Ellerhusen GmbH beschäftigt und übte die Tätigkeiten einer Stenotypistin und Buchhalterin aus. Sie verlor ihre Anstellung, „da die Firma wegen Naziverfolgungen aufgeloest wurde“.[835] Das Ehepaar wohnte ab dem 1. Juli 1938 in der Haynstraße 5. Edgar Julius und Jennie Joseph wanderten im Mai 1940 in die USA aus. Ihr zurückgelassenes Besitztum – Möbel, Kleidung, Porzellan etc. – wurde versteigert.[836]

Dr. Lotte Marie Allen, geb. Mendel[837]

828 StAHH, 351-11, 38804, Bl. 37.
829 StAHH 314-15, FVg 8057; StAHH 351-11, 15864; StAHH, 351-11, 20221; StAHH, 621-1/86, 47.
830 StAHH, 351-11, 15864, Bl. 45.
831 StAHH, 351-11, 20221, Bl. 16.
832 StAHH, 351-11, 15864, Bl. 26.
833 StAHH, 351-11, 20221, Bl. 16.
834 Ebd., Bl. 63.
835 StAHH, 351-11, 15864, Bl. 3.
836 Ebd., Bl. 5.
837 StAHH, 213-11, 55492; StAHH, 213-13, 7459; StAHH, 213-13, 7460; StAHH, 213-13, 29556; StAHH 314-15, FVg 7031; StAHH, 351-11, 19961.

Lotte Marie Mendel war am 21. Juli 1897 als Tochter eines Zahnarztes in Hamburg geboren. Sie widmete sich ebenfalls der Zahnmedizin und eröffnete im Oktober 1929 eine Praxis. Bis zu ihrer im März 1930 erlangten Promotion in der Zahnheilkunde arbeitete sie dort halbtags. In den Jahren 1937/38 musste sich Mendel strafrechtlich wegen einer vermeintlichen fahrlässigen Körperverletzung und eines vermeintlichen versuchten Betrugs verantworten, wurde von den Vorwürfen jedoch freigesprochen.[838] Im Zuge dieser Auseinandersetzung hetzten die Urheber der Anzeige antisemitisch gegen sie.[839] Am 3. Juni 1939 heiratete sie Henry Hans Allen. Anfang August 1939 wanderte das Ehepaar Allen nach England aus. Im Mai 1939 hatte Mendels Adresse Lattenkamp 72 gelautet. Wahrscheinlich in Vorbereitung ihrer Auswanderung hatte sie von Juni 1939 an in der Greflingerstraße 1 zur Untermiete gewohnt. In welchem Zeitraum genau sie im Lattenkamp 8 wohnhaft gewesen war, geht aus den Quellen nicht eindeutig hervor. Das späteste Hamburger Adressbuch, in dem Mendel unter der Adresse Lattenkamp 8 eingetragen war, datiert aus dem Jahr 1937.

Estella Betty Wagner, geb. Borgzinner[840]

Estella Betty Borgzinner war am 18. November 1889 in Pforzheim[841] geboren. Als Jugendliche war sie zusammen mit ihren Eltern nach Hamburg gekommen. In der Hansestadt besuchte sie das Firgau-Lyzeum und trat 1907 in das Lehrerinnenseminar ein. Parallel begann sie eine Gesangsausbildung. Während ihrer Ausbildung sammelte sie bereits Lehrerfahrungen als Hospitantin oder Vertretung. „Die Überbeanspruchung durch Unterricht im Seminar, durch die Abhaltung von Unterrichtsstunden in der Knabenschule und das Gesangsstudium führte zu einer völligen nervlichen Erschöpfung“, sodass Estella Borgzinner „das Studium als Lehrerin aufgeben musste“.[842] Jedoch wurde ihr von der Hamburger Schulbehörde erlaubt, privat zu unterrichten. Das Gesangsstudium setzte Borgzinner fort. Ihre Betätigung als Privatlehrerin beendete sie

838 StAHH, 213-11, 55492.
839 Ebd., bes. Bll. 3, 9 u. 64f.
840 StAHH, 213-13, 6737; StAHH, 213-13, 6738; StAHH, 213-13, 15632; StAHH, 213-13, 19438; StAHH, 314-15, F 2325; StAHH, 314-15, R 1939/0408; StAHH, 351-11, 11670; StAHH, 351-11, 39110; StAHH, 351-11, 40754. Vom 19. Februar 1935 bis zum 20. Januar 1936 wohnte die Jüdin Selma Heymann bei Estella Betty Wagner zur Untermiete. StAHH, 351-14, 1290.
841 In den meisten überlieferten Quellen ist vermerkt, dass Estella Wagners Geburtsort Pforzheim war. In einer beglaubigten Abschrift ihres Lebenslaufs steht indes Montreal. Vgl. StAHH, 351-11, 11670, Bl. 52 et passim.
842 StAHH, 351-11, 11670, Bl. 52.

zunächst aufgrund ihrer Heirat im Jahr 1912, nahm sie jedoch 1924 wieder auf. Daneben widmete sie sich bis 1932 dem Studium der Stimmhygiene. In den letzten Jahren dieses Studiums begann sie bereits damit, Schüler zu unterrichten. „Zur endgültigen Ausübung einer Lehrtätigkeit ist es jedoch nicht mehr gekommen", weil Estella Wagner die erforderlichen Bewilligungen aufgrund ihrer „jüdischen Abstammung" nicht erhielt.[843] Gleicherweise endete ihre Tätigkeit als Privatlehrerin an der Firgau-Schule. „Aus rassischen Gründen" wurde sie am 31. Dezember 1934 entlassen.[844] Danach konnte sie keine neue Anstellung finden. Im März 1939 tat sie es ihren beiden bereits emigrierten Söhnen – Hans-Ludwig Wagner und Wilhelm Friedrich Wagner – gleich und emigrierte in die USA. Zeitweise wohnte Estella Wagner im Lattenkamp 8. Die Quellen sind diesbezüglich lückenhaft, indizieren jedoch, dass sie 1935 und 1936 im Lattenkamp wohnhaft war.[845] Ihr letzter Wohnsitz war die Hudtwalcker Twiete 7.

Ina und Max Klein[846]

Max Klein war am 16. Juli 1880 in Altona geboren. Er war verheiratet mit Ina, geb. Valk, die am 29. Mai 1882 in Lübeck geboren war. Die Ehe blieb kinderlos. In welchem Zeitraum die Kleins im Lattenkamp 10 gewohnt haben, lässt sich aus den Quellen nicht eindeutig ersehen. Die Informationen aus der Gemeindekartei und der Kultussteuerkartei sowie ein für Elisabeth Landau ausgestelltes Arbeitszeugnis mit dem Datum 1. März 1936 indizieren, dass das Ehepaar Klein um das genannte Datum herum im Lattenkamp wohnhaft gewesen war.[847] Zuletzt – im Jahr 1938 – wohnten die Kleins in der Schäferkampsallee 28. Von Beruf war Max Klein Pferdehändler. Die Stallungen befanden sich in der Stresemannstraße. In der ersten Hälfte der 1930er-Jahre war Max Klein in einem Strafverfahren bezüglich des Imports von Pferden und damit verbundener ungenehmigter Devisenzahlungen ins Ausland involviert.[848] Zum 1. Januar 1938 war Max Klein sein „Gewerbe genommen" worden.[849] Aus Angst, verhaftet zu werden, flüchtete Max Klein mit seiner Frau im April 1938 nach Dänemark. Als Ina Klein erkrankte, kehrte sie nach Hamburg zurück, wo sie am 11. August 1938

843 Ebd., Bl. 52.
844 Ebd., Bl. 8.
845 Vgl. StAHH, 351-14, 1290; Hamburger Adressbuch 1935f.
846 StAHH 111-1, 71874; StAHH, 213-13, 7108; StAHH, 213-13, 10618; StAHH, 314-15, Str 6; StAHH, 351-11, 4933; StAHH, 522-1, 992 b.
847 StAHH, 351-11, 29700, Bl. 22.
848 Vgl. StAHH, 314-15, Str 6.
849 StAHH, 522-1, 992 b, 5155.

im Israelitischen Krankenhaus verstarb. Da Max Klein weiterhin eine Verhaftung fürchtete, blieb er in Dänemark. Er wagte auch nicht, zur Beerdigung seiner Frau in die Hansestadt zurückzukommen. Über Schweden wanderte er in die USA aus. Am 19. Februar 1952 starb Max Klein mittellos in New York.

Elisabeth Landau[850]

Elisabeth Landau war am 13. Januar 1905 in Hamburg als Tochter des Bankiers Feist Landau und dessen Ehefrau Betty, geb. Durlacher, geboren. Sie besuchte zunächst eine jüdische Privatschule und ging danach ein Jahr auf eine Haushaltungsschule. Ihr Vater war bereits vor dem Ersten Weltkrieg gestorben. Vom 25. Juli 1928 bis zum 15. Juli 1930 war sie bei zwei Firmen als Stenotypistin beziehungsweise als Stenotypistin und Kontoristin angestellt. Sie unterbrach wiederholt ihre beruflichen Tätigkeiten, um ihre kranke Mutter zu pflegen. Nach 1933 wurde es für sie als Jüdin immer schwieriger, eine Anstellung zu finden. So begann sie, sich als Haushaltshilfe oder Kindermädchen zu verdingen. Landau besaß ein Zeugnis von Ina Klein, das auf den 1. März 1936 datiert war.[851] Ein weiteres Arbeitszeugnis trug das Datum 21. November 1936. Dies legt nahe, dass Elisabeth Landau nur eine kurze Zeit für die Kleins im Lattenkamp 10 gearbeitet hatte. Von Anfang 1937 bis September 1937 war sie für die am Grindelberg wohnende Familie Lewisohn tätig. Elisabeth Landau selbst wohnte zu der Zeit zur Untermiete in der Werderstraße 4. Im September 1937 wanderte sie nach England aus.

5. Hoheluftchaussee 91

Familie Streim[852]

Iwan Streim war am 4. August 1886 in Hamburg geboren, seine Ehefrau Edith-Carlotta, geb. Wolff, am 17. November 1898. Am 9. April 1926 kam ihre Tochter Alice-Helene zur Welt. Iwan Streim war Kleinhändler für Farben, Seifen, Bürsten und Parfümerien. Im Mai 1938 wohnte die Familie im Jungfrauenthal 17.[853] Zu der Zeit wandte sich Iwan Streim an die Devisenstelle mit der Bitte, die für eine Auswanderung nach

850 StAHH, 213-13, 6523; StAHH, 213-13, 6524; StAHH, 213-13, 15051; StAHH, 314-15, F 1384; StAHH 351-11, 29700.
851 StAHH, 351-11, 29700, Bl. 22.
852 StAHH, 213-13, 1392; StAHH, 213-13, 14285; StAHH, 314-15, FVg 3950; StAHH, 314-15, R 1940/0989; StAHH, 332-8, Nr. A 51/1.
853 StAHH, 314-15, FVg 3950; StAHH, 522-1, 992 b.

Palästina notwendigen „Devisen für das Vorzeigegeld von PL 1000,-- sowie das Geld für die Übersiedlung in entsprechenden Devisen zur Verfügung zu stellen".[854] Streims Bitte wurde entsprochen. Im Juni 1938 erhielt er einen verbindlichen Vorbescheid, die Devisen in der genannten Höhe erwerben und ausführen zu dürfen.[855] Wegen eines nicht bewilligten Darlehens scheint sich die Auswanderung verzögert zu haben.[856] Daraufhin wurde die Devisen-Vormerkung im März 1939 gestrichen.[857] In einem neuen Schreiben an die Devisenstelle vom 11. Mai 1939 – hier gab Iwan Streim seine Adresse mit Hoheluftchaussee 91 an[858] – bat er um eine „Abänderung" der Bewilligung vom Juni 1938, von der er annahm, dass sie noch bestand.[859] Nach der „Auflösung" und „Abwicklung" seines Geschäfts seien „einschließlich des Vermögens" seiner Ehefrau rund 4.000 RM „verblieben".[860] Dieses Geld wollte er in ein Motorboot investieren, um damit in Tel Aviv ein „Fracht- und Personenbeförderungs-Unternehmen zu gründen".[861] Deswegen ersuchte er um die Bewilligung, die Gesamtsumme ausführen zu dürfen. Die Genehmigung wurde nicht erteilt.[862] Wie das Ehepaar Leopold – die ehemaligen Miteigentümer des Grundstücks Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221 – wurden Edith und Iwan Streim sowie ihre Tochter Alice am 25. Oktober 1941 nach Lodz deportiert.[863] Dabei scheint Alice Streim nicht mehr in der Hoheluftchaussee 91 gewohnt zu haben; in der entsprechenden Deportationsliste ist bei ihr das Paulinenstift eingetragen. Das Vermögen der Streims wurde „zu Gunsten des Reiches eingezogen".[864] Der von der JTC ausgefüllte Rückerstattungsantrag bezog sich auf Bankguthaben und den Erlös aus ihrem versteigerten Hausrat, den die Familie zurücklassen musste.

Iwan Streims Schwester, Gella Streim, wurde ebenfalls am 25. Oktober 1941 nach Lodz deportiert. Gella Streim war am 16. Dezember 1881 in Hamburg geboren. Bis zu

854 Ebd., Bl. 3.
855 Ebd., Bl. 11.
856 Ebd., Bl. 11.
857 Ebd., Bll. 1f.
858 Ebd., Bl. 12. In der Kultussteuerkarte war zur Adresse Hoheluftchaussee 91 der Vermerk 21. September 1938 fixiert. Vgl. StAHH, 522-1, 992 b.
859 In der entsprechenden Korrespondenz hieß es, dass Streim zweimal angeschrieben worden sei, sich aber nicht zurückgemeldet habe. Vgl. StAHH, 314-15, FVg 3950, Bl. 2.
860 Ebd., Bl. 12.
861 Ebd., Bl. 12.
862 Ebd., Bl. 13.
863 StAHH, 522-1, 992 e 1, Band 1, S. 14 u. 25.
864 StAHH, 314-15, FVg 3950, Bl. 14.

ihrer Zwangspensionierung infolge des „Gesetz[es] zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 hatte sie als Lehrerin gearbeitet. Von der Oberschulbehörde erhielt sie eine monatliche Rente in Höhe von 220 RM. Auf der Kultussteuerkarte ist zur Anschrift Hoheluftchaussee 91 das Datum 21. Juli 1939 vermerkt. Anschließend – mit dem Datum Juli 1940 versehen – wurde ihr Wohnort mit Horstlooge 35 in Volksdorf angegeben. Dies war ihre letzte Adresse vor der Deportation. In der in ihrem Namen von der JTC beantragten Rückerstattung ging es um „Hausstand und sonstiges Vermögen“.[865]

Die Untermieter der Familie Streim

Frieda und Leopold Falk[866]

Der am 13. April 1914 in Hamburg geborene Leopold Falk und seine am 17. März 1920 geborene Ehefrau Frieda Falk wohnten laut Kultussteuerkarte an verschiedenen Adressen in Hamburg – unter anderem in der Haynstraße 10 bei Berenberg. Dieser Anschrift ist das Datum 4. Dezember 1939 beigefügt. Ihre folgenden Adressen waren die Hoheluftchaussee 91 bei den Streims zur Untermiete und schließlich die Oderfelder Straße 42 ebenfalls zur Untermiete. Beruflich betätigte sich Leopold Falk als Hausdiener und Koch, worin ein Grund für die Umzüge liegen könnte. Am 10. April 1941 wurde ihr Sohn Benny geboren. Am 18. November 1941 wurde das Ehepaar Falk nach Minsk deportiert.

Edith Jacobs[867]

Wie das Ehepaar Falk wurde auch Edith Jacobs am 18. November 1941 nach Minsk deportiert. Edith Jacobs stammte aus Gelsenkirchen und war dort am 19. Dezember 1920 geboren. In Hamburg arbeitete sie als Hausangestellte. Mit diesem Beruf ging einher, dass sie bei ihren Arbeitgebern wohnte. Stellenwechsel, die wiederholt vorkamen, weil ihre meist jüdischen Arbeitgeber aufgrund von antisemitischen Verfolgungsmaßnahmen in existenzielle Nöte gerieten, zogen häufige Wohnortwechsel nach sich. Ihre letzte Wohnanschrift auf der Kultussteuerkarte war die Hoheluftchaussee 91 bei den Streims.

865 StAHH, 213-13, 14285, Bl. 3.
866 StAHH, 522-1, 992 b.
867 Ebd.; https://www.stolpersteine-hamburg.de/?&MAIN_ID=7&r_name=edith+jacobs&r_strasse=&r_bezirk=&r_stteil=&r_sort=Nachname_AUF&recherche=recherche&submitter=suchen&BIO_ID=6290 [Zugriff: September 2024].

Frieda und Cäsar Jacobsohn[868]

Cäsar Jacobsohn war am 6. Oktober 1874 in Friedrichstadt geboren, seine Frau Frieda, geb. Levy, am 27. Dezember 1889 in Altona. Das Ehepaar hatte drei Kinder – den am 18. März 1913 geborenen Rolf, die am 4. September 1914 geborene Ellen und den am 29. Dezember 1915 geborenen Paul. Cäsar Jacobsohn übte bis Ende 1933 den Beruf eines freien Fondsmaklers an der Hamburger Börse aus. Anschließend erhielt er „nach und nach" Darlehen in der Gesamthöhe von 3.675 RM aus der Unterstützungskasse des Vereins der Mitglieder der Wertpapierbörse.[869]

Rolf und Paul Jacobsohn emigrierten im Dezember 1936 beziehungsweise im September 1937 in die Niederlande. Seit einer „Straßenrazzia" galt Rolf Jacobsohn als „verschollen", Paul Jacobsohn wurde „aufgegriffen und nach Auschwitz verbracht".[870] Am 19. August 1938 wanderte Ellen Nussbaum, geb. Jacobsohn, in die USA aus – acht Tage, nachdem ihr Ehemann Max Nussbaum während einer Vernehmung durch die Gestapo mit Todesfolge aus dem Fenster gestoßen worden war.[871]

Am 24. Juli 1939 wurden Frieda Jacobsohn und Cäsar Jacobsohn „wegen Devisenvergehens" für schuldig gesprochen und zu jeweils sechs Monaten Haft und einer Geldstrafe in Höhe von 1.000 RM verurteilt. Dabei ging es um die unter Mithilfe von *Ariern* versuchte Ausfuhr von Gold- und Silberwaren in die Niederlande, die die Jacobsohns gemäß der „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden" vom 21. Februar 1939 hätten abliefern müssen.[872] Die Schutz- und Untersuchungshaft sowie die Restgefängnisstrafe und die Ersatzgefängnisstrafe addiert, befand sich Frieda Jacobsohn vom 18. April 1939 bis zum 28. Oktober 1939 in Haft. Cäsar Jacobsohn hatte am 19. Oktober 1939 seine sechsmonatige Gefängnisstrafe verbüßt und musste noch weitere zehn Tage Ersatzgefängnisstrafe absitzen.[873]

Die Jacobsohns hatten an verschiedenen Adressen gewohnt – zunächst in einer Sechs-Zimmer-Wohnung mit einem „gut eingerichteten Hausstand" Isestraße 45.[874] Laut Steuerkarte der jüdischen Gemeinde wohnten sie bereits im September 1934 in

868 StAHH, 213-11, 60402; StAHH, 314-15, R 1939, 1089; StAHH, 351-11, 39657; StAHH, 522-1, 992 b.
869 StAHH, 351-11, 39657, Bll. B 29 u. 101 A. Das Geld wurde anscheinend nicht zurückgezahlt.
870 Ebd., Bl. 34.
871 Ebd., Bl. 33.
872 StAHH, 213-11, 60402.
873 Ebd.
874 StAHH, 351-11, 39657, Bl. B 101.

der Oberstraße 2 – bis zum 31. August 1938. Anschließend zogen sie häufig um und wohnten zur Untermiete. Laut Strafakte zum Devisenvergehen wohnte das Ehepaar Jacobsohn im April 1939 in der Grindelallee 176.[875] Auf der Kultussteuerkarte ist dem Eintrag Hoheluftchaussee 91 bei Streim das Datum 3. Juli 1940 hinzugefügt, dem Eintrag Schäferkampsallee 27 das Datum 20. Mai 1942. Diese Adresse galt als *Judenhaus*. Ab dem 19. September 1941 mussten Frieda und Cäsar Jacobsohn einen *Judenstern* tragen. Sie wurden am 15. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert, Mitte Mai 1944 wurden sie nach Auschwitz gebracht. Die in Los Angeles lebende Ellen Nussbaum machte in den 1950er-Jahren für ihre Eltern eine Haftentschädigung geltend.

Max Sommerfeld[876]

Max Sommerfeld war am 9. September 1909 in Hamburg geboren. Bei der Firma Adolf Gabriel, einer Großhandlung für Wollwaren und Trikotagen, absolvierte er 1924 und 1925 eine Lehre und war anschließend bei dieser Firma als Handlungsgehilfe angestellt. Gemeinsam mit seinem Bruder Siegfried Sommerfeld betrieb er seit 1928 ein Transportgeschäft. Als Büro fungierte die elterliche Wohnung in der Gertigstraße 9. Während Max Sommerfeld selbst angab, bis 1938 im Transportgeschäft tätig gewesen zu sein, ist auf der Kultussteuerkartei eingetragen, dass er seit 1931 arbeitslos gewesen sei. Am 10. November 1938 wurde Sommerfeld auf der Straße von zwei „Herren in Zivil" gefragt, ob er Jude sei.[877] Nach der Bejahung dieser Frage wurde er verhaftet, zunächst ins Gefängnis Fuhlsbüttel und dann ins Konzentrationslager Sachsenhausen verbracht. Dort war er vom 10. November 1938 bis zum 15. Februar 1939 interniert. Anschließend musste Sommerfeld auf Veranlassung des Arbeitsamtes für verschiedene Firmen – unter anderem im Straßen- und Tiefbau – Zwangsarbeiten leisten. Seine letzte Adresse vor der Deportation war Hoheluftchaussee 91 bei den Streims. Ein Datum, seit wann er dort wohnte, ist auf der Kultussteuerkarte nicht vermerkt. Warum und unter welchen Umständen Max Sommerfeld in die Hoheluftchaussee 91 zog, geht aus dem gesichteten Quellenmaterial nicht hervor.

875 StAHH, 213-11, 60402, passim.
876 StAHH, 213-13, 36662; StAHH, 351-11, 34442; StAHH, 351-11, 34443; StAHH, 351-11, 34444; 351-11, 52457; StAHH, 351-11, 52457; StAHH, 522-1, 992.
877 StAHH, 351-11, 34442, Bl. 61. Wo genau Sommerfeld von den beiden Männern angesprochen worden war – dazu gibt es unterschiedliche Aussagen. Vgl. ebd., Bll. 61 u. 63.

Auf Anordnung der Gestapo wurde Max Sommerfeld am 8. November 1941 in das Ghetto Minsk deportiert. Vom 16. September 1943 bis zum 5. Mai 1945 war er in verschiedenen Konzentrationslagern interniert – zunächst in Lublin, dann in Mielece, Willice, Flossenbürg, Leitmeritz sowie im KZ Mauthausen-Gusen II. Nach der Befreiung durch die Alliierten kehrte Sommerfeld nach Hamburg zurück und lag „mehrere Monate in einem Militaer-Lazarett in Wandsbek".[878] Am 5. Juli 1946 heiratete er Gertrud Mathilde Helene Speer und betrieb seit dem 15. April 1946 ein Kraftfuhrunternehmen. Im Jahr 1949 emigrierten die Sommerfelds in die USA, lebten bis 1966 in Newburgh im Bundesstaat New York und dann in Raleigh, North Carolina. Über seinen Rechtsanwalt Hans Seidl führte Max Sommerfeld langwierige Entschädigungsverfahren „wegen Schadens an Körper oder Gesundheit".[879] Max Sommerfeld starb am 25. April 1985.

6. Hoheluftchaussee 93

Familie Feibel[880]

Aron Feibel war am 8. August 1873 im damals preußischen Schwetz geboren und als Kaufmann für technische Bedarfsartikel tätig. Seine Frau Getrud, geb. Fürstenberg, war am 21. März 1889 im pommerschen Lauenburg geboren. Das Ehepaar hatte eine Tochter, Käthe, die am 14. November 1910 geboren war. Die Feibels waren langjährige Mieter in der Hoheluftchaussee 93. Am 1. Januar 1940 gab Aron Feibel beim Oberfinanzpräsidenten an, über Vermögenswerte in Höhe von 1.200 RM zu verfügen. Eine Sicherungsanordnung bestand zu dieser Zeit nicht; von behördlicher Seite wurde dies für nicht nötig erachtet. Am 4. Dezember 1941 wurden die Feibels nach Riga deportiert. Ihr Hausstand wurde versteigert und ergab einen Netto-Erlös von 522 RM.[881]

Aron Feibels Bruder Georg lebte ebenfalls mit seiner Familie in Hamburg. Georg Feibel war am 9. Oktober 1875 geboren, seine Frau Frances am 29. Juni 1896. Sie hatten zwei Kinder – Lieselotte, geboren am 6. Dezember 1919, und Edgar, geboren am 5. Mai 1922. Lieselotte Feibel verließ Deutschland bereits im Juli 1938. Nach einem kurzen Aufenthalt im französischen Cherbourg immigrierte sie am 1. September 1938

878 Ebd., Bl. 112.
879 Vgl. StAHH, 213-13, 36662; StAHH, 351-11, 34442; StAHH, 351-11, 34443; StAHH, 351-11, 34444; 351-11, 52457.
880 StAHH, 213-13, 13170; StAHH, 213-13, 17223; StAHH, 314-15, R 1940/0743; StAHH, 332-8, Nr. A 51/1; StAHH, 351-11, 42686; StAHH, 351-11, 45349.
881 StAHH, 213-13, 13170, Bll. 3–5.

in die USA.[882] Als Wohnanschriften in Hamburg nannte Edgar Feibel in einer vom 17. Dezember 1956 datierten Kurzvita die Curschmannstraße 6, den Woldsenweg 9 und die Husumer Straße 10. Im Jahr 1937 begann Edgar Feibel eine Lehre bei der Import-Export-Firma James Frankfurter & Co. Nachdem die Firma *arisiert* worden war, verlor Edgar Feibel im April 1939 seine Lehrstelle. Am 10. September 1939 wurde er gezwungen, sich „zur Zwangsarbeit zu stellen".[883] Zusammen mit anderen jüdischen Männern wurde er „zur Ostgrenze verschleppt, wo die Männer „unter den brutalsten Bedingungen" bei der Zuckerrübenernte eingesetzt wurden.[884] Aufgrund der Intervention des US-amerikanischen Konsulats in Hamburg wurde er „nach 7 woechiger unmenschlicher Arbeit und unermesslichen seelischen Leuden [sic] gerettet".[885] Am 10. November 1939 wanderten er und seine Mutter Frances über Italien in die USA aus. Eine Erklärung, warum sich das US-amerikanische Konsulat für die Rettung von Edgar Feibel engagiert hatte, könnte darin liegen, dass seine Schwester bereits in den USA lebte und auch der Vater Georg Feibel im Juli 1939 in die USA emigriert war.[886] In den späten 1950er-Jahren lebte Edgar Feibel in New York und arbeitete als „reisender Hausierer".[887] Nach der Hausmeldekartei waren seine Mutter und er im Oktober 1939 in die Hoheluftchaussee 93 und später in die Eppendorfer Landstraße 30 gezogen. Die Zeitangabe Oktober 1939 und die Verschleppung im September 1939 stehen im Widerspruch.

7. Zwischenfazit

Von den Ausführungen lassen sich drei Erkenntnisse herleiten.

Erstens: In den Mietshäusern Löwenstraße 30, Alsterdorfer Straße 59–61, Lattenkamp 8–10, Hoheluftchaussee 91 und Hoheluftchaussee 93 lebten Juden und Jüdinnen. Unter ihnen waren die langjährigen Mieter in der Minderheit. Die Mehrheit der jüdischen Bewohner*innen wohnte dort temporär, einige von ihnen zur Untermiete.

882 StAHH, 351-11, 42686, Bll. 3 u. 24.
883 StAHH, 351-11, 45349, Bl. 2.
884 Ebd., Bl. 2.
885 Ebd., Bl. 2. Auf dem Entschädigungsantrag vom 5. Oktober 1956 gab Edgar Feibel für das Ende der Zwangsarbeit das Datum 3. November 1939 an. Vgl. ebd.
886 Vgl. StAHH, 351-11, 45349, Bl. 4.
887 Ebd.

Dies kann den Umständen geschuldet gewesen sein, dass die Anzahl der Wohnmöglichkeiten für Juden und Jüdinnen im Laufe der NS-Zeit immer geringer wurde und dass sich Juden und Jüdinnen aufgrund ihrer stetig prekärer werdenden wirtschaftlichen Situation keine vollen Mieten mehr leisten konnten.

Zweitens: Wie genau diese Untervermietungen zustande gekommen waren – aufgrund behördlicher Anordnungen oder durch das Selbsthilfepotenzial innerhalb der jüdischen Gemeinde –, geht aus den gesichteten Quellen nicht hervor. Ebenso wenig ist ersichtlich, wie Mitglieder der Familie Bauer zu den Untervermietungen standen. Auch die Rolle der Grundstücksverwaltung Albert Schwarke & Sohn bei den Untervermietungen findet in den Quellen keine Erwähnung. Die Langzeitmieter Josephi, Ahrens und Feibel sprechen dafür, dass von der Bauer'schen Seite keine systematischen antisemitischen Verdrängungsmaßnahmen unternommen wurden.

Drittens: Das durchforschte Quellenmaterial enthält weder in positiver noch in negativer Form Hinweise, die den Blick der Familie Bauer auf oder deren Handeln gegenüber den jüdischen Bewohnern und Bewohnerinnen erhellen könnten. Das Gleiche gilt für die Grundstücksverwaltung Albert Schwarke & Sohn. Diesen Befund angemessen einzuordnen, ist äußerst schwierig. Denn er fußt auf einem quellenkritischen Grundproblem der Geschichtswissenschaft: Ein solcher Befund hängt maßgeblich von der Überlieferung ab, die „in ihrer Eigenwilligkeit" „dieses gibt und jenes versagt".[888] Vorbehaltlich des skizzierten quellenkritischen Problems lässt sich allenfalls noch anführen, dass in den Schilderungen von Überlebenden, in denen sie die durchlebte Verfolgung sowie die erlittenen Drangsalierungen darlegten, weder Angehörige der Familie Bauer beziehungsweise die OHG Heinrich Bauer als Vermieter noch die Grundstücksverwaltung Erwähnung fanden.

888 Esch, Überlieferungs-Chance und Überlieferungs-Zufall 1994, S. 68.

Ergebniszusammenfassung: Abschnitt B.

Im Zentrum dieses Abschnitts stand die Betrachtung der Grundstückskäufe sowie der Beteiligung an der Geschäftsübernahme durch Heinrich und Alfred Bauer unter dem Aspekt der *Arisierung*. Unter dem Begriff *Arisierung* wurde hier die Überführung von in *nichtarischem* Besitz befindlichen Vermögenswerten in den Besitz von *Ariern* verstanden. Heinrich und Alfred Bauer haben zwischen März 1933 und Mai 1939 nach bisherigen Erkenntnissen insgesamt zehn Grundstücke sowie ein Kaufhaus erworben:

- Königgrätzstraße 5 (2 Parzellen)
- Löwenstraße 24–26
- Löwenstraße 26–28
- Alsterdorfer Straße 59–61/Lattenkamp 2–6
- Lattenkamp 8–10
- Oben Borgfelde 59–60
- Schützenpforte 9
- Kaufhaus Hoheluft (als Kommanditist)
- Hoheluftchaussee 93
- Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221
- Schöne Aussicht 22

Fünf dieser Grundstücke – Königgrätzstraße 5, Löwenstraße 24–26, Löwenstraße 26–28, Hoheluftchaussee 93, Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221 – und das Kaufhaus Hoheluft erwarben sie von Juden und Jüdinnen. Hinzu kamen zwei weitere Grundstückskäufe, die Verbindungen zu Juden aufwiesen. Der Gläubiger zweier auf dem Grundstück Schützenpforte 9 lastender Hypotheken war ein Jude gewesen. Nach dessen Tod mahnte dessen Nachlassverwalter vom nichtjüdischen Grundstückseigentümer die Begleichung der hypothekarischen Forderungen an, was dieser nicht leisten konnte. Dies führte schließlich zur Zwangsversteigerung des Grundstücks. Das Grundstück Schöne Aussicht 22 gehörte vormals einem Juden, der Suizid begangen hatte. Die Person, die letzten Endes das Grundstück veräußerte, war nach derzeitigem Recherchestand nicht jüdisch.

Die Grundstückserwerbe wiesen sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede auf und standen in Wechselwirkung vor allem mit den historischen Rahmenbedingungen, die die wirtschaftliche Verdrängung und Verfolgung der Juden und Jüdinnen betrafen. Die zeitliche Abfolge der Erwerbe begann im März 1933 und Juni 1934 mit dem Kauf zweier unbebauter Parzellen Königgrätzstraße 5. Der Käufer war Heinrich Bauer als Privatperson. Im Zuge der Geltendmachung von Rückerstattungsansprüchen durch

die JTC wurden mit der Angemessenheit des Kaufpreises sowie der freien Verfügbarkeit über den Verkaufserlös zwei wesentliche Kriterien für die Bewertung diskutiert, inwieweit beim Verkauf ein Zwang bestanden hatte.

Bei der Betrachtung der Kaufchronologie stechen zwei Jahre hervor – 1936 und 1938. Die Ballung der Grundstückskäufe in diesen Jahren korrespondierte mit den auf den Entnazifizierungsfragebögen angegebenen Einkommenssteigerungen von Heinrich und Alfred Bauer. Zugleich lassen sich zwischen den 1936 vollzogenen Grundstücksgeschäften und denen im Jahr 1938 signifikante Unterschiede feststellen. Im Jahr 1936 erwarben Mitglieder der Familie Bauer insgesamt fünf Grundstücke von drei Verkäufern. Nach den angestellten Recherchen war unter den drei Veräußerern ein Jude: Im Januar 1936 kaufte Heinrich Bauer vom jüdischen Unternehmer Ernst Salis Fraenckel die beiden zusammenhängenden Grundstücke Löwenstraße 24–26 und Löwenstraße 28–30. Mit Auflassung im März 1936 folgte der Erwerb der einen Komplex bildenden Grundstücke Alsterdorfer Straße 59–61/Lattenkamp 2–6 und Lattenkamp 8–10 durch Heinrich Bauer. Verkäufer war der Bauunternehmer Gustav Hermann Rocke. Im September 1936 taten es Alfred Bauer und seine Schwestern ihrem Vater gleich und erwarben zusammen von dem Architekten Carl Johannes Ernst Wendt das Grundstück Oben Borgfelde 59–60. Mit Wendt hatte der Heinrich Bauer Verlag bereits zuvor zusammengearbeitet. Desgleichen gab es berufliche Kooperationen zwischen Wendt und Rocke, sodass sich die beiden letztgenannten Käufe auf persönliche Beziehungen zurückführen lassen.

Zwei Einzelheiten fallen bei den Grundstückskäufen im Jahr 1936 auf: Die erste Auffälligkeit betrifft die Charakteristik der Kaufobjekte. Das Augenmerk der Mitglieder der Bauer-Familie bei der Auswahl der Grundstücke richtete sich offenkundig auf Mietshäuser beziehungsweise auf Mietshaus-Komplexe. Die Grundstücke mit den darauf befindlichen Immobilien dienten als Geldanlage, und die Mieten stellten neben dem Zeitschriften- und Druckereigeschäft eine weitere Einnahmequelle dar. Zum Zweiten verdient Beachtung, dass ein gezielter, ausschließlicher Erwerb von in jüdischem Besitz befindlichen Grundstücken im Jahr 1936 nicht erkennbar wird.

Unabhängig davon, ob der Zeitraum 1935/36 mit der Formulierung „Illusion der ‚Schonzeit'"[889] oder „schleichende[] Judenverfolgung"[890] beschrieben wird – unter den Juden und Jüdinnen in Deutschland stieg damals die Zahl der Auswanderer*innen.

889 Barkai, Existenzkampf 1988, S. 65–121, Zitat S. 65.
890 Genschel, Verdrängung 1966, S. 60–138, Zitat passim.

Dies galt auch für Hamburg. Fraenckels Tochter Ingeborg emigrierte am 28. Mai 1936. Der Verkauf der Grundstücke Löwenstraße 24–26 und Löwenstraße 28–30 diente der teilweisen Begleichung der veranschlagten Reichsfluchtsteuer seiner Tochter. Mithin bildete die systematische wirtschaftliche Ausplünderung von jüdischen Auswanderer*innen seitens der Finanzverwaltung die Folie für den Verkauf der beiden Grundstücke. Diese Situation eröffnete wiederum Heinrich Bauer die Gelegenheit, Grundstücke zu erwerben, die vielleicht sonst nicht zum Verkauf oder nicht zu diesem Preis zum Verkauf gestanden hätten. Im Januar 1936 war gegen Fraenckel selbst noch keine Sicherungsanordnung erlassen worden, sodass der Verkaufserlös auch nicht auf ein Sperrkonto floss. Vom Kaufpreis in Höhe von 160.000 RM zahlte Heinrich Bauer 100.000 RM in bar an Fraenckels bevollmächtigten Prokuristen Gustav Adolf Rudolf Weihe. Wie der Kontakt der beiden Geschäftsparteien zustande gekommen war und wie die Preisverhandlungen vonstattengegangen waren, liegt im Unklaren.

Im Jahr 1938 – innerhalb von sechs Monaten – fand eine zweite Serie von Grundstückskäufen statt. Am 30. Juni 1938 ersteigerte Heinrich Bauer als Vertreter der OHG Heinrich Bauer das Grundstück Schützenpforte 9. Aus den überlieferten Dokumenten zum Grundstück Schützenpforte 9 wird nicht eindeutig ersichtlich, inwieweit die Entscheidungsträger der OHG Heinrich Bauer im Juni 1938 überhaupt die Hintergründe der Zwangsversteigerung einschließlich der Verbindung zum jüdischen Gläubiger Max Carl Nathan kannten. Dass ein großes Interesse bestand, das Nachbargrundstück des Firmensitzes in das Unternehmen zu integrieren, ist hingegen evident.

Ende Oktober 1938 erwarb Alfred Bauer als alleinzeichnungsberechtigter Mitinhaber der OHG Heinrich Bauer – zusammen mit dem Kaufmann Walter Krentz als Kommanditgesellschaft – vom Juden Paul Dessauer das Kaufhaus Hoheluft. Im Dezember 1938 erwarb Alfred Bauer als alleinzeichnungsberechtigter Mitinhaber der OHG Heinrich Bauer das Grundstück Hoheluftchaussee 93. Ebenfalls im Dezember 1938 kaufte Alfred Bauer wieder als alleinzeichnungsberechtigter Mitinhaber der OHG Heinrich Bauer von den Perutz-Schwestern Elfriede David und Else Leopold das Grundstück Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221. Die Verkäuferinnen waren Jüdinnen. Im Vergleich zu den Grundstückskäufen im Jahr 1936 lässt sich einerseits die Gemeinsamkeit konstatieren, dass mit den Immobilien Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221 und Hoheluftchaussee 93 erneut Mietshäuser im Zentrum des Bauer'schen Interesses standen. Andererseits gab es den Unterschied, dass im Jahr 1938 Heinrich oder Alfred Bauer nicht länger als Privatpersonen kauften, sondern dass die beiden

Genannten als Vertreter der OHG Heinrich Bauer agierten. Ein weiterer augenfälliger Unterschied besteht darin, dass die OHG Heinrich Bauer 1938 überwiegend Objekte von Juden und Jüdinnen erwarb. Die jüdischen Verkäufer*innen konnten nicht mehr frei über die Erlöse verfügen, die vielmehr auf Sperrkonten einzuzahlen waren. Zudem mussten sie fürchten, nicht den ursprünglich vereinbarten Betrag zu erhalten.

Im Jahr 1938 und insbesondere in dessen letztem Viertel hatte die soziale wie wirtschaftliche Verfolgung der Juden und Jüdinnen hemmungslos feindliche bis lebensbedrohliche Züge angenommen. Im Gegensatz zu den Unterlagen zu den anderen Grundstücksgeschäften sind die Verträge zu den drei Hoheluft-Erwerben tradiert. Dass Juden und Jüdinnen auf der einen Seite und *Arier* auf der anderen Seite bei Rechtsgeschäften keine gleichberechtigten Parteien darstellten, war für die Zeitgenossen anhand dieser Dokumente wahrnehmbar. So wurde etwa der Vertrag über den Erwerb des Kaufhauses Hoheluft „unter der aufschiebenden Bedingung der Erteilung der nach dem Gesetze zum Schutze des Einzelhandels und nach der Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 notwendigen Genehmigungen geschlossen".[891] In den Verträgen zu den Grundstücken Hoheluftchaussee 91 und Hoheluftchaussee 93 ist fixiert, dass die Verkäufer beziehungsweise die Verkäuferinnen jüdisch waren und der Käufer *arischer* Abstammung war.[892] In ebendiesen Klauseln fand der Begriff *Arisierung* konkret seinen Niederschlag.

Schließlich kaufte Alfred Bauer als Privatperson im Mai 1939 das Grundstück Schöne Aussicht 22. Im Hinblick auf dieses Rechtsgeschäft fehlen zentrale Dokumente. Wie beim Grundstück Königgrätzstraße 5 stellte die JTC auch hier zunächst einen Rückerstattungsantrag und zog ihn dann aber später wieder zurück. Im Zentrum der Restitution stand die Frage, ob die verkaufende Person jüdisch war, was die involvierte Maklerfirma verneinte.

Zu sämtlichen Objekten wurden Rückerstattungsansprüche erhoben. Infolgedessen fanden gegen Ende der 1940er-Jahre und in der ersten Hälfte der 1950er-Jahre zu allen Fällen juristische Auseinandersetzungen statt. Zwei der Verfahren endeten mit der Rücknahme der Restitutionsansprüche. Bei allen anderen Grundstücken sowie im

891 StAHH, 221-11, C (R) 254.
892 StAHH, 314-15, R 1938/3623, Bl. 38; StAHH, 314-15, R 1938/2466, Bl. 43.

Falle des Kaufhauses wurden Vereinbarungen getroffen, dass die Objekte gegen Zahlung von Geldbeträgen im Besitz der OHG Heinrich Bauer beziehungsweise der Familie Bauer blieben. Diese Vereinbarungen, durch die sämtliche Ansprüche fortan als erledigt galten, sind durch außergerichtliche Vergleiche und in einem Fall durch einen Vorschlag im Zuge einer Güteverhandlung zustande gekommen. Im Hinblick auf die zu zahlenden Geldbeträge fällt auf, dass einige Summen die Vermutung nähren, dass einstige Herabstufungen von Vermögenswerten ungefähr kompensiert werden sollten.[893] Spezielle Beachtung verdient zudem der Fall des Grundstücks Schützenpforte 9. Laut Aussage des Rechtsanwalts Dr. Ernst Feld, der in den meisten Fällen die OHG Heinrich Bauer in den Rückerstattungsverfahren vertrat, beruhte deren geleistete Zahlung nicht auf einer gerichtlich festgestellten Rechtmäßigkeit der Ansprüche, sondern einzig auf dem Bestreben der OHG Heinrich Bauer, das Restitutionsverfahren endlich abschließen zu können.[894] Aufgrund der lückenhaften Quellenlage lässt sich schwerlich abschätzen, inwieweit dieses Streben nach einer möglichst zügigen Erledigung der Restitutionssachen auch beim Ausgang der anderen Verhandlungen ausschlaggebend gewesen war.

Ein Aspekt spielt schließlich noch in den Themenkomplex Besitztransfer hinein. Wenn die Bauers vorzugsweise Mietshäuser erworben hatten, ist zu fragen, ob es jüdische Bewohner und Bewohnerinnen in diesen Häusern gegeben hat und wie deren Schicksale ausgesehen haben.

In den Mietshäusern Löwenstraße 30, Hoheluftchaussee 91, Hoheluftchaussee 93, Lattenkamp 8–10 und Alsterdorfer Straße 59–61 waren unter anderem auch Juden und Jüdinnen wohnhaft. Viele von ihnen wohnten an den genannten Adressen nur temporär zur Miete oder Untermiete. Langjährige Mieter beziehungsweise Mieterinnen gab es nur wenige. Die Schicksale der jüdischen Bewohner und Bewohnerinnen verliefen unterschiedlich; sie reichten von der erfolgreichen Auswanderung und der damit einhergehenden Rettung ihres Lebens bis zur Deportation und Ermordung.[895] Das durchforschte Quellenmaterial umfasst keine Indizien, die den Blick auf oder das

893 Dies betraf zum Beispiel das Warenlager des Kaufhauses Hoheluft, dessen taxierter Wert von einem Sachverständiger um 40.000 RM herabgesetzt wurde. Vgl. StAHH, 213-13, 2982, 2. Beiakte, Bl. 16.
894 Vgl. Abschnitt B.II.4.
895 Vgl. Abschnitt B.III.

Handeln der Bauers gegenüber den jüdischen Bewohnern und Bewohnerinnen erhellen könnten. Das Gleiche gilt für den Haus- und Hypothekenmakler Albert Schwarke & Sohn, dem die Verwaltung der Mietshäuser oblag. Auf seinem Entnazifizierungsfragebogen gab Albert Schwarke an, dass sämtliche Firmendokumente 1943 in den Büroräumen am Speersort 8 „verbrannt" seien.[896] Einen solchen Befund – keine Indizien zu finden – angemessen einzuschätzen, ist schwierig, da hierbei ein quellenkritisches Grundproblem der Geschichtswissenschaft zum Tragen kommt: Ein solcher Befund hängt maßgeblich von der Überlieferung ab, die „in ihrer Eigenwilligkeit" „dieses gibt und jenes versagt".[897] Ausdrücklich vorbehaltlich dieses skizzierten Quellenproblems *argumentum ex silentio* sprechen die Langzeitmieter Josephi, Ahrens und Feibel eher dafür, dass von der Bauer'schen Seite keine systematischen antisemitischen Verdrängungsmaßnahmen unternommen wurden.

Aus der Betrachtung der Besitztransfers lässt sich festhalten, dass es unstrittig notwendig ist, die Grundstückserwerbe sowie die Geschäftsübernahme durch Heinrich und Alfred Bauer in den Kontext *Arisierung* zu stellen und sie unter diesem Gesichtspunkt eingehender zu erforschen. Aufgrund der Untersuchung formiert sich ein durchaus differenziertes Bild von den Besitztransfers. Grundlegend kristallisiert sich ein Zusammenwirken heraus: Insbesondere die finanzbehördlichen Verfolgungsmaßnahmen schufen einen Handlungsrahmen, aus dem sich für *Arier* Gelegenheiten ergaben. Heinrich und Alfred Bauer als Privatpersonen wie auch als Vertreter der OHG Heinrich Bauer profitierten vom Hinausdrängen der Jüdinnen und Juden aus dem sozialen und wirtschaftlichen Leben in der Form, dass sie Grundstücke und ein Kaufhaus erwerben konnten, die unter anderen Umständen erst gar nicht oder nicht zu dem Preis zum Kauf gestanden hätten. Heinrich und Alfred Bauers Kaufmotive scheinen vor allem ökonomischer Natur gewesen zu sein. Auf Basis der gesichteten Quellen lässt sich nicht feststellen, ob oder inwieweit ihr nutznießerisches Verhalten ebenfalls von der hinter dem Begriff *Arisierung* stehenden nationalsozialistischen Ideologie geprägt war.

896 StAHH, 221-11, Z 8584.
897 Esch, Überlieferungs-Chance und Überlieferungs-Zufall 1994, S. 68.

C. Der Heinrich Bauer Verlag und das Zeitschriftengeschäft

Im Hamburger Adressbuch von 1920 wurde die Firma Heinrich Bauer im Branchenverzeichnis als Buchdruckerei gelistet. Gleichwohl agierte das Unternehmen in jenen Jahren vermutlich in erster Linie als Verlag und Druckerei für kleinere Druck-Erzeugnisse und – oftmals großformatige – Zeitschriften. Darunter fällt etwa ein „humoristisch-satirischer Wochenspiegel“ mit dem Titel „Der Kauz“, der sich bibliothekarisch lediglich für das Jahr 1919 nachweisen lässt.[1] Die vier erhalten gebliebenen Seiten der dritten Ausgabe erschienen in zweifarbigem Rotationsdruck mit zahlreichen Illustrationen beim „Verlag von Heinrich Bauer“, der zu dieser Zeit noch im Billhorner Mühlenweg ansässig war.[2] Verantwortlich für den Inhalt, in dem sich die Beitragenden besonders über das Weltkriegsende und die Bestimmungen des Friedensvertrags sowie über die revoltierenden „Spartakisten“ echauffierten, war laut Impressum ebenfalls Heinrich Bauer.[3]

Verantwortung für Druck und Verlag übernahm Heinrich Bauer seit Ende 1920 für eine weitere Zeitschrift, die zunächst immer am Montagmorgen unter dem Titel „Die Laterne“ erschien.[4] Für die inhaltliche Ausgestaltung zeichnete Richard Loewe verantwortlich, Schriftleitung und Geschäftsstelle befanden sich im Hamburger Brandsende 29, II.[5] Neben politischen Berichten, Kommentaren, einem „Politischen Briefkasten“ und einer Karikatur auf Seite 1 wurden hier heitere oder anzüglich-humorvolle Geschichten und Anekdoten publiziert und „Aus dem Hamburger Theaterleben“ berichtet. Inserate bewarben die Weihnachtsfeier der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) Hamburgs (Ortsgruppe Harvestehude-Roterbaum), eine Kaffee-Rösterei oder die Uhr „Petocrono“.[6] Mit der dritten Ausgabe (der ersten im Jahr 1921) sank die Zahl der Seiten von acht auf vier. Gleichzeitig vergrößerte sich das

1 https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=587304405&view=brief [Zugriff am 20.06.2024].
2 Der Kauz, Nr. 3 von 1919 (aus dem Bestand der Deutschen Nationalbibliothek: ZC 7646).
3 Ebd.
4 https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=367330873&view=brief [Zugriff am 20.06.2024].
5 Vgl. Die Laterne, 1. Jg. Nr. 1 u. 2 vom 20. und 27.12.1920 (aus dem Bestand der Deutschen Nationalbibliothek: ZC 4501).
6 Ebd. Außerdem wurde an zwei Stellen auf eine Generalversammlung der Gruppe für Handel und Industrie der DDP hingewiesen.

Format. In dieser Ausgabe erschien ein Gastbeitrag des populären DDP-Politikers, Gewerkschafters und Reichstagsabgeordneten Anton Erkelenz.[7] Außerdem wurde ein Nachruf auf Carl Legien publiziert, den langjährigen Vorsitzenden der freigewerkschaftlichen Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.[8] Die wenigen erhalten gebliebenen Ausgaben lassen auf eine politische Verortung im linksliberalen Parteienspektrum schließen. Diese politische Ausrichtung blieb auch nach dem personellen Wechsel in der Redaktion bestehen, als mit der vierten Ausgabe die inhaltliche Verantwortlichkeit von Richard Loewe auf Carl Naujok überging. Auch danach berichtete „Die Laterne" ausführlich über die Aktivitäten der DDP. Angesichts der bevorstehenden Bürgerschaftswahl wurden die Veranstaltungen und Kundgebungen der Partei eindringlich beworben, zudem wurde eine ausführliche Kandidatenliste veröffentlicht.[9]

Weitere Verlagstitel aus den 1920er-Jahren lassen sich einer Liste entnehmen, die Heinrich Bauer im September 1948 in einem Antrag auf Zulassung einer neuen Zeitschrift aufführte. Neben dem „Kauz" wurden hier rekapitulierend „Das Extrablatt am Montag", „Das Sportextrablatt am Sonnabend" und „Das Sportextrablatt" gelistet.[10] Gegenwärtig lässt sich zwar keiner der drei zuletzt genannten Titel in einem Bibliotheksbestand ausfindig machen. Dass Heinrich Bauers Angaben aber nicht seiner Fantasie entsprangen, verdeutlicht eine Mitteilung über eine Eintragung in das Handelsregister, die am 14. Juli 1920 im „Hamburger Fremdenblatt" veröffentlicht wurde.[11] Demnach war am 3. Juli 1920 ein Gesellschaftsvertrag für ein neues Unternehmen mit dem Namen „Norddeutsche Gesellschaft für Druck und Verlag mit beschränkter Haftung" und einem Stammkapital von 30.000 Mark unterzeichnet worden. Gegenstand des Unternehmens war „die Uebernahme und der Fortbetrieb der bisher von dem Buchdruckereibesitzer Heinrich Bauer herausgegebenen Zeitung ‚Das Extrablatt am Montag' und die Errichtung oder Uebernahme von ähnlichen Unternehmen, sowie die Aufnahme von Druck- und Verlagsgeschäften".[12] Die Vertretung der

7 Ebd., 1. Jg. Nr. 3 vom 02.01.1921, „Weder Sozialismus noch Trust".
8 Ebd., „Karl Legien".
9 Vgl. ebd., 1. Jg. Nr. 6 vom 26.01.1921, „Die demokratischen Kandidaten". Von der Zeitschrift „Die Laterne" sind neun Ausgaben bibliothekarisch nachgewiesen. Ob das Periodikum mit Nummer 9 tatsächlich eingestellt wurde, bleibt unklar.
10 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Gesuch um Zulassung einer Zeitschrift, 27.09.1948 (Anlage 3). Die „Laterne" fehlte in dieser Liste „Herausgegebene Verlagswerke". Bauer führte hier vermutlich nur Titel auf, für die er nicht nur den Druck, sondern auch inhaltlich oder verlegerische Verantwortung übernommen hatte.
11 Hamburger Fremdenblatt, 92. Jg. Nr. 339 vom 14.07.1920, „Amtliches" (Seite 4).
12 Ebd.

Gesellschaft erfolgte durch die beiden Geschäftsführer Christian Friedrich Trede, einen Kaufmann aus Altona, und den Buchdruckereibesitzer Heinrich Friedrich Matthias Bauer.[13]

Aus der unzureichenden Überlieferungslage des Verlags und der Zeitschriftenredaktionen lassen sich nicht zwangsläufig Rückschlüsse auf den Verbreitungsgrad und die Auflagenstärke der oben genannten Titel ziehen. Der Mangel anderweitiger Referenzen lässt jedoch vermuten, dass keinem der genannten Publikationsprojekte ein größerer publizistischer Erfolg beschieden war. Nach Heinrich Bauers Angaben wurden alle vier Publikationen 1923, im Jahr der Hyperinflation, eingestellt.[14] Auch die Norddeutsche Gesellschaft für Druck und Verlag hatte nicht lange Bestand. Nach Aufgebot am 4. September 1925 wurde sie „von Amts wegen gelöscht".[15]

Weitere Presseprodukte druckte der Verlag Heinrich Bauer im Auftrag. Dazu zählte etwa die „Sport-Chronik", die zwischen Februar 1926 und August 1927 von Bauer produziert wurde.[16] Der Verlag war inzwischen in die Schützenpforte umgezogen. Als Herausgeber der Sportzeitschrift fungierten zunächst Walter Richter und John Jahr, verantwortlich für die Schriftleitung war ebenfalls Richter (für den geschäftlichen Teil: Fred Sattler) und als Verleger wirkte der Otto Mollweide Verlag.[17] Als Bauer den Druck im Spätsommer 1927 einstellte, wurde dieser von Hermann Kampen weitergeführt. Walter Richter war zwischenzeitlich zum alleinigen Herausgeber und Hauptschriftleiter avanciert.[18] Die Schriftleitung hatte Gerhard Reuß übernommen, für den Anzeigenteil war laut Impressum ein H. Baaß verantwortlich und der „Verlag der Sport-Chronik", der seinen Sitz im Chilehaus hatte, wirkte als Verleger.[19] Vorübergehend druckte der Verlag Heinrich Bauer darüber hinaus die „Sport-Chronik am Sonnabend". Als er im Oktober 1926 diese Aufgabe übernahm, war Walter Richter

13 Ebd.
14 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Gesuch um Zulassung einer Zeitschrift vom 27.09.1948 (Anlage 3).
15 Vgl. Archiv der Handelskammer Hamburg, verfilmte Informationen aus dem Handelsregister (Auszug erhalten am 26.04.2024).
16 Vgl. Sport-Chronik, 3. Jg. Nr. 8 vom 23.02.1926 sowie 4. Jg. Nr. 35 vom 30.08.1927 (aus dem Bestand der Deutschen Nationalbibliothek: ZB 12527).
17 Ebd., 3. Jg. Nr. 8 vom 23.02.1926.
18 Vgl. ebd., 4. Jg. Nr. 36 vom 07.09.1927.
19 Ebd.

auch hier Herausgeber und Hauptschriftleiter.[20] Ernst Hornickel fungierte als Schriftleiter, für die Anzeigenannahme war die „Allgemeine Propaganda-Zentrale G.m.b.H." zuständig und auch hier wirkte der Verlag der Sport-Chronik als Verleger.[21]

Da keine Geschäftsunterlagen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorhanden sind, lässt sich das weitere Engagement des Heinrich Bauer Verlags in dieser Zeitphase nur mühsam und bruchstückhaft rekonstruieren: In einem Zeitungsbericht der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung" über die mutmaßliche Unterschlagung von Spenden- und Wahlgeldern für die Reichspräsidentenwahl durch einen Polizeihauptmann wurde erwähnt, dass die Druckerei Heinrich Bauer eine „Hindenburg-Hymne" des Dichters Hans Curt Dreyer in einer Auflage von 100 000 Exemplaren auf Postkarten drucken ließ.[22] Überdies lässt sich aus einer Gerichtsakte schließen, dass Heinrich Bauer wegen Verbreitung „unzüchtiger" Schriften 1930 angeklagt, jedoch nicht verurteilt worden war.[23] Ein hier beiliegender Auszug aus dem Strafregister verweist indes auf mehrere Verurteilungen wegen steuer- und arbeitsrechtlicher Vergehen – unter anderem wegen Beschäftigung von Arbeitern am Sonntag.[24] Aus der besagten Verfahrensakte lässt sich schließen, dass Heinrich Bauer im Jahr 1929 kurzzeitig die „Norddeutsche Tribüne" drucken ließ, die sich zur damaligen Zeit deutlich gegen rechtskonservative Tendenzen positionierte.[25] Redaktionell verantwortlich dafür war der 1894 geborene Benno Richard Christian Dohrn, Mitglied der KPD und seinerzeit angestellt bei der Handelsvertretung der UdSSR.[26] Zu dieser Zeit war Bauer über den

20 Vgl. Sport-Chronik am Sonnabend, 3. Jg. Nr. 2 vom 09.10.1926 (aus dem Bestand der Deutschen Nationalbibliothek: ZB 17923).
21 Ebd. Auch die Beilage „Norddeutscher Sport-Spiegel" wurde zeitweise vom Heinrich Bauer Verlag gedruckt (Vgl. etwa Norddeutscher Sport-Spiegel (Eine Gratis-Beilage der „Sport-Chronik"), Nr. 3 vom 16.10.1926)(aus dem Bestand der Deutschen Nationalbibliothek: ZB 17923).
22 Hamburger Volkszeitung, 9. Jg. Nr. 173 (Beilage), „Der Skandal des Hamburger Polizeihauptmanns Rintelen. Deutschnationaler Kreisleiter, Dieb und Polizeihauptmann des Hamburger Koalitionssenats".
23 StAHH, 213-11, 73799.
24 Vgl. ebd., Auszug aus dem Strafregister vom 27.12.1929. Kritik an den Arbeitsbedingungen findet sich auch in der kommunistischen Presse. Vgl. Hamburger Volkszeitung, 15. Jg. Nr. 209 (Beilage) vom 19.09.1932, „Aus dem Druckereibetrieb der ‚Funkwacht'. Selbst Sonntags drei Schichten" sowie Nr. 233 vom 17.10.1932, „Aus dem ‚Funkwacht'-Betrieb. Für 4 Ueberstunden drei Kekse".
25 Vgl. dazu StAHH, 213-11, 73799, Urteil des Hamburger Landgerichts vom 12.06.1930. Demnach erklärte Dohrn, die Zeitung sei „nicht parteipolitisch eingestellt, sie habe eine scharfe kritische Einstellung der rechten Seite gegenüber […]".
26 Vgl. dazu die erhaltene Ausgabe Norddeutsche Tribüne Jg. 1930 Nr. 12 vom 12.07.1930 (aus dem Bestand der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg: 042/93; verantwortlich für Verlag und Redaktion: B. Dohrn). Siehe zu seinen biografischen Daten beispielsweise: StAHH, 221-11, Misc 13624 sowie 241-2, B 261 sowie 351-11, 17003.

Inhalt der von ihm gedruckten Publikationen durchaus unterrichtet. Wegen des besagten Artikels war Bauer vor Drucklegung sogar bei der Polizei vorstellig geworden.[27]

I. Ein neues Genre: Rundfunkzeitschriften aus dem Hause Bauer

Den Zeitschriften, die vom Verlag Heinrich Bauer in der ersten Hälfte der 1920er-Jahre herausgegeben wurden, war kein großer publizistischer Erfolg beschieden. Weitaus vielversprechender erwies sich dessen Engagement im Bereich der Rundfunkpresse, wo sich ab Mitte des Jahrzehnts ein neuer Markt eröffnete.[28] Zu jener Zeit etablierte sich mit dem Rundfunk ein neues Massenmedium im Deutschen Reich, das schon bald einen atemberaubenden Aufschwung verzeichnen konnte. Als historischer Fixpunkt wird häufig der 29. Oktober 1923 genannt, jener Tag, an dem die erste deutsche Rundfunkgesellschaft ihren Sendebetrieb aufnahm.[29] Innerhalb weniger Jahre vollzog sich ein Institutionalisierungsprozess, der Ende 1926 seinen vorläufigen Abschluss fand.[30] Die Verantwortlichkeit für alle technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Aspekte des neuen Mediums fiel der Reichspost zu. Das Reichsinnenministerium wiederum war gemeinsam mit den Ländern für die politischen Inhalte zuständig.[31] Dafür wurden zwei zentrale Institutionen geschaffen: Einerseits die Drahtlose Dienst AG (Dradag), die Nachrichten und politische Inhalte als publizistische Dienstleistungen für den Hörfunk lieferte und maßgeblich vom Innenministerium kontrolliert wurde. Andererseits die Deutsche Welle GmbH als zentrale Gemeinschaftseinrichtung regionaler Sender, die in erster Linie Fachvorträge und Wirtschaftsnachrichten übermittelte.[32] Beide Einrichtungen wurden wiederum von verschiedenen Überwachungsausschüssen, Beiräten und der 1925 gegründeten Reichs-Rundfunk-Gesellschaft mbH (RRG) kontrolliert.[33] Die RRG selbst fungierte als Dachorganisation regionaler Sendeanstalten, diente jedoch gleichzeitig deren Kontrolle durch die Reichspost, die 51 Prozent der Anteile hielt.[34] Die in dieser Form 1926 ver-

27 Vgl. StAHH, 213-11, 73799, Urteil des Hamburger Amtsgerichts vom 19.02.1930.
28 Vgl. dazu ausführlich Thomas Bauer, Deutsche Programmpresse 1923 bis 1941. Entstehung, Entwicklung und Kontinuität der Rundfunkzeitschriften, München 1993.
29 Konrad Dussel, Deutsche Rundfunkgeschichte. 3., überarbeitete Auflage, Konstanz 2010, S. 19.
30 Vgl. dazu auch die komplexe Vorgeschichte: ebd., S. 19–37.
31 Ebd., S. 37.
32 Vgl. ebd., S. 32f.
33 Ebd., S. 37.
34 Ebd., S. 33.

abschiedete Reichsrundfunkordnung unterwarf das neue Medium insofern der staatlichen Verwaltung.[35] Zwar waren die Rundfunkgesellschaften, an denen sich zunächst auch Unternehmen und Privatpersonen beteiligten, privatrechtlich organisiert, gleichwohl besaßen das Reich und die Länder in allen Gesellschaften und der Dachorganisation seit 1926 die Mehrheit.[36]

Hinsichtlich seines Aufbaus und seiner Senderstruktur war der Rundfunk in Deutschland regional gegliedert. In den Jahren 1923 und 1924 entstanden insgesamt neun regionale Programmgesellschaften, bei denen die Reichspost in der Regel bald ebenfalls 51 Prozent der Aktienanteile hielt. Im Hamburger Raum nahm die Nordische Rundfunk AG (NORAG) im Mai 1924 ihren regelmäßigen Programmdienst auf.[37] Sie war im Januar desselben Jahres auf privatunternehmerische Initiative hin in der Hansestadt gegründet worden und hatte zunächst Räumlichkeiten in der Großen Bäckerstraße und in der Binderstraße bezogen.[38] Die Programmgestaltung und das Programm ihres regelmäßigen Sendebetriebs sollten schon bald zu den zentralen Bezugspunkten der ersten Rundfunkzeitschrift des Heinrich Bauer Verlags werden. Ebenso wie das Medium Rundfunk mussten sich auch die nun neu entstehenden Funkzeitschriften erst in der Medienlandschaft der Weimarer Republik verorten.

1. Die „Rundfunk-Kritik“ etabliert sich auf dem Markt der Rundfunkzeitschriften (1926–1928)

Am 24. September 1926 trat der Heinrich Bauer Verlag erstmals mit der „Rundfunk-Kritik“ in Erscheinung, die mit dem Untertitel „Die unabhängige Wochenschrift für alle Radiofreunde zum Lobe des Guten[,] zur Beseitigung der Mängel[,] zum Ausbau der Technik“ als neue Wochenzeitschrift erschien.[39] Der monatliche Bezugspreis betrug 30 Pfennig. Das Vorhaben, das mit dieser Zeitschrift verbunden war, brachten Redaktion und Verlag auf der Titelseite zum Ausdruck:

35 Winfried B. Lerg, Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980, S. 269f. Siehe zur Organisierung, die sich im Detail und regional teils außerordentlich komplex ausgestaltete: ebd., S. 148ff.
36 Ebd., S. 270.
37 Ebd., S. 158f. Bald schon kamen einige „Nebensender“ hinzu, die teils auch eigene Programminhalte produzierten (vgl. S. 177ff).
38 Vgl. ebd., S. 158 sowie Heinz-Günter Deiters, Fenster zur Welt. 50 Jahre Rundfunk in Norddeutschland, Hamburg 1973, S. 24f. Vgl. zur Entstehungsgeschichte der NORAG auch Führer, Medienmetropole 2008, S. 28ff.
39 Rundfunk-Kritik, 1. Jg. Nr. 1 vom 24.09.1926 (aus dem Bestand der Deutschen Nationalbibliothek: ZC 6048). In verschiedenen Quellen und Darstellungen wurde auch 1925 als Jahr benannt, in dem Heinrich Bauer in das Geschäft der Programmpresse einstigen (vgl. etwa Bauer, Programmpresse 1993, S. 92). Allerdings lassen sich dafür keine Belege finden.

> Mit ungeahnter Schnelligkeit hat der Rundfunk seinen Siegeszug über den Erdball angetreten [...] Es fehlt jedoch diesem jüngsten Kind der Technik noch mancher Moment, welchen man bei Kindern allgemein mit Erziehung bezeichnet. Auf breiter Basis muß jedermann an dieser Erziehung mitarbeiten, indem durch gerechte Beurteilung der gebotenen Leistungen das Niveau der Darbietungen gehoben wird, damit der Rundfunk das wird, was er sein soll:
> Ein Kulturfaktor.
> Wir brauchen hier verdientes Lob und scharfe Kritik.
> Die ersten Kinderkrankheiten sind glücklich überstanden [...]. Alles, was nicht vom Fach ist, kann heute nicht mehr mit und wird sich in Zukunft hüten, sich geschäftsmäßig mit Radio zu befassen [...] und so kommt es, daß sich allmählich ein neuer Stand entwickelt: der Radiohändler. Auch das Publikum ist inzwischen schlauer geworden und wendet sich nur noch an einen Fachmann. So wird und muß es gelingen, durch zähes fachmännisches Arbeiten den Rundfunk immer weiter auf- und auszubauen. Diese große Aufgabe hat sich die „Rundfunk-Kritik“
> gestellt und wird ihren Weg bis ins Ziel unbeirrt verfolgen.[40]

Als Arbeitsgebiet wurde der „Großfunksender Hamburg und sein umfangreiches Sendegebiet“ angesehen, das Aufgabenfeld wurde wie folgt definiert:

> Die „Rundfunk-Kritik“ will den Radiohändlerstand heben [...]; er will ferner die Rundfunkhörer zu einer großen Gemeinde zusammenschließen, damit diese ihre Wünsche in Bezug auf die Ausgestaltung des Programms der Sendegesellschaft kundgeben kann. Die „Rundfunk-Kritik“ will ferner durch ihr offenes Wort der Oberpostdirektion (O.P.D.) in Hamburg beweisen, daß die Technik des Senders und die Bedienungsweise noch gewaltig verbessert werden müssen, wenn man nicht einen Zusammenbruch erleben will.[41]

Um Störungen des Senders zu registrieren, waren zwei Kontrollstellen eingerichtet worden. NORAG und OPD sollten künftig nicht mehr die Möglichkeit haben, die Verantwortung für „alle Störungen auf den Empfangsapparat der Rundfunkhörer“ abzuwälzen.[42] Außerdem sollte das Programm des regionalen Senders im Fokus stehen:

> Ebenfalls fehlt eine Kritik des gesamten Programms des Hamburger Senders; es ist und bleibt ein unverantwortlicher Fehler der Hamburger Tagespresse, daß dieses Gebiet, welches doch auch von allgemeinem Interesse ist, derartig vernachlässigt worden ist und deshalb zu solchen Zuständen führen konnte, wie sie heute in Hamburg liegen.[43]

40 Rundfunk-Kritik, 1. Jg. Nr. 1 vom 24.09.1926, „An Alle!“. Im Original teils hervorgehoben.
41 Ebd.
42 Ebd. Überhaupt wurden NORAG und OPD scharf kritisiert. Der Artikel schloss mit den Worten: „Wir fordern alle Rundfunkhörer auf, einzutreten in unsere Reihen und mitzuhelfen an unserem Werk, zum Wohle aller Rundfunkfreunde durch stete Mitarbeit mit Rat und Tat. Der NORAG und der O.P.D. rufen wir zu: Nun endlich ist unsere Geduld zu Ende, es beginne der Krieg der Kritik.“
43 Ebd.

Insofern verfolgte die Zeitschrift zunächst vier Ziele: Neben Verbesserungen der inhaltlichen Ausgestaltung des Programms und der technischen Rahmenbedingungen des Empfangs ging es darum, die Reputation der Radiohändler zu verbessern und als Sprachrohr des Radiopublikums zu fungieren. Zu diesem Zweck wurde auf zunächst acht Seiten neben einem Aufmacher und Programm-Ankündigungen des Hamburger Senders im Rahmen der „Technische[n] Rundfunk-Kritik" ausführlich über die Inhalte sowie die Empfangsqualität der vergangenen Wochen berichtet. Darüber hinaus veröffentlichte die „Rundfunk-Kritik" einzelne Berichte und Artikel zu radiospezifischen Themen, publizierte Werbeanzeigen, das Programm der Deutschen Welle sowie eine Vorschau der anstehenden Funkwoche, in der auf einzelne Sendungen gesondert hingewiesen wurde. Bald wurden Rubriken wie der „Briefkasten" und „Mit und aus dem Hörerkreis" eingeführt, in denen (technische) Anfragen beantwortet und Zuschriften der Hörer*innen veröffentlicht wurden.[44] Schon in der zweiten Ausgabe wurden auf den letzten Seiten zudem mehrere Kurzgeschichten veröffentlicht.

Angesichts der „Fülle von Zuschriften" sahen sich Verlag und Schriftleitung in der dritten Ausgabe veranlasst, eine Erweiterung vorzunehmen, die eigentlich „erst für spätere Zeit ins Auge gefaßt" worden war, wie sie auf der Titelseite ausführten:

> Während wir bisher nur dem technischen Apparat und der Betriebs-Organisation des Senders unsere Aufmerksamkeit gewidmet hatten, sehen wir uns jetzt schon veranlaßt, kritische Betrachtungen zu bringen, die die geistige Leitung, die Kern und Wesen des Senderwirkens und Führerwollens zum Gegenstand haben.
> Wir werden dieser Einstellung auf des Wesentliche fortan unsere besondere Sorgfalt widmen, die, um es den Abwartenden klar zu sagen, fern von schlechten Journalisten-Instinkten mit strenger Sachlichkeit und liebevollem Verständnis auf Senderausstrahlungen eingehen wird. […]
> Den kritischen Betrachtungen und Abhandlungen wird sich als wichtiger Bestandteil angliedern die „Oeffentliche Rundfunkmeinung", die die wesentlichen Zuschriften aus dem Publikum auszugsweise oder in Zusammenstellungen bringt. […] Für alle Fragen, die nur irgendwie von öffentlicher Bedeutung für den Rundfunk sind, gleichgültig ob es sich um Form oder Inhalt, um Technik oder Geist handelt, hat seinen Raum in der „Rundfunk-Kritik".[45]

Nunmehr also sollten Zusendungen und die inhaltliche Auseinandersetzung mit einzelnen Sendungen, Formaten und der Programmgestaltung stärker in den Fokus der

44 Der Briefkasten war in der ersten Ausgabe zunächst als „Technischer Briefkasten" angekündigt worden.
45 Ebd., 1. Jg. Nr. 3 vom 08.10.1926, „Was wir wollen!".

Berichterstattung rücken. Außerdem wurde nun auf zusätzlichen Seiten in Kurzdarstellung auch das Programm auswärtiger Sender des In- und Auslands abgedruckt.

Bald schon etablierten sich weitere Rubriken, die mehr oder weniger regelmäßig erschienen. Zu ihnen zählten ein Pressespiegel, eine Nachrichtenspalte der Radio- und Funkvereine, ein Leserrätsel, eine „Bastler-Spalte“, eine Sparte mit Meldungen namens „Bunter Funk“, sogenannte „Hof- und Residenznachrichten aus der Binderstraße“, die auf satirische Weise die NORAG kritisierten, sowie spezielle Hinweise auf Radio-Vorträge und das tägliche Abendprogramm des lokalen Senders. Berichte zu einzelnen Radiosendungen und kritische Kommentare zum Rundfunkgeschehen ergänzten die Spalten der „Rundfunk-Kritik“, in der Ende Oktober 1926 erstmals auch ein Preisausschreiben ausgelobt wurde. Darin ging es um die Entwicklung eines Sendungskonzepts zum Thema „Alt-Hamburg“: Erwartet wurden „Vorschläge über Inhalt, Aufbau und Gestaltung“ eines Abends im Rahmen der Sendung der „Lachenden Norag“.[46] Augenscheinlich war geplant, die Vorschläge anschließend der NORAG-Sendeleitung als „Wünsche des Publikums“ zu unterbreiten.[47] Zunächst jedoch sollten zehn Vorschläge von Preisrichtern ausgewählt und den Leser*innen zur Abstimmung präsentiert werden. Unter den vier Juroren befanden sich der bekannte Theaterschauspielerhil und der Radiotechniker Dr. Karl Mühlbrett. Außerdem der Verleger und Herausgeber Heinrich Bauer sowie Johannes Bucke, der seit der ersten Ausgabe als verantwortlicher Redakteur/Schriftleiter der „Rundfunk-Kritik“ fungierte.

In dieser Funktion wurde Bucke Mitte November 1926 abgelöst. Für eine Ausgabe übernahm nun Julius Selig die Verantwortung, ehe mit Nummer 9 Alfred Bauer der Posten des verantwortlichen Redakteurs zufiel.[48] Die Gestalt der „Rundfunk-Kritik“ veränderte sich in diesem Zeitraum noch geringfügig, die Grundstruktur blieb jedoch erhalten: Einige Rubriken etablierten sich, während sich andere veränderten oder gänzlich aus der Zeitschrift verschwanden. Weitere kamen hinzu. So wurden bald eine Spalte für Kleinanzeigen und die Rubrik „Der Wellenbummler“ eingeführt.[49] Zudem wurde Ende November 1926 erstmals eine technische Beilage namens „Die An-

46 Ebd., 1. Jg. Nr. 6 vom 29.10.1926, „Preisausschreiben“.
47 Schließlich musste die Redaktion jedoch bekannt geben, dass „keine Beiträge, die für eine Verwendung und Prämierung geeignet waren“, eingingen (ebd., 1. Jg. Nr. 9 vom 19.11.1926, „Preisausschreiben“).
48 Vgl. ebd., 1. Jg. Nr. 8 u. Nr. 9 vom 12. und 19. 11.1926.
49 Ab Anfang 1927.

tenne“ angekündigt, die fortan in zweiwöchigem Abstand in der „Rundfunk-Kritik“ erschien.[50] Die Schriftleitung für diese „technische Ecke“, die sich explizit nicht als Fachzeitschrift definierte, fiel Dr. Karl Mühlbrett zu.[51] Er verstand seine Arbeit als Auftrag,

> Lesern die physikalischen und technischen Grundlagen [zu] vermitteln, die sie befähigen, je nach ihrer persönlichen Neigung einfache oder verwickelte Geräte zu bauen, gebastelte oder gekaufte Geräte richtig zu bedienen, und sie darüber hinaus in die Wirkungsweise des Senders und den Vorgang der Funkübertragung ein[zu]weihen, damit sie die grundsätzlichen Schwierigkeiten und natürlichen Grenzen erkennen, die im Sende- oder Empfangsgerät liegen oder die im Weltgeschehen beruhen und sich unserem Einfluß entziehen.[52]

Zum Ende des Jahres 1926 wurde erstmals auch ein ausführlicher Fortsetzungsroman veröffentlicht.[53] Unter seinem Pseudonym Hans Land erschien ab dem 24. Dezember Hugo Landsbergers Gesellschaftsdrama „Staatsanwalt Jordan“. Ihm folgte im März 1927 der Science-Fiction-Roman „Atlantis“ des populären Autors Hans Dominik. Zeitweise erschienen beide Romane gleichzeitig. In der zweiten Jahreshälfte wurde stolz der Roman „Treffbube ist Trumpf“ des weltbekannten Autors Edgar Wallace angekündigt.[54] Nach der letzten Folge im April 1928 wurde er von Robert Louis Stevensons Geschichte von Dr. Jekyll und Mr. Hyde abgelöst.[55]

Über die Höhe der Auflage der „Rundfunk-Kritik“ in jenen Jahren lässt sich nur spekulieren.[56] Die Zahl der potenziellen Rezipient*innen war beschränkt: Der Rundfunk konnte längst noch nicht überall empfangen werden. Mitte 1927 versorgten die Rundfunkanstalten weniger als 1,5 Prozent des Reichsgebiets über Bodenwellen.[57] Dass damit dennoch über 30 Prozent der Bevölkerung erreicht werden konnten, lag an dem Standort der Sendeanlagen, die sich oftmals mitten in Großstädten befanden.[58] Allerdings war dort anfangs häufig nur der lokale Sender verfügbar. Empfangsgeräte waren zu jener Zeit ebenfalls noch nicht weit verbreitet, obschon die Zahl der Nutzer*innen zügig wuchs. Ende 1927 waren rund zwei Millionen zahlende Teilnehmer*innen registriert – eine Zahl, die sich bis Anfang 1932 verdoppelte.[59] Mit ihren

50 Rundfunk-Kritik, 1. Jg. Nr. 10 vom 26.11.1926, „‘Die Antenne‘“.
51 Die Rundfunk-Antenne, 1. Jg. Nr. 1 vom 03.12.1926, „Zum Geleit“.
52 Ebd.
53 Rundfunk-Kritik, 1. Jg. Nr. 14 vom 24.12.1926, „Staatsanwalt Jordan“.
54 Ebd., 2. Jg. Nr. 37 vom 16.09.1927, „Treffbube ist Trumpf“.
55 Ebd., 3. Jg. Nr. 16 vom 20.04.1928, „Schluß“.
56 Vgl. dazu Abschnitt C.II.1.
57 Dussel, Rundfunkgeschichte 2010, S. 40.
58 Ebd.
59 Ebd., S. 41. Dies erlaubt keinen validen Rückschluss auf die grundsätzlich oder tatsächlich Hörenden (vgl. ebd., S, 43). Das Hören ohne postalische Genehmigung findet hier ebenso keine Berücksichtigung wie das Hören in einer Hörgemeinschaft.

Aufmachern erregte die „Rundfunk-Kritik“ aber bereits 1927 durchaus Aufmerksamkeit. Regelmäßig wurden auf der ersten Seite inzwischen kritische Themen behandelt. Dazu gehörten etwa Fragen nach den pädagogischen Leistungen des Rundfunks, nach den Rechten der Hörer*innen, der Personalpolitik der NORAG, nach den finanziellen Verhältnissen der Rundfunkgesellschaften und der Zusammensetzung der Überwachungsorgane.[60] Wiederholt stand auch die Programmgestaltung der NORAG in der Kritik.[61] Ende Januar 1927 wurde die Frage nach der „Einmischung privater Gesellschafter“ in der Rundfunk- und Radioverwaltung aufgegriffen.[62] Der Autor des Artikels nahm Bezug auf Vorwürfe aus der Zeitschrift „Die Grünen Briefe“, distanzierte sich jedoch gleichzeitig von deren politischer Haltung.[63] Die „Rundfunk-Kritik“ lehne es ab, „Politik in unsere Zeitung zu bringen“, weshalb „die tendenziösen politischen Stellen aus diesem Artikel gestrichen“ worden seien.[64] Dennoch wogen die Vorwürfe über unberechtigte Einflussnahme und den „sonderbaren Aufbau des deutschen Rundfunkwesens“ so schwer, dass sich die Redaktion veranlasst sah, einen Teil des Artikels abzudrucken. Prompt meldete sich Reichs-Rundfunk-Kommissar Hans Bredow, der Vorsitzende der RRG, mit einer ausführlichen Stellungnahme.[65]

Im Februar 1927 hatte Julius Selig die redaktionelle Verantwortung wieder übernommen.[66] Allerdings gingen durchaus nicht alle Artikel auf ihn zurück. Häufig zeichneten Autor*innen nicht unter vollem Namen oder Texte wurden von Gastautor*innen verfasst. Weitere Rubriken wie „Die Frau und ihre Welt“, „Die lustige Welt“, „Die Kritik der Woche“ und „Die Oper der Woche“ wurden eingeführt und eine techni-

60 Rundfunk-Kritik, 2. Jg. Nr. 8 vom 25.02.1927, „Was leistet Pädagogik im Funk“, Nr. 12 vom 25.03.1927, „Welche Rechte hat der Hörer?“, Nr. 14 vom 08.04.1927, „Welche Personalpolitik treibt die Norag?“ sowie Nr. 17 vom 29.04.1927, „Wie ist die Finanzwirtschaft im Funk“ u. Nr. 18 vom 06.05.1927, „Das umstrittenste Problem“.
61 Am 9. Dezember 1927 erschien schließlich ein Interview mit dem NORAG-Direktor Hans Bodenstedt zum Sendeprogramm. Vgl. ebd., Nr. 49 vom 09.12.1927, „Der Noragleiter zum Sendeprogramm“.
62 Ebd., 2. Jg. Nr. 4 vom 28.01.1927, „Was wird am Funk verdient?“.
63 Gemeint waren wahrscheinlich die „Grüne Briefe für Kapital und Wirtschaft. Das Blatt der Industrie“.
64 Rundfunk-Kritik, 2. Jg. Nr. 4 vom 28.01.1927, „Was wird am Funk verdient“. Dazu einleitend: „Die Politik hat nichts mit dem Rundfunk zu tun. Sie soll jedenfalls nichts damit zu tun haben, und wenn sich politische tendenziös eingestellte Zeitungen oder Zeitschriften damit befassen, hat es jeweils einen Haken.“ Werbeanzeigen für Parteien finden sich kaum in der Zeitschrift. Im Februar 1928 wurden angesichts der bevorstehenden Wahlen in Hamburg allerdings zwei große Anzeige der nationalliberalen Deutschen Volkspartei veröffentlicht (3. Jg. Nr. 6 vom 10.02.1928 „Wille und Weg am 19. Februar 1928“, dort in der Beilage Radio-Technik u. Nr. 7 vom 17.02.1928, „Parole für nächsten Sonntag“). Ebenso erschienen Anzeigen der deutschnationalen Partei (Liste 2) (Nr. 7 vom 17.02.1928, „Raus aus dem roten Sumpf“) und der SPD (ebd., „Zur Bürgerschaftswahl am 19. Februar 1928“).
65 Vgl. ebd., Nr. 5 vom 04.02.1927, „Die Antwort des Rundfunkkommissars“.
66 Vgl. etwa die Notizen in: ebd., Nr. 5 vom 04.02.1927 u. Nr. 51 vom 23.12.1927.

sche Sprechstunde in den Räumen des Verlags eingerichtet, wo ratsuchende Leser*innen Unterstützung bei Problemen mit ihren Empfangsgeräten fanden. Die technische Beilage „Die Rundfunk-Antenne“ wurde um die Jahresmitte 1927 in „Radio-Technik“ umbenannt. Für den technischen Teil der „Rundfunk-Kritik“ übernahm nun Albert Neiss die Verantwortung.[67] Allerdings sollte sich auch die Konstellation Selig/Neiss bald wieder auflösen: Spätestens zur Jahresmitte 1928 übernahm Hugo R. Bartels den Posten des Schriftleiters von Julius Selig.[68] Bartels Name war schon seit 1927 prominent in der „Rundfunk-Kritik“ vertreten. Insbesondere für die Rubrik „Die Kritik der Woche“ hatte er zahlreiche Sendungen besprochen. Er war 1903 in Hannover als Hugo Georg Heinrich Christian Bartels geboren worden und hatte 1923 in Hildesheim seine Abiturprüfung abgelegt.[69] Er studierte Psychologie, Germanistik und Soziologie in Göttingen, Bonn und Tübingen und arbeitete als freier Mitarbeiter für verschiedene Tageszeitungen. Außerdem betätigte er sich schriftstellerisch. Bartels war Mitarbeiter verschiedener Sendeanstalten und arbeitete dort unter anderem als Sprecher. Im Nationalsozialismus erlangte er als Rundfunksprecher eine gewisse Bekanntheit.[70]

2. Erfolgreiche Umstrukturierung und Umbenennungen: Über die „Funk-Woche“ zur „Funk-Wacht“ (1928)

Anfang Juli 1928 war in der „Rundfunk-Kritik“ zu lesen, dass die Zeitschrift in Kürze in erweiterter Form unter dem neuen Titel „Funkwoche“ erscheinen würde.[71] Dieser ersten Ankündigung folgten in der zweiten Monatshälfte weitere Details:

> Was will die „Funkwoche“? Die „Funkwoche“ will Sie über alle Ereignisse des Funkwesens unterrichten. Sie werden orientiert sein über die Aufgaben des Funks, Sie werden eingehende Würdigung der kulturellen Ereignisse finden, Sie werden sehen, daß wir die Aktualität nicht vernachlässigen, Sie werden wissen, daß Sie zur Ergänzung Ihres Hörens der „Funkwoche“ bedürfen, denn das Ohr verliert den Klang des Wortes schneller als das Auge den Eindruck des geschriebenen Satzes. Auch alle dem Funk angegliederten und mit dem Funk für unser modernes Leben entscheidenden Kulturfaktoren werden Sie finden in der „Funkwoche“ ![72]

67 Ebd., Nr. 51 vom 23.12.1927.
68 Vgl. etwa ebd., 3. Jg. Nr. 29 vom 20.07.1928, „Schriftleitung“.
69 Vgl. BArch Berlin, R9361-V, 45746, Lebenslauf Hugo R. Bartels. Hieraus stammen auch die nachfolgenden biografischen Informationen. Seine Tätigkeit bei der „Funk-Wacht“ findet in diesem Lebenslauf keine Erwähnung.
70 Vgl. in diesem Kontext auch: BArch Berlin, R9361-V, 3251.
71 Rundfunk-Kritik, 3. Jg. Nr. 27 vom 06.07.1928, „‘Funkwoche‘“.
72 Ebd., Nr. 30 vom 27.07.1928, „‘Funkwoche‘?“. Im Original teilweise hervorgehoben.

Im September erschien auf der Titelseite ein Artikel, der sich ausführlich mit dem Projekt beschäftigte und weitere Details bekannt gab: Demnach sollte die Umstellung, die mit einer Umstrukturierung und einer erheblichen inhaltlichen Erweiterung auf „alle Gebiete des Funks“ einhergehen sollte, zum Oktober 1928 erfolgen.[73] Auf 32 Seiten, die dann etwa dem „Folio“-Format entsprachen, sollte „eine wesentliche Bereicherung der Programme, ein[] erhebliche[r] Ausbau der Technik und eine zielbewußte Förderung des Feuilletons durch Aufnahme von Romanen hervorragender Güte“ umgesetzt werden.[74] Der redaktionelle Teil würde ferner „durch reiche Illustration“ ergänzt werden.[75] Im Zuge dieser Umstrukturierung strebte die Programmredaktion eine „Neuordnung der Programmberichte“ an, indem sie zunächst Sender in Gruppen gliederte, einzelne gut zu empfangende Sender, „in größerer Ausführlichkeit“ behandelte und die Programme der Fernsender tageweise ordnete.[76] Für den technischen Teil wiederum war eine Ausweitung auf vier Seiten vorgesehen, in denen auch ausführliche und erklärende Zeichnungen ihren Platz finden sollten.

Davon, dass insbesondere visuelle und literarisch-unterhaltsame Aspekte stärker Berücksichtigung finden sollten, zeugte auch eine vierseitige Flugschrift, die für das neue Format warb: Die Titelseite machte erstmals mit einem abgedruckten Foto auf sich aufmerksam, das die „Ankunft zur Olympiade in Amsterdam“ visualisierte.[77] Darüber hinaus enthielt das Prospekt einen Bestellschein der neuen Rundfunkzeitschrift sowie den ersten Teil eines Romans von Jack London, der parallel auch in der 38. Ausgabe der „Rundfunk-Kritik“ erschien.[78] In dem ebenfalls enthaltenen Werbetext für die neue Zeitschrift begründeten Verlag und Redaktion ihre Entscheidung für die Umgestaltung. Sie hätten sich, so der Wortlaut des Texts, dazu entschlossen, „nicht mehr allein und ausschließlich der Kritik zu dienen, sondern in weit höherem Maße als bisher allen Interessen des Rundfunks“.[79] Dies solle auch äußerlich zum Ausdruck kommen. Neben dem neuen Titel, einem veränderten, handlicheren Größenformat

73 Ebd., Nr. 36 vom 07.09.1928, „Wissen Sie schon…?“. Der Artikel wurde mit „Der Verlag“ gezeichnet.
74 Ebd.
75 Ebd.
76 Ebd. In der folgenden Ausgabe wurde wohl auch darüber berichtet, der entsprechende Text liegt gegenwärtig nicht vor.
77 Funk-Woche. Früher: Rundfunk-Kritik (enthalten im Bestand der Deutschen Nationalbibliothek: ZC 6048, gebunden mit Ausgaben der Rundfunk-Kritik).
78 Vgl. Rundfunk-Kritik, 3. Jg. Nr. 38 vom 21.09.1928, „Jack London / Lockruf des Goldes“. Der hier abgedruckte Text enthält einige zusätzliche Absätze.
79 Funk-Woche. Früher: Rundfunk-Kritik (enthalten im Bestand der Deutschen Nationalbibliothek: ZC 6048, gebunden mit Ausgaben der Rundfunk-Kritik).

und einer hochwertigeren Papierqualität war eine „bessere und übersichtliche Anordnung des Programmteils“ geplant.[80]

Die Seitenzahl, die in den vergangenen Monaten häufig zwischen 12 und 14 (selten 16) geschwankt hatte, sollte nunmehr auf 32 heraufgesetzt werden, „um in höherem Maße als bisher die Ereignisse im Reich und im Auslande zu verfolgen, ohne die örtlichen Interessen einschränken zu müssen“.[81] Nach wie vor sollte die sachliche Kritik ihren Raum erhalten. Außerdem war vorgesehen, „im redaktionellen Teil Schriftsteller aus allen Teilen des Reichs, deren langjährige Tätigkeit auf dem Gebiete des Rundfunks eine sachliche Einstellung zu den Tagesfragen des Funks verbürgt, zu Worte kommen“ zu lassen.[82] Der „Reichweite des Rundfunks“ sollte „die Großzügigkeit der Berichterstattung“ entgegengesetzt und den Leser*innen durch Illustrationen und „interessante Abbildungen“ auch „etwas fürs Auge“ geboten werden.[83] Der Programmteil wurde übersichtlicher gestaltet und auch insofern ergänzt, als nun in größerem Umfang ferne Sender berücksichtigt und beispielsweise „nähere Angaben über die Darbietungen, Autoren, Leiter, Mitwirkende und Orchester“ mitgeteilt werden sollten.[84] Angekündigt wurden ferner eine übersichtliche Programmgestaltung, „wertvolle Unterhaltungslektüre“, eine „Sonderecke“ für Humor sowie die Beibehaltung von Rätseln und Kurzgeschichten.[85] Zudem sollte die (Funk-)Technik durch „Aufsätze aus den Federn erster Fachleute des In- und Auslandes“ ausführlich behandelt werden.[86]

Erste Ansätze der geplanten Umgestaltung wurden seit September probeweise in der „Rundfunk-Kritik“ umgesetzt.[87] Am 5. Oktober 1928 erschien die Zeitschrift schließlich erstmals unter dem Namen „Funk-Woche“ im neuen Format mit erweiterter Seitenzahl.[88] Außerdem verdoppelte sich der Einzelpreis pro Ausgabe auf 30 Pfennig. Schon Anfang 1927 war der Verkaufspreis von 10 auf 15 Pfennig angehoben worden. Ein Monatsabonnement kostete nunmehr eine Mark. Die Jahrgangszählung der „Rundfunk-Kritik“ wurde indes beibehalten. Auffällig erwies sich insbesondere die neue Aufmachung des Titels, die nun regelmäßig mit einer Fotografie Aufmerksamkeit auf sich zog. Im Verlauf des Monats Oktobers wurden hier etwa das Luftschiff LZ 127

80 Ebd.
81 Ebd.
82 Ebd.
83 Ebd.
84 Ebd.
85 Ebd. Im Original teilweise hervorgehoben.
86 Ebd.
87 Vgl. Rundfunk-Kritik, 3. Jg. Nr. 36 vom 07.09.1928, „Wissen Sie schon…?“.
88 Funk-Woche, 3. Jg. Nr. 40 vom 5. Oktober 1928.

„Graf Zeppelin“, eine Funkeinrichtung für Verkehrsflugzeuge, das Gebäude mit den neuen Geschäftsräumen der Nordischen Rundfunk-A.-G. an der Rothenbaumchaussee 132 und die Sendestation auf der Zugspitze abgebildet. Auch die folgenden Seiten waren nun reich illustriert, wo häufig Reportagen und Berichte veröffentlicht wurden.

Aber nicht nur hinsichtlich Inhalt und Aufmachung beschritt die „Funk-Woche“ neue Wege. Im Zuge der Umstellung wurde auch der Schriftleiter ausgetauscht. Für Hugo H. Bartels übernahm Dr. Louis Freise die redaktionelle Verantwortung schon in den letzten Ausgaben der „Rundfunk-Kritik“.[89] Freise hatte bereits im März 1928 einen Artikel in der „Rundfunk-Kritik“ auf der Titelseite veröffentlicht und im Spätsommer maßgeblichen Anteil an der Umgestaltung des Blattes.[90] Zu diesem Zeitpunkt war der am 7. April 1894 geborene Freise 34 Jahre alt.[91] In seiner Geburtsstadt Stade hatte er das Gymnasium besucht und anschließend in Marburg 1914 ein Studium begonnen, das alsbald durch seinen mehrjährigen Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg unterbrochen wurde. In dieser Zeit war er vorübergehend Mitglied der Marburger Burschenschaft Alemannia. Nach Kriegsende studierte Freise auch in Greifswald und Hamburg, wo er 1922 mit einer Arbeit über „Die Lage der Kleinrentner, ihre Organisation und Selbsthilfe, sowie öffentliche Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung“ promovierte.[92] Mit seinem Engagement als Schriftleiter beschritt er 1928 eine journalistische Karriere beim Verlag von Heinrich Bauer. Bis zur Einstellung der Rundfunkzeitschriften im Jahr 1941 sollte Freise hier tätig sein. Ihm zur Seite stand Walter Pilkuhn, der Ende Oktober 1928 Albert Neiss als verantwortliche Ansprechperson für Technik und Beratung ersetzte.[93] Der 1892 in Braunschweig geborene Pilkuhn hatte in Hameln seinen Schulabschluss erworben und sich 1923 in Hamburg zum Elektroingenieur ausbilden lassen.[94] Danach war er als selbstständiger Elektro- und Rundfunk-Einzelhändler und Reparateur tätig. Das Geschäft befand sich damals im Raboisen 27, seine Tätigkeit für den Bauer-Verlag übte er insofern nebenberuflich aus.[95]

89 In Ausgabe 34 wurde Bartels noch als Schriftleiter aufgeführt. Ausgabe 35 erschien bereits mit einem Artikel von „Dr. F.“ auf der Titelseite. In Ausgabe 38 wurde Freise auch als Schriftleiter genannt. Die entsprechenden Seiten der Ausgaben 35-37 liegen gegenwärtig nicht vor.
90 Rundfunk-Kritik, 3. Jg. Nr. 10 vom 09.03.1928, „Hören Sie den Rundfunk richtig?“. Vgl. etwa ebd., Nr. 35 vom 31.08.1928, „Haben Sie Programmwünsche für die kommende Saison??“, der mit „Dr. F.“ unterschieben war.
91 Vgl. StAHH, 221-11, 47201. Hieraus auch die weiteren biografischen Angaben zu seiner Person.
92 Louis Freise, Die Lage der Kleinrentner, ihre Organisation und Selbsthilfe sowie öffentliche Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung, Hamburg 1922 (Hochschulschrift).
93 Vgl. das Impressum der Funk-Woche, 3. Jg. Nr. 42 u. Nr. 43 vom 19. und 26.10.1928.
94 StAHH, 221-11, C (R) 436. Hieraus auch die folgenden Informationen.
95 Vgl. die Hamburger Adressbücher 1928 u. 1929.

Nur wenige Wochen nach den personellen Umstellungen, der Erweiterung und den inhaltlichen Umstrukturierungen wurde eine erneute Namensänderung notwendig. Schon in der ersten Ausgabe der „Funk-Woche“ war der Anspruch formuliert worden, die Auflage ständig vergrößern und sie „weit über Hamburgs engere Grenzen hinaus“ verbreiten zu wollen.[96] Dadurch geriet die Zeitschrift in Konkurrenz mit anderen überregionalen Blättern. Da bereits eine Berliner Rundfunkzeitschrift mit dem Namen „Funk-Woche“ wöchentlich in einer Auflage von etwa 30 000 Exemplaren erschien, wurde, „[u]m einer etwaigen Verwechslung […] vorzubeugen“, der Titel in „Funk-Wacht“ geändert.[97] Diese Namensänderung erfolgte unvermittelt und war allem Anschein nach spontan umgesetzt worden. In der Kopfzeile der ersten Ausgabe ist nur auf einigen Seiten der Name „Funk-Wacht“ zu lesen. An anderer Stelle titelte die Ausgabe mit „Funk-Welt“ – ein Name der mutmaßlich ebenfalls zur Disposition stand.[98] Ungeachtet dessen sollte sich der Name „Funk-Wacht“ in den folgenden dreizehn Jahren etablieren und Verbreitung finden.

96 Funk-Woche, 3. Jg. Nr. 40 vom 05.10.1928, „Zum Geleit“. Im Dezember 1928 hatte die Redaktion außerdem darauf aufmerksam gemacht, dass sie den Wünschen der Leserschaft entsprechend sich entschlossen habe, das auswärtige Senderprogramm „auch auf die kleineren, selten gehörten Sender auszudehnen“ (Funk-Wacht, 3. Jg. Nr. 49 vom 07.12.1928 (Bekanntmachung auf S. 9)).
97 Funk-Wacht, 3. Jg. Nr. 47 vom 23.11.1928, „Warum jetzt ‚Funk-Wacht‘?“. Vgl. zur Auflage der Berliner Funk-Woche: Bauer, Programmpresse 1993, S. 162. Die Zeitschrift befand sich seinerzeit im Wachstum: Zwei Jahre später ließ sich der Verlag eine Auflage von 150 000 notariell beglaubigen (ebd., S. 61).
98 Vgl. etwa die Seiten 2, 3, 6, 7, 26, 27, 30 u. 31.

II. Ausbau und Erweiterung der „Funk-Wacht“ (1928–1932)

Arbeiten, die sich eingehend mit der Frühphase der Rundfunkpresse in Deutschland auseinandergesetzt haben, kommen zu dem Ergebnis, dass die Programmpresse spätestens 1930 „ihre typische Form gefunden“ hatte.[99] Schon in den Jahren 1923 und 1924 waren erste Periodika gegründet worden, die sich der „Funkpresse“ zuordnen lassen. Dazu zählen etwa die „offiziellen“ Organe der neun Regionalgesellschaften, die deren Meldungen und Programme abdruckten und oftmals in deren Namen erschienen – obschon in den meisten Fällen Privatunternehmer als Herausgeber fungierten.[100] Häufig wurden sie von den Sendegesellschaften mit hohen Geldsummen unterstützt.[101] „Politik und Zeitgeschehen“ sollten dort im Sinne eines Neutralitätsgebots, dem sich auch der Weimarer Rundfunk verpflichtet sah, weitestgehend ausgespart bleiben.[102] Als „offizielles“ Organ der NORAG fungierte im Hamburger Raum 1924 zunächst „Die Funkwelt“, die jedoch schon kurze Zeit später von der Zeitschrift „Die Norag“ abgelöst wurde.[103] Sie wurde ab Ende 1925/Anfang 1926 von der Rufu-Verlagsgesellschaft mbH herausgegeben und beim Hamburger Acht-Uhr-Abendblatt gedruckt.[104] Neben den „offiziellen“ Organen, die sich im Verlauf der 1920er-Jahre stetig weiterentwickelten, entstanden vielfältige Gruppen-, Fach- und Publikumszeitschriften. Eine detaillierte Übersicht lässt sich an dieser Stelle kaum skizzieren – auch weil sich sowohl der Zeitschriftenmarkt als auch der Charakter einzelner Titel in einem schnellen Wandel befanden und die vielfältigen Ausformungen der Zeitschriften eine Systematisierung erschweren.[105] Technische Bastel-, Fach- und Amateurblätter erschienen häufig in Verbindung oder Kooperation mit Vereinen.[106] Parallel dazu wurden Programmzeitschriften publiziert, oftmals im Auftrag von politischen oder gesellschaftlichen Gruppen.[107] Dazu gehörte etwa der sozialdemokratische Arbeiter-Radio-Klub Deutschlands e.V./Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands e.V. mit seinem ab 1926

99 Lu Seegers, Hör zu! Eduard Rhein und die Rundfunkprogrammzeitschriften (1931–1965), Potsdam 2001, S. 92. Vgl. dazu auch Bauer, Programmpresse 1993, S. 158.
100 Vgl. etwa ebd., S. 43ff. Vgl. hier auch Bauers Ausführungen zum Begriff „offiziell“, der vielmehr als „offiziös“ zu bezeichnen wäre (ebd., S. 47).
101 Vgl. etwa ebd., S. 49.
102 Ebd., S. 54f.
103 Lerg, Rundfunkpolitik 1980, S. 211. Die Funkwelt wurde später zur technischen Beilage.
104 Ebd. Siehe auch Bauer, Programmpresse 1993, S. 87.
105 Vgl. zur Problematik, diese Pressesparte zu systematisieren bzw. zu typologisieren: ebd., S. 142f.
106 Vgl. ebd., S. 137ff.
107 Vgl. ebd., S. 144ff.

erscheinenden Titel „Der Neue Rundfunk“ sowie verschiedene konfessionelle Blätter.[108] Anfang der 1930er-Jahre gründeten NSDAP, DNVP sowie diverse nationalkonservative Bünde und Vereine den Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer e.V. (RDR) und dessen Verbandsorgan, die Zeitschrift „Der Deutsche Sender“.[109]

Ab Mitte der 1920er-Jahre ließ sich eine Tendenz der Programmpresse hin zu einer „Familien-Illustrierte[n]“ mit ausführlichem Unterhaltungsteil ausmachen.[110] Das Bild wurde darin bald zum „zentralen Element“.[111] Der Medienhistoriker Winfried B. Lerg führte in seiner wegweisenden Studie zur „Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik“ aus, dass gegen Ende des Jahrzehnts schließlich ein neuer Typ Rundfunkzeitschrift aufkam: Die Rundfunkillustrierte mit dem „ausführlichen, typographisch vielspaltig und auf engem Raum wiedergegebenen Programm einer Woche; mit kurzen, aber reich bebilderten programmbezogenen Berichten sowie mit einem ausführlichen Unterhaltungsteil in Wort und Bild, der keineswegs rundfunkbezogen sein mußte“.[112] Zu dieser Gattung gehörte die neue Rundfunkzeitschrift des Bauer-Verlags spätestens seit Herbst 1928: Mit der Umgestaltung der „Rundfunk-Kritik“ und ihrer Umbenennung in „Funk-Woche“ und kurz darauf in „Funk-Wacht“ zählte sie – obschon sie zunächst weiterhin auch auf einen technischen Teil setzte – quasi zu den Prototypen des Formats der Rundfunkillustrierten, die in den kommenden Jahrzehnten das „Bild der Programmpresse“ bestimmen sollten.[113]

1. Leserschaft und Auflagenstärke

Mit Verbesserungen in den Bereichen Sende- und Empfangstechnik, einer wachsenden Hörergemeinschaft und der Etablierung von Rundfunkillustrierten vergrößerte sich Ende der 1920er-Jahre die Gesamtauflage der Rundfunkzeitschriften beträchtlich. Zahlen für die Auflage der „Rundfunk-Kritik“ sind für diesen Zeitraum allerdings nicht überliefert. Thomas Bauer errechnete in seinem „Versuch einer Neubestimmung“ der Auflagenzahl der Programmpresse im Deutschen Reich für den Oktober 1928 eine Ge-

108 Vgl. ebd., S. 144ff.
109 Ebd., S. 147f. Diese „Hörerorganisation“ wurde 1936 aufgelöst (ebd., S. 227).
110 Ebd., S. 154.
111 Ebd., S. 157.
112 Lerg, Rundfunkpolitik 1980, S. 218. Die bildliche Darstellungsweise wurde dabei „bevorzugt als Kompensationselement eingesetzt“ (ebd., S. 219).
113 Vgl. Bauer, Programmpresse 1993, S. 158. Siehe auch Lerg, Rundfunkpolitik 1980, S. 218. Vgl. auch S. 219 sowie Seegers, Eduard Rhein 2001, S. 92 wo die „Funk-Wacht“ jeweils als Beispiel aufgeführt wurde.

samtzahl von rund 1,73 Millionen Zeitschriftenexemplaren, die sich auf etwa 40 selbstständige Rundfunkzeitschriften mit eigenem Programmanteil verteilten.[114] Für die Mehrheit dieser Publikationen gelang es Bauer in seiner Dissertation über die deutsche Programmpresse von 1923 bis 1941 mithilfe von Zeitschriftenkatalogen und anderen Quellen, eine Auflagenzahl für das Jahr 1928 ausfindig zu machen.[115] Die „Rundfunk-Kritik" – die sich im Oktober 1928 in „Funk-Woche" umbenannte – zählte zu 13 Blättern, für die er keine konkreten Absatzzahlen recherchieren konnte.[116] Er kalkulierte für diese Titel eine Auflage von jeweils rund 20 000 Exemplaren, ging jedoch davon aus, dass diese Zahlen eher zu hoch angesetzt waren.[117]

Für die „Funk-Wacht" dürfte er mit dieser Einschätzung richtiggelegen haben. Eine Auflage von mehr als 20 000 Exemplaren erscheint sehr unwahrscheinlich. Spätestens mit der Umstellung im Oktober 1928 standen die Zeichen der „Funk-Woche"/"Funk-Wacht" allerdings auf Expansion. Der Verlag notierte Mitte Dezember 1928 angesichts des beginnenden wirtschaftlichen Abschwungs im Deutschen Reich dazu in der Zeitschrift:

> Massenumsatz allein kann heute allen Unternehmungen einigermaßen die Aufrechterhaltung der Betriebe ermöglichen. Selbst hochwertige Leistungen müssen zu Preisen abgegeben werden, die trotz des ungeheuren wirtschaftlichen Drucks, der auf allen Deutschen gleichmäßig lastet, von der gesamten Bevölkerung aufgebracht werden können. Aus diesem Grunde hat sich der unterzeichnete Verlag zum Dank für die gerade nach der Umstellung der „Rundfunk-Kritik" auf die jetzige „Funk-Wacht" aus allen Kreisen seiner zahlreichen Bezieher ihm zugegangenen Anerkennungen entschlossen, trotz der bedeutenden Erweiterung und Verbesserung des Blattes den Verkaufspreis auf 20 Pfg., das monatliche Abonnement auf 75 Pfg. herabzusetzen. Der Verlag verbindet mit der Bekanntgabe die Bitte, der „Funk-Wacht" fernerhin das bisherige Interesse zu bewahren, sie immer weiter zu verbreiten und dadurch dem Verlag die Durchführung einer Aufgabe zu erleichtern, die „Funk-Wacht" technisch und redaktionell zu höchster Vollendung zu führen zum Wohle des Funkwesens und seiner Hörer.[118]

In der „Funk-Wacht" wurde nun offensiv für ein Postabonnement geworben. Schon zuvor hatte sich der Verlag bemüht, die Attraktivität der Zeitschrift zu erhöhen: Die „Funk-Woche" wurde inzwischen geheftet zugestellt. Außerdem gab der Verlag eine

114 Vgl. Bauer, Programmpresse 1993, S. 163. Diese Angaben ergeben jedoch angesichts der unterschiedlichen Typen von Rundfunkzeitschriften, unselbstständiger Publikationen usw. nur ein unvollständiges Bild, die Bestimmung der Auflagen erscheint ebenfalls lediglich als Annäherung zielführend (vgl. dazu Lerg, Rundfunkpolitik 1980, S. 219f).
115 Bauer, Programmpresse 1993, S. 161.
116 Ebd., S. 161f.
117 Ebd., S. 161ff.
118 Funk-Wacht, 3. Jg. Nr. 50 vom 14.12.1928, „Massenumsatz". Im Original teilweise hervorgehoben.

Sammelmappe heraus, „um während des Gebrauchs die Zeitschrift schonend aufbewahren zu können“.[119] Ebenfalls wurde den Leser*innen angeboten, vollständige Jahrgänge der Zeitschrift zukünftig „kostenlos mit einem ordnungsgemäßen Einband zu versehen“, sofern diese mit Abonnementquittungen beim Verlag eingereicht würden.[120] Die Umstellungsmaßnahmen erwiesen sich als erfolgreich. Obwohl jetzt mehrere kapitalträchtige Verlage mit großangelegten Neugründungen in das Geschäft der Rundfunkzeitschriften einstiegen und sich die Weltwirtschaftskrise ab 1929 negativ auf den Absatz auswirkte, gelang es dem Heinrich Bauer Verlag, die Auflage der „Funk-Wacht“ maßgeblich zu steigern.[121] Unterschiedlichen Angaben zufolge druckte der Bauer-Verlag im Jahr 1930 bereits zwischen 40 000 und 48 500 Exemplaren pro Ausgabe.[122] In der „Funk-Wacht“ selbst war zu lesen, dass sie im Januar 1930 eine Auflage von 60 000 Exemplaren verzeichnete.[123] Solche Erfolgsmeldungen sind jedoch mit Vorbehalt zur Kenntnis zu nehmen. Weder konnte an dieser Stelle die Angabe auf Korrektheit überprüft werden, noch ließ sich klären, inwieweit Remittenden und Gratisexemplare in die Berechnung einbezogen worden waren.[124] Außerdem war im Bereich der Rundfunkpresse von starken saisonalen Konjunkturen auszugehen.[125] Dennoch lässt sich konstatieren, dass sich die Auflage in diesem Zeitraum beträchtlich erweiterte. Als in der „Funk-Wacht“ im Oktober 1930 auf die zwei Jahre zuvor erfolgte Umstellung zurückgeblickt wurde, berichtete die Redaktion bereits von einer Auflage von 85 000 Exemplaren:

> Wir haben seit diesen zwei Jahren versucht, unsern Lesern immer mehr an Inhalt, Form und Vervollständigung der Programmseiten zu bringen; wir scheuen uns nicht zu sagen, daß gerade die Anregungen aus unserem Leserkreise uns vielfach den Weg gezeigt haben, den eine Zeitschrift gehen muß, um in weitesten Kreisen, alle Bildungsschichten umfassend, volkstümlich zu werden. Das war unser oberstes Gesetz!

119 Funk-Woche, 3. Jg. Nr. 40 vom 05.10.1928., „Unsere Überraschungen“. Siehe dazu auch Funk-Wacht, 3. Jg. Nr. 51, Ankündigung auf S. 9.
120 Funk-Woche, 3. Jg. Nr. 40 vom 5. Oktober 1928, „Unsere Überraschungen“.
121 Vgl. zu den Einflüssen der Weltwirtschaftskrise und den Mitbewerbern: Bauer, Programmpresse 1993, S, 166ff.
122 Ebd., S. 93. Bauer bezog sich dabei auf Zahlen aus dem Ala-Zeitungskatalog, dem Zeitungskatalog von Mosse und Sperlings Zeitschriften- und Zeitungsadressbuch.
123 Funk-Wacht, 5. Jg. Nr. 5 vom 01.02.1930, „Ab heute vierzig Seiten!“.
124 Selbst die verfügbaren Angaben aus den Zeitungskatalogen sind mit Unsicherheiten behaftet. Vgl. zur Problematik auch Führer, Medienmetropole 2008, S. 165ff.
125 Vgl. etwa Bauers Ausführungen zum „Sommerloch“ (Bauer, Programmpresse 1993, S. 254ff). Darauf verwiesen bereits zeitgenössische Publikationen. Vgl. Friedrich H. Korte, Landschaft und Sender. Eine Untersuchung der Beziehung zwischen Rundfunksender und seiner Landschaft unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse beim Reichssender Hamburg, Hamburg 1940 (Dissertationsschrift), S. 154. Demzufolge waren die Auflagenzahlen im Dezember und Januar am höchsten.

> Wir dürfen glauben, wir haben diesen Weg mit Erfolg beschritten. Wir konnten ein Publikationsorgan entwickeln, das über den engeren Kreis der Noragsender hinaus auch solche Nordwestdeutschen zu gewinnen wußte, die in anderen Gegenden Deutschlands, durch Beruf oder Geschäft verschlagen, ihre Liebe zur alten nordwestdeutschen Heimat bewahrten. Ihnen sei an dieser Stelle der Dank der Heimat!
> Was haben wir sonst versucht und getan? Unsere alten Leser wissen das, aber auch für den Fachmann ist es leicht einzusehen: eine im äußersten Nordwesten des Deutschen Reiches aus kleinen Anfängen entstandene illustrierte Rundfunk-Zeitschrift – also ein Blatt, das nur die begrenzten Interessen des Nordwestens vertritt – vermag es innerhalb von zwei Jahren zu einer Auflage von heute 85 000 Exemplaren zu bringen; das ist sicher ein Zeichen dafür, daß gerade die volkstümliche, leicht verständliche Art der Darstellung bislang gefehlt hat und darum in unserer Zeitschrift anerkannt wird.[126]

Wenn hier der „volkstümliche" Charakter, der Zeitschrift beschrieben wurde, so war damit nicht allein Heimatverbundenheit, sondern auch Gemeinverständlichkeit und Einfachheit der Darstellung gemeint.[127] Die „Funk-Wacht" versuchte dadurch, große Teile der norddeutschen Bevölkerung zu erreichen. Dabei gingen Verlag und Redaktion in ihren Bemühungen weit über die inhaltliche und thematische Gestaltung der Zeitschrift hinaus. Um den Austausch mit den Leser*innen zu forcieren und die Zahl der Abonnent*innen zu erweitern, wurden immer wieder auch Wettbewerbe und Preisausschreiben ausgelotet. Verschiedene Rubriken dienten der direkten Interaktion: Im „Sprechsaal" wurden Zuschriften und Kritiken zum Radioprogramm veröffentlicht, in der Rubrik „Kleine Anzeigen" durften Abonnent*innen kostenlose radiospezifische Kleinanzeigen aufgeben und im „Briefkasten" wurden individuelle technische Anfragen beantwortet. Daneben bot die Schriftleitung eine tägliche Sprechstunde in den Räumlichkeiten des Verlags an. Mit der „Technischen Sprechstunde" bot die Redaktion darüber hinaus noch eine ganz besondere Serviceleistung für die regelmäßigen Bezieher*innen der Zeitschrift an. Diese wurde in einem bebilderten Beitrag ausführlich dargestellt:

> Im Frühjahr 1931 wurde nach gemeinsamen Plänen des Hauptschriftleiters Dr. Freise und des beratenden Ingenieurs Pilkuhn im 8. Stockwerk des Verlagshauses ein funktechnisches Laboratorium geschaffen, das sich ganz in den „Dienst am Kunden" stellt und den Zweck hat, allen „Funk-Wacht"-

126 Funk-Wacht, 5. Jg. Nr. 40 vom 05.10.1930, „Der Funk-Wacht-Dienst' – unser ‚Dienst am Hörer'".
127 Vgl. dazu auch das sicherlich verklärende Kapitel „Was ist das eigentlich: volkstümlich?" in der Jubiläumsschrift über den Rundfunk in Norddeutschland: Deiters, Fenster zur Welt 1973, S. 115-120. Auch die NORAG galt als vehemente Verfechterin der „Heimatkultur" (vgl. Führer, Medienmetropole 2008, S. 46ff). Siehe zur Verbreitung der Volkskultur im Rundfunk und zum „weitverbreiteten Volksgemeinschaftsdenken" auch Adelheid von Saldern, Rundfunkpolitik, Nationalidee und Volkskultur (1926–1932). In: Marßolek, Inge / Saldern, Adelheid von (Hg.): Radiozeiten. Herrschaft, Alltag, Gesellschaft (1924–1960), Potsdam 1999, S. 59–82, hier S. 81.

> Abonnenten eine unentgeltliche Geräteprüfung zu bieten. Das Laboratorium beansprucht ein ganzes Stockwerk des Heinrich-Bauer-Hauses. Ursprünglich genügte am Mittwoch-Nachmittag eine Sprechstunde, doch wuchs die Besucherzahl so an, daß zweimal wöchentlich, und zwar Dienstags und Freitags, Sprechstunden abgehalten werden mußten. Diese Sprechstunden, die regelmäßig um vier Uhr nachmittags begannen, fanden manchmal erst gegen Mitternacht ihren Abschluß und erreichten zuweilen die Rekord-Besucherzahlen von hundert Bastlern und Hörern. In den Sprechstunden werden die von den Hörern vorgelegten Geräte auf Fehler untersucht und technische Auskünfte jeder Art erteilt. Reparaturen werden jedoch nicht vorgenommen, da das Sache der Fachgeschäfte ist. […] Die Unterhaltung der Sprechstunde und des Laboratoriums erfordert zwar sehr große Mittel, aber Verlag und Redaktion betrachten die Aufwendungen als „Dienst am Kunden".[128]

Darüber hinaus verstand sich die „Funk-Wacht" als Sprachrohr der Hörer*innen, das die Programmgestaltung der Rundfunkgesellschaften – insbesondere die der NO-RAG – kritisch begleitete. Im April 1932 sah sich die „Funk-Wacht" sogar veranlasst, zu diesem Zweck eine „Interessengemeinschaft deutscher Rundfunkhörer" ins Leben zu rufen, die ihren Sitz in der Verlagszentrale hatte.[129] Die Hürden wurden hier bewusst niedrig gehalten. Beiträge oder Eintrittsgelder wurden nicht erhoben und auch ein Zeitschriftenabonnement musste nicht abgeschlossen werden. Die der „Funk-Wacht" beiliegende Beitrittserklärung enthielt schon eine Mitgliedskarte.[130] Offensichtlich handelte es sich hierbei um eine Werbemaßnahme des Verlags:

> Die der Postkarte beigefügte Mitgliedskarte wollen Sie bitte abtrennen und aufbewahren. Sie gibt Ihnen einen Anspruch darauf, daß Ihre berechtigten Wünsche und Rundfunk-Interessen gegenüber der Sende-Gesellschaft von dem Verlag vertreten werden. Zwischen den Lesern der „Funk-Wacht" einerseits und dem Verlag sowie der Redaktion anderseits besteht ein Vertrauensverhältnis, das durch diese Organisation noch stärker betont werden soll. Gestützt auf diese Tatsache rechnen wir bestimmt damit, daß unsere Leser nicht nur ihren Beitritt zu der Interessengemeinschaft durch die beiliegende Postkarte erklären, sondern auch im Kreise ihrer Bekannten und Verwandten weitere Mitglieder für die Interessengemeinschaft werben.[131]

Neben Vorschlägen zur Gestaltung des Programms (mehr Unterhaltungsprogramm/Musik, weniger Vorträge und ernste Musik) und Untersuchungen zur Zufriedenheit und zu den Wünschen der Hörer*innen setzte sich die Interessengemeinschaft

128 Funk-Wacht, 7. Jg. Nr. 13 vom 27.03.1932, „Technische Sprechstunde. Ein Besuch im Funktechnischen Laboratorium der Funk-Wacht".
129 Ebd., Nr. 17 vom 24.04.1932, „Auf Ihre Stimme kommt es an!"
130 Ebd.
131 Ebd. Hier wurde auch Bezug auf ein „Postmerkblatt" mit Reklamefläche genommen, dessen Verteilung von der Reichspost nach Rücksprache mit der Reichsrundfunkgesellschaft untersagt wurde.

für eine bessere Empfangsqualität des NORAG-Programms, den Bau eines Großsenders Hamburg, für eine gerechtere Regelung des Gebührenerlasses für Bedürftige in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sowie gegen die Häufung nachträglicher Programmänderungen ein.[132]

Zu dieser Zeit lag die Auflage der „Funk-Wacht" längst über den Verkaufszahlen der „offiziellen" NORAG-Zeitschrift.[133] Die „offiziellen" Organe büßten nun ohnehin massiv an Bedeutung ein. Sie waren besonders von der Wirtschaftskrise betroffen, da sie aufgrund der geschäftlichen Verflechtungen mit den Radiogesellschaften häufig nicht flexibel auf die sich verändernden Gegebenheiten reagieren konnten.[134] Außerdem verloren sie mit der sich stetig verbessernden Sende- und Empfangstechnik sukzessive ihren Wettbewerbsvorteil: Wo die Hörenden auch auswärtige Sender störungsfrei genießen konnten, verlor die regionale Programmgestaltung ihren exklusiven Charakter.[135] 1931 sah sich die Rufu-Verlagsgesellschaft als offizielle Verlegerin der NORAG-Programmzeitschrift veranlasst, gegen die Firma Bauer juristisch vorzugehen, weil diese in ihrem Titel mit der Bezeichnung „Offizielle Norag-Programme" warb.[136] Das Hanseatische Oberlandesgericht gab der Rufu recht.[137] Daraufhin verschwand der Untertitel „Offizielle Norag- und Europa-Programme", den die „Funk-Wacht" seit Februar 1930 führte, aus dem Titelkopf. Er wurde Anfang 1932 durch „Illustrierte Norag- und Europa-Programme" ersetzt.[138] In diesem Jahr war die Auflage bereits auf rund 140 000 Exemplare angewachsen – Tendenz steigend.[139]

132 Ebd. sowie Nr. 24 vom 12.06.1932, „Aus der Interessengemeinschaft" u. Nr. 25 vom 19.06.1932, „Aus der Interessengemeinschaft: Die Uebersicht".
133 Bauer, Programmpresse 1993, S. 93. In dem Aufruf zur Gründung der Interessengemeinschaft wurde hervorgehoben, dass „die ‚Funk-Wacht' […] mit einer Auflage von ca. 160 000 Exemplaren als größte und führende Funkzeitschrift des Norag-Bereichs gelten" müsse (vgl. Funk-Wacht, 7. Jg. Nr. 17 vom 24.04.1932, „Auf Ihre Stimme kommt es an!"). Im Dezember 1930 war erstmals von über 100 000 zufriedenen Beziehern geworben worden (vgl. Titelblatt der Funk-Wacht, 5. Jg. Nr. 49 vom 07.12.1930).
134 Bauer, Programmpresse 1993, S. 55.
135 Ebd.
136 Ebd., S. 93 sowie S. 343.
137 Ebd., S. 169 sowie Archiv für Funkrecht (1933) Heft 2, „Rechtsprechung", S. 188–194.
138 Vgl. Funk-Wacht, 7. Jg. Nr. 5 vom 31.01.1932. Ab 1929 war die Funk-Wacht zunächst mit dem Untertitel „Norag-u. auswärtige Programme / Technik /Selbstbau" erschienen, der bald schon in „Norag-u. Europa Programme/Technik/Selbstbau/Schallplatten" erweitert wurde.
139 Bauer, Programmpresse 1993, S. 93. Bauer führte hier drei Zahlen aus unterschiedlichen Quellen an: Diese nennen Auflagen von 132 000, 140 000 und 145 000 Exemplaren. Siehe zu seinen Quellen: ebd., S. 433.

2. Mitarbeitende in Druckerei, Verlag und Redaktion

Generell gestaltet es sich in Anbetracht der Quellenlage als kompliziert, konkrete Aussagen über die ökonomische Situation der „Funk-Wacht“ zu treffen, die neben den Einnahmen aus dem Verkauf der Zeitschrift auch vom Erlös der Werbeanzeigen profitierte. Ähnliches ergibt sich mit Blick auf die personelle Situation von Redaktion, Verlag und Druckerei. Trotz intensiver Recherchen ließen sich nur wenige Personen identifizieren, die in den 1920er- oder 1930er-Jahren für den Bauer Verlag tätig waren. Zu ihnen zählten Alice Haentzschel, Hellmuth Eggert und Heinrich Danklehf. Alle drei wurden von Alfred Bauer in seinem Entnazifizierungsverfahren als Zeug*innen für Ereignisse zwischen 1937 und 1940 genannt.[140] Ihr Engagement für die Firma Bauer reichte jedoch teils bis in die 1920er-Jahre zurück: Alice Haentzschel, geboren am 15. Dezember 1895 in Hamburg, gehörte der Firma Heinrich Bauer nach eigenen Angaben seit dem 1. April 1929 an.[141] Sie arbeitete dort zuletzt als kaufmännische Leiterin/Büroleiterin. Heinrich Danklehf, über den nur wenig bekannt ist, war Hellmuth Eggerts Angabe zufolge Mitte der 1930er-Jahre als Abteilungsleiter in der verlagseigenen Buchbinderei tätig.[142] Eggert selbst, geboren am 14. März 1887 in Heidberg, arbeitete zwischen 1927 und 1939 bei der Verlagsdruckerei als Rotations-Maschinenmeister und Abteilungsleiter.[143] Seine Gehilfenprüfung hatte er 1905 in Altona abgeschlossen, wo er 1926 auch die Prüfung zum Meister ablegte.[144] Vor 1933 war er eigenen Angaben zufolge Mitglied der KPD gewesen.[145] Eine ähnliche Tätigkeit übte der am 16. September 1902 geborene Willy Adam Bauersachs aus: Nach eigenen Angaben gehörte er der Bauer‘schen Druckerei seit 1930 (als „Manager printing-office“) an.[146] Vor 1933 war er Mitglied der SPD gewesen, zwischen 1924 und 1929 verfasste er Artikel für sozialdemokratische Zeitungen in Mannheim und Aachen.

Über die personelle Zusammensetzung und die Arbeit in der Redaktion der „Funk-Wacht“ lässt sich ebenfalls wenig aussagen: Neben Heinrich Bauer (verantwortlich für Druck, Verlag und Herausgeber; später für Druck und Verlag) wurden in den

140 StAHH, 221-11, I (TL) 1648. Siehe dazu auch Abschnitt C.V.1.
141 StAHH, 221-11, I (TL) 1548.
142 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Eidesstattliche Erklärung von Hellmuth Eggert, 19.02.1949.
143 Ebd. In seinem Entnazifizierungsfragebogen nannte Eggert 1928 als Eintrittsjahr (LASH, Abt. 460.9, 70).
144 Ebd.
145 In seinem Entnazifizierungsfragebogen verwies er auf eine „Akte der Wiedergutmachungsstelle Hamburg“ zu seiner Person, die jedoch trotz eingehender Recherche bisher nicht ausfindig gemacht werden konnte.
146 Vgl. Public Record Office London, FO 1014, 559.

frühen 1930er-Jahren im Impressum meist nur der verantwortliche Schriftleiter Louis Freise sowie der für die technische Sparte verantwortliche Walter Pilkuhn (für Technik und Beratung) aufgeführt. Außerdem tauchte hier ab Ende März 1930 der Name eines Zuständigen für den Anzeigenbereich auf. Dies war zunächst Rudolf Blume, der aber in der zweiten Septemberhälfte im Impressum durch Alfred Bauer ersetzt wurde.[147] Nach eigenen Angaben war Rudolf Blume jedoch bis 1931 als Werbeleiter bei der „Funk-Wacht" tätig, ehe er dort wegen Krankheit ausschied.[148]

Überdies wurde bei einem Ausfall des Schriftleiters verschiedentlich Erwin Ibing als Vertretung genannt.[149] Ibing war seit 1930 unter anderem mit Leitartikeln und längeren, meinungsstarken Beiträgen prominent in der „Funk-Wacht" vertreten.[150] Zahlreiche weitere Artikel zeichneten mit seinem Kürzel „ei". Diese fanden sich oftmals in der Rubrik „Kritischer Rückblick" beziehungsweise „Kritik", die der „Kritik der Woche" nachgefolgt war. An anderer Stelle dokumentierte die „Funk-Wacht"-Redaktion eine Umfrage unter prominenten Persönlichkeiten zur Bedeutung des von Max Schmeling erneut errungenen Boxweltmeistertitels. Dabei kam Erwin Ibing die Aufgabe zu, die Position der „Funk-Wacht" („Unsere Meinung") darzulegen.[151] Und als die „Funk-Wacht" einmal ausführlich über die technische Sprechstunde in den Räumlichkeiten des Verlags berichtete, war es ebenfalls Ibing, der den Artikel verfasste.[152] So verdichten sich die Hinweise, dass auch Ibing zum festen Redaktionsstab der „Funk-Wacht" zählte. Im Sommer 1930 war er außerdem an einem großangelegten Foto-Preisausschreiben beteiligt, das der Verlag der „Funk-Wacht" ausgelobt hatte. Dabei ging es um die fotografische Darstellung von Szenen, „auf denen gezeigt wird, mit welcher Behaglichkeit man in seinen Mußestunden den Rundfunk-Uebertragungen lauscht".[153] In das fünfköpfige „Preisrichterkollegium" wurden vonseiten des Verlags der Chefredakteur Louis Freise und der Werbeleiter Rudolf Blume berufen. Überdies

147 Funk-Wacht, 5. Jg. Nr. 13 vom 30.03.1930 sowie Nr. 38 vom 21.09.1930.
148 StAHH, 221-11, 49613.
149 Funk-Wacht, 5. Jg. Nr. 7 vom 14.02.1930 sowie die Nr. 28 bis 30 in diesem Jahr.
150 Vgl. etwa ebd., Nr. 6 vom 07.02.1930, „Ist das Hochdeutsche eine Bastard-Sprache? In Erwiderung auf den Artikel ‚Ist Plattdeutsch im Rundfunk überflüssig'", Nr. 12 vom 21.03.1930, „Das Weltbild im Sender", Nr. 16 vom 20.04.1930, „Von schönen Frauen", Nr. 18 vom 04.05.1930, „Schillers Dramen als Hörspiele?", Nr. 46 vom 16.11.1930, „Das Haus der Wunder" sowie 6. Jg. Nr. 7 vom 15.02.1931, „Das Konzertprogramm des Hamburger Senders", Nr. 10 vom 08.03.1931, „Sprecher u. Redner vor dem Norag-Mikrophon".
151 Ebd., 6. Jg. Nr. 29 vom 19.07.1931, „Schmeling und die deutschen Denker".
152 Ebd., 7. Jg. Nr. 13 vom 27.03.1932, „Technische Sprechstunde. Ein Besuch im Funktechnischen Laboratorium der Funk-Wacht".
153 Ebd., 5. Jg. Nr. 28 vom 13.07.1930, „Photo-Preisausschreiben". Vgl. zum Preisausschreiben auch den Zeitschriftentitel sowie die folgenden Seiten.

beteiligten sich der Kunstmaler Kurt Naudleth und die Grafikerin Marianne Schubel Amthor.[154] Als fünftes Mitglied wurde Erwin Ibing aufgeführt, der hier jedoch als Schriftsteller und nicht als Mitarbeiter der „Funk-Wacht“ auftrat.[155] Tatsächlich erschienen in dieser Zeit auch Romantexte von Ibing in der „Funk-Wacht“.[156] Ebenso wurden aktuelle Werke, die er als Textbuch-Autor und Künstler veröffentlichte, in der Rundfunkzeitschrift besprochen und gewürdigt.[157]

Bereits bei der Personalie Ibing, der stellenweise als verantwortlicher Schriftleiter in Vertretung agierte, stellt sich also die Frage nach der Zugehörigkeit zur Redaktion. Dies gilt für weitere Beiträger*innen, die regelmäßig in der „Funk-Wacht“ publizierten. In den frühen 1930er-Jahren tauchten etwa die Namen Heinz Engel, Charles Gelberg, Eva Leidmann, Senta Neckel, Willy Reese und Fritz Thiels häufiger in der Zeitschrift auf. Allerdings ergaben sich keine Hinweise darauf, dass die Personen tatsächlich auch zu deren Redaktionsstab zählten.[158] Es ist vielmehr anzunehmen, dass es sich hier in den meisten Fällen um freischaffende Schriftsteller*innen und Künstler*innen handelte, die die Zeitschrift mehr oder weniger regelmäßig mit Beiträgen belieferten.[159] Das gilt auch für die häufig namentlich gekennzeichneten Artikel im technischen Teil: Die Autoren, die hier veröffentlichten, arbeiteten hauptberuflich zumeist selbstständig, etwa als Ingenieur/Rundfunkeinzelhändler (Edgar Woyrsch) und/oder in einem eigenen Geschäft beziehungsweise in einer Werkstatt für Radioapparate und Zubehör (Georg von Harscher).[160] Der Ingenieur Erich Wrona etwa war selbstständig

154 Vermutlich handelte es sich dabei um die Gebrauchsgrafikerin Marianne Amthor, die mit Schubel eine Ateliergemeinschaft bildete. Vgl. https://d-nb.info/gnd/1229025928 [Zugriff am 20.06.2024].
155 Funk-Wacht, 5. Jg. Nr. Nr. 28 vom 13.07.1930, „Photo-Preisausschreiben“.
156 Vgl. dazu Abschnitt C.IV.2.
157 Funk-Wacht, 5. Jg. Nr. 19 vom 11.05.1930, „Lehár-Abend“ u. 6. Jg. Nr. 6 vom 08.02.1931, „Skandal um Serenissimus“.
158 So war Thiels, der vor allem Kritiken schrieb, hauptberuflich Pianist und Musiklehrer (vgl. StAHH, 221-11, Misc 15151). Eva Leidmann (eigentlich: Maria Leidmann), ausgebildete Schauspielerin und Schriftstellerin, beantragte 1933 eine Mitgliedschaft im Reichsverband Deutscher Schriftsteller. Als Referenzen nannte sie mehrere überregionale Publikationen, die Funk-Wacht erwähnte sie jedoch nicht (vgl. BArch Berlin, R9361-V, 26903).
159 Auch der Rundfunk fungierte oftmals als Arbeitgeber für freie Schriftsteller*innen (vgl. Theresia Wittenbrink, Zeitgenössische Schriftsteller im Rundfunk. In: Leonhard, Joachim-Felix (Hg.): Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik (Band 2), München 1997, S. 1098-1195, insbesondere S. 1116ff).
160 Edgar Woyrsch war ausgebildeter Ingenieur und arbeitete als Rundfunkeinzelhändler. Im Jahr 1932 macht er sich mit einem eigenen Geschäft selbstständig (Irmer & Woyrsch)(vgl. StAHH, 221-11, C 7337). Georg von Harscher war zwischen 1929 und 1936 selbstständig tätig und betrieb ein Geschäft oder eine Werkstatt für Radioapparate und Zubehör (vgl. StAHH, 221-11, I (B) 11875 sowie das Hamburger Adreßbuch 1932).

und publizierte regelmäßig für verschiedene (Funk-)Zeitschriften.[161] Viele dieser Personen wohnten nicht in Hamburg. Selbst Pilkuhn, dem die Verantwortung für den technischen Teil der „Funk-Wacht“ zufiel und der regelmäßig die technische Sprechstunde leitete, widmete seine Arbeitskraft nicht vollumfänglich der Zeitschrift.

Beim Blick auf die Redaktionen konkurrierender Rundfunkzeitschriften erhärtet sich die Vermutung: Anstelle eines großen Redaktionsstabs wurden wohl häufig Informationsdienste mit den entsprechenden (Fach-)Korrespondenzen sowie verschiedene Presseverteiler bezogen.[162] Außerdem erhielten die Redaktionen Mitteilungen und Informationsmaterialien der Rundfunkgesellschaften und Gerätehersteller.[163] Und auch das Bildmaterial wurde meist von Agenturen, Verlagen oder Fotografen bezogen.[164] Thomas Bauer, der sich in seiner historischen Arbeit intensiv mit der Programmpresse auseinandersetzte, erläuterte dazu, dass „der Inhalt der Blätter überwiegend aus den Pressediensten der Sendegesellschaften zusammengestellt werden konnte“ und sich weiteres Material aus „den Mitteilungen der Gerätehersteller und den Fachkorrespondenzen entnehmen“ ließ.[165] Bauer dazu weiter:

> Die Artikel, Rezensionen, Einführungen und Unterhaltungsbeiträge, die dann noch fehlten, bezogen die Verlage aus Kostengründen zumeist von freien Mitarbeitern. […]
> Der Ausbau des Bilderteils ließ den Textteil schrumpfen, so daß der Bedarf an Manuskripten insgesamt sank. Gleichzeitig stiegen die Druckkosten der Publikationen, und viele Verlage gingen aus finanziellen Erwägungen dazu über, Fortsetzungsromane, Kurzgeschichten und so weiter bei Großverlagen wie beispielsweise Goldmann zu kaufen, anstatt sie bei freien Autoren in Auftrag zu geben.[166]

Diese Arbeitsweise scheint auch die Redaktion der „Funk-Wacht“ geprägt zu haben.

3. Herstellung und technische Produktion der Zeitschrift

Es ist davon auszugehen, dass nur ein Bruchteil der im Verlag Beschäftigten der Zeitungsredaktion angehörten. Der Großteil der Mitarbeitenden war im kaufmännischen Bereich beschäftigt oder wurde mit der technischen Herstellung der Druckauflage betraut.[167] Aber der Blick „hinter die Kulissen“ des Verlags und der Redaktion ist in Er-

161 Vgl. BArch Berlin, R9361-V, 40735.
162 Vgl. Bauer, Programmpresse 1993, S. 156.
163 Ebd.
164 Ebd., S. 157.
165 Ebd., S. 320.
166 Ebd., S. 320f.
167 Vgl. hierzu auch ebd., S. 320ff.

mangelung valider Quellen und Firmenunterlagen wenig erhellend. (Redaktions-)Korrespondenzen, Arbeitsberichte und -protokolle, Dienstanweisungen, Geschäftsberichte und -unterlagen, Gehaltskonten, Bilanzzahlen, Arbeits- und Anstellungsverträge aus jener Zeit sind nicht mehr vorhanden. Zeitgenössische Berichte und ausführliche Erläuterungen von Zeitzeug*innen sind ebenfalls nicht verfügbar. Einen rudimentären Einblick in die Verlagsarbeit vermag ein Textbericht über eine Radiosendung zu geben, die wiederum die Entstehung der „Funk-Wacht“ zum Gegenstand hatte. Da hier aus Verlagssicht über die Produktion der eigenen Zeitschrift berichtet wurde, sei an dieser Stelle gesondert auf den Konstruktionscharakter der Darstellung hingewiesen. Von einer gewissen Selbststilisierung ist auszugehen.

Die Beitragsankündigung thematisierte einleitend die Aufgabe der Programmzusammenstellung:

> Wie entsteht die „Funk-Wacht“? Die Frage ist deswegen so schwer zu beantworten, weil man nicht weiß, wo man beginnen soll. Soll ich erzählen von dem Programmchef in Bukarest, Rom oder Barcelona, in London oder Kalundborg, der in schwierigen Programmsitzungen sein Programm zusammenstellen muß, um es per Eilpost an die Redaktion der „Funk-Wacht“ gelangen zu lassen, oder soll ich anfangen bei den technischen Voraussetzungen, bei der Erfindung der Setzmaschine oder der Rotation? Wie gesagt: es ist schwer, Erschöpfendes zu sagen, denn eine einzige Nummer der „Funk-Wacht" ist doch schließlich das Spiegelbild einer Unsumme von Arbeit. Wenn man nur bedenkt, daß die meisten Länder ihre Radioprogramme in der Muttersprache senden, daß also zunächst eine Uebersetzung der Programme erforderlich ist, so ist damit schon ein ziemlich umfangreiches Arbeitspensum gekennzeichnet.[168]

Auch Fragen nach der grafischen Gestaltung und der Bildauswahl wurden behandelt:

> Außerdem sind die „Funk-Wacht“-Leser gewohnt, nicht nur in recht häufiger Aufeinanderfolge die Bilder der Noragkünstler in ihrer Funk-Zeitschrift zu finden, sondern sie wollen auch Bilder aus allen Wissensgebieten sehen, soweit dieselben im Programm irgendwie in Erscheinung treten. Ehe deshalb die Redakteure an den Aufbau einer „Funk-Wacht“ gehen, müssen sie das eingegangene Redaktions- und Bildmaterial sichten und eine umfassende Disposition treffen, was sie mit dem zur Verfügung stehenden Raum anfangen wollen, um allen Leserschichten etwas bringen zu können.[169]

Deutlich wird darin auch die Abhängigkeit von der Programmgestaltung der Rundfunkgesellschaften, die nicht immer zuverlässig agierten:

> Ich will davon absehen, die langen Konferenzen hier näher zu beleuchten (man wird nämlich immer dann von Besuchern gestört, wenn eine wichtige Arbeit

168 Funk-Wacht, 6. Jg. Nr. 19 vom 10.05.1931, „Wir machen die ‚Funk-Wacht‘“.
169 Ebd.

> vorliegt). Nehmen wir also einmal an, das Material zu einer Nummer sei ziemlich vollständig vorhanden, das heißt, man soll sowas eigentlich nicht annehmen, denn im letzten Augenblick wird ja doch von einem großen Teil der Sender das eine oder andere Programm umgestoßen, und mit den schönen Erläuterungen und Vorbesprechungen, die man dazu gebaut hatte, ist es aus… Man braucht in zwei Stunden ganz andere Artikel, und wenn das Gedächtnis einem nicht hilft, so müssen Lexika und Spezialwerke sofort Rat schaffen können.[170]

Im weiteren Verlauf wurde in dem Artikel die technische Seite der Produktion dargestellt:

> Und dann ist ja mit diesen Vorbereitungen auch noch nichts getan, denn die bebilderten Seiten wollen ja von besonders geschulten Maschinensetzern mit eingebautem Text versehen werden, und das sieht sich viel leichter an, als es in Wirklichkeit ist. Man liest so darüber hinweg und überlegt nicht, daß z. B. bei einem Kreis oder Oval Zeile für Zeile ausgerechnet werden muß, damit ein gleicher Abstand herauskommt. Ueberhaupt die Setzmaschinen! Sie sehen aus wie eine riesige Schreibmaschine, haben eine entsprechende Tastatur, und wenn der Setzer auf die Tasten tippt, so fallen Buchstaben-Gießformen hübsch in einer Reihe nebeneinander, schieben sich vor eine enge Oeffnung, dann drückt sich ein Kessel mit flüssigem Metall dagegen und gießt im Augenblick einen Bleistreifen, die Zeile, auf dessen oberer Kante sich die Buchstaben befinden.[171]

Hierbei wurde besonders die Komplexität der Aufgaben des Setzens und des Umbruchs hervorgehoben:

> Der Vorgang ist natürlich nicht ganz so einfach wie hier beschrieben; aber es hat keinen Zweck, ihn näher zu erklären. Es gibt eben Dinge, die kann man nicht per Reportage demonstrieren. So etwas muß man gesehen haben; da muß man doch beigewesen sein. Jedenfalls werden aus diesen Satzzeilen die einzelnen Seiten zusammengebaut. Der geneigte Leser wird sich vielleicht schon gewundert haben, daß die Seiten so schön auskommen. Das ist gar kein Zufall, sondern ein mit List und Tücke von dem dafür verantwortlichen Metteur herbeigeführtes Resultat. Die einzelnen Spalten der Seiten müssen nämlich auf zehntel Millimeter genau gleich lang sein. Das Aufbauen einer solchen Seite nennt der Buchdrucker Umbruch.[172]

Es folgte eine Darstellung des eigentlichen Druckprozesses:

> Eine in dieser Weise fertiggestellte Seite wird nun nicht etwa in die Maschine geschoben, und es ist auch nicht so, daß sich nun zwei Lehrlinge an das große Kurbelrad stellen und drehen. Das gab es vor 100 Jahren einmal. Heute wird solch einer Seite eine Mater angefertigt, das heißt, die Seite kommt auf ein eisernes Fundament, es wird eine wie ein starker Löschkarton beschaffene nicht brennbare Pappe darauf gelegt, und dann preßt sich das Fundament mittels hydraulischen Druckes gegen eine Eisenplatte, und durch diesen Vorgang wird das ganze Bild der Seite in die Pappe eingeprägt. Diese Pappe wird in einem

170 Ebd.
171 Ebd.
172 Ebd.

> Rundzylinder mit flüssigem Blei ausgegossen und dann bearbeitet, sodann auf dem Druckzylinder der Rotationsmaschine befestigt wird. Dasselbe geschieht mit den übrigen Seiten. Von einer umfangreichen Papierrolle läuft eine lange Bahn zwischen den Walzen der Rotationsmaschine hindurch und am andern Ende kommt dann die fertige „Funk-Wacht“ heraus.[173]

Nur beiläufig erwähnt wurde in dem Artikel, dass die abgedruckten Bilder zuvor „von der Klischeeanstalt angefertigt“ worden waren und „ein Korrektor von morgens bis abends einen ständigen erbitterten Kampf mit dem Druckfehlerteufel“ führen musste.[174]

4. Inhaltliche Gestaltung

In den frühen 1930er-Jahren blieb das grundlegende Erscheinungsbild der Zeitschrift im Wesentlichen erhalten, obwohl sich die Gestalt der „Funk-Wacht“ bei näherer Betrachtung in einem permanenten Wandel befand: Gab es auf den ersten Seiten eine Inhaltsübersicht, wurde darin etwa auf den „Briefkasten“, die humoristische Seite („Humoristisches“), die „Kleine[n] Anzeigen“, auf den Fortsetzungsroman und die Rätselseite „Zum Nachdenken“ hingewiesen.[175] Daneben existierten zahlreiche weitere Rubriken, die mehr oder weniger regelmäßig in der „Funk-Wacht“ erschienen. Zu diesen zählte ab Mitte 1931 auch wieder „Die Seite der Frau“.[176] Schon im Februar 1930 war die Seitenzahl auf 40 erweitert worden. Dies bot Raum für eine Ausweitung des Fernprogramms und des Unterhaltungsteils sowie für eine übersichtlichere Gestaltung und eine Vergrößerung der Schrift des NORAG-Programms.[177] Angekündigt wurden neben den regelmäßigen Sparten für Humor und Rätsel etwa Bereiche für Handschriftendeutung, Kurzgeschichten, Romane, Erläuterungen zur Programmwoche sowie ein Schallplatten-Briefkasten.[178] Nicht allen Rubriken war eine lange Lebensdauer beschieden. Zusätzlich erschien ab Oktober erstmals wieder eine technische Beilage namens „Funk-Wacht-Dienst“, die bald in „Funk-Wacht-Sonderdienst“ umbenannt wurde und in etwa zweimonatigen Abständen der Zeitschrift beilag. Sie sollte „dem technisch nicht vorgebildeten Rundfunkhörer, dem Laien also, helfen, an seinem Gerät Freude zu haben, indem er die einfachen Handgriffe […] und Betriebsunsicherheiten

173 Ebd.
174 Ebd.
175 Vgl. etwa Funk-Wacht, 6. Jg. Nr. 1 vom 04.01.1931, „Aus dem Inhalt“.
176 Diese wurde nun auch in der Inhaltsübersicht aufgeführt: Vgl. etwa ebd., Nr. 24 vom 14.06.1931, „Aus dem Inhalt“.
177 Ebd., 5. Jg. Nr. 5 vom 01.02.1930, „Ab heute vierzig Seiten!“.
178 Ebd.

seines Gerätes“ kennenlernte.[179] Verantwortlicher Schriftleiter des vierseitigen Blattes war auch hier Louis Freise, für Druck und Verlag war Heinrich Bauer zuständig.[180] Weiterhin parallel dazu gab es die Rubrik „Radio-Technik“, die schon seit der Umstellung im Jahr 1928 nicht mehr als eigenständiger Zusatz erschien, sondern in die „Funk-Wacht“ integriert worden war.[181] Als sich jedoch die Zeitschrift im Spätsommer 1931 abermals um acht Seiten erweiterte, erschien der „Funk-Wacht-Sonderdienst“ fortan nicht mehr als gesonderte Beilage, sondern ebenfalls im technischen Teil der wöchentlich erscheinenden Zeitschrift.[182] Auch für diese abermalige Erweiterung um acht Seiten wurde in der „Funk-Wacht“ prominent geworben, die sich nun als „Haus- und Familienzeitschrift für jedermann“ gerierte.[183] Diesen Umfang sollte die „Funk-Wacht“ in den folgenden Jahren beibehalten.

Inhaltlich bewegte sich die „Funk-Wacht“ im Bereich der seichten Unterhaltung. Zwar übte sie nach wie vor scharfe Kritik an der Programmgestaltung der Sendegesellschaften (insbesondere der NORAG), den einzelnen Sendungen und der Rundfunkpolitik im Allgemeinen, sonst jedoch mied die Redaktion kontroverse Themen. Politische Debatten und parteipolitische Aspekte wurden nahezu gänzlich ausgespart. Politiker fanden selten und dann in erster Linie als Funktionsträger Erwähnung, jedoch nicht als Repräsentanten einzelner Parteien. Der rechtsnationale Gewerkschafter und DNVP-Politiker Walther Lambach etwa kam in einem Artikel zur Devisenpolitik als „Mitglied des Reichstages“ zu Wort.[184] Nur in Ausnahmefällen positionierten sich die Autoren politisch, wie im Herbst 1928, als sich ein Autor positiv auf Mussolinis Agrarpolitik bezog.[185] Zwei Wochen später erschien an prominenter Stelle ein Artikel über eine „Radioschau“ von der Hamburger Ortsgruppe des sozialdemokratischen Arbeiter-Radio-Bundes.[186] Aber solche Beiträge hatten Seltenheitswert. Oftmals dominierten „volkstümliche“ und vermeintlich unpolitische Unterhaltungsthemen.

Dies lässt sich anhand der Titelbilder exemplifizieren, die häufig einen Bezug zu einem der Leitartikel herstellten. Hier überwogen personale Darstellungen. So wurden

179 Ebd., Nr. 40 vom 05.10.1930, „Der Funk-Wacht-Dienst‘ – unser ‚Dienst am Hörer‘“. Hier wurde auch auf vorausgegangene Artikelreihen und Selbstbaulehrgänge eingegangen, die für Laien und sporadische Leser*innen ungeeignet schienen.
180 Vgl. das Impressum in Funk-Wacht-Dienst, 1. Jg. Nr. 1 (Sonderbeilage zur „Funk-Wacht“ Nr. 40) vom 05.10.1930.
181 Vgl. dazu auch ebd., „Was will der Funk-Wacht-Dienst?“.
182 Vgl. dazu Funk-Wacht, 6. Jg. Nr. 32 vom 09.08.1931, „Unser Funk-Wacht-Sonderdienst“.
183 Ebd., Nr. 28 vom 12.07.1931, „Wir machen unseren Lesern ein Geschenk!“
184 Ebd., 7. Jg. Nr. 29 vom 17.07.1932, „Die Hausfrau als Devisen-Kommissar“.
185 Funk-Woche, 3. Jg. Nr. 42 vom 19.10.1928, „Rundfunk und Kampf ums Brot in Italien“.
186 Ebd., Nr. 44 vom 02.11.1928, „Radioschau“.

häufig berühmte Persönlichkeiten wie etwa bekannte Radiosprecher*innen und Reporter*innen, Musiker*innen und Sänger*innen, Künstler*innen und Schauspieler*innen abgebildet, aber auch Fotos von (Theater-)Aufführungen, von Gastspielen, Opern- oder Operettenübertragungen gezeigt. Daneben erschienen Porträts bekannter Einzelpersonen und ikonischer Figuren wie etwa Abbildungen des Schriftstellers Hans Christian Andersen, des Jongleurs „Rastelli", des „Ziegen-Gerke" oder auch die eines Steuermanns, eines unbekannten Wattenfischers, eines Kofferträgers zur Reisezeit oder eines „Schupo[s] als Lebensretter". Ferner wurden sportliche Aktivitäten, Wettkämpfe oder Skurrilitäten zum Gegenstand der Titel.[187] Besonders beliebt waren Motive mit Kindern oder Tieren sowie Landschaftsbilder und Bilder mit Radiosende- oder Empfangsgeräten und Hörenden, die häufig miteinander kombiniert wurden. Oftmals wurden im Titel auch spezielle Anlässe wie beispielsweise die Feier-, Trauer- oder Gedenktage zu Ostern, Pfingsten, Weihnachten und zu Silvester, zum Totensonntag und dem Muttertag aufgegriffen und mittels Motiven szenisch inszeniert. Das galt auch für den Wechsel der Jahreszeiten, für rundfunkspezifische Themen oder für Aspekte, die die „Funk-Wacht" selbst betrafen: Auf die Funkausstellung, besondere Preisausschreiben, neue Fortsetzungsromane oder auf den veränderten Seitenumfang wurde bisweilen ebenfalls mittels Titelmotiven hingewiesen. Eine weitere Motivgruppe stellten technische Errungenschaften und Bauwerke dar, die teils monumentalen Charakter aufwiesen, teilweise aber auch „volkstümliche" Aspekte betonten.[188] So waren auf den Titeln der „Funk-Wacht" neben rundfunkspezifischen Gerätschaften, einem Trockenapparat für Dauerwellen, historischen Automobilen, dem populären Schiff „Europa" und Lautsprechern etwa auch der Eiffelturm, der neue Funksaal der NORAG, das Rathaus in Gandersheim und ein Bauernhof zu sehen. In zunehmendem Maße wurden in den 1930er-Jahren auch „internationale" Motive und Bilder von Personen und Personengruppen aus unterschiedlichen „Kulturräumen" dargestellt.[189] Diese Entwicklung

187 Funk-Wacht, 6. Jg. Nr. 40 vom 04.10.1931, Untertitel: „Der Schweizer Ingenieur Gerder befindet sich auf der Weltreise mit einem einrädrigen Motorrad, das auf einer Schiene in einem großen Gummireifen läuft".
188 Vgl. in diesem Kontext beispielsweise die beiden Bilder in der Funk-Wacht, 6. Jg. Nr. 33 vom 16.08.1931, S. 2, die in dem Text „Gegensätze unserer Zeit" besprochen wurden.
189 Beispielsweise in der Funk-Wacht, 5. Jg. Nr. 45 vom 09.11.1930, Untertitel: „Orientalin im Festschmuck (Zur am Sonnabend beginnenden Vortragsserie: Balkanfahrt)"; 7. Jg. Nr. 2 vom 10.01.1932, Untertitel: „Eine vergnügte Mongolin"; Nr. 12 vom 20.03.1932, Untertitel: „Alter Harfenspieler aus Süd-Mexiko", Nr. 14 vom 03.04.1932, Untertitel: „Schulanfang. Auch Nanuk, der kleine Eskimo, muß sich mit dem ABC herumplagen". Über die USA und speziell New York wurde ebenfalls häufig berichtet. Nur selten waren die Artikel von dezidiert politischer Natur, wie das Titelbild dieser Funk-Wacht:

mag mit einer Professionalisierung des grafischen Bereichs und der Beauftragung überregionaler Bildagenturen einhergegangen sein.[190] Ungeachtet dessen wird bereits mit Blick auf die Titelbilder deutlich, wie selbstverständlich der zeitgenössische Alltagsrassismus und -sexismus hier aufgegriffen und reproduziert wurde. In der Zeitschrift manifestierte sich dieser zum Beispiel in Witzen über emanzipierte Frauen und über „Menschenfresser" ebenso wie in Berichten, Reportagen und Romanen, die mit rassistischen Stereotypen und Terminologien, mit Biologismen und exotisierenden Darstellungen spielten.[191]

Eine Nähe der „Funk-Wacht" zur nationalsozialistischen Bewegung lässt sich vor 1933 jedoch nicht ausmachen. Die NSDAP und ihre Vertreter fanden in der Zeitschrift kaum beziehungsweise keine Erwähnung. Auch deren aggressiver Antisemitismus und der Antikommunismus verfingen hier nicht und blieben weitestgehend ausgespart. Parallelen beziehungsweise Überschneidungen zur NS-Ideologie ließen sich in erster Linie über positive Bezugnahmen zu völkischen Vorstellungen ziehen.

Exkurs: Die „Funk-Wacht" als Quelle für die historische Forschung

Der Medienhistoriker und Experte für Rundfunk- und Pressegeschichte Konrad Dussel bezeichnete die Überlieferungssituation der Quellen für die ersten Jahre der Rundfunkgeschichte als „desolat".[192] Dies galt für die Produktion, für die Rezeption ebenso wie für die Programmgeschichte – am besten lassen sich noch die rundfunkpolitischen Aspekte anhand von staatlichen Akten rekonstruieren.[193] Vor diesem Hintergrund wies Dussel den Programmzeitschriften „einen beachtlichen Quellenwert" zu.[194] Wo es an O-Tönen, Sendemanuskripten und weiteren originären Quellen mangelte, fanden sich hier oftmals ausführliche Inhaltsangaben zu einzelnen Sendungen oder auch „Reflexionen der Programmmacher über ihre Programme", die trotz aller gravierenden Lücken

7. Jg. Nr. 10 vom 06.03.1932, Titelunterschrift: „Wie sie abrüsten. Riesen-Turmgeschütze des amerikanischen Panzerkreuzers ‚California'. (Siehe auch den Artikel ‚Wie sie abrüsten' auf Seite 3)".
190 Im Januar 1932 wurde etwa beworben, dass die „Funk-Wacht" ab dem kommenden Monat ausführlichere Programme, eine bessere Übersicht und darüber hinaus mehr Bilder, Unterhaltung, Technik und Vorschauen bringen werde (ebd., Nr. 3 vom 17.01.1932, „Wir bringen ab Februar").
191 So wurde im Mai 1932 etwa auf der Titelseite und in einem ausführlichen und reich bebilderten Beitrag über die sogenannte „Völkerschau" des Zirkus Sarrasani berichtet, über den die NORAG berichtete und der auf dem Heiligengeistfeld seine Zelte aufgeschlagen hatte (ebd., 7. Jg. Nr. 18 vom 01.05.1932, „Stimmen der Völker am Mikrophon"). Siehe auch: 6. Jg. Nr. 26 vom 28.06.1931, „Unter Menschenfressern" und Nr. 30 vom 26.07.1931, „Kinder in fremden Rassen".
192 Vgl. Dussel, Rundfunkgeschichte 2010, S. 45. Aufnahmeverfahren waren nicht etabliert oder verfügbar.
193 Vgl. ebd.
194 Ebd., S. 47.

hinsichtlich der Überlieferungslage Aussagen über die Programmgeschichte ermöglichten.[195]

Schon Ende der 1920er-Jahre galt die „Funk-Wacht“ nach der Berliner „Funk-Woche“ als „zweitgrößte ‚unabhängige‘ deutsche Rundfunkzeitschrift“.[196] Als Quelle könnte sich die Zeitschrift für verschiedene Forschungsansätze und Forschungsfragen ergiebig erweisen: Eine systematische Untersuchung des abgedruckten Programms könnte etwa Aussagen über Inhalt, Programmstruktur und die regionalen Unterschiede der verschiedenen Sendeanstalten im Zeitverlauf ermöglichen. Möglicherweise ließen sich Rückschlüsse auf das Freizeitverhalten breiter Bevölkerungsschichten in den 1920er- und 1930er-Jahren ziehen. Im redaktionellen Teil wiederum bildeten sich rundfunkpolitische Kontroversen und Programmdebatten ab. Bisweilen fungierte die „Funk-Wacht“ auch als Forum für Debatten rund um einzelne Sendungen.[197] Das Radioprogramm wurde hier regelmäßig von den Mitarbeitenden der „Funk-Wacht“ nachbesprochen und auch die Leser*innen erhielten Gelegenheit, sich zum Gehörten zu äußern. Auch oder gerade weil der Redaktion hier eine Gatekeeper-Funktion zukam und die Einsendungen im „Sprechsaal“ (des Hörers) zudem oft nur als Zusammenfassung wiedergegeben wurden, stellt sich die Frage nach dem Einfluss von Verlag und Redaktion auf die Programmgestaltung. Diese erfolgte unter anderem auch durch Kampagnen, Preisausschreiben und Artikelserien. Zumal die Rezeption des noch neuen Mediums Rundfunk in entscheidendem Maße von den Programmzeitschriften strukturiert, vor- und mitgeprägt wurde, erscheint es erkenntnisreich, die Wechselbeziehungen zwischen den Sendeanstalten und der regionalen (Medien-)Öffentlichkeit eingehender zu analysieren.

Der Quellenwert der Rundfunkzeitschriften erschöpft sich jedoch nicht in Antworten auf Fragen bezüglich Programmanalyse und -gestaltung. Die Vielfalt der Themen, die in dieser „Haus- und Familienzeitschrift für jedermann“ für ein großes Publikum aufbereitet wurden, lassen zahlreiche Anknüpfungspunkte sinnvoll erscheinen, die an dieser Stelle nur exemplarisch genannt werden können: Informationen über die

195 Ebd. vgl. dazu auch Leonhard, Joachim-Felix (Hg.): Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik, München 1997 (2 Bände).
196 Führer, Medienmetropole 2008, S. 170.
197 Vgl. etwa Funk-Wacht, 6. Jg. Nr. 32 vom 09.08.1931, „Dichter contra Dr. Funk. Einige Geschichten von geistigem Eigentum, Hörspielen und guten literarischen Sitten“ sowie Nr. 35 vom 30.08.1931, „Dr. Funk contra Schulze-Berghof. Woher stammt der Titel des Hörspiels? – Eine Klarstellung“.

technischen (Rahmen-)Bedingungen der Radio-Rezeption vermittelte etwa die technische Sparte der „Funk-Wacht“, die sowohl die Gruppe der „Bastler“ als auch die der Laien als Zielgruppen adressierte. Anzeigenspalten und Werbeanzeigen erlauben Rückschlüsse auf das Lesepublikum und die sich wandelnden Interessen und Bedürfnisse der Leser*innen und Hörer*innen. Der Unterhaltungs- und Romanteil wiederum bietet einen reichhaltigen Fundus, um sich eingehender mit der Populärkultur der Weimarer Republik zu befassen. Ergiebig könnten sich in diesem Zusammenhang etwa inhaltliche Fragen erweisen, um zu klären, wie verschiedene Themen präsentiert und aufbereitet wurden, wie Normen gesetzt und in den Beiträgen ausgehandelt wurden, welche Inhalte die öffentliche Aufmerksamkeit erregten und welche – möglicherweise bewusst – ausgespart wurden.

Eine besondere Rolle spielte dabei auch die visuelle Gestaltung. Komposition und Gestaltung mittels Illustrationen und Fotografien sind bisher wenig untersucht, obwohl der bereits zitierte Medienhistoriker Winfried Lerg schon 1980 deren besondere Bedeutung und Funktion als „Kompensationselement“ des akustischen Mediums und dessen „publizistische Flankierung“ hervorgehoben hat.[198] Fragen nach der Herkunft von Text- und Bildmaterial schließen sich an, die auf ein weit verzweigtes Netzwerk von Agenturen und Dienstleistern hindeuten.[199] Daran anknüpfend ergeben sich wiederum Fragen nach der ökonomischen Dimension des Zeitschriftengeschäfts, nach den Arbeits- und Produktionsbedingungen der Zeitschriftenherstellung und dem bis dato ausgeklammerten Themenkomplex des Urheberrechts.

198 Lerg, Rundfunkpolitik 1980, S. 218f.
199 Lerg betonte überdies, dass auch die „Bild- und Klischeearchive dieser Rundfunkzeitschriften […] bei Verlagsverhandlungen im Zusammenhang mit Käufen und Fusionen bezeichnenderweise handfeste Wertobjekte“ darstellten (ebd., S. 219).

III. Die „Funk-Wacht“ im Jahr 1933

Die gravierenden politischen Veränderungen in den ersten Monaten des Jahres 1933 bildeten sich zunächst nicht in der „Funk-Wacht“ ab. Dass Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt worden war und die NSDAP mittels Gewalt und Verfolgung politisch Andersdenkender daran arbeitete, die Demokratie abzuschaffen, fand hier vordergründig keinen Niederschlag. Die antijüdischen Maßnahmen, Boykotte und Berufsverbote, die seit März 1933 auch mittels Rechtsvorschriften umgesetzt wurden, waren hier kein Thema. Mit Blick auf den Programmbereich fällt allenfalls auf, dass Reden des neuen Reichskanzlers nun häufiger übertragen wurden. Einzelne Texte und Berichte verwiesen außerdem auf die sich vollziehenden Veränderungen des Rundfunkwesens im Zuge der nationalsozialistischen Politik der *Gleichschaltung*: So wurde etwa über die Umbildung der Berliner „Funk-Stunde“ und das Ermittlungsverfahren gegen deren Direktor Friedrich Georg Knöpfke berichtet.[200] Vonseiten der „Funk-Wacht“ wurden die Vorwürfe gegen Knöpfke, der sich nach seiner Verhaftung und Misshandlungen durch die Gestapo im September 1933 suizidierte, zunächst mit Vorbehalt wiedergegeben, „da erfahrungsgemäß alles sich auf einen Menschen zu stürzen pflegt, wenn man einen Sündenbock gefunden zu haben glaubt“.[201] An anderer Stelle berichtete die „Funk-Wacht“ über Rücktritte und die vorgesehene Neubesetzung diverser Posten im Rundfunkbereich.[202] Gewichtige Personalveränderungen, so war den kurzen Berichten zu entnehmen, würden jedoch erst nach den Reichstagswahlen erfolgen, die für den 5. März 1933 angesetzt worden waren.[203] Anfang März konnte die „Funk-Wacht“ bereits die Ernennung von August Kruckow zum Reichsrundfunkkommissar bekannt geben.[204] Über weitere Veränderungen personeller Art, die von der nationalsozialistischen Verdrängungs- und Umgestaltungspolitik ausgelöst wurden, berichtete die Zeitschrift nun regelmäßig in der Sparte „Funknachrichten aus aller

200 Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 6 vom 05.02.1933, „Die Umbildung der Funk-Stunde“ sowie „Das Ermittlungsverfahren gegen Direktor Knöpfke“.
201 Ebd. Vgl. dazu auch Nr. 7 vom 12.02.1933, „Von deutschen Sendern“.
202 Ebd., Nr. 8 vom 19.02.1933, „Funknachrichten aus aller Welt“.
203 Vgl. ebd.
204 Ebd., Nr. 10 vom 05.03.1933, S. 3 (Bildunterschrift).

Welt“.[205] In der zweiten Aprilhälfte erschien ein Artikel, der überblicksartig Auskunft über die neuen Personalien gab.[206]

1. Auf Anpassungskurs

Seit April 1933 kamen die neuen Machthaber in der „Funk-Wacht“ auch selbst zu Wort. Regelmäßig wurden nun Reden und Vorträge veröffentlicht, die sich mit der Umgestaltung des Rundfunks beschäftigten. Zunächst wurde eine Rede von Richard Kolb, dem stellvertretenden Intendanten der Berliner Funk-Stunde über die bevorstehende „nationale Rundfunkwende“ publiziert.[207] Es folgte eine Ansprache von Joseph Goebbels, der sich mit dem Rundfunk als „das allerwichtigste Instrument einer zielbewußten Staatsführung“ auseinandersetzte.[208] Danach war es ein Text von Otto Stoffregen, dem Intendanten des Deutschlandsenders, der in der „Funk-Wacht“ abgedruckt wurde.[209] Außerdem bezog sich die Redaktion auf derselben Seite in der Sparte „Kritik“ positiv auf die zuvor abgedruckte Rede des neuen Propagandaministers Goebbels, die auch die eigene „kritische Arbeit leiten solle“.[210] Sie wandte sich mit dem folgenden Goebbels-Zitat explizit gegen die „Konjunkturakrobaten“, die sich jetzt dem neuen Regime anbiederten:

> Die gegenwärtige Erneuerung muß der ganzen Nation heilig sein. Nur wenigen ist ihre künstlerische Wertung vorbehalten. Unter keinen Umständen darf die nationale Bewegung mit sogenanntem patriotischen Kitsch überwuchert werden. Die Regierung sieht es als ihre Pflicht an, gegen jedes kulturschädliche Wirken, wozu auch die Verkitschung unserer Geschichte und unserer nationalen Symbole gehört, mit den entsprechenden Mitteln vorzugehen und erwartet dabei die Mitwirkung der Presse![211]

205 Vgl. ebd., Nr. 11 vom 12.03.1933, „Funknachrichten aus aller Welt“. Hier etwa mit Kurzbericht darüber, dass von staatlicher Seite angeregt wurde, „als wünschenswert bei neuen Abschlüssen für Darbietungen irgendwelcher Art grundsätzlich nur Reichsdeutsche und Angehörige ehemalig reichsdeutscher Gebiete oder stammverwandter Länder zu berücksichtigen“. (Titel: Nur noch deutsche Künstler im Rundfunk). Vgl. auch Nr. 12 vom 19.03.1933, „Funknachrichten aus aller Welt“ über die Gründung eines „Propagandaministeriums“ und die Unterstellung des Rundfunks unter die Aufsicht von Joseph Goebbels.

206 Ebd., Nr. 17 vom 23.04.1933, „Von der Neuordnung des Rundfunks“. Aber auch danach folgten zahlreiche weitere Ernennungen und Entlassungen. Vgl. etwa Nr. 18 vom 30.04.1933, „Personal-Änderungen bei den Sendern“.

207 Ebd., Nr. 14 vom 02.04.1933, „Die nationale Rundfunkwende“.

208 Ebd., Nr. 15 vom 09.04.1933, „Der Rundfunk, das allerwichtigste Instrument einer zielbewußten Staatsführung“.

209 Ebd., Nr. 16 vom 16.04.1933, „Für einen aktuellen Rundfunk“. Weitere Texte zur Umgestaltung des Rundfunks sollten in den kommenden Wochen folgen. So wurde etwa ein Interview-Ausschnitt aus einem Gespräch zwischen Stoffregen und dem Berliner Vertreter des Deutschen Auslandsinstituts über „Die Aufgaben des Deutschlandsenders für das Auslanddeutschtum“ abgedruckt (ebd., Nr. 18 vom 30.04.1933, „Die Aufgaben des Deutschlandsenders für das Auslanddeutschtum“).

210 Ebd., Nr. 16 vom 16.04.1933, „Kritik“.

211 Ebd.

Diese Position wurde in der nächsten Nummer abermals bekräftigt:

> Es darf nicht angehen […], daß nun jeder im Rundfunk zu Worte kommt und in neuer Kultur macht, der Herz und Hand auf Vaterland, Morgenrot auf Heldentod und freie Brust auf Kampfeslust reimt! […] Und gerade der gefährliche Intellektualismus verfällt jetzt in das andere Extrem, des Guten zu viel zu tun. Was durch Unterlassung nicht zu erreichen war, droht jetzt, in Umkehrung der Taktik, durch Ueberfütterung! Alles mit Maßen, aber in Beharrlichkeit und erlesener Qualität, das scheint uns für den Rundfunkhörer die richtige Diät.[212]

Speziell in der Rubrik „Kritik“ wurde inzwischen vermehrt positiv über „die Pflege des Volkstums“ berichtet.[213] Auch an anderer Stelle hob die Redaktion die Herbeiführung einer „enge[n] innere[n] Verbundenheit des deutschen Volkes mit seinem Rundfunk“ wohlwollend hervor.[214] Obschon sich die Redaktion der „Funk-Wacht“ nunmehr positiv auf die nationalsozialistische Umgestaltung bezog, ist hier deutlich die Intention auszumachen, die eigene Bedeutung und Rolle als Organ der Rundfunkkritik für die zukünftige Entwicklung herauszustellen. Immer wieder wurde nun der Wert der „Rundfunk-Kritik“ hervorgehoben.[215]

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die „Funk-Wacht“ nur in äußerst beschränktem Umfang über die politischen Entwicklungen berichtet und sich indifferent gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung gezeigt: Anlässlich der Reichstagswahl am 5. März 1933 erschien auf der letzten Seite der „Funk-Wacht“ etwa eine humorvolle Serie von Karikaturen mit einer Geschichte über Wahlbeeinflussungen und vergessene Wahlzettel.[216] Außerdem erschien in dieser Ausgabe ein Text des Antifaschisten Heinz Liepmann, der schon vor 1933 von den Nationalsozialisten als Jude diffamiert und bedroht worden war.[217] In der folgenden Ausgabe, in der über die Wahlergebnisse hätte berichtet werden können, wurde der bevorstehende Volkstrauertag prominent zum Thema gemacht.[218] Als der neue Reichstag am 21. März 1933 infolge des Brands nicht im Reichstagsgebäude, sondern in der Potsdamer Garnisonskirche eröffnet wurde, druckte die „Funk-Wacht“ auf Seite 2 ein Bild der Kirche. Daneben wurde mit einem zweiten Bild daran erinnert, dass schon einmal eine Kirche Tagungsort eines Parlaments gewesen war: Im Jahr 1848 hatte die Nationalversammlung in der Frankfurter

212 Ebd., Nr. 17 vom 23.04.1933, „Kritik“.
213 Ebd., Nr. 18 vom 30.04.1933, „Kritik“.
214 Ebd., Nr. 17 vom 23.04.1933, „Funknachrichten aus aller Welt“ (hier über die „Nationale Zusammenfassung der Hörerorganisationen“).
215 Ebd., Nr. 18 vom 30.04.1933, „Der Rundfunk braucht Kritik!“.
216 Ebd., Nr. 10 vom 05.03.1933, „Krauses gehen zur Wahl“.
217 Ebd., „Funkspruch quer über den Atlantik“.
218 Ebd., Nr. 11 vom 12.03.1933, „Volkstrauertag am 12. März“.

Paulskirche getagt.[219] Der Rekurs auf diesen Erinnerungsort der demokratischen Bewegung in Deutschland erscheint bemerkenswert. Das gilt ebenfalls für einen kurzen Bericht anlässlich Adolf Hitlers 44. Geburtstag. Neben zwei Abbildungen, die ein Bild von Adolf Hitler auf einem Empfang sowie ein Relief mit seinem Konterfei zeigten, wurden auf derselben Seite auch ein Foto von einem gerade in Dienst gestellten Kriegsschiff sowie eine erste Aufnahme des „Sammellagers" mit „Schutzhäftlinge[n] und politisch verdächtige[n] Personen" in Oranienburg abgedruckt.[220] Zwei Seiten weiter wurde wiederum ausführlich über das Arbeitszimmer des neuen Reichskanzlers berichtet.[221]

Die Berichterstattung der „Funk-Wacht" über die NS-Bewegung lässt sich im März und April 1933 insofern noch nicht durchgehend als überschwänglich positiv charakterisieren. Fragmente der nationalsozialistischen Ideologie, die sich wiederum aus völkisch-nationalen Strömungen speisten, finden sich zwar in der Zeitschrift. Zum Beispiel wurde Ende Januar 1933 das Fehlen einer „wirklich[] ganze[n] Volksgemeinschaft" bedauert.[222] Allerdings hatte die „Funk-Wacht"-Redaktion eine (partei-)politische Instrumentalisierung lange Zeit strikt abgelehnt. Das galt im Übrigen auch für den Rundfunk in seiner Gesamtheit. Mit Blick auf verschiedene internationale Rundfunkkonflikte war in der Zeitschrift noch Ende Januar 1933 zu lesen:

> Die Hineintragung der Politik in den Rundfunk hat […] keine guten Früchte getragen. Alle internationale Zusammenarbeit wird damit illusorisch, und es wäre an der Zeit, daß Rundfunkleiter und Rundfunkhörer ganz energisch eine Befreiung des Rundfunks von allen politischen Sendungen fordern.[223]

Im Mai 1933 rückte die „Funk-Wacht" deutlich von dieser Haltung ab: Nunmehr wurden nicht nur „Die neuen Männer im Rundfunk" ausführlich porträtiert.[224] Neben dem „Tag der nationalen Arbeit" wurde in der „Funk-Wacht" in überschwänglichen Worten über die Hitlerjugend berichtet, dem NS-Märtyrer Albert Leo Schlageter gehuldigt und

219 Ebd., Nr. 12 vom 19.03.1933.
220 Ebd., Nr. 16 vom 16.04.1933 (Bilder auf S. 2). Nebenstehend wurde unter anderem berichtet, dass es sich „um kein ausgesprochenes Straflager" handle, da die Dienstordnung „neben dem Arbeitsdienst und Exerzieren auch sportliche Betätigung" vorsah. Schon in der Woche zuvor war ein Bild der Burg Hohnstein zu sehen, die für den öffentlichen Verkehr gesperrt wurde, „da sie zur Unterbringung politischer Gefangener" dienen sollte (ebd., Nr. 15 vom 09.04.1933, „Blick auf Burg Hohnstein").
221 Ebd., „Das Arbeitszimmer des Reichskanzlers".
222 Ebd., Nr. 4 vom 22.01.1933, „Die Psychologie des Rundfunks". Vgl. in diesem Zusammenhang auch Karl Christian Führers Ausführungen über „Rundfunk, ‚Heimatkultur' und großstädtische Gesellschaft" und die „heimattümelnde Prägung des NORAG-Programms" (Führer, Medienmetropole 2008, S. 46–52, Zitat auf S. 49).
223 Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 5 vom 29.01.1933, „Funknachrichten aus aller Welt".
224 Ebd., Nr. 19 vom 07.05.1933, „Die neuen Männer im Rundfunk".

dem „politischen Rundfunkstörer“ der Kampf erklärt.[225] Ausführlich wurde über Adolf Hitlers „Friedensrede“ vom 17. Mai 1933 berichtet.[226] Mit Artikeln über „Rassen-Forschung in Norddeutschland“, den Luftschutz, die deutsche Kriegsflotte und das „Schicksal und die Not Danzigs“ widmete man sich national-revisionistischen Themenfeldern und betonte bewusst die Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie.[227] In jeder Ausgabe fanden sich nun zahlreiche Fotos von Funktions- und Amtsträgern der NSDAP.[228] Nur an einer Stelle wurde mit zwei Bildern auch auf die repressiven Maßnahmen des Regimes hingewiesen, die jedoch in einen „positiven“ Kontext gestellt wurden: Ein Bild zeigte Geschäftsinhaber, die in München „wegen Preiswuchers […] in Schutzhaft“ genommen wurden.[229] Ein anderes zeigte Entlassungen aus dem Konzentrationslager Wittmoor, wobei der Polizeisenator, jeden Einzelnen „[m]it Handschlag verabschiedete“.[230]

Die „Funk-Wacht“ ist nicht in ihrer Gesamtheit überliefert. Zahlreiche Nummern aus der zweiten Jahreshälfte 1933 ließen sich nicht mehr ausfindig machen, weshalb sich Aussagen über die inhaltliche Gestaltung der Zeitschrift nur mit Vorbehalt treffen lassen.[231] Deutlich wird indes, dass die inhaltliche Öffnung der „Funk-Wacht“ gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung weiter fortschritt. Zur Jahresmitte 1933 bewarb die „Funk-Wacht“ die neue Arbeitsdienstpflicht und die freiwillige Werkarbeit, berichtete wohlwollend über die NS-Jugendbetriebszellen und die „Säuberung des deutschen Rundfunks“ und rief zur Spende für die nationale Arbeit auf.[232] Die na-

225 Ebd., Nr. 20 vom 14.05.1933, S. 3 sowie „Hitler-Jugend marschiert“ u. Nr. 21 vom „Der letzte Brief Albert Leo Schlageters“, „Albert Leo Schlagert“ und „Der Kampf gegen die politischen Rundfunkstörer beginnt!“.
226 Ebd. Nr. 22 vom 28.05.1933, S. 2.
227 Ebd., „Rassen-Forschung in Norddeutschland“ sowie „Achtung: Luftschutz“ (hierzu auch das Titelbild der Funk-Wacht) sowie Nr. 21 vom 21.05.1933, „Gen Osten wollen wir fahren“ und „Unsere Flotte“. Siehe dazu auch ebd., „Die kurische Nehrung“ sowie Nr. 23 vom 04.06.1933, „Der Harzraum, der Herzraum des werdenden Reiches. Eine geopolitische Betrachtung“ u. Nr. 28 vom 09.07.1933, „Gefahren aus der Luft“.
228 Vgl. etwa ebd., Nr. 23 vom 04.06.1933, wo Fotos etwa zur Vereidigung der Reichsstatthalter und dem Appell von Amtswaltern der NSDAP abgebildet wurden.
229 Ebd., S. 3. Auf dem Bild ist ein Plakat zu sehen, von dem hier zitiert wurde.
230 Ebd., „Im Konzentrationslager Wittmoor“.
231 Die vorliegende Untersuchung konnte nicht auf die Nummern 25, 27, 33-37, 39 sowie die Nummern 48–50 zurückgreifen. Andere Ausgaben sind nur teilweise überliefert. Kurz vor Abschluss der Studie stellte sich heraus, dass weitere Ausgaben der „Funk-Wacht“ in der Deutschen Nationalbibliothek vorhanden sind. Im Online-Katalog der DNB werden diese nicht aufgeführt.
232 Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 26 vom 25.06.1933, „Arbeitsdienst macht uns frei!“, „‘Repräsentation‘ im alten Rundfunk“ sowie Nr. 28 vom 09.07.1933, „Frauen bei freiwilliger Werkarbeit“, „Neue Jugend in den Betrieben“ sowie „Spende für die nationale Arbeit“. Für die Spendenaktion wurde auch in den folgenden Nummern regelmäßig geworben.

tionalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die „Förderung des deutschen Kraftfahrwesens“ wurden mit positiven Worten bedacht, ebenso wurde die Wichtigkeit des Wehrsports betont.[233] Zum 50. Geburtstag von Benito Mussolini erschien ein Artikel, der seine Leistungen würdigte.[234] Außerdem häuften sich nun Berichte und Artikel über die Schönheit deutscher Städte und Landschaften, die deutsche Wehrhaftigkeit sowie über internationale Sporterfolge deutscher Athlet*innen und die sportliche Ertüchtigung im Allgemeinen.[235] Immer deutlicher zeigte sich dabei das Ineinandergreifen von Programmberichterstattung, seichter Unterhaltung und nationalsozialistischer Propaganda und Indoktrinierung.[236] In diesem Sinne agierte die „Funk-Wacht“ als Instrument nationalsozialistischer Propaganda. Dieser Eindruck bestätigt sich mit Blick auf die Ausgaben, die im Spätsommer und Herbst 1933 erschienen. Abgesehen von den Bildern und Kurzberichten, die etwa NS-Akteure oder NS-Symboliken, symbolträchtige Massenveranstaltungen oder Ernennungen zeigten und porträtierten, wurde ab Mitte September binnen Monatsfrist über eine „Politische Führerschulung durch die NSDAP“, über den Schauprozess gegen Marius van der Lubbe sowie über „Erbhöfe in Niedersachsen“ und die Völkerschlacht bei Leipzig berichtet und ein „Hindenburglied“ anlässlich des 86. Geburtstags des Generalfeldmarschalls veröffentlicht.[237] Überdies erschien ein neuer Fortsetzungsroman, der sich nun dezidiert mit aktuellen politischen Ereignissen beschäftigte. Darauf wird in Kapitel IV. separat eingegangen.

2. Die „Funk-Wacht“ etabliert sich im Nationalsozialismus

Die inhaltliche Umgestaltung der „Funk-Wacht“ ab dem Frühjahr 1933 erfolgte vor dem Hintergrund sich wandelnder politischer, rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen.[238] Im Zuge der nationalsozialistischen Machtkonsolidierung war eine grundlegende Umgestaltung von Rundfunk und Presse angekündigt worden, die zügig voranschritt und sich unweigerlich auch auf die Funkpresse auswirken musste.

233 Ebd., Nr. 29 vom 16.07.1933, „N.S.K.K.“ sowie Nr. 30 vom 23.07.1933, „Wehrsport“.
234 Ebd., „Benito Mussolini“.
235 Vgl. nur beispielhaft den Titel von Nr. 30 vom 23.07.1933 mit dem Untertitel: „Sport stählt Körper und Geist. Zum 15. Deutschen Turnfest Stuttgart 1933“.
236 Vgl. hierzu beispielhaft die Einbettung der Sportberichterstattung zum Turnfest unter den Titel „Geist und Kraft bauen das Dritte Reich“ (ebd., Nr. 32 vom 06.08.1932, S. 2).
237 Ebd., Nr. 38 vom 17.09.1933, „Politische Führerschulung durch die NSDAP“ sowie Nr. 40 vom 01.10.1933, „Sieg der Wahrheit in Leipzig. Hitler-Deutschland hat die Welt vor dem bolschewistischen Chaos bewahrt!“, „Hindenburglied“ und „Tausendjährige Erbhöfe in Niedersachsen“ sowie Nr. 42 vom 15.10.1933, „Völkerschlacht bei Leipzig“.
238 Vgl. dazu auch Abschnitt C.V.1.

Die Verantwortlichen in der „Funk-Wacht“-Redaktion reagierten auf diese Herausforderung mit einer Strategie der Anpassungsbereitschaft, indem sie sich bei der inhaltlichen Ausgestaltung der „Funk-Wacht“ an den ideologischen Prämissen der neuen Machthaber orientierten. Seit dem Frühjahr 1933 berichtete die „Funk-Wacht“ ausführlich über die bevorstehende Umgestaltung, die mit einiger Spannung erwartet wurde. Für Verlag und Redaktion stellte dies eine unsichere Situation dar. Zu erwarten war, dass die „Neuordnung des Rundfunks im nationalsozialistischen Sinne während der Sommermonate“ abgeschlossen sein würde.[239] In positiven Worten wurde nun über die Aktivitäten des RDR berichtet, der bereits seit 1931 von der NSDAP kontrolliert wurde.[240] Ihm wurde eine maßgebliche Rolle bei der Neugestaltung zugewiesen.[241] Parallel dazu veränderte sich das Pressewesen, wovon die „Funk-Wacht“ als Rundfunkzeitschrift ebenfalls maßgeblich betroffen war. Anfang Juni 1933 druckte die Redaktion folgende Bekanntmachung:

> Im Zuge der Neuregelung und Gleichschaltung sind seitens einzelner Fachverbände Bestrebungen in Erscheinung getreten, an die Stelle bestehender Fachzeitschriften ein einziges Fachorgan auch auf dem Wege über ein Zwangs-Abonnement einzurichten. Mit Beziehung auf die hohen materiellen und ideellen Werte, die hier auf dem Spiel stehen, und mit Rücksicht darauf, daß derartige Entscheidungen unter keinen Umständen im Handumdrehen getroffen werden können, ersucht das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda alle in Frage kommenden Stellen, derartige Bestrebungen vorläufig einzustellen. Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda hat bereits von sich aus Schritte unternommen, um im Einvernehmen mit den dafür zuständigen amtlichen und fachlichen Stellen in der Neuorganisation des deutschen Zeitschriftenwesens den Erfordernissen der Neuzeit Rechnung zu tragen.[242]

Die weitere Zukunft der „Funk-Wacht“ blieb vor diesem Hintergrund also zunächst ungewiss, zumal inzwischen auch einzelne Funkzeitschriften ihr Erscheinen hatten einstellen müssen.[243] Seit Februar 1933 hielt sich das Gerücht, die Lieferung der

239 Vgl. Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 21 vom 21.05.1933, „Einschränkung der politischen Programme im deutschen Rundfunk“.
240 Vgl. etwa ebd., Nr. 22 vom 28.05.1933, „Aus der Arbeit des ‚Reichsverbandes Deutscher Rundfunkteilnehmer‘ (RDR.)“, Nr. 30 vom 23.07.1933, „Verwirklichung der Reichsrundfunkeinheit“ u. Nr. 32 vom 06.08.1933, „Für den deutschen Gemeinschaftsfunk. Gewaltige Kundgebung des R.D.R. in Hamburg“.
241 Vgl. etwa ebd., Nr. 24 vom 11.06.1933, „Der Rundfunk und die nationalsozialistische Revolution!“, Nr. 30 vom 23.07.1933, „Nationalsozialistische Rundfunkbewegung“ u. Nr. 31 vom 30.07.1933, „Unsere Bewegung und der Rundfunk“.
242 Ebd., Nr. 23 vom 04.06.1933, „Vom Reichspropagandaministerium wird mitgeteilt“.
243 Vgl. etwa Bauer, Programmpresse 1993, S. 188ff.

„Funk-Wacht“ durch die Post würde bald eingestellt werden. Seither wurde in der Zeitschrift regelmäßig vor dieser „Irreführung“ durch „gewissenlose Werber“ gewarnt.[244] Im Mai 1933 sahen sich die „Funk-Wacht“-Verantwortlichen überdies veranlasst, dem Gerücht entgegenzutreten, die „Funk-Wacht“ „sei jüdisch-marxistisch und werde deshalb in aller Kürze verboten“.[245] Diesem Gerede traten Verlag und Schriftleitung vehement entgegen, wobei betont wurde, sie seien „national und deutsch“.[246] Noch im Juli wurde in der Zeitschrift vor diesen „lügenhaften Behauptungen“ gewarnt, Verlag und Schriftleitung nunmehr als „national, deutsch und christlich“ charakterisiert.[247]

Diese Beschreibung dürfte in erster Linie auf den Verlagsleiter Heinrich Bauer und seinen Sohn, den Anzeigenverantwortlichen Alfred Bauer, zugetroffen haben. Alfred Bauer gehörte zu diesem Zeitpunkt der evangelischen Kirche an.[248] Heinrich Bauer war eigenen Angaben zufolge vor 1933 außerdem Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei.[249] Ende Januar 1933 hatte diese völkisch-nationale Partei noch mit der NSDAP eine Koalitionsregierung gebildet, sich wenige Monate später aber selbst aufgelöst. Es fällt auf, dass in der Stellungnahme gegen den „Werbeschwindel“ kein unmittelbares Bekenntnis zum Nationalsozialismus erfolgte und auch die inzwischen üblich gewordene Charakterisierung „arisch“ vermieden wurde. Vor allem, da der Schriftleiter Louis Freise zu diesem Zeitpunkt bereits der NSDAP angehörte. Seinem Beitrittsgesuch war mit Wirkung zum 1. Mai 1933 entsprochen worden. Hier war er zunächst als „Stützpunk-Schriftwart“ tätig.[250] Im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens erklärte er im April 1949, seinerzeit allein aus dem Grund Parteimitglied geworden zu sein, um für „die rechtzeitige Sicherung der ‚Funk-Wacht‘ im Verlag Heinrich Bauer“ zu sorgen.[251] Damit sollte eine „äußerlich irgendwie erkenntliche Gleichschaltung“ vollzogen werden, „ohne die Tendenz der Zeitschrift ändern zu müssen“.[252] Ein solcher, letztlich erfolgreicher Schritt, so Freise, sei damals von allen Verlegern, „die noch

244 Vgl. etwa Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 9 vom 26.02.1933, „Irreführung unserer Post-Abonnenten“. Zu diesem Zeitpunkt scheinen die Werber behauptet zu haben, die Zeitschrift könne nur noch durch sie selbst bezogen werden.
245 Ebd., Nr. 22 vom 28.05.1933, „Neuer Werbeschwindel“. Siehe dazu auch die folgenden Ausgaben.
246 Ebd.
247 Ebd., Nr. 29 vom 16.07.1933, „Werbeschwindel!“.
248 StAHH, 221-11, I (TL) 1648.
249 StAHH, 221-11, I (TL) 1649.
250 StAHH, 221-11, 47201.
251 Ebd.
252 Ebd.

Aussicht hatten, nicht von vornherein zur Stillegung gezwungen zu werden", unternommen worden.[253] Da der Verleger selbst „derartige Zugeständnisse rundheraus ablehnte", sei ihm als Hauptschriftleiter „nichts anderes übrig" geblieben.[254] Eine ähnliche Aussage tätigte Freise am 17. März 1949 bei einer Befragung durch den Beratenden Ausschuss für das Pressewesen. Darin bekräftigte er, dass Heinrich Bauer „aus seiner Abneigung gegen das damalige Regime nie ein Hehl gemacht" hätte.[255] Meldungen zur Auflagenzahl etwa habe er widerstrebend mit Verzögerung oder gar nicht an die Propagandastelle weitergeleitet. Freises Parteieintritt habe er mit der Bemerkung „Sie müssen wissen, was Sie tun, ich hätte es nicht getan", quittiert.[256] Allerdings war Freise nicht der einzige NSDAP-Parteigänger im Umfeld der „Funk-Wacht". Der vierte im Impressum genannte Verantwortliche, Walter Pilkuhn, gehörte der Partei bereits seit dem 1. März 1932 an und bekleidete hier bis 1934 das Amt eines Kassenwarts.[257] Pilkuhn arbeitete zwar als Experte für die Bereiche Technik und Beratung – unter anderem im Rahmen der technischen Sprechstunde – eng mit der Redaktion zusammen, gehörte ihr aber formal nicht an.

Freises Aussage kann nach 1945 der Charakter einer Schutzbehauptung nicht gänzlich abgesprochen werden. Überdies sind an einigen Stellen Zweifel angebracht – so kann angesichts der inhaltlichen Umgestaltung sicherlich nicht davon gesprochen werden, dass sich die „Tendenz" der „Funk-Wacht" nicht geändert hätte. Dennoch birgt seine Behauptung eine gewisse Plausibilität, sich angesichts der unsicheren beruflichen Perspektive in opportunistischer Absicht der NSDAP angeschlossen zu haben. Inhaltlich hatte sich die „Funk-Wacht" vor 1933 nicht positiv auf die nationalsozialistische Bewegung bezogen. Mit Blick auf die Unwägbarkeiten, die das Jahr 1933 mit sich brachte, erschien es den Verantwortlichen womöglich ratsam, Anpassungsbereitschaft zu signalisieren und sich zumindest vordergründig in den Dienst der NS-Bewegung zu stellen.

Es scheint, als sei die inhaltliche Anpassung der „Funk-Wacht" weniger ideologisch, als vielmehr taktisch motiviert gewesen. Die strategischen Überlegungen und

253 Ebd.
254 Ebd.
255 StAHH, 135-4, 11 Band 2, Niederschrift über die 24. Sitzung des Beratenden Ausschusses, 17.03.1949.
256 Ebd.
257 BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei, 15670214. Vgl. dazu auch StAHH, 221-11, C (R) 436, Politischer Lebenslauf Walter Pilkuhn, 03.07.1947. Eigenen Angaben zufolge distanzierte er sich ab 1934 von der Partei, trat jedoch nicht aus.

Debatten, die in Verlag und Redaktion womöglich angestellt und geführt wurden, lassen sich nicht rekonstruieren. Festhalten lässt sich indes, dass die Anpassungsbemühungen zumindest aus ökonomischer Perspektive erfolgreich waren. Schon Anfang 1934 war die wöchentliche Auflage auf über 200 000 Exemplare angestiegen.[258] Dabei profitierten Verlag und Redaktion besonders von drei Entwicklungen: Erstens forcierten die Nationalsozialisten den Ausbau des Rundfunks, sodass die potenzielle Zielgruppe der Rezipient*innen weiter wuchs. Zweitens wurde im Dezember 1933 eine befristete Gründungssperre für neue Publikationen verhängt, die wiederholt verlängert wurde.[259] Die Zahl der Mitbewerber blieb so zunächst überschaubar groß. Und drittens erhielt der Heinrich Bauer Verlag im zweiten Halbjahr 1933 die Möglichkeit, eine konkurrierende Programmzeitschrift zu übernehmen.

3. Die Übernahme der Programmzeitschrift „Die Norag“

Im Gegensatz zu anderen Zeitschriftensparten und der Tagespresse fiel die Zahl der Einstellungen von Periodika im Bereich der Rundfunkpresse zunächst gering aus.[260] Der sich im Zuge der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung vollziehende Verdrängungsprozess hinterließ aber auch hier seine Spuren. Zahlreiche Rundfunkjournalist*innen mussten fliehen oder sahen sich angesichts der Repressionsmaßnahmen gezwungen, ihren Beruf aufzugeben. Insofern waren auch hier zahlreiche Wechsel in der personellen Zusammensetzung von Redaktionen zu verzeichnen.[261] Insgesamt verschwanden in den Jahren von 1933 bis 1935 aber lediglich zehn selbstständige Titel vom Markt, fünf davon im Jahr 1933.[262] Eine dieser Publikationen war „Die Norag“, die langjährige Konkurrentin der „Funk-Wacht“, deren Gründungsgeschichte bis ins Jahr 1924 zurückreichte.[263] Seit Mitte der 1920er-Jahre erschien sie bei der eigens dafür gegründeten Rufu-Verlagsgesellschaft, die diverse Vorteile aus dem Verlagsvertrag zog: So verpflichtete sich die NORAG zur umfassenden Mitarbeit und zur Lieferung von benötigtem (Publikations-)Material.[264] Außerdem wurden zur Finanzierung der

258 Bauer, Programmpresse 1993, S. 93.
259 Ebd., S. 231.
260 Ebd., S. 253.
261 Ebd.
262 Vgl. ebd. Siehe auch S. 189ff. Thomas Bauer machte dafür neben dem „vergleichsweise geringen Anteil interessenbestimmter Titel […] die Bereitschaft der ’bürgerlichen‘ Publikationen“ aus, „sich den neuen Gegebenheiten anzupassen“ (S. 253).
263 Vgl. Deiters, Fenster zur Welt 1973, S. 74. Zunächst noch unter dem Namen „Die Funkwelt“.
264 Bauer, Programmpresse 1993, S. 88. Obschon sie von der eigentlichen „Ausgestaltung“ ausgeschlossen war (vgl. ebd., S. 90, wo die Vertragsbedingungen ausführlich behandelt wurden).

Publikation jährlich regelmäßig sechsstellige Summen aufgewendet.[265] Zumal auch personelle Verflechtungen auf versteckte Subventionen hindeuteten, die die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft auf den Plan riefen, drängte die NORAG bald immer vehementer auf eine Überarbeitung des Vertragswerks.[266] Ein Schiedsgerichtsverfahren mündete im Oktober 1931 in einen Vergleich: Darin wurden unter anderem feste monatliche Zuwendungen der NORAG an die Rufu festgelegt, die im Mai 1932 in eine Einmalzahlung umgewandelt wurden.[267] Bis dato galt die Zeitschrift der Rufu-Verlagsgesellschaft als „offizielles" Organ der NORAG. Ende Januar 1933 kam es zur Trennung. Beide Vertragspartner verzichteten in einem Abkommen „auf ihre früheren Rechte und Ansprüche", die Zeitschrift durfte jedoch ihren Namen behalten.[268] Diese Entwicklung vollzog sich vor dem Hintergrund der Rundfunkreform vom Herbst 1932, in deren Zuge die RRG und die Regionalgesellschaften verstaatlicht und die den Unternehmungen zugrunde liegenden AGs in GmbHs umgewandelt wurden.[269] Der besondere Status der „offiziellen" Rundfunkzeitschriften war damit ohnehin hinfällig geworden.[270]

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Auflage von „Die Norag" im Vergleich zu 1929 bereits nahezu halbiert.[271] Mit rund 156 000 Exemplaren zählte sie Ende der 1920er-Jahre zu den auflagenstärksten Hamburger Zeitschriften.[272] Die „Funk-Wacht" erschien damals noch in deutlich geringerem Umfang, entwickelte sich jedoch bald zu ihrer schärfsten Konkurrentin. Schon im Jahr 1930 machte die Publikation der Rufu-Verlagsgesellschaft erstmals Verluste.[273] Wie drastisch die Auflagenzahlen der NORAG-Zeitschrift in den kommenden Jahren sanken, offenbarte sich im Verlauf des bereits thematisierten Gerichtsverfahrens um die Verwendung der Bezeichnung „Offizielle Norag-Programme".[274] Der Heinrich Bauer Verlag hatte hier Gegenklage erhoben und der Rufu unlauteren Wettbewerb vorgeworfen: Sie werbe auch 1930 und 1931 noch mit Auflagenhöhen von „über 140 000" und „etwa 150 000" Exemplaren, was nicht dem Durchschnittswert entspreche und ohnehin nicht aktuell sei – momentan

265 Ebd., S. 88.
266 Ebd., S. 88f. Vgl. zu diesem Komplex auch diverse Aufsichtsratsprotokolle der NORAG in: StAHH, 135-1 I-IV, 529.
267 Bauer, Programmpresse 1993, S. 89f.
268 Ebd., S. 90.
269 Dussel, Rundfunkgeschichte 2010, S. 71.
270 Vgl. Führer, Medienmetropole 2008, S. 191.
271 Vgl. Bauer, Programmpresse 1993, S. 91, Tabelle 14.
272 Führer, Medienmetropole 2008, S. 167.
273 Bauer, Programmpresse 1993, S. 93.
274 Vgl. Abschnitt C.II.1.

betrage die Auflage weniger als 100 000 Exemplare.[275] Diese Aussage blieb unwidersprochen. Im Jahr 1933 lag die Auflage der ehemals „offiziellen“ NORAG-Publikation noch bei rund 80 000 Exemplaren pro Ausgabe, während der Heinrich Bauer Verlag inzwischen regelmäßig bis zu 150 000 Zeitschriftenexemplare und mehr gedruckt haben dürfte.[276] Angesichts dieser Entwicklungen sah sich die Rufu-Verlagsgesellschaft bald gezwungen, ihre Geschäftsanteile zu verkaufen.[277] Der Heinrich Bauer Verlag ergriff die Gelegenheit und erwarb die Namensrechte.[278] In der Folgezeit wurde „Die Norag“ eingestellt. In der Ausgabe Nummer 47 wurde von der Rufu auf die Fusion der beiden Rundfunkzeitschriften hingewiesen und mit Nummer 48 erschien „Die Norag“ zum letzten Mal.[279] Auf der Titelseite der „Funk-Wacht“ wurde noch einige Zeit darauf hingewiesen, dass beide Blätter inzwischen fusioniert waren.[280] Die Rufu-Verlagsgesellschaft wiederum meldete kurze Zeit später Konkurs an.[281]

Nach der erfolgreichen Übernahme der langjährigen Konkurrentin bemühten sich die „Funk-Wacht“-Verantwortlichen verstärkt um die Erweiterung des Leser*innenkreises.[282] Als Werbemaßnahme, die insbesondere auf die ehemaligen Abonnent*innen abgezielt haben dürfte, erschien unter anderem eine Wurfsendung, die breitflächig verteilt wurde.[283] Dieses 16-seitige Prospekt gab Aufschluss über die künftige Ausrichtung und Gestaltung der „Funk-Wacht“. Auf der vierten Seite wurde sie als „Zeitschrift des verwöhnten Rundfunkhörers“ angepriesen, deren Bilderseiten „nach

275 Archiv für Funkrecht (1933), Heft 2, „Rechtsprechung“, S. 188-194. Dem Unterlassungsanspruch der Widerklage wurde stattgegeben, eine Schadensersatzpflicht für entgangene Anzeigengeschäfte bestand demnach jedoch nicht. Neben der Konkurrenzsituation dürften für die sinkenden Verkaufszahlen der NORAG-Publikation insbesondere die Immobilität hinsichtlich Aufmachung und das Unvermögen, auf die Bedürfnisse der Leser*innen einzugehen sowie ein ungünstiger Druckvertrag verantwortlich gewesen sein (vgl. Bauer, Programmpresse 1993, S. 92f).
276 Vgl. ebd., S. 91 u. S. 93.
277 Führer, Medienmetropole 2008, S. 191f.
278 Bauer, Programmpresse 1993, S. 94.
279 Vgl. Norag, 10. Jg. Nr. 47 vom 19.11.1933, „‘FUNK-WACHT‘ UND ‚NORAG‘ VEREINIGT“ sowie Nr. 48 vom 26.11.1933. Allerdings scheinen in diesen Nummern bereits Inhalte der „Funk-Wacht“ verwendet worden zu sein.
280 Vgl. etwa Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 51 vom 17.12.1933. Hier der Schriftzug „Vereinigt mit der NORAG“.
281 Vgl. Hamburger Fremdenblatt, 106. Jg. Nr. 26 (Abend-Ausgabe) vom 27.01.1934, „Konkurs in Hamburg“ sowie Bauer, Programmpresse 1993, S. 94.
282 Das Konkurrenzverhältnis bestand seit Gründung der „Rundfunk-Kritik“. Diese hatte die NORAG-Zeitschrift schon 1926 dahingehend kritisiert, sie sei lediglich „nach außen hin“ ein eigenständiges Unternehmen. Da „Die Norag“ abhängig von der Sendegesellschaft sei, „verstehe es sich, daß sie keinerlei Kritik am Funk üben“ dürfe (Rundfunk-Kritik, 1. Jg. Nr. 6 vom 29.10.1926, „Die Norag-Sendegesellschaft. Die Norag-Zeitung.“).
283 Diese Wurfsendung stammt aus dem Jahr 1933. Aufgefunden wurde sie in den gebundenen Funk-Wacht-Ausgaben des Jahres 1932 (Standort: Dokumentation der Bauer Media Group).

Form, Inhalt sowie Aktualität mit jeder illustrierten Zeitschrift Schritt“ halte.[284] Ausführlich wurde hier außerdem die künftige inhaltliche Gestaltung erläutert. Im illustrierten Teil auf den Seiten 2 und 3 erscheine „das Wichtigste aus Politik[,] Wirtschaft[,] Kultur [und] Sport“. Seite 4 bringe künftig „Aufsätze nationalpolitischer und volkserzieherischer Art, Bildberichte aller Welt“ und Seite 5 enthalte „Aufsätze über Heimat und Volkstum, über Brauch und Sitte sowie Interessantes und Wissenswertes aus allen Lebensgebieten“. Auf Seite 8 wiederum sollten nunmehr „Aufsätze, die die Frau interessieren, über Mode und Heim, Erziehung und Haushalt und allgemeine Fragen für die Frauenwelt“ abgedruckt werden. Und Seite 48 enthielt fortan „Ernstes und Heiteres aus Gegenwart und Vergangenheit“. Zur Untermalung der Ausführungen waren beispielhaft drei Fotografien beigestellt: Das „Holstentor in Lübeck als Ruhmeshalle“, „Der russische Außenminister Litwinow in Berlin“ und ein „Neues deutsches Großkraftwerk“.

Die übrigen Seiten des Prospekts enthielten exemplarische Ausschnitte aus verschiedenen „Funk-Wacht“-Ausgaben: Das Titelbild entstammte einer Szene aus dem US-amerikanischen Film „Meine Lippen lügen nicht“ mit Lilian Harvey, das Mitte November 1933 auch in der regulären Ausgabe abgebildet wurde.[285] Anders als im Titelbild der Nummer 47 wurde hier allerdings auf die „Vereinigung mit der NORAG“ hingewiesen. Darüber hinaus warben die Verantwortlichen damit, dass es sich bei der „Funk-Wacht“ um „Die meistgelesene Funkzeitschrift Nordwestdeutschlands“ handle. Die Seiten 2 und 3 enthielten den ersten Teil eines Fortsetzungsromans von Else Meerstedt.[286] Auf Seite 5 wurde nochmals der Text „Politische Führerschulung durch die NSDAP“ abgedruckt, der bereits Mitte September erschienen war.[287] Auf den weiteren Seiten folgten regionale, überregionale und internationale Programmvorschauen sowie eine Jugend- und Rätselseite und eine Seite mit der Humorsparte und Kurzgeschichten.[288] Außerdem enthielt die Broschüre reich bebilderte Seiten mit Texten „Zum deutschen Erntedanktag 1933“ (Im Kopf: „Wir fördern die Pflege von Volkstum

284 Ebd., im Original teilweise hervorgehoben. Auch die folgenden, nicht gekennzeichneten Zitate entstammen dieser Broschüre.
285 Vgl. Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 47 vom 19.11.1933.
286 Vermutlich erschien dieser Romanteil in Nr. 48 vom 26.11.1933.
287 Vgl. Funk-Wacht, Nr. 38 vom 17.09.1933, „Politische Führerschulung durch die NSDAP“.
288 Das Programm der Radiosendungen stammte zumindest in großen Teilen vom 27. Oktober 1933 (vgl. dazu Nr. 43 vom 22.10.1933). Die anderen Texte stammten aus Nr. 40 vom 01.10.1933.

und Heimat!“) und dem „Übergangshut“ („Diese Seite ist der Frau und ihrer Welt gewidmet!“).[289] Darüber hinaus wurden auf den folgenden Seiten weitere Kurzgeschichten, ein Beitrag über Programmänderungen im Rundfunk („Schluß mit den Programmänderungen!“) sowie ein Auszug aus dem technischen Bereich der „Funk-Wacht“ Ausgabe 39 („Radio-Technik“) abgedruckt. Auf der letzten Seite der Flugschrift wurde nochmals ausdrücklich für den Bezug der „Funk-Wacht“ als vielseitige und führende Fachzeitschrift geworben, die bei Einsendung einer mitgelieferten Karte zwei Wochen kostenlos zugestellt würde. Ferner wurden hier die Vorteile der „Funk-Wacht“ nochmals ausführlich dargestellt, diese biete:

> 1. Ein sorgfältig durchgearbeitetes und ins einzelne gehendes Programm Ihres Bezirkssenders sowie die Programme aller deutschen und der wichtigsten ausländischen Sender in übersichtlicher Anordnung.
> 2. Einen dem jeweiligen Stande der Rundfunktechnik entsprechenden technischen Teil mit Anleitung zum Selbstbau von Geräten unter besonderer Förderung des Kurzwellenempfangs und Ueberblick über Neuerscheinungen der Rundfunk-Industrie.
> 3. Für jeden Festbezieher kostenlose technische Beratung durch unser mit allen Mitteln der modernen Technik ausgestattetes Laboratorium.
> 4. Einen hochaktuellen Bilderteil (jeweils 7 Seiten umfassend), der nach Form und Inhalt dem Vergleich mit den bekanntesten illustrierten Zeitschriften standhält.
> 5. Einen inhaltlich und literarisch erstklassigen Roman.
> 6. Ein Feuilleton, das in ausgesuchten Kurzgeschichten die führenden Männer des deutschen Schrifttums zu Worte kommen läßt und das in bunter Folge Ernstes und Heiteres bringt.[290]

Diese inhaltliche Konzeption erschien Verlag und Schriftleitung geeignet, um nach der Übernahme der ehemaligen NORAG-Rundfunkzeitschrift das Lesepublikum zu erweitern und mit der Zeitschrift weiter zu expandieren. Dass nun insbesondere auch der literarische Bereich ausgebaut werden sollte, wird dadurch ersichtlich, dass mit Heinrich Heise spätestens zum Herbst 1933 ein weiterer Mitarbeiter zum Redaktionsstab stieß, der explizit als Feuilletonredakteur angestellt wurde.

Bevor im übernächsten Kapitel näher auf den Verlauf der Jahre ab 1934 und die Veränderungen in der Redaktion und in der inhaltlichen Ausgestaltung der Zeitschrift eingegangen wird, soll im Folgenden zunächst ein Fortsetzungsroman in den Blick genommen werden, der Ende 1933 und Anfang 1934 in der „Funk-Wacht“ erschien. Ende

289 Der Text zum Erntedanktag ähnelt einem Artikel über „Tausendjährige Erbhöfe in Niedersachsen“ in Nr. 40 vom 01.10.1933, im Detail stimmen die Seiten jedoch nicht überein.
290 Vgl. S. 16 der Wurfsendung (Standort: Dokumentation der Bauer Media Group).

der 1940er-Jahre wurden deswegen schwere Anschuldigungen gegen Heinrich Bauer und die Redaktion der „Funk-Wacht“ erhoben. Und auch im 21. Jahrhundert sind diese Vorwürfe gegen den Verlag noch präsent. Vor einigen Jahren erläuterte der renommierte Historiker Karl Christian Führer, der Abdruck des Fortsetzungsromans dokumentiere „eine spezielle Form der Anbiederung an die neuen Machthaber“.[291]

291 Führer, Medienmetropole 2008, S. 198.

IV. Ein Fortsetzungsroman im Fokus: „Das Ende der Eisernen Mannen“ (1933/34)

Ernst Johannsens Fortsetzungsroman, der ab Oktober 1933 in der „Funk-Wacht“ erschien, stand in den Jahren 1948 und 1949 im Zentrum einer Debatte um die Frage, ob Heinrich Bauer nach Kriegsende die Lizenz für eine neue Zeitschrift erhalten sollte. Diese sollte unter dem Namen „Neue Funk-Wacht“ erscheinen und thematisch an die 1941 eingestellte Zeitschrift anknüpfen. Zuständig für die Beurteilung dieser Frage war zu jener Zeit ein „Beratender Ausschuss für das Pressewesen“, der sich im Frühjahr 1948 auf Betreiben der britischen Militärregierung in Hamburg konstituierte.

1. Kontroversen um eine Reaktivierung der „Funk-Wacht“ (1945–1949)

Schon in den Jahren zuvor hatte sich Heinrich Bauer um die Lizenz für eine illustrierte Rundfunkzeitschrift bemüht: Aus den Unterlagen des Lizenzierungsverfahrens geht hervor, dass er eigenen Angaben zufolge bereits 1945/46 bei der zur damaligen Zeit zuständigen „Information Control […] die angeforderten Lizenzanträge und politischen Fragebogen eingereicht“ und im August 1945, im Mai 1946 und im April 1947 „mit dieser britischen Dienststelle persönliche Rücksprachen geführt“ hatte.[292] Zu jener Zeit zeigte sich die britische Militärregierung allerdings noch sehr zurückhaltend bei der Zulassung neuer Presseerzeugnisse.[293] Zwar wurden schon ab Februar 1946 erste Zeitungen (darunter „Die Zeit“ als einzige Wochenzeitung) gegründet, diese wurden gegenüber Zeitschriften – auch wegen begrenzter Papier-Kontingente – jedoch priorisiert.[294] Unter den bis 1947 zugelassenen Zeitschriftentiteln befanden sich vornehmlich Periodika zur Unterstützung von Behörden und Gewerbetreibenden.[295] Im März 1948 lagen noch etwa 700 nicht erledigte Lizenzanträge vor.[296]

Zu den wenigen Publikumszeitschriften, die bis Ende 1947/Anfang 1948 gegründet werden durften, gehörten die Radiozeitschrift „Hör Zu“ sowie die „Nordwestdeutschen Hefte“, die im Auftrag des Nordwestdeutschen Rundfunks erschienen. Die

292 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Heinrich Bauer an den Beratenden Ausschuss für das Pressewesen in der Hansestadt Hamburg, 27.09.1948.
293 Vgl. dazu Führer, Medienmetropole 2008, S. 219ff sowie Daniel A. Gossel, Die Hamburger Presse nach dem Zweiten Weltkrieg. Neuanfang unter britischer Besatzungsherrschaft, Hamburg 1993, S. S. 64ff.
294 Führer, Medienmetropole 2008, S. 219f.
295 Vgl. ebd., S. 220.
296 Vgl. ebd., S. 224. Dieser bezog sich auf Angaben aus der Staatlichen Pressestelle. Im April 1948 wurden jedoch nur etwa 240 Lizenzanträge an den Beratenden Ausschuss übergeben (ebd., S. 239).

verlegerische Verantwortung für beide Zeitschriften oblag Axel Springer (Verlag Hammerich & Lesser). Springer war zwischen 1935 und 1941 als stellvertretender Hauptschriftleiter der „Altonaer Nachrichten“ tätig gewesen, hatte sich jedoch nie der NSDAP angeschlossen. Angesichts der untergeordneten Rolle dieser Tageszeitung, die im Mai 1941 eingestellt wurde, galt er als „politisch nur gering kompromittierter Fachmann“.[297] Mit zwei Lizenzen für auflagenstarke Zeitschriften zählte Springer zu den „Begünstigten des Lizenzsystems“.[298] Der „Hör Zu“ kam in der ersten Zeit sogar eine Monopolstellung zu.[299] Erstmals erschien die Zeitschrift im Dezember 1946, gegenüber der Konkurrenz erwuchsen ihr dadurch überaus komfortable Startbedingungen und ein beträchtlicher Vorsprung, als sich der Markt schließlich auch für andere Publikationen öffnete.[300] Demgegenüber blieb Heinrich Bauer, als ehemaligem Verleger der größten norddeutschen Rundfunkzeitschrift im Nationalsozialismus, die Rückkehr zum Kerngeschäft zunächst verwehrt. Zunächst erhielt der Verlag lediglich Genehmigungen zum Druck kleinerer Projekte – etwa für die „Mitteilungen für das Hamburger Handwerk“ und das hiesige „Steuer- und Zollblatt“.[301] Der Versuch im Februar 1947, mit Unterstützung der SPD ein Mitteilungsblatt für den „Arbeiter-Radio-Bund-Deutschlands“ zu drucken, blieb vermutlich erfolglos.[302] 1948 druckte der Verlag außerdem zeitweise die „Hamburger Funk-Technik“ (die spätere „Funk-Praxis“) und die Mitteilungen des Verbandes des Lebensmittel-Einzelhandels Hamburg e.V. mit dem Titel „Der Lebensmittel-Einzelhändler“.[303] Hier war Bauer auch für den Vertrieb zuständig.[304]

Der Beratende Ausschuss für das Pressewesen konstituiert sich

Die Situation auf dem Zeitschriftenmarkt änderte sich im Sommer 1948 abrupt und grundlegend. Mit der Währungsreform und der Einführung der D-Mark im Juni 1948

297 Ebd., S. 223. Führer spricht hier von einer „kleine[n] Provinzzeitung“.
298 Ebd., S. 228. Vgl. auch S. 223f.
299 Vgl. Seegers, Eduard Rhein 2001, S. 164f. Diese Position erwies sind auch deshalb als günstig, da in dieser Zeit die Nachfrage nach Zeitschriften hoch und das Angebot beschränkt war.
300 Ebd., S. 165.
301 Führer, Medienmetropole 2008, S. 223. Vgl. auch Archiv der Handelskammer Hamburg, Firmenakte Heinrich Bauer Verlag, Wilhelm Bräuer an die Handelskammer Hamburg, 10.09.1947 sowie BArch Koblenz, Z 42 I/71.
302 Public Record Office, London, FO 1014, 511, Heinrich Bauer an die Britische Militärregierung, 25.02.1947 (inkl. Schreiben von Fritz Heine vom 18.02.1947).
303 Vgl. etwa das Impressum in Hamburger Funk-Technik, 1. Jg. Nr. 7/8 von Mai/Juni 1948 sowie Der Lebensmittel-Einzelhändler vom 09.03.1948.
304 Vgl. ebd. Weitere Beispiele ließen sich anführen.

setzte eine konjunkturelle Belebung ein, die sich in zweierlei Hinsicht auf das Zeitschriftengewerbe auswirkte. Einerseits sahen sich die Verlage angesichts des zunehmenden Warenangebots und der Verknappung des Geldes gezwungen, die Zeitschriften stärker an ökonomischen Faktoren und der Nachfrage des Marktes auszurichten. Andererseits wurde die Papierbewirtschaftung in diesem Zeitraum aufgehoben.[305]

Darüber hinaus nahm der „Beratende Ausschuss für das Pressewesen" im Juli 1948 seine Arbeit auf. Dieses Gremium hatte sich bereits im März 1948 auf Betreiben der britischen Militärregierung konstituiert.[306] Drittelparitätisch sollte er hiesige Journalist*innen, Verleger*innen und die Hamburger Allgemeinheit repräsentieren.[307] Ihre Aufgabe bestand darin, Lizenzanträge zu überprüfen und Empfehlungen über deren An- oder Abnahme abzugeben. Dafür existierten Richtlinien, die, abgesehen von formalen Faktoren wie Umfang und Auflagenstärke, auch eine Prüfung hinsichtlich kaufmännischer und technischer Erfahrung und notwendigem verlegerischem Kapital vorsahen.[308] Außerdem sollten die Lizenzempfänger*innen anerkannte Gegner des NS-Regimes oder beim Entnazifizierungsverfahren zumindest in die Kategorie V, also als entlastet eingestuft worden sein.[309] Ein generelles Berufsverbot für sogenannte „Altverleger", die sich im Nationalsozialismus publizistisch betätigt hatten, war hier – anders als bei der Lizenzvergabe von Zeitungen – nicht obligatorisch.[310]

Positive Empfehlungen wurden an den Bürgermeister Max Brauer weitergeleitet, der die Lizenz formal erteilte.[311] Abgelehnte Anträge nahm der britische PR/ISC

305 Führer, Medienmetropole 2008, S. 228ff.
306 Gossel, Hamburger Presse 1993, S. 111.
307 Ebd., S. 111f sowie Führer, Medienmetropole 2008, S. 231.
308 Gossel, Hamburger Presse 1993, S. 113.
309 Ebd. sowie Führer, Medienmetropole 2008, S. 231.
310 Ebd., S. 231f. Die Lizenzierung von Zeitungen und Zeitschriften war Teil des von den Alliierten angestoßenen Entnazifizierungsprozesses. Nach dem Wortlaut der Kontrollratsdirektive Nummer 24 vom 12. Januar 1946 war zunächst vorgesehen, „Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, die ihr aktiv und nicht nur nominell angehört haben, und aller derjenigen Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und aus verantwortlichen Stellungen in bedeutenden privaten Unternehmen" zu entfernen, d.h. zu entlassen bzw. die Berufsausübung aufzuheben oder zu beschränken [https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive24.htm, Zugriff am 15.02.2024]. Eingeschlossen in diese Terminologie waren „alle richtungweisenden und exekutiven Stellungen sowie die der Personalabteilungsleiter von [...] Presse, Verlagen und anderen Unternehmen, welche Nachrichten und Propaganda verbreiten" (Ebd. Vgl. dazu auch Führer, Medienmetropole 2008, S. 221). Allerdings wurde dieses Direktive nicht immer stringent umgesetzt. Der Historiker Karl Christian Führer erwähnte in diesem Kontext, dass „Fachleute der NS-Presse [...] zumindest unter bestimmten Bedingungen als Leiter im Ensemble der neuen, demokratischen Zeitschriften durchaus willkommen" waren (ebd., S. 222). Vgl. hierzu auch die Ausführungen auf S. 221ff sowie S. 227, wonach die überlieferten Akten „nur teilweise Auskunft darüber" geben, wie die britische Militärregierung (vor der Währungsreform) über diese Anträge entschied.
311 Ebd., S. 232.

Regional Staff in Empfang, der über die genauen Umstände informiert werden wollte.[312] Dies kam jedoch nur äußerst selten vor. Im Arbeitsbericht des Beratenden Ausschusses für das Pressewesen in der Hansestadt Hamburg wurde erläutert, dass bis zum Jahresende 1948 eine Tageszeitung, 97 Zeitschriften, 23 Mitteilungsblätter, fünf Offertenblätter und zwei Nachrichten- und Korrespondenzbüros von ihm lizenziert wurden.[313] Lediglich fünf Anträge wurden formell abgelehnt, „eine kleine Zahl weiterer Anträge" wurde „aus verschiedenen Gründen zunächst zurückgestellt".[314]

Heinrich Bauers Lizenzantrag

Zu den zurückgestellten Anträgen muss wohl auch der Lizenzantrag von Heinrich Bauer gezählt werden. Im Arbeitsbericht für das Jahr 1948 ist zu lesen, dass dem Beratenden Ausschuss „nur ein sehr geringer Teil der bei der Militärregierung vorliegenden, älteren Anträge übergeben wurde".[315] Dies hatte zur Folge, dass die Antragsprüfung erst beginnen konnte, „nachdem die Antragsteller noch einmal neue, diesmal deutsche Fragebogen ausgefüllt hatten".[316] Im Falle von Bauers schwebendem Verfahren scheint der Ausschuss zunächst den Antragsteller angeschrieben zu haben, um ihn um eine kurze Rückmeldung zu ersuchen: Es ist ein Antwortschreiben von Heinrich Bauer vom 10. Juli 1948 erhalten, in dem er betonte, dass er auch unter den „veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen" den „Lizensierungs-Antrag aufrecht[erhalten]" werde.[317]

Am 27. September 1948 untermauerte Heinrich Bauer sein Anliegen mit einem weiteren Schreiben: Da „nunmehr das Recht zur Lizenzierung auf deutsche Dienststellen übergegangen" sei, erlaube er es sich erneut, seinen „Antrag auf Neulizenzierung" der 1925 gegründeten Programmzeitschrift „unter dem neuen Titel ‚Neue FUNK-WACHT' vorzulegen".[318] Diesem Antrag war ein ausführliches Exposé mit Passagen

312 Gossel, Hamburger Presse 1993, S. 113.
313 StAHH, 135-4, 20, Arbeitsbericht 1948, Kapitel 7. Vier weitere Anzeigenblätter wurden vorläufig lizenziert. Außerdem wurden 17 Zeitschriften und ein Nachrichtenbüro dem Bürgermeister zur Lizenzerteilung empfohlen (vgl. ebd.).
314 Ebd.
315 Ebd.
316 Ebd. Laut Bericht bestand der Vorteil darin, dass der Ausschuss „auf diese Weise nicht unnötig mit der großen Zahl älterer, nicht mehr aktueller Anträge belastet wurde, deren Zahl einige Hundert ausmachte".
317 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Heinrich Bauer an das Sekretariat des Beratenden Ausschusses für das Pressewesen/Zeitschriften-Unterausschuss, 10.07.1948. Im Original teilweise hervorgehoben. Der Antrag selbst ist hier nicht hinterlegt.
318 Ebd., Heinrich Bauer an den Beratenden Ausschuss für das Pressewesen in der Hansestadt Hamburg, 27.09.1948 (inkl. Anlagen). Im Original teilweise hervorgehoben. Hieraus auch die folgenden Informationen. Aus einem späteren Schreiben wird ersichtlich, dass Bauer ein vom 20. September 1948

über „die publizistische Pionierarbeit der ‚FUNK-WACHT' für den deutschen Rundfunk", über „die Erfordernis einer freien, ungebundenen Rundfunk-Programmzeitschrift" und über „die Aufgabenstellung der ‚Neuen Funk-Wacht'" beigefügt. Enthalten waren darüber hinaus die Kopie einer bereits eingereichten Probeausgabe, ein ausgefülltes Formular „Gesuch um Zulassung einer Zeitschrift" sowie verschiedene Presse-Fragebogen. Diese Formulare dienten dazu, biografische Angaben, berufliche Werdegänge, Einkommen und Mitgliedschaften in NS-Organisationen für Verlags- und Redaktionsleitung sowie für leitende Verlagsangestellte zu erheben. Der Lizenzantrag für die „Neue Funk-Wacht" enthielt zunächst Fragebögen von vier Personen, die für höhere Aufgaben vorgesehen waren:

- Heinrich Bauer als Herausgeber
- Wilhelm Asche als Hauptschriftleiter/leitender Redakteur[319]
- Heinz Duwe als Verlags- und Anzeigenleiter
- Dore von Bargen als Vertriebs- und Werbeleiterin

Auf die Bewilligung seines Antrags wartete Heinrich Bauer jedoch zunächst vergeblich. Am 10. Januar 1949 erkundigte er sich nach dem Stand der Dinge: Obschon der Beratende Ausschuss „wiederholt getagt hat und Anträge für das kulturelle Schrifttum entschieden wurden", habe sein Antrag „bisher keine Bearbeitung bezw. Entscheidung" gefunden.[320] Dies erfülle ihn mit Sorge, das „wiederholte Verschieben der Behandlung" wecke zudem ein „Gefühl des Befremdens".[321] Um die Notwendigkeit einer freien ungebundenen Programmzeitschrift und das große Interesse daran zu unterstreichen, fügte Bauer ein Schreiben von Dr. Adolf Grimme, Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) bei, in dem dieser um eine „baldmöglichtst[e]" Entsprechung des Lizenzantrags bat.[322]

Heinrich Bauer wusste vermutlich nicht, dass sich verschiedene Einrichtungen bereits intensiv mit der „Neuen Funk-Wacht" beschäftigten. Am 11. Dezember 1948 hatte sich Ehlers, der Sekretär des Beratenden Ausschusses, an den Zonenpresserat

datiertes Schreiben des Beratenden Ausschusses erhalten hatte, indem er vermutlich zur Einreichung des neuen Antrags aufgefordert wurde (vgl. ebd., Heinrich Bauer an den Beratenden Ausschuss, 10.01.1949).

319 Diese Personalie sollte, so Bauer, „unbedingte Gewähr für eine überparteilich einwandfreie Haltung" geben.

320 Ebd., Heinrich Bauer an den Beratenden Ausschuss für das Pressewesen in der Hansestadt Hamburg, 10.01.1949.

321 Ebd. Zitat teilweise hervorgehoben.

322 Ebd. sowie Schreiben von Grimme datiert vom 29.12.1948.

mit einer Reihe von Lizenzanträgen mit Bitte um „politische Überprüfung durch das Documents Centre“ gewendet.[323] Darunter befand sich auch Bauers Antrag. Im Rahmen dieser Überprüfung stellte sich heraus, dass „[i]m Falle Heinz Duwe (Neue Funk-Wacht) […] eine einwandfreie Fragebogenfälschung“ vorlag.[324] Duwe war am 1. September 1937 in die NSDAP eingetreten, hatte in seinem Presse-Fragebogen die NSDAP-Mitgliedschaft jedoch geleugnet.[325] Unmittelbare Konsequenzen hatte diese Entdeckung jedoch nicht. Vielmehr waren in der Zwischenzeit weitaus gravierendere Vorwürfe erhoben worden, die sich nicht durch den Austausch eines leitenden Angestellten aus der Welt schaffen ließen.

Vorwürfe gegen Heinrich Bauer und die „Funk-Wacht“

Entscheidungen über Anträge für die Lizenzierung von Zeitschriften wurden von einem neunköpfigen Zeitschriften-Unterausschuss vorbereitet, dem Axel Springer vorstand.[326] Am 21. Dezember 1948 war hier über Bauers Antrag beraten worden: Die Mitglieder, so ist dem Sitzungsprotokoll zu entnehmen, waren der Ansicht, dass „diese Zeitschrift nicht unter dem Titel ‚NEUE FUNK-WACHT‘ herausgebracht werden k[önne], da die alte ‚FUNK-WACHT‘ bis zum Jahre 1941 erschienen ist und für Zeitschriften aus der Zeit des Nationalsozialismus nur in Ausnahmefällen und nur bei reinen Fachzeitschriften die alten Titel wieder genehmigt werden“ könnten.[327] Darüber hinaus wurde die Entscheidung an den Hauptausschuss weitergeleitet.

Der Hauptausschuss wiederum befasste sich am 13. Januar 1949 erstmals ausführlich mit dem Antrag auf Lizenzierung der „Neuen FUNK-WACHT“. Heinrich Bauers Beschwerde wegen des langwierigen Prüfungsverfahrens und das beiliegende Empfehlungsschreiben von Grimme kamen hier ebenso zur Sprache wie die Debatten auf der vorangegangenen Sitzung des Zeitschriften-Unterausschusses.[328] Bei diesem Zu-

323 StAHH, 135-4, 15 Band 1, Ehlers an den Zonenpresserat (z.H. Otto Sturm), 11.12.1948.
324 Ebd., 135-4, 15 Band 2, Schreiben des Presserats an den Beratenden Presseausschuss, 08.02.1949. Vgl. auch: Mitteilung an die Sekretariate der Beratenden Presseausschüsse, 08.02.1949.
325 Vgl. ebd. sowie 39 Band 212, Presse-Fragebogen Heinz Duwe, 27.09.1948 sowie Licensing Adviser/Information Services Division, Bericht über Lizenzantrag, 20.01.1949.
326 Vgl. Führer, Medienmetropole 2008, S. 212 sowie StAHH, 135-4, 12, 1. Sitzung des Zeitschriften-Unterausschusses, 27.04.1948 u. 135-4, 20, Tätigkeitsbericht 1948 (Manuskript). Aus dem Tätigkeitsbericht geht hervor, dass ihm sechs stimmberechtigte Mitglieder sowie drei weitere „als Sachverständige hinzugewählte und nicht stimmberechtigte Mitglieder“ angehörten (ebd., S. 1).
327 StAHH, 135-4, 12, Niederschrift über die 13. Sitzung des Zeitschriften-Unterausschusses des Beratenden Ausschusses für das Pressewesen, 21.12.1948.
328 StAHH, 135-4, 11 Band 2, Dokument „Dem Beratenden Ausschuß für das Pressewesen in seiner Sitzung am 13. Januar 1949 vorzulegende Eingänge und Fragen“ sowie Niederschrift über die 19. Sitzung des Beratenden Ausschusses, 13.01.1949.

sammentreffen hatte sich das Ausschussmitglied August Kirch (als nicht stimmberechtigter Sachverständiger) dahingehend geäußert, dass „die von Herrn Heinrich Bauer während der Zeit des Dritten Reiches herausgegebene alte ‚Funkwacht' Verunglimpfungen verschiedener Persönlichkeiten der verbotenen demokratischen Parteien veröffentlicht und sich dem neuen Regime über das unvermeidliche Maß hinaus angepaßt habe".[329] Diesen Vorwürfen sollte nunmehr nachgegangen werden. Entsprechend bestand der Beratende Ausschuss in seiner 19. Sitzung am 13. Januar 1949 darauf, August Kirch, der als langjähriger sozialdemokratischer Senator der damals selbstständigen Stadt Altona von den Diffamierungen persönlich betroffen war, ebenso vorzuladen wie Heinrich Bauer. Diese sollten „nähere Auskunft über die [...] erwähnten Veröffentlichungen" geben, beziehungsweise „verschiedene Auskünfte über die Herausgabe der in den Jahren nach 1933" erschienenen Zeitschrift erteilen.[330] Außerdem sollten – sofern möglich – „Exemplare der ‚Funkwacht' aus den Jahren von 1933 bis 1945 beschafft und unter den Ausschußmitgliedern in Umlauf gesetzt werden".[331]

Die folgende Sitzung, zu der neben August Kirch und Heinrich Bauer auch dessen Sohn Alfred Bauer erschien, war für den 27. Januar 1949 anberaumt worden. Angesichts der weitreichenden Vorwürfe wird die Passage des entsprechenden Protokolls an dieser Stelle ausführlich wiedergegeben:

> Herr Senator a.D. Kirch nimmt auf Einladung des Ausschusses zeitweise an der Sitzung teil und gibt Auskunft über die ihm hinsichtlich der politischen Haltung der früher von Herrn Heinrich Bauer herausgegebenen alten "Funkwacht" bekannten Tatsachen. Im einzelnen führt Herr Senator a.D. Kirch aus, daß in den Jahren 1933 und 1934 etwa in der alten "Funkwacht" ein Schlüsselroman mit vielleicht 15 bis 20 Fortsetzungen unter dem Titel "Senator Breitkopf" erschienen sei, in dem Bürgermeister Brauer, Frau Luise Schröder und er, Senator Kirch, in gemeinster Weise verunglimpft worden seien. Obwohl die Betroffenen in dem Roman nicht namentlich genannt worden seien, wäre es damals zumindest für jeden Hamburger ganz offensichtlich gewesen, gegen wen die Verleumdungen gerichtet waren. U.a. seien darin dem "Senator Breitkopf", mit dem eindeutig Herr Senator Kirch gemeint gewesen sei, gewisse amouröse Abenteuer nachgesagt worden, bei denen z. B. der Oberkellner eines Weinlokals dem Senator wegen seines Verhaltens gegenüber einer ("blonden") Dame mehrere Ohrfeigen verabreicht haben soll. Der Verfasser dieses Romans sei ein gewisser Herr Johansson gewesen, dem Herr Senator a.D. Kirch vorher mehrmals geholfen habe und der später nach London emigrierte, da er sich trotz derartiger Schreibereien bei den Vertretern des damaligen Regimes nicht beliebt machen konnte.

329 Ebd.
330 StAHH, 135-4, 39 Band 212, E[hlers] an August Kirch, 19.01.1949 sowie Ehlers an Heinrich Bauer, 19.01.1949.
331 StAHH, 135-4, 11 Band 2, Niederschrift über die 19. Sitzung des Beratenden Ausschusses, 13.01.1949.

> Herr Senator a.D. Kirch bedauert, kein Exemplar der fraglichen Jahrgänge der alten „Funkwacht“ auftreiben zu können. Seine Aussagen könnten aber wohl von Herrn Martens, dem Leiter der Berufsberatung, bestätigt werden, da ihm der Roman "Senator Breitkopf" seinerzeit nach der Entlassung aus der Haft von Herrn Martens vorgelegt worden sei.
>
> Gegen Ende der Sitzung erscheint der ebenfalls geladene Herr Heinrich Bauer mit seinem Sohn. Herr Friedländer unterrichtet ihn von den gegen die alte "Funkwacht" und damit gegen ihn erhobenen, nach Ansicht des Ausschusses ziemlich schwerwiegenden Vorwürfen. Die beiden Herren erwidern darauf, daß sie von dem Roman "Senator Breitkopf" nichts wüßten und sich nicht darauf besinnen könnten, daß eine derartige Veröffentlichung in ihrem alten Blatt jemals erschienen sei. Derartige Dinge hätten damals – vorausgesetzt, daß sie überhaupt vorgekommen seien – zur Zuständigkeit des Hauptschriftleiters gehört. Der Hauptschriftleiter zu dieser Zeit sei als Nationalsozialist bekannt gewesen, später aber entlassen worden. Es sei dann ein anderer Hauptschriftleiter eingestellt worden, der später eingezogen worden und gefallen sei. Die Anschrift des ersten Hauptschriftleiters glauben die Herren Bauer noch ermitteln und dem Ausschuß mitteilen zu können. Im übrigen bitten sie, weniger eine Einzelheit als die Tendenz der alten Funkwacht im allgemeinen zu beurteilen. Die Herren Bauer sen. und jun. sind der Ansicht, daß der alten "Funkwacht" in keiner Weise eine nationalsozialistische Haltung nachgesagt werden könne. Es wird vereinbart, daß die Herren Bauer auf alle mögliche Weise, insbesondere durch Zeitungsanzeigen, versuchen, die fraglichen alten Jahrgänge zu beschaffen und dem Ausschuß in etwa zwei oder drei Wochen zuzustellen. Außerdem sollen frühere Mitarbeiter der „Funkwacht“ und andere Personen, die der Ausschuß als glaubwürdig anerkennen kann und die sich des erwähnten Romans entsinnen können, gebeten werden, mündlich oder schriftlich über diese Angelegenheit auszusagen. Insbesondere soll Herr Preise[sic] nach Möglichkeit befragt werden, der zu jener Zeit Hauptschriftleiter war.
>
> Der Ausschuß ist der Ansicht, daß die von Herrn Senator a.D. Kirch erhobenen Vorwürfe so schwerwiegend sind, daß sie unter keinen Umständen übergangen werden können. Es soll deshalb auch Herr Bürgermeister Brauer durch Herrn Direktor Lüth um eine Stellungnahme gebeten und auch Frau Luise Schröder in der gleichen Angelegenheit geschrieben werden.[332]

Zwei Tage später war es Fritz Sänger, der Vorsitzende des Beratenden Ausschusses, der Max Brauer über den Sachverhalt informierte und um eine Stellungnahme bat, ob ihm „etwas über den erwähnten Roman bekannt“ sei.[333] Auch die Berliner Bürgermeisterin Luise Schröder wurde befragt.[334] Sie erinnerte sich an den besagten Roman und

332 Ebd., Niederschrift über die 20. Sitzung des Beratenden Ausschusses, 27.01.1949.
333 StAHH, 135-4, 13, Beratender Ausschuss für das Pressewesen an Max Brauer, 29.01.1949. Eine Antwort ließ sich nicht ausfindig machen.
334 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Ehlers an Frau Bürgermeister Luise Schröder, 31.01.1949.

den Umstand, dass „offensichtlich sowohl Herr Bürgermeister Brauer als auch Herr Senator Kirch verleumdet wurden“.[335] Über sich selbst schrieb sie:

> Dasselbe war anscheinend auch mir gegenüber beabsichtigt. Es waren aber so offensichtliche Unwahrheiten über mich persönlich und über meine Eltern hereingebracht worden, daß ebenso eine andere Person gemeint gewesen sein könnte.[336]

Der Roman war also auch ihr in Erinnerung geblieben. Die Beschaffung der alten Zeitschriftennummern erwies sich indes als schwierig. Die ersten Bemühungen vonseiten der Verwaltung des Beratenden Ausschusses waren zunächst erfolglos geblieben.[337] Also wurde Heinrich Bauer nun auch schriftlich mit der Aufgabe betraut, „auf jede mögliche Weise, insbesondere durch Aufgabe von Zeitungsanzeigen, zu versuchen, die Jahrgänge 1933 und 1934 der alten ‚Funkwacht‘ zu beschaffen“.[338] Dieser bestätigte das Schreiben, sah sich jedoch veranlasst, darauf hinzuweisen, dass er „diese Verpflichtung nicht übernehmen wollte, sondern übernehmen mußte“.[339] Am 17. Februar 1949 bat Alfred Bauer – rekurrierend auf ein tags zuvor geführtes Telefonat – um Fristverlängerung für die Materialbereitstellung.[340] Allerdings blieb die Suche nach den besagten Ausgaben der Zeitschrift auch in diesem Zeitraum erfolglos.

Versuch einer Rechtfertigung

Für den 10. März 1949 war eine weitere Sitzung des Beratenden Ausschusses anberaumt worden. Angesichts der bevorstehenden Entscheidung über den Lizenzantrag sah sich Heinrich Bauer veranlasst, den Rechtsanwalt Harry Soll hinzuzuziehen. Soll hatte der SPD von 1926 bis 1933 angehört und war der Partei nach der Befreiung und Wiedergründung 1945 erneut beigetreten.[341] Er verfasste eine auf den 28. Februar 1949 datierte Stellungnahme zu dem Lizenzantrag, die er dem Ausschuss in 15-facher Ausfertigung zukommen ließ.[342] Der siebenseitige Bericht, der inklusive der 24 Anlagen

335 Ebd., L. Schroeder an den Beratenden Ausschuß für das Pressewesen in der Hansestadt, 07.02.1949.
336 Ebd.
337 Vgl. ebd., E[hlers] an August Kirch, 19.01.1949.
338 Ebd., Ehlers (Sekretär des Beratenden Ausschusses für das Pressewesen) an Heinrich Bauer, 28.01.1949.
339 Ebd., Heinrich Bauer an den Beratenden Ausschuß für das Pressewesen in der Hansestadt Hamburg, 01.02.1949.
340 Ebd., Alfred Bauer an den Beratenden Ausschuß für das Pressewesen in der Hansestadt Hamburg, 17.02.1949.
341 Vgl. StAHH, 221-11, Ad 10942.
342 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Harry Soll an den Beratenden Ausschuß für das Pressewesen in der Hansestadt Hamburg z. Hd. Von Herrn Ehlers, 02.03.1949.

kurz darauf an die Mitglieder verteilt wurde, beschäftigte sich ausführlich mit den Bemühungen von Bauer, Exemplare der Rundfunkzeitschrift aus den Jahren 1933 und 1934 zu beschaffen.[343] Obschon ein Erfolg ausgeblieben war, gelang es ihm immerhin, die Anschrift des Autors Ernst Johannsen zu ermitteln und ihn zu einer Kommentierung zu bewegen. Dieser war 1939 emigriert und lebte seither in London. Von ihm stammte auch die Information über den Titel des Romans: Entgegen anderslautenden Mutmaßungen war der Fortsetzungsroman nicht unter dem Namen „Senator Breitkopf", sondern unter dem Titel „Das Ende der Eisernen Mannen" erschienen.[344]

Mit Rekurs auf die Darstellungen des Autors und eine nicht näher dokumentierte „schwache[] Erinnerung von Dr. Freise", dem ehemaligen Schriftleiter, wurde der Roman in Harry Solls Darstellung als „Entrüstungsschrei über die politische Wende und den damit verbundenen völligen Zusammenbruch der Weimarer Republik" charakterisiert.[345] Der Autor wurde als „alter Sozialdemokrat", „kompromissloser Gegner der Nationalsozialisten" und „Antifaschist[]" tituliert, dessen „Persönlichkeit […] eine pronazistische Tendenz in seinem Roman von vornherein" ausschlösse.[346] Mehrere beigefügte Gutachten sollten zudem die „Gesamthaltung der ‚Funk-Wacht' unter dem NS-Regime" beschreiben und deren Regimeferne dokumentieren. In diesem Sinne lassen sich die Schreiben des ehemaligen Intendanten der Norddeutschen Sendergruppe Hans Bodenstedt, des ehemaligen Oberspielleiters und NWDR-Regisseurs Hans Freundt sowie die des freien NWDR-Mitarbeiters Herbert Scheffler, des Schriftstellers Heinrich Rumpff und des Kritikers J. Walther Fischer lesen.[347]

Weiterhin befasste sich Rechtsanwalt Soll in der Stellungnahme intensiv mit Heinrich Bauers verlegerischer Tätigkeit und den damit in Zusammenhang stehenden Einschränkungen, die sich aus der NS-Herrschaft ergaben. Hier fanden mehrere Verfahren und disziplinarische Maßnahmen gegen Bauer, gegen einzelne Mitarbeiter und

343 Ebd., Harry Soll an den Beratenden Ausschuß für das Pressewesen in der Hansestadt Hamburg, 28.02.1949. Demnach hatte Heinrich Bauer in der Hamburger Volkszeitung, im Hamburger Echo, in der Hamburger Freien Presse, der Hamburger Allgemeinen, dem Hamburger Abendblatt und in „Die Welt" Anzeigen aufgegeben sowie diverse Bibliotheken und Instituten nach den besagten Ausgaben angefragt (vgl. dazu die Anlagen 1-15).
344 Ebd. Vgl. auch: Ernst Johannsen an Heinrich Bauer Verlag, [04.02.1949] (Anlage 16, Abschrift).
345 Ebd., Harry Soll an den Beratenden Ausschuß für das Pressewesen in der Hansestadt Hamburg, 28.02.1949.
346 Ebd.
347 Vgl. ebd. sowie Hans Bodenstedt an Heinrich Bauer, 06.02.1949/Schreiben Hans Frendt, 16.02.1949/Gutachten Herbert Scheffler, ohne Datum/Heinrich Rumpff an Heinrich Bauer, 28.01.1949 und J. Walther Fischer an Heinrich Bauer, 07.02.1949 (Anlagen 17–21, jeweils Abschriften).

gegen den Verlag vonseiten nationalsozialistischer Organisationen und Einrichtungen Erwähnung.[348] Diese wurden mitunter durch eine eidesstattliche Erklärung des Rotations-Maschinenmeisters und langjährigen Abteilungsleiters Hellmuth Eggert bestätigt. Eggert war seit 1927 für Bauer tätig gewesen und hatte 1939 laut seiner Angaben „wegen politischer Unzuverlässigkeit und mangelnder nationalsozialistischer Menschenführung“ durch Verfügung des Treuhänders der Arbeit in Hamburg entlassen werden müssen.[349] Er untermauerte überdies die Darstellung von Heinrich Bauer, dass dieser auf Drängen verschiedener NS-Parteistellen Ende 1936 gezwungen wurde, die Betriebsführung niederzulegen und seinem Sohn Alfred Bauer zu übertragen, um die zwangsweise Schließung des Verlags zu verhindern.[350]

Angesichts seiner vorgelagerten Ausführungen schloss Heinrich Bauers Anwalt Harry Soll darauf, Bauer beziehungsweise der Verlag habe eine „politisch einwandfreie Haltung“ und eine „konsequente ablehnende Haltung dem Nazismus gegenüber“ gezeigt.[351] Eine Verantwortung für die Veröffentlichung des Romans und ein Wissen um die Zusammenhänge der Darstellung seitens Bauer wurden negiert. Außerdem schlussfolgerte Soll mit Blick auf Heinrich Bauer, dieser habe „bis zum Jahre 1936 dauernd aktiv in seiner Verleger-Tätigkeit gegen die nationalsozialistische Presse-Politik opponiert“.[352] Insofern sei Heinrich Bauer „als aktive[m] Antifaschisten die Lizenz bevorzugt zu erteilen, um damit zugleich das über ihn von den Nationalsozialisten verhängte Berufsverbot wieder gutzumachen“.[353] In diesem Sinne kehrte er die Vorwürfe, die von Heinrich Bauer während der NS-Zeit herausgegebene Zeitschrift habe sich „dem neuen Regime über das unvermeidliche Maß hinaus angepaßt“ ins Gegenteil um: „Jede weitere Hinauszögerung der Lizenzerteilung wirk[e] sich als eine Aufrechterhaltung des ihm von den Nationalsozialisten zugefügten Unrechts aus“.[354]

348 Vgl. dazu auch Abschnitt C.V.1.
349 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Eidesstattliche Erklärung Hellmuth Eggert, 19.02.1949.
350 Ebd. Vgl. auch: Harry Soll an den Beratenden Ausschuß für das Pressewesen in der Hansestadt Hamburg, 28.02.1949.
351 Ebd. Auch in diesem Kontext nahm Soll Bezug auf „das Zeugnis des damaligen Chefredakteurs Dr. Louis Preise“ [sic]. Ausführungen des ehemaligen Schriftleiters Freise zur Sache sind jedoch erst für den 17. März 1949 auf der Sitzung des Beratenden Ausschusses dokumentiert.
352 Ebd.
353 Ebd.
354 Ebd.

Dieser Auffassung konnte sich der Ausschuss selbstredend nicht anschließen. Bei einer Stimmenthaltung entschied das Gremium am 10. März 1949, auf der Vorlage des Romans „Das Ende der Eisernen Mannen“ zu bestehen und den damaligen Hauptschriftleiter Dr. Louis Freise (hier: Preise) in der nächsten Sitzung zu befragen.[355] Ferner wurde hier deutlich, dass sich mehrere Mitglieder des Ausschusses an den Roman erinnern konnten, bei dem es sich „eindeutig um eine Verleumdung der Parteien der Weimarer Republik und ihrer Exponenten in Hamburg-Altona gehandelt habe“.[356] Selbst „nach dem damaligen Recht sei“, so die vorherrschende Auffassung, neben dem Hauptschriftleiter auch „der Verleger für die Veröffentlichungen verantwortlich“ gewesen.[357] Darüber hinaus muss in der Sitzung noch über einen vorangegangenen Lizenzierungsantrag gesprochen worden sein. Dies jedenfalls nahm Fritz Sänger, der Vorsitzende des Beratenden Ausschusses, zum Anlass, bei der britischen Information Service Division nach den Gründen der Ablehnung eines Lizenzantrags von Heinrich Bauer zu fragen, „der 1945 oder 1946 bereits an die Militärregierung gerichtet“ worden sei.[358]

Für Heinrich Bauer war das Ergebnis der Ausschusssitzung ernüchternd. Ihm wurde mitgeteilt, dass „[d]ie Bedeutung dieser Veröffentlichung in der alten ‚Funkwacht‘ […] für die Beurteilung der politischen Haltung [des] Blattes in den vergangenen Jahren zu groß [sei], als daß diese Angelegenheit ohne einwandfreie Klärung des Sachverhalts weiter bearbeitet werden“ könne.[359] Als Reaktion darauf übersandte er ein Schreiben des Betriebsrats der „Heinrich Bauer Buch- und Verlagsdruckerei“, in dem dessen Mitglieder unmissverständlich für eine zügige Neulizenzierung eintraten.[360] Aber auch diese Initiative führte nicht zu dem gewünschten Erfolg.

355 StAHH, 135-4, 11 Band 2, Niederschrift über die 23. Sitzung des Beratenden Ausschusses, 10.03.1949.
356 Ebd.
357 Ebd.
358 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Fritz Sänger an C. Hardt (Information Service Division), 10.03.1949. Eine Antwort konnte bisher nicht aufgefunden werden.
359 Ebd., Ehlers (Sekretär des Beratenden Ausschusses) an Heinrich Bauer, [01.?]03.1949 (Datum unleserlich).
360 Ebd., Heinrich Bauer an den Beratenden Ausschuß für das Pressewesen in der Hansestadt Hamburg, 16.03.1949 sowie Betriebsrat der Buch- und Verlagsdruckerei HEINRICH BAUER an Heinrich Bauer, 15.03.1949. Neben dem Betriebsratsvorsitzenden Willy Klann unterschrieben dessen Stellvertreter Hans Lange sowie Henry Koberstein, Karoline Balandat und Fritz Bock.

Auf der folgenden Sitzung des Beratenden Ausschusses am 17. März 1949 wurde Heinrich Bauer durch den ehemaligen Hauptschriftleiter Freise dahingehend entlastet, dass er als Verleger „sehr wenig Einfluss auf die redaktionelle Gestaltung der ‚Funkwacht'" genommen habe.[361] Zudem habe Bauer, so Freise, „aus seiner Abneigung gegen das damalige Regime nie ein Hehl gemacht".[362] Der für den Roman verantwortliche Feuilleton-Schriftsteller Heise wiederum habe, da er erst im Sommer 1933 aus Kiel nach Hamburg gekommen sei, keine Verbindungen zu Ereignissen und lebenden Persönlichkeiten ziehen können.[363] Heise war im Krieg gefallen und konnte ohnehin nicht mehr befragt werden.[364] Dem Roman könne nicht, so Freises Einschätzung, „eine antidemokratische Tendenz oder die beabsichtigte Herabsetzung der SPD zugeschrieben werden".[365]

Ohne den besagten Text ließ sich jedoch auch diese Aussage nicht belegen. Allerdings, so wurde in der Protokollschrift vermerkt, liege der Roman, August Kirchs Mitteilung zufolge, inzwischen vor.[366] Auf der Sitzung in der darauffolgenden Woche erging abermals die Nachricht, dass der Roman, „den Herr Bauer nicht beschaffen konnte", vorhanden sei und nun „unter den Mitgliedern in Umlauf gesetzt werden" solle.[367] Wo die entsprechenden Ausgaben aufgefunden wurden, bleibt indes unklar. Zwar war es der Anwalt Harry Soll, der den Roman am 7. April 1949 in 16-facher Vervielfältigung an den Ausschuss übermittelte.[368] Aus diesem Schreiben und der beiliegenden 10-seitigen Stellungnahme vom selben Tag geht allerdings hervor, dass Soll selbst sowie seinem Mandanten Bauer der Roman gerade erst zugänglich gemacht worden war.[369] Auch die Bemühungen des Sekretärs des Beratenden Ausschusses, der sich nach Übertragung der Aufgabe an Bauer weiterhin intensiv um die Beschaffung der

361 StAHH, 135-4, 11 Band 2, Niederschrift über die 24. Sitzung des Beratenden Ausschusses, 17.03.1949.
362 Ebd.
363 Vgl. dem Sinn nach ebd. Hier finden sich weitere Aussagen zu Johannsen und zu einer angeblichen Beanstandung des Romans von NS-Parteistellen wegen der Schilderung einer Verhaftung durch die „NS-Hilfspolizei".
364 Vgl. hierzu auch die Darstellung bei Führer, Medienmetropole 2008, S. 234.
365 StAHH, 135-4, 11 Band 2, Niederschrift über die 24. Sitzung des Beratenden Ausschusses, 17.03.1949.
366 Ebd.
367 Ebd., Niederschrift über die 25. Sitzung des Beratenden Ausschusses und die gemeinsam mit dieser durchgeführte 17. Sitzung des Zeitschriften-Unterausschusses, 14.03.1949.
368 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Harry Soll an den Beratenden Ausschuss für das Pressewesen (z. Hd. von Herrn Ehlers), 07.04.1949.
369 Ebd.

besagten Ausgaben gekümmert hatte, waren zunächst erfolglos geblieben.[370] Ein vertrauliches Schreiben vom 12. April von Ehlers an August Kirch, in dem dieser ihm das Original des Romans „wieder zurück[sandte]“, lässt indes vermuten, dass August Kirch die entsprechenden Ausgaben beschafft hatte.[371]

Bevor auf den weiteren Verlauf des Lizenzierungsverfahrens eingegangen wird, soll der Fokus im Folgenden zunächst auf den Fortsetzungsroman und dessen Autor gerichtet werden.

2. Die Romanveröffentlichung als Ausgangspunkt der Kritik: Genre, Präsentation, Inhalt und Autorenschaft

Der erste Hinweis auf den Fortsetzungsroman „Das Ende der Eisernen Mannen“ findet sich in der Zeitschriftenausgabe Nummer 41 der „Funk-Wacht“ des Jahres 1933 auf Seite 44. In einer ausführlichen Vorankündigung wurde auf das Erscheinen eines zweiten Romans aufmerksam gemacht. Nur „ausnahmsweise“, so wurde ausgeführt, werde dieser Roman, dieser „Bericht über den Untergang der nachnovemberlichen Parteigrößen und über die Heraufkunft des Dritten Reiches“ um „der politischen Aktualität willen“ abgedruckt:

> Ernst Johannsen läßt die gestürzten Machthaber in lebendiger Anschaulichkeit vor uns erstehen; er zeigt die ganze Hohlheit und Verantwortungslosigkeit dieser Menschen, die vierzehn Jahre lang das deutsche Volk tiefer und immer tiefer in den Abgrund geführt haben er zeigt, wie diese „Sozialisten" zufrieden in einer satten und behäbigen Kleinbürgerlichkeit dahinlebten, wie sie in ängstlicher Scheu bemüht waren, die Tatsachen des Elends und des Zusammenbruchs nicht zu sehen, er zeigt die Billigkeit ihrer Ausreden und die Erbärmlichkeit ihrer Gesinnung, die die hungernden und arbeitslosen Massen immer nur mit hohlen Phrasen abspeiste. Diese Menschen sahen oder wollten nicht sehen die Sehnsucht allernach einer grundlegenden Aenderung. Sie ließen die Dinge treiben und trieben so endlich selber in den Abgrund... Dieser Roman wird jedem mit gründlicher Deutlichkeit vor Augen führen, wie es möglich war, daß wir in den hinter uns liegenden Jahren in ein Chaos hineintrieben, das ohne die nationalsozialistische Bewegung das Ende bedeutet und zur Selbstauflösung geführt hätte. [372]

370 Anfragen erfolgten zwischen Ende Januar und Anfang Februar etwa an das Institut für Zeitungskunde an der Universität Heidelberg, das Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Münster, die Stadt- und Landesbibliothek Dortmund, die Stadt-Bibliothek Köln und die Stadt-Bibliothek Düsseldorf. Vgl. dazu die unterschiedlichen Anfragen und Antwortschreiben in: StAHH, 135-4, 39 Band 212.
371 Ebd., E[hlers] an Senator August Kirch, 12.04.1949.
372 Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 41 vom 08.10.1933, „Das Ende der Eisernen Mannen“.

Und auch der Autor selbst wurde zitiert, der „den Untergang der Sozialdemokratie, den Verrat ihrer Anhänger, das unglaubliche Verhalten der ‚Führer', ihre Verständnislosigkeit für die wirkliche Situation, ihr gänzliches Versagen und das bittere und tragikomische Ende der stolzen Festung, die in Wahrheit ein morsches, altersschwaches Gebilde war" schildern wollte.[373] Der Roman spiele in einer norddeutschen Großstadt, aber es gehe „zuletzt dabei auch nicht um die Personen", sondern „um die ganze theoretische und praktische Haltung" der sogenannten „Eisernen Mannen". Viele dieser „Arbeiterführer" spielten nun „[v]om Ausland her [...] die verfolgte Unschuld", jedoch sei ihr Ende „so grotesk, so im tiefsten Sinne verdient, daß sie auch dort wenig Ansehen genießen" würden.[374] „Mit dem Roman", so ließ der Autor die Leserschaft wissen, „durchwandern wir noch einmal die jüngste Geschichte, die nun schon tiefe Vergangenheit geworden ist".[375]

Fortsetzungsromane in der „Funk-Wacht"

Mit der Veröffentlichung dieses Romans betrat die „Funk-Wacht" kein Neuland. Fortsetzungsromane waren Anfang der 1930er-Jahre überaus beliebt und in zahlreichen Presseprodukten zu finden. Die Vorstellung, dass Illustrierte/Pressepublikationen hauptsächlich wegen dieses Genres gekauft würden, war weit verbreitet.[376] Zusätzliche Attraktivität gewannen die Fortsetzungstexte dadurch, dass neuen Abonnent*innen die bisher erschienenen Teile einer Geschichte auf Wunsch gratis oder gegen Zusendung der Portokosten nachgeliefert wurden.

Zwischen 1930 und 1932 erschienen in der „Funk-Wacht" insgesamt 15 Fortsetzungsromane mit unterschiedlicher thematischer Ausrichtung: Den Anfang machte der Roman „Feuer in USA" des Schriftstellers Karl Aloys Schenzinger, dessen Abdruck bereits im Vorjahr begonnen hatte. Die Verlagsrechte lagen bei der Berliner Josef Singer Verlags AG. Schenzinger hatte bereits zuvor einige populäre Fortsetzungs- und Abenteuerromane veröffentlicht. Bekanntheit erlangte er jedoch erst im NS-Deutschland durch seinen propagandistischen Roman „Der Hitlerjunge Quex" (1932) und dessen Verfilmung. Ihm folgte der Kriminalroman „Der Diamantenfluß" des weltbekannten Edgar Wallace. Auch hier lag das Copyright beim Josef Singer Verlag, der zu dieser

373 Ebd. Im Original teilweise hervorgehoben.
374 Ebd.
375 Ebd.
376 Vgl. Führer, Medienmetropole 2008, S. 199. Hier auch verschiedene zeitgenössische Belege.

Zeit vom jüdischen Buchhändler Kurt Maschler geleitet wurde. Ab Nummer 21 erschien zunächst parallel dazu ein weiterer Kriminalroman: „Das Mädchen aus Texas" von dem US-amerikanischen Schriftsteller Earl Derr Biggers. Die Rechte der deutschen Version dieses Romans lagen abermals beim Singer Verlag.[377] Abgelöst wurde er ab Nummer 30. Schon in Ausgabe 29 war für August der tragische Liebesroman „Arne Keil und seine Lie" angekündigt worden.[378] In der nächsten Ausgabe erschien jedoch die erste Episode von „Die Geigerin", eine „Novelle aus dem Künstlerleben" des Autors Erwin Ibing. Ibing war zu jener Zeit in der „Funk-Wacht" prominent vertreten. Zahlreiche Artikel stammten aus seiner Feder. Zeitweise tauchte er außerdem im Impressum als verantwortlicher Schriftleiter in Vertretung auf (bspw. in Ausgabe 7). Dies änderte sich jedoch in der Folgezeit. Schon im ersten Halbjahr 1932 wurde sein Name seltener in der Zeitschrift genannt. Später wurde er Hauptschriftleiter der populären Schulzeitung „Hilf mit!" des NS-Lehrerbunds, die monatlich in einer Auflage von mehreren Millionen Exemplaren erschien. Mit Nummer 33 erschien daneben auch der zuvor beworbene Roman von Arno Franz „Arne Keil und seine Lie".[379]

Der Autorenname war ein Pseudonym für den Verlagsleiter Franz Arno Kalklösch, der noch im selben Jahr verstarb. Sein Text indes erwies sich allem Anschein nach als erfolgreich. Auch der nächste Roman, der ab Kalenderwoche 47 in der „Funk-Wacht" erschien und mit 25 Fortsetzungen (in drei Teilen) bis in die zweite Maihälfte 1931 fortgeführt wurde, stammte aus seiner Feder: Die historische Figur Margaretha Geertruida Zelle stand dabei Patin für „Mata Hari" – einen Spionageroman mit weiblicher Hauptrolle. Diesem Werk folgte ein Roman, der in der 20. Wochenausgabe 1931 auf der Titelseite prominent beworben wurde. Das erste Kapitel von Philipp Berges „Südsee-Zauber" wurde, reich bebildert, dann auch direkt auf Seite 2 eröffnet. Schon in der vorangegangenen Nummer war ausführlich über den populären Autor (geboren in Lübeck, wohnhaft in Hamburg) und dessen Werk berichtet worden, das größtenteils auf einer Inselgruppe in Neuseeland spielte und von den „Gegensätze[n] zweier Welten" handelte.[380] Nach 16 Nummern wurde der Roman schließlich von Franz Roswalts

377 Siehe zur Josef Singer Verlag A.G., die 1937 aufgelöst wurde: StA-L, 21765, F 12277.
378 Funk-Wacht, 5.Jg. Nr. 29 vom 20.07.1930, „Voranzeige! Unser neuer Roman".
379 Zwischenzeitlich war er auch für Nummer 32 angekündigt worden.
380 Funk-Wacht, 6. Jg. Nr. 19 vom 10.05.1931, „Unser neuer Roman ‚Südseezauber'".

Wochenend-Roman „Was machst du über Sonntag, Lonny?“ abgelöst. Die Rechte dieses Werks lagen beim Berliner Carl-Duncker-Verlag.[381] Es folgte mit „Panik im Paradies“ ein Text des Romanschriftstellers Ludwig von Wohl.[382] Auf der Titelseite des Hefts 43 wurde er prominent beworben. Auch hier lagen die Abdruckrechte beim Carl-Duncker-Verlag.

Fortsetzungen dieser Geschichte wurden auch in den ersten Wochen des Jahres 1932 noch gedruckt. Erst in Heft Nummer 4 erschien ein neuer Roman, der ebenfalls vom Duncker-Verlag stammte. Der Autor Jan Molten erzählte mit „Das Mädchen in der Lawine“ eine Story, die nicht nur auf der Titelseite angekündigt, sondern auch mit einem bilderreichen Artikel über den Berg „Piz Palü“ begleitet wurde.[383] Mit der 16. Ausgabe des Jahres endete diese Geschichte. In derselben Nummer erschien Carl Otto Windeckers „Generaldirektor wider Wille“, bei dem auch das Copyright lag, zum ersten Mal. Dieser wurde abgelöst von dem neuen Roman „Haus Jostefär“, der, so laut Vorankündigung, von „Ferien, Sonne und Liebe“ handelte.[384] Einmal mehr lagen die Vervielfältigungsrechte beim Berliner Carl-Duncker-Verlag, der Text selbst stammte von dem Autor Henrik Heller. Schon mit der sechsten Fortsetzung fand die Geschichte in der Kalenderwoche 31 ihr Ende. In der gleichen Ausgabe der „Funk-Wacht“ wurde die erste Folge eines neuen Fortsetzungsromans veröffentlicht, was inzwischen standardmäßig auf der Titelseite angekündigt wurde. Abermals stammte der Text von Philipp Berges. „JUYÜ. Der Roman eines chinesischen Mädchens“ handelte von dem „Schicksal eines vornehmen chinesischen Mädchens in den Wirren des fernen Ostens“ – wobei ein Teil der Handlung auch in Berlin und Hamburg spielte.[385] Das Copyright lag wieder beim Carl-Duncker-Verlag, bei dem auch die Rechte für den folgenden Roman lagen: „Ihr englischer Onkel“ von dem Autor und Übersetzer Harold Effberg erschien erstmals in der Kalenderwoche 41 (ausnahmsweise nicht vorab und auch nicht auf der Titelseite angekündigt). Abgelöst wurde er Mitte Dezember von einem Roman der Autorin Vera Bern über „das Interessante Problem der modernen Ehevermittlung“.[386] Das

381 Zum Verlag existiert eine Akte im Staatsarchiv Leipzig (Börsenverein der Deutschen Buchhändler). Für das Jahr 1937 ließen sich die Namen der Inhaber recherchieren: Rudolf Reymer und Otto Schnabbel, Berlin (vgl. StA-L 21765, F2182).
382 Auch hierbei handelt es sich um ein Pseudonym.
383 Funk-Wacht, 7. Jg. Nr. 4 vom 24.01.1932, „Winter im Gebirge und in Hamburg“.
384 Ebd., Nr. 24 vom 12.06.1932, „Unser neuer Roman“.
385 Ebd., Nr. 31 vom 31.07.1932, „Heute neuer Roman“.
386 Ebd., Nr. 49 vom 04.12.1932, „Achtung! Neuer Roman!“.

Werk erschien unter dem Titel „Zwecks Ehe…“, die Urheberrechte lagen bei der Berliner Novissima Verlag GmbH.

Der Abdruck dieses Romans setzte sich im Jahr 1933 zunächst nahtlos bis in die siebte Kalenderwoche fort. Mit dem Abschluss des letzten Kapitels wurde dann direkt anknüpfend auf einen neuen „Originalroman“ von Peter Kraye hingewiesen, der sich mit dem „abenteuerlichen Schicksal einer energischen Frau auf der Suche nach ihrem verschollenen Mann“ in den holländischen Kolonien beschäftigte.[387] Die Rechte der „Drei Perlen“, deren Eröffnungskapitel in der zweiten Februarhälfte erschien, lagen abermals beim Carl-Duncker-Verlag. Aufgrund einer Überlieferungslücke lässt sich nicht mit Exaktheit bestimmen, wann der Fortsetzungsroman seinen Abschluss fand.[388] Da in Ausgabe 19 bereits die dritte Fortsetzung eines neuen Romans von C. Gerhard veröffentlicht wurde, ist anzunehmen, dass „Drei Perlen“ bereits in der Kalenderwoche 15 oder 16 endete. Gerhards Werk „Percy hat 'nen Spleen“ vertrieben durch Dr. Präger Pressedienst, Wien, wiederum endete nach sechs Episoden Ende Mai 1933. Noch in derselben Nummer begann der als abenteuerlicher Kriminalroman untertitelte Text „Mord im Zepp“ des Autors Melchior Vischer (Emil Walter Kurt Fischer) aus dem Carl-Duncker-Verlag.[389] Eine weitere Romanveröffentlichung startete Mitte Juli 1933 in der 28. Kalenderwoche. Parallel zum Finale von „Mord im Zepp“ erschien hier das erste Kapitel von „Herr Seltrup braucht Geld“ von Hans Heuer-Morgan. Das Copyright lag beim Deutschen Romandienst. Zehn Wochen später fand auch dieser Roman seinen Abschluss.

Ihm folgte der Roman „Frauen im Garten“ des Schriftstellers Hans Friedrich Blunck, der vorab ausführlich vorgestellt wurde. Blunck, so ist der „Funk-Wacht“ zu entnehmen, sei Mitglied der Dichter-Akademie und zähle „zu den führenden Autoren des deutschen Schrifttums“:

> Früher von den offiziellen Stellen nur wider Willen anerkannt, weil er die Kräfte von Volkstum und Heimat, von Blut und Boden, von Tradition und Sitte in Kampfstellung gegen die zersetzenden Mächte der großstädtischen Asphaltkultur und der intellektuellen Überspitztheit lebendig zu gestalten wußte, kommt

387 Ebd., 8. Jg. Nr. 7, „Drei Perlen“.
388 Diese Überlieferungslücke erstreckt sich ab April 1933 in erster Linie auf die Romanseiten der Ausgaben 15 bis 18.
389 Auch diese Ausgaben sind nicht vollständig erhalten. In den überlieferten Ausgaben der „Funk-Wacht“ fehlt häufig der Textteil mit den Fortsetzungsromanen. Aber noch in Ausgabe 26 wird ein Teil des Romans abgedruckt (die 5. Fortsetzung).

> er mit seinem künstlerischen Schaffen erst im heutigen Deutschland zu der Geltung, die er auf Grund seiner künstlerischen Leistung voll beanspruchen kann.[390]

Der 1888 in Altona geborene Blunck war promovierter Jurist und hatte in den 1920er-Jahren als Syndikus an der Universität Hamburg gearbeitet, ehe er krankheitsbedingt frühpensioniert wurde. Seither betätigte er sich als Schriftsteller und Kulturfunktionär.[391] Er zählte zu den Mitbegründern von „Die Kogge“, einem literarischen Zusammenschluss von Anhängern der Niederdeutschen Bewegung, der sich seit 1924 überwiegend aus konservativen, völkisch-nationalen und antimodern ausgerichteten Autoren zusammensetzte. Blunck profitierte davon, dass im Rahmen der nationalsozialistischen Politik der *Gleichschaltung* zwischen Februar und Mai 1933 über 40 Mitglieder der Preußischen Akademie der Künste ausgeschlossen oder zwangsweise zum Rücktritt genötigt wurden. Infolge der Nachbesetzung erhielt Hans Friedrich Blunck einen Platz in der Akademie. Im Juni 1933 wurde er darüber hinaus zum zweiten Vorsitzenden der akademieeigenen Sektion für Dichtung/Dichtkunst gewählt. Ein großer Karrieresprung wurde ihm Mitte November 1993 überdies durch Joseph Goebbels zuteil, als er zum Präsidenten der neu geschaffenen Reichsschrifttumskammer (als Bestandteil der Reichskulturkammer) ernannt wurde.[392] Wenn also im Roman „Frauen im Garten“, so wie in der etwas nebulös gehaltenen Vorankündigung formuliert, unter anderem der „Glaube an den Sinn des Lebens“ und die „erdhafte Verwurzelung des Menschen in Volkstum und Heimat“ im Mittelpunkt standen, so trat dessen politischer Impetus im Jahr 1933 angesichts des politischen Kontexts deutlicher hervor, als der unscheinbare Name des Fortsetzungsromans zunächst vermuten lässt.

„Das Ende der Eisernen Mannen“: Aufmachung und Kontext

Parallel zu dem Roman „Frauen im Garten“, der von der 39. Woche an ab Ende September 1933 in der „Funk-Wacht“ erschien, wurde seit Woche 42 auch „Das Ende der Eisernen Mannen“ von Ernst Johannsen veröffentlicht. Es war nicht gänzlich unge-

390 Ebd., Nr. 38 vom 17.09.1933, „In der nächsten Nummer beginnen wir mit dem neuen Roman“.
391 Vgl. zu seiner Biografie auch Kai-Uwe Scholz, Chamäleon oder Die vielen Gesichter des Hans Friedrich Blunck. Anpassungsstrategien eines prominenten NS-Funktionärs vor und nach 1945. In: Ludwig Fischer u.a. (Hg.): Studien zur literarischen Kultur in Hamburg, Hamburg 1999, S. 131–167 sowie Jens-Peter Wagner, Die Kontinuität des Trivialen. Hans Friedrich Blunck (1888-1961). In: Caemmerer, Christiane / Delabar, Walter (Hg.): Dichtung im Dritten Reich? Zur Literatur in Deutschland 1933–1945, Opladen 1996, S. 245–264.
392 Hamburger Fremdenblatt, 105. Jg. Nr. 316 (Ausgabe B) vom 15.11.1933, „Goebbels eröffnet die Reichskulturkammer“.

wöhnlich, dass zwei Romane zeitgleich in der „Funk-Wacht“ abgedruckt wurden. Häufig startete ein Roman, bevor ein anderer abgeschlossen war. Bisweilen wurden auch erzählerische Texte bekannter Autoren als abgeschlossener Handlungsstrang ohne Fortsetzung parallel zu einem solchen Fortsetzungsroman veröffentlicht. Dass allerdings zwei Romane über einen längeren Zeitraum nebeneinander publiziert wurden, war eher ungewöhnlich. Insofern wurde in der Ankündigung bereits darauf hingewiesen, dass dies in Anbetracht der politischen Aktualität „nur ausnahmsweise“ erfolge.[393]

In diesem Sinne kam dem Text von Ernst Johannsen eine Sonderstellung zu. Anders als die üblicherweise veröffentlichten fiktionalen Abenteuer-, Kriminal- und Liebesromane mit ihren vermeintlich unbeschwert-humorvollen und exotisierenden Darstellungsweisen in einem oftmals kolonialromantischen oder großstädtischen Handlungsrahmen, beschäftigte sich der Roman explizit mit zeitgenössischen politischen Geschehnissen und Zusammenhängen. Dabei beanspruchte der Romantext regelmäßig etwa zwei Seiten der „Funk-Wacht“. Eine solche, eng beschriebene Seite enthielt rund 12.500 Zeichen inklusive Leerzeichen. Das bedeutet – um einen Vergleich zu gegenwärtigen Berechnungsgrundlagen des Literaturbetriebs zu ziehen – dass pro Ausgabe etwa 14 Normseiten des Fortsetzungsromans erscheinen konnten.

Die politische Stoßrichtung der Veröffentlichung ließ sich bereits mit Blick auf die Titelseite der „Funk-Wacht“ Nummer 42 ausmachen, die von einem Künstler mit dem Namen „Rohlwink“ als Illustration mit schwarzem Hintergrund gestaltet worden war.[394] Neben dem Titel des Romans war darauf eine überdimensionale, zur Faust geballte Hand – inklusive Unterarm, Hemdärmel und Hakenkreuzemblem – abgebildet, die auf eine Personengruppe herabsank beziehungsweise darauf einschlug. Die Gesichter der Personen schienen Schrecken und Empörung auszudrücken, die Körper lagen am Boden, knieten oder waren gekrümmt. Die zerbrochene Stange einer beschädigten Standarte mit drei nach unten gerichteten Pfeilen war der Gruppe beiseitegestellt. Im

393 Vgl. dazu den Beginn des Kapitels. Der Roman „Frauen im Garten“ im Garten erschien bis einschließlich Ausgabe 47. In derselben Nummer wurde auf den neuen Liebesroman „Sensation in Dingsda“ von Else Meerstedt hingewiesen: „Wir glauben, unsern Lesern mit diesem Roman eine ganz besondere Freude machen zu können, und wir hoffen, daß sie beim Lesen manchmal genau so lachen, wie wir gelacht haben. Wir können es gebrauchen in dieser Zeit!“ (Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 47 vom 19.11.1933, „Sensation in Dingsda“). In der Verteidigungsschrift von Heinrich Bauers Anwalt Harry Soll wir später dazu bemerkt, dass der besagte Roman „Das Ende der Eisernen Mannen“ „nicht als Hauptroman, sondern als Nebenroman“ erschienen sei, „da die einzelnen Veröffentlichungen nur 2 Seiten umfassten, während der Hauptroman mindestens drei Seiten ausfüllte“ (StAHH, 135-4, 39 Band 212, Harry Soll an den Beratenden Ausschuss für das Pressewesen in der Hansestadt Hamburg, 07.04.1949).

394 Rohwink lieferte 1933 bis 1939 Illustrationen / Grafiken für die Funk-Wacht.

Hintergrund waren darüber hinaus die Überreste von drei Pfeilen zu sehen, die allem Anschein nach durch die Faust zertrümmert wurden oder gerade zertrümmert worden waren. Am unteren Rand der Illustration war der zweizeilige Schriftzug „DER ROMAN EINER ZEITENWENDE VON ERNST JOHANNSEN“ zu lesen. Die gesamte Grafik war mit dem Satz „Dieser Roman geht jeden an!“ unterschrieben.

Der Titel und die Darstellung ließen für die zeitgenössischen Rezipient*innen kaum Interpretationsspielraum: Der Roman handelte von der Zerschlagung der am 16. Dezember 1931 gegründeten „Eisernen Front“ mit ihrem populären Symbol der drei Pfeile. Die Eiserne Front war in Reaktion auf das Erstarken antirepublikanischer Kräfte als Bündnis von SPD, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, dem Arbeiter-Turn- und Sportbund und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet worden.[395] Das Reichsbanner wiederum war ein Wehrverband, der schon 1924 auf Initiative der Parteien der sogenannten „Weimarer Koalition“ (neben der SPD die liberale Deutsche Demokratische Partei und das katholische Zentrum) als republikanische Schutzorganisation gegründet worden war.[396] Insofern verstand sich die Eiserne Front als überparteiliches, breit aufgestelltes Aktionsbündnis. Seine Basis lag jedoch in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Im Falle einer nationalsozialistischen Machtübernahme waren insbesondere von diesem Zusammenschluss entscheidende Abwehrmaßnahmen erwartet worden. Dass größere Widerstandsaktionen – etwa ein politischer Generalstreik – sowohl beim sogenannten „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932 als auch bei der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und der sich anschließenden Machtkonsolidierung ausgeblieben waren, ließ zahlreiche Mitglieder der angeschlossenen Organisationen enttäuscht zurück. Angesichts des nationalsozialistischen Verfolgungsdrucks sahen sich im Frühjahr 1933 Repräsentant*innen der Arbeiterbewegung in großer Zahl gezwungen, Deutschland zu verlassen und ins Exil zu fliehen.

395 Vgl. ausführlich Sebastian Elsbach, Eiserne Front. Abwehrbündnis gegen Rechts 1931 bis 1933, Wiesbaden 2022.
396 Auch als Gegenbewegung zu republikfeindlichen Verbänden wie der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA) und dem Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten.

Zu ihnen zählte etwa der Altonaer Bürgermeister Max Brauer, der sich einer Diffamierungskampagne ausgesetzt sah, in deren Zuge ihm Bestechlichkeit vorgeworfen wurde.[397] Die Verfolgungsmaßnahmen verschärften sich infolge der Reichstagswahlen am 5. März 1933: Noch am selben Tag wurde seine Privatwohnung durchsucht, einen Tag darauf besetzte die SA seine Dienstwohnung. Kurze Zeit später wurde mit Emil Brix ein nationalsozialistischer Oberbürgermeister in Altona eingesetzt. Unterdessen floh Brauer über Bayern nach Österreich. Von dort flüchtete er – inzwischen steckbrieflich gesucht – über die Schweiz nach Paris, ehe er im Sommer 1933 vorübergehend eine Anstellung als Verwaltungsexperte in der chinesischen Provinz Kiangsu annahm. Weniger erfolgreich verlief der Fluchtversuch des Senators August Kirch. Auch ihm wurde Bestechlichkeit vorgeworfen. Ein unter dem neuen nationalsozialistischen Oberbürgermeister eingerichteter Untersuchungsausschuss befand ihn für schuldig und er wurde zu einer Zuchthausstrafe verurteilt. Auch Karl Meitmann, seit 1928 Landesvorsitzender der Hamburger SPD, wurde 1933 mehrfach verhaftet und im Konzentrationslager Fuhlsbüttel schwer misshandelt. Das Gleiche widerfuhr Ernst Heilmann, Fraktionsvorsitzender der SPD im Preußischen Landtag. Er wurde am 26. Juni 1933 von der Gestapo verhaftet und schwer misshandelt. Nach zahlreichen KZ-Aufenthalten wurde er im April 1940 in Buchenwald ermordet.

Die hier genannten Personen weisen in ihren (politischen) Biografien erstaunliche Parallelen zu einzelnen Charakteren auf, die in Erst Johannsens „Das Ende der Eisernen Mannen“ als Vertreter*innen der Weimarer Republik diffamiert wurden. Dies gilt darüber hinaus für die SPD-Reichstagsabgeordnete Louise Schroeder, für Matthäus Becker aus der SPD-Pressestelle und für den Altonaer Stadtarchivar Paul Theodor Hoffmann.[398] Dies wird im Folgenden anhand der einzelnen Kapitel des Fortsetzungsromans nachvollzogen.

„Das Ende der Eisernen Mannen“: Inhalt

Der Vorankündigung von Ernst Johannsens Fortsetzungsroman „Das Ende der Eisernen Mannen“ wurde eine 15-teilige Kapitelübersicht beigefügt, die im Folgenden übernommen wurde, um den Inhalt der einzelnen Kapitel zusammenzufassen. Es sei an

397 Vgl. dazu ausführlich: Christa Fladhammer / Michael Wildt, Einleitung. In: Fladhammer, Christa / Wildt, Michael (Hg.): Max Brauer im Exil. Briefe und Reden aus den Jahren 1933–1946, Hamburg 1994, S. 15–100, hier S. 24ff.
398 Diese Informationen basiert auf einer Einschätzung von Max Brauers ehemaligem Mitarbeiter Hans-Peter Strenge, der über zehn Jahre als Bezirksamtsleiter in Hamburg-Altona tätig war (datiert auf den 2. Januar 2024).

dieser Stelle jedoch darauf hingewiesen, dass die 15 Kapitel unterschiedliche Textlängen aufwiesen und daher nicht den 15 abgedruckten Teilen des Fortsetzungsromans entsprachen, die zwischen der 42. Kalenderwoche 1933 und der 4. Kalenderwoche 1934 in der „Funk-Wacht“ erschienen.

Außerdem konnten trotz umfangreicher Recherchen bislang nicht alle relevanten Ausgaben der „Funk-Wacht“ ausfindig gemacht werden. Nach wie vor verschollen sind die Ausgaben 49 und 50 aus dem Jahr 1933.[399]

Darüber hinaus fällt auf, dass die ersten Romanteile jeweils mit einem illustrierten Header versehen wurden, auf dem eine Figur mit SA-Schaftmütze ein Schwert mit einer „Wolfsangel“ auf dem Knauf führt. Die Figur holt mit der Waffe aus, um auf eine Schlange einzuschlagen, die sich um drei gebrochene Pfeile rankt. Deren Körper wiederum wird von mehreren Sternen markiert. Darunter steht geschrieben: „Nicht die Politik verdirbt den Charakter, sondern charakterlose Menschen verderben die Politik.“ Mit der ersten Fortsetzung verschwindet der Aphorismus, mit der dritten Fortsetzung verschwinden auch die illustrierten Figuren im Header. Später wurde der nach wie vor grafisch gestaltete, in Sütterlin gehaltene Romantitel durch eine schlichte typografische Variante ersetzt.

In sprachlicher Hinsicht ist der Text einfach gehalten. Die handelnden Charaktere werden häufig auf eine diffamierende Art dargestellt. Beißende Ironie und Sarkasmus, Hohn und Spott dominieren in der Darstellungsweise. Gelegentlich werden die Gedankengänge einzelner Protagonisten ausführlich wiedergegeben. Darüber hinaus werden Geschehnisse immer wieder aus einer auktorialen Perspektive kommentiert. Es gibt zahlreiche Referenzen und Verweise auf lokale Gegebenheiten und Ereignisse, die sich im Rahmen der nun folgenden Zusammenfassung nur exemplarisch nachvollziehen lassen. Fiktionale Darstellungen, Gerüchte, Halbwahrheiten und Fakten verbinden sich dabei zu einer Erzählung, die sich über das Ende der Sozialdemokratie im ersten

399 Die Ausgaben 40 bis 47, 51, 52 u. 53 des Jahres 1933 befinden sich in der Bibliothek der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin. Dort lassen sich auch die Ausgaben 1 (= Ausgabe 53/1933), 2, 3 u. 4 des Jahres 1934 ausfindig machen, die teilweise auch in der Dokumentationsabteilung der Bauer Media Group verwahrt werden. Einen Auszug des Romans aus der Ausgabe 48/1933 befindet sich überdies im Staatsarchiv Hamburger in den Unterlagen des Wiedergutmachungsamts beim Landgericht Hamburg in der Fallakte des Autors Ernst Johannsen (vgl. StAHH, 213-13, 29253). Kurz vor Abschluss der Studie stellte sich heraus, dass die beiden fehlenden Ausgaben der „Funk-Wacht“ vermutlich in der Deutschen Nationalbibliothek vorhanden sind. Im Online-Katalog der DNB werden sie nicht aufgeführt. Da es den Mitarbeitenden vor Ort aber nicht gestattet ist, „Kopien aus sogenannter Kioskliteratur anzufertigen“ (Mitteilung vom 11.09.2024), konnten die fehlenden Teile des Romans nicht als Digitalisate bestellt und für den vorliegenden Text berücksichtigt werden.

Halbjahr 1933 auslässt und in wohlwollenden Worten die nationalsozialistische Machteroberung kommentiert.

1. Teil: Der Ober und seine Trabanten

In diesem Kapitel werden einige Protagonist*innen des Romans vorgestellt, die sich zu einer Besprechung versammelt haben. Ort ist das Arbeitszimmer des Oberbürgermeisters (Referenz: Max Brauer), der anhand seiner politischen Karriere in wenigen Sätzen charakterisiert wird. Ausführlich wird dabei auf die von ihm forcierte städtische Bautätigkeit eingegangen. Dabei sind deutliche Parallelen zur Altonaer Stadtgeschichte zu erkennen. Wenn im Text ein „Kasten aus Beton, Eisen, Kupfer und Glas" beschrieben wird, der fast zwei Millionen Mark gekostet habe und „für die Bildung jener zu sorgen [hätte], die später keine Arbeit finden konnten…", so wird damit auf das Berufsschulzentrum „Haus der Jugend" am Platz der Republik verwiesen, dass nach einer Konzeption von Gustav Oelsner zwischen 1928 und 1930 entstand.[400] Auch von einer „zweite[n] Schule" ist die Rede, die nach Intervention der Regierung „als eine klägliche Ruine" dastand.[401] Hier wird auf die Pädagogischen Akademien in der damaligen Roonstraße Bezug genommen.[402] Insgesamt dominiert in der Beschreibung die Kritik an den Handlungen des Bürgermeisters, die als Lavieren zwischen radikaler antikapitalistisch-sozialistischer Rhetorik und liberalbürgerlicher Koalitionspolitik beschrieben und ins Lächerliche gezogen werden.

In der Darstellung folgen „Fräulein Reichstagsabgeordnete Lambach" (Referenz: Louise Schroeder), „Senator Breitkopf" (Referenz: August Kirch), der „Chef des Presseamts, Doktor Lorbeer" (Referenz: Matthäus Becker) und „Doktor Saum, der Leiter der Wohlfahrt". Die gemeinsame Unterredung dreht sich um die bevorstehenden Wahlen, um die Bedrohung für die Demokratie durch antidemokratische Mehrheiten, um politische Fallstricke und um die Frage, was passieren würde, wenn „der Führer der Braunhemden doch eines Tages zum Reichskanzler ernannt würde".[403] Fragen nach möglichen Reaktionen, dem Sinn der Eisernen Front, dem allgemeinen Kurs und der Taktik der Partei werden diskutiert, wobei die Darstellung auf eine abwartende Haltung hinausläuft.

400 Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 42 vom 15.10.1933, „Der Ober und seine Trabanten". Hinweis von Hans-Peter Strenge.
401 Ebd.
402 Hinweis von Hans-Peter Strenge.
403 Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 42 vom 15.10.1933 „Der Ober und seine Trabanten".

Im Anschluss an die Besprechung empfängt der Bürgermeister mehrere Gäste, die bereits im Vorzimmer warten. Zuletzt erscheint ein „Greis“, der sich als ehemaliger Meister des Bürgermeisters entpuppt, der damals bei ihm als Geselle seine berufliche Laufbahn begonnen hatte.[404] Der Greis erkundigt sich nach den Fortschritten des Sozialismus und der Sozialisierung der Großindustrie. Der Bürgermeister wiegelt ab, die Partei habe keineswegs das Ziel aus dem Auge verloren, sondern rüste sich zur Entscheidungsschlacht gegen den Kapitalismus. Zunächst heiße es, die Stellung zu halten.

2. Teil: Das schlichte Gastmahl

Der Inhalt dieses Kapitels weist Parallelen zu den Umständen um die Erweiterung des Elektrizitätswerks Unterelbe (EWU) und des HEW-Kraftwerks Wedel auf.[405] In dem Romankapitel geht es zunächst um einen Besuch des Bürgermeisters im lokalen Gaswerk. Er wird von „Doktor Block“, dem Direktor der Gaswerke, in dessen Wagen abgeholt. Hier warten neben dem Direktor der Elektrizitätswerke auch Senator Breitkopf, Doktor Lorbeer, Landrat Meier, Parteisekretär Himmelmann, die Gemeindevorsteher von „Burg, Lauenwerder und Moorstedt“ sowie ein Mitarbeiter der „Volksstimme“, ein Baurat und zwei Ingenieure. Außerdem ist „einer von der Alten Garde mit dem sozialdemokratischen Spitzbart, zerknitterten Hosen und großem schwarzen Schlapphut“ anwesend.[406] Im weiteren Verlauf stellt sich heraus, dass es sich dabei um einen Betriebsrat handelt. Sie alle kommen anlässlich der Inbetriebnahme einer Ferngasanlage zusammen. Zudem soll das Elektrizitätswerk besichtigt werden, um die anwesenden Gemeindevertreter als Kunden zu gewinnen. Bei dem Rundgang schließen sich einige Industrievertreter der Gruppe an.

In dem Text wird eine selbstherrlich-hochmütige Herangehensweise der Regierungsvertreter beschrieben, wie sie sich darum bemühen, potenzielle Kunden zu hofieren. Höhepunkt des Kapitels stellt ein Festmahl im „Goldenen Ochsen“ mit musikalischer Untermalung durch ein Orchester dar. Die textliche Darstellung konzentriert sich auf das ausschweifende Abendessen, den Verlauf des Abends und die unterschiedlichen

404 Mutmaßlich wurde hier auf den Glashüttenbesitzer Ernst Gätcke angespielt, bei dem Max Brauer in die Lehre gegangen war (vgl. Fladhammer / Wildt, Einleitung 1994, S. 20).
405 Hinweis von Hans-Peter Strenge. Vgl. dazu auch Michale Ohlendorf / Gerhard Kuper, Das Wedeler Kraftwerk der HEW. In: Arbeitsgemeinschaft Wedeler Stadtgeschichte (Hg.): Beiträge zur Wedeler Stadtgeschichte. Band 6 (2004), S. 83–103, insbesondere S. 83ff.
406 Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 43 vom 22.10.1933, „1. Fortsetzung“.

(Einzel-)Gespräche mit politischem Hintergrund. Auch die heimliche Scham des Betriebsrats findet Erwähnung, ebenso wie die Zusammenkunft der Chauffeure, die den Tag begleiten und im nahegelegenen Gasthof untergebracht wurden.

Gegen Ende des Kapitels fasst der Erzähler die Situation wie folgt zusammen:

> Wie die nichtsahnenden Passagiere eines sinkenden Dampfers gastmahlten dergestalt die Eisernen Mannen im „Goldenen Ochsen", indes die Gewitterwolken am politischen Himmel höher und höher zogen. Sie sahen nichts, fühlten nichts, waren politisch blind geworden. Die Verkalkung ihrer Gehirne ließ unbefangene Blicke in die Gegenwart und Vergangenheit nicht mehr zu. Sie fühlten sich sicher, konnten nicht ahnen, daß sie einige Wochen später panikartig auseinanderstieben würden. Das Schicksal nahm seinen Lauf, die Tragikomödie konnte beginnen.[407]

Die moralische Verdorbenheit der Protagonisten wird durch eine kleine Episode nochmals deutlich hervorgehoben:

> Gasdirektor Block erhielt zum Abschied von Breitkopf ein Photo für seine erotische Sammlung, die er im Geldschrank verwahrte. Kenner behaupteten, er habe die denkbar beste erotische Sammlung. Für besonders gute und originelle Photographien zahlte er bereitwilligst hohe Preise. Eines Tages war sogar eine Dirne dreist bei ihm im Büro erschienen und hatte ihm eine neue Serie vorgelegt.[408]

Das Kapitel schließt mit der Heimkehr des Betriebsrats und einem Zwiegespräch mit seiner Frau.

3. Teil: Die schnellsegelnde Fregatte

Hervorstechend an Johannsens Text ist nicht allein die sarkastisch-bittere Darstellungsweise, mit der insbesondere die sozialdemokratischen Funktionsträger*innen charakterisiert werden. Auch die Vehemenz seiner antifeministischen Ausführungen ist erstaunlich. Dies zeigt sich besonders in Kapitel 3, das die Rückkehr der Reichstagsabgeordneten Lambach nach Berlin zum Thema hat.

Dort sucht sie am Abend den Landtagsabgeordneten Heilgang (mutmaßlich eine Referenz zu Ernst Heilmann) auf und beschwert sich über den Zustand der Partei. Dabei wird sie – Heilgangs Gedankengängen folgend – als „wildgewordene Fregatte" tituliert, die sich über die Immobilität der Partei beschwert, die „von lebenden Leichen, von Großvätern, die ihre Ruhe haben wollen" gelenkt werde.[409] Statt sie jedoch mit ihrem

407 Ebd.
408 Ebd.
409 Ebd., 8. Jg. Nr. 43 vom 22.10.1933, „Die schnellsegelnde Fregatte".

Anliegen nach einer personellen Verjüngung zu unterstützen, rät er ihr, sich den Kommunisten anzuschließen. Daraufhin wirft Lambach ihm vor, lediglich „ein Nutznießer der Partei“ zu sein.[410]

Anschließend telefoniert die Reichstagsabgeordnete Erna Lambach mehrfach, sucht ein von Genossen besuchtes Restaurant auf und fährt schließlich verzweifelt nach Hause, wo sie über ihre hoffnungslose Situation sinniert. Es folgen Passagen, in denen sich der Erzähler erst über Lambach, „ein armes, verunglücktes Weiblein“, das nichts vom „Liebesgetue“ und von eigenen Kindern hält und schließlich allgemein über die „weiblichen Offiziere im Lager der Eisernen Mannen“ echauffiert.[411] Danach wird die im „ganzen weibliche[] Haltung der Partei“ bemängelt, der „im tiefsten Grunde ein ganzer Mann, der mächtig genug war, um auf dem Parteiapparat zu spielen“ fehle.[412]

Sodann wird die Erzählung wieder auf Erna Lambach gelenkt, die ihren Ärger in einem Aufsatz Ausdruck verleiht, der den Titel „Zur Entwicklungsgeschichte der Bonzen“ trägt und von der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie handelte. Das Kapitel schließt mit dem Hinweis, dass auch sie noch Mitglied der Partei sei, da sie von dieser ernährt werde und von ihr abhängig sei.

4. Teil: Das Goldene Buch

Dieses Kapitel ist einer zweiteiligen Publikation gewidmet, die im Auftrag des Magistrats als „Prachtwerk“ erschienen ist, um „zu zeigen, wie ausgezeichnet die Geschicke der Stadt unter Führung der Eisernen Mannen gelenkt wurden“.[413] Hier liegt die Referenz in einem tatsächlich erschienenen Werk von Paul Theodor Hoffmann, das unter dem Titel „Neues Altona. 1919–1929. Zehn Jahre Aufbau einer deutschen Grossstadt“ in zwei Bänden mit insgesamt rund 1.300 Seiten publiziert wurde.[414]

Der Text beginnt damit, dass der Oberbürgermeister ein Beschwerdeschreiben über die Verschwendung städtischer Gelder für das zweibändige Werk erhält, das dieser direkt an den Verfasser Höflich (Referenz: Paul Theodor Hoffmann) weiterleitet. Höflich diktiert seiner Sekretärin daraufhin ein Antwortschreiben an den Kritiker, den er als

410 Ebd., Nr. 44 vom 29.10.1933, „2. Fortsetzung“.
411 Ebd.
412 Ebd.
413 Ebd., Nr. 44 vom 29.10.1933, „Das Goldene Buch“.
414 Hinweis von Hans-Peter Strenge.

einen „etwas wunderliche[n] Professor“ bezeichnet.[415] Dieser Professor wiederum erwähnt das besagte Buch „in einem Gespräch mit dem Gauleiter der Braunhemden und meinte, wenn er sich belustigen wolle, müsse er sich das Goldene Buch ansehen“.[416] Weitschweifig werden in den nachfolgenden Textpassagen ausführlich die „Eisernen Mannen“ und ihre liberale Politik sowie deren Buch, diese „gutgetarnte Reklame“ für den Oberbürgermeister, beanstandet. Der weitere Verlauf des Kapitels beschäftigt sich mit dem Besuch des oben erwähnten Gauleiters im städtischen Archiv, seiner ausführlichen Begutachtung des Buchs und der darin enthaltenen künstlerischen Zitate und Drucke, die teils en detail wiedergegeben werden. Offenkundig hatte der Erzähler dabei das zweibändige Werk von Paul Theodor Hoffmann vor Augen. Über dessen Inhalt amüsiert sich der NSDAP-Gauleiter köstlich, der wiederum vom Verfasser der Bände aus der Ferne besorgt beobachtet wird. Zwischenzeitlich ruft der Gauleiter auch einen Archivangestellten herbei, um über diverse Zweideutigkeiten in der Darstellung Auskunft zu erhalten. Von diesem erhält er den Hinweis auf ein weiteres Buch dieser Kategorie, zusammengestellt von Doktor Lorbeer, dem Leiter des Presseamtes. Hier besteht eine Referenz zu Matthäus Becker und seinem Buch von 1928 über „Die Stadt Altona“.[417]

Derweilen macht sich der stille Beobachter, der Verfasser des Werks, Gedanken um seine eigene Zukunft:

> Das Goldene Buch lag ihm schwer, allzu schwer im Kopf. Ach, es war eine böse Zeit, man konnte nicht mehr in „ruhiger Beschauung" leben, überall stieß man auf Politik und der drohende Sieg der Braunhemden belastete das akademische Gemüt. Was würde erst noch alles geschehen, wenn die Braunhemden eines Tages an die Macht kamen… War es nicht doch vielleicht richtiger, er beschaffte sich rechtzeitig ein Parteibuch der Braunhemden?[418]

5. Teil: Die Festung der Eisernen Mannen

Dieses Kapitel beginnt mit einer Aufzählung von „Festungswerke[n]“ der „Eisernen Mannen“: Jede Stadt hatte „ein Volkshaus“, ein „Parteibüro“, „Verkehrslokale“ und ein „Redaktionsgebäude“.[419] In größeren Städten gab es darüber hinaus Gewerkschaftsgebäude. Über die Ambivalenz, den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen und ihn

415 Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 44 vom 29.10.1933, „Das Goldene Buch“.
416 Ebd.
417 Hinweis von Hans-Peter Strenge.
418 Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 45 vom 05.11.1933, „3. Fortsetzung“.
419 Ebd., „Die Festung der Eisernen“.

zeitgleich zu hofieren, wird die Frage aufgeworfen, was eigentlich „die Eisernen Mannen zusammen[hielt]“.[420] Über den Vergleich mit einer politischen Religion gelangt der Erzähler schließlich zu folgender Aussage:

> Hielt wirklich nur der politische Glaube die Eisernen Mannen der großen Festung zusammen? Nein, nein! Dieser politische Glaube, diese sozialistische Weltanschauung war nur die Kuppel des Gebäudes und gleichsam eine sonntägliche Angelegenheit. Das Fundament und die alltäglichen Sehnsüchte waren höchst realer Art: es ging um Lohn und Brot, um die Sicherung des Erreichten, um den Schrebergarten, um die Besetzung möglichst vieler Posten, um die Soziale Fürsorge, um Sterbegeld, Fortschritt und Bekämpfung der Reaktion … Es ging um lauter kleinbürgerliche Sehnsüchte; man wollte es besser haben, wollte die Löhne sichern, wollte Gerechtigkeit, Menschlichkeit und keine Ausbeutung. Ein Spatz in der Hand ist besser als eine Taube auf dem Dache. Das kleinbürgerliche Proletariat scharte sich um die Fahne der Eisernen Mannen.[421]

Es folgt eine Aufzählung von Funktionärsposten und eine Aufrechnung, wer alles von diesen Lohnzahlungen abhängig sei. Diese mündet in zahllosen Vorwürfen und einer düsteren Prognose:

> Für die genügende Anzahl Posten war man zu jeder überhaupt annehmbaren Konzession bereit. Das händlerische Feilschen formte sich zu der Politik des kleineren Uebels und wurde von den Schriftgelehrten der Partei unermüdlich den Parteischafen mundgerecht gemacht.
> […]
> Hier war die ideelle und selbst die materielle Korruption, gemischt mit idealistischen Phrasen für die Masse, zum Lebensstil erhoben worden!
> […]
> Aber am Horizont zogen sich die feindlichen Heere dichter und dichter zusammen, und die wenigen Feinfühligen und Aufrechten unter den Eisernen Mannen liefen mit schlechtem Gewissen herum, ahnten, daß das Maß lange voll war, suchten zu retten und zu verzögern, wollten in letzter Stunde Alarm blasen und das Ruder herumwerfen, doch die Herren, im Stab hofften gelassen auf eine „Klärung der Lage“ und damit auf ein Wunder. Das Wunder kam, nämlich das Ende der Eisernen Mannen.[422]

6. Teil: Die fordernden Toten

In diesem äußerst kurz gehaltenen Kapitel beschreibt der Erzähler das Erscheinen und Verschwinden einer geisterhaften Figur an einem nebeligen Wintertag des Jahres 1933: Es handelt sich „um das Spukbild eines Gefallenen, der Schatten eines Toten – jener Toten, die die ihr Leben geopfert hatten für den Aufbau des Sozialismus, die Neunzehnhundertundachtzehn, teils nach vierjährigem Frontkampf, gefallen waren

420 Ebd.
421 Ebd.
422 Ebd., Nr. 46 vom 12.11.1933, „4. Fortsetzung“.

für den kommenden Staat der Arbeiter und Bauern“.[423] Der Erzähler nimmt dabei Rekurs auf die Hoffnungen, die die Revolution 1918/19 in der Bevölkerung geweckt hatte, und kontrastiert sie mit der Situation der Erwerbslosen im Jahr 1933, dem zersplitterten Parteiensystem und dem korrumpierten Handeln der „Führer[] aus den Revolutionstagen“.[424] In seinem Urteil wird der Erzähler einmal mehr deutlich:

> Ihre Toten hatten sie verraten, diese Männer der Eisernen Front, diese Volksbeglücker, die noch immer ihre Anhänger mit einer Flut von Schlagworten betäubten, die in den Parlamenten zu allen wohlfeilen politischen Geschäften die Hand reichten, die sich zu einem besonderen Menschenschlag entwickelt hatten, einem Menschenschlag, den der Volksmund „Bonzen“ nannte....[425]

7. Teil: Der erste Schlag

Dieses Kapitel handelt vom 30. Januar 1933, dem Tag als Adolf Hitler – der im Roman allerdings nur selten namentlich genannt wird – zum Reichskanzler ernannt wurde. Die Handlung spielt im Presseamt, wo Frida Schmidt, die Sekretärin von Doktor Lorbeer, von der Ernennung erfährt und die Nachricht weiterträgt. Einleitend wird sie – die „hysterische Bohnenstange“ Schmidt – ebenso wie ein weiterer Mitarbeiter des Amts – ihr „Sklave [...] Hein Meierlein“, ein passionierter Radiobastler – in überaus abfälliger Weise ausführlich charakterisiert.[426]

Die von Frieda Schmidt verbreitete Meldung erreicht alsbald die Regierungsvertreter: Der Oberbürgermeister, Doktor Saum, Senator Breitkopf, Doktor Lorbeer, ein Baurat und der stellvertretende Bürgermeister versammeln sich und beraten über die gegenwärtige Lage. Dazu der Erzähler:

> Ihre Naivität war erstaunlich und nur zu erklären mit ihrer Vorstellung, daß die Männer der neuen Regierung nicht wagen würden, ganze Arbeit zu tun.
> Nur Doktor Lorbeer fühlte, daß dem ersten Schlag des Ungewitters weitere Schläge folgen müßten, daß es Diesmal um mehr ging als um den gewohnten Streit der Parteien.[427]

Kurz darauf richtet sich der Blick nach Berlin:

> In der Hauptstadt jubelten Hunderttausende ihrem Führer zu. Singend und begeistert winkend zogen sie in endlosen Scharen ihm vorüber. Es war eine Kundgebung, wie sie die Hauptstadt noch nicht erlebt hatte. Ein Meer von Fackeln rötete den Himmel. Nach unvergleichlichem Aufstieg stand der Führer der Braunhemden ergriffen am Fenster und grüßte unermüdlich die vor Begeisterung Trunkenen. Musikkapelle auf Musikkapelle zog vorüber und über den

423 Ebd., „Die fordernden Toten“.
424 Ebd.
425 Ebd.
426 Ebd., „Der erste Schlag“.
427 Ebd., Nr. 47 vom 19.11.1933, „5. Fortsetzung“.

> Rundfunk hörte ganz Deutschland mit. Greise weinten vor Freude, und Frauen hoben ihre Kinder hoch und die bei den täglichen Zusammenstößen verwundeten Braunhemden marschierten auf ihre Kameraden gestützt im Zuge mit. Das Deutschland-Lied, das Horst-Wessel-Lied, die Heilrufe und die Militärmärsche klangen zusammen, brandeten durch die Straßen und empor zum Führer, dem die Presse der Eisernen immer wieder zu beweisen versucht hatte, daß das Dritte Reich niemals kommen werde. Das erste Ziel der Braunhemden war erreicht, ihr Führer war Reichskanzler geworden der zweite Akt, das Ende der Eisernen Mannen, konnte beginnen. Indes sie spotteten, wurde ihr Untergang vorbereitet![428]

Es folgt eine kurze Darstellung, wie der Oberbürgermeister, Parteisekretär Himmelmann und das Ehepaar Breitkopf am Radio den Ereignissen in Berlin lauschen und sich über die überschwängliche Berichterstattung des vermeintlich unpolitischen Rundfunks auslassen. Unterdessen stört Hein Meierlein mit einer Spezialschaltung die Rundfunkübertragung in seinem Wohngebiet. Der Störsender wird entdeckt und Meierlein als Verursacher verhaftet.

8. Teil: Der zweite Schlag

Dieser Teil spielt in der Zeitungsredaktion der sozialdemokratischen „Volksstimme". Der Mitarbeiter Karl Lerch („Spitzbart"), ein Senator außer Dienst, wird vorgestellt. Ausführlich werden seine politische Karriere sowie die Beziehung zu seiner Frau Frieda abfällig beschrieben, indem sie im Text wiederholt mit dem Kosenamen „Mutter" angesprochen wird. Als in seiner Redaktionsstube ein Schriftsteller, ein sogenannter „Arbeiterdichter", erscheint und um die Rückgabe eines vor langer Zeit eingesandten Manuskripts bittet, kommt es zum Streit. Nach dem Verschwinden des Schriftstellers tritt Lerch auf den politischen Redakteur Baruch, der ihn darüber informiert, dass die „Volksstimme" für die nächsten 14 Tage verboten werde. Nach dem ersten Schock, der wie „die Erschütterung eines Wespennestes" wirkt, setzt in der Redaktion bald wieder Zuversicht ein.[429] Teils wird die Hoffnung geäußert, das Verbot könne auch als Reklame für die Zeitung genutzt werden. Doch der Erzähler ordnet dieses Verhalten ein:

> Das Nest beruhigte sich, die Redaktionswanzen verbreiteten Optimismus. Sie benahmen sich wie Schiffbrüchige, die es ängstlich vermeiden, die schlimmen Möglichkeiten der Zukunft zu besprechen. Sie wollten um jeden Preis der Vernichtung entgehen, und ihre Hoffnungen waren in der primitivsten Weise die Väter ihrer Gedanken.[430]

428 Ebd.
429 Ebd., „Der zweite Schlag".
430 Ebd.

Im nächsten Absatz wird auf eine zwei Tage später stattfindende geheime Versammlung im Volkshaus hingewiesen. Ohne diese eingehender zu beschreiben, folgt zunächst eine ausführliche Situationseinschätzung, die sich im Wesentlichen auf die Sozialdemokratie fokussiert:

> Das Trommelfeuer der Regierung auf die Eisernen nahm von Tag zu Tag zu; die Demokratie lag in den letzten Zügen, ging an der demokratischen Krankheit zu Grunde. Die entscheidenden Sturmtruppen der Feinde des Parlamentarismus bezogen bereits die Ausgangsstellungen. Mit den Kommunisten sich zu verbinden, war den Führern der Eisernen schlechterdings unmöglich; die Kommunisten mußten diesen sozialistischen Kleinbürgern" weiterhin Todfeinde sein, denn bei einer echten Einheitsfront wären sie in kurzer Zeit von den Kommunisten aufgefressen worden. Der Zweifrontenkrieg mußte auf die Dauer zu einer kläglichen Niederlage führen. [...] Die Lage der Partei war hoffnungslos; sie konnte bestenfalls nur noch in Schönheit sterben, aber selbst dies war unwahrscheinlich. Obgleich alle Funktionäre dumpf fühlten, daß es keinen Ausweg gab, wenn der Gegner entschlossen zum Generalangriff schritt, hofften und harrten und redeten sie sich über die entscheidenden Stunden hin; belogen sie sich gegenseitig, hofften sie auf ein Wunder, beteten sie um entscheidende Fehler auf Seiten der Gegner, die einstweilen noch innerhalb der kläglichen Reste der Demokratie arbeiteten und gerade darum überaus stark waren. Die Demokratie gab sich selber den Todesstoß; mit demokratischen Mitteln wurden die Verteidiger der Demokratie sturmreif gemacht. [...]
> Noch einmal sollte gewählt werden, noch einmal sollte der ,,Geist von Weimar" eine Chance erhalten, zugleich aber wurde von den neuen Männern der Regierung erklärt, daß sie keineswegs zurücktreten würden, wenn die nationale Erhebung wider Erwarten keine einundfünfzig Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten sollte. Das war ein Wink, der an Deutlichkeit wahrhaftig nichts zu wünschen übrig ließ; er hätte wie ein Alarmschuß im Lager der Eisernen Mannen wirken müssen, aber die Braven räsonierten, statt die Schlußfolgerung zu ziehen und selber ihre berühmte Eiserne Front marschieren zu lassen. Sie hatten Angst vor dem Bürgerkrieg, Angst um den Bestand der Gewerkschaften, Angst vor allem vor den Kommunisten und „radikalen Elementen".[431]

Es folgt ein Bericht über die geheime Versammlung, die anlässlich des Verbots der „Volksstimme“ anberaumt worden war, sich aber im Wesentlichen mit der gegenwärtigen politischen Lage beschäftigt.[432] In Anwesenheit des Oberbürgermeisters und seiner „Trabanten“ ergreift zunächst der politische Redakteur Baruch das Wort, der mit Verweis auf das faschistische Italien seiner Befürchtung Ausdruck verleiht, dass im Falle eines Wahlsieges der „nationale[n] Konzentration [...] eine Diktatur“ die eigene Organisation bald zerstören werde.[433] Dafür erntet er scharfe Kritik. Zunächst wider-

431 Ebd.
432 Ab hier ebd., Nr. 48 vom 26.11.1933, „6. Fortsetzung“.
433 Ebd.

spricht der Oberbürgermeister, dessen Hoffnungen auf den unterschiedlichen Gegnern der Braunhemden ruhen. Er vertraut darauf, dass bald auch „die neue Regierung abgewirtschaftet“ haben werde.[434] Ihm folgt Breitkopf, der ergänzt, dass es sich nicht lohnen würde, „einen Bürgerkrieg zu riskieren“.[435] Auch der „Gewerkschaftler Wohlgemut“ ergreift das Wort in diesem Sinne und spricht sich vehement gegen einen Generalstreik aus. Der Erzähler summiert:

> Mit solchen liberalistischen Redereien verbrachten die Eisernen Mannen im ganzen Reich ihre letzten Tage. Ueberall wurden die gleichen Melodien geblasen […] Daß die Bildung der Eisernen Front damit zu einem Verrat an der Arbeiterschaft wurde, erwähnten sie selbstverständlich nicht. Plötzlich zu erklären, die Eiserne Front sei ein Scheingebilde, war schlechterdings nicht mehr möglich.[436]

Baruch allerdings ist mit dem Tenor der Versammlung nicht einverstanden. Zu Hause angekommen äußert er gegenüber seiner Frau:

> Ich habe eine feine Nase für die Zukunft. Die halten die Braunen für Idioten, sie werden sich schwer wundern. Vergiß nicht, daß wir Juden sind, und als solche höchstwahrscheinlich scharf vorgenommen werden.[437]

Der Mutmaßung seiner Ehefrau, dass „der Antisemitismus der Braunhemden bloß eine theoretische Angelegenheit sei“, mag er sich nicht anschließen.[438] Vielmehr werden Schreibtisch und Büroschrank „gesäubert“.[439] Baruch verbrennt zahlreiche Dokumente und macht sich und seine Ehefrau mit dem Gedanken vertraut, nach Paris zu fliehen.

9. Teil: Trommelfeuer

In diesem Kapitel werden die immer einschneidenderen Maßnahmen plastisch beschrieben, durch die die Pressebetriebe der „Eisernen Mannen“ vor den anstehenden Reichstagswahlen eingeschränkt werden und wie sich immer größere Bevölkerungskreise von ihnen distanzieren.[440] Angesichts der Stimmungslage kommentiert der Erzähler ausführlich:

> Die Regierung war derart stark, daß sie ihr Trommelfeuer schon jetzt hätte einstellen und die Uebergabe der Festung ohne Wahlschlacht fordern können, aber sie hielt sich ironisch an die Reste der demokratischen Spielregeln […]. Auf der

434 Ebd.
435 Ebd.
436 Ebd.
437 Ebd.
438 Ebd.
439 Ebd.
440 Ebd., „Trommelfeuer“.

> einen Seite standen die Träger des liberalen Denkens, wozu vor allem die Eisernen Mannen gehörten, und ihr revolutionärer Anhang, nämlich die Kommunisten, denn auch die deutschen Kommunisten waren völlig liberalistisch verseucht, und gleichsam nur die negative Seite. Auf der anderen Seite standen vor allem die Braunhemden, die Schluß machen wollten mit einer Demokratie, die nicht sterben und nicht leben konnte. Sie hatten die Jugend, den Mut, die Sympathie aller Bürger, die das Verhalten der Eisernen Mannen satt hatten, auf ihrer Seite. Einen ritterlicheren Gegner als diese Bewegung, die der Demokratie mit dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht noch eine Chance gab, konnten die Eisernen Mannen schlechterdings nicht verlangen.

Es folgen weitere Phrasen über die „[j]ämmerlich" wirkenden letzten Maßnahmen der „Eisernen" vor dem Wahltag.[441]

[Der übrige Teil des Kapitels konnte bisher nicht recherchiert/eingesehen werden.]

10. Teil: Das Spiel ist aus

[Der Text dieses Kapitels konnte bisher nicht recherchiert/eingesehen werden.]

11. Teil: Rette sich, wer kann!

[Der Text dieses Kapitels konnte nicht vollständig recherchiert/eingesehen werden.]

Auch dieses Kapitel beschäftigt sich mit der Situation des Redakteurs Karl Lerch, der sich nach dem Verbot der sozialdemokratischen „Volksstimme" neu zu orientieren versucht. Bei der Lektüre des auflagenstarken „Generalanzeigers" echauffiert er sich darüber, dass „das demokratische Blatt […] zwischen zwei Ausgaben die Farbe gewechselt" habe und nun als „regierungstreues stramm ‚nationales' Blatt" erscheint.[442] Empört darüber, dass „sie einfach die alte demokratische Fahne einzogen und das Hakenkreuz hißten" und selbst ehemalige Mitarbeiter der „Volksstimme" jetzt „nationale Töne" beim „Generalanzeiger" anschlugen, sucht er das Gespräch mit dem befreundeten politischen Redakteur Michelsen.[443] Dieser kontert die Kritik von Lerch:

> Sie können lachen, denn Ihr Laden ist zu und wird auch geschlossen bleiben. Hätte man Ihnen aber Bedingungen gestellt, zum Beispiel: Weiterarbeit unter Zensur, so hätten Sie fein gekuscht, oder etwa nicht? Redens doch nicht. Hat die Sozialdemokratie nicht immer gekuscht, hat sie in solchen Situationen nicht immer das kleinere Uebel gewählt? Tschä, tschbä. Mit dem kleineren Uebel ist es jetzt vorbei, damit habt Ihr euch zu Grunde gerichtet.[444]

441 Ebd.
442 Ebd., Nr. 51 vom 17.12.1933, „9. Fortsetzung".
443 Ebd.
444 Ebd.

Wo auch immer sich Lerch über den nun einsetzenden Opportunismus beschwert, stößt er auf Unverständnis. Ein Theater- und Radiokritiker, auf den er in der Redaktion des „Generalanzeigers“ trifft, war gerade aus der Partei ausgetreten. Leise Hoffnungen auf eine Besserung der Lage entkräftete Michelsen mühelos. Lerchs vorsichtige Anfrage, ob er selbst vielleicht künftig beim „Generalanzeiger“ arbeiten könne, muss Michelsen angesichts der politischen Verhältnisse eine Absage erteilen.

Also begibt sich Lerch in der Hoffnung auf eine neue Beschäftigung zum Gewerkschaftshaus, wo er mitbekommt, wie zahlreiche Mitglieder ihre Austritte bekunden. Da Leitungsfunktionäre ohnehin nicht anwesend sind, sucht er ein Café auf, das üblicherweise von Redakteuren der Volksstimme besucht wird. Dort werden alternative Beschäftigungsoptionen sondiert und es wird über den „Deserteur“ Baruch geschimpft. Parteisekretär Himmelmann erscheint, berichtet über die zahllosen Parteiaustritte und wird zur allgemeinen politischen Lage befragt. Der Erzähler dazu:

> So saßen überall im Reich die Führer der Eisernen Mannen zusammen und besprachen geknickt die Ereignisse. Ihre Anhänger hatten das Warten aufgegeben; sie sahen ein, daß von ihren Führern keine Parolen zu erwarten waren und fügten sich in das Unvermeidliche.[445]

„Rette sich, wer kann!“ ist überall die Parole.[446] Unterdessen mangelt es dem „Parteibüro der Braunhemden“ an Formularen, „um die vielen Eintritte zu bewältigen und [man] erwog eine vorläufige Sperre“.[447] Doktor Lorbeer wiederum veröffentlicht einen Artikel im Amtsblatt, das seine Stellung als Presseamtsdirektor auch unter den neuen Machthabern sichern sollte. Aber dieses Vorhaben misslingt: Der zweite Bürgermeister der Stadt ist noch im Amt und entlässt Lorbeer – eine Episode übrigens, die sich so in Altona tatsächlich zutrug: Dort wurde Pressesprecher Becker vom Zweiten Bürgermeister Ebert wegen dessen Artikel „Hakenkreuz über Altona“ im Amtsblatt entlassen.[448]

Weiterhin echauffiert sich der Erzähler:

> Rette sich, wer kann! Rette sich, wer kann! Das war die große Parole dieser Tage. Der Kampf um die Rettungsboote belustigte den Sieger; so feige, so ohne Würde und ohne Rückgrat, so schamlos und unmännlich hatte er sich seine Gegner nicht vorgestellt. Einige Zeitungen schrieben, das Benehmen der Besiegten sei so erbärmlich, daß die nationale Front sich fast schäme, solche Gegner gehabt zu haben.

445 Ebd.
446 Ebd.
447 Ebd.
448 Hinweis von Hans-Peter Strenge.

> Der Oberbürgermeister fuhr mit kleinem Gepäck nach Thüringen, er wollte zurückkehren, wenn sich die „Gemüter wieder einigermaßen beruhigt“ hätten. Hätte er gewußt, daß die „Gemüter“ nicht daran dachten, sich den Eisernen Mannen und Kommunisten gegenüber zu beruhigen, so hätte er seine Abreise sorgfältiger vorbereitet, denn aus seiner kleinen Reise wurde bald eine Flucht und zuletzt eine Ueberschreitung der Grenze bei Nacht und Nebel.[449]

Es folgt eine Darstellung unterschiedlicher Institutionen und Einrichtungen und wie sie sich mit den neuen Machthabern arrangieren, ehe der Erzähler abermals die Sozialdemokratie fokussiert:

> Und was tat der Stab der Eisernen Mannen? Ging er mit dem sinkenden Schiff unter? Wählte er den Freitod? Wollte er illegal weiterarbeiten? Nichts von alledem: einige Generäle flohen über die Grenze, der Rest wollte mithelfen am Aufbau des Deutschen Reiches und meinte, daß eine fachliche Kritik doch nur förderlich sein könnte. Sie wurden weder für ihre politische Blindheit, noch für ihre jämmerliche Haltung dem Sieger gegenüber, bestraft. Man ließ sie frei herumlaufen und lachte über ihre museumsreifen Weisheiten. […] „Der Bart ist ab,“ lachten die jungen Braunhemden - ein geflügeltes Wort, das zu benutzen sie nunmehr täglich Gelegenheit hatten, denn mit der Verhaftung oder Schutzhaft endete überall so manche schöne politische Laufbahn. […]
> Die wirklich geistigen Feinde der Braunhemden waren allerdings durch das Trommelfeuer nicht vernichtet worden; sie zu erfassen, sagte der Reichskanzler, sei eine der nächsten großen Aufgaben. Da diesem Geist keine Verleger mehr zur Verfügung standen, wurde er zu einer privaten, unterirdischen Angelegenheit. Zuletzt muß auch der tapferste Geist seinen Geist aufgeben, wenn der Magen nicht das Seine erhält. […]
> Vorderhand hatte der Ruf: „Rette sich, wer kann!“ auch für die Schreibmaschinen der nicht reichen Geistigen seine Gültigkeit, denn man muß satt sein, um philosophieren zu können. Einige retteten sich ins Nichts; sie brachten sich und damit ihren Geist um. Es waren die einzigen Helden im Lager der Besiegten.[450]

Mit diesen kruden Worten über den widerständigen Geist der Intellektualität endet das 11. Kapitel.

<u>12. Teil: Stadtkoffer auf Reisen</u>

Bei diesem Text handelt es sich um das mit Abstand ausführlichste Kapitel, dessen Veröffentlichung in der „Funk-Wacht“ sich über insgesamt vier Ausgaben erstreckte. Die Handlung beginnt in Senator (inzwischen a.D.) Breitkopfs Wohnung, der zufälligerweise zwei Kriminalbeamte beobachtet, die auf sein Zuhause zusteuern, um ihn zu verhaften. Er flüchtet mit dem Stadtkoffer seiner Frau mit dem Zug nach Hamburg.

449 Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 51 vom 17.12.1933, „9. Fortsetzung“.
450 Ebd.

Von dort telegrafiert er an Karl Lerch, um sich mit ihm um Mitternacht in der Bahnhofshalle zu verabreden. Im Wartesaal trinkt er vier Bier, eher er beschließt, sich telefonisch bei Hamburger Genossen zu melden. Dann entscheidet er sich jedoch dagegen, als ihm die Einsicht kommt, dass die Leitungen womöglich überwacht werden.[451]
Breitkopfs Versuch, „zunächst einmal vorsichtig Genossen Wohlgemut anzurufen", scheitert.[452] Zurück im Wartesaal stattet er sich mit einem „Völkischen Beobachter", dem Parteiorgan der NSDAP, aus und wartet auf seine mitternächtliche Verabredung. Ein Sitznachbar, den er für einen Kriminalbeamten hält, macht ihn jedoch so nervös, dass er überstürzt flieht. Er sucht das Gewerkschaftshaus auf, wo ihm von Gerüchten berichtet wird, das Haus werde noch am Abend von Braunhemden besetzt. Voller Schrecken verlässt Breitkopf auch diesen Ort und beschließt, am Ufer der Alster spazieren zu gehen. Dort findet ein „elegant gekleidetes Mädchen" seine Aufmerksamkeit.[453] Nach einem kurzen gemeinsamen Spaziergang beschließen sie, eine Tasse Kaffee miteinander zu trinken. „Lorchen", wie sich die Dame vorstellt, die Breitkopf für die „abenteuerlustige Tochter eines Großkaufmanns" hält, entscheidet sich jedoch für Sekt. Als die Situation in der Nische des Lokals immer intimer wird, erkennt Breitkopf, dass Lorchen keine „Patriziertochter", sondern „eine elegant gekleidete Straßendirne" ist, die ihm ihre Dienste anbietet. Überstürzt flüchtet er Richtung Bahnhof, wo er sich für die Mitternachtsstunde verabredet hat.
In der Bahnhofshalle trifft er auf Karl Lerch und Erna Lambach, die ebenfalls von dem Treffen erfahren hatte und inzwischen steckbrieflich gesucht wird. In einer kleinen Wirtschaft tauschen die Drei Informationen aus, ehe sie ein Hotel aufsuchen, um dort zu übernachten. Am nächsten Morgen überqueren sie die Elbe „zum nächsten Industriestädtchen", wo sie den „politischen Redakteur einer Parteizeitung" besuchen.[454] Dieser packt gerade seine Koffer, um nach Belgien zu flüchten. Er verweist die Ratsuchenden an den „Feuilletonredakteur Asmussen", der sich auf eine Zukunft als Bäcker vorbereitet. Auf der Straße treffen sie Jakob Tiessen, einen „Arbeiter-Dichter", der von Asmussen den Auftrag erhält, „die auswärtigen Genossen bei dem schönen

451 Ebd., Stadtkoffer auf Reisen". An dieser Stelle endet der Fortsetzungsroman, der in der nächsten Ausgabe der Funk-Wacht fortgesetzt wurde.
452 Ebd., Nr. 52 vom 24.12.1933, „10. Fortsetzung".
453 Ebd.
454 Ebd.

Wetter in den Wald [zu] führen und heute Abend wieder mit ihnen in Hamburg [zu] sein".[455] Dort will er sich mit ihnen im „Stadtkaffee" treffen.

Im Zuge der weiteren Darstellung wird auch der Dichter ausführlich charakterisiert und dabei das Verhältnis der Partei zu Kunst und Kultur in kritischen Worten beschrieben. Dazu der Erzähler:

> Hier zeigte es sich am deutlichsten, daß hinter den Eisernen Mannen keine eigene geistige Bewegung stand. Tiessen hatte jahrelang seine Erzeugnisse in der Presse der Eisernen abgesetzt, jetzt war auch für ihn der Brotkorb höher gehängt worden, und das Signal „Rette sich wer kann!" beunruhigte auch diesen Dichter, der immer treu zu den Eisernen gehalten hatte [...] Andere konnten sich mit einem Federstrich „umstellen", ihm war das verwehrt; er mußte froh sein, daß er überhaupt noch frei herumlaufen durfte [...] [D]ie Braunhemden sahen den Ueberläufern auf die Finger und siebten besonders die langjährigen marxistischen „Idealisten" aus. Das war dringend notwendig, denn sonst hätten sie in wenigen Wochen dreiviertel aller marxistischen „Idealisten" als stellungssüchtige Genossen in ihren eigenen Reihen gehabt. Die Idealisten wollten zwar fast alle nichts mehr von ihrem Idealismus wissen, aber das half Ihnen nichts: man brachte ihnen zwangsläufig ein wenig Rückgrat und Würde bei.[456]

Darauf folgt eine längere Passage, die von dem Spaziergang der vierköpfigen Gruppe durch den Wald handelt und von ihren Diskussionen darüber, ob der „Lauf der Geschichte" durch „Ideen" oder von „Menschen" gelenkt werde.[457] Ausführlich wird darin die „praktische Ausnutzung der Partei hinsichtlich der Posten und der Lohntüte" beanstandet und die „Wut über die Jämmerlichkeit der sogenannten alten Garde, die in den entscheidenden Stunden die Köpfe weise wiegte und vor lauter Taktik nicht mehr ein und aus wußten" thematisiert.[458] Auch über diese Episode echauffiert sich der Erzähler, indem er die Diskussionskultur der „Eisernen" kritisiert und gleichzeitig ihre Leidenschaftslosigkeit beklagt.

Der Spaziergang führt über einen Zwischenstopp in einem Gasthaus nach Hamburg, wo Asmussen mit dem „Gewerkschafter Wohlgemut" im „Stadtkaffee" die Gruppe erwartet. Dort erreicht die beiden Herren die Nachricht, dass der flüchtige Oberbürgermeister „in Begleitung des Landrat Meier aus Lauenwerder" ebenfalls bald erscheinen werde.[459] Sie besprechen, ihn ebenso wie Breitkopf und Erna Lambach über die Grenze beziehungsweise nach Dänemark zu bringen. Auch die Zukunft der Gewerkschaften wird thematisiert, ehe die vierköpfige Gruppe aus dem Wald im Café eintrifft. Alsbald

455 Ebd.
456 Ebd.
457 Ebd., 8./9. Jg. Nr. 53/1 vom 31.12.1933, „11. Fortsetzung".
458 Ebd.
459 Ebd.

erscheinen hier auch der Oberbürgermeister und Landrat Meier in Begleitung. Dass der Oberbürgermeister zum Transport wichtiger Unterlagen ebenfalls einen Stadtkoffer benutzt, amüsiert Breitkopf sehr. Ausführlich wird in der größeren Runde nun über die gegenwärtige Situation und deren Ursachen gesprochen. Außerdem wird die Frage der Flucht thematisiert. Der Oberbürgermeister, Landrat Meier und Breitkopf plädieren für die Option, nach Dänemark zu gehen, während sich Lerch zunächst dagegen ausspricht, weil gegen ihn nichts vorliegt. Erna Lambach will im Verborgenen leben. Der Abend endet mit der Heimreise von Asmussen und des Dichters. Erna Lambach und Karl Lerch übernachten in einem Hotel, um am nächsten Tag nach Berlin zu fahren. Breitkopf, Meier, der Oberbürgermeister und dessen Frau werden „bei zuverlässigen Genossen" untergebracht.[460]

Der nächste Abschnitt beginnt mit Gasdirektor Blocks Schicksal. Während bei der Durchsuchung seines Büros „zotige[] Bilder[]" im Geldschrank aufgefunden werden, sitzt dieser mit Doktor Saum, dem gerade entlassenen ehemaligen Leiter der Wohlfahrt, in einem Berliner Restaurant:

> Saum war ohne jede Entschädigung fristlos entlassen worden und hatte Block nach Berlin begleitet. Sie hatten eingesehen, daß es kindlich war, sich noch irgendwelche Hoffnungen zu machen. In Berlin wehte ein noch schärferer Wind als in den heimatlichen Gefilden, auch war die Auflösung der Partei hier schon viel weiter fortgeschritten als in der Provinz. Sie saßen mit einem Großkaufmann, einem alten Demokraten in einem Winkel des Lokals und betranken sich. Alles war gleich, nur nicht an den nächsten Tag denken, nur noch einmal wieder unbeschwert lachen können…[461]

Der letzte Teil des Kapitels handelt vom Schicksal der beiden Protagonisten.[462] Während sie sich immer weiter betrinken, suchen sie Entschuldigungen und Rechtfertigungen für ihre aktuelle Situation. Dabei fließen in den Text immer wieder Vorwürfe gegen vermeintliche Amtsvergehen ein, die beide im Zwiegespräch zu entkräften suchen. Im Anschluss übernachten sie in einem Hotel, wo Block am Morgen völlig verkatert erwacht und sich suizidiert. Dort wird er einige Zeit später von Saum aufgefunden. Schockiert von dieser Tat sucht Saum seinen Bruder auf, der „seit Jahren in den Reihen der Braunhemden stand", und bittet ihn um Versöhnung und eine Anstellung. Damit endete das Kapitel:

> Der Bruder reichte ihm die Hand. Aus dem ehemaligen Leiter der Wohlfahrt, Doktor Saum, wurde ein kleiner fleißiger Angestellter, der gewillt war, um des

460 Ebd.
461 Ebd.
462 Dieser Teil des Romans in: Ebd., 9. Jg. Nr. 2 vom 07.01.1934, „12. Fortsetzung".

> Lebens willen, den Geist der Braunhemden in sich aufzunehmen was ihm nicht gerade leicht fiel.[463]

13. Teil: Triumph des Sieges

Auch dieses Kapitel ist ungewöhnlich lang. Es erstreckt sich allerdings nur über zwei Ausgaben der „Funk-Wacht". Dabei wird zunächst die gescheiterte Flucht von Meier, von Breitkopf und die des Oberbürgermeisters geschildert: Da Breitkopf seine Ehefrau noch einmal sehen will und auch die Frau des Oberbürgermeisters skeptisch bleibt, entschließt sich der Bürgermeister schließlich zur Flucht nach Österreich. Breitkopf will zwei Tage später nachkommen, wird aber auf dem Heimweg zu seiner Gattin von einem Hilfspolizisten, einem ehemaligen Genossen, verhaftet. Als er zu fliehen versucht, schlägt dieser ihn mit einem Gummiknüppel nieder. Von den anwesenden Passanten erntet er lediglich Hohn und Spott.

Unterdessen kommt der Oberbürgermeister in Wien an. Erna Lambach und Karl Lerch wiederum suchen in Berlin den Genossen Heilgang auf, der seinen Optimismus gänzlich aufgegeben hat und nun gleichgültig „Trübsal" bläst.[464] Sie überzeugen ihn, am folgenden Tag mit nach Potsdam zu kommen, um sich „mal den nationalen Rummel anzusehen".[465] Gemeint waren damit die Feierlichkeiten im Rahmen des Staatsaktes in der Garnisonskirche anlässlich der Eröffnung des neu gewählten Reichstags, als Reichspräsident Paul von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler am 21. März 1933 aufeinandertrafen. Später sollte dieses Ereignis als „Tag von Potsdam" bekannt werden.[466] In Potsdam kommt die kleine Gruppe bei einem Bekannten von Heilgang unter, wo sie den Aufzug der Menschenmenge von einem Balkon aus verfolgen können. Um nicht aufzufallen, sehen sie sich genötigt, von dem mit schwarz-weiß-roten Fahnen geflaggten Balkon aus ebenfalls ihren Arm zum Gruß zu erheben. Später versammeln sie sich um einen Radioapparat, um der Regierungsansprache des Reichskanzlers zu lauschen, bis Lerch das Gerät ausschaltet, da er es nicht mehr erträgt. Im Anschluss entbrennt eine Diskussion über den Erfolg und die Macht des neuen Reichskanzlers

463 Ebd.
464 Ebd., „Triumph des Sieges".
465 Ebd.
466 Im Fortsetzungsroman werden diese Geschehnisse ausführlich dargestellt. Parallelen zu den historischen Geschehnissen lassen sich ausmachen. Allerdings entsprechen sie nicht immer den Tatsachen. So hat, anders als im Fortsetzungsroman angedeutet, die SPD-Fraktion nicht an dem Aufmarsch teilgenommen. Vgl. hierzu auch die Ausführungen von Strenge.

und die Frage, wie es so weit kommen konnte.[467] In deren Verlauf verstirbt der Gastgeber, ein pensionierter Gewerkschafter, an einem Herzschlag.

Es folgt in der Darstellung ein ausführlicher Bericht über die erste Zusammenkunft des neuen Reichstags. Auch diese Sitzung vom 23. März 1933, in der der Reichstag mit dem sogenannten „Ermächtigungsgesetz" seiner eigenen Entmachtung zustimmte, hat tatsächlich stattgefunden. Im Fortsetzungsroman wird unter anderem beschrieben, wie ein Antrag des Genossen Vogel auf Entlassung der inhaftierten sozialdemokratischen Abgeordneten an einen Ausschuss verwiesen und am Folgetag mit dem Hinweis, dass es „für die Verhafteten besser sei, wenn man sie des Schutzes nicht beraube" kommentiert wurde.[468] Nach einer Rede des Reichskanzlers folgte eine Gegenrede des Genossen Wels, die wiederum vom Reichskanzler und danach vom Erzähler kommentiert wird. Dazu im Roman:

> Die Eisernen Mannen erhielten durch den Reichskanzler eine Abfuhr über die nur ihre unentwegten Anhänger nicht entzückt waren. „Spät kommt ihr, doch ihr kommt", begann er und die Braunhemden klatschten begeistert. Eine Ohrfeige nach der anderen verabreichte der Reichskanzler den still auf ihren Plätzen sitzenden Eisernen. Sie mußten mit anhören wie er rief: „An ihren Früchten soll man sie erkennen, und die Früchte zeugen gegen Sie. Wenn das Deutschland, das Sie in vierzehn Jahren zeugten, das Spiegelbild Ihres sozialistischen Wollens ist, dann geben Sie uns gefälligst vier Jahre Zeit, um Ihnen das Spiegelbild unseres Wollens vorzuzeigen. Wir hätten nicht nötig gehabt zu einer Wahl zu schreiten, noch diesen Reichstag heute einzuberufen. Den Mut, uns auch anders mit Ihnen auseinander zu setzen, den hätten wir wahrhaftigen Gottes gehabt"
> Als einige Eiserne gegen Schluß der Rede laut zu murren wagten, rief ihnen der Reichstagspräsident energisch zu: „Ich bitte um Ruhe, jetzt rechnet der Kanzler ab!" Sie kuschten sich wie Hunde, verließen nicht das Haus, tranken den bitteren Kelch dieser Stunde bis zum letzten Tropfen aus und fühlten sich nicht einmal blamiert. Ganz Deutschland lachte über sie und der Rundfunk verbreitete die Rede des Reichskanzlers wiederholt über alle Sender. Nicht nur die Macht hatten sie verloren, sondern auch Ehre, Würde und Ansehen. Sie verstanden es nicht einmal, sich einen guten Abgang zu verschaffen. Daß es sich um Männer handelte, war allen aufrechten Männern unbegreiflich.
> Der Triumpf des Sieges der Braunhemden wurde durch nichts getrübt; ihr diszipliniertes Vorgehen konnte den Ausländer glauben lassen, es geschehe nichts, aber Tag für Tag befestigte die Braune Armee ihre Macht mehr. Ein Stützpunkt nach dem anderen wurde erobert und wo immer sie fordernd erschien, nirgends stieß sie auf Widerstand. Ueberall kroch man in einer Art zu Kreuze, die niemand verlangte, niemand erwartet hatte.[469]

467 Ab hier Funk-Wacht, 9. Jg. Nr. 3 vom 14.01.1934, „13. Fortsetzung".
468 Ebd.
469 Ebd.

Im weiteren Verlauf des Kapitels wird auf Erna Lambach und Karl Lerch Bezug genommen, die „auf ihrer ziellosen und sinnlosen Umherreiserei in Lauenwerder“ absteigen.[470] Es folgt eine Schilderung von Breitkopfs Schicksal in der Untersuchungshaft, wobei er als wehleidiger und nörgelnder Gefangener dargestellt wird. Ausführlich werden auch seine Gedankengänge wiedergegeben, in denen er Vorwürfe gegen sich wegen Bestechlichkeit und die Verausgabung staatlicher Gelder für den Theaterbetrieb reflektiert:

> Ein anderer wäre nicht in seine Lage gekommen, weil ihm das Theater und die ganze Kunst Angelegenheit anderer gewesen wäre. Sie hätten den Leiter des Theaters nicht immer wieder vor der Pleite gerettet, sie hätten sich auch kein Geld schenken lassen. Sie wären auf diesem Gebiet gefeit gewesen. Wie erbärmlich war doch dieser Mann, den er so gestützt und dem er immer wieder geholfen hatte, und der nun seine Ausplauderei selber büßen mußte. Er über legte, ob er dies alles dem Richter später erzählen sollte. Nein, nein. Die Außenstehenden würden doch nur darüber lachen und sagen: Bestechung ist Bestechung. „Vor dem Gesetz bin ich schuldig“, sagte er leise. Nach dieser Einsicht überfiel ihn jäh der Schlaf; er kam nicht einmal mehr dazu, sich in gewohnter Weise auf die rechte Seite zu legen.[471]

14. Teil: Verhaften Sie auch unsere Führer!

Im folgenden Kapitel richtet sich der Fokus auf den fiktiven Ort „Lauenwerder“:

> Die Braunhemden hatten wichtigere Angelegenheiten zu erledigen, als die Gleichschaltung und Ueberholung von Lauenwerder. Vorläufig mochte es genügen, daß die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus wehte, und einige Hilfspolizisten Dienst taten. Es war auch wünschenswert, daß sich die Eisernen und die Kommunisten in Sicherheit wiegten, man konnte dann zur rechten Zeit überraschend zufassen und allerlei fangen, was sonst gewiß nur schwer zu fassen war.[472]

Nicht nur Lambach und Lerch lassen sich hier vorläufig nieder, auch Parteisekretär Himmelmann unterhält dort einen „geheimen Kurierdienst“ und plant darüber hinaus eine geheime Versammlung im noch unbesetzten „Volkshaus“, auf der sich einige der Protagonisten wiedertreffen.[473] Als einzige Frau ist dort auch Erna Lambach zugegen,

470 Ebd.
471 Ebd. Hier wurde vermutlich auf das enge Verhältnis von Kirch zu Max Ellen, Eigentümer und Intendant des Schiller-Theaters, und die in diesem Zusammenhang öffentlich gewordenen Bestechungsvorwürfe angespielt. Vgl. dazu Fladhammer / Wildt, Einleitung 1994, S. 24ff.
472 Funk-Wacht, 9. Jg. Nr. 3, „Verhaften Sie auch unsere Führer!“.
473 Ebd. Hier lassen sich Parallelen zur sogenannten „Echo“-Versammlung ausmachen, die am 15. Juni 1933 in Hamburg stattfand. Zahlreiche prominenten SPD-Mitglieder wurden an diesem Tag verhaftet. Vgl. dazu Holger Martens, Auf dem Weg in den Widerstand – Die „Echo“-Versammlung der Hamburger SPD 1933, Norderstedt 2010.

der gemeinsam mit dem Dichter Jakob Tiessen die Flucht gelingt, als die Polizei die Versammlung stürmt.

Die übrigen Teilnehmenden werden festgesetzt und müssen zunächst an Ort und Stelle die Nacht verbringen.[474] Hilfspolizisten bewachen die Gefangenen, die gezwungen werden, das Horst-Wessel-Lied auswendig zu lernen, bevor sie sich zum Schlafen auf Stühle niederlassen dürfen.[475] Am nächsten Morgen werden sie zum Konzentrationslager im Lauenwerder Moor gebracht, das sie mit errichten sollten:

> Weit dehnte sich das Lauenwerder Moor, schöne Hügel grüßten aus der Ferne, und manchmal glitt ein Flugzeug vorüber und vergrößerte seltsamerweise mit dem verklingenden Surren seines Propellers die Einsamkeit der Landschaft. Die Eisernen lebten zuerst wie im Traum; es dauerte einige Tage, bis sie wirklich begriffen, daß sie in einem Konzentrationslager lebten, das keine Unterschiede zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, Beamten, Arbeitern und Handwerkern machte, in dem jeder, wie beim Militär, seine Arbeit, seine Kleidung und sein Essen zugeteilt erhielt. Der Natur so nahe wie im Krieg, erinnerten sich alle ehe maligen Frontsoldaten ihrer Fronterlebnisse mit besonderer Deutlichkeit. Zuerst schlichen die Stunden mit quälender Langsamkeit, aber es gab wenige, die sich nicht bald zurecht fanden und an das neue Leben gewöhnten. In der Freizeit wurde Karten und Schach gespielt, und eines Abends ertönte zum erstenmal eine Mundharmonika.[476]

Die inhaftierten Kommunisten erfreuen sich besonders daran, dass „so viele Offiziere der Eisernen Mannen mitmachen mußten“ und bitten den Lagerkommandanten darum, dass auch ihre eigenen „Führer“ verhaftet werden:

> Diese Kommunisten wollten keineswegs ohne weiteres ihre Stellung zu den Braunhemden und zum Dritten Reich aufgeben; sie ärgerten sich nur, daß ihre Partei in den entscheidenden Stunden ebensowenig ernstliches unternommen hatte wie die Eisernen. Sie wollten ihre Führer bei sich sehen – mitgegangen, mitgefangen.[477]

Im weiteren Verlauf der Darstellung wird das Lagerleben im Konzentrationslager, das einige Parallelen zum KZ Wittmoor aufweist, in teils romantisierenden, jedoch unverhohlen sarkastisch-spöttischen Worten geschildert:

> Als das Lager gut ausgebaut war, ging es hinaus ins Moor zum Torfstechen. Himmelmann ließ sich seinen Vollbart abnehmen. Wohlgemut spielte auch im Lager bei allen kleinen Streitereien den Vermittler. Der sonnengebräunte Lerch entwickelte sich trotz seines Alters bei den Uebungen zu einem begeisterten Sportsmann, und der bleiche, überaus magere Redakteur, der damals im Volkshaus nächtlicherweise „unterirdischen Terror“ gefordert hatte, verfaßte in der

474 Dieser Teil des Romans in: Funk-Wacht, 9. Jg. Nr. 4 vom 21.01.1934, „Schluß“.
475 Seit Februar 1933 wurden vornehmlich SA- und SS-Mitglieder zu Hilfspolizisten ernannt.
476 Funk-Wacht, 9. Jg. Nr. 4 vom 21.01.1934, „Schluß“.
477 Ebd.

> Freizeit Gedichte, worin die Einsamkeit und Schönheit des Lauenwerder Moores eine große Rolle spielten. Ein Eiserner wurde bei einem Fluchtversuch erschossen. Er war nicht geflohen, weil er das Lagerleben als solches nicht ertragen konnte, sondern, weil ihn die Sehnsucht zu seiner Liebsten trieb. Selbstverständlich war das Konzentrationslager kein vergnüglicher Jahrmarkt, doch die meisten Kommunisten nahmen ihre Freiheitsberaubung als selbstverständlich hin – im Gegensatz zu den meisten Eisernen – für die Kommunisten stand hinter den moralischen Fragen die Machtfrage. Nun, die Braunhemden hatten gesiegt und folglich mußten nicht sie jetzt Torf stechen, sondern die hier Gefangenen. Das heimliche Gequarke der Eisernen war umso lächerlicher, als sie ja mehr als zehn Jahre Zeit gehabt hatten, einen Sieg der Braunhemden zu verhindern.[478]

Es klingt fast wie das Ende des Romans, als der Erzähler die Darstellung fortsetzt:

> So verlieren wir denn Wohlgemut, Lerch und den Parteisekretär Himmelmann aus den Augen. Es mag uns ein wenig leid tun, denn gern erfuhren wir, wie ihnen das Leben im Arbeitslager auf die Dauer gefällt, wie es ihre Seelen und ihren Geist verändert und wie ihnen nach ihrer Entlassung ihre seltsame Vergangenheit erscheint. Werden sie sich später ihrer republikanischen Vergangenheit kopfschüttelnd erinnern? oder ist ihre Unbelehrbarkeit so groß, daß sie auch dann noch den Weg ihrer Partei bejahen? Es ist wahrscheinlich! Wir haben Gründe das anzunehmen. Und wodurch werden sie sich später ernähren? Werden sie auf den Straßen handeln? Werden sie den Braunhemden ihren Dienst anbieten? Das Dritte Reich hat nur noch einen verflucht schmalen Lebensraum für sie, und vom Schreiben ihrer Lebenserinnerungen werden sie nicht leben können. Ein bitterer Lebensabend; sie hätten sich das früher überlegen müssen. Jetzt bleibt ihnen nur noch Zeit zum jammern. Freiheit![479]

Es folgen kurze Berichte über das Schicksal von Erna Lambach (die sich der Polizei stellt und später heiratet), von Jakob Thiessen (der sein „nationales Herz“ entdeckt und wieder für eine Zeitung arbeitet), von Doktor Saum (der im Kontor des Bruders arbeitet und „Mein Kampf“ liest), von dem Oberbürgermeister (der sich in Wien radikalisiert) und von Doktor Höflich (der auf Distanz zum „Goldenen Buch“ geht, das er als Auftragsarbeit ausgibt).[480]

15. Teil: Und Meierlein schlägt die große Trommel

Das letzte Kapitel behandelt die Machtkonsolidierung der „Braunhemden“:

> Langsam geriet das Gewesene in Vergessenheit am schnellsten die Fahne der Republik und die Presse der Eisernen Mannen. Die Arbeiter konnten nicht sagen, daß man ihnen bislang die Löhne gekürzt, noch die Arbeitszeit verlängert hatte, und selbst die Hartnäckigsten hatten keine Lust mehr, Geld für die Eiserne Partei zum Fenster hinauszuwerfen. […] „Aber die Freiheit, Genosse!“

478 Ebd.
479 Ebd.
480 Ebd.

> meinten die kleinen Funktionäre der Eisernen, die noch kein sicheres Unterkommen gefunden hatten. „Aber die Freiheit, Genosse!“ Pah, die Freiheit – was hatten sie sich denn schon für die Freiheit unter den Fittichen der Eisernen kaufen können. Eine nette Freiheit war das gewesen![481]

Es folgt eine Anspielung auf die Ereignisse um den 1. Mai 1929 in Berlin, als mehrere Dutzend Personen durch Polizeischüsse ums Leben kamen, für die der sozialdemokratische Polizeipräsident Karl Zörgiebel verantwortlich gemacht wurde. Dem werden die Vorbereitungen auf den 1. Mai 1933 gegenübergestellt, der zum nationalen Feiertag erklärt wurde. Es folgt eine ausführliche Darstellung der Feierlichkeiten:

> Das Herz drehte sich den untergehenden letzten Offizieren und Funktionären der stolzen ehemaligen Eisernen Front im Leibe um, als sie am ersten Mai in der Frühe aus den Fenstern schauten und nichts als Fahnen sahen – Fahnen vor den Fenstern, Fahnen in den Gärten, Fahnen quer über die Straßen. Der erste Mai wurde zum wahren Todestag der Eisernen Partei und zum zweiten großen Triumphtag der Braunhemden.[482]

In der Darstellung des Aufzugs werden verschiedene Namen genannt, die im Fortsetzungsroman bereits Erwähnung gefunden haben. Unter ihnen Doktor Höflich und der Betriebsrat, der an dem Essen im „Goldenen Ochsen“ teilgenommen hatte sowie Hein Meierlein, der stolz die große Trommel der Kapelle schlägt, die er früher auch bei den Eisernen Mannen seines Bezirks geschlagen hatte.

Der Roman selbst schließt mit den Zeilen:

> Hiermit ist die Geschichte vom Ende der Eisernen Mannen erzählt, zu berichten ist nur noch, daß am nächsten Tag die Braunhemden die stolzen Türme der Gewerkschaften einnahmen. Dabei fiel kein Schuß, niemand wurde getötet, nur einige Fahnen der verblichenen Eisernen Front wurden verbrannt. Zwei Monate später lösten sich die Reste der Eisernen Partei in Wohlgefallen auf. Das Unwahrscheinliche wurde Ereignis: der Führer der Braunhemden hatte die Unüberwindlichen spielend vernichtet.[483]

Der Autor Ernst Johannsen

Ernst Johannsen war 1933 als erfolgreicher Schriftsteller und Autor bekannt. Er wurde 1898 in Altona geboren und nahm als 18-Jähriger am Ersten Weltkrieg teil. Nach einem längeren Aufenthalt in Würzburg lebte er seit 1928 in Hamburg, wo er in den folgenden Jahren zahlreiche Texte und Hörspiele verfasste. Seine bekanntesten Werke

481 Ebd., „Und Meierlein schlägt die große Trommel“.
482 Ebd.
483 Ebd. Bezug wurde hier auf die Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai und das Verbot der Parteien am 14. Juli 1933 beziehungsweise das Betätigungsverbot für die SPD genommen, das bereits seit dem 22. Juni 1933 galt.

handelten von Fronterfahrungen und Weltkriegserinnerungen. Besonders der Roman „Vier von der Infanterie. Ihre letzten Tage an der Westfront 1918“ (1929) und das Hörspiel „Brigadevermittlung“ (1929) wurden breit rezipiert und machten Johannsen international bekannt. Auch in der „Funk-Wacht“ wurden seine Arbeiten – bisweilen kritisch, aber überwiegend positiv – besprochen. Im Februar 1930 war über ihn zu lesen:

> Die Dichterstunde dieser Woche bringt eine Vorlesung des Altonaer Schriftstellers Ernst Johannsen […], welche Gelegenheit wir zu einer kurzen Würdigung des Dichters der „Vier von der Infanterie“ benutzen möchten. An diesem Buch sei vor allem hervorgehoben, daß es vor dem Remarque entstand, und also keineswegs, wie so manche seines Themas, eine Konjunkturhascherei bedeutete; übrigens ist ihm der verdiente Erfolg nicht versagt geblieben, denn es ist bereits in elf fremde Sprachen übersetzt worden und wird jetzt zu einem Hörspiel verarbeitet, was immerhin beweist, daß es irgendwie ins Schwarze getroffen haben muß.[484]

Im Jahr darauf wurde in der Rubrik „Kritischer Rückblick“ Folgendes über die „Brigadevermittlung“ geschrieben:

> […] Noch bemerkenswerter ist die Aufführung von Johannsens „Brigade-Vermittlung“. Auch hier ist es das Leben selbst, das dieses Hörspiel schrieb. Es dürfte zur Zeit kein Hörspiel von gleicher Bedeutung geben. Ich sehe in Johannsens „Brigade-Vermittlung“ ein Werk, das für den Rundfunk dasselbe bedeutet, wie Remarques „In Westen nichts Neues“ für die Kriegsliteratur unserer Zeit. Johannsen, der junge Altonaer Literat, hat eine ganze Reihe zum Teil erfolgreicher Hörspiele geschrieben. Keines erreicht aber die außerordentliche Qualität wie die „Brigade-Vermittlung“. Anerkennung verdient auch die Aufführung im Hamburger Sender. Uns allen, die wir „draußen“ waren hat sie ans Herz gegriffen.[485]

Sein Werk „Brigadevermittlung“ zählt inzwischen zu den „Klassikern der Hörspielgeschichte“ und kann „wohl als eines der erfolgreichsten deutschen Hörspiele überhaupt gelten“.[486] So jedenfalls charakterisierte Melanie Fohrmann das besagte Hörspiel, das im Zentrum ihrer Dissertation über die Werk- und Lebensgeschichte Ernst Johannsens stand. Darin thematisierte sie ausgiebig auch die Schwierigkeit, „Johannsen politisch zu platzieren“.[487] Ambivalent erscheint etwa seine Rezeption im Nationalsozialismus: Einerseits wurden drei seiner Bücher verboten, andererseits wurden ein Hörspiel

484 Funk-Wacht, 5. Jg. Nr. 8 vom 21.02.1930, „Ernst Johannsen liest“.
485 Ebd., 6. Jg. Nr. 23 vom 07.06.1931, „Kritischer Rückblick“.
486 Melanie Fohrmann, „Aus dem Lautsprecher brüllte der Krieg.“. Ernst Johannsens Hörspiel Brigadevermittlung, Bielefeld 2005, S. 9.
487 Ebd., S. 357.

und eine Erzählung prämiert.[488] Im Jahr 1939 folgte er seiner jüdischen Lebensgefährtin und dem gemeinsamen Sohn ins Londoner Exil.[489]

Fohrmann beschäftigte sich eingehend mit dem Versuch „der bisherigen Forschung, Johannsen eine bestimmte politische Haltung zuzuweisen“ und benannte die „widersprüchlichen Ergebnisse“, die ihn beispielsweise „im Vorfeld der reaktionären Kriegsliteratur“ oder aber im „politisch links orientierten Spektrum der Neuen Sachlichkeit“ verorteten.[490] In diesem Kontext erwähnte die Autorin auch den Text „Das Ende der Eisernen Mannen“, den sie in Unkenntnis des Umfangs und der bibliografischen Angaben als „Artikel“ und „Satire“ bezeichnete.[491] Sie zitierte dazu Herbert Lestiboudois, einen Weggefährten Johannsens, der Ende der 1940er-Jahre erläuterte, dieser habe den Roman „aus Wut, Scham und Empörung“ geschrieben.[492] Johannsen selbst schrieb 1949 im Rahmen des oben erwähnten Lizenzierungsverfahrens von „grösste[r] Verbitterung“ als Motiv:

> Jahrelang hatte man sich lustig gemacht über die Hitlerianer, jahrelang fühlte man sich zu stark, zu weise um überhaupt den Gegner ernst zu nehmen. Jahrelang hatte man bei den Massen den Eindruck hervorgerufen, in entscheidender Stunde werde alles geschehen – und es geschah nichts, ein mächtiger Apparat ergab sich im grotesken Stil.[493]

Womöglich haben also „Sarkasmus und Zynismus“, der auch andere Texte von Johannsen kennzeichnete, sowie „Bitterkeit und Desillusionierung“ seinen Schreibstil geprägt und – mehr noch als Opportunismus und Anpassungsbereitschaft – Anlass gegeben, „Das Ende der Eisernen Mannen“ zu verfassen.[494] Gleichwohl musste ein solcher Text bei den Verfechter*innen der Weimarer Republik Ende 1933 und Anfang 1934, zu einem Zeitpunkt, als viele noch auf ein baldiges Ende der nationalsozialistischen Herrschaft hofften, eine fatale Wirkung erzeugt haben. Die plumpe Diskreditierung der sozialdemokratischen Politik in den Weimarer Jahren, die grobe Diffamierung einzelner lebender Persönlichkeiten und die wohlwollende Kommentierung der

488 Ebd. Diese Angaben wurde ungeprüft übernommen. Vgl. zum Verbot von „Station 3“ im Jahr 1940 etwa BArch Berlin, R 9361-V, 6842. In diesem Bestand ist auch ein Lebenslauf von Johannsen enthalten, in dem er ausführt, er habe im Jahr 1931 zeitweise der SPD als Mitglied angehört.
489 Fohrmann, Brigadevermittlung 2005, S. 361. Beide waren bereits 1938 geflohen. In England heiratete Johannsen seine Partnerin.
490 Ebd., S. 361f.
491 Ebd., S. 362f.
492 Ebd., S. 364.
493 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Ernst Johannsen an die Mitglieder des Beratenden Ausschusses für das Pressewesen, 02.04.1949.
494 Vgl. Fohrmann, Brigadevermittlung 2005, S. 359.

nationalsozialistischen Machteroberung waren jedenfalls auch nach 1945 in Erinnerung geblieben. Bei einem Deutschland-Besuch im Jahr 1951 schlug Johannsen Skepsis und Ablehnung entgegen.[495] Auch nach seiner Rückkehr nach Hamburg im Jahr 1957 wurde er wiederholt mit dem Roman in Verbindung gebracht. Anlässlich seines 65. Geburtstags vermerkte das „Hamburger Echo“ am 27. Mai 1958:

> Obwohl Johannsen 1933 mit dem in einer Illustrierten erschienenen Schlüsselroman „Die eisernen Mannen“ seine Freunde in der Arbeiterbewegung verbitterte, ging er später in die englische Emigration, aus der er erst vor einem Jahr endgültig zurückkehrte.[496]

Wiedergutmachungsansprüche, die Ernst Johannsen in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre zugesprochen worden waren, wurden ihm nach Bekanntwerden des Romans beim zuständigen Amt zunächst aberkannt. Es folgten langwierige Gerichtsprozesse.[497] An seine Erfolge aus den späten 1920er-Jahren konnte Johannsen auch nach seiner Rückkehr nicht mehr anknüpfen. Er starb 1977 in Hamburg.[498]

3. Der Ausgang des Lizenzierungsverfahrens

Nach der Durchsicht der entsprechenden Teile des Fortsetzungsromans von Ernst Johannsen sah sich Harry Soll im Namen seines Mandanten zu einer weiteren Stellungnahme veranlasst.[499] Demnach enthalte der Roman zwar „zum Teil eine Verunglimpfung führender Altonaer Persönlichkeiten“, dies sei aber weder für Heinrich Bauer noch für Heinrich Heise erkennbar gewesen, die beide mit den Altonaer Verhältnissen nicht vertraut gewesen wären.[500] Auf insgesamt zehn Seiten bemühte sich Soll, Bauer „seine verlegerische Tätigkeit wieder zu ermöglichen“ und eine „weitere Hinauszögerung der Lizenzerteilung“ zu verhindern.[501] Mit Verweis auf die Zeitverhältnisse und

---

495 Vgl. Ebd., S. 364f. Siehe dazu ausführlich auch den Bestand StAHH, 135-1 VI, 1361. Darin befindet sich unter anderem eine Stellungnahme des DGB zu Ernst Johannsen und dem Roman sowie mehrere Gegendarstellungen. Der Bestand ist auch für die Zeit der Rückkehr ab 1957 von Interesse.
496 StAHH, 731-8, A 759 Johannsen, Ernst.
497 Vgl. etwa StAHH, 213-13, 29253, Bescheid und Widerrufsbescheid, 16.09.1959. Siehe dazu auch: 351-11, 21452.
498 Vgl. dazu ausführlich Fohrmann, Brigadevermittlung 2005, S. 387ff.
499 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Harry Soll an den Beratenden Ausschuss für das Pressewesen, 07.04.1949.
500 Ebd.
501 Ebd. Auch hier erläuterte er, eine Hinauszögerung wirke sich „praktisch als eine durch nichts gerechtfertigte Aufrechterhaltung des Herrn Heinrich Bauer von den Nationalsozialisten zugefügten Unrechts aus“. Auf die Eingabe vom 28. Februar 1949 bezugnehmend wurde auch hier erklärt, dass Bauer „eine konsequent ablehnende Haltung dem Nationalsozialismus gegenüber offen dargelegt und sich von dieser geraden Linie weder durch Strafen noch durch Drohungen abbringen“ lies, „sodass er

die Persönlichkeit des Verfassers erschien der Roman in seiner Darstellung als Ausdruck der Enttäuschung eines „vergeblichen Warners“.[502] Mit einzelnen Versatzstücken beziehungsweise kurzen Zitaten aus dem Text versuchte Soll zu begründen, dass das „Abtreten der antifaschistischen Kräfte“ darin „lediglich als ein Übergang angesehen“ wurde, während doch „auch die fachliche Befähigung und charaktervolle Haltung maßgebender Politiker eindeutig zum Ausdruck“ gekommen sei.[503] Obschon dem Nationalsozialismus im Roman „gewisse Konzessionen“ gemacht würden, waren diese nach Ansicht des Verfassers sicherlich erforderlich, „um die an zahlreichen Stellen vorhandenen scharfen Angriffe gegen den Nationalsozialismus überhaupt erheben zu können“.[504] Dies belegte Soll mit kurzen, aus dem Zusammenhang gerissenen Romanzitaten. Weiter erläuterte er:

> Es kann nicht in Abrede gestellt werden, dass die Veröffentlichung des Romans mit derartig massiven Angriffen in versteckter und offener Form gegen die Regierung in späteren Jahren unweigerlich die sofortige Schließung des Verlages zur Folge gehabt hätte. Damit steht zugleich fest, dass der Roman keine pronazistische Tendenz enthält.[505]

Im Verlauf der Argumentation wurde ferner erwähnt, dass die Verantwortung der Veröffentlichung nach den Bestimmungen des Schriftleitergesetzes ohnehin dem Schriftleiter zugefallen sei. Ferner verwies Soll mit ausführlichen Belegen auf die Berichterstattung der „Altonaer Nachrichten“, die zur damaligen Zeit von Hinrich Springer vom Verlag Hammerich & Lesser, dem Vater von Axel Springer, herausgegeben wurde. Axel Springer, der dem Beratenden Ausschuss angehörte und über die Lizenzvergabe für Heinrich Bauer mitzuentscheiden hatte, arbeitete ab 1933 für die „Altonaer Nachrichten“ und war hier ab 1935 auch als stellvertretender Chefredakteur tätig gewesen. Darauf zielte Solls Argumentation ab, wenn er weiter ausführte, dass der Verlag der Altonaer Zeitung seinerzeit „mit allen Mitteln Anschluss an das neue Regime“ gesucht habe.[506] Es folgte eine weitere Anschuldigung gegenüber einem nicht namentlich genannten (Mit-)Lizenznehmer, ehe Soll zum Kern seiner Ausführungen kam:

> Wenn Verleger und Hauptschriftleiter solcher Zeitungen und Zeitschriften für politisch zuverlässig und würdig befunden werden und eine und zum Teil sogar

schließlich die praktische Ausübung seiner Verlegertätigkeit niederlegen mußte“. Siehe dazu auch Abschnitt C.IV.1.
502 Ebd.
503 Ebd.
504 Ebd.
505 Ebd.
506 Ebd.

> mehrere Lizenzen erhalten, dann steht Herrn Bauer aufgrund seiner nachgewiesenen konsequenten Haltung umsomehr ein Anspruch darauf zu, dass ihm seine verlegerische Tätigkeit wieder ermöglicht wird.

Der Ausschuss mochte sich dieser Interpretation von Harry Soll abermals nicht anschließen. Bei den folgenden Ausschussverhandlungen wurde nun aber im Protokoll dokumentiert, dass sich „Herr Springer […] an der Diskussion nicht beteiligt[e] und bei der Abstimmung der Stimme enthalten habe“.[507] Ferner griff der Beratende Ausschuss eine Anregung von Soll auf, der kurze Zeit später vorschlug, Ernst Tessloff als Zeugen zu laden.[508]

Auch Ernst Johannsen hatte in seinem Schreiben vom 2. April 1949 an den Beratenden Ausschuss für das Pressewesen den früheren Redakteur des sozialdemokratischen „Volksblattes für Harburg und Umgebung“ Ernst Tessloff als Zeugen benannt, um Auskunft über die Motive zu geben, die Johannsen seinerzeit veranlasst hatten, den Roman zu schreiben.[509] Tessloff war nach 1933 im Widerstand aktiv, wurde wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verhaftet und war zwischen 1936 und 1940 unter anderem im Konzentrationslager Fuhlsbüttel inhaftiert. Am 20. April 1949 nahm er an der 26. Sitzung des Ausschusses teil und äußerte sich laut Protokoll dort wie folgt:

> Soweit Herr Tessloff sich entsinnt, ist der Roman Ende 1933, also geraume Zeit nach der „Machtübernahme“, in der „Funkwacht“ erschienen, als die Gelegenheit zum organisierten Widerstand im grossen bereits verpasst war. Herr Tessloff hat Herrn Johannsen sehr gut gekannt und schildert ihn als einen pessimistischen Menschen, der schon in den Jahren vorher jede Gelegenheit benutzte, um vor der kommenden Entwicklung in sarkastischer oder satirischer Weise zu warnen. Der Roman, über dessen wenig schöne Form sich der Verfasser schon damals klar geworden sei, wäre dann vor allem aus Verärgerung über den mangelnden Widerstand gegen die „Machtübernahme“ durch die Nationalsozialisten entstanden. Der Verfasser sei jedenfalls von lauteren Motiven geleitet worden, und einen Anbiederungsversuch könne ihm niemand nachsagen oder unterstellen, zumal er auch die Verfilmung durch die UFA abgelehnt habe. Auf die Frage, warum Herr Johannsen den Roman gerade bei Bauer veröffentlicht habe, antwortet Herr Tessloff, dass Herr Johannsen viele gute Hörspiele für den Rundfunk geschrieben habe und dadurch wahrscheinlich mit dem Verlag der „Funkwacht“ in Berührung gekommen sei. Die politische Einstellung von Herrn Johannsens sei im Verlag des Herrn Bauer sicherlich auch bekannt gewesen.[510]

---

507 Vgl. beispielsweise StAHH, 135-4, 11 Band 2, Niederschrift über die 26. Sitzung des Beratenden Ausschusses, 20.04.1949.
508 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Harry Soll an den Beratenden Ausschuss für das Pressewesen, 13.04.1949.
509 Ebd., Ernst Joahnnsen an die Mitglieder des Beratenden Ausschusses für das Pressewesen, 02.04.1949.
510 StAHH, 135-4, 11 Band 2, Niederschrift über die 26. Sitzung des Beratenden Ausschusses, 20.04.1949.

Im Anschluss an seine Ausführungen diskutierten die Ausschussmitglieder kontrovers, ob der „Roman als im Sinne des Nationalsozialismus geschrieben und als in einem wichtigen Augenblick besonders verheerend für den Willen zum Widerstand angesehen werden müsse“.[511] Einvernehmen herrschte darüber, dass Heinrich Bauer „als verantwortungsbewusster Verleger die Veröffentlichung des Romans in seiner Zeitschrift nicht hätte zulassen dürfen, zumal nicht unter der Titelzeichnung, die für die ersten Fortsetzungen benutzt wurde und die den Verdacht nahelegt, als ob der Verlag mit dem Roman die damals herrschende ‚Konjunktur‘ doch zu sehr ausnutzen wollte“.[512] Es wurde entschieden, Bauer als alleinigen Lizenzträger abzulehnen. Es sollte jedoch das Gespräch mit ihm gesucht und mitgeteilt werden, „dass der Ausschuss die Empfehlung einer Lizenz nur erwägen würde, wenn zwei weitere Lizenzträger hinzugezogen würden, die finanziell an dem Unternehmen beteiligt sind und von denen einer den Posten des Chefredakteurs übernimmt“.[513]

Heinrich Bauer nahm diese Rückmeldung zum Anlass, Anfang Mai 1949 als weitere Lizenznehmer seinen Sohn Alfred Bauer und den oben genannten Ernst Tessloff zu benennen, der inzwischen als Verleger arbeitete und der Hamburgischen Bürgerschaft als Vertreter der SPD angehörte.[514] Allerdings wurde auch der Zusatzlizenzantrag abgelehnt, da er nicht den Anforderungen entsprach: In dieser Form war für Tessloff keine finanzielle Beteiligung vorgesehen worden. Außerdem akzeptierten die Ausschussmitglieder Alfred Bauer nicht als dritten Lizenznehmer, sie waren jedoch bereit, ihn als vierten Lizenzträger in Erwägung zu ziehen.[515] Also änderte Bauer seinen Vorschlag abermals: Für die Frage der Beteiligung wurden alternative Vorschläge unterbreitet und darüber hinaus mit Ragnar Tessloff, dem Sohn von Ernst Tessloff, ein vierter Lizenzträger präsentiert.[516] Aber auch diese Änderung fand wegen der Beteiligungsform nicht die Zustimmung des Ausschusses.[517] Infolgedessen entschied Bauer, einen

511 Ebd.
512 Ebd. Insofern verwundert der Befund von Karl Christian Führer, dass „[w]eitere Ermittlungen des Gremiums gegen formal ‚entlastete‘ Antragsteller wie […] Bauer […] nach dem März 1949 jedenfalls nicht mehr dokumentiert“ seien (Führer, Medienmetropole 2008, S. 238).
513 StAHH, 135-4, 11 Band 2, Niederschrift über die 26. Sitzung des Beratenden Ausschusses, 20.04.1949.
514 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Harry Soll an den Beratenden Ausschusses für das Pressewesen, 02.05.1949.
515 StAHH, 135-4, 11 Band 2, Niederschrift über die 27. Sitzung des Beratenden Ausschusses, 05.05.1949.
516 Vgl. StAHH, 135-4, 39 Band 212, Wilhelm Bräuer an Fritz Sänger, 09.05.1949 sowie Harry Soll an den Beratenden Ausschuss, 11.05.1949.
517 StAHH, 135-4, 11 Band 2, Niederschrift über die 28. Sitzung des Beratenden Ausschusses, 12.05.1949. Vgl. auch: 39 Band 212, Ehlers an Heinrich Bauer, 13.05.1949.

ganz anderen Vorschlag zu unterbreiten und bat darum, vorläufig „die Bearbeitung des Lizenzantrags auszusetzen“.[518]

In einer persönlichen Unterredung mit zwei Ausschussmitgliedern wurde geklärt, dass die Beteiligung eines weiteren Lizenzträgers „von einer gleichmäßigen Beteiligung [...] sowohl hinsichtlich des Kapitals wie hinsichtlich des Gewinns abhängig gemacht“ werde.[519] So benannte Heinrich Bauer einen Monat später als Mitlizenzträger Dr. Robert Platow, der kapital- und gewinnmäßig mit 50 Prozent beteiligt wurde und die Rolle des Chefredakteurs übernahm.[520] Platow war Wirtschaftsjournalist und hatte 1927 für die Kieler Zeitung, danach für die Magdeburgische Zeitung zuerst in Magdeburg und ab 1933 in deren Berliner Redaktion gearbeitet.[521] Außerdem betrieb er einen wirtschaftlichen Informationsdienst. Heinrich Bauer und Robert Platow hatten sich bereits zuvor gemeinsam für ein Zeitschriftenprojekt engagiert: Dabei handelte es sich um die „Deutsche Bauernzeitung“, die als „Überparteiliche Wochenzeitung für die deutsche Landwirtschaft“ konzipiert worden war.[522] Lizenznehmer war Dr. Dr. Paul Pagel, der im September 1948 den „Beratenden Ausschuss für das Pressewesen“ davon unterrichtete, dass er beabsichtigte, drei weitere Akteure finanziell an der Unternehmung zu beteiligen. Zu diesen zählten Robert Platow sowie die Firma Heinrich Bauer & Co.[523] Gedruckt wurde die Zeitung von der Deutsche Bauernzeitung GmbH. Wie dem Briefkopf des Schreibens zu entnehmen ist, befand sich die Adresse der Druckerei zur damaligen Zeit bereits in der Schützenpforte 11.[524] Vom Beratenden Ausschuss wurde Pagels Vorhaben mit Skepsis betrachtet, da er als Lizenznehmer dadurch die Mehrheit seiner Anteile verlieren würde. Außerdem wurde er vom Sekretär des Beratenden Ausschusses darüber informiert, dass der Zonenpresserat in seiner

518 Ebd., Harry Soll an den Beratenden Ausschuss für das Pressewesen, 16.05.1949.
519 Ebd., Harry Soll an den Beratenden Ausschuss für das Pressewesen, 23.06.1949.
520 Ebd.
521 Ebd., Presse-Fragebogen Dr. Robert Platow, 23.06.1949.
522 Die Lizenz war zunächst für den Titel „Der Deutsche Bauer“ beantragt worden. Wegen Namensgleichheit mit einer in der „Ostzone“ erscheinenden Zeitschrift wurde der Namen schließlich geändert. Vgl. StAHH, 135-4, 39 Band 15, Paul Pagel an den Beratenden Ausschuß für das Pressewesen, 14.09.1948.
523 Ebd. Aus der Akte wird ebenfalls ersichtlich, dass Heinz Duwe zunächst als Anzeigenleiter für die „Deutsche Bauernzeitung“ eingeplant war und für ihn deshalb eine Zuzugsgenehmigung nach Hamburg beantragt wurde (ebd., Verlagsleitung an Senatsdirektor Lüth, 01.10.1948).
524 Ebd., Paul Pagel an den Beratenden Ausschuß für das Pressewesen, 14.09.1948. Auf dem Briefpapier taucht überdies der Schriftzug „Heinrich Bauer, Hamburg“ auf. Auf der Zeitung selbst wird als Verlagsanschrift zudem das „Heinrich-Bauer-Haus“ angeführt (vgl. Deutsche Bauernzeitung, 1. Jg. Nr. 13 vom 12.12.1948).

letzten Sitzung „grundsätzlich dagegen Stellung genommen [habe], daß Druckereibesitzer, die heute im allgemeinen ein starkes wirtschaftliches Übergewicht besitzen, auf diesem Umwege Einfluss auf die noch im Aufbau befindliche deutsche Presse gewinnen“ würden.[525] Im Oktober erhielt Pagel den unmissverständlichen Hinweis, dass „der Beteiligung von Druckereibesitzern an Zeitungen und bedeutenderen Zeitschriften nicht zugestimmt werden“ könne.[526] Die Klärung der Beteiligungsfrage ließ jedoch weiter auf sich warten. Am 17. Februar 1949 nahmen Pagel und Platow an einer Sitzung des Beratenden Ausschusses teil, um die geplanten Änderungen persönlich zu besprechen. Erneut wurde hier die Beteiligung „des Druckers Bauer“ als problematisch erachtet.[527] Im Juni 1949 schrieb Pagel schließlich an Fritz Sänger, dass „die Herren Platow und Bauer jetzt ausgeschieden“ seien und der Verlag nach Köln verlegt werden würde.[528]

Zu diesem Zeitpunkt war Platow bereits (Mit-)Lizenzträger einer weiteren Zeitschrift: Der „Rundfunk für Dich“.[529] Um nun für einen Kapitalausgleich zu Platows anvisierter Beteiligung an dem neuen „Funk-Wacht“-Projekt zu sorgen, übernahm Heinrich Bauer im Gegenzug 49 Prozent der Gesellschaftsanteile der Drei-Federn-Verlag GmbH (mit Sitz im Chilehaus A), bei der wiederum die „Rundfunk für Dich“ gedruckt werden sollte.[530] Die Ausschussmitglieder stimmten am 30. Juni 1949 über diesen An-

525 StAHH, 135-4, 39 Band 15, Ehlers an Pagel, 24.09.1948.
526 Ebd., Ehlers an die „Deutsche Bauernzeitung“, 09.10.1948. Siehe dazu auch StAHH, 135-4, 11 Band 1, Niederschrift über die 12. Sitzung des Beratenden Ausschusses für das Pressewesen, 07.10.1948.
527 StAHH, 135-4, 11 Band 2, Niederschrift über die 21. Sitzung des Beratenden Ausschusses für das Pressewesen, 17.02.1949. Außerdem wurde auf dieser Sitzung eine illustrierte Beilage beanstandet, die mit einem Einzelverkaufspreis versehen worden war. Der „Versuch einer Lizenzumgehung“ stand als Vorwurf im Raum. Für diesen Umstand wies Pagel der Druckerei die Verantwortung zu.
528 StAHH, 135-4, 39 Band 15, Pagel an Fritz Sänger, 24.06.1949.
529 Auch die „Funk für Dich“ war nicht anstandslos genehmigt worden. Im Zeitschriften-Unterausschuss war die Zeitschrift als „sehr krasser Fall einer Lizenzumgehung“ angeführt worden (StAHH, 135-4, 12, Niederschrift über die 15. Sitzung des Zeitschriften-Unterausschusses des Beratenden Ausschusses für das Pressewesen, 15.02.1949). Vgl. zu dem Themenkomplex: StAHH, 135-4, 39 Band 201. Der zweite Lizenznehmer Paul Lothar Seifert schied noch im Juni 1949 aus und Platow wurde zum alleinigen Lizenzträger der „Rundfunk für Dich“ (StAHH, 135-4, 11 Band 2, Niederschrift über die 32. Sitzung des Beratenden Ausschusses, 30.06.1949). Kurz darauf wurde die Zeitschrift in „FUNK-SPIEGEL“ umbenannt (vgl. ebd., Niederschrift über die 34. Sitzung des Beratenden Ausschusses, 04.08.1949).
530 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Harry Soll an den Beratenden Ausschuss für das Pressewesen, 23.06.1949.

trag ab, der letztendlich mit fünf Stimmen bei zwei Gegenstimmen und sechs Enthaltungen befürwortet wurde.[531] Diese Entscheidung wurde an die britische Militäradministration weitergeleitet, die keine Einwände gegen die Lizenzierung erhob.[532] Am 11. Juli 1949 wurde der Presserat informiert.[533] Schon am 7. Juli 1949 hatte der Erste Bürgermeister Max Brauer seine Unterschrift unter die Zeitschriftenlizenz Nr. 212 gesetzt – was insofern bemerkenswert ist, als Brauer in dem oben genannten Roman selbst diffamiert worden war.[534] Eine Woche darauf bestätigte Heinrich Bauer wiederum den Empfang der Lizenzurkunde und die damit in Zusammenhang stehenden Arbeitsanweisungen. Die erste „Neue Funk-Wacht" erschien noch im Juli 1949.[535] Nur wenige Wochen später wurde die Lizenzierungspflicht aufgehoben.

531 StAHH, 135-4, 11 Band 2, Niederschrift über die 32. Sitzung des Beratenden Ausschusses, 30.06.1949.
532 StAHH, 135-4, 14, Ehlers (Secretary of Beratender Ausschuss für das Pressewesen) an Information Services Regional Staff, 04.07.1949 sowie Information Services Regional Staff an Advisory Committee for the Press, 06.07.1949.
533 StAHH, 135-4, 15 Band 2, Ehlers an den Zonenpresserat.
534 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Zeitschriftenlizenz Nr. 212, 07.07.1949.
535 Neue Funk-Wacht vom 24.07.1949.

V. Die Erweiterung des Zeitschriftengeschäfts ab 1934

In ökonomischer Hinsicht erwies sich die zweite Hälfte der 1930er-Jahre für den Verlag Heinrich Bauer als überaus profitabel. In seinem Entnazifizierungsverfahren gab Heinrich Bauer an, sein Einkommen habe 1933 bei 49.252 Mark gelegen.[536] Im Jahr 1934 sank dieser Betrag auf 40.161 Mark, aber schon im Folgejahr lag der Wert dreimal so hoch wie noch 1933. 1936 erwirtschaftete Heinrich Bauer ein Einkommen von 436.059 Mark und weitere zwei Jahre später war dieser Betrag auf 618.210 Mark angestiegen. Eine ähnliche Tendenz ist mit Blick auf das Einkommen bei Alfred Bauer festzustellen – obschon sich im Detail Unterschiede ausmachen lassen. Ein großer Gehaltssprung erfolgte bei Alfred Bauer etwa im Jahr 1936. Im Jahr zuvor war Bauer zum Mitinhaber ernannt worden, zuvor hatte er dem Verlag als Angestellter angehört. Sein Einkommen war 1933 gesunken, in den Jahren 1934 und 1935 aber wieder deutlich angestiegen.[537] 1938 betrug sein Jahreseinkommen 398.491 Mark. Das Einkommen von Vater und Sohn resultierte in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre nicht allein aus dem Gewerbebetrieb, sondern auch aus Grundbesitz und (Geschäfts-)Beteiligungen.[538] Insofern lassen sich diese Profite nicht einzig mit dem Erfolg des Zeitschriftengeschäfts erklären. Dessen Anteil am ökonomischen Erfolg ist jedoch unstrittig. Allein zwischen 1933 und 1935 verdoppelte sich der steuerpflichtige Umsatz der Firma Heinrich Bauer von 943.465 auf 1.736.106 Mark.[539]

Zwischen 1934 und 1939 erhöhte sich die Auflage der „Funk-Wacht“ von 205 000 auf durchschnittlich rund 466 000 Exemplare wöchentlich.[540] Nach wie vor kostete die Einzelausgabe 20 Pfennig. Im Herbst 1935 erwarb der Verlag überdies eine Berliner Zeitschrift, die künftig unter dem Namen „Lesepause“ erschien. Vorgänger der „Lesepause“ war die Zeitschrift „Kurze Pause“, die seit 1934 zunächst als Beilage („Unterhaltungs-Blatt“) der regimekritischen Zeitschrift „Blick in die Zeit“ aus dem Umfeld der Sozialdemokratie publiziert wurde. Ab 1935 erschien die „Kurze Pause“, die mit Übernahme durch den Heinrich Bauer Verlag umbenannt wurde, eigenständig. Die Auflage dieser wöchentlich erscheinenden Unterhaltungszeitschrift lag im niedrigen fünfstelligen Bereich. Und auch ein drittes Periodikum, das in diesem Zeitraum

536 StAHH, 221-11, I (TL) 1649. Daraus auch die folgenden Zahlen.
537 StAHH, 221-11, I (TL) 1648. Daraus auch die folgenden Zahlen.
538 Vgl. dazu ausführlich Abschnitt B.I.2 u. 3.
539 StAHH, 313-9, 4910, Prüfbericht, 17.10.1936.
540 Vgl. Bauer, Programmpresse 1993, S. 255 u. S. 258.

erschien, soll kurz Erwähnung finden: die vom Heinrich Bauer Verlag gedruckten Jahresberichte des Vereins für entlassene geistig Erkrankte „Die Brücke“. Das Blatt erschien schon Anfang der 1890er-Jahre zunächst als „Jahres-Bericht des Vereins für aus Friedrichsberg Entlassene Geisteskranke“, der sich nach dem Ersten Weltkrieg umbenannte.[541] Erhaltene Exemplare aus den Jahren 1933 bis 1936 lassen darauf schließen, dass der Titel mindestens in dieser Zeitspanne vom Heinrich Bauer Verlag gedruckt wurde.[542] Bei einer Erscheinungsfrequenz von einer Ausgabe pro Jahr und einem Seitenumfang von zuletzt zwei bis vier Seiten ist davon auszugehen, dass die Publikation im Alltagsgeschäft des Verlags keine größere Rolle spielte. Vermutlich wurde sie 1936 eingestellt.

1. Wachstum und personeller Wandel: Die „Funk-Wacht“ 1934–1939

Die größte Unternehmung im Heinrich Bauer Verlag war während der 1930er-Jahre die Publikation der „Funk-Wacht“. Bisweilen firmierte die Firma sogar als „Funkwachtverlag“.[543] Konkrete Zahlen über das Wachstum der Zeitschrift finden sich ab 1934 auch im Impressum.[544] Dort wurden nun regelmäßig die Durchschnittszahlen der Auflage des vorausgegangenen Quartals veröffentlicht.[545] Daraus geht hervor, dass die Auflage im vierten Quartal 1933 im Durchschnitt tatsächlich „nur“ bei etwa 120 000 Exemplaren gelegen hatte und nach Übernahme von „Die Norag“ im ersten Quartal 1934 auf 205 000 Exemplare angestiegen war. Bis zur Jahresmitte 1935 folgte eine rasante Auflagensteigerung von 242 000 (II/1934), 244 753 (III/1934) über 316 816 (IV/1934) und 404 326 (I/1935) bis hin zu einer Auflage von 431 262 Exemplaren (II/1935).

Dieser sprunghafte Anstieg der Auflagenzahlen bis Mitte 1935 dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die „Funk-Wacht“ inzwischen im gesamten Deutschen Reich erhältlich war. Schon Mitte 1932 hatten Verlag und Redaktion mit dem „Register-Funk“ erstmals den Versuch unternommen, eine geringfügig veränderte überregionale Ausgabe der Zeitschrift „[f]ür den Fernempfänger“ zu etablieren.[546] Nunmehr erschien

541 Jahres-Bericht des Vereins für aus Friedrichsberg Entlassene Geisteskranke für das Jahr (enthalten im Bestand der Deutschen Nationalbibliothek: ZA 23569).
542 Jahresbericht / Verein für Entlassenen Geistig Erkrankte "Die Brücke" (enthalten im Bestand der Deutschen Nationalbibliothek: ZA 23569). In den 1910er-Jahren wurde der Druck von Jul. Schmidt, Rödingsmarkt 82 übernommen.
543 Vgl. dazu Abschnitt B.I.3.
544 Vgl. zur konkreten Reglementierung dazu Bauer, Programmpresse 1993, S. 241ff.
545 Auch hier dürften Remittenden und Gratisexemplare inkludiert gewesen sein.
546 Funk-Wacht, 7. Jg. Nr. 24 vom 12.06.1932, „Warum ‚Register-Funk‘?“.

die Zeitschrift in der ursprünglichen „Nordfunk"-Ausgabe sowie in einer Mitteldeutschen Ausgabe, einer „W-Ausgabe" und in der sogenannten „Reichsausgabe", die unter „Mein Funk" firmierte.[547] Als die „Funk-Wacht" 1936 dazu überging, die Auflage der Bezirksausgabe „Nordfunk" auch separat aufzuführen, wurde deutlich, dass diese weiterhin „nur" in einer Auflage von etwa 120 000 bis 150 000 Exemplaren wöchentlich gedruckt wurde. Überdies ist festzustellen, dass die Auflagenzahlen seit Mitte 1935 stagnierten. Womöglich bedingt durch die sommerliche Jahreszeit sank sie im dritten Quartal 1935 auf 396 242 Exemplare. Aber auch in den Monaten und Jahren danach blieb die Auflage deutlich unter der 500 000er-Marke:

Quartal	**Druckauflage**
I/1936	476 858
II/1936	453 481
III/1936	411 179
IV/1936	442 125
I/1937	464 989
II/1937	440 566
III/1937	410 583
IV/1937	457 364
I/1938	458 317
II/1938	439 652
III/1938	406 642
IV/1938	430 097
I/1939	466 479
II/1939	455 993

Unter welchen Rahmenbedingungen diese Auflagenzahlen generiert wurden und welche Veränderungen sich in dem Zeitraum vollzogen, wird in den folgenden Abschnitten behandelt.

547 Im Untertitel: „vorm. Reichsfunk. Reichs-Ausgabe der Funk-Wacht" (vgl. etwa Mein-Funk, Jg. 1937, Nr. 51 vom 19.12.1937).

Institutionelle Abhängigkeiten: Rahmenbedingungen der Zeitschriftenproduktion

Durch die nationalsozialistische Politik der Machteroberung und *Gleichschaltung* veränderten sich die Voraussetzungen der Zeitschriftenproduktion auf unterschiedlichen Ebenen maßgeblich. Für die Rundfunkzeitschriften galten dabei besondere Rahmenbedingungen, die Thomas Bauer in seiner bereits mehrfach zitierten Dissertation über die Programmpresse ausführlich dargelegt hat.[548] Detailliert beschrieb er darin die Entstehung von „Gesetze[n] in Institutionen, die eigens zum Zweck der Medienlenkung geschaffen worden waren" und rekonstruierte, wie „die in ihren Stellungen verbliebenen Redakteure allmählich in das Netz der Standesorganisationen, die sich die personelle Kontrolle der Presse zum Ziel gesetzt hatten", gerieten.[549] „Die Sonderstellung der Rundfunkpresse", so Bauer, „erklär[e] sich aus der Absicht, die Fachblätter zu Propagandisten des Mediums zu machen, das als das wirksamste Massenbeeinflussungsmittel galt".[550] Ebenso hob er die Schwierigkeiten der Nationalsozialisten hervor, die Zuständigkeit für die Rundfunkzeitschriften klar zu regeln. Die „Abgrenzung der Kompetenzen" erwies sich als komplex, da sich „für deren Lenkung [...] nicht nur die Einrichtungen der Presse-, sondern auch die der Rundfunkführung" zuständig fühlten.[551]

An dieser Stelle können die sich wandelnden institutionellen Kontexte, Organisationszusammenhänge und Beschränkungen, die sich auf die Produktion der Rundfunkzeitschriften auswirkten, nur überblicksartig dargestellt werden: Die Pressefreiheit wurde bereits wenige Tage nach der Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler durch die Verordnungen des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes vom 4. Februar und zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 maßgeblich eingeschränkt. Obschon die pressespezifischen Maßnahmen dieser Notverordnungen in erster Linie auf Zeitungsredaktionen abzielten, waren auch einzelne Programmzeitschriften betroffen.[552] Im März 1933 konstituierte sich das Reichsministerium für

548 Bauer, Programmpresse 1993, S. 177ff.
549 Ebd., S. 187.
550 Ebd., S. 203. Insgesamt zeige die Presselenkung jedoch „kein einheitliches Bild", „[e]ine Vielzahl von staatlichen und parteiamtlichen Einrichtungen bemühte sich um Einfluß" und keine Instanz gelang es, eine Machtposition zu erlangen, „die ausgereicht hätte, um das Medium im Alleingang zu beeinflussen" (ebd., S. 204).
551 Ebd., S. 204.
552 Vgl. ebd., S. 188–193. Dabei handelte es sich primär um die Organe politischer Gruppen, Verbände oder Parteien. Bei Bauer firmierend diese als „interessenbestimmte Programmblätter". Vgl. zur unterschiedlichen Perspektive der NSDAP auf Tagespresse und Zeitschriften auch S. 203.

Volksaufklärung und Propaganda (RMVP), dem Joseph Goebbels als „Propagandaminister“ vorstand. In seinen Geschäftsbereich fielen die Zuständigkeiten für Presse und Rundfunk. Innerhalb des RMVP entstanden entsprechende Abteilungen sowie zahlreiche Außenstellen, die auf der regionalen Ebene eine enge Verzahnung mit den parteiamtlichen Propagandastellen der NSDAP aufwiesen.[553] In den Aufgabenbereich der Abteilung III (Rundfunk) fiel die politische, personelle, wirtschaftliche und programmatisch-inhaltliche Überwachung und Kontrolle der Mediensparten.[554] Insbesondere das von Joachim Weinbrenner geleitete Referat „Politische und kulturelle Angelegenheiten des Rundfunks“ übernahm auch Verantwortung für das „Rundfunk-Pressewesen“.[555] Das RMVP kontrollierte darüber hinaus die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft mbH, die ihrerseits Einfluss auf die Programmpresse zu nehmen suchte und neben Sendefolgen und Programmhinweisen auch direkte Anweisungen an die Fachzeitschriften ausgab.[556] Hier waren weitreichende Veränderungen im Gange: Rundfunkkommissar Hans Bredow hatte im Januar 1933 seinen Rücktritt eingereicht und Eugen Hadamovsky wurde zum „Reichssendeleiter“ der RRG ernannt.[557] Zur Jahresmitte 1933 mussten die Regionalgesellschaften ihre RRG-Geschäftsanteile an das RMVP abgeben, woraufhin die RRG wiederum das Vermögen der Sendegesellschaften übernahm, die nun in RRG-Filialen umgewandelt wurden.[558] Dieser Schritt wurde erleichtert durch die vollständige Verstaatlichung des Rundfunks, die bereits 1932 erfolgt war.[559] Neben dem RRG und der RMVP-Rundfunkabteilung (Abteilung III) war darüber hinaus die Presseabteilung (Abteilung IV) des Propagandaministeriums, die für die Kontrolle der Presse und der behördlichen Nachrichten zuständig war, mit dem Zeitschriftenwesen und insofern auch mit der Programmpresse befasst.[560]

553 Ebd., S. 211f. Bauer betonte, dass zahlreiche Anweisungen an die Programmpresse von diesen Außenstellen übermittelt worden seien (S. 212).
554 Vgl. ebd., S. 207–213.
555 Ebd., S. 207. Der Name des Referats änderte sich mehrfach. Weinbrenner war zeitgleich Vorsitzender der Reichsvereinigung Deutscher Rundfunkkritiker. Der vorgesetzte Ressortleiter der Rundfunkabteilung wiederum agierte gleichzeitig als Präsident der Rundfunkkammer und als Amtsleiter Rundfunk in der Reichspropagandaabteilung der NSDAP (ebd., S. 207).
556 Ebd., S. 213ff. Diese wurden auch kontrolliert (ebd., S. 217). Allerdings verfügte sie wohl über keine Weisungsbefugnis. Ihre Hinweise bezogen sich in erster Linie auf Form und Inhalt des Programms, jedoch nicht auf den allgemeinen redaktionellen Teil (ebd., S. 217f).
557 Vgl. Zu seiner Person auch ebd., S. 216f. Hier wird deutlich, dass Eugen Hadamovsky das Geschäft bis 1937 mit zwei Direktoren für Verwaltung und Technik gemeinsam führte und später durch Einführung des „Führerprinzips“ entmachtet wurde.
558 Ebd., S. 213.
559 Vgl. Dussel, Rundfunkgeschichte 2010, S. 67ff.
560 Vgl. Bauer, Programmpresse 2013, S. 208ff.

Die Kontrolle und inhaltliche Steuerung sollten alsbald auch auf organisatorischer Ebene ihren Ausdruck finden. Berufsverbände von Rundfunkjournalist*innen existierten seit 1926 im Deutschen Reich. In diesem Jahr hatte sich der Verband Deutscher Rundfunkkritiker (VDR) als Interessenvertretung mit liberaler politischer Ausrichtung konstituiert.[561] Eine gänzlich andere Haltung vertrat die Reichsvereinigung Deutscher Rundfunkkritiker (RVDR), die als nationalsozialistische Neugründung ab Mai 1933 versuchte, das Rundfunkwesen im Sinne der neuen Ideologie zu beeinflussen und die journalistischen Fachkräfte entsprechend zu lenken.[562] Im Juli 1933 wurde die RVDR Mitglied in der Nationalsozialistischen Rundfunkkammer e.V., die Mitte November 1933 durch Joseph Goebbels wiederum zur Reichsrundfunkkammer (RRK) umgeformt wurde und fortan als eine von sieben Einzelkammern in die Reichskulturkammer (RKK) eingegliedert wurde.[563] Die RKK diente der *Gleichschaltung* aller Bereiche des Kulturlebens, fungierte als Disziplinierungs- und Überwachungsorgan und organisierte gleichzeitig die Kulturschaffenden.[564] Ihre sieben Kammern setzten sich wiederum aus verschiedenen Einzelverbänden zusammen. Mitgliedschaft in einer dieser Organisationen war bald Voraussetzung für die Ausübung des Berufs. Dies ging einher mit der Ausgrenzung und Verfolgung von missliebigen Kulturschaffenden, die nun aus ideologischen Gründen oder aus rassistischen Motiven ihre Arbeit verloren. Schätzungen zufolge mussten im Pressebereich deutlich mehr als 10 Prozent der Redakteur*innen den Beruf aufgeben.[565] Gleichzeitig trugen die Etablierung des Lenkungsapparats, damit einhergehende Privilegien und die „professionelle Anerkennung in den Standesorganisationen […] zur Selbstanpassung“ ihrer Mitglieder bei.[566] Eine solche Entwicklung war ganz im Interesse der neuen Machthaber, zumal den „bürgerlichen“ beziehungsweise vermeintlich „unpolitischen“ Rundfunkprogrammzeitschriften eine besondere Rolle im Rahmen der NS-Propaganda zukam.[567] Thomas Bauer verwies in diesem Zusammenhang auf eine Äußerung des NS-Verlegers Willi Bischoff aus

561 Vgl. ebd., S. 198f.
562 Vgl. ebd., S. 198ff.
563 Vgl. dazu ausführlich: ebd., S. 198–201.
564 Vgl. ausführlich Volker Dahm, Anfänge und Ideologie der Reichskulturkammer. Die „Berufsgemeinschaft“ als Instrument kulturpolitischer Steuerung und sozialer Reglementierung. In: VfZ 34,1 (1986), S. 53–84.
565 Vgl. Bauer, Programmpresse 1993, S. 219. Andere Schätzungen gehen von einer noch höheren Zahl aus. Vgl. Seegers, Eduard Rhein 2001, S. 107.
566 Ebd., S. 105.
567 Ebd., S. 103f u. S. 114.

dem Frühjahr 1933, wonach die „Politisierung der Rundfunkpresse“ eine „propagandistische[] Wirkung“ besonders bei den primär an Unterhaltung interessierten Hörer*innen haben werde.[568] Er regte an, „den Hörer über sein besonderes Interesse unmerklich an die großen Probleme unserer Zeit heranzuführen“, wobei hier neben unpolitischen auch NS-kritische Rezipient*innen im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie beeinflusst werden sollten.[569]

Am 6. Dezember 1933 gründete sich der Fachverband der Rundfunkpresse (FDR), der zunächst der RRK zugeordnet und nach dem *Führerprinzip* aufgebaut wurde.[570] Die Mitgliedschaft war „für alle Verleger, Schriftleiter der Funkpresse und für die Rundfunkkritiker“ verpflichtend, die sich in drei Gruppen (Funkzeitschriften mit den vier Untergruppen Programmzeitschriften, Fachzeitschriften, Firmenmitteilungen und Korrespondenzen sowie die Gruppen der Schriftleiter und die der Rundfunkkritiker) organisierten.[571] Aber schon im Februar 1934 wurde der FDR aus der RRK aus- und in die Reichspressekammer (RPK) eingegliedert – jedoch ohne, dass die Rundfunkführung im weiteren Verlauf gänzlich darauf verzichtete, Einfluss auf den Fachverband nehmen zu wollen.[572] Spätestens jetzt galt das sogenannte „Schriftleitergesetz“ auch für die Funkjournalist*innen.[573] Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Schriftleitung und Verlegern verlor an Bedeutung. Loyalität wurde in erster Linie gegenüber dem nationalsozialistischen Staat eingefordert.[574]

Das Schriftleitergesetz und der Kammerwechsel hatten jedoch für die Rundfunkjournalist*innen noch eine weitere Konsequenz: Redakteur*innen waren jetzt verpflichtet, sich im Reichsverband der Deutschen Presse (RDP) zu organisieren und sich in die dortige Berufsliste einzutragen.[575] Dies galt formal auch für die sogenannten „Rundfunkkritiker“, die aber bereits im FDR organisiert waren. Dies rief Verwirrung hervor, die vermutlich zunächst insoweit aufgelöst wurde, als die Rundfunkjourna-

568 Bauer, Programmpresse 1993, S. 184. Hier teilweise hervorgehoben.
569 Ebd.
570 Ebd., S. 219f.
571 Ebd., S. 220. Bauer zitierte hier aus der „NS-Funk“.
572 Ebd., S. 221f. Vgl. hier auch zu den ungeklärten Gründen dieser Neuorganisierung. Vgl. zum Handlungsspielraum des FDR und der Lenkungsaufgabe des Propagandaministeriums: S. 228.
573 Ebd., S. 229. Seegers erwähnte, dass ihnen die entsprechenden Fragebögen aber erst im Juni 1934 vorgelegt wurden (Seegers, Eduard Rhein 2001, S. 106). Vgl. zu den Konsequenzen auch ebd., S. 106f.
574 Vgl. dazu ausführlich Bauer, Programmpresse 1993, S. 229f sowie Norbert Frei u. Johannes Schmitz, Journalismus im Dritten Reich. 3., überarbeitete Auflage, München 1999. S. 27ff.
575 Bauer, Programmpresse 1993, S. 230.

list*innen listenmäßig vom RDP erfasst, aber zunächst weiter im FDR organisiert wurden.[576] Allerdings führte diese Situation in der Folgezeit wiederholt zu Kompetenzstreitigkeiten. Diese hatten unter anderem zur Folge, dass sich innerhalb der RDP ein Fachausschuss der Rundfunkschriftleiter bildete. Den Vorsitz übernahm Heinz Franke, der auch den FDR leitete.[577] Erst in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre wurde die Gruppe der Schriftleiter/Rundfunkkritiker dem RDP zugeführt.[578] Bis dahin bestimmte die FDR die Arbeitsweise der „Funk-Wacht"-Redaktion maßgeblich mit.

Die Redaktion der „Funk-Wacht". Interne Struktur und externe Herausforderungen

In der zweiten Jahreshälfte 1933 erweiterte sich die Redaktion der „Funk-Wacht". Heinrich Heise wurde als zusätzlicher Redakteur angestellt. Mitte September machte er mit einem ersten größeren Artikel auf sich aufmerksam. Vorgeblich kommentierte er darin das Winterprogramm des schlesischen Senders. In lobenden Worten hob er etwa grundlegende Änderungen des Programmaufbaus hervor, weg vom „früher herrschenden (und heute in manchen Sendegesellschaften noch nicht ganz beseitigten) beziehungslosen und eigentlich mittelpunktslosen Intellektualismus in die Unmittelbarkeit des Ursprünglichen".[579] Der größte Teil des Beitrags beschäftigte sich jedoch mit der nationalsozialistischen Bewegung, deren Umgestaltungsimpetus er – mit Rekurs auf den Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg – in überschwänglichen Worten begrüßte:

> Die Geschichte lehrt, daß nur diejenigen Völker die Stürme der Jahrtausende überlebten, die die Beziehungen zu den uralten Gegebenheiten von Volk und Rasse, von Blut und Boden, von Gemüt und Geist nicht vergessen oder vernachlässigt haben. Aus diesen Kräften allein wächst die Gesinnung und Haltung, die der Kulturseele eines Volkes erst Form und Gesicht gibt. […] Es ist das historische Verdienst der nationalsozialistischen Bewegung, diese für den Bestand unserer Nation so lebenswichtigen Probleme in ihrer entscheidenden Bedeutung erkannt und den drohenden Verfall mit unerbittlicher Unnachgiebigkeit in einem Augenblick auf gehalten zu haben, wo die Gefahr des rettungslosen Abgleitens in das Uferlose der Verwaschenheit des liberalistischen Relativismus unabwendbar schien. Der Rundfunk ist der unmittelbarste und lebendigste Künder dieser wiedergewonnenen Ideen. […] Er ist sozusagen zu einem „akustischen Spiegel" geworden, der ein unverfälschtes Bild wiedergibt von dem Leben der in sich selbst befreiten deutschen Nation, die nunmehr geeint, Gerechtigkeit und Freiheit um ihrer Ehre und Würde willen von denjenigen fordert, die immer und

576 Vgl. ebd., S. 222f u. S. 230.
577 Vgl. ebd., S. 223. Unklar bleibt an dieser Stelle, ob die Organisation auch als „Fachausschuß der Rundfunkkritiker" firmierte oder ob es sich dabei um eine weitere Einrichtung handelte.
578 Ebd., S. 224.
579 Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 38 vom 17.09.1933, „Der Geist des Ganzen im deutschen Rundfunk".

> immer wieder die toten Paragraphen aus Haß geborener Friedensverträge ausspielen gegen das allererste Gebot der Menschlichkeit: das Recht zum Leben - zum Leben eines Volkes von 65 Millionen. Diese beiden gewaltigen Aufgaben, Erziehung und Aufbau im Inneren, Ausstrahlung deutschen Wesens über unsere Grenzen hinaus, hat der Rundfunk zu bewältigen.[580]

Dieser revisionistische Text kontrastiert auffällig mit einem Vorwurf, mit dem sich Heinrich Heise im März 1935 konfrontiert sah: Der Leiter des zuständigen Landesverbands im RDP hatte auf Anregung des Leiters des Fachausschusses der Rundfunkschriftleiter im RDP ein ehrengerichtliches Verfahren gegen ihn und den Hauptschriftleiter Louis Freise „wegen nationaler Würdelosigkeit" beantragt.[581] Im Kern ging es um die Gestaltung einer „Funk-Wacht"-Rückseite anlässlich des Heldengedenktags, die – so lautete der Vorwurf – geeignet schien, „die deutsche Wehrhaftigkeit zu schwächen".[582]

Dabei handelte es sich um eine Zeichnung mit dem Titel „Argonnerwald um Mitternacht", neben dem sechs von acht Strophen des „Argonnerwaldliedes" zitiert wurden. Die Argonnen waren ein heftig umkämpftes Gebiet im Ersten Weltkrieg. Das Lied war dem Kriegsalltag gewidmet. Es endete in dieser Version mit den beiden Strophen:

> Bei diesem Sturm viel Blut verfloß,
> manch junges Leben hat's gekost't,
> wir Deutschen aber halten Stand
> für das geliebte deutsche Vaterland.
>
> Argonnerwald, Argonnerwald,
> ein stiller Friedhof wirst du bald,
> in deiner kühlen Erde ruht
> so manches tapfere Soldatenblut.[583]

Die Zeichnung selbst zeigte eine Gruppe von ineinander verwobenen Soldatenkörpern, die augenscheinlich im Schützengraben ausharren, im Sterben liegen oder schon tot sind. Freise als verantwortlicher Hauptschriftleiter und Heise als „für die Aufnahme" in die Zeitschrift unmittelbar verantwortlicher Schriftleiter bestritten die oben genannten Vorwürfe.[584] Heise stellte sich auf den Standpunkt, „dass das Bild das Furchtbare

580 Ebd.
581 StAHH, 221-11, 47201, Schreiben des Landesverbands Groß-Hamburg-Lübeck im Reichsverband der Deutschen Presse (Stöger) an das Bezirksgericht der Deutschen Presse, 25.06.1935.
582 Ebd.
583 Funk-Wacht, 10. Jg. Nr. 12 vom 17.03.1935, „Argonnerwald um Mitternacht".
584 StAHH, 221-11, 47201, Schreiben des Landesverbands Groß-Hamburg-Lübeck im Reichsverband der Deutschen Presse (Stöger) an das Bezirksgericht der Deutschen Presse, 25.06.1935.

des Krieges veranschaulichen sollte, damit sich von diesem düsteren Hintergrund die ganze Größe des Heroismus unsrer Weltkriegsarmee“ abhebe.[585] Und auch der Heinrich Bauer Verlag versuchte mit einer Stellungnahme beim Fachverband der Rundfunkpresse die Anschuldigungen zu entkräften.[586] Aber vergeblich: Der Fachverband der Rundfunkleiter beharrte auf seinem Antrag, zumal zuvor bereits Rücksprache mit dem Staatssekretär im Propagandaministerium und dem Geschäftsführer der Reichspressekammer gehalten worden sei.[587] Der zuständige Landesverband notierte dazu lakonisch:

> Der Landesverband Groß-Hamburg-Lübeck im Reichsverband der Deutschen Presse muß selbstverständlich dem Berufsgericht das Urteil über das inkriminierte Bild in der Funk-Wacht überlassen, hält es aber künstlerisch für belanglos und in der Ausführung geschmacklos.[588]

Freises Ausführungen zufolge wurden er und Heise seinerzeit „freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt“.[589]

Zum Hintergrund der Anschuldigungen erläuterte er ferner, es habe sich dabei um ein „Konkurrenzmanöver des NS-Funk“ gehandelt.[590] Der „NS-Funk“ war eine seit 1933 im Münchner Franz Eher Verlag erscheinende nationalsozialistische Radiozeitschrift, die seit Ende 1933 auch als „Organ der Rundfunkkammer“ auftrat.[591] Bis zum zweiten Halbjahr 1935 stieg die Auflage rapide auf rund 225 000 Exemplare wöchentlich an, danach stagnierten die Zahlen.[592] Bei näherer Betrachtung fällt jedoch auf, dass die Zeitschrift über keine enge Bindung zu ihrer Leserschaft verfügte, überdurchschnittlich viele Gratisexemplare drucken ließ und es der Redaktion angesichts des offiziösen Charakters nicht gelang, „die breite Masse der Hörer, die von einer Programmzeitschrift neben der Vorschau auch noch einen reich illustrierten und interessanten Unterhaltungsteil erwartete“, anzusprechen.[593]

Vor diesem Hintergrund klingt Louis Freises Aussage, dass der NS-Funk im Sinne eines „Konkurrenzmanövers“ gegen die „Funk-Wacht“ mobilisierte, „weil sich

585 Ebd.
586 Vgl. ebd.
587 Ebd.
588 Ebd.
589 Ebd., Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen. Er erwähnte in diesem Zusammenhang, dass der Staatssekretär Funk aus dem Propagandaministerium versuchte, den „Fachverband zur Einlage der Revision zu veranl[a]ssen“.
590 Ebd. Im Original teils hervorgehoben.
591 Bauer, Programmpresse 1993, S. 233 u. S. 266. Damit war sie eine von wenigen Neugründungen seit 1933.
592 Vgl. ebd., S. 267.
593 Ebd., S. 268ff.

die genannte Zeitschrift nicht gegen uns durchsetzen konnte“, durchaus plausibel.[594] Freise dazu weiter:

> Wir machten zwar einige Konzessionen im Inhalt aber nicht genug, der Verlag erhielt wegen geringfügiger Kleinigkeiten, die an sich der Redaktion zur Last fielen, Geldstrafen und man suchte und fand dann schließlich auch noch einen Fall, um mit Unterstützung des Propaganda-Ministeriums den Schriftleitern den Hals umzudrehen.[595]

Freise rekurrierte hier auf das oben beschriebene Berufs-Ehrengerichts-Verfahren, das mit dem Freispruch endete.[596] Explizit ging er an dieser Stelle auch auf die Doppelfunktion des NS-Funk-Hauptschriftleiters ein, der „gleichzeitig Vorsitzender des Fachverbands war.[597] Gemeint war damit Heinz Franke, der seit 1928 der NSDAP angehörte und sowohl dem Fachausschuss der Rundfunkschriftleiter als auch dem Fachverband der Rundfunkpresse vorstand.[598] Darüber hinaus war Franke tatsächlich auch Chefredakteur des NS-Funks. Auf der Funkausstellung im August 1934 hatte er sich etwa ausgiebig über „angebliche Fehlleistungen der ‚bürgerlichen‘ Periodika“ ausgelassen und Verbote angedroht:

> Die Vielzahl der Rundfunkprogrammzeitschriften ist ein getreues Spiegelbild der liberalen Systemzeit. Jede Partei hatte damals ihr eigenes Rundfunkblatt gehabt. Die Parteien sind verschwunden, aber die Vielzahl der Rundfunkprogrammzeitschriften […] ist geblieben. Dabei sind viele Rundfunkzeitschriften heute kaum noch lebensfähig und lebensberechtigt.[599]

Insofern erscheint die Aussage, Franke habe versucht, der „Funk-Wacht“ zu schaden, zumindest nicht abwegig. Freise wiederum nahm seinem eigenen Bericht zufolge das Verfahren aus dem Jahr 1935 zum Anlass, sich „langsam aber stetig von der NSDAP zurück[zuziehen]“, weil er „von den örtlichen Dienststellen keinerlei Unterstützung“ erhielt, obwohl er „für diesen Prozess dringend darum gebeten hatte“.[600] Er ergänzte ferner, dass der Heinrich Bauer Verlag inzwischen „weiter von Berlin aus schikaniert“ wurde und er sich 1936 veranlasst sah, sein „Amt als Hauptschriftleiter niederzulegen“

---

594 StAHH, 221-11, 47201, Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen.
595 Ebd.
596 Als im Dezember 1936 eine Rundfunksendung mit dem Titel „Argonnerwald um Mitternacht…“, erschien, ließ es sich die Redaktion nicht nehmen, auf der letzten Seite der Zeitschrift ausführlich darauf hinzuweisen (vgl. Funk-Wacht, 11. Jg. Nr. 50 vom 13.12.1936).
597 StAHH, 221-11, 47201, Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen.
598 Vgl. zu seiner Biografie: Bauer, Programmpresse 1993, S. 224ff.
599 Ebd., S. 275. Bauer zitiert hier aus einem Artikel „Die nationalsozialistische Rundfunkpresse“, der wohl im Völkischen Beobachter vom 26. August 1934 [Beilage] erschien. Ähnlich hatte sich Franke in der Zeitschrift Funk und Bewegung. Jg. 1934. Heft 9, S. 2 geäußert. Vgl. zu diesem Komplex: ebd. S. 377.
600 StAHH, 221-11, 47201, Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen.

und sich „auf die Redaktion der Rundfunk-Fragen und der Radio-Technik zurückzuziehen“.[601]

Während sich Freises Aussagen zu seinem Engagement in der NSDAP nicht durch unabhängige Quellen nachprüfen lassen, lässt sich sein Rücktritt als Hauptschriftleiter anhand des Zeitungsimpressums durchaus nachvollziehen: Hier hatte Heinrich Heise die Hauptschriftleitung zunächst vertretungsweise übernommen.[602] Ab Mitte Juli 1936 fungierte er auch offiziell als Hauptschriftleiter.[603] Überhaupt lassen sich im Jahr 1936 einige Änderungen im Impressum ausmachen: Walter Pilkuhns Name verschwand, er blieb der Zeitschrift jedoch als regelmäßiger Beiträger erhalten. Verantwortung für „Radio-Technik“ und „Auskunft“ übernahm nun aber allein Louis Freise.[604] Heinrich Heise fiel die Verantwortlichkeit für Feuilleton, Bildseiten und das Programm zu.[605] Und auch der Name Alfred Bauer verschwand vorübergehend aus dem Blatt. Das Anzeigengeschäft wurde ausgelagert und von einem gewissen Walter Roltsch übernommen.[606] Zum zweiten Halbjahr 1937 wurde Roltsch von Carl Schütt als verantwortlichem Anzeigenleiter abgelöst.[607] Zum Jahreswechsel 1937/38 übernahm diese Funktion dann erneut Alfred Bauer.[608]

Auch für diesen Zeitraum lassen sich keine Quellen ausfindig machen, die einen vertiefenden Einblick in den Redaktionsalltag ermöglichen würden. Einzelne Namen tauchten in der Zeitschrift häufiger auf und es stellt sich die Frage, ob es sich hierbei um festangestellte Mitarbeiter handelte. Dies betraf etwa Dr. Kurt Herbst, Heino Landrock, Heinrich Rumpff, Dr. Paul Schnadt, Konrad Tegtmeier und Dr. Kurt Wagenführ. Eine nähere Begutachtung lässt jedoch darauf schließen, dass es sich hierbei allenfalls um freie Mitarbeiter handelte. Heino Landrock, NSDAP-Mitglied seit 1937, war ein freier Funkreporter und für den Reichssender Hamburg tätig.[609] Außerdem veröffent-

601 Ebd. Er erwähnte ferner, dass der „einzige Erfolg dieser Maßnahme“ darin bestand, dass sich dadurch sein „Einkommen nicht unerheblich verminderte“.
602 Vgl. etwa Funk-Wacht, 11. Jg. Nr. 26 vom 28.06.1936.
603 Ebd., Nr. 29 vom 19.07.1936.
604 Ebd.
605 Ebd.
606 Vgl. etwa Funk-Wacht, 11. Jg. Nr. 26 vom 28.06.1936. Womöglich auch „Roitsch“.
607 Vgl. Funk-Wacht, 12. Jg. Nr. 27 vom 04.07.1937.
608 Vgl. ebd., Nr. 52 vom 26.12.1937. Hier taucht Bauer noch als Vertretung auf.
609 Vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, 24611102. 1933 ging die NORAG scheinbar auf Distanz zu Landrock und entließ ihn als festen Mitarbeiter (vgl. Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 21 vom 21.05.1933, „Berichtigung“ sowie StAHH, 221-11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung, Misc 12742, „Inwiefern ich ein Gegner der NSDAP war“, 30.11.1947).

lichte er als Redakteur und Schriftsteller in der Presse, im Rundfunk und in Buchform.[610] Heinrich Rumpff, der auch Fortsetzungsromane in der „Funk-Wacht“ veröffentlichte, beschrieb sich selbst als „freier Mitarbeiter“.[611] Paul Schnadt, der seit 1933 der NSDAP angehörte, hatte als promovierter Diplom-Volkswirt für verschiedene Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen gearbeitet, die „Funk-Wacht“ fand in einer von ihm selbst verfassten Aufzählung jedoch keine Erwähnung.[612] Kurt Wagenführ wiederum hatte in den frühen 1930er-Jahren bei der Deutschen Welle gearbeitet und sich nach seiner Entlassung 1933 zunächst journalistisch als freier Mitarbeiter für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften betätigt, teils auch in Festanstellung.[613] Er erwähnte die Zeitschrift in einer Aufstellung seiner (ehemaligen) Arbeitgeber, die er im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens erstellte, ebenfalls nicht.

Demgegenüber verwies Konrad Tegtmeier, dessen Name in den 1920er- und 1930er-Jahren häufig in der Zeitschrift auftauchte, in seinem Entnazifizierungsverfahren durchaus auf die „Funk-Wacht“.[614] Er hatte in den 1920er-Jahren für verschiedene Verlage und eine Zeitschrift gearbeitet und sich ab 1930 auch als freier Schriftsteller betätigt.[615] Tegtmeier engagierte sich eigenen Angaben zufolge im Vorstand des Schutzverbands deutscher Schriftsteller und der Heinrich Heine-Gesellschaft und war 1937 der NSDAP beigetreten.[616] Um die Gründe für seinen Parteieintritt zu erläutern, verfasste er eine Erklärung, in der auch die „Funk-Wacht“ eine Rolle spielte:

> Ich lebte schon 1933 in Hamburg als freier Schriftsteller, arbeitete seit Jahren für den Rundfunk und für die Tagespresse und war vor allem Rundfunk-Kritiker (Funk-Wacht) und Theaterkritiker.
> Als 1933 dann Dr. Bruno Peyn und Walter Gättke das Hamburger Schrifttum „gleichschalten“ wollten, wurde ich als Nichtmitglied der Partei terrorisiert:
>
> 1.) weil ich seit Jahren zusammen mit Prof. Berendson dem Vorstand der Heinrich-Heine-Gesellschaft angehörte,
> 2.) weil ich sehr freimütig und offen Kritik an der Rundfunkarbeit der neuen Machthaber übte,
> 3.) weil ich im Stadttheater Wandsbek (Niederdeutsche Bühne) während der Uraufführung von zwei Nazi-Einaktern Dr. Bruno Peyns laut lachte, pfiff und meinen Unwillen äußerte.

610 Vgl. ebd., Zum Fragebogen: Heino Landrock, 11.11.1946. Siehe auch Funk-Wacht, 14. Jg. Nr. 32 vom 06.08.1939, „Mikrofonbesuch beim Schiffsmodellbauer“ (hier auch mit Abbildung von Landrock) sowie BArch Berlin, R9361-V, 26594.
611 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Heinrich Rumpff an Heinrich Bauer, 28.01.1949.
612 Vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, 38650769 sowie StAHH, 221-11, 34106.
613 StAHH, 221-11, Misc 14193.
614 StAHH, 221-11, F(P) 5390.
615 Vgl. ebd., Kurzer Lebenslauf, undatiert.
616 Ebd. Vgl. dazu auch BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, 44170980.

> Dr. Bruno Peyn wandte sich deshalb in einem langen Schreiben an meinen Arbeitgeber, den Verleger der Funk-Wacht und beklagte sich darüber, daß ich seine Einakter auch in der dann erschienenen Kritik verrissen habe. Er schrieb wörtlich: „Ihr Mitarbeiter hat die typisch kodderige jüdische Journalistenschnauze!“
> Die Folge war, daß ich von der Mitarbeit am Rundfunk lange Zeit ausgeschlossen wurde. Ich habe erst in späteren Jahren in der Niederdeutschen Abteilung des Senders, bei Dr. Hans Böttcher, wieder arbeiten können.[617]

Seine dahingehenden Ausführungen lassen sich in der Gesamtheit nicht unabhängig überprüfen. Die Kritik in der „Funk-Wacht“ indes ist überliefert. Darin äußerte er sich wie folgt:

> Die Niederdeutsche Funkbühne wiederholte Bruno Peyns ,,Sunte Maria tou'm Schare" mit der Musik Siegfried Schefflers. Bemerkenswert, daß der Deutschlandsender diese plattdeutsche Sendung übernahm. Sonst haben die niederdeutschen Dramatiker selten das Glück, mit ihren Spielen über Hamburg hinaus zu kommen. Ob nun gerade ein Singspiel dazu angetan ist, im weiten Reiche mit der plattdeutschen Dramatik bekannt zu machen, sei dahingestellt, da doch eine solche Sendung in den gesungenen Partien ohne Textbuch gänzlich unverständlich bleiben muß. Schade, daß die niederdeutsche Abteilung mit ihren Sendespielen immer im Kreise in den alten vertrauten, aber auch langsam ausgefahrenen Gleisen läuft. Um so bedauerlicher, da sich daneben wohl junge Kräfte regen, die aber wie jetzt Willy Kagelmacher mit seinem „Schandschipp“ - als Außenstehende ganz auf sich selbst angewiesen sind.
> TEGTMEIER[618]

Seiner Mitarbeit bei der „Funk-Wacht“ tat diese Episode keinen Abbruch. Tegtmeier konnte hier auch in den kommenden Monaten und Jahren teils umfangreiche Beiträge, Reportagen und Gedichte veröffentlichen. Als er im September 1933 einen Fragebogen für die Mitglieder des Reichsverbands Deutscher Schriftsteller ausfüllte, gab er an, er stünde „in festem Mitarbeiter-Verhältnis mit dem ‚Deutschen Rundfunk‘, Berlin, der ‚Funk-Wacht‘ Hamburg, der ‚Europa-Stunde‘, Berlin, dem ‚Hamburger Fremdenblatt‘, der ‚Deutschen Bühne‘, Berlin und dem ‚Deutschen Theaterblatt‘, Berlin“. [619] Es hat den Anschein, als sei Tegtmeier zwar ein regelmäßiger, aber doch eben „freier“ Mitarbeiter der „Funk-Wacht“ gewesen.

Diese Vermutung wird mit Blick auf einige Ausführungen von Kurt Herbst gestützt. Herbst war Musikschriftsteller und Komponist, der gelegentlich auch Kritiken veröffentlichte und Ende 1936 in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Im Zuge dessen

617 StAHH, 221-11, F(P) 5390, Erklärung betr. meiner Parteizugehörigkeit zur NSDAP seit 1937, 06.07.1945. Hervorhebung im Original. Orthographische Fehler wurden im Zitat korrigiert.
618 Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 2 vom 08.01.1933, „Kritik“.
619 Vgl. BArch Berlin, R9361-V, 37557, Fragebogen für Mitglieder, 24.09.1933.

hatte er sich an die Reichsmusikkammer gewandt und um Berücksichtigung bei der Spendenaktion „Künstlerdank“ gebeten.[620] In seinem Schreiben nahm er auch Bezug auf seine „Verbindung mit einer Hamburger Groß-Funkzeitschrift“, in der er in der Vergangenheit seine „Haupttätigkeit“ gesehen hatte.[621] In einem späteren Schreiben führte er aus, dass seine „musikalische Mitarbeit an einer Funkzeitschrift“, für die er „laufend 120,- Mk erhielt, von heute auf morgen“ vorübergehend abgebrochen wurde.[622] Die genauen Umstände lassen sich an dieser Stelle nicht im Detail rekonstruieren. Festhalten lässt sich, dass Herbst im November 1937 juristische Beratung beziehungsweise Unterstützung bei der Reichsschrifttumskammer ersuchte, weil er von der Kulturkammer „auf eine bessere Nutzung [seiner] für den Verlag Bauer getätigten Arbeiten“ hingewiesen worden war.[623] Dabei ging es um die Veröffentlichung eines „ABC der Funkmusik“. Die einzelnen Beiträge erschienen in der „Funk-Wacht“, wurden jedoch auch als zusammenhängende Publikation herausgegeben. Die Beiträge wurden „nach dem geltenden Zeilenhonorarsatz der Zeitschrift honoriert“, Herbst musste jedoch vorab einen Vertrag unterzeichnen, wonach er für die anschließende „Sonderschrift“ auf eine Honorarbeteiligung „zu verzichten hätte, sofern der Verlag aus der Preisgestaltung dieser Buchform den Charakter der Werbung und Reklame erkennen“ ließe.[624] Dieses Vertragswerk hielt Herbst für ungültig. Um sich der Unterstützung der Reichsschrifttumskammer zu versichern, begann Herbst im weiteren Verlauf des Schreibens damit, sich ausführlich über den Heinrich Bauer Verlag zu beschweren:

> Zum weiteren Verständnis dieser Angelegenheit gebe ich noch an, daß der Verlag Bauer – es ist ein mit der nationalsozialistischen Rundfunkentwicklung schnell groß gewordenes Familienunternehmen; Auflage ca. 450.000 Exemplare, eigene Druckerei usw. – in seiner sozialen Einstellung als rigoros bekannt ist und auch den amtlichen Stellen (Fachverband der Rundfunkpresse; Deutsche Arbeitsfront) Gelegenheit zum Einschreiten gab.[625]

Mit Rekurs auf das Vertragswerk beklagte sich Herbst ferner über die Nichteinhaltung des Schriftleitergesetzes:

620 BArch Berlin, R9361-V, 93426, Kurt Herbst an den Peter Raabe / z.Hdn. Fräulein Heinz, 16.11.1936.
621 Ebd. Er erwähnte ferner, dass sein „Verhältnis hier sehr unbestimmt“ war und das „Verhältnis zu der genannten Funkzeitschrift“ durch das Eingreifen des Fachverbands der Rundfunkpresse „für die Zukunft geregelt“ wurde.
622 Ebd., Kurt Herbst an Hugo Rasch, 08.12.1937.
623 Ebd., Kurt Herbst an Reichsschrifttumskammer, 03.11.1937.
624 Ebd.
625 Ebd.

> Der Zwang zu einem solchen Vertrag war deshalb möglich, weil der Hauptschriftleiter dieser Funkzeitschrift – wie auch noch heute – auf die Honorarbestimmunen und alle damit zusammenhängenden Fragen keinerlei Einfluß hat und auch keine Trennung von Hauptschriftleitung und Verlag im Sinne des Schriftleitergesetzes besteht.[626]

Herbst schrieb später von einem „mißverständlichen Wort seitens der Rundfunkführung", das „inzwischen wieder richtig gestellt wurde" und ihm die weitere Mitarbeit bei der „Funk-Wacht" ermöglichte.[627] Dennoch dürften dem Verlag daraus Konsequenzen erwachsen sein. Für den Moment bleibt festzuhalten, dass sich Kurt Herbst als einer der eifrigsten Beiträger der „Funk-Wacht" hier überdies als „ständiger freier Mitarbeiter des Verlages" bezeichnete.[628] Insofern ist davon auszugehen, dass sich der feste Redaktionsstab, der eine bemerkenswerte personelle Kontinuität aufwies, tatsächlich primär aus Heise und Freise zusammensetzte, die auf eine Anzahl regelmäßiger Beiträger zurückgreifen konnten und in enger Abstimmung mit Alfred und Heinrich Bauer agierten.

In dieser Konstellation fiel besonders Heinrich Heise eine ambivalente Rolle zu. Der 1899 geborene Heise hatte lange mit dem Puppenspieler Werner Perrey zusammengearbeitet.[629] Etwa 1932 war er nach Hamburg gezogen und seit 1933 bei der „Funk-Wacht" beschäftigt.[630] Eine Quelle erwähnt zwar, Heise sei bereits 1930 zur „Funk-Wacht" gewechselt.[631] Allerdings existiert ein Bericht aus dem Jahr 1931 in der Zeitschrift über das Kieler Puppenspiel, in dem Heinrich Heise noch als „Charakterspieler" der Schauspieltruppe vorgestellt wurde.[632] Er war seit 1930 mit der Bauhaus-

626 Ebd.
627 Ebd., Kurt Herbst an Hugo Rasch, 08.12.1937.
628 Ebd., Kurt Herbst an Reichsschrifttumskammer, 03.11.1937.
629 Vgl. Jutta Matz, Werner Perrey. Der Kieler Kasper, Norderstedt 2020, S. 18ff.
630 Pro-nationalsozialistische Beiträge, wie Heinrich Heises Text vom Herbst 1933 (Funk-Wacht, 8. Jg. Nr. 38 vom 17.09.1933, „Der Geist des Ganzen im deutschen Rundfunk"), scheinen von ihm nicht regelmäßig, aber doch auch zu anderen Gelegenheiten veröffentlicht worden zu sein. Im März 1935 – eine Woche nach Erscheinen des Argonnerwald-Gedichts – bezog er sich in einem Artikel abermals positiv auf die NS-Bewegung. Dabei stellte er insbesondere die Bedeutung und die Notwendigkeit der „Kritik" im Nationalsozialismus heraus. Darin etwa: „Von diesen Gesichtspunkten aus gesehen aber ist Kritik heute notwendiger denn je und kann nicht weggedacht werden aus dem deutschen Wiederaufbauwerk, weil sie in den lebendigen Zusammenhang unserer nationalen Wiedergeburt notwendig hineingehört. Selbstverständliche Voraussetzung für jegliche Kritik ist natürlich, um es noch einmal zu sagen, daß die geistige Grundeinstellung weltanschaulich in dem Ideengut des Nationalsozialismus verankert ist. Daß derjenige, der kritische Urteile abgibt, mit dem Gegenstand, der beurteilt werden soll, vollkommen vertraut ist, muß als weitere unerläßliche Bedingung gestellt werden. Die neue Art der Kritik aber muß in ihrer Grundhaltung positiv und schöpferisch sein." (ebd., 10. Jg. Nr. 13 vom 24.03.1935, „Kritik im Aufbau").
631 Vgl. Matz, Perrey, 2020, S. 20.
632 Funk-Wacht, 6. Jg. Nr. 22 vom 31.05.1931, „Sünd ji all doar?".

Künstlerin Dörte Helm-Heise verheiratet.[633] Ihre Mutter Alice Caroline, geb. Bauer, war evangelisch getauft, entstammte jedoch einer jüdischen Familie. Als „Halbjüdin" war Dörte Helm von der nationalsozialistischen Rassengesetzgebung betroffen.[634] Durch das Reichskulturkammergesetz wurde sie außerdem in ihrer beruflichen Tätigkeit beschränkt, schriftstellerisch betätigte sie sich teils unter Pseudonym.[635] Nach dem plötzlichen Tod von Dörte Helm im Jahr 1941 infolge einer Grippe heiratete Heinrich Heise einige Zeit später Lissi Bothmann. Es wird berichtet, auch sie habe bei der „Funk-Wacht" gearbeitet, allerdings ließ sich im Rahmen der bisherigen Recherchen lediglich nachweisen, dass sie in den 1940er-Jahren vorübergehend als Lehrerin tätig war.[636]

Themen, Inhalte und Gestalt der Zeitschrift

Die Anrufung des Berufs-Ehrengerichts auf Initiative von Heinz Franke machte deutlich, wie eng die Spielräume in der redaktionellen Gestaltung der Zeitschrift inzwischen geworden waren. Wollten die Schriftleiter weiter bei der Rundfunkpresse tätig sein, mussten sie sich entsprechend anpassen. RRG und FDR hatten bereits im Februar 1934 eine „Vereinbarung" geschlossen, wonach nur noch die im FDR organisierten Programmzeitschriften die Vorschauen der Reichssender abdrucken durften.[637] Dies ging einher mit weiteren Regularien. So waren die Verantwortlichen nunmehr verpflichtet, alle deutschen Programme zu berücksichtigen. Im redaktionellen Teil, der einen Umfang von mindestens acht Seiten haben musste, sollten sich 75 Prozent „mit den Belangen des Mediums" beschäftigen.[638]

Viele Rundfunkzeitschriften sahen sich nun veranlasst, in erster Linie das zur Verfügung gestellte RGG-Informationsmaterial und Texte der sendereigenen Programmdienste abzudrucken.[639] Überhaupt reduzierten sich die Optionen der Informationsbeschaffung: Zahlreiche Informationsdienste, Korrespondenzbüros und

633 https://www.hamburg.de/clp/frauenbiografien-suche/clp1/hamburgde/onepage.php?BIOID=4671&qN=Helm [Zugriff am 01.07.2024] sowie Ulrike Müller, Bauhaus Frauen. Meisterinnen in Kunst, Handwerk und Design. 2. Auflage, Berlin 2016, S. 98ff.
634 Ebd., S. 103.
635 Sibylle Beck von Goetz, Bauhauskünstlerin mit Berufsverbot – Dörte Helm (1898–1941). In: https://forschendes-lernen.de/forschendes-lernen/allgemein/doerte-helm-1898-1941bauhauskuenstlerin-malerin-graphikerin [Zugriff am 18.09.2024].
636 Vgl. https://doerte-helm.de/fotos-und-nachruf/ [Zugriff am 01.07.202]. sowie StAHH, 221-11, 59065.
637 Vgl. Bauer, Programmpresse 1993, S. 233f. Hier auch mit einer ausführlichen Einordnung. Die Programmbelieferung wurde nun zum „Druckmittel" (S. 239).
638 Ebd., S. 235.
639 Ebd., S. 235. Siehe dazu auch S. 279f.

(Foto-)Agenturen wurden verboten oder sahen sich gezwungen zu schließen.[640] Um einer Tendenz zur Uniformität entgegenzuwirken, wurden im März 1935 weitere Zusatzbestimmungen bekannt gegeben. So sollte „der Abdruck von Rundfunkprogrammen in Zukunft nur den Zeitschriften gestattet [werden], die in ständiger eigenschöpferischer Arbeit an den Problemen des Rundfunks mitarbeit[et]en und durch restloses Eingehen auf alle wichtigen Gebiete des Rundfunks sich bemüh[t]en, eine kulturell wirklich hochwertige Zeitschrift zu schaffen".[641] Im Zuge dessen erfolgte ferner die Festlegung einer Mindestseitenzahl von jeweils 16 Seiten für den Programm- und den Redaktionsteil.[642] Allerdings erwiesen sich diese Versuche, einer Gleichförmigkeit entgegenzuwirken, nur bedingt als erfolgreich.[643] Dies war teils dem Umstand geschuldet, dass verschiedene Partei- und Staatsinstanzen den Rundfunkzeitschriften, etwa durch die regelmäßigen Rundschreiben des FDR, inzwischen sehr konkrete inhaltliche Hinweise und Anweisungen gaben.[644] Der „Raum für Eigeninitiative" wurde zunehmend eingeschränkt.[645]

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Handlungsspielräume bestanden und wie diese ausgenutzt wurden. Inzwischen berichteten alle Publikationen ausführlich und überschwänglich über die Feier- und Gedenktage des nationalsozialistischen Veranstaltungskanons. An dieser Stelle kann nicht im Detail geprüft werden,

640 Ebd., S. 243f.
641 Der Zeitschriften-Verleger, 37. Jg. Nr. 8 vom 10.04.1935, „Ausgestaltung von Rundfunkprogramm-Zeitschriften".
642 Bauer, Programmpresse 1993, S. 236.
643 Vgl. ebd., S. 279f.
644 So wurden in den FDR-Rundschreiben 1934 (BArch Berlin, R 34, 31) etwa Regelungen für die Nennung von Ortsnamen ausländischer Städte (Nr. 22/1934) oder für die Berichterstattung über die „Volksabstimmung über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs" vom 19. August 1934 (Nr. 33/1934) kommuniziert. Rekapitulierend wurde die Berichterstattung dann dennoch scharf kritisiert: „Zwei tiefbedauerliche Vorkommnisse in der letzten Woche veranlassen uns, nochmals die gesamte Rundfunkfachpresse zu ersuchen, stets eingedenk zu sein, dass sie in allererster Linie dazu berufen ist, die Mittlerin zwischen dem Rundfunk und der deutschen Hörerschaft zu sein. Diese Tätigkeit verpflichtet, wenn sie wirklich verantwortungsbewusst ausgeübt wird, ein gewissenhaftes Eingehen auf die grossen kulturellen, künstlerischen und politischen Probleme des nationalsozialistischen Rundfunks. Der Beruf des Rundfunkschriftleiters erfordert ein hohes Mass von Pflicht- und Verantwortungsgefühl. Es muss künftig in der deutschen Rundfunkpresse unmöglich sein, dass zu einem so historisch bedeutsamen Tag, wie dem 19. August 1934, an dem das gesamte Deutsche Volk sich in würdiger Geschlossenheit zu seinem Führer bekannte, Rundfunkzeitschriften als Titelbilder negroide Frauentypen aus der Südsee abbilden. […] Den Schriftleitern der beiden Rundfunkzeitschriften haben wir wegen ihres Verhaltens, das eine kaum mehr zu übertreffende nationale Würdelosigkeit darstellt, einen scharfen Verweis erteilt" (Nr. 37/1934).
Vgl. zur Einflussnahme auf die Zeitschriften auch Bauer, Programmpresse 1993, S. 248f. Ab 1939 wurde mit der Einführung eines „Zeitschriften-Dienstes" ein zentrales Beeinflussungsinstrument geschaffen (ebd., S. 249ff).
645 Vgl. ebd., S, 277.

wie verschiedene aktuelle Themen und Ereignisse – beispielsweise der Tod Hindenburgs, die Saarabstimmung 1935, die Olympiade 1936, der Spanische Bürgerkrieg oder der „Anschluss“ Österreichs – in der „Funk-Wacht“ verhandelt wurden und wie sich die Darstellungsweise von der anderer Rundfunk-Zeitschriften möglicherweise unterschied.[646] Festhalten lässt sich, dass die „Funk-Wacht“ mit ihren Berichten und Beiträgen die nationalsozialistische (Außen-)Politik unterstützte und inhaltlich flankierte. Veranschaulichen lässt sich dieses Agieren etwa im Rahmen der sogenannten „Sudetenkrise“, als die deutsche Regierung einen Konflikt mit der Tschechoslowakei provozierte. Zu dieser Zeit vermeldete die „Funk-Wacht“:

> Die Unterdrückung der Sudetendeutschen durch die Terrormaßnahmen der tschechischen Machthaber in Prag und ihre dadurch bekundete Einstellung gegen das natürliche Recht der Selbstbestimmung der nichttschechischen Volksgruppen zeigen einen Grad politischer und menschlicher Unvernunft, die in Hinblick auf die europäische Verantwortung als verbrecherisch bezeichnet werden muß. Die Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen liegt einzig und allein bei den Tschechen, die mit allen Mitteln der Lüge und Verleumdung versuchen, ihrem Handeln einen Schein des Rechts zu geben. In diesem Verleumdungsfeldzug, der den Haß der Massen gegen alles Nichttschechische aufstacheln soll, steht der Rundfunk natürlich mit in vorderster Front. Es ist daher ganz selbstverständlich, daß wir die Programme des tschechischen Rundfunks nicht mehr veröffentlichen.[647]

Mit Blick auf die Komposition der Zeitschrift fällt zudem auf, dass bald regelmäßig Aphorismen und Zitate bekannter Dichter, Schriftsteller, Politiker und NS-Funktionäre wiedergegeben wurden. Diese hatten oft einen politisch-pathetischen Impetus im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie und erschienen vor allem im Romanteil des Blatts. Ferner finden sich in der „Funk-Wacht“ antisemitische Stereotype, Textstellen und Beiträge, deren Zahl gegen Ende der 1930er-Jahre zunahm.[648] Gleichwohl lässt sich mit Blick auf die begutachteten Zeitschriften-Exemplare konstatieren, dass der rassistische Antisemitismus in der „Funk-Wacht“ nur selten explizit präsent

646 Posthum wurde Hindenburg mit einem Titelbild gewürdigt (Funk-Wacht, 9. Jg. Nr. 33 vom 12.08.1933). Vgl. beispielsweise auch: 10. Jg. Nr. 4 vom 20.01.1935, „Deutsch ist die Saar“.
647 Funk-Wacht, 13. Jg. Nr. 39 vom 25.09.1938.
648 Vgl. etwa ebd., 10. Jg. Nr. 43 vom 20.10.1935, „Reichssendeleiter Hadamovsky verkündet das musikalische Aufbauprogramm des deutschen Rundfunks“, 12. Jg. Nr. 28 vom 11.07.1937, „Auf nach Berlin!“, 13. Jg. Nr. 48 vom 27.11.1938 mit der Bildberichterstattung über „den Trauerzug mit den sterblichen Ueberresten des in Paris von Judenband heimtückisch ermordeten Gesandtschaftsrates Ernst vom Rath“, 14. Jg. Nr. 13 vom 26.03.1939, „Kanonen, Bombenflugzeuge, Rundfunksender“, Nr. 18 vom 30.04.1939, „Sieg der Jdee! Zum 1. Mai 1939“ (Beitrag von Karl Kaufmann), Funk-Wacht/Mein-Funk, 14. Jg. Nr. 48 vom 26.11.1939, „Der Meuchelmord in München“.

war.[649] Artikel und Beiträge, wie sie etwa in der „Welt von Heute“ ab Ende 1941/Anfang 1942 publiziert wurden, ließen sich in der „Funk-Wacht“ jedenfalls nicht in dieser Form und Häufung ausmachen.[650]

Das Bild-Text-Verhältnis der „Funk-Wacht“ wiederum ist bereits in zeitgenössischen Publikationen Gegenstand von Untersuchungen geworden. Demnach erschien ein Großteil der auflagenstärksten Rundfunkzeitschriften in Berlin, wo die Konkurrenz besonders ausgeprägt war und der Fokus insbesondere auf dem Bildanteil lag.[651] Friedrich Hermann Korte hatte für seine Dissertation „Landschaft und Sender. Eine Untersuchung der Beziehungen zwischen Rundfunksender und seiner Landschaft unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse beim Reichssender Hamburg“ unter anderem Auskünfte über die Gestaltung der „Funk-Wacht“ eingeholt und eine Rückmeldung erhalten, die er in seinem Text verarbeitete. Obschon der Aussagewert der Quelle begrenzt ist, vermag dieses Zitat einen Eindruck des zeitgenössischen Publikumsverständnisses, der Perspektive der Zeitschriftenproduzenten und zur Herkunft des Bildmaterials zu vermitteln:

> Nach Angaben des Verlags der Funkwacht schätzt der niederdeutsche Abonnentenkreis das Bild im Verhältnis zum Wort weniger als etwa südlichere Kreise. Äußerlich ist diese Tatsache belegt durch das Gesicht der Funkwacht selbst, bei der das Wort, und dieses wieder in ruhigem, wenig sensationell aufgemachtem Druck und Umbruch das Übergewicht gegenüber dem Bild hält, ganz im Gegensatz zu Berliner Funkblättern etwa. […]
> Die Bilder von den Aufnahmen und Sendungen im Rundfunk selbst stellt der Pressedienst der Sender den Zeitschriften. Für die allgemeine Illustrierung haben die Verlage durchweg eigene Archive.[652]

649 Allem Anschein nach beteiligte sich die „Funk-Wacht“ an der medialen Kampagne gegen die jüdische Bevölkerung Ende 1938/Anfang 1939 nicht oder nur in beschränktem Maße. Vgl. zu dieser Kampagne Bauer, Programmpresse 1993, S. 278.
650 Vgl. Abschnitt C.VI.2.
651 Bauer, Programmpresse 1993, S. 278f. Bauer erörterte an anderer Stelle, dass elf von 14 Blättern mit einer Auflage von über 100 000 im dritten Quartal 1934 in Berlin erschienen. Unter Berücksichtigung der Fachzeitschriften würde die Hälfte der 42 selbstständigen Titel dort erscheinen (ebd., S. 247).
652 Korte, Landschaft und Sender 1940, S. 147. Siehe zum Bild/Text-Verhältnis im Vergleich anderen Rundfunkzeitschriften auch Lilian-Dorette Rimmele, Der Rundfunk in Norddeutschland 1933–1945. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Organisations-, Personal- und Kulturpolitik, Hamburg 1977, S. 229.

Die Rolle der Verlagsleitung

Während Schriftleitung und Redaktion in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre formal dem RDP zugeführt wurden, blieb für die Verlagsleitung weiterhin der FDR die maßgebliche Institution. Bis in die 1940er-Jahre war der Heinrich Bauer Verlag in diesem Fachverband unter der Leitung von Heinz Franke organisiert. Für die Betriebsabläufe wiederum – die sich auch auf die Druckerei, die Setzerei und die Buchbinderei – erstreckten, war die DAF zuständig, die die Arbeitsbeziehungen hinsichtlich Tarif- und Betriebsordnung kontrollierte. Parallel dazu bestand bis 1935 außerdem die seit 1928 existierende Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) als betriebsbezogene Organisationsform der Beschäftigten. Später wurde sie in die DAF eingegliedert. Verschiedene Quellen weisen darauf hin, dass sich innerhalb des Heinrich Bauer Verlags eine aktive Fraktion von NSBO-Mitgliedern organisierte. In der Rubrik „Volk und Arbeit. Aus der Deutschen Arbeitsfront“ des „Hamburger Fremdenblatts“ sind etwa regelmäßige Veranstaltungshinweise einer „Zelle Heinrich Bauer, ‚Funkwacht‘“ dokumentiert.[653] Alfred Bauers Ausführungen in seinem Entnazifizierungsverfahren, dass er „[a]uf Anzeige des Betriebszellenobmanns Mitte 1934 durch [die] Gestapo verhaftet“ worden sei, korrespondiert zeitlich mit den Aktivitäten dieser Gruppe.[654] Obwohl Bauer zwei Zeugen für den Vorfall benannte, lassen sich die genaueren Umstände nicht aufklären. Das gilt auch für weitere Angaben, die Alfred Bauer im Rahmen des Lizenzierungsverfahrens für die „Neue Funk-Wacht“ tätigte. Auf die Frage, ob ihm „während der Nazizeit berufliche Schwierigkeiten entstanden“ seien, antwortete er mit „ja“.[655] Weiter führte Bauer aus, dass er wiederholt Vorladungen „ins ehem. Propaganda-Ministerium und beim Reichsrundfunk, Berlin sowie beim Reichstreuhänder der Arbeit wegen Nichteinhaltung nationalsozialistischer Pressepolitik und Nichtzugehörigkeit zur NSDAP“ erhalten habe und dass es „ständige Androhungen der Verlagsübernahme durch den Eher-Verlag“ gegeben habe.[656]

653 Hamburger Fremdenblatt, 106. Jg. Nr. 135 (Abend-Ausgabe) vom 17.05.1934, „NSBO-Versammlungs-Kalender“.
654 StAHH, 221-11, I (TL) 1648. Grund der Verhaftung sei der „Verstoß der Betriebsführung gegen nationalsoz[ialistische]. Grundsätze“ gewesen, Bauer sei nach dem Verhör aber wieder freigelassen worden. Vgl. dazu Abschnitt B.I.3.
655 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Presse-Fragebogen Alfred Bauer, 27.04.1949.
656 Ebd.

Umfangreicher dokumentiert ist ein Vorfall, in dessen Zusammenhang Heinrich Bauer die Betriebsführung an seinen Sohn Alfred abtreten musste.[657] Unklarheit besteht allerdings, ob die entsprechende Sitzung, wegen der der „Reichstreuhänder der Arbeit“ Dr. Friedrich Völtzer mit einer Delegation aus Berlin angereist war, Ende 1936 oder Ende 1937 stattfand. Alfred Bauer bekundete im April 1949 in einem Schreiben an den Entnazifizierungsausschuss, sein Vater habe infolge dieser Drucksituation „bereits Ende 1936 die Betriebsführereigenschaft niedergelegt“.[658] Drei Jahre zuvor hatte er allerdings notiert, dass seinem Vater erst 1937 „die Betriebsführereigenschaft genommen wurde“.[659] In einem ausführlichen (Erinnerungs-)Protokoll datierte Heinrich Bauer die bedeutungsträchtige Sitzung, an der neben Völtzer unter anderem auch Kurt-Joachim Lichtenberg vom FDR sowie etwa sechs Personen von NSDAP und DAF und Repräsentanten der Kreis- und Gauleitung teilnahmen, auf den November 1937.[660] In einem Presse-Fragebogen vom September 1948, den Heinrich Bauer im Rahmen des Lizenzierungsverfahrens für die „Neue Funk-Wacht“ ausfüllte, bestätigte er diese Angaben. Ihm sei eine „Beschränkung der gewerbl. Freiheit durch Absetzung als Betriebsführer im November 1937 durch den Reichstreuhänder der Arbeit, durch die DAF und durch die NSDAP“ entstanden.[661] Auch in einem Exposé zum Antrag verwies er auf das Jahr 1937.[662] Sein Anwalt Harry Soll erwähnte in einem Schreiben an den „Beratenden Ausschuss für das Pressewesen“ wiederum das Jahr 1936, in dem „Alfred Bauer die Betriebsführung und die Verlagsleitung der Firma seines Vaters“ infolge der „Differenzen mit NS-Organisationen“ übernahm.[663] Und auch der Rotations-Maschinenmeister und langjährige Bauer-Abteilungsleiter Hellmuth Eggert datierte die Versammlung, zu der er zwischenzeitlich hinzugerufen wurde, auf ebenjenen Zeitpunkt. Er führte in einer eidesstattlichen Erklärung aus:

> Herr Heinrich Bauer wurde die Betriebsführereigenschaft Ende 1936 nach einer stundenlangen Sitzung im Verlagsgebäude durch den Treuhänder der Arbeit, Dr. Föltzer [sic], abgesprochen.[664]

---

657 Vgl. ausführlich Abschnitte B.I.2. u. B.I.3.
658 StAHH, 221-11, I (TL) 1648, Alfred Bauer an Fachausschuß 7, 21.04.1949.
659 Ebd., Alfred Bauer an die Handelskammer Abteilung Industrie, 18.02.1946.
660 StAHH, 221-11, I (TL) 1649, Anlage 1. Bauer hatte die Frage „Wurden Sie jemals aus rassischen oder religiösen Gründen oder weil Sie aktiv oder passiv den Nationalsozialisten Widerstand leisteten, in Haft genommen oder in Ihrer Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit oder sonstwie in Ihrer gewerblichen oder beruflichen Freiheit beschränkt“ mit „Ja“ beantwortet und begründete dies in der Anlage (die auch in englischer Sprache vorliegt) ausführlich. Der Fragebogen stammt vom Januar 1946.
661 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Presse-Fragebogen Heinrich Bauer, 27.09.1948.
662 Ebd., Exposé, 27.09.1948.
663 Ebd., Harry Soll an den Beratenden Ausschuss für das Pressewesen, 02.05.1949.
664 Ebd., Eidesstattliche Erklärung Hellmuth Eggert, 19.02.1949.

Eine genaue zeitliche Einordnung der Sitzung muss an dieser Stelle ausbleiben. Ein direkter Zusammenhang zwischen Kurt Herbsts Beschwerde vom 3. November 1937 und den Maßnahmen des Reichstreuhänders ist nicht auszuschließen, ließ sich aus den gesichteten Unterlagen aber nicht erschließen.[665]

Der Ablauf und die Rahmenbedingungen der Sitzung, die weitreichenden Auflagen, die dem Verlag Heinrich Bauer in der Folge gemacht wurden und die nachfolgenden Maßnahmen seitens nationalsozialistischer Organe, durch die schließlich mehrere Mitarbeiter entlassen werden mussten, sind an anderer Stelle ausführlich dargelegt worden.[666] Hinzuzufügen ist hier lediglich, dass die Darstellung der Geschehnisse von Heinrich und Alfred Bauer durch die eidesstattliche Erklärung von Hellmuth Eggert im Wesentlichen gestützt wurde.[667] Zu seiner Entlassung äußerte sich Eggert überdies im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens. Demnach verlor er seine Stellung bei der Firma Heinrich Bauer im November 1939. Als Grund führte er eine „Manipulation des N.S. Treuhänders der Arbeit an".[668]

2. Erwerb der „Lesepause": Roman- und Unterhaltungs-Wochenschrift mit Bildern (1935–1936)

Im Oktober 1935 erwarb die Firma Heinrich Bauer die Berliner Zeitschrift „Lesepause" von Kurt Hermann Mendel für 1.000 Reichsmark.[669] Über das Zustandekommen des Vertrags und die Übernahmemodalitäten ist darüber hinaus nichts bekannt. Der Verkäufer Mendel hatte vor 1933 der SPD angehört und als Werbefachmann beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) gearbeitet, ehe er 1926 Mitinhaber der Buchdruckerei Berolina wurde.[670] Im Frühjahr 1933 begann er mit den Vorbereitungen zur Gründung einer Wochenzeitschrift in Form eines Pressespiegels, die im Juni 1933

665 Vgl. dazu weiter oben.
666 Siehe Abschnitte B.1.2 u. B.1.3.
667 StAHH, 135-4, 39 Band 212, Eidesstattliche Erklärung Hellmuth Eggert, 19.02.1949.
668 LASH, Abt. 460.9, 70. Siehe dazu auch Abschnitt C.II.2.
669 StAHH, 313-9, 4910, Prüfbericht, 17.10.1936, S. 21. Der Vertrag datiert diesem Bericht nach auf den 25.10.1935.
670 Christoph Hemker, Vor 60 Jahren verboten: Die Wochenzeitschrift Blick in die Zeit. In: Demokratische Geschichte / Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein IX (1995), S. 9–44, hier S. 12.

erstmals unter dem Namen „Blick in die Zeit“ erschien.[671] Die Geschichte dieser regimekritischen Zeitschrift, die bisweilen als „Fortsetzung der sozialdemokratischen Solidargemeinschaft aus der Weimarer Republik unter den Bedingungen des Dritten Reichs“ beschrieben wurde, ist bereits verschiedentlich zum Gegenstand historischer Darstellungen geworden.[672] Diese dokumentieren den Handlungsrahmen, der „[t]rotz laufender und sich verschärfender Gängelung der bürgerlichen Presse, trotz sich häufender Verbote“ zwischen 1933 und 1935 mitunter noch bestand.[673] Neben dem Inhalt der Zeitschrift, der in oben zitierten Artikeln ausführlich beschrieben und eingehend analysiert wurde, trugen insbesondere die Verbreitungswege (Vertriebsnetze ebenso wie die persönliche Weitergabe von gelesenen Exemplaren) dazu bei, den Zusammenhalt früherer Genoss*innen, insbesondere aus dem Umfeld der sozialdemokratischen Kinderfreunde-Bewegung, zu erhalten oder wiederherzustellen. Über die Entstehung, die redaktionelle Arbeit und die personelle Zusammensetzung des Netzwerks existieren neben den bereits zitierten Artikeln mehrere Erinnerungsberichte.[674] Die Entwicklung von Zeitschrift und Redaktion ist damit wesentlich besser dokumentiert als etwa die Geschichte der „Funk-Wacht“.

Der „Blick in die Zeit“ und die „Kurze Pause“

Maßgeblichen Anteil an dem Zeitschriften-Projekt hatte neben dem Initiator Kurt Hermann Mendel der Journalist Andreas Gayk, der die inhaltliche Ausgestaltung übernahm. Darüber hinaus wurde der ehemalige preußische Polizeioffizier Dr. Alfred Ristow als politisch „unbelastete“ Persönlichkeit gewonnen. Er trat als Verleger, Herausgeber und Schriftleiter nach außen in Erscheinung und verband mit der Zeitschrift zunächst vermutlich in erster Linie wirtschaftliche Interessen.[675] Gleichwohl scheinen seine persönlichen und politischen Kontakte und Netzwerke Gewähr für ein relatives Maß an Sicherheit bei der Erstellung und Herausgabe der „Blick in die Zeit“ geboten

671 Zuvor war als Probeexemplar bereits eine Nullnummer unter dem Titel „Blick in die Welt“ erschienen (vgl. Peter Lösche / Michael Scholing, Solidargemeinschaft im Widerstand: Eine Fallstudie über „Blick in die Zeit“. In: IWK 19 (1983/4), S. 517–561, hier S. 522).
672 Vgl. ebd. sowie Hemker, Blick in die Zeit 1995. Siehe dazu ferner Peter Lösche / Michael Scholing, In den Nischen des Systems: Der sozialdemokratische Pressespiegel „Blick in die Zeit“. In: Schmädeke, Jürgen / Steinbach, Peter (Hg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München u.a. 1985, S. 207–224.
673 Lösche / Scholing, Solidargemeinschaft 1983, S. 536.
674 Vgl. etwa Kurt Hermann Mendel, "Blick in die Zeit". 1933-1935, Berlin 1986 sowie mehrere Beiträge in: Jensen, Jürgen / Rickers, Karl (Hg.): Andreas Gayk und seine Zeit. 1893-1954. Erinnerungen an den Kieler Oberbürgermeister, Neumünster 1974. Siehe auch: Karl Rickers, Erinnerungen eines Kieler Journalisten 1920–1970, Neumünster 1992.
675 Vgl. dazu Hemker, Blick in die Zeit 1995, S. 14 sowie Lösche / Scholing, Solidargemeinschaft 1983, S. 522.

zu haben.[676] Mendel wiederum fungierte als stiller Teilhaber, der im Gegenzug einen dauerhaften Druckauftrag für die „Blick in die Zeit“ erhielt.[677] Ein vom Verlag unabhängiges Vertriebssystem initiierte der ebenfalls involvierte Hans Weinberger. Zahlreiche regionale Vertriebsfirmen gründeten sich, die teils auf personellen Strukturen der Kinderfreunde-Bewegung basierten und oftmals ohne „karteimäßige Erfassung“ im Wesentlichen konspirativ arbeiteten.[678] Auch die redaktionelle Praxis spielte sich zumeist in klandestinem Rahmen ab. Rekapitulierend lassen sich mehr als ein Dutzend Personen identifizieren, die für die Redaktion und/oder den Verlag tätig waren.[679] Wer alles in das Projekt involviert war, wussten die Einzelpersonen jedoch zumeist nicht.[680]

Die Zeitschrift, die sich inhaltlich im Wesentlichen auf die Zusammenstellung von Pressestimmen, deren Montage und Kommentierung konzentrierte, erwies sich als erfolgreich. Anfang 1934 verfügte sie über eine Auflage von rund 80 000 Exemplaren wöchentlich, die bald auch am Zeitungskiosk erworben werden konnten.[681] Seit Januar 1934 erschien als beiliegendes „Unterhaltungs-Blatt“ überdies die „Kurze Pause“.[682] Laut Impressum war für Inhalt, Schriftleitung und Verlag auch hier formal Dr. A. Ristow verantwortlich, der Druck erfolgte über Mendels Buchdruckerei Berolina. Die neue Publikation war im Vorfeld in der „Blick in die Zeit“ zunächst als „Unterhaltungszeitschrift für Jedermann“ angekündigt worden, hatte jedoch vonseiten der Reichspressekammer keine Genehmigung als selbstständige Publikation erhalten.[683]

Dies änderte sich Ende 1934: In dieser Zeit gelang es Mendel, den Hoffmann & Kirchner-Verlag mit dessen Periodikum „2-Sechserblatt“ zu erwerben.[684] Daraufhin war es möglich, die „Kurze Pause“ als „in Nachfolge vom 2-Sechserblatt“ zu deklarieren und eigenständig erscheinen zu lassen.[685] Die erste Ausgabe des Jahres 1935 vermerkte

676 Vgl. Hemker, Blick in die Zeit 1995, 26ff. Der Autor nahm dabei Bezug auf ein unveröffentlichtes Manuskript von: H. Weinberger, Andreas Gayk — der Redakteur von „Blick in die Zeit“. Verfasst in München, Februar 1973. S. 3. Siehe auch Lösche / Scholing, Solidargemeinschaft 1983, S. 528f.
677 Hemker, Blick in die Zeit 1995, S. 14 sowie Lösche / Scholing, Solidargemeinschaft 1983, S. 523.
678 Hemker, Blick in die Zeit 1995, S. 21.
679 Sie übernahmen etwa Schreib-, Büro-, Umbruchs- und Korrekturarbeiten sowie Übersetzungen oder betreuten als freie Mitarbeitende einzelne Rubriken. Vgl. dazu ausführlich: ebd., S. 16ff sowie Lösche / Scholing, Solidargemeinschaft 1983, S. 523ff.
680 Vgl. ebd., S. 525f sowie Hemker, Blick in die Zeit 1995, S. 18f.
681 Ebd., S. 21 u. S. 24.
682 Vgl. Kurze Pause, Nr. 1 vom 06.01.1934 (aus dem Bestand der Deutschen Nationalbibliothek: ZB 29013).
683 Hemker, Blick in die Zeit 1995, S. 29. Siehe zur behördlichen Zulassung als Unterhaltungsbeilage auch: Lösche / Scholing, Solidargemeinschaft 1983, S. 531.
684 Hemker, Blick in die Zeit 1995, S. 29.
685 Vgl. Kurze Pause, Nr. 1 vom 05.01.1935 (aus dem Bestand der Deutschen Nationalbibliothek: ZB 31381).

im Impressum als Verlag „Hoffmann & Kirchner Nachflg. Kurt Hermann Mendel“. Verantwortlich für die Schriftleitung war demnach Hans-Olaf Bellmann. Die Generalauslieferung erfolgte über den Buch- und Zeitschriften-Vertrieb „Friedrich Weiß & Co.“. Hier war der für den Vertrieb der „Blick in die Zeit“ zuständige Weinberger nach dem Inkrafttreten des Reichskulturkammergesetzes gegen Ende 1933 als Teilhaber eingestiegen.[686] Der Druck der Zeitschrift erfolgte wiederum durch die Berliner Buchdruckerei Berolina von Mendel. Die Mindestauflage, so war dem Impressum zu entnehmen, lag bei 30 000 Exemplaren.

Der populäre Journalist Karl Rickers beschrieb in seinen Memoiren die Umstände der Gründung ausführlich:

> Der „Blick“ hatte so großen Erfolg, daß Gayk es wagte, ein Nebenobjekt hinzuzufügen, eine Unterhaltungszeitschrift, die er „Kurze Pause“ nannte. Und die redigierte ich. Bestimmt hat Gayk dabei auch überlegt, wie er meine Existenz sichern könne. Ich wurde damit Angestellter bei Dr. Ristow – Büroangestellter wie Gayk.[687]

Aus seinen Schilderungen wird deutlich, dass der zunächst nur formal als Schriftleiter fungierende Bellmann sich tatkräftig an der Erstellung der Zeitschrift beteiligte:

> Ich mußte mich da freilich mit einem Freunde Ristows, Bellmann, arrangieren, der die Verantwortung nach außen hin übernommen hatte, Ristow wollte es so, und sein Interesse an erhöhter Sicherheit war begreiflich. Es ließ sich auch unter dieser Bedingung arbeiten, denn Bellmann […] war verträglich, und ich war es auch. Allerdings wollte Bellmann sein Gehalt nicht ohne Gegenleistung, und daraus ergab sich eine ungewöhnliche Art von Zusammenarbeit, gemischt aus Amusement und Wohlwollen.[688]

Weiter führte er aus:

> Das redaktionelle Kunststück auch bei der „Kurzen Pause“ war, die möglichen Grenzen zu erfühlen. Das ist uns dann wohl gelungen, wir stießen mit einigem Erfolg über den vorgegebenen Charakter einer harmlosen Unterhaltungsbeilage hinaus, und das war nur durch ein genaues Zusammenspiel zwischen Gayk, Brodersen und mir möglich. Brodersen war in der Tat ein wichtiges Element, er kannte im Bereich bildender Kunst Leute und stöberte sie auf.[689]

686 Siehe Hemker, Blick in die Zeit 1995, S. 18 u. S. 21. Hier finden sich weitere Informationen zu den Gründen dieser Entscheidung. Zuvor hieß das Unternehmen „Buch- und Zeitschriftenvertrieb Friedrich Weiß“.
687 Rickers, Erinnerungen 1992, S. 101.
688 Ebd., S. 103.
689 Ebd.

Niels Brodersen wurde von Karl Rickers als „hervorragende[r] Illustrator, der in jeder Ausgabe mit mehreren Zeichnungen auch einer Comic-Serie vertreten war“ beschrieben.[690] Überhaupt war die Zeitschrift auf zahlreiche Beiträger*innen aus dem künstlerischen Milieu angewiesen: Dazu zählten etwa Karl Holtz und Gottfried Brockmann, die ihre Illustrationen und Karikaturen teils verfremdeten und namenlos veröffentlichten.[691] Auch Dr. Hans Adam, Karl Manzen, Rudolf Gottschalk, Lotte Knauer, German Gerhold, Max Dürr, Walther G. Oschilewski und Alfred Thieme veröffentlichten teils regelmäßig Beiträge in der Zeitschrift.[692] Nachgedruckt wurden etwa die Autoren Martin Andersen-Nexö, Karl Valentin, Joseph Conrad und Jack London.

Verbot, Besitzerwechsel und Umbenennung

Anfang August 1935 wurde die Publikation „Blick in die Zeit“, die inzwischen regelmäßig in einer sechsstelligen Auflage erschien, „bis auf weiteres“ verboten.[693] Zuvor hatte Reichsarbeitsminister Franz Seldte, der in rechtsnationalen Kreisen vor allem als Gründer und Bundesführer des Wehrverbands „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“ Bekanntheit erlangt hatte, versucht, die Zeitschrift zu übernehmen. Die Verhandlungen, die mit dessen Bruder geführt wurden, scheiterten jedoch unter anderem, weil von Seldtes Seite beabsichtigt war, den unabhängigen Vertrieb ebenfalls zu erwerben.[694]

Das Verbot der Zeitschrift war nicht gleichbedeutend mit dem Ende der inzwischen formal eigenständig erscheinenden Zeitschrift „Kurze Pause“. Allerdings, so berichtete Kurt Hermann Mendel viele Jahre später, waren nach dem Verbot der „Blick in die Zeit“ nicht nur deren Redaktion und Vertrieb binnen kurzer Zeit verschwunden: Auch der „Kurze Pause“-Redakteur Karl Rickers war nicht mehr auffindbar.[695] Die In-

690 Ebd., S. 104.
691 Ebd., S. 103f.
692 Ebd., S. 104 sowie Hemker, Blick in die Zeit 1995, S. 30.
693 Lösche / Scholing, Solidargemeinschaft 1983, S. 521.
694 Hemker, Blick in die Zeit 1995, S, 28. Laut Mendel hatte auch die NSDAP versucht, Ristow ein Angebot von 200.000 bis 300.000 RM für die Zeitschrift zu unterbreiten (Mendel, Blick in die Zeit 1986, S. 17). Vgl. auch Lösche / Scholing, Solidargemeinschaft 1983, S. 529. Beide Autoren rekurrierten auf ein Angebot der Gebrüder im selben Umfang und bezogen sich auf eine Bescheinigung von dem involvierten Mitarbeiter Kurt Exner für Mendel aus dem Jahre 1945.
695 Ebd., S. 531f. Die beiden Autoren verwiesen an dieser Stelle auf einen Brief Mendels vom 08.03.1982.

formation, dass die „Kurze Pause“ von dem Verbot nicht betroffen war, hatte ihn offenbar nicht erreicht.[696] Daraufhin erstellten Mendel und Bellmann aus Arbeitsmaterial, das noch aufgefunden werden konnte, weitere Ausgaben.[697] In der Forschungsliteratur wird gemutmaßt, dass das letzte Heft „wohl am 30.08.1935“ erschien.[698] Allerdings lassen sich neun weitere Nummern ausfindig machen, die im September, Oktober und November 1935 herauskamen und laut Impressum im Verlag „Kurt Hermann Mendel (Hoffmann & Kirchner Nachflg.)“ mit dem Schriftleiter „Hans-Olaf Bellmann“ erschienen.[699]

Mendels Angaben zufolge soll der Titel danach „an ein Hamburger Verlagshaus“ verkauft worden sein, „das daraus eine Funkzeitschrift machen wollte“.[700] Christoph Hemker betonte in einem ausführlichen Artikel zur „Blick in die Zeit“ dazu, dass es „sich dabei nicht um den Bauer-Verlag handelte, wie eine Nachfrage beim dortigen Hausarchiv ergab“.[701] Diese Auskunft lässt sich allerdings widerlegen: So bestätigt ein Prüfbericht aus dem Jahr 1936 eindeutig, dass die Firma Heinrich Bauer die „Lesepause“ laut Vertrag vom 25. Oktober 1935 übernahm[702] – zu einer Zeit also, als die Zeitschrift noch unter dem Namen „Kurze Pause“ firmierte. Auch die erste Novemberausgabe wurde formal noch von Kurt Hermann Mendel unter diesem Titel publiziert. Gleichwohl wurde vom Verleger hier bereits auf die Umbenennung hingewiesen:

> Die „Kurze Pause“ ab heute „Lesepause“ wird ab nächster Nummer eine bedeutende Verbesserung erfahren. Fast das Doppelte an Lesestoff soll geboten werden, ohne dabei ein anderes Ziel zu verfolgen als bisher: den Lesern eine wirklich gute Unterhaltungszeitschrift zu bieten. Die notwendig gewordene Umstellung bedingt eine Preisheraufsetzung auf 20 Pfennig, die angesichts des Gebotenen zweifellos als gerechtfertigt anzusehen ist, denn: ca. 100% mehr Inhalt für 33 1/3 % Mehrkosten. Wir bitten die Leser, der Zeitschrift auch weiterhin die Treue zu halten.[703]

Bisher ließen sich keine weiteren Informationen ausfindig machen, wie die Übernahme zustande kam. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass schon zuvor Geschäftsbezie-

696 Ebd., S. 532. Die Autoren verwiesen hier auf ein Schreiben Rickers vom 08.02.1982.
697 Ebd., S. 531. Die beiden Autoren verwiesen an dieser Stelle auf einen Brief Mendels vom 08.03.1982. Exner hatte ihnen die Redaktionsmappen aus dem Verlag beschafft.
698 Ebd., S. 531, Fußnote 99. Auch Hemker geht von vier weiteren Ausgaben aus (Hemker, Blick in die Zeit 1995, S. 31).
699 Vgl. die Nummern 36 bis 44(aus dem Bestand der Deutschen Nationalbibliothek: ZB 31381).
700 Lösche / Scholing, Solidargemeinschaft 1983, S. 531, Fußnote 99.
701 Hemker, Blick in die Zeit 1995, S. 36, Fußnote 203.
702 StAHH, 313-9, 4910, Prüfbericht, 17.10.1936, S. 21.
703 Kurze Pause, 2. Jg. Nr. 44 vom 01.11.1935, „Achtung! Achtung!“. Im Original teilweise hervorgehoben.

hungen zwischen Bauer und dem Zeitschriftenprojekt bestanden hatten. Darauf deuten Aktivitäten des Vertriebs „Friedrich Weiß & Co." hin: Dessen Liquidität war in der Anfangszeit durch Mendel sichergestellt worden.[704] Später verbesserte sich, darauf weist Hemker hin, die finanzielle Lage, neue Mitarbeitende wurden eingestellt und „das Programm um politisch unbedenkliche Fachblätter (z.B. Radio-Bastler-Zeitschrift), Mode-, Unterhaltungs- und Funkzeitschriften (z.B. Mein Funk)" erweitert.[705] Dass „Mein Funk", die Reichsausgabe der „Funk-Wacht", hier vertrieben wurde, wird an anderer Stelle nochmals gesondert erwähnt: Als Weinberg nach dem Konkurs der Firma „Weiß & Co." mit „dem Abbau von Schulden und der Einholung von Außenständen" kämpfte, sah der Bauer-Verlag „die Bezahlung mehrerer tausend Mein Funk-Zeitschriften nach der Schlußversteigerung als erledigt" an.[706]

Die „Lesepause" bei Bauer

Am 8. November 1935 erschien die erste Ausgabe der „Lesepause", die im Untertitel als „Roman- und Unterhaltungs-Wochenschrift mit Bildern" deklariert wurde und die Jahrgangszählung ihrer Vorgängerin beibehielt. Die „Kurze Pause" hatte ihre äußere Erscheinung im Laufe ihrer zweijährigen Existenz mehrfach verändert und zuletzt die Form einer „Illustrierten Zeitschrift" angenommen.[707] Ab Mai 1935 erschien sie oftmals mit einem Foto – statt einer Zeichnung oder Grafik – auf dem Cover und dem Untertitel „Wochenschrift für Familie und Haus".[708] Außerdem warb die Zeitschrift in dieser Zeit intensiv um neue Leser*innen.[709] Laut Impressum druckte der Verlag im ersten Quartal 1935 durchschnittlich 33 000 Exemplare. Diese Zahl verringerte sich jedoch von 31 273 im zweiten Quartal auf 27 020 im dritten Quartal 1935.

Mit der ersten Ausgabe der „Lesepause" wurde von Verlag und Schriftleitung eine abermalige Umgestaltung angekündigt:

> Nachdem die „Lesepause" ihren neuen Titel erhielt, hat sich nun auch ihre Gestalt geändert.
> Sie erscheint von der Ihnen vorliegenden Ausgabe ab im Illustrierten-Format und ihr Umfang ist auf 24 Seiten erweitert worden.

704 Lösche / Scholing, Solidargemeinschaft 1983, S. 531.
705 Hemker, Blick in die Zeit 1995, S. 21 u. S. 24. Der Autor verwies hier auf ein unveröffentlichtes Manuskript von: H. Weinberger, Blick in die Zeit von 1933 bis 1935. Eine Rückschau (maschinelle Abschrift von Peter Lösche, Göttingen). Verfaßt in München, 1971–1973, S. 14f.
706 Hemker, Blick in die Zeit 1995, S. 28 sowie S. 34, Fußnote 176. Auch hier erfolgte der Verweis auf das oben genannte Manuskript.
707 Ebd., S. 29.
708 Vgl. Kurze Pause, 2. Jg. Nr. 18 vom 03.05.1935.
709 Vgl. ebd., „Jeder kann helfen".

> Dieser fast 100 prozentigen Leistungssteigerung steht nur eine 33 1/3 prozentige Preiserhöhung (von 15 Pf. auf 20 Pf.) gegenüber.
> Wir hoffen, daß Sie der „Lesepause“, die auch im neuen Gewande eine ideale Unterhaltungszeitschrift sein wird, weiterhin treu bleiben.[710]

Die Zahl der abgedruckten Fotografien nahm nun deutlich zu. Insgesamt verfügte die „Lesepause“ über ein vielfältiges Programm mit zahlreichen, sich wandelnden, mehr oder weniger regelmäßig erscheinenden Rubriken für verschiedene Familienmitglieder: Neben der „Bunte[n] Ecke für unsere Jugend“ gab es etwa eine Sparte „Für den Wirkungskreis der Frau“, eine Mode-Ecke, eine Kinderseite, Rubriken mit Rechtsauskünften, Gesundheitsratschlägen, Bastel- und Gartentipps, „Die gute Anekdote“, die „Atempause der Woche“, Bereiche für Witze und Rätsel sowie vielfältige Berichte, Kurzgeschichten und Fortsetzungsromane, die einen Schwerpunkt des Blatts bildeten. Durchzogen waren die Zeilen der Zeitschrift bald auch mit moralisch-pathetischen oder patriotischen Sprüchen, Zitaten und Aphorismen unterschiedlicher Ausformung.[711] In der Unterhaltungszeitschrift fanden sich gelegentlich auch dezidierte Referenzen auf die NSDAP, ihre führenden Köpfe und angeschlossenen Organisationen. So wurde etwa mit einem Konterfei von Adolf Hitler und einem Zitat dazu aufgefordert, für das Winterhilfswerk zu spenden.[712] Im Zusammenhang der Reichstagswahl 1936 – einer Scheinwahl mit einer NSDAP-Einheitsliste – wurde für Adolf Hitler geworben.[713] Außerdem wurde dazu aufgefordert, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt beizutreten.[714]

Für Druck und Verlag der „Lesepause“ fiel die Verantwortung laut Impressum seit November 1935 Heinrich Bauer zu, Heinrich Heise übernahm die Rolle des Schriftleiters und Alfred Bauer wirkte als Ansprechperson für Werbe-Anzeigen. Bei der Auflagenzahl orientierte sich die Verlagsleitung zunächst an der „Kurze Pause“, die im dritten Quartal 1935 durchschnittlich mit 27 020 Exemplaren erschienen war. An die Erfolge der „Kurze Pause“ konnte die „Lesepause“ jedoch nicht anknüpfen: Im vierten Quartal betrug die Auflage den Angaben im Impressum zufolge noch 22 813 Exemplare, dann sank sie auf 14 668 Exemplare im ersten Quartal und auf 11 165 Exemplare

710 Lesepause, 2. Jg. Nr. 45 vom 08.11.1935, „Freunde der Lesepause“ (aus dem Bestand der Staatsbibliothek zu Berlin: 2" Ad 858/482).
711 Augenfällig ist hier auch ein größerer Textkasten mit dem Titel „Kampfgeist – Opfergeist“ in: Lesepause, 3. Jg. Nr. 4 vom 26.01.1936 (Jahrgang 1936 der „Lesepause“ wird nach dem Bestand der Deutschen Nationalbibliothek: ZB 31381 zitiert).
712 Ebd., Nr. 7 vom 16.02.1936, S. 17.
713 Vgl. ebd., Nr. 13, S. 2. u. S. 20.
714 Vgl. ebd., Nr. 17, S. 11 u. Nr. 18, S. 11.

im zweiten Quartal 1936. Diese Entwicklung mochte dafür verantwortlich sein, dass sich die Gestalt der „Lesepause“ zur Jahresmitte abermals veränderte. In der Ausgabe Nummer 20 wandten sich Verlag und Schriftleitung an ihre Leserschaft:

> Liebe Freunde der Lesepause!
> Die Treue, die Sie uns trotz mancherlei Umstellungen zeigten, ist uns Ansporn, durch näheres Eingehen auf die Wünsche und Anregungen unserer Leser mehr und Besseres zu leisten. Wenn Sie die nächste Ausgabe, die die „Lesepause“ in einem bedeutend handlicheren Format sieht, in die Hand bekommen, werden Sie begeistert sein über die neue Aufmachung. […] Die 48 Seiten starke neue „Lesepause“ mit ihrem geschmackvollen Umschlag sieht eine Reihe wertvoller Neuerungen vor […]. Der Roman und die fortlaufende Erzählung für die Jugend sind so in den Rahmen des Ganzen eingeordnet, daß beide für sich herausgenommen und gesammelt werden können. Zu diesem Zwecke geben wir Sammel-Mappen zum Selbstkostenpreis an unsere Leser ab […]. Die „Lesepause“ soll aber nicht nur der Unterhaltung dienen, sondern wir sind bestrebt, sie zu einer Gebrauchs-Zeitschrift auszugestalten. Deshalb werden wir die praktischen Ratschläge und Winke, die regelmäßig unter den Titeln
>
> Für den Wirkungskreis der Frau
> Siedlung und Kleingarten
> Ärztlicher Ratgeber
> Recht und Rechtsgang
>
> erscheinen, ab nächster Nummer so angeordnet sein, daß jedes für sich gesammelt werden kann. Auch hierfür geben wir Sammeleinbände an unsere Leser zum Selbstkostenpreis ab. […][715]

Veränderungen vollzogen sich auch im Redaktionsstab: Walter Roltsch übernahm Mitte 1936 nicht nur das Anzeigengeschäft der „Funk-Wacht“, sondern auch das der „Lesepause“.[716] Einige Ausgaben später wurde Edith Kuhlmann die Schriftleitung übertragen.[717] Diese wandte sich direkt an die Leser*innen, um ihre Vorstellungen zur inhaltlichen Gestaltung der „Lesepause“, die „Unterhaltung, Zerstreuung, [und] Entspannung“ bereiten sollte, zu vermitteln.[718]

Aber auch die Umgestaltung der „Lesepause“, die nun zudem vermehrt Reportagen und Tatsachenberichte brachte, führte nicht zu dem gewünschten Erfolg. Selbst die verstärkte Nutzung von Synergieeffekten, die sich durch die Herausgabe mehrerer Zeitschriften ergaben – dazu zählte etwa die wechselseitige Schaltung von Werbean-

715 Ebd., Nr. 20, „Lesepause im neuen Format“.
716 Womöglich auch „Roitsch“. Vgl. etwa Funk-Wacht, 11. Jg. Nr. 26 vom 28.06.1936. Roltschs Name tauchte erstmals in der neu gestalteten „Lesepause“ Nummer 21 auf (vgl. Lesepause, 3. Jg. Nr. 21).
717 Wahrscheinlich mit Nummer 26.
718 Ebd., „Lesepause!“.

zeigen und der Rückgriff auf die gleichen populären Autor*innen – änderte nichts daran, dass die Durchschnittsauflage der „Lesepause“ weiter sank.[719] Im dritten Quartal 1936 lag sie durchschnittlich bei 9 147 Exemplaren. Zuletzt wurde im Herbst 1936 in der „Funk-Wacht“ mit dem Abdruck vollständiger Romane in der „Lesepause“ geworben, die in den Ausgaben 41 und 42 erschienen.[720] Dieses Konzept, in jeder Ausgabe jetzt einen vollständigen Roman zu veröffentlichen und diesen auch auf dem Titelblatt prominent zu bewerben, sollte allem Anschein nach weiter fortgesetzt werden.[721] In der Ausgabe mit der Heftnummer 43 der „Lesepause“ wurden die beiden kommenden Ausgaben bereits mit den geplanten Romantiteln angekündigt.[722] Allem Anschein nach wurde die Zeitschrift dann aber kurzfristig und nahezu geräuschlos eingestellt. Jedenfalls ließen sich keine weiteren Ausgaben ausfindig machen.

719 Vgl. zu den Anzeigen etwa Funk-Wacht, 11. Jg. Nr. 27 vom 05.07.1936, „Was ist die Lesepause?“, Nr. 29 vom 19.07.1936, „Eine Arbeitspause…mit der ‚Lesepause‘!“, Nr. 33 vom 16.08.1936, „Eine Arbeitspause…“ sowie Lesepause, 3. Jg. Nr. 29, „Was Sie gerne hören möchten“. Fortsetzungsromane von Else Meerstedt erschienen beispielsweise sowohl in der „Funk-Wacht“, als auch in der „Lesepause“. An dieser Stelle sei auch erwähnt, dass der „Kurze Pause“-Redakteur Karl Rickers nach dem Erwerb der Zeitschrift durch den Heinrich Bauer Verlag auch in der „Lesepause“ mit einigen Texten und Zeichnungen abgedruckt wurde (vgl. Lesepause, 3. Jg. Nr. 34, „Kinder-Bastelpause“ sowie Nr. 35, „Wie eine Bastschale entsteht“).
720 Funk-Wacht, 11. Jg. Nr. 41 vom 11.10.1936, „Eine Kleinstadt in Aufruhr“ sowie Nr. 42 vom 18.10.1936, „Eine Frau für Michael“.
721 Der Untertitel „Roman- und Unterhaltungs-Wochenschrift mit Bildern“ war bereits nach der Umstrukturierung zur Jahresmitte weggefallen.
722 Lesepause, 3. Jg. Nr. 43, S. 48.

VI. Der Heinrich Bauer Verlag im Zweiten Weltkrieg

Zwischen 1934 und 1939 veränderte sich die Zahl der Programmzeitschriften im Deutschen Reich nur geringfügig. Im Jahr 1939 existierten nach wie vor 26 Periodika, von denen 22 über den gesamten Zeitraum hinweg erschienen.[723] Allerdings waren auch hier Konzentrationsprozesse auszumachen. Die Anzahl der herausgebenden Verlage hatte sich in dieser Zeit um rund ein Drittel reduziert.[724] Nach wie vor gehörte die Mehrzahl der Blätter zu privaten Unternehmen, die nicht unmittelbar von der NSDAP oder von staatlicher Seite kontrolliert wurden.[725] Allerdings nahm der Druck auf die privaten Verlage stetig zu. Der nationalsozialistische Monopolanspruch im Pressewesen machte auch vor den Rundfunkzeitschriften nicht halt. Thomas Bauer erwähnte in diesem Zusammenhang, dass „die Schonfrist für private Objekte wie die [...] ‚Funk-Wacht' ablief".[726] Und er drückte gleichsam seine Verwunderung darüber aus, dass die von den Nationalsozialisten „als typische Vertreter der ‚liberalen' Presse und als Symbole des ‚Systemfunks' verachteten" Titel aus der Weimarer Zeit überhaupt noch so lange erscheinen konnten.[727]

Während des Zweiten Weltkriegs beschleunigte sich die Konzentration der Zeitschriftensparte dann aber binnen kurzer Frist. Reichspressekammer und FDR verfügten, dass jedes Unternehmen nur noch eine einzige Programmzeitschrift herausgeben durfte, woraufhin mehrere Publikationen fusionierten.[728] Parallel dazu führte die Papier-Kontingentierung schon in den ersten Kriegswochen zu drastischen Kürzungen bei den Seitenzahlen. Die Attraktivität für das Publikum sank zusätzlich, da sich infolge der Kriegsereignisse Programm- und Empfangsinformationen häufiger veränderten.[729] Der ohnehin beträchtlich geschrumpfte Unterhaltungsteil verringerte sich durch Kriegsberichterstattung und -propaganda weiter. Als Mitte 1940 ein einheitliches Rundfunkprogramm für das Deutsche Reich eingeführt wurde, verloren die Pro-

723 Bauer, Programmpresse 1993, S. 259. 1934 waren 29 Titel erschienen. Zeitschriften aus Österreich wurden in dieser Zählung nicht miteinbezogen.
724 Ebd., S, 262.
725 Vgl. ebd., S. 275.
726 Bauer, Programmpresse 1993, S. 275.
727 Ebd.
728 Ebd., S. 285.
729 Ebd., S. 288f.

grammzeitschriften zusätzlich an Bedeutung. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde vonseiten staatlicher Stellen intern geprüft, die Rundfunkzeitschriften für den Zeitraum des Kriegs einzustellen.[730]

Diese Entwicklungen dürften auch die Verantwortlichen im Heinrich Bauer Verlag auf den Plan gerufen haben. Freiwerdende Druckkapazitäten aufgrund der reduzierten Seitenzahl und ein abnehmendes Interesse an der „Funk-Wacht“ ließen eine Erweiterung des Tätigkeitsfeldes naheliegend erscheinen. In der Folgezeit gelang es dem Verlag, die etablierte Wiener Zeitschrift „Die Welt von Heute“ zu übernehmen. Sie erschien 1940 im 13. Jahrgang als bebilderte Romanzeitschrift und wurde in der zweiten Jahreshälfte in das Verlagsprogramm aufgenommen und bis 1943 in Hamburg gedruckt. Darüber hinaus konnte der Heinrich Bauer Verlag 1940 mit „Der Werder und seine Geheimnisse. Ein ostpreußischer Tierroman“ des populären Tierschriftstellers und regelmäßigen „Funk-Wacht“-Beiträgers Otto Boris einen größeren publizistischen Erfolg erzielen.[731]

1. Die „Funk-Wacht“ von 1939 bis zur Einstellung

Die „Funk-Wacht“ für die Woche ab dem 3. September 1939 (einem Sonntag) erschien – wie die meisten Rundfunkzeitschriften – vermutlich zwei Tage zuvor, am 1. September 1939, im Handel.[732] An jenem Tag überfiel die deutsche Wehrmacht Polen und löste damit den Zweiten Weltkrieg aus. Die vorab gedruckte „Funk-Wacht“ enthielt keinen Bericht über die Ereignisse, hier wurde noch über den NSDAP-„Reichsparteitag des Friedens“ in Nürnberg berichtet, der infolge der Entwicklungen abgesagt wurde.[733] Dennoch hat es den Anschein, als habe die Zeitschriften-Redaktion zumindest auf einzelnen Seiten bereits in dieser Ausgabe die Kriegspropaganda antizipiert, die die Rundfunkpresse in den kommenden Monaten und Jahren prägen sollte. Auf der Titelseite war Albert Forster, NSDAP-Gauleiter von Danzig, zu sehen, der dem SS-Obersturmbannführer Hans-Friedemann Goetze „die Fahne der zum Schutze gegen die polnischen Uebergriffe neu aufgestellten“ SS-Heimwehr Danzig überreichte.[734] Und auch auf den folgenden Seiten dominierten Bilder mit revisionistischer Konnotation: Etwa

730 Ebd. S. 290.
731 Vgl. dazu auch eine Buchbesprechung von Frieda Radel: Hamburger Fremdenblatt, 114. Jg. Nr. 214A (Morgen-Ausgabe) vom 05.08.1942, „Ein ostpreußischer Tierroman“.
732 Funk-Wacht, 14. Jg. Nr. 36 vom 03.09.1939.
733 Ebd., „Die große Straße in Nürnberg“.
734 Ebd., „Die Fahne der Danziger SS.-Heimwehr“.

ein Grenzstein, der „eine ständige Mahnung an das Unrecht von Versailles“ darstellen sollte und das sogenannte „Westpreußenkreuz“ – „ein ständiger Mahner, der in Versailles zu Unrecht verlorenen Gebiete zu gedenken“.[735] Auf der gleichen Seite wurde ferner die neue Danziger Weichselbrücke mit der „völlig verwahrlosten Weichsel“ auf polnischem Gebiet kontrastiert.[736] Die folgende Ausgabe knüpfte unvermittelt an diesen propagandistischen Duktus an. Auf dem Titel war ein Schulschiff der Kriegsmarine zu sehen, das im Danziger Hafen wegen einer Kranzniederlegung einlief.[737] Es folgten – neben den üblichen Rubriken und Texten – unter anderem ein ausführlicher Bericht über die „Uralte deutsche Stadt Danzig“, eine Warnung vor dem „Abhören ausländische[r] Sender“ sowie ganzseitige Porträtaufnahmen von Hermann Göring und Adolf Hitler.[738] Erstmalig verzichtete die „Funk-Wacht“ zudem gänzlich auf den Abdruck des Rundfunkprogramms. Stattdessen erfolgte die Meldung, dass „die Sendefolgen dieser Woche […] durch besondere Ansage der einzelnen Reichssender bekannt gegeben [würden], da infolge der noch nicht geklärten politischen Lage die vorgesehenen Programme nicht eingehalten werden können“.[739]

In der folgenden Ausgabe, die mit einem Bild von Adolf Hitler unter Wehrmachtssoldaten titelte, war das Programm der Reichssender wieder enthalten.[740] Allerdings hatte sich der Umfang der Zeitschrift inzwischen auf zwölf Seiten reduziert. Verlag und Schriftleitung äußerten sich dazu wie folgt:

> Trotz des Kampfes im Osten und der Behütung der Grenzen im Westen bleiben die deutschen Wirtschaftszweige erhalten, wenngleich eingreifende Maßnahmen in alle Betriebe natürliche Erscheinungen sein werden.
> Die Ersparnis lebenswichtiger Rohstoffe stellt natürlich auch an uns die Anforderung einer Einschränkung. Dieser Aufgabe gerecht zu werden ist möglich, ohne den Wert und den Zweck einer Programmzeitschrift in dieser Zeit herabzusetzen.
> So erfüllen alle Rundfunk-Programmzeltschriften durch eine Reduzierung der Seitenanzahl die selbstverständliche Pflicht der Rohstoffeinsparung. Trotzdem glauben wir, unsere Leser auch mit dem gebrachten wichtigsten Inhalt zufriedenstellen zu können.
> Nach wie vor ist unser größtes Bestreben, die Programme in übersichtlicher Anordnung zu vermitteln.

735 Ebd., „Der Dreiländerstein an der Weichsel- und Nogatgrenze der Freien Stadt Danzig“ und „Das Westpreußenkreuz an der Weichsel- und Nogatgrenze der Freien Stadt Danzig“.
736 Ebd., „Die neue Danziger Weichselbrücke“ sowie „Die völlig verwahrloste Weichsel bei Graudenz“.
737 Ebd., Nr. 37 vom 10.09.1939, „Das Schulschiff der deutschen Kriegsmarine ‚Schleswig-Holstein‘“.
738 Ebd., „Uralte deutsche Stadt Danzig“, „Das Abhören ausländischer Sender ist untersagt!“
739 Ebd.
740 Ebd., Nr. 38 vom 17.09.1939, „Der Führer bei unseren Truppen im Osten“.

> Unsere Leser haben sich in vielen Jahren von dem sorgfältig zusammen gestellten und den Wünschen angepaßten Inhalt überzeugt und uns durch den langjährigen Bezug die Verbundenheit gezeigt.
> Wir hoffen, schon in kurzer Zeit unsere Rundfunkzeitschrift wieder in dem alten Umfang vorlegen zu können und sind überzeugt, daß jeder Leser mit der gleichen Anhänglichkeit wie bisher auch in diesen schicksalsreichen Stunden Freund unserer Zeitschrift bleibt.[741]

Diese Hoffnung sollte sich jedoch nicht erfüllen. Schon bald wurden weitere Einschränkungen notwendig: Die verschiedenen (Regional-)Ausgaben der „Funk-Wacht" wurden vereint und der Bezugspreis auf 10 Pfennig gesenkt, teilweise änderte sich das Format. Verlag und Schriftleitung gaben dazu bekannt:

> Wegen der den Zeitverhältnissen zur Rohstoffeinsparung angepaßten Umfangsverminderung aller Rundfunkprogramm-Zeitschriften haben wir den Preis für das Heft auf 10 Pfg. zuzüglich Bestellgeld herabgesetzt [...] Der Einfachkeit halber haben wir vorübergehend unsere Rundfunkzeitschriften „Mein Funk" und „Funk-Wacht" miteinander vereinigt. [742]

Louis Freise fiel inzwischen die alleinige Verantwortung für die Schriftleitung zu. Seit Juni 1939 war Heinrich Heises Abwesenheit wiederholt im Impressum vermerkt worden. Mehrfach war sein Fehlen mit einem „in Urlaub" gekennzeichnet.[743] In einer Ausgabe wurde auch auf das Ableisten eines Wehrdiensts hingewiesen.[744] Danach verschwand sein Name vorübergehend aus der Zeitschrift. Erst im März 1940 fand er wieder als Hauptschriftleiter mit dem Zusatz „zur Zeit im Felde" Erwähnung.[745] Zu diesem Zeitpunkt erschien die „Funk-Wacht" in stetem Wechsel mit 12 und 16 Seiten.

Den Umfang behielt die Zeitschrift auch in der zweiten Jahreshälfte bei. Dies, obwohl im Juni 1940 nunmehr lediglich noch ein „einheitliches Programm des Großdeutschen Rundfunks" ausgestrahlt wurde.[746] Dieses sollte in der „Funk-Wacht" „ausführlich und besonders übersichtlich zum Abdruck" gebracht werden.[747] Ferner war geplant, so ließen Verlag und Schriftleitung ihre Leserschaft wissen, die Zeitschrift nun „mit Text und Bildern zum Rundfunk und zum Zeitgeschehen zu erweitern".[748] Der

741 Ebd., „Ein Wort an unsere Leser!". Im Original teilweise hervorgehoben.
742 Funk-Wacht/Mein-Funk, 14. Jg. Nr. 39 vom 24.09.1939, „Wichtig!". Im Original teilweise hervorgehoben.
743 Vgl. Funk-Wacht, 14. Jg. Nr. 26 vom 25.06.1939. Das gilt auch für die Ausgaben 27–29 u. 33–36.
744 Vgl. Ebd., Nr. 32 vom 06.08.1939. Hier mit „z.Zt. Wehrdienst" gekennzeichnet.
745 Funk-Wacht/Mein-Funk, 15. Jg. Nr. 12 vom 17.03.1940.
746 Vgl. ebd., 15. Jg. Nr. 24 vom 09.06.1940, „An unsere Leser!"
747 Ebd.
748 Ebd.

Rundfunk stellte bald nur noch ein Randthema dar. Einerseits dominierten propagandistische Themen zum Kriegsverlauf, zur Situation an der Front und zum Engagement an der Heimatfront –beispielsweise war die Leserschaft aufgerufen, die „Funk-Wacht“ nach der Lektüre „ins Feld“ zu schicken.[749] Andererseits wurden vor allem unterhaltende Aspekte betont. Der Stellenwert der Fortsetzungsromane vergrößerte sich dadurch weiter. Vor allem die Tierromane von Otto Boris waren hier jetzt prominent vertreten. Zusätzliche Aufmerksamkeit für den Roman wurde generiert, indem die Leser*innen verstärkt in die Themenauswahl miteinbezogen und aufgefordert wurden, sich zu ihren schönsten Romanen und der präferierten Gattung zu äußern.[750] Parallel dazu wurde in der „Funk-Wacht“ nunmehr intensiv für die Romanzeitschrift „Die Welt von Heute“ geworben.[751]

Ende Mai 1941 erschien die „Funk-Wacht“ zum letzten Mal. Letztmalig wandten sich Verlag und Schriftleitung mit pathetischen Worten an ihre Leserschaft:

> Die Kriegswirtschaft erfordert stärkste Konzentration aller Kräfte. Diese Zusammenfassung macht es notwendig, daß unsere Zeitschrift mit dem heutigen Tage bis auf weiteres ihr Erscheinen einstellt, um Menschen und Material für andere kriegswichtige Zwecke freizumachen. […]
> Wie der Führer in seiner Rede am 4. Mai 1941 ausführte, muß das ganze deutsche Volk kriegsmäßig erfaßt werden, und ist es auch nur ein Geringes, was mit der vorübergehenden Einstellung sämtlicher deutschen Rundfunk-Zeitschriften geschafft wird, so ist es immerhin ein Teil an der großen Aufgabe, Material zu ersparen und wichtige Arbeitskräfte der Kriegswirtschaft zuzuführen. […]
> An dieser Stelle wollen wir aber auch nicht vergessen, für die uns bis heute bewiesene Treue und Anhänglichkeit, die unsere Freunde und Leser über Jahre hinaus entgegenbrachten, unseren vollen Dank auszusprechen, darauf hoffend, daß die Zeit nicht weit liegt, in der die Rundfunk-Zeitschrift „Funk-Wacht/Mein Funk“ uns wieder zusammenführt. […][752]

Diese Hoffnung auf ein baldiges Wiedererscheinen wurde in einem ausgedehnten Artikel aufgegriffen, der parallel zu der Ankündigung in der Zeitschrift erschien. Rekapitulierend wurde darin die „Pionierarbeit“ des Blattes seit den Anfängen in den 1920er-Jahren gewürdigt. Außerdem wurde auf die anstehenden Aufgaben verwiesen, die aus

749 Ebd., Nr. 50 vom 08.12.1940, „Unsere Soldaten freuen sich“.
750 Ebd., Nr. 38 vom 15.09.1940, „Liebe Leser!“
751 Ebd., Nr. 46 vom 10.11.1940, „Für freie Stunden“.
752 Ebd., 16. Jg. Nr. 22 vom 25.05.1941, „An unsere Leser!“. Im Original teilweise hervorgehoben.

dem „Rundfunk in einem befriedeten Europa“ und dem im Aufbau befindlichen „Fernsehrundfunk“ für die „Funk-Wacht/Mein Funk“ erwachsen würden.[753]
Zunächst jedoch konzentrierte sich der Heinrich Bauer Verlag in der Folgezeit auf die Herausgabe der „Die Welt von Heute“.

2. Bauer übernimmt „Die Welt von Heute“ (1940–1943)

Ab Ende 1940 übernahm der Heinrich Bauer Verlag die Herausgabe und den Druck der Wiener Zeitschrift „Die Welt von Heute“. Das Blatt war im September 1927 unter dem Titel „Mein Haushalt“ mit dem Zusatz „Ein Freund und Berater der Modernen Frau“ erstmals als Monatszeitschrift erschienen. Zwei Jahre später wurde die Zeitschrift in „Die Frau von Heute“ umbenannt und inhaltlich erweitert. Einige Zeit wurde auf dem Titelblatt mit der Beilage „Mein Haushalt“, später mit der Beilage „Wiener Diätküche“ geworben. Nach über 70 Ausgaben entschlossen sich die Verantwortlichen im Herbst 1933 dazu, das Blatt zu einer Familienzeitschrift umzugestalten, die fortan als „Die Welt von Heute“ firmierte.[754] Auf dem Titel wurde nun mit vielfältigen Beilagen geworben.[755] Wie schon in den Jahren zuvor fungierte das Blatt auch als offizielles Organ der Wirtschaftlichen Vereinigung der Haushalte Österreichs. Dieser Verein war zu jener Zeit auch Eigentümer, Verleger und Herausgeber. Im September 1936 wurde das Blatt jedoch erneut umbenannt und erschien fortan mit dem Titel „Unser Kreis“.[756] Als Herausgeber, Eigentümer und Verleger trat jetzt die Deutsche Vereins-Druckerei A. G. aus Graz in Erscheinung, die schon einige Ausgaben zuvor den Druck übernommen hatte. Ein weiterer Wechsel vollzog sich im Frühjahr 1937: Herausgeber, Eigentümer, Verleger und Drucker wurde die Wagner’sche Universitäts-Buchdruckerei aus Innsbruck.[757] Ungeachtet dessen erschien das Blatt nach wie vor als das offizielle Organ der Wirtschaftlichen Vereinigung der Haushalte Österreichs. Diese übernahm Ende 1937 auch wieder die Verantwortung als Eigentümerin, Verlegerin und Herausgeberin,

753 Ebd., „Die Pionierarbeit unserer Zeitschrift ‚Funk-Wacht/Mein Funk‘“. Gekennzeichnet war der Artikel mit dem Kürzel „-mb“. Mutmaßlich handelte es sich dabei um Martin Böcker, der im Impressum inzwischen als Stellvertreter des Hauptschriftleiters genannt wurde. Als verantwortliche Anzeigenleiterin agierte nunmehr Alice Haentzschel.
754 Die Welt von Heute, Nr. 72 vom Oktober 1933, „An unsere Mitglieder!“. Siehe zur Zeitschrift und den unterschiedlichen Namen auch https://anno.onb.ac.at/info/mhh_info.html [Zugriff am 11.09.2024]. Die einzelnen Ausgaben bis 1940 sind online zugänglich unter: https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=mhh&size=45 [Zugriff am 11.09.2024].
755 Die Frau von heute, Mode von heute, Musik von heute, Gesundheitsfürsorge, Kosmetik, Wiener Diätküche.
756 Unser Kreis, Jg. 1936, Nr. 107 vom September 1936.
757 Ebd., Jg. 1937, Nr. 114 vom April 1937, Impressum.

gedruckt wurde abermals bei Ignaz Spitz & Söhne. [758] Aber auch dieses Arrangement war nur von kurzer Dauer. Ab Februar 1938 übernahm Josef Schwarz den Druck. Nach dem sogenannten „Anschluss“ Österreichs – nunmehr Ostmark genannt – ging das Blatt an den Friedrich Scheibl Verlag über. Dieser Verlag bestand seit 1925 und verfügte ab 1937 zumindest zeitweise über eine Zweigniederlassung in Berlin.[759] In der Aprilausgabe 1938 war über den Besitzerwechsel zu lesen:

> Das folgende Heft, die Osternummer unseres Blattes, erscheint als Frühlingsbote einer neuen Zeit zum ersten Male im neuen großen Deutschen Reich, in das die Ostmark – Dank unserem Führer Adolf Hitler – heimgekehrt ist.
> Das Blatt ist, den Gesetzen des Deutschen Reiches entsprechend, vom Verlagsbuchhändler und Mitglied der Reichsschrifttumskammer Friedrich Scheibl als Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter übernommen worden, unter dessen Leitung es mit Hilfe hervorragender Fachleute an dem großzügigen Aufbauwerk der Ostmark mitarbeiten will. Wir sind überzeugt, daß unser großer Leserkreis diese neue Ordnung der Dinge auf das freudige begrüßen wird, um so mehr als Friedrich Scheibl, der neue Leiter des Blattes, keine Arbeit und kein Mittel scheuen wird, um die allen unseren Freunden liebgewonnene Monatsschrift zum Lieblingsblatt der ostmärkischen Haushalte und Familien auszugestalten.[760]

Die Wirtschaftliche Vereinigung der Haushalte Österreichs, die formal als Verein organisiert war, wurde schon im März 1938 gelöscht.[761] Den Druck der „Die Welt von Heute“ übernahm bald darauf die NS-Werksgemeinschaft der Arbeiter und Angestellten des Druckereibetriebs Wien, später die Druckerei Elbmühl. Außerdem erhielt das Blatt unter der Regie von Scheibl einmal mehr eine neue Gestalt. Das Zeitschriftencover veränderte sich merklich, und wo vormals die Rubriken „Theater- und Kinonachrichten, Die Frau von heute, Mode von heute, Handarbeiten, Gesundheitsfürsorge, [und] die Küche von heute“ den Inhalt bestimmten, dominierten schon bald Romangeschichten.[762]

---

758 Die Welt von Heute, Jg. 1937, Nr. 121 vom November 1937, Impressum.
759 Vgl. StA-L 21765 Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig (I) Nr. F 8037 u. Nr. F 12077. Das Gründungsjahr wird mehrfach im Briefkopf genannt. Siehe dazu auch: BArch Berlin, R9361-V, 34524 u. BArch Berlin, R9361-V, 42574 (hier u.a. zum Versuch, Aufnahme in die Reichsschrifttumskammer zu finden und zu einem Vertrag mit dem „jüdischen Verlag Schwarz, Wien 9, Sensengasse 4“).
760 Die Welt von Heute, Jg. 1938, Nr. 126 vom April 1938, „An unsere Leserinnen und Leser!“.
761 Auskunft aus dem Österreichischen Staatsarchiv vom 12.09.2024. Der Archivar bezog sich dabei auf einen Akt zum Verein im Bestand StiKo (Stillhaltekommissar) Wien. Hier ist auch eine Vereinsakte mit Statuten usw. hinterlegt (T-OeStA/AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10746). Auch das Wiener Stadt- und Landesarchiv hält Unterlagen zu dem Verein unter der Signatur 1.3.2.119.A32.13948/1927.
762 Vgl. dazu die vorausgegangenen Zeitschriften-Titelseiten. Im Original als Versalien/Majuskeln.

Ab 1939 wurde für einige Zeit der Untertitel „Die große bebilderte Romanzeitschrift“ eingeführt und auf dem Umschlagtitel mit dem Abdruck eines vollständigen Romans in jeder Ausgabe geworben.[763] Die erste und die zweite Ausgabe dieses Jahres erschienen jeweils als Doppelnummern mit einer Auflage von rund 20 000 Exemplaren.[764] Mit der dritten Ausgabe 1939 wurde die Zeitschrift ab Oktober jedoch wieder monatlich gedruckt.[765] Kurz zuvor hatte sie abermals den Besitzer gewechselt: Rudolf Krill wurde Eigentümer, Herausgeber, Verleger und auch Schriftleiter.[766] Unter seiner Regie erschienen im Herbst 1939 drei Ausgaben und sieben weitere im Jahr 1940. Die letzte dokumentierte Wiener Ausgabe erschien in ihrem 13. Jahrgang mit der Nummer 147. Sie datierte auf Juli 1940.[767]

Ab Ende 1940 erschien die Zeitschrift in Hamburg beim Verlag Heinrich Bauer. Die erste erhaltene Ausgabe ist Nummer 149.[768] Sie erschien in verkleinertem Format mit erweiterter Seitenzahl (72 statt 36). Über die Vertragskonditionen und die Übernahmemodalitäten ist nichts bekannt. Anzunehmen ist, dass die sinkende Auslastung der Druckkapazitäten ab Ende 1939 die Verantwortlichen dazu veranlasste, nach alternativen Projekten und Investitionen Ausschau zu halten. Schließlich wurde die „Funk-Wacht“ angesichts der Rohstoffbewirtschaftung nur noch in einer Reichsausgabe mit regelmäßig etwa 14 bis 16 Seiten gedruckt. Durch die Programmeinschränkungen Mitte 1940 schien die Zukunft der Rundfunkzeitschriften zumindest für die Kriegszeit ohnehin ungewiss. Es ist also nicht unwahrscheinlich, dass sich die Verlagsverantwortlichen in diesem Zeitraum auch in Österreich umsahen, das zwei Jahre zuvor in das Deutsche Reich „eingegliedert“ worden war. Es lässt sich nur spekulieren, inwieweit „Die Welt von Heute“ in dieser Zeit bereits vor dem Aus stand. Die zeitliche Lücke von

763 Vgl. Die Welt von Heute, 12. Jg. Nr. 134/135 sowie die folgenden Ausgaben.
764 Vgl. Die Welt von Heute, 12. Jg. Nr. 136/137, Impressum.
765 Vgl. Ebd., 12. Jg. Nr. 136/1937 vom Oktober 1939. Der Monat wurde in der online verfügbaren Ausgabe der Zeitschrift handschriftlich ergänzt. Bei der Zählung scheint ein Fehler unterlaufen zu sein. Auch darauf wird handschriftlich hingewiesen. Eigentlich handelte es sich hier wohl um die Nummer 138.
766 Womöglich handelt es sich um denselben Hans Rudolf Krill, der in den 1910er-Jahren den Deutsch-österreichischen Frauen-Kalender begründete. Vgl. https://digital.onb.ac.at/RepViewer/viewer.faces?doc=DTL_9113416&order=1&view=SIN [Zugriff am 11.09.2024].
767 Gedruckt wurde nun bei der H. Faber GmbH.
768 Die Welt von Heute, Nr. 149 vom Dezember 1940 (aus dem Bestand der Deutschen Nationalbibliothek: ZB 37534). Eine Nummer 148 ließ sich nicht ausfindig machen. Es erscheint möglich, dass gar keine Nummer 148 gedruckt wurde. Die Ausgabe 150 ist ebenfalls nicht verfügbar. Den handschriftlichen Angaben der DNB ist zu entnehmen, dass diese nicht erschienen sei. In Ausgabe Nr. 151 wird allerdings auf die Nummer 150 Bezug genommen (vgl. ebd., Nr. 151 vom Februar 1941, „Unser Briefkasten“).

fünf Monaten, die zwischen der letzten Wien-Ausgabe im Juli 1940 und dem Erscheinen der ersten Ausgabe bei Bauer lagen, deutet darauf hin, dass der Übergang zumindest nicht fließend verlief.

Der Verlag Heinrich Bauer tauchte im Dezember 1940 erstmals im Impressum und im Untertitel des Zeitschriftenumschlags auf.[769] Darin wurde das Blatt auch als „Illustrierte Monatsschrift" deklariert. Die Schriftleitung übernahm dem Impressum zufolge eine gewisse Gerda Wiegand, die in Berlin-Wannsee lebte. Die Verantwortung für das Anzeigengeschäft fiel zunächst Alfred Bauer zu. Ab März 1941 übernahm die Verlagsmitarbeiterin Alice Haentzschel diese Aufgabe. Einen Monat später wechselte auch die Rolle der Schriftleitung, die nun an die Hamburgerin Frieda Radel übertragen wurde. Frieda Radel, geb. Johannsen, hatte in den 1920er-Jahren als (Rundfunk-)Journalistin, Frauenrechtlerin und DDP-Bürgerschaftsabgeordnete eine aktive Rolle im öffentlichen Leben Hamburgs eingenommen.[770] In den 1930er-Jahren betätigte sie sich nach wie vor journalistisch. Artikel von ihr wurden gelegentlich auch in der „Funk-Wacht" veröffentlicht.[771]

Neben dem Roman enthielt „Die Welt von Heute" verschiedene, teils wechselnde Rubriken, Text- und Anzeigensparten. Dazu zählten Seiten mit Witzen, Rätseln und einer „Bücherecke", eine „Umschau in der Welt von heute" sowie Kurzgeschichten, Film- und Schönheitstipps, Ernährungsratschläge und zahlreiche Berichte etwa über Körperpflege und den Arbeitsalltag von Frauen in unterschiedlichen Berufsfeldern. Mit Rubriken wie „Die Leser der Welt von heute unter sich" und dem „Briefkasten" wurden die Leser*innen auch aktiv zur Mitarbeit an der Ausgestaltung der Zeitschrift aufgefordert. Als im September 1941 Dr. Willy Phieler den Posten des Schriftleiters von Frieda Radel übernahm, änderte sich die inhaltliche Ausrichtung der Beiträge und des Blatts grundlegend.[772] Phieler war 1906 in Leipzig geboren und als Student 1933 der NSDAP beigetreten.[773] Im Jahr darauf erschien seine Dissertationsschrift, mit der er

769 Für den Kupfertiefdruck war demnach G. Petermann, Hamburg verantwortlich.
770 Kirsten Heinsohn, RADEL; Frieda. In: Kopitzsch, Franklin / Brietzke, Dirk (Hg.): Hamburgische Biografie, Band 5, Göttingen 2010, S. 297f.
771 Vgl. etwa Funk-Wacht, 10. Jg. Nr. 20 vom 12.05.1935, „Vorbildliches Mütterheim" u. 12. Jg. Nr. 8 vom 21.02.1937, „Hausgenossinnen für Auslandsdeutsche".
772 Die Welt von Heute, Nr. 158 vom September 1941.
773 BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei, 15490303 u. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, 32360096.

am Seminar für Romanische Sprachen und Kultur der Universität Hamburg promovierte.[774] In den folgenden Jahren arbeitete er für das nationalsozialistische „Hamburger Tageblatt“, wo er in erster Linie für die Sportberichterstattung zuständig war.[775] Seit er für die Schriftleitung der „Die Welt von Heute“ zuständig war, dominierten auf den Umschlagtiteln militaristische Motive und Bilder von deutschen Soldaten. Außerdem wurde vermehrt über den Kriegsverlauf, die militärischen Verbündeten und Gegner berichtet. Bald schon durchzogen Kriegspropaganda und Kriegsberichterstattung jene Zeilen der Zeitschrift, die nicht für den Romantext reserviert waren. Zunehmend fand nun auch offener Antisemitismus Eingang in die Zeitschrift, zum Beispiel mit einem abgedruckten Zitat aus Adolf Hitlers „Mein Kampf“ im Herbst 1941 oder mit antijüdischen Berichten im Frühjahr 1942.[776] Im Jahr 1942 änderte sich überdies die Nummernzählung: Statt wie in den vergangenen Jahren weiter hochzuzählen, wurde das neue Jahr mit der Heftnummer 1 begonnen.[777] Immer wieder wurde darum geworben, die Zeitschrift nach der Lektüre „ins Feld“ zu schicken.[778] Ab Mitte 1942 machte sich die Papierknappheit auch in dieser Zeitschrift bemerkbar. Die Seitenzahl reduzierte sich sukzessive und pendelte sich schließlich bei rund 32 Seiten pro Ausgabe ein.[779] In der Aprilausgabe 1943 erinnerte ein Konterfei von Adolf Hitler – wie auch in den vorangegangenen Jahren – an dessen bevorstehenden Geburtstag. Darin wurde angekündigt, dass die Zeitschrift „[a]us kriegswirtschaftlichen Gründen [...] von nun an nur noch alle zwei Monate“ erscheinen werde.[780] Aber die folgende Mai/Juni-Ausgabe sollte bereits die letzte sein.[781] Danach sind keine weiteren Ausgaben nachgewiesen.

774 Willy Phieler, Volkskundliches aus den Marken. Eine Studie aus den italienischen Provinzen der „Marche“, Hamburg 1934.
775 Vgl. etwa das Impressum: Hamburger Tageblatt, 9. Jg. Nr. 84 vom 27.03.1937. Siehe auch: BArch Berlin, R 9361-II, 807258 (hier mit dem Vornamen Wilhelm-Hermann und dem Geburtsdatum 18.01.1906 statt 18.10.1906).
776 Vgl. etwa Die Welt von Heute, Nr. 160 vom November 1941, S. 61 sowie ebd., 15. Jg. Nr. 4 vom April 1942, „Das Judentum in Frankreich“ und „Davidstern über Südamerika“. Siehe dazu auch: 16. Jg. Nr. 5 vom Mai/Juni 1943, „Der Purimgeist“.
777 Ebd., 15. Jg. Nr. 1 vom Januar 1942. Eine Dezemberausgabe ist für 1941 nicht überliefert.
778 Im April 1942 etwa mit folgenden Zeilen: „Ein Kamerad, der in vorderster Linie steht, schreibt seinem Onkel: ‚– alle Kameraden lesen die ‚Welt von Heute‘ am liebsten, weil die Hefte nicht den seichten Liebeskitsch bringen.‘ Darum schicken Sie Ihr Heft nach der Durcharbeitung Ihren Angehörigen an die Front!“ (In: ebd., 15. Jg. Nr. 4 vom April 1942, S. 63. Im Original teilweise hervorgehoben).
779 Im August 1942 erhöhte sich die Seitenzahl zwischenzeitig einmalig auf rund 80 Seiten, seit September 1942 erschienen regelmäßig rund 32 Seiten. Die Oktober- und die Dezemberausgabe 1942 sind nicht überliefert.
780 Ebd., 16. Jg. Nr. 4 vom April 1943.
781 Ebd., Nr. 5 vom Mai/Juni 1943.

Kurzübersicht: Zusammenfassung Abschnitt C.

Der 1875 gegründete Heinrich Bauer Verlag verfügt über eine langjährige Erfahrung in der Herstellung und der Herausgabe periodischer Druckerzeugnisse. Nach dem Ersten Weltkrieg intensivierte das Unternehmen sein Engagement in diesem Geschäftszweig. Gedruckt wurde etwa „Der Kauz“, ein „humoristisch-satirischer Wochenspiegel“ und „Die Laterne“, die in ihrer politischen Ausrichtung der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei nahestand. Zu den weiteren Verlagserzeugnissen zählten „Das Extrablatt am Montag“, „Das Sportextrablatt am Sonnabend“, und „Das Sportextrablatt“. Während der Verlag für einige der genannten Periodika teils auch als Verleger oder Herausgeber Verantwortung übernahm, war er bei anderen lediglich für den Druck zuständig. Dazu zählten auch die „Sport-Chronik“, die „Sport-Chronik am Sonnabend“ und die Beilage „Norddeutscher Sport-Spiegel“. Da Geschäftsunterlagen aus dieser Zeit nicht verfügbar sind, lässt sich das Engagement des HBV nur bruchstückhaft rekonstruieren. Zeitungsberichten zufolge stellte die Druckerei auch eine „Hindenburg-Hymne“ des Dichters Hans Curt Dreyer in einer Auflage von 100 000 Exemplaren auf Postkarten her. Außerdem druckte der Verlag im Jahr 1929 kurzzeitig die „Norddeutsche Tribüne“ für den redaktionell verantwortlichen Benno Dohrn, ein Mitglied der KPD.

Als besonders erfolgreich erwies sich jedoch das Engagement des HBV im Bereich der Rundfunkpresse, wo sich mit der Etablierung des neuen Massenmediums ein neuer Markt auch für Zeitschriften eröffnete: Am 24. September 1926 trat der Verlag erstmals mit der „Rundfunk-Kritik“ in Erscheinung. Eine großangelegte Umstrukturierung geht auf die zweite Jahreshälfte 1928 zurück. Ab Oktober erschien die Zeitschrift in neuer Aufmachung, verändertem Format und mit bebilderter Titelseite. Die Seitenzahl wurde deutlich erhöht, der Inhalt ausgeweitet und visuelle sowie literarisch-unterhaltsame Aspekte wurden betont. Ein neuer Zeitschriftentitel sollte den inhaltlichen Veränderungen Rechnung tragen, in deren Zuge angesichts der sich verbessernden Sende- und Empfangstechnik verstärkt auch überregionale Themen und Sender berücksichtigt wurden. Die Wahl fiel auf den Namen „Funk-Woche“. Da in Berlin aber bereits ein Blatt mit diesem Namen existierte, wurde binnen weniger Wochen eine erneute Namensänderung notwendig. Ende November 1928 firmierte die Zeitschrift erstmals als „Funk-Wacht“.

Diese Umgestaltung zu einer Rundfunkillustrierten mit ausführlichem Unterhaltungsteil zielte auf eine Steigerung der Auflage. Trotz des beginnenden wirtschaftlichen Abschwungs und zunehmender Konkurrenz auf dem Zeitschriftenmarkt erwies sich das Vorhaben als erfolgreich. Schon bald lag die Auflage über dem „offiziellen“ Organ des lokalen Rundfunksenders „Die Norag“. Mit 48 Seiten wöchentlich präsentierte sich die „Funk-Wacht“ jetzt als „Haus- und Familienzeitschrift für jedermann“. Im Jahr 1932 verzeichnete sie eine Auflage von bis zu rund 140 000 Exemplaren. Mit der steigenden Zahl der Radiohörenden war zu erwarten, dass sich dieser Trend fortsetzte.

Über die Arbeitsweise von Redaktion, Verlag und Druckerei ist nur wenig bekannt. Die Funktion des verantwortlichen Redakteurs war von verschiedenen Personen übernommen worden, ehe Dr. Louis Freise 1928 im Zuge der Umstrukturierung die redaktionelle Verantwortung übernahm. Ihm zur Seite stand Walter Pilkuhn als Ansprechpartner für Technik und Beratung. Im Impressum wurde darüber hinaus Heinrich Bauer als Verantwortlicher für Druck und Verlag aufgeführt. Außerdem fand bald Alfred Bauer als Anzeigenverantwortlicher Erwähnung. Trotz intensiver Recherchen ließen sich nur wenige Personen identifizieren, die in den 1920er- oder 1930er-Jahren über den genannten Personenkreis hinaus für den HBV tätig waren. Die verfügbaren Unterlagen deuten darauf hin, dass der Redaktionsstab erstaunlich klein blieb. Ein Großteil der Beiträge und Inhalte scheint auf freie Mitarbeitende, auf Agenturen und Presse- sowie Korrespondenzdienste zurückzugehen oder von den Sendegesellschaften mit den Programminhalten geliefert worden zu sein. Deutlich größer dürfte der Anteil derjenigen gewesen sein, die im kaufmännischen Bereich beschäftigt wurden oder mit der technischen Herstellung der Druckauflage, mit Gestaltung und Satz betraut waren.

Politische Debatten und kontroverse Themen wurden in der „Funk-Wacht“ – abgesehen von Fragen der Rundfunkpolitik und Programmgestaltung – in der Berichterstattung im Wesentlichen ausgespart. Es dominierte seichte Unterhaltung mit „volkstümlichen“, vermeintlich unpolitischen Themen. Ungeachtet dessen wird schon mit Blick auf die Titelgestaltung deutlich, wie selbstverständlich der zeitgenössische Alltagsrassismus und -sexismus aufgegriffen und reproduziert wurde. Eine inhaltliche Nähe der „Funk-Wacht“ zur nationalsozialistischen Bewegung lässt

sich vor 1933 jedoch nicht ausmachen. Ihre Akteure fanden nahezu keine Erwähnung und auch der aggressive Antisemitismus und Antikommunismus verfing hier zunächst nicht. Überschneidungen zur NS-Ideologie ließen sich in erster Linie über positive Bezugnahmen zu „Volkstümlichkeit" – im Sinne von Heimatverbundenheit – ausmachen. Hier agierte die „Funk-Wacht" ganz im Einklang mit der regionalen Hamburger Sendeanstalt NORAG.

In den ersten drei Monaten des Jahres 1933 veränderte sich die Berichterstattung kaum, die Haltung gegenüber der NS-Bewegung erscheint indifferent. Mit äußerster Zurückhaltung berichtete die „Funk-Wacht" über die sich vollziehenden Veränderungen des Rundfunkwesens im Zuge der NS-*Gleichschaltungs*politik. Noch Anfang März erschien ein Text des Antifaschisten Heinz Liepmann, der schon vor 1933 von den Nationalsozialisten als Jude diffamiert und bedroht worden war. Allerdings wandelte sich dieses Bild binnen weniger Ausgaben. Im Zuge der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung und -konsolidierung wurde eine grundlegende Umgestaltung von Rundfunk und Presse angekündigt, die sich unweigerlich auch auf die Funkpresse auswirken musste. Die Verantwortlichen in der „Funk-Wacht"-Redaktion reagierten auf diese Herausforderung mit einer Strategie der Anpassung und der Bereitschaft, sich bei der inhaltlichen Ausgestaltung an den ideologischen Prämissen der neuen Machthaber zu orientieren. Deutlich ist hier die Intention auszumachen, die eigene Bedeutung und Rolle als Organ der Funkkritik für die zukünftige Entwicklung herauszustellen.

Die Zukunft der Zeitschrift erschien zunächst ungewiss. Im Mai 1933 sahen sich die Verantwortlichen veranlasst, dem Gerücht entgegenzutreten, die „Funk-Wacht" „sei jüdisch-marxistisch und werde deshalb in aller Kürze verboten". Dieser Behauptung traten Verlag und Schriftleitung vehement entgegen, wobei betont wurde, sie seien „national und deutsch". Ein unmittelbares Bekenntnis zum Nationalsozialismus war damit nicht verbunden. Allerdings dominierte inzwischen eine NS-nahe Berichterstattung: In überschwänglichen Worten wurde über NS-Funktionäre und die Hitlerjugend berichtet und dem NS-Märtyrer Albert Leo Schlageter gehuldigt. Mit Artikeln über „Rassen-Forschung in Norddeutschland", den Luftschutz, die deutsche Kriegsflotte und das „Schicksal und die Not Danzigs" widmete man sich national-revisionistischen Themen und betonte bewusst die Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie. Immer deutlicher zeigte sich dabei das Ineinandergreifen

von Programmberichterstattung, seichter Unterhaltung und nationalsozialistischer Propaganda und Indoktrinierung. In diesem Sinne agierte die „Funk-Wacht“ ab dem Frühjahr 1933 bis zu ihrer Einstellung 1941 als Instrument nationalsozialistischer Propaganda.

Die inhaltliche Anpassung der „Funk-Wacht“, die wohl weniger ideologisch, als vielmehr taktisch motiviert war, erwies sich in ökonomischer Hinsicht als erfolgreich. Im 1. Quartal 1934 stieg die wöchentliche Auflage auf über 200 000 Exemplare an. Dabei profitierten Verlag und Redaktion von drei Entwicklungen: Erstens forcierten die Nationalsozialisten den Ausbau des Rundfunks, sodass die potenzielle Zielgruppe der Radiohörenden wuchs. Zweitens wurde im Dezember 1933 eine befristete Gründungssperre für neue Publikationen verhängt, wodurch die Zahl der Mitbewerber angesichts der NS-Verdrängungsmaßnahmen mittelfristig sank. Und drittens erhielt der HBV im zweiten Halbjahr 1933 die Möglichkeit, die konkurrierende Programmzeitschrift „Die Norag“ zu übernehmen. Das ehemals „offizielle“ Organ des Hamburger Senders hatte seit 1930 mit Verlusten und einer sinkenden Auflage zu kämpfen. Als die Geschäftsanteile verkauft wurden, ergriff der HBV die Gelegenheit und „fusionierte“ die Zeitschrift mit der „Funk-Wacht“, was de facto einer Einstellung der Konkurrenzschrift gleichkam. Bereits zuvor hatten sich Verlag und Schriftleitung intensiv um eine Vergrößerung des Lesepublikums bemüht und darüber hinaus den Stab um den Feuilletonredakteur Heinrich Heise erweitert. Besonders der literarische Bereich sollte ausgebaut werden.

Seit Ende 1926 wurden in der „Funk-Wacht“ Fortsetzungsromane mit unterschiedlicher thematischer Ausrichtung veröffentlicht. Meist handelte es sich dabei um Abenteuer-, Kriminal- und Liebesromane mit unbeschwert-humorvollen und exotisierenden Erzählsträngen in einem oftmals kolonialromantischen oder großstädtischen Handlungsrahmen. Ab Oktober 1933 wurde mit „Das Ende der Eisernen Mannen“ von Ernst Johannsen erstmals ein Roman veröffentlicht, der sich explizit mit zeitgenössischen politischen Entwicklungen beschäftigte. In den 15 Episoden wurden verschiedene prominente Persönlichkeiten der demokratischen Weimarer Parteien – insbesondere Angehörige der Altonaer SPD – aufs übelste diffamiert. Fiktionale Passagen, Gerüchte, Halbwahrheiten und Fakten verbanden sich zu einer beißend-ironischen Erzählung, die sich über das Ende der SPD im ersten Halbjahr 1933 ausließ und in wohlwollenden Worten die nationalsozialistische

Machteroberung kommentierte. Zahlreiche Referenzen verwiesen auf lokale Gegebenheiten, Ereignisse und Personen, die sich trotz fiktionaler Namen eindeutig identifizieren ließen. Als Heinrich Bauer Ende der 1940er-Jahre einen Lizenzantrag für die Neugründung der „Funk-Wacht“ stellte, wurde eben dieser Roman als Beleg dafür angeführt, dass er und das Blatt „sich dem neuen Regime über das unvermeidliche Maß hinaus angepaßt“ hätten. Im Rahmen eines ausgedehnten Verfahrens wurde ihm die Lizenz schließlich nur unter Auflagen gewährt – wenige Wochen vor dem Ende der Lizenzierungspflicht.[782]

Nach der Übernahme der NORAG-Zeitschrift und der Veröffentlichung des oben beschriebenen Fortsetzungsromans Ende 1933/Anfang 1934 setzte sich die Auflagensteigerung der „Funk-Wacht“ rasant fort. Im Frühjahr 1935 wurden wöchentlich über 400 000 Exemplare gedruckt, die in einer „Reichsausgabe“ und mehreren regionalen Ausführungen erschienen. Eine deutlich geringere Auflage verzeichnete die Berliner „Lesepause“, die der Verlag Ende 1935 erwarb: Die Auflage dieser Roman-Zeitschrift lag im niedrigen fünfstelligen Bereich.

Indes veränderten sich die Voraussetzungen der Zeitschriftenproduktion infolge der nationalsozialistischen Politik der Machteroberung und *Gleichschaltung* maßgeblich. Bald schon galt das „Schriftleitergesetz“ auch für die Rundfunkpresse: Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Schriftleitung und Verlegern verlor an Bedeutung. Loyalität wurde in erster Linie gegenüber dem nationalsozialistischen Staat eingefordert. Der Handlungsrahmen bei der redaktionellen Gestaltung der „Funk-Wacht“ wurde zunehmend eingeschränkt und abweichendes Verhalten sanktioniert. Beispielsweise wurden Freise als Hauptschriftleiter und Heise als Verantwortlicher im März 1935 aufgrund eines Beitrags in einem ehrengerichtlichen Verfahren wegen „nationaler Würdelosigkeit“ angeklagt. Desgleichen lassen sich Heise aber auch Artikel zuordnen, in denen er sich überschwänglich positiv auf die NS-Bewegung bezog. Seine Rolle gestaltete sich insofern ambivalent, als er zudem mit der Bauhaus-Künstlerin Dörte Helm-Heise verheiratet war, die selbst von NS-Verfolgungsmaßnahmen betroffen war. Freise wiederum trat mit Wirkung zum 1. Mai 1933 der NSDAP bei. Im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens erklärte er 1949, seinerzeit Parteimitglied geworden zu sein, um für „die rechtzeitige Sicherung

782 Eine Einzellizenz wurde ihm verweigert. Heinrich Bauer erhielt die Lizenz nur unter der Prämisse, dass weitere Lizenzträger hinzugezogen würden.

der Funk-Wacht im Verlag Heinrich Bauer“ zu sorgen. Bauer als Verleger habe solche Schritte „rundheraus abgelehnt“, deshalb habe er als Hauptschriftleiter keine andere Möglichkeit gesehen. Louis Freise war allerdings nicht der einzige NSDAP-Parteigänger im Umfeld der Zeitschrift. Walter Pilkuhn gehörte der Partei seit dem 1. März 1932 an. Heinrich Bauer war kein NSDAP-Mitglied. Sein Sohn Alfred trat der Partei 1940 bei, nach eigener Aussage, um eine Stilllegung des Verlags abzuwenden.

Für die Verlagsleitung war der Fachverband der Rundfunkpresse die maßgebende Institution. Für die Betriebsabläufe wiederum war die Deutsche Arbeitsfront zuständig, die die Arbeitsbeziehungen hinsichtlich Tarif- und Betriebsordnung kontrollierte. In seinem Entnazifizierungsverfahren erwähnte Alfred Bauer wiederholte Vorladungen von NS-Stellen inklusive Drohungen der Verlagsübernahme. Nach übereinstimmenden Aussagen mehrerer Beteiligter, die sich lediglich in der Datierung unterschieden, wurde der HBV Ende 1936 oder Ende 1937 vom Reichstreuhänder der Arbeit aus Berlin mit einer Entourage aufgesucht. Nach intensiven Gesprächen sah sich Heinrich Bauer genötigt, die Betriebsführereigenschaft seinem Sohn Alfred zu übertragen. Den Ausführungen zufolge wurden dem HBV weitreichende Auflagen erteilt. In der Folgezeit mussten unter anderem mehrere Verlagsmitarbeiter entlassen werden.

Die Auflagenzahl der „Funk-Wacht“ stagnierte ab Mitte 1935 deutlich unter der 500 000er-Marke. Gleichwohl warf die Zeitschrift auch in den Folgejahren hohe Gewinne ab. Ungeachtet dessen nahm der Druck auf die privaten Verlage, die nicht unmittelbar von der NSDAP oder staatlicher Seite kontrolliert wurden, stetig zu. Während des Zweiten Weltkriegs beschleunigte sich die Konzentration der Zeitschriftensparte. Die Papier-Kontingentierung führte schon in den ersten Kriegswochen zu drastischen Kürzungen. Die „Funk-Wacht“ erschien nun auf 12 Seiten und verzichtete auf die Herausgabe verschiedener regionaler Ausgaben. Als Mitte 1940 ein einheitliches Rundfunkprogramm eingeführt wurde, verloren die Programmzeitschriften zusätzlich an Bedeutung. Inhaltlich dominierten inzwischen propagandistische Themen zum Kriegsverlauf, zur Situation an der Front und zum Engagement an der Heimatfront. Darüber hinaus wurden unterhaltende Aspekte betont, wodurch sich der Stellenwert der Fortsetzungsromane weiter vergrößerte. Hier

dürfte der Grund zu suchen sein, warum der HBV Ende 1940 die Wiener Romanzeitschrift „Die Welt von Heute“ übernahm, die danach bis 1943 in Hamburg gedruckt wurde. Als die „Funk-Wacht“ Mitte 1941 trotz aller Kriegspropaganda im 16. Jahrgang eingestellt werden musste, konzentrierte sich der Verlag auf die Herausgabe dieses Titels.

D. Unterbringung von italienischen Militärinternierten im Heinrich-Bauer-Haus

Das Verlagshaus in der Schützenpforte 11, das Heinrich-Bauer-Haus, wurde Ende 1943 zu einem Zwangsarbeiterlager für italienische Militärinternierte (IMI). Schon in den Jahren zuvor waren in Hamburg bereits viele Unterkünfte für deutsche und ausländische Arbeiter requiriert oder errichtet worden. Seit den zunehmenden Luftangriffen der Alliierten auf deutsche Städte waren immer mehr Familien wohnungslos geworden. Während Frauen und Kinder zumeist in weniger gefährdete Teile des Deutschen Reiches, zum Beispiel auf dem Land, evakuiert wurden, sollten für die in Hamburg verbliebenen Männer, die noch nicht zur Wehrmacht eingezogen worden waren, weil sie z.B. kriegswichtige Arbeitsplätze innehatten, Gemeinschaftsunterkünfte geschaffen werden.[1] Zwischen 1941 und 1943 ließen die Behörden Dutzende von Unterkünften für unterschiedliche Kategorien von Arbeitskräften – also auch für Zwangsarbeitende – errichten oder bestehende Gebäude für die Nutzung als Lager herrichten.[2] Lager wurden auf Sportplätzen errichtet, auf beschlagnahmten Grundstücken oder anderswo.[3] Leider existieren detaillierte Angaben, mit denen man den Bau neuer oder die Erweiterung bestehender Lager nachvollziehen kann, nur etwa bis zum Sommer 1943, also bis zur Zeit vor der „Operation Gomorrha“ mit ihren großen Zerstörungen im Hamburger Stadtgebiet.[4] Im Folgenden sollen die Hintergründe der Errichtung des Lagers für italienische Militärinternierte im Heinrich-Bauer-Haus dargestellt und erläutert werden.

1 Vgl. Vermerk von Konstanty Gutschow an Kollegen der Baubehörde, den Sozialsenator Martini sowie NSDAP-Kreisleiter Rehmke vom 01.07.1943, betr. Arbeiterunterkünfte im Katastrophenfall (StAHH, 322-3, B 91, unfol.)

2 Vgl. dazu die Aufstellungen zahlreicher Lager und Unterkünfte in der Akte StAHH, 322-3, B 92, „Lagepläne und Statistiken über Arbeitsläger“. Neben den Lageplänen, die mit maßstabsgetreu gezeichneten topographischen Karten des Stadtplanungsamtes Hamburg sowie ebenfalls maßstabsgetreuen Zeichnungen von vorhandenen oder noch zu erbauenden Baracken aufwarten, gibt es Auflistungen der Firma, für die das Lager errichtet werden sollte, der Grundeigentümer, der beteiligten NSDAP-Ortsgruppe, des Barackentyps oder Gebäudetyps, der erforderlichen Luftschutzmaßnahmen sowie der Gruppe der Zwangsarbeitenden, die hier einziehen sollten.

3 Als Beispiel für ein Lager auf einem Sportplatz vgl. Arbeiterlager Deepen Stöcken in Lokstedt, das auf dem Betriebssportplatz der Firma Steen eingerichtet wurde: Auflistung vom 04.02.1943 (StAHH, 322-3, B 92, unfol.)

4 Zur „Operation Gomorrha“ und den Folgen für Hamburg vgl. Ursula Büttner, „Gomorrha“ und die Folgen. Der Bombenkrieg. In: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.): Hamburg im „Dritten Reich“, Göttingen 2005, S. 613–632.

I. Forschungsstand und verwendete Quellen

Erst die grundlegende Arbeit von Ulrich Herbert zum „Ausländer-Einsatz“ in der Kriegswirtschaft des „Dritten Reiches“ legte den Grundstein für breit angelegte und regionale Forschungen zur Praxis der Zwangsarbeit im Nationalsozialismus.[5] Für Hamburg liegt seit 2006 mit der Publikation von Friederike Littmann die erste umfassende und regionale Studie zur Geschichte der Zwangsarbeitenden in der Kriegswirtschaft des nationalsozialistischen Hamburgs vor.[6] Littmann schreibt zur Quellenlage, dass die in Bezug auf Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Zwangsarbeitenden wichtigsten behördlichen Provenienzen des Arbeitsamtes Hamburg, des Landesarbeitsamtes Nordmark sowie die Unterlagen der „Ausländerabteilung“ der Hamburger Gestapo nicht überliefert sind.[7] Grund dafür sind nicht nur die kriegsbedingten Zerstörungen vor allem während der „Operation Gomorrha“ im Sommer 1943, sondern auch gezielte und systematische Aktenvernichtungen, die der Gauleiter Karl Kaufmann Ende April 1945 befahl und die nahezu sämtliche Akten der Gestapo umfasste.[8]

Für die Unterbringung von ausländischen Zwangsarbeitenden war in Hamburg die Bauverwaltung zuständig, ab 1941 wurde innerhalb dieser Behörde eigens das „Amt für kriegswichtigen Einsatz“ (AkE) geschaffen.[9] Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann befahl mit Wirkung vom 26. Mai 1941 die Schaffung des Amtes innerhalb der Baubehörde und setzte den damaligen Stadtbaurat der Hansestadt Hamburg, Konstanty Gutschow, als Chef der Behörde ein.[10] Die neue Behörde war dafür zuständig, die Schaffung von neuem Wohnraum, die Instandsetzung von zerstörtem Wohn- und Arbeitsraum, die Schaffung von bombensicheren Luftschutzräumen und die Planung und Errichtung von Lagern für Arbeiter*innen zu koordinieren, die für die Kriegswirtschaft nach Hamburg gebracht werden mussten. Das neue Amt hatte fünf Abteilungen: Die Abteilung „Technischer Einsatz“ war unter anderem für den Arbeiter- und Firmeneinsatz zuständig, die Abteilung „Ersatzraumbeschaffung“ unter anderem für den Bau

5 Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999.
6 Friederike Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939-1945, Hamburg 2006.
7 Vgl. ebd., S. 25.
8 Ebd.
9 Vgl. ebd., S. 228–245.
10 Erlass des Reichsstatthalters vom 21. Mai 1941 betr. Errichtung des Amtes für kriegswichtigen Einsatz (StAHH 322-3, 5, unfol.).

von Lagern.[11] Beide Abteilungen hatten ihren Sitz in der Palmaille in Hamburg-Altona. Die Akten dieses Amtes sind somit in Ermangelung von Akten des Arbeitsamtes für diese Recherche die wichtigste Quellengrundlage. Weitere Quellen aus dem Staatsarchiv, die in wesentlich kleinerem Umfang verwendet wurden, waren Akten der Gesundheitsbehörde und der Senatskanzlei. Zuletzt ist noch die Hausmeldekartei für die Adresse Schützenpforte 11 zu nennen, die unter anderem Auskunft über die Zusammensetzung des Lagers im Heinrich-Bauer-Haus gibt.[12]

Des Weiteren standen diverse Internetquellen zur Verfügung. Zunächst ist dabei die Website „Zwangsarbeit in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939–1945“[13] zu nennen, die auf der Datenbank von Friederike Littmann beruht. Die Daten aller von Littmann recherchierten Firmenlager, Gemeinschaftslager, Kriegsgefangenenlager und Konzentrations- sowie Arbeitserziehungslager sind 2007 in eine Hamburg-Karte eingetragen worden. Hier kann detailliert nach Straßennamen und anderen Informationen gesucht werden. Die Karte ist allerdings mittlerweile etwas veraltet, sodass beispielsweise die Quellenangabe für die Adresse Schützenpforte 11 eine veraltete Signatur enthält, da die Akten der Gesundheitsbehörde in der Zwischenzeit umsigniert wurden. Nicht zuletzt sind die von Holger Artus gesammelten Materialien und Hinweise für die Recherche sehr hilfreich gewesen,[14] darunter auch die Seiten des Projektes „Italienische Militärinternierte von 1943 und 1945 in Hamburg“, sowie des Berliner Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit.[15]

Die Handelskammer führte laut Littmann Aufgaben der Arbeitsverwaltung durch, um für die in ihr organisierten Unternehmen Arbeitskräfte zu beschaffen. Daher existieren auch im Archiv der Handelskammer Akten zu den Arbeitsplätzen und Ar-

11 Organigramm „Gliederung des Amtes für kriegswichtigen Einsatz“ in der Bauverwaltung der Hansestadt Hamburg, 26. Mai 1941 (StAHH 322-3, 5, unfol.).
12 Hausmeldekartei Schützenpforte 11, Stand Mai 1945 (StAHH, 332-8, Meldewesen, A 51/1).
13 https://zwangsarbeit-in-hamburg.de/ [Zugriff am 27.06.2024]. Die Website samt Begleitbroschüre wurde 2007 herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung, dem Freundeskreis der KZ-Gedenkstätte Neuengamme e.V. sowie der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Das Kartenmaterial stammt vom Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung, Hamburg.
14 Vgl. etwa https://heinrichbauerhaus.wordpress.com/ [Zugriff am 12.07.2024].
15 Vgl. https://imiinhamburg.wordpress.com/ [Zugriff am 30.6.2024] sowie https://www.ns-zwangsarbeit.de/italienische-militaerinternierte/ [Zugriff am 30.6.2024]. Das Berliner Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Oberschöneweide verfügt über eine Dauerausstellung zu den italienischen Militärinternierten „Zwischen allen Stühlen. Die Geschichte der italienischen Militärinternierten 1943–1945“. Die Gedenkstätte hat einiges an Informationen und Material frei verfügbar ins Internet gestellt.

beitsbedingungen von Zwangsarbeitenden im Allgemeinen und von italienischen Militärinternierten im Besonderen.[16] Aus Zeitgründen konnten diese während der Recherche nicht mehr eingesehen werde. Ebenso wenig konnte im Rahmen der Recherche untersucht werden, ob es in den Akten der Handelskammer noch Hinweise auf die Unterbringung von Zwangsarbeitenden und die Beschlagnahme von Wohnraum gibt.

II. Historischer Hintergrund

Bereits seit Beginn des Krieges waren zahlreiche ausländische Arbeiter*innen ins Deutsche Reich geholt worden, um die als Soldaten zur Wehrmacht eingezogenen männlichen deutschen Arbeitskräfte in Landwirtschaft und Industrie zu ersetzen. Dazu wurden zunächst polnische, später französische Kriegsgefangene ins Deutsche Reich verfrachtet. Außerdem warben deutsche Behörden in allen besetzten Ländern auch zivile Arbeitskräfte an, die mit unrealistischen Versprechungen ins Reich geholt wurden. Hamburger Firmen sowie die Handelskammer warben auch eigenständig ausländische Arbeitskräfte an.[17] Aufgrund des geringen Erfolgs dieser Anwerbeversuche wurden ab 1939/40 zugleich immer mehr zivile Arbeitskräfte zur Arbeit im Deutschen Reich zwangsverpflichtet.[18] Hinzu kamen französische und andere westeuropäische Kriegsgefangene, die seit 1940 in der Landwirtschaft und im Baugewerbe eingesetzt wurden.[19]. Nachdem der Feldzug gegen die Sowjetunion ab Sommer 1941 nicht so schnell beendet werden konnte, wie von den NS-Propagandisten kommuniziert, entstand weiterer Bedarf an ausländischen Arbeitskräften, da deutsche Arbeiter wiederum massenhaft zur Wehrmacht einberufen wurden. Trotz der bisherigen NS-Propaganda von den slawischen „Untermenschen“ entschieden Wehrmacht und NS-Führung, sowohl sowjetische Kriegsgefangene als auch Zivilistinnen und Zivilisten aus der Sowjetunion in der deutschen Kriegswirtschaft einzusetzen.[20] War der sogenannte „Russeneinsatz“ zunächst noch beim Arbeitsministerium angesiedelt, schuf Hitler ab März 1942 ein neues Amt, den „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“, und

16 Friederike Littmann zitiert bei ihren Ausführungen zu den italienischen Militärinternierten zahlreiche Akten aus dem Archiv der Handelskammer. Vgl. Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter 2006, S. 578-587.
17 Vgl. Friederike Littmann, Zwangsarbeiter in der Kriegswirtschaft. In: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hg.): Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 2005, S. 225–245, hier S. 226f.
18 Dies waren zunächst beim „Poleneinsatz“ polnische, ab Herbst 1940 auch „westliche“ Zivilarbeiter. Vgl. dazu Herbert, Fremdarbeiter 1999, S. 77–110 u. S. 114–116.
19 Vgl. ebd., S. 111–114.
20 Vgl. ebd., S. 158–173.

setzte den Thüringer Gauleiter und Reichsstatthalter Fritz Sauckel auf diesen Posten.[21] Gemeinsam mit dem „Generalbevollmächtigten für die Rüstungswirtschaft", Albert Speer, und dem „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete" weitete Sauckel den Zwangsarbeitereinsatz in der Folge massiv aus.[22] Mit der Kontrolle, Überwachung und Bestrafung sowjetischer Kriegsgefangener war das 1939 neu geschaffene Reichssicherheitshauptamt befasst.[23] Die sogenannten „Ostarbeiter" und „Ostarbeiterinnen" standen auf der untersten Stufe in der Hierarchie der ausländischen Zwangsarbeitenden. Erkennbar war dies vor allem an der katastrophalen Ernährung und Versorgung sowie der rassistisch motivierten schlechten Behandlung durch spezielle sicherheitspolizeiliche Maßnahmen, die sogenannten „Ostarbeiter-Erlasse".[24] Während des gesamten Krieges waren etwa 2,75 Millionen „Ostarbeiter" zwangsweise im Deutschen Reich beschäftigt. Ende 1942 kamen ständig neue Transporte mit Arbeitskräften in Hamburg an, sodass das AkE bei der Errichtung von Lagern kaum noch mit dem Tempo der Zuweisungen Schritt halten konnte.[25] Erst im Laufe der Zeit besserten sich – meist auf Druck der Industrie – partiell die Lebensbedingungen für viele Zwangsarbeitende, selbst für „Ostarbeiter".[26] Dies geschah aber vor allem, damit man ihre Arbeitskraft optimal ausnutzen konnte. Da es ab 1943 zunehmend „Nachschub"-Probleme beim Zuzug von Arbeitskräften gab,[27] kamen die ab dem Herbst 1943 eintreffenden Italiener sowohl für die beteiligten NS-Organisationen als auch für die Wirtschaft wie gerufen.

Nach der Landung alliierter Truppen in Sizilien im Sommer 1943 schickte die Wehrmacht bereits im August 1943 zahlreiche Soldaten an den italienischen Kriegsschauplatz. Ursprünglich war Italien unter Diktator Benito Mussolini Bündnispartner NS-Deutschlands während des Zweiten Weltkriegs gewesen. Doch am 8. September 1943 trat Italien aus diesem Bündnis aus, nachdem Mussolini von monarchistisch-militärischen Kräften gestürzt und abgesetzt worden war. Die neue Regierung unter Marschall Pietro Badoglio verkündete einen Waffenstillstand mit den bisherigen Kriegsgegnern

21 Vgl. ebd., S. 173–178.
22 Zu der Ausweitung des Zwangsarbeitereinsatzes durch „Ostarbeiter" vgl. Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter 2006, S. 297–346.
23 Vgl. ebd., S. 299f.
24 Die „Ostarbeiter-Erlasse" („Allgemeine Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten") wurden am 20.02.1942 von Heinrich Himmler herausgegeben. Vgl. dazu Herbert, Fremdarbeiter 1999, S. 178–182.
25 Vgl. Generalreferent für Raumordnung Dr. Clausmüller an SA-Oberführer Henke, 10. Dezember 1942 (StAA HH, 322-3, B 90, unfol.).
26 Vgl. etwa Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter 2006, S. 350–358.
27 Vgl. dazu ebd., S. 365–424.

– also den Alliierten Großbritannien, USA und der Sowjetunion –, womit das Deutsche Reich vom ehemaligen Verbündeten zum Kriegsgegner wurde. Die Nachricht vom „Seitenwechsel" der italienischen Führung griffen nationalsozialistische Medien propagandistisch auf und sprachen vom „Verrat" der Badoglio-Regierung.[28] Die Wehrmacht entwaffnete die italienischen Militärangehörigen auf dem italienischen Festland sowie in besetzten Ländern, in denen sie zuvor noch Seite an Seite gekämpft hatten. Etwa 650 000 Italiener wurden vor allem in das Deutsche Reich und in das besetzte Polen verschleppt und dort in Kriegsgefangenenlagern interniert.[29] Man stellte sie zunächst unter Aufsicht des Oberkommandos der Wehrmacht, womit sie der Genfer Konvention unterlagen und nicht in der Rüstungsindustrie eingesetzt werden durften.[30] Da gerade in dieser Zeit – dem Herbst 1943 – ein großer Arbeitskräftemangel in der Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches herrschte, entschied Hitler, die italienischen Kriegsgefangenen zu „Militärinternierten" zu erklären, um so die völkerrechtlichen Bestimmungen zu umgehen.[31] Bis Ende 1943 arbeiteten bereits etwa 450 000 Soldaten und Unteroffiziere für die Rüstung, den Bergbau und die Bauwirtschaft im Deutschen Reich. Sowohl in den hoffnungslos überfüllten Stammlagern (Stalags) als auch in den Betrieben wurden sie dabei extrem schlecht behandelt und ernährt, wodurch ihre Arbeitsleistung aus Sicht der Beschäftigungsbetriebe nicht gut genug war.[32] Nach Angaben der Gauwirtschaftskammer befanden sich im November 1943 12 500 italienische Militärinternierte in Hamburg.[33] In den Akten der Baubehörde werden Ende 1943 in verschiedenen Schreiben zwischen 6 350 und 8 235 sogenannte IMIs erwähnt – dabei waren allerdings einmal die im Bereich des AkE eingesetzten Italiener gemeint,[34] das andere Mal die in Hamburg untergebrachten Italiener.[35] Im Juli 1944 wurden die italienischen Militärinternierten in den Zivilarbeiterstatus entlassen, unter anderem, um ihre Arbeitsleistung zu erhöhen. Dies hatte auch tatsächlich eine Verbesserung ihrer

28 Vgl. https://www.ns-zwangsarbeit.de/de/italienische-militaerinternierte/themen/besetzung-und-gefangennahme/ [Zugriff am 29.06.2024], Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter 2006, S. 578.
29 Vgl. https://www.ns-zwangsarbeit.de/italienische-militaerinternierte/themen/transport-in-deutsche-kriegsgefangenenlager/ [Zugriff am 29.06.2024].
30 Vgl. Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter 2006, S. 578.
31 Vgl. ebd., S. 578f.
32 Vgl. ebd., S. 581.
33 Ebd.
34 Vermerk betr. Einsatz der ital. Milit. Intern. vom 15.11.1943 (StAHH, 322-3, B 22, unfol.).
35 Lagebericht des AkE vom 1. Dezember 1943, Unterpunkt „Unterkünfte für Kriegsgefangene und Arbeiter" (StAHH, 322-3, B 23, unfol.).

Ernährungs- und Arbeitssituation zur Folge.[36] Sie waren dadurch allerdings nicht frei, sondern mussten weiterhin Zwangsarbeit leisten; statt von Wehrmachtsoldaten wurden sie nun von Gestapo und SS überwacht und kontrolliert. Die Italiener konnten sich zwar freier bewegen, doch nach Italien zurückkehren durften sie nicht. Die Rückkehr in die Heimat war erst nach dem Kriegsende möglich.

III. Juristische Grundlage

Um deutsche und ausländische Arbeitskräfte, die für die Kriegswirtschaft eingesetzt wurden, auch unterbringen zu können, griffen die zuständigen Behörden wie die Baubehörde respektive das AkE in Hamburg auf das Reichsleistungsgesetz (RLG) von 1939 zurück.[37] Dieses Gesetz ersetzte das Wehrleistungsgesetz von 1938. Letzteres hatte vor allem die Nutzung von Materialleistungen, Sachleistungen und beweglichen sowie unbeweglichen Sachen (Gegenständen und Räumen) für militärische Zwecke vorgesehen. Im Gegensatz dazu erlaubte das Reichsleistungsgesetz, solche Leistungen nicht nur für militärische, sondern zusätzlich für viele weitere, im weitesten Sinne staatliche Zwecke zu erzwingen, vor allem für die Verwaltung und die Wirtschaft.[38] Mit solchen Zwecken war die „Beseitigung öffentlicher Notstände, die durch den Krieg entstanden sind“[39] gemeint. In den Paragrafen 3 a und 3 b waren die Leistungen für besondere wirtschaftliche Zwecke geregelt, zu denen Inhaber und Eigentümer von Sachen verpflichtet werden konnten. Paragraf 5 regelte die Bereitstellung von Unterkünften, Paragraf 10 die Benutzung von Grundstücken und Gebäuden, worunter auch der Einbau von Geräten oder Anlagen fiel.[40] Beide Paragrafen können als Vollmacht für die Errichtung von Barackenlagern auf privaten Grundstücken sowie von Lagern innerhalb von privaten Gebäuden verstanden werden. Laut RLG bedurfte die Anforderung an den Leistungspflichtigen (hier: der Heinrich-Bauer-Verlag) der Schriftform – leider ließ sich aber

36 Vgl. https://www.ns-zwangsarbeit.de/italienische-militaerinternierte/themen/ueberfuehrung-in-die-zivile-zwangsarbeit/ [Zugriff am 29.06.2024].
37 Gesetz über Sachleistungen für Reichsaufgaben (Reichsleistungsgesetz) vom 1. September 1939 (RGBl. I 1939, S. 1645-1654).
38 Vgl. § 2 Reichsleistungsgesetz (RLG).
39 Vgl. Vermerk der Abteilung Ersatzraumbeschaffung ER 2 des AkE vom 22.5.1942 betr. Die rechtliche Grundlage der Inanspruchnahme von Räumen aufgrund des Reichsleistungsgesetzes (StAHH, 322-3, B 88, unfol.).
40 In § 10 Abs. 1 heißt es: „Grundstücke und Gebäude können betreten oder sonst benutzt werden. Diese Benutzung kann auch in der Aufstellung, dem Anbringen oder dem Einbau von Geräten, Vorrichtungen und Anlagen bestehen.“

bislang kein solches Schreiben oder gar ein Mietvertrag in den Akten finden. Die Möglichkeit der Beschlagnahme von Sachen und Räumlichkeiten (§ 25) regelte das Gesetz ebenso wie die Vergütung und Entschädigung (§ 26). Schließlich wurden auch diejenigen Personen aufgeführt, die grundsätzlich nicht zu solchen Leistungen verpflichtet waren, dazu gehörten vor allem hohe Repräsentanten des NS-Staates und hohe Beamte sowie Offiziere des Reichsarbeitsdienstes (§§ 28, 29). Leistungspflichtige im Sinne des RLG hatten keine Möglichkeit, gegen die Verwendung von Sachen oder die Beschlagnahme von Räumen Rechtsmittel einzulegen. Eigentümer konnten im Grunde nur auf die Höhe der Miete oder der Erstattung Einfluss nehmen, indem sie Einspruch erhoben (§ 27).[41] Ein solcher Einspruch ist im Falle des Heinrich-Bauer-Hauses nicht überliefert.

IV. Bedarf an Arbeitskräften und Unterkünften in Hamburg

Nach einem Schreiben von Konstanty Gutschow an den Reichsverteidigungskommissar Karl Kaufmann vom 17. Juli 1943 kamen für die Unterbringung von „obdachlos gewordenen deutschen Arbeitern“ drei unterschiedliche Kategorien von Unterkünften infrage: Speichergebäude des Freihafens wie die Speicher am Dessauer Ufer auf dem Kleinen Grasbrook, Kauf- und Geschäftshäuser wie das Karstadt-Kaufhaus in der Mönckebergstraße sowie Alten- und Siechenheime.[42] Da zu diesem Zeitpunkt in den Speichern am Dessauer Ufer bereits Unterkünfte für ausländische Arbeiter geplant waren,[43] ist stark anzunehmen, dass auch die anderen, bereits im Sommer 1943 vorgeschlagenen Unterbringungsmöglichkeiten ab der zweiten Jahreshälfte 1943 für neu eintreffende ausländische Arbeiter, Kriegsgefangene sowie italienische Militärinternierte gesucht und genutzt werden sollten. Im gesamten Kontorhausviertel wurden ab Ende 1943 weitere Unterkünfte für ausländische Zwangsarbeitende eingerichtet, vor allem auch für italienische Militärinternierte.[44]

41 In einem internen Vermerk der Abteilung Ersatzraumbeschaffung des AkE erläuterte der Referatsleiter die Verwendung des RLG an alle Mitarbeitenden. Vgl. Vermerk der Abteilung Ersatzraumbeschaffung ER 2 des AkE vom 22.5.1942, betr. Die rechtliche Grundlage der Inanspruchnahme von Räumen aufgrund des Reichsleistungsgesetzes (RLG) (StAHH, 322-3, B 88, unfol.).
42 Vgl. Schreiben des Amtsleiters Konstanty Gutschow an den Reichsverteidigungskommissar Karl Kaufmann vom 17.07.1943 (StAHH, 322-3, B 92, unfol.).
43 Ebd.
44 Nach jüngsten Forschungen waren – außer im Heinrich-Bauer-Haus – noch weitere Lager für IMIs in der Marschländerstraße 11 (300 IMIs) und im Klostertorhof, Burchardstraße 1 (750 IMIs) eingerichtet. Vgl. https://heinrichbauerhaus.wordpress.com/2019/12/01/das-lager-in-der-marschlaenderstrasse/ [Zugriff am 23.07.2024] sowie Schreiben vom Dezember 1943 (StAHH, 322-3, B 90, unfol.).

Anfang Juni 1942 richtete die Abteilung Ersatzraumbeschaffung des AkE eine „Zentralkartei großer Räume“ ein, mit der Räume aller Art erfasst werden sollten, in denen verschiedene Unternehmen, aber auch Gruppen von Personen untergebracht werden konnten.[45] Die Personengruppen, die während des Krieges Unterkünfte benötigten, waren Ausgebombte („Obdachlose“), Wehrmachtformationen, ausländische Arbeiter*innen und Häftlinge jeglicher Art. Zum Zweck der Erfassung solcher Räume setzte das AkE Außendienstmitarbeitende ein, die in sachlicher Hinsicht den Weisungen des AkE unterworfen waren, ihren Arbeitsplatz aber bei den Kreisdienststellen der Sozialverwaltung hatten.[46] Diese als „Außenbeamte“ bezeichneten Mitarbeitenden waren bei der Suche nach passenden und verfügbaren Räumlichkeiten auf die Unterstützung von Kreisleitungen und Ortsgruppen der NSDAP und Dienststellen der Polizei angewiesen. Alle Ergebnisse wurden in der dafür vorgesehenen Kartei eingetragen. Die Sicherstellung von Gebäuden erfolgte nach dem RLG; es sollte dabei auch jeweils „schnell und tatkräftig“[47] gehandelt werden. Im Falle von Beschlagnahmen nach Paragraf 25 RLG sollten Mieter oder Eigentümer der zu beschlagnahmenden Gebäude rechtzeitig „über die bevorstehende Beschlagnahme und deren Folgen“[48] unterrichtet werden. Das Anfordern von Räumen und Gebäuden erfolgte durch sehr unterschiedliche Dienststellen, je nachdem, wer oder was in den Gebäuden untergebracht werden sollte. Im Falle der Unterbringung von kriegswichtigen Betrieben und der Herrichtung von Lagern für Zwangsarbeitende waren es die Wirtschaftskammern, die solche Bedarfe beim AkE anmeldeten.[49]

Wie oben beschrieben, stieg 1943 der Bedarf an Arbeitskräften im Deutschen Reich und in Hamburg aufgrund der Zunahme an Mobilisierungen von deutschen Männern und Frauen für die Wehrmacht und die Hilfsdienste durch den Übergang in die Kriegsphase, die propagandistisch „totaler Krieg“ genannt wurde. Denn dadurch fehlten in Landwirtschaft und Industrie Tausende von Arbeitskräften. Aus diesem Grund waren

Hinzu kamen die auch schon von F. Littmann genannten Kriegsgefangenen- und Firmenlager in der Klosterstraße, im Chilehaus, in der Altstädter Straße und im Speersort; vgl. https://zwangsarbeit-in-hamburg.de/ [Zugriff am 23.07.2024].

45 Vermerk der Abteilung Ersatzraumbeschaffung vom 6.6.1942 betr. Einrichtung und Benutzung des Karteiblattes der Zentralkartei großer Räume, 3 Blatt (StAHH, 322-3, B 88, unfol.).

46 Abteilung Ersatzraumbeschaffung ER 2: Arbeitsanweisung für die Außenbeamten vom 5.6.1942, 2 Blatt (StAHH, 322-3, B 88, unfol.).

47 Ebd., Bl. 2.

48 Ebd., Bl. 2.

49 Vgl. Vermerk der Abteilung Ersatzraumbeschaffung vom 6.6.1942 betr. Einrichtung und Benutzung des Karteiblattes der Zentralkartei großer Räume, Bl. 1 (StAHH, 322-3, B 88 unfol.).

die italienischen Militärinternierten auch in Hamburg höchst willkommen, nicht zuletzt nach den Zerstörungen durch die Bombardierungen der „Operation Gomorrha". In der Stadt wurden Hilfskräfte benötigt, um Trümmer zu beseitigen und Abbrucharbeiten zu leisten. Ende Oktober 1943 trafen laut einer Statistik des AkE 2 350 Italiener in der Hansestadt ein.[50] Eine andere Statistik führt mit Stand vom 31. Oktober 1943 eine Gesamtzahl von 6 030 italienischen Militärinternierten an, die im Bereich des AkE tätig und in Hamburger Lagern untergebracht waren.[51] Zu diesem Zeitpunkt bildeten sie – zumindest laut dieser Statistik – bereits die größte Gruppe ausländischer Zwangsarbeitender in Hamburg.[52] Das Heinrich-Bauer-Haus wird in dieser Statistik noch nicht als Unterkunft für italienische Militärinternierte aufgeführt. Das größte Lager für diese Gruppe von Zwangsarbeitenden war zu diesem Zeitpunkt in den zwei Lagerhäusern F und G am Dessauer Ufer auf dem Kleinen Grasbrook eingerichtet worden; es beherbergte 3 200 Arbeitende, war aber bereits für 6 000 Personen eingerichtet. Und es sollte noch für weitere 3 000 Plätze ausgebaut werden. Die nächstgrößeren Lager befanden sich am Wandrahm und in der Kluckstraße, kleinere Lager waren in verschiedenen Hamburger Schulen eingerichtet worden. Einen Monat später, mit Stand vom 30. November 1943, befanden sich insgesamt 8 235 italienische Militärinternierte in den Hamburger Lagern.[53] Das Heinrich-Bauer-Haus war zu dem Zeitpunkt bereits als Unterkunft beschlagnahmt, aber noch nicht belegt. Aufgeführt ist hier eine Kapazität von 250 Personen, mit denen das Lager im Verlagsgebäude belegt werden sollte. Holger Artus hat einen Beleg dafür gefunden, dass das Lager am 23. Dezember 1943 bezogen wurde – jedoch bleibt das ohne genaue Quellenangabe.[54] Im Zuge der hier erfolgten Recherchen konnte dieser Nachweis leider nicht aufgefunden werden. Die Datenbank über Zwangsarbeit in der Hamburger Kriegswirtschaft, die auf den Daten von Friederike Littmann beruht, führt für das Lager in der Schützenpforte 11 eine Anzahl

50 Vgl. Aktenvermerk der Abteilung Technischer Einsatz des AkE vom 28.10.1943, betr. Einsatz der italienischen Militärinternierten (StAHH, 322-3, B 22, unfol.).
51 Aufstellung von Lagern für Arbeitskräfte des Heeres, in- und ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene, die im Arbeitsbereich des AkE beschäftigt werden, Stand 30.10.1943 (StAHH, 322-3, B 22, unfol.).
52 Vgl. ebd.
53 Aufstellung von Lagern für Arbeitskräfte des Heeres, in- und ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene, die im Arbeitsbereich des AkE beschäftigt werden, Stand 30.11.1943 (StAHH, 322-3, B 22, unfol.).
54 Vgl. https://alfredbauerverleger.wordpress.com/2020/01/15/zwangsarbeitslager-im-heinrich-bauer-haus-1943-1945/ [Zugriff am 30.06.2024]. Das Dokument auf dieser Seite, das den genauen Zeitpunkt der Belegung des Lagers dokumentiert, ist leider ohne Quellenangabe publiziert worden.

von rund 500 Militärinternierten auf.[55] Die Auswertung der Hausmeldekartei für die Schützenpforte 11 ergab eine Anzahl von mehr als 400 italienischen Militärinternierten, die sich am Tag der Befreiung Hamburgs durch die Briten, am 3. Mai 1945, noch im Heinrich-Bauer-Haus aufhielten.[56] Während der Existenz des Lagers von Dezember 1943 bis zum 3. Mai 1945 befanden sich insgesamt über 700 dieser italienischen Zwangsarbeitenden in der Schützenpforte 11 – bedingt durch zahlreiche Verlegungen aus anderen und in andere Lager. Es ist allerdings nicht sicher, dass in die Kartei alle Bewohner eingetragen wurden, denn es sind nur Lagerinsassen vermerkt, die im Herbst 1944 oder später in das Heinrich-Bauer-Haus kamen. Es müssen auch Personen in der ersten Jahreshälfte 1944 eingezogen sein – diese sind aber nicht in der Kartei vermerkt. Es könnte also sein, dass sich insgesamt noch mehr Personen im Lager aufgehalten haben. Da das Lager nur für 250 Personen geplant war, ist zudem mit großer Sicherheit anzunehmen, dass es meistens überbelegt war.

Durch das Reichsleistungsgesetz war vorgesehen, dass eine Entschädigungsleistung oder Miete für beschlagnahmte Räume gezahlt werden sollte.[57] Auf der Website von Holger Artus zum Heinrich-Bauer-Haus findet sich ein Nachweis einer Zahlung von 1.400 RM im Monat.[58] Diese Summe lässt sich einem Dokument aus dem März 1946 entnehmen, in dem Lager in städtischer Verwaltung aufgelistet sind, die an die früheren Eigentümer zurückgegeben werden sollten. Daraus geht zum einen hervor, dass das Gebäude erst am 31. März 1946 an den Bauer-Verlag zurückgegeben werden sollte und zum anderen – durch eine handschriftliche Eintragung –, dass im Sommer 1945 eine monatliche Miete von 1.400 RM an Heinrich Bauer gezahlt wurde.[59] Es erscheint absolut plausibel, dass diese Summe auch vor Kriegsende gezahlt worden war.

55 Vgl. https://zwangsarbeit-in-hamburg.de/ [Zugriff am 30.06.2024].
56 Die Zahl lässt sich nicht genau aus der Kartei ermitteln, da nicht immer eindeutig erkennbar ist, welcher Name durchgestrichen ist und welcher nicht. Während im Internet die Zahl 402 zu finden ist, hat die Autorin 410 Italiener gezählt. Vgl. StAHH, 332-8, Meldewesen, A 51/1 sowie https://imiinhamburg.wordpress.com/2024/05/02/die-402-namen-der-italienischen-militaerinternierten-im-heinrich-bauer-haus/ [Zugriff am 30.06.2024]. Zudem gibt es in der Internet-Version kleinere Ungenauigkeiten (manche Namen wurden doppelt eingetragen, andere vergessen, es wurden dort einige Holländer mitgezählt, die auch in dem Lager untergebracht waren, und nicht zuletzt, wurden drei verstorbene Italiener mitgezählt). Insgesamt sind die Zahlen trotzdem fast gleich.
57 § 26 Reichsleistungsgesetz (RLG).
58 Vgl. https://heinrichbauerhaus.wordpress.com/2020/09/04/die-bezahlung-nach-dem-reichsleistungsgesetz/ [Zugriff am 30.06.2024].
59 Vgl. Lagerverzeichnis der Hamburger Wohnungsverwaltungsgesellschaft, die abgegeben worden sind oder werden, vom 5.3.1946, siehe ebd. [Zugriff am 30.06.2024]. Leider fehlt auch hier eine Quellenangabe, deshalb konnte das Dokument bisher nicht aufgefunden werden.

Bis zur Abgabe dieses Berichtes konnte nicht vollständig erfasst werden, wo die Italiener aus dem Heinrich-Bauer-Haus gearbeitet haben. Littmann hat nachgewiesen, dass die italienischen Zwangsarbeitenden in zahlreichen Hamburger Betrieben arbeiten mussten – und das nicht nur in Großbetrieben.[60] Doch da in der Arbeitskräfte-Statistik der Handelskammer nicht nach Kriegsgefangenen, Internierten und zivilen Zwangsarbeitenden unterschieden wurde und bei den Kriegsgefangenen nicht nach Nationalitäten, sei der Nachweis von Arbeitsplätzen und von Anforderungen der Betriebe schwierig.[61] Sofern sie im Bereich des AkE arbeiteten, waren Kriegsgefangene vor allem im Luftschutzbau und bei der Beseitigung von Bombenschäden tätig.[62] Nachweisbar ist, dass einige der italienischen Militärinternierten aus dem Heinrich-Bauer-Haus bei den Hamburger Wasserwerken gearbeitet haben.[63]

Zusammenfassung und Ausblick: Abschnitt D.

Die gesetzliche Grundlage für die Beschlagnahme von Räumlichkeiten für die Unterbringung von Arbeitern, Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen (sowie italienischen Militärinternierten) war das Reichsleistungsgesetz von 1939. Damit sicherten sich Wehrmacht, Staat und Partei den Zugriff auf Dinge, Objekte und Gebäude, die aus ihrer Sicht zur Kriegsführung oder für den Fortbestand der Wirtschaft nötig waren. In diesem Gesetz war aufgeführt, dass es Entschädigungen oder laufende Zahlungen (z.B. Miete) geben sollte. Es gab per Gesetz aber keine Möglichkeit, Einspruch gegen die Beschlagnahme zu erheben; ein Eigentümer, der von einer solchen Beschlagnahme betroffen war, hatte lediglich die Möglichkeit, über eine Schiedsstelle Einfluss auf die Höhe der Mietzahlungen zu nehmen. Heinrich Bauer gehörte nicht zum Personenkreis

60 Vgl. Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter 2006, S. 586f.
61 Ebd.
62 Vgl. Bericht von einer Rundfahrt zur Besichtigung von Lagern für Arbeiter, Kriegsgefangene und Bombengeschädigte vom AkE, Abteilung Ersatzraumbeschaffung, Juni 1942 (StAHH, 322-3, B 92, unfol.)
63 Vgl. Ergebnisse der Recherchen auf der Website „Italienische Militärinternierte von 1943 bis 1945 in Hamburg“: https://imiinhamburg.wordpress.com/2024/05/02/die-219-namen-der-italienische-militaerinternierten-der-hamburger-wasserwerke/ [Zugriff am 27.06.2024]. Durch die Hausmeldekartei des Heinrich-Bauer-Hauses, die im Staatsarchiv überliefert ist, (StAHH, 332-8, Meldewesen, Nr. A 51/1) lassen sich 402 bzw. 410 Namen von Internierten nachweisen, die dort untergebracht waren. Die Initiative weist 219 italienische Militärinternierte nach, die für die Hamburger Wasserwerke arbeiten mussten; ein Abgleich der Namenslisten könnte die Anzahl derer zutage fördern, die bei den Wasserwerken eingesetzt waren. Bis dahin gilt die Angabe auf der angegebenen Website. Insgesamt dürften die Angaben auf dieser Website aktueller sein als die von Littmann, deren Forschungen bereits fast 20 Jahre zurückliegen.

derer, die von den Leistungen des RLG ausgenommen werden konnten. Nach dem Transport der italienischen Militärinternierten in die Stalags im Deutschen Reich und nach dem Beschluss der entsprechenden NS-Stellen, diese Internierten als Arbeitskräfte zu nutzen, konnten viele Unternehmen auf sie als Arbeitskräfte zugreifen. Oftmals wurden sie den Betrieben auch zugeteilt. Da die vielen Tausend Italiener irgendwo untergebracht werden mussten, zugleich aber aufgrund der zahlreichen Bombenschäden und Zerstörungen in Hamburg nur noch eine begrenzte Anzahl entsprechender Gebäude zur Verfügung stand, wurden Ende 1943 zahlreiche Lager errichtet, auch im Kontorhausviertel. Die Lager waren ständig überbelegt, da viel mehr Zwangsarbeitende in der Hamburger Kriegswirtschaft eingesetzt waren, als Unterkünfte geschaffen werden konnten. Auf das Heinrich-Bauer-Haus wurde das AkE vermutlich durch die Außendienstmitarbeiter aufmerksam gemacht, die bestens über verfügbare Räumlichkeiten informiert waren. Ob Bauer diesbezüglich von sich aus Kontakt zu den Behörden gesucht hat, konnte nicht nachgewiesen werden. Das Lager in der Schützenpforte 11 war auf 250 Personen ausgelegt, laut der Hausmeldekartei waren im Mai 1945 noch über 400 Personen dort untergebracht. Über die gesamte Zeit zwischen Ende 1943 und Mai 1945 waren insgesamt über 700 Italiener dort untergebracht, da immer mal wieder Zwangsarbeitende in andere Lager überstellt wurden. Lager wie das Heinrich-Bauer-Haus und andere ehemalige Fertigungsstätten oder Lagerhallen im Hafen und im Kontorhausviertel boten sich an, weil sie zentral gelegen waren und nur relativ wenig umgebaut werden musste, also kein Barackenbau notwendig war. Heinrich Bauer hat sicherlich von den Mietzahlungen für die beschlagnahmten Räumlichkeiten profitiert. Da andererseits die italienischen Militärinternierten nach jetzigem Kenntnisstand in anderen Firmen zur Arbeit eingesetzt waren, dürfte Bauer in Bezug auf diese Personengruppe nicht als Nutznießer der Zwangsarbeit zu bezeichnen sein.

Im Zuge weiterer Recherchen zu den Namen der italienischen Militärinternierten und zu Todesfällen unter ihnen könnten die vorliegende Hausmeldekartei sowie die Sterbeurkunden italienischer Militärinternierter Auskunft geben (StAHH, 332-3). Zudem könnten weitere Archive aufgesucht werden, etwa das Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (dort befindet sich die Gräberliste des italienischen Ehrenfriedhofs als Kopie der Dokumente des Archivs des Friedhofs Öjendorf) sowie der Friedhof Ohlsdorf mit seinem Archiv. Weiterhin könnte der Kontakt zu den Arolsen Archives sowie zur Gedenkstätte Lager Sandbostel nützlich sein. Im Stalag X B Sandbostel (sowie im Zweiglager Wietzendorf, ehemals Stalag X D) wurden rund 67

000 italienische Soldaten registriert und von hier aus in zahlreiche Arbeitskommandos – auch nach Hamburg – weitertransportiert. Solche Recherchen sind zur Aufarbeitung der Geschichte der italienischen Militärinternierten in Hamburg sicherlich notwendig und sollten gesamtgesellschaftlich unterstützt werden, damit diese bis auf den heutigen Tag nur Wenigen bekannte Geschichte dem Vergessen entrissen wird. Auch wenn die Gesellschaft als Ganzes Verantwortung trägt: Ein Teil der Arbeit sollte auch von denjenigen Nachfolgefirmen oder -institutionen geleistet werden, die von der Zwangsarbeit profitiert haben und die für die Einquartierungen verantwortlich waren – Letzteres waren vor allem staatliche Stellen.

Zusammenfassende Schlussbetrachtung

Die Bauer Media Group verfügt über kein Firmenarchiv. Unterlagen aus dem Unternehmen reichen bis in die 1950er-Jahre zurück und erwiesen sich nur in Einzelfällen inhaltlich für die Studie von Bedeutung. Nachforschungen innerhalb der Unternehmerfamilie zu Hinterlassenschaften aus dieser Zeit im Privatbesitz verliefen ebenfalls erfolglos. Angesichts der unzureichenden Quellenlage hat die Bauer Media Group in den Jahren 2021 und 2022 die Sichtung des öffentlich zugänglichen Quellenmaterials beauftragt. Bei der vorliegenden Studie konnte die Historiker-Genossenschaft eG auf diese Zusammenstellung zurückgreifen. Daran anknüpfende, intensive Recherchen führten zu einer erheblichen Ausweitung des Quellenbestands. Für die Studie wurden mehrere Dutzend Bestände aus dem Archiv der Handelskammer Hamburg, dem Bundesarchiv (Hauptdienststelle Koblenz sowie Dienststelle Berlin-Lichterfelde), dem Landesarchiv Schleswig-Holstein, dem Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Staatsarchiv Leipzig recherchiert. Ferner wurden zahlreiche Periodika des Heinrich Bauer Verlags, die unter anderem in der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky, der Bibliothek des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors in Berlin und der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig verwahrt werden, zusammengetragen und für die Bearbeitung herangezogen.

Nach Sichtung des zur Verfügung stehenden Materials haben sich drei Schwerpunkte herausgebildet, die eingehend untersucht wurden:

1. Grundstückskäufe und die Beteiligung an einer Geschäftsübernahme unter dem Aspekt der *Arisierung*
2. Das Zeitschriftengeschäft und die Entwicklung der „Funk-Wacht“
3. Die Unterbringung von italienischen Militärinternierten im Heinrich-Bauer-Haus an der Schützenpforte 11 ab Ende 1943

Diese drei thematischen Schwerpunkte werden im Folgenden anhand der bisherigen Erkenntnisse kurz zusammenfassend skizziert.

1. Grundstückskäufe und die Beteiligung an einer Geschäftsübernahme unter dem Aspekt der *Arisierung*

Laut Rechercheergebnis erwarben Heinrich Bauer und sein Sohn Alfred Bauer – als Privatpersonen oder Vertreter der OHG Heinrich Bauer – zwischen März 1933 und

Mai 1939 zehn Grundstücke. Des Weiteren beteiligte sich die OHG Heinrich Bauer an einer Geschäftsübernahme. Derartige Besitztransfers in dem genannten Zeitraum lassen die Frage aufkommen, inwiefern die Grundstückskäufe und die Geschäftsübernahme unter dem Begriff *Arisierung* zu fassen sind. Unter ebendiesem Terminus wird die Überführung von in *nichtarischem* Besitz befindlichen Vermögenswerten in den Besitz von *Ariern* verstanden.[1] Bei den zehn Grundstückserwerben und der Beteiligung an der Geschäftsübernahme handelte es sich um folgende Objekte:

Objekt	**Art des Besitztransfers**	**Datum des Kaufs (K) bzw. der Auflassung (A)**	**Veräußerer**	**Käufer**
Königgrätzstraße 5 (2 Parzellen)	Grundstückserwerb	Parzelle 1: K: 23.03.1933 Parzelle 2: K: 19.06.1934	Erben von Nanny Conradine Goldschmidt (Adele Löwenstein und Hans-Manfred Goldschmidt)	Heinrich Bauer
Löwenstraße 24–26	Grundstückserwerb	K: 30.01.1936	Ernst Salis Fraenckel	Heinrich Bauer
Löwenstraße 28–30	Grundstückserwerb	K: 30.01.1936	Ernst Salis Fraenckel	Heinrich Bauer
Alsterdorfer Straße 59–61/Lattenkamp 2–6	Grundstückserwerb	A: 13.03.1936	Gustav Hermann Rocke	Heinrich Bauer
Lattenkamp 8–10	Grundstückserwerb	A: 13.03.1936	Gustav Hermann Rocke	Heinrich Bauer
Oben Borgfelde 59–60	Grundstückserwerb	K: 07.09.1936	Carl Johannes Ernst Wendt	Alfred Bauer, Frida Bauer, Dora Bauer
Schützenpforte 9	Grundstückserwerb	Zwangsversteigerung: 30.06.1938	Firma E. & T. Braun (Carl W. E. A. Braun)	OHG Heinrich Bauer
Kaufhaus Hoheluft	Beteiligung an einer Geschäftsübernahme als Kommanditist	K: 31.10.1938	Paul Dessauer	Kommanditgesellschaft (OHG Heinrich Bauer + Walter Krentz)
Hoheluftchaussee 91/ Ecke Eppendorfer Weg 221	Grundstückserwerb	K: 20.12.1938	Elfriede David, geb. Perutz, Else Leopold, geb. Perutz	OHG Heinrich Bauer
Hoheluftchaussee 93	Grundstückserwerb	K: 24.12.1938	Paul Dessauer	OHG Heinrich Bauer
Schöne Aussicht 22	Grundstückserwerb	K: 09.05.1939	Erben von Eduard Wolff (Emma M. E. Rafael)	Alfred Bauer

Fünf dieser Grundstücke – Königgrätzstraße 5, Löwenstraße 24–26, Löwenstraße 26–28, Hoheluftchaussee 93, Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221 – erwarben Heinrich und Alfred Bauer von Juden und Jüdinnen. Dem Vorbesitzer des Grundstücks Hoheluftchaussee 93 gehörte auch das Kaufhaus Hoheluft. Ferner kommen die Käufe der Grundstücke Schützenpforte 9 und Schöne Aussicht 22 hinzu, bei denen ebenfalls – wie an späterer Stelle noch näher erläutert wird – Verbindungen zu Juden existierten. Dies bedeutet, dass der Begriff *Arisierung* für die hier aufgeworfene Frage

1 Vgl. zu den Begrifflichkeiten Abschnitt B.II.1.

in der Form konkretisiert werden kann, dass es hierbei um Transfers von in jüdischem Besitz befindlichen Vermögenswerten in den Besitz von *Ariern* geht.

Die Betrachtung dieser Besitztransfers unter dem Aspekt der *Arisierung* stellt angesichts der diffizilen, lückenhaften Quellenlage eine Herausforderung dar. Relevante Fragen sind etwa:

- *Nach welchen Kriterien wählten die Bauers die Grundstücke aus?*
- *Welche Beweggründe für die Grundstückskäufe lassen sich ermitteln?*
- *Ließen sich Heinrich und Alfred Bauer von der hinter dem Begriff Arisierung stehenden nationalsozialistischen Ideologie leiten?*
- *Oder standen für sie rein individuelle ökonomische Interessen im Mittelpunkt?*
- *Welche Informationen hatten die Bauers über die Lebenssituation der jüdischen Verkäufer?*
- *Nahmen sie selbst ihre Käufe als Arisierungsakte wahr?*
- *Welche Verwendungszwecke dachten sie den Grundstücken zu?*
- *Wie kam der Kontakt zwischen den Verkäufern und Käufern zustande?*
- *Wie verlief das Aushandeln der Vertragsbedingungen – insbesondere des Kaufpreises?*

Zu diesen Fragen sind nur wenige oder keine Quellen überliefert. So wurde auf ein Quellenkorpus zurückgegriffen, das sich hauptsächlich aus den Akten des Oberfinanzpräsidenten und von Restitutionsverfahren zusammensetzt. Die Quellen stammen überwiegend aus dem Kontext der wirtschaftlichen Verfolgung der Juden und Jüdinnen sowie aus dem Sinnzusammenhang einer späteren juristischen Aufarbeitung der Besitztransfers und spiegeln damit die entsprechenden Perspektiven wider.

Zeitraum 1933–1934

Die Grundstückserwerbe wiesen sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede auf und standen in Wechselwirkung vor allem mit den historischen Rahmenbedingungen, die die wirtschaftliche Verdrängung und Verfolgung der Juden und Jüdinnen betrafen. Die zeitliche Abfolge der Erwerbe begann im März 1933 und Juni 1934 mit dem Kauf zweier unbebauter Parzellen, die zusammen das Grundstück Königgrätzstraße 5 bildeten. Heinrich Bauer kaufte die Parzellen als Privatperson von Adele Löwenstein und Hans-Manfred Goldschmidt, den Erben der Nanny Conradine Goldschmidt. Im Zuge

der Geltendmachung von Rückerstattungsansprüchen durch die Jewish Trust Corporation Anfang der 1950er-Jahre wurden mit der Angemessenheit des Kaufpreises sowie der freien Verfügbarkeit über den Verkaufserlös zwei wesentliche Kriterien für die Bewertung diskutiert, inwieweit beim Verkauf ein Zwang bestanden hatte: Die Goldschmidt-Erben hatten bereits seit den späten 1920er-Jahren über einen Rechtsanwalt und eine Maklerfirma immer wieder Teilstücke des Gesamtgrundstücks veräußert, sodass sich Heinrich Bauers Erwerb in eine längere Parzellierungs- und Verkaufssequenz einordnen lässt. Der gezahlte Quadratmeter-Preis rangierte im unteren Bereich der damals üblichen Preisspanne. Ferner scheinen die Goldschmidt-Erben über den Verkaufserlös frei verfügt haben zu können. Die JTC bewertete die vorliegenden Argumente in der Weise, dass sie den Rückerstattungsantrag zurückzog. Darüber hinaus fungierten die ausgetauschten Argumente – insbesondere die Angemessenheit des Quadratmeter-Preises – als Referenz in einem Restitutionsverfahren, das andere verkaufte Parzellen des Goldschmidt-Grundstücks betraf. Um die Belastbarkeit der Aussage zu überprüfen, der Quadratmeter-Preis sei angemessen gewesen, bedürfte es einer tiefer gehenden quantifizierenden Untersuchung. In Ermangelung entsprechender Quellen bleibt zudem die Frage offen, inwieweit die Goldschmidt-Erben 1933 und 1934 entweder ein antisemitisches Klima wahrgenommen hatten oder konkret antisemitischen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt waren, sodass sich um den Verkauf der Parzellen in der Königgrätzstraße 5 eine Zwangslage konstituiert hatte.

Zeitraum 1936

Bei der Betrachtung der Kaufchronologie stechen zwei Jahre heraus: 1936 und 1938. Heinrich und Alfred Bauer erwarben in diesen Zeiträumen jeweils mehrere Grundstücke. Die Ballung der Grundstückskäufe in diesen Jahren korrespondiert mit den auf den Entnazifizierungsfragebögen angegebenen Einkommenssteigerungen. Gleichzeitig lassen sich zwischen den 1936 vollzogenen Besitztransfers und denen im Jahr 1938 Unterschiede feststellen.

Im Jahr 1936 erwarben Mitglieder der Familie Bauer insgesamt fünf Grundstücke von drei Verkäufern. Den Recherchen zufolge war unter den drei Veräußerern ein Jude: Im Januar 1936 kaufte Heinrich Bauer vom jüdischen Unternehmer Ernst Salis Fraenckel die beiden zusammenhängenden Grundstücke Löwenstraße 24–26 und Löwenstraße 28–30. Mit Auflassung im März 1936 folgte der Erwerb der ebenfalls einen

Komplex bildenden Objekte Alsterdorfer Straße 59–61/Lattenkamp 2–6 und Lattenkamp 8–10 durch Heinrich Bauer. Verkäufer war der Bauunternehmer Gustav Hermann Rocke. Im September 1936 taten es Alfred Bauer und seine Schwestern ihrem Vater gleich und erwarben zusammen vom Architekten Carl Johannes Ernst Wendt das Grundstück Oben Borgfelde 59–60. Mit Wendt hatte die Firma Heinrich Bauer bereits zuvor zusammengearbeitet. Außerdem gab es berufliche Kooperationen zwischen Wendt und Rocke, sodass sich die beiden letztgenannten Käufe auch auf persönliche Beziehungen zurückführen lassen.

Zwei Aspekte fallen bei den Grundstückskäufen im Jahr 1936 auf: Die erste Auffälligkeit betrifft die Charakteristik der Kaufobjekte. Das Augenmerk der Mitglieder der Familie Bauer bei der Auswahl der Grundstücke richtete sich offenkundig auf Mietshäuser beziehungsweise Mietkomplexe. Die Grundstücke mit den darauf befindlichen Immobilien dienten als Geldanlage, die Mieten stellten neben dem Zeitschriften- und Druckereigeschäft eine weitere Einnahmequelle dar. Zum Zweiten verdient Beachtung, dass ein gezielter, ausschließlicher Erwerb von in jüdischem Besitz befindlichen Grundstücken im Jahr 1936 nicht erkennbar wird.

Unabhängig davon, ob der Zeitraum 1935/36 mit der Formulierung „Illusion der ‚Schonzeit'"[2] oder „schleichende[] Judenverfolgung"[3] beschrieben wird: Unter den Juden und Jüdinnen in Deutschland stieg damals die Zahl der Auswanderer. Dies galt auch für Hamburg. Fraenckels Tochter Ingeborg emigrierte am 28. Mai 1936. Der in England geborene Ernst Salis Fraenckel verkaufte zu Beginn des Jahres 1936 vier Grundstücke – darunter die besagten Grundstücke Löwenstraße 24–26 und Löwenstraße 28–30. Den Erlös aus diesen Veräußerungen verwendete Fraenckel als Schenkung an seine Tochter, die einen Teil dieses Geldes einsetzte, um die ihr gegenüber veranschlagte Reichsfluchtsteuer (231.742 RM) zu bezahlen. Mithin bildete die systematische wirtschaftliche Ausplünderung von jüdischen Auswanderern seitens der Finanzverwaltung den gesellschaftspolitischen Hintergrund für den Verkauf der Grundstücke. Diese Situation eröffnete wiederum Heinrich Bauer die Gelegenheit, Grundstücke zu erwerben, die vielleicht sonst überhaupt nicht zum Verkauf oder nicht zu diesem Preis zum Verkauf gestanden hätten. Im Januar 1936 war gegen Fraenckel selbst noch keine Sicherungsanordnung erlassen worden, sodass der Verkaufserlös auch nicht auf ein Sperrkonto floss. Vom Kaufpreis der beiden Grundstücke in der Löwenstraße in

2 Barkai, Existenzkampf, 1988, S. 65.
3 Genschel, Verdrängung 1966, Zitat passim.

Höhe von 160.000 RM zahlte Heinrich Bauer 100.000 RM in bar an Fraenckels bevollmächtigten Prokuristen Gustav Adolf Rudolf Weihe. Wie der Kontakt der beiden Geschäftsparteien zustande gekommen war und wie die Preisverhandlungen vonstattengingen, ist nicht bekannt.

Zeitraum 1938–1939

Im Jahr 1938 – innerhalb von sechs Monaten – gab es eine zweite Serie von Grundstückskäufen. Am 30. Juni 1938 erstand Heinrich Bauer als Vertreter der OHG Heinrich Bauer im Zuge einer Zwangsversteigerung das Grundstück Schützenpforte 9. Dass seitens der Familie Bauer ein großes Interesse bestand, das Nachbargrundstück des Firmensitzes in das Unternehmen zu integrieren, ist evident. Aus den überlieferten Dokumenten zum Grundstück Schützenpforte 9 wird nicht klar ersichtlich, inwieweit die Entscheidungsträger der OHG Heinrich Bauer im Juni 1938 die Hintergründe der Zwangsversteigerung kannten. Der Gläubiger zweier auf dem Grundstück Schützenpforte 9 lastender Hypotheken war der Jude Max Carl Nathan. Nach seinem Tod mahnte dessen Nachlassverwalter gegenüber Carl Braun[4] – dem nichtjüdischen Inhaber der Firma E. & T. Braun, auf die das Grundstück Schützenpforte 9 im Grundbuch eingetragen war – die Begleichung der hypothekarischen Forderungen an, was Braun nicht leisten konnte. Dies führte schließlich zur Zwangsversteigerung des Grundstücks.

Bei den weiteren Besitztransfers im Jahr 1938 wurde Alfred Bauer innerhalb der OHG Heinrich Bauer zum Hauptakteur. Für einen Transfer schloss sich die OHG mit dem Kaufmann Walter Krentz zu einer Kommanditgesellschaft zusammen, wobei die OHG den Part des Kommanditisten übernahm. Diese KG kaufte Ende Oktober das Handelsgeschäft des Juden Paul Dessauer, das im Handelsregister als „Kaufhaus Hoheluft, Dessauer & Co. “ eingetragen war. Gleichzeitig erwarb die KG den Kundenkreis des Kaufhauses sowie das Recht, den Firmennamen fortzuführen. Ab dem 17. November 1938 trug das Kaufhaus den Namen „Kaufhaus Hoheluft Walter Krentz K. G.“. Das Handelsgeschäft befand sich in der Hoheluftchaussee 91. Der Nettokaufpreis betrug 78.072,43 RM. Am 16. Dezember 1938 wurde über das Vermögen von Paul Dessauer eine vorläufige Sicherungsanordnung[5] erlassen, sodass der Kaufmann nicht länger frei

4 Carl Braun war vom 1. Mai 1933 bis zum 28. November 1938 Mitglied der NSDAP gewesen und „wegen Steuerbegünstigung eines Juden dann in der Stellung eines politischen Ortsgruppen- und Propagandaleiters […] ausgeschlossen worden“. StAHH, 351-11, 12974, Bl. 16.
5 Am 17. Januar 1939 wurde diese Sicherungsanordnung bestätigt.

über sein Vermögen verfügen konnte. Dies betraf auch den Erlös der Kaufhausveräußerung. Paul Dessauer hatte nicht nur das Kaufhaus Hoheluft besessen, sondern auch das benachbarte Grundstück Hoheluftchaussee 93. Am 24. Dezember 1938 erwarb Alfred Bauer als allein zeichnungsberechtigter Mitinhaber der OHG Heinrich Bauer von Dessauer dieses Grundstück. Der Kaufpreis belief sich auf 90.000 RM, von denen 55.000 RM in Form von Hypotheken übernommen wurden und 35.000 RM bei der Auflassung auf das der Sicherungsanordnung unterliegende Sperrkonto überwiesen werden sollten. Am Ende wurden nur 28.575 RM gezahlt: Ein Teil der Differenz – 2.425 RM – war zur Begleichung von Steuern und Gebühren einbehalten worden. Die übrigen 4.000 RM wurden missbräuchlich deklariert als „Verzichtsumme zu Gunsten des Käufers, die dieser als Spende an den Sozialfond[s] des Herrn Reichsstatthalters bei der Hamburgischen Grundstücks-Verwaltungs-Gesellschaft einbezahlt hat".[6]

Vier Tage vor dem Kauf des Grundstücks Hoheluftchaussee 93 hatte Alfred Bauer – ebenfalls als allein zeichnungsberechtigter Mitinhaber der OHG Heinrich Bauer – von den Schwestern Elfriede David und Else Leopold für 195.000 RM das Grundstück Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221 erworben. Die Verkäuferinnen waren Jüdinnen. Die OHG Heinrich Bauer als neuer Eigentümer übernahm Hypotheken in Höhe von 22.000 RM. Von den verbliebenen 173.000 RM wurden jeweils 65.000 RM auf die mittlerweile bestehenden Sperrkonten der beiden Schwestern eingezahlt. Ein Teilbetrag von 29.000 RM wurde für Notariatskosten, Steuern, Gebühren sowie zur Finanzierung monatlicher Legate aufgewandt. Die restlichen 14.000 RM wurden hinsichtlich der „jüdische[n] Rasse" der Verkäuferinnen als „Ausgleichsabgabe" erhoben.[7] Ähnlich wie Fraenckel nutzten die Ehepaare Elfriede und Bernhard David sowie Else und Lambert Friedrich Leopold Teilbeträge des Verkaufserlöses dazu, ihren Kindern die Auswanderung zu ermöglichen. Da sich das Geld auf Sperrkonten befand, hatten sie für die Finanzierung der Emigration ihrer Kinder vom Oberfinanzpräsidenten eine Genehmigung einzuholen.

Im Vergleich zu den Grundstückskäufen im Jahr 1936 lässt sich einerseits die Gemeinsamkeit konstatieren, dass mit den Immobilien Hoheluftchaussee 91/Eppendorfer Weg 221 und Hoheluftchaussee 93 erneut Mietshäuser im Zentrum des Bauer'schen Interesses standen. Andererseits besteht der Unterschied, dass im Jahr 1938 Heinrich oder Alfred Bauer nicht länger als Privatpersonen kauften, sondern als

6 StAHH, 314-15, R 1938/3623, Bl. 69.
7 StAHH, 213-13, 6811, Bl. 3.

Vertreter der OHG Heinrich Bauer agierten. Ein weiterer augenfälliger Unterschied ist darin zu sehen, dass die OHG Heinrich Bauer 1938 überwiegend Objekte von Juden und Jüdinnen erwarb.

Im Jahr 1938 und insbesondere in seinem letzten Viertel hatte die soziale wie wirtschaftliche Verfolgung der Juden und Jüdinnen hemmungslos feindliche bis lebensbedrohliche Züge angenommen. Im Gegensatz zu den Unterlagen der anderen Grundstücksgeschäfte sind die Verträge zu den drei Hoheluft-Besitztransfers tradiert. Dass Juden und Jüdinnen auf der einen Seite und *Arier* auf der anderen Seite bei Rechtsgeschäften keine gleichberechtigten Parteien darstellten, war für die Zeitgenossen anhand dieser Dokumente wahrnehmbar. So wurde etwa der Vertrag über den Erwerb des Kaufhauses Hoheluft „unter der aufschiebenden Bedingung der Erteilung der nach dem Gesetze zum Schutze des Einzelhandels und nach der Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 notwendigen Genehmigungen geschlossen“.[8] In den Verträgen zu den Grundstücken Hoheluftchaussee 91 und Hoheluftchaussee 93 ist fixiert, dass die Verkäufer beziehungsweise die Verkäuferinnen jüdisch waren und der Käufer *arischer* Abstammung war.[9] In ebendiesen Klauseln fand der Begriff *Arisierung* konkret seinen Niederschlag.

Der vertraglichen Erklärung, ob eine jüdische Person an einem Rechtsgeschäft beteiligt war, kam beim letzten Besitztransfer eine besondere Relevanz zu. Anfang Mai 1939 erwarb Alfred Bauer als Privatperson das Grundstück Schöne Aussicht 22. Im Hinblick auf dieses Rechtsgeschäft fehlen zentrale Quellen. Wie beim Grundstück Königgrätzstraße 5 stellte die JTC auch hier zunächst einen Rückerstattungsantrag, zog ihn dann aber später wieder zurück. Im Zentrum der Restitution stand die Frage, ob die verkaufende Person jüdisch war, was die involvierte Maklerfirma verneinte. Das Grundstück Schöne Aussicht 22 hatte vormals dem Juden Eduard Wolff gehört, der Suizid begangen hatte.[10] Als Universalerben hatte er seinen Adoptivsohn eingesetzt, der drei Monate nach Wolffs Tod bei einem Autounfall ums Leben kam. Durch einen Formfehler fiel das Erbe der Mutter des Adoptivsohns zu. Die Person, die letzten Endes das Grundstück veräußerte, war nach derzeitigem Recherchestand nicht jüdisch.

8 StAHH, 221-11, C (R) 254.
9 StAHH, 314-15, R 1938/3623, Bl. 38; StAHH, 314-15, R 1938/2466, Bl. 43.
10 Zu den Hintergründen des Suizids vgl. Abschnitt B.II.7.

Rückerstattungsverfahren nach 1945

Zu sämtlichen Objekten wurden Rückerstattungsansprüche erhoben. Infolgedessen fanden gegen Ende der 1940er-Jahre und in der ersten Hälfte der 1950er-Jahre zu allen Fällen juristische Auseinandersetzungen statt. Zwei der Verfahren endeten mit der Rücknahme der Restitutionsansprüche. Bei allen anderen Grundstücken sowie im Falle des Kaufhauses wurden Vereinbarungen getroffen, dass die Objekte gegen Zahlung von Geldbeträgen im Besitz der OHG Heinrich Bauer beziehungsweise der Familie Bauer blieben. Diese Vereinbarungen, durch die sämtliche Ansprüche fortan als erledigt galten, sind durch außergerichtliche Vergleiche und in einem Fall durch einen Vorschlag im Zuge einer Güteverhandlung zustande gekommen. Im Hinblick auf die zu zahlenden Geldbeträge lassen einige Summen vermuten, dass einstige Herabstufungen von Vermögenswerten ungefähr kompensiert werden sollten.[11] Spezielle Beachtung verdient zudem der Fall des Grundstücks Schützenpforte 9. Laut Aussage des Rechtsanwalts Dr. Ernst Feld, der in den meisten Fällen die OHG Heinrich Bauer in den Rückerstattungsverfahren vertrat, beruhte deren geleistete Zahlung nicht auf einer gerichtlich festgestellten Rechtmäßigkeit der Ansprüche, sondern einzig auf dem Bestreben der OHG Heinrich Bauer, das Restitutionsverfahren endlich abschließen zu können.[12] Aufgrund der lückenhaften Quellenlage lässt sich schwerlich abschätzen, inwieweit dieses Streben nach einer möglichst zügigen Erledigung der Restitutionssachen auch beim Ausgang der anderen Verhandlungen ausschlaggebend war.

Jüdische Bewohner und Bewohnerinnen in den Mietshäusern

Schließlich spielt noch ein weiterer Aspekt in den Themenkomplex Besitztransfer hinein. Wenn die Bauers vorzugsweise Mietshäuser erworben hatten, stellt sich die Frage, ob es jüdische Bewohner und Bewohnerinnen in diesen Häusern gab und wenn ja, wie deren Schicksale waren.

In den Mietshäusern Löwenstraße 30, Hoheluftchaussee 91, Hoheluftchaussee 93, Lattenkamp 8–10 und Alsterdorfer Straße 59–61 waren unter anderem auch Juden und Jüdinnen wohnhaft. Viele von ihnen wohnten an den genannten Adressen nur temporär zur Miete oder Untermiete. Langjährige Mieter beziehungsweise Mieterinnen gab

11 Dies betraf zum Beispiel das Warenlager des Kaufhauses Hoheluft, dessen taxierter Wert von einem Sachverständigen um 40.000 RM herabgesetzt wurde.
12 Vgl. Abschnitt B.II.4.

es nur wenige. Die Schicksale der jüdischen Bewohner und Bewohnerinnen waren unterschiedlich: Sie reichten von der erfolgreichen Auswanderung und der damit einhergehenden Rettung ihres Lebens bis zu Deportation und Ermordung.[13] Das durchforschte Quellenmaterial liefert keine Indizien, die den Blick auf oder das Handeln der Bauers gegenüber den jüdischen Bewohnern und Bewohnerinnen erhellen könnten. Das Gleiche gilt für den Haus- und Hypothekenmakler Albert Schwarke & Sohn, dem die Verwaltung der Mietshäuser oblag. Auf seinem Entnazifizierungsfragebogen gab Albert Schwarke an, dass sämtliche Firmendokumente 1943 in den Büroräumen am Speersort 8 „verbrannt" seien.[14] Den Befund, dass keine Indizien vorliegen oder gefunden werden konnten, angemessen einzuschätzen, ist schwierig, da hierbei ein quellenkritisches Grundproblem der Geschichtswissenschaft zum Tragen kommt: Ein solcher Befund hängt maßgeblich von der Überlieferung ab, die „in ihrer Eigenwilligkeit" eben „dieses gibt und jenes versagt".[15] Ausdrücklich vorbehaltlich dieses skizzierten Quellenproblems *argumentum ex silentio* sprechen die Langzeitmieter Josephi, Ahrens und Feibel eher dafür, dass seitens der Familie Bauer nach dem Erwerb der Mietshäuser keine systematischen antisemitischen Verdrängungsmaßnahmen unternommen wurden.

Mit Blick auf die Besitztransfers lässt sich festhalten, dass es unstrittig notwendig ist, die Grundstückserwerbe sowie die Geschäftsübernahme durch Heinrich und Alfred Bauer in den Kontext der *Arisierung* zu stellen und sie unter diesem Aspekt eingehender zu erforschen. Aufgrund der Untersuchung formiert sich ein durchaus differenziertes Bild von den Besitztransfers. Grundlegend kristallisiert sich ein Zusammenwirken heraus: Insbesondere die finanzbehördlichen Verfolgungsmaßnahmen schufen einen Handlungsrahmen, aus dem sich für *Arier* günstige Gelegenheiten ergaben. Heinrich und Alfred Bauer als Privatpersonen wie auch als Vertreter der OHG Heinrich Bauer profitierten vom Hinausdrängen der Jüdinnen und Juden aus dem sozialen und wirtschaftlichen Leben, indem sie Grundstücke und ein Kaufhaus erwerben konnten, die unter anderen Umständen vermutlich erst gar nicht oder nicht zu dem aufgerufenen Preis veräußert worden wären. Heinrich und Alfred Bauers Kaufmotive scheinen vor allem ökonomischer Natur gewesen zu sein. Auf Basis der gesichteten Quellen lässt

13 Vgl. Abschnitt B.III.
14 StAHH, 221-11, Z 8584.
15 Überlieferungs-Chance und Überlieferungs-Zufall 1994, S. 68.

sich nicht verlässlich ermitteln, ob oder inwieweit die hinter dem Begriff *Arisierung* stehende NS-Ideologie einen Antrieb für ihre nutznießerischen Handlungen darstellte.

2. Das Zeitschriftengeschäft und die Entwicklung der „Funk-Wacht“

Dieser Abschnitt thematisiert die Frage, ob der Heinrich Bauer Verlag und dessen Verlagspublikationen die NS-Bewegung vor 1933 unterstützten, inwieweit sie von der Diktatur profitierten und in welchem Maße sie sich an der Verbreitung der nationalsozialistischen Ideologie und Propaganda beteiligten. Im Fokus steht dabei die seinerzeit populäre Rundfunk-Zeitschrift „Funk-Wacht“.

Druck- und Verlagsarbeit in der Weimarer Republik

Der Heinrich Bauer Verlag verfügte über eine langjährige Erfahrung mit der Herstellung und Herausgabe periodischer Druckerzeugnisse. Nach dem Ersten Weltkrieg intensivierte das Unternehmen sein Engagement in diesem Geschäftszweig. Gedruckt wurde etwa „Der Kauz“, ein „humoristisch-satirischer Wochenspiegel“, und „Die Laterne“, die in ihrer politischen Ausrichtung der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei nahestand. Zu den weiteren Verlagserzeugnissen zählten „Das Extrablatt am Montag“, „Das Sportextrablatt am Sonnabend“ und „Das Sportextrablatt“. Während der HBV für einige der oben genannten Periodika teils auch als Verleger oder Herausgeber Verantwortung übernahm, war er bei anderen lediglich für den Druck zuständig. Dazu zählten auch die „Sport-Chronik“, die „Sport-Chronik am Sonnabend“ und die Beilage „Norddeutscher Sport-Spiegel“. Da Geschäftsunterlagen aus dieser Zeit nicht verfügbar sind, lässt sich das Engagement des HBV nur bruchstückhaft rekonstruieren. Zeitungsberichten zufolge stellte die Druckerei auch eine „Hindenburg-Hymne“ des Dichters Hans Curt Dreyer in einer Auflage von 100 000 Exemplaren auf Postkarten her. Außerdem druckte der Verlag im Jahr 1929 kurzzeitig die „Norddeutsche Tribüne“ für den redaktionell verantwortlichen Benno Dohrn, ein Mitglied der KPD.

Die erfolgreiche Etablierung einer Rundfunkzeitschrift (1926–1932)

Die genannten Zeitschriften hatten keinen großen publizistischen Erfolg. Im Gegensatz dazu erwies sich das Engagement des HBV im Bereich der Rundfunkpresse als überaus erfolgreich. Hier eröffnete sich mit der Etablierung des neuen Massenmediums ein neuer Markt auch für Zeitschriften: Am 24. September 1926 trat der

Verlag erstmals mit der „Rundfunk-Kritik“ in Erscheinung. Eine großangelegte Umstrukturierung erfolgte in der zweiten Jahreshälfte 1928. Ab Oktober erschien die Zeitschrift in neuer Aufmachung, in verändertem Format und mit bebilderter Titelseite. Die Seitenzahl wurde deutlich erhöht, der Inhalt erheblich ausgeweitet und die visuelle Gestaltung sowie literarisch-unterhaltsame Aspekte wurden stärker betont. Ein neuer Zeitschriftentitel sollte den inhaltlichen Veränderungen Rechnung tragen, wobei angesichts der sich verbessernden Sende- und Empfangstechnik verstärkt auch überregionale Themen und Sender berücksichtigt wurden. Die Wahl fiel auf den Namen „Funk-Woche“. Da in Berlin aber bereits ein Blatt mit diesem Namen existierte, wurde binnen weniger Wochen eine erneute Namensänderung notwendig. Ende November 1928 firmierte die Zeitschrift erstmals als „Funk-Wacht“. Diese Umgestaltung zu einer Rundfunkillustrierten mit ausführlichem Unterhaltungsteil zielte auf eine Steigerung der Auflage. Trotz des beginnenden wirtschaftlichen Abschwungs und zunehmender Konkurrenz auf dem Zeitschriftenmarkt erwies sich das Vorhaben als erfolgreich. Unterschiedlichen Angaben zufolge druckte der HBV im Jahr 1930 im Durchschnitt zwischen 40 000 und 48 500 Exemplare pro Ausgabe.[16] Schon bald lag die Auflage über dem „offiziellen“ Organ des lokalen Rundfunksenders „Die Norag“. Mit 48 Seiten wöchentlich präsentierte sich die „Funk-Wacht“ jetzt als „Haus- und Familienzeitschrift für jedermann“. Im Jahr 1932 verzeichnete sie eine Auflage von bis zu 140 000 Exemplaren. Mit der steigenden Zahl der Radiohörenden war zu erwarten, dass sich dieser Trend fortsetzte.

Über die Arbeitsweise von Redaktion, Verlag und Druckerei ist nur wenig bekannt. Die Funktion des verantwortlichen Redakteurs war von verschiedenen Personen ausgeübt worden, ehe Dr. Louis Freise 1928 im Zuge der Umstrukturierung die redaktionelle Verantwortung übernahm. Ihm zur Seite stand Walter Pilkuhn als Ansprechpartner für Technik und Beratung. Im Impressum wurde darüber hinaus Heinrich Bauer als Verantwortlicher für Druck und Verlag aufgeführt. Außerdem fand bald Alfred Bauer als Anzeigenverantwortlicher Erwähnung. Trotz intensiver Recherchen ließen sich nur wenige Personen identifizieren, die in den 1920er- oder 1930er-Jahren über den genannten Personenkreis hinaus für den HBV tätig waren. Die verfügbaren Unterlagen deuten darauf hin, dass der Redaktionsstab erstaunlich klein blieb. Ein Großteil der Beiträge und Inhalte schien auf freie Mitarbeitende, auf

16 Von saisonalen Konjunkturen ist auszugehen. Die Redaktion berichtete im Oktober 1930 von rund 85 000 Exemplaren.

Agenturen und Presse- sowie Korrespondenzdienste zurückzugehen oder von den Sendegesellschaften mit den Programminhalten geliefert worden zu sein. Deutlich größer dürfte der Anteil derjenigen gewesen sein, die im kaufmännischen Bereich beschäftigt wurden oder mit der technischen Herstellung der Druckauflage, mit Gestaltung und Satz betraut waren.

Die „Funk-Wacht“ im Jahr 1933

Politische Debatten und kontroverse Themen wurden in der „Funk-Wacht“ – abgesehen von Fragen der Rundfunkpolitik und Programmgestaltung – in der Berichterstattung im Wesentlichen ausgespart. Es dominierte seichte Unterhaltung mit „volkstümlichen“, vermeintlich unpolitischen Themen. Ungeachtet dessen wird schon mit Blick auf die Titelbilder deutlich, wie selbstverständlich der zeitgenössische Alltagsrassismus und -sexismus aufgegriffen und reproduziert wurde. Eine inhaltliche Nähe der „Funk-Wacht“ zur nationalsozialistischen Bewegung lässt sich vor 1933 jedoch nicht ausmachen. Ihre Akteure fanden nahezu keine Erwähnung und auch der aggressive Antisemitismus und Antikommunismus verfing hier zunächst nicht. Überschneidungen zur NS-Ideologie ließen sich in erster Linie über positive Bezugnahmen zu „Volkstümlichkeit“ – im Sinne von Heimatverbundenheit – ausmachen. Hier agierte die „Funk-Wacht“ ganz im Einklang mit der regionalen Hamburger Sendeanstalt NORAG.

In den ersten drei Monaten des Jahres 1933 veränderte sich die Berichterstattung kaum, die Haltung gegenüber der NS-Bewegung erscheint indifferent. Mit äußerster Zurückhaltung berichtete die „Funk-Wacht“ über die sich vollziehenden Veränderungen des Rundfunkwesens im Zuge der NS-Politik der „Gleichschaltung“. Noch Anfang März erschien ein Text des Antifaschisten Heinz Liepmann, der schon vor 1933 von den Nationalsozialisten als Jude diffamiert und bedroht worden war.[17] Allerdings wandelte sich dieses Bild binnen weniger Ausgaben. Im Zuge der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung und -konsolidierung wurde eine grundlegende Umgestaltung von Rundfunk und Presse angekündigt, die sich unweigerlich auch auf die Funkpresse auswirken musste. Die Verantwortlichen in der „Funk-Wacht“-Redaktion reagierten auf diese Herausforderung mit einer Strategie der Anpassung

17 Überdies ist eine Aussage des regelmäßigen freien Mitarbeiters Konrad Tegtmeier überliefert, wonach sich ein NS-Repräsentant u.a. beim Verleger über ihn beschwerte. Während er beim Rundfunk zunächst von der weiteren Mitarbeit ausgeschlossen wurde, erschienen in der „Funk-Wacht“ weiterhin Texte von Tegtmeier. Vgl. Abschnitt C.V.1.

und der Bereitschaft, sich bei der inhaltlichen Ausgestaltung an den ideologischen Prämissen der neuen Machthaber zu orientieren. Deutlich ist hier die Intention auszumachen, die eigene Bedeutung und Rolle als Organ der Funkkritik für die zukünftige Entwicklung herauszustellen.

Die Zukunft der Zeitschrift erschien zunächst ungewiss. Im Mai 1933 sahen sich die Verantwortlichen veranlasst, dem Gerücht entgegenzutreten, die „Funk-Wacht" „sei jüdisch-marxistisch und werde deshalb in aller Kürze verboten". Dieser Behauptung traten Verlag und Schriftleitung vehement entgegen, wobei betont wurde, sie seien „national und deutsch". Ein unmittelbares Bekenntnis zum Nationalsozialismus war damit nicht verbunden. Allerdings dominierte inzwischen eine NS-nahe Berichterstattung: In überschwänglichen Worten wurde über NS-Funktionäre und die Hitlerjugend berichtet und dem NS-Märtyrer Albert Leo Schlageter gehuldigt. Mit Artikeln über „Rassen-Forschung in Norddeutschland", den Luftschutz, die deutsche Kriegsflotte und das „Schicksal und die Not Danzigs" widmete man sich national-revisionistischen Themen und betonte bewusst die Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie. Immer deutlicher zeigte sich dabei das Ineinandergreifen von Programmberichterstattung, seichter Unterhaltung und nationalsozialistischer Propaganda und Indoktrinierung. In diesem Sinne agierte die „Funk-Wacht" ab dem Frühjahr 1933 bis zu ihrer Einstellung 1941 als Instrument nationalsozialistischer Propaganda.

Die inhaltliche Anpassung der „Funk-Wacht", die wohl weniger ideologisch, als vielmehr taktisch motiviert war, erwies sich in ökonomischer Hinsicht als erfolgreich. Im 1. Quartal 1934 stieg die wöchentliche Auflage auf über 200 000 Exemplare an. Dabei profitierten Verlag und Redaktion von drei Entwicklungen: Erstens forcierten die Nationalsozialisten den Ausbau des Rundfunks, sodass die potenzielle Zielgruppe der Radiohörenden wuchs. Zweitens wurde im Dezember 1933 eine befristete Gründungssperre für neue Publikationen verhängt, wodurch die Zahl der Mitbewerber angesichts der NS-Verdrängungsmaßnahmen mittelfristig sank. Drittens erhielt der HBV im zweiten Halbjahr 1933 die Möglichkeit, die konkurrierende Programmzeitschrift „Die Norag" zu übernehmen. Das ehemals „offizielle" Organ des Hamburger Senders hatte seit 1930 mit Verlusten und einer sinkenden Auflage zu kämpfen. Als die Geschäftsanteile verkauft wurden, ergriff der HBV die Gelegenheit

und „fusionierte“ die Zeitschrift mit der „Funk-Wacht“, was de facto einer Einstellung des Konkurrenten gleichkam. Bereits zuvor hatten sich Verlag und Schriftleitung intensiv um eine Vergrößerung des Lesepublikums bemüht und darüber hinaus den Stab um einen Feuilletonredakteur, Heinrich Heise, erweitert. Besonders der literarische Bereich sollte ausgebaut werden.

Die Veröffentlichung des Fortsetzungsromans „Das Ende der Eisernen Mannen“ ab Oktober 1933

Seit Ende 1926 wurden in der „Funk-Wacht“ Fortsetzungsromane mit unterschiedlicher thematischer Ausrichtung veröffentlicht. Meist handelte es sich dabei um Abenteuer-, Kriminal- und Liebesromane mit unbeschwert-humorvollen und exotisierenden Erzählsträngen in einem oftmals kolonialromantischen oder großstädtischen Handlungsrahmen. Ab Oktober 1933 wurde mit „Das Ende der Eisernen Mannen“ von Ernst Johannsen erstmals ein Roman veröffentlicht, der sich explizit mit zeitgenössischen politischen Entwicklungen beschäftigte.[18] In den 15 Episoden wurden verschiedene prominente Persönlichkeiten der demokratischen Weimarer Parteien – insbesondere Angehörige der Altonaer SPD – auf das Übelste diffamiert. Fiktionale Passagen, Gerüchte, Halbwahrheiten und Fakten verbanden sich zu einer beißend-ironischen Erzählung, die sich über das Ende der SPD im ersten Halbjahr 1933 ausließ und in wohlwollenden Worten die nationalsozialistische Machteroberung kommentierte. Zahlreiche Referenzen verwiesen auf lokale Gegebenheiten, Ereignisse und Personen, die sich trotz fiktiver Namen eindeutig identifizieren ließen. Als Heinrich Bauer Ende der 1940er-Jahre einen Lizenzantrag für die Neugründung der „Funk-Wacht“ stellte, wurde dieser Roman als Beleg dafür angeführt, dass er und das Blatt „sich dem neuen Regime über das unvermeidliche Maß hinaus angepaßt“ hätten. Im Rahmen eines ausgedehnten Verfahrens wurde ihm die Lizenz schließlich nur unter Auflagen gewährt – wenige Wochen vor dem Ende der Lizenzierungspflicht.[19]

18 Der Historiker Karl Christian Führer beschreibt den Abdruck als „spezielle Form der Anbiederung an die neuen Machthaber“ (Führer, Medienmetropole 2008, S. 198).
19 Eine Einzellizenz wurde ihm verweigert. Heinrich Bauer erhielt die Lizenz nur unter der Prämisse, dass weitere Lizenzträger hinzugezogen würden. Seine dahingehenden Vorschläge wurden wegen Unstimmigkeiten hinsichtlich der Form der finanziellen Beteiligung mehrfach abgelehnt. Vgl. ausführlich Abschnitt C.IV. Beachtenswert ist das Lizenzierungsverfahren auch vor dem Hintergrund, dass sowohl einige der Diffamierten (Bürgermeister Max Brauer, der die Lizenz formal erteilte, und August Kirch, Mitglied des Zeitschriften-Unterausschusses) als auch mindestens ein direkter Konkurrent (Axel

Das Zeitschriftengeschäft 1934 bis 1939

Nach der Übernahme der NORAG-Zeitschrift setzte sich die Auflagensteigerung der „Funk-Wacht“ rasant fort. Im Frühjahr 1935 wurden wöchentlich über 400 000 Exemplare gedruckt, die in einer „Reichsausgabe“ und mehreren regionalen Ausführungen erschienen. Eine deutlich geringere Auflage verzeichnete die Berliner „Lesepause“, die der Verlag Ende 1935 erwarb: Die Auflage dieser Roman-Zeitschrift lag im niedrigen fünfstelligen Bereich.[20]

Indes veränderten sich die Voraussetzungen der Zeitschriftenproduktion infolge der nationalsozialistischen Machteroberungs- und Gleichschaltungspolitik maßgeblich. Bald schon galt das „Schriftleitergesetz“ auch für die Rundfunkpresse: Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Schriftleitung und Verlegern verlor an Bedeutung. Loyalität wurde in erster Linie gegenüber dem nationalsozialistischen Staat eingefordert. Der Handlungsrahmen bei der redaktionellen Gestaltung der „Funk-Wacht“ wurde zunehmend eingeschränkt und abweichendes Verhalten sanktioniert. Beispielsweise wurden Freise als Hauptschriftleiter und Heise als Verantwortlicher im März 1935 aufgrund eines Beitrags in einem ehrengerichtlichen Verfahren wegen „nationaler Würdelosigkeit“ angeklagt.[21] Desgleichen lassen sich Heise aber auch Artikel zuordnen, in denen er sich überschwänglich positiv auf die NS-Bewegung bezog. Seine Rolle gestaltete sich insofern ambivalent, als er zudem mit der Bauhaus-Künstlerin Dörte Helm-Heise verheiratet war, die selbst von NS-Verfolgungsmaßnahmen betroffen war. Freise wiederum trat mit Wirkung zum 1. Mai 1933 der NSDAP bei. Im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens erklärte er 1949, seinerzeit Parteimitglied geworden zu sein, um für „die rechtzeitige Sicherung der Funk-Wacht im Verlag Heinrich Bauer“ zu sorgen. Bauer als Verleger habe

Springer als Mitglied des Beratenden Ausschusses für das Pressewesen und Vorsitzender des Zeitschriften-Unterausschusses) unmittelbar beteiligt waren. Im Verlauf wurden sowohl Alfred und Heinrich Bauer als auch Louis Freise und August Kirch vom Ausschuss gehört. Der Autor Ernst Johannsen, ein ehemaliger Sozialdemokrat, der 1939 nach London emigriert war und nach wie vor dort lebte, wurde schriftlich befragt. Seiner Aussage zufolge habe er den Roman aus Verbitterung über den ausbleibenden sozialdemokratischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus geschrieben.

20 Vorgänger der „Lesepause“ war die Zeitschrift „Kurze Pause“, die seit 1934 zunächst als Beilage der regimekritischen Zeitschrift „Blick in die Zeit“ publiziert wurde. Ab 1935 erschien die „Kurze Pause“, die mit Übernahme durch den Heinrich Bauer Verlag in „Lesepause“ umbenannt wurde, eigenständig. Vgl. Abschnitt C.V.2.

21 Im Kern ging es um die Gestaltung einer „Funk-Wacht“-Rückseite anlässlich des Heldengedenktags, die – so lautete der Vorwurf – geeignet schien, „die deutsche Wehrhaftigkeit zu schwächen“. Vgl. Abschnitt C.V.1.

solche Schritte für sich selbst „rundheraus abgelehnt“, deshalb habe er als Hauptschriftleiter keine andere Möglichkeit gesehen. Louis Freise war allerdings nicht das einzige NSDAP-Mitglied im Umfeld der Zeitschrift. Walter Pilkuhn gehörte der Partei seit dem 1. März 1932 an. Heinrich Bauer war kein NSDAP-Mitglied. Sein Sohn Alfred trat der Partei 1940 bei. Nach eigener späterer Aussage, um eine Stilllegung des Verlags abzuwenden.

Für die Verlagsleitung war der Fachverband der Rundfunkpresse die maßgebende Institution. Für die Betriebsabläufe wiederum war die Deutsche Arbeitsfront zuständig, die die Arbeitsbeziehungen hinsichtlich Tarif- und Betriebsordnung kontrollierte.[22] In seinem Entnazifizierungsverfahren erwähnte Alfred Bauer wiederholte Vorladungen von NS-Stellen inklusive Drohungen der Verlagsübernahme. Nach übereinstimmenden Aussagen mehrerer Beteiligter, die sich lediglich in der Datierung unterschieden, wurde der HBV Ende 1936 oder Ende 1937 vom Reichstreuhänder der Arbeit aus Berlin mit einer Entourage aufgesucht. Nach intensiven Gesprächen sah sich Heinrich Bauer genötigt, die Betriebsführung seinem Sohn Alfred zu übertragen. Den Ausführungen zufolge wurden dem HBV weitreichende Auflagen erteilt. In der Folgezeit mussten unter anderem mehrere Verlagsmitarbeiter entlassen werden.

Der Heinrich Bauer Verlag im Zweiten Weltkrieg

Die Auflagenzahl der „Funk-Wacht“ stagnierte ab Mitte 1935 deutlich unter der 500 000er-Marke. Gleichwohl warf die Zeitschrift auch in den Folgejahren hohe Gewinne ab. Ungeachtet dessen nahm der Druck auf die privaten Verlage, die nicht unmittelbar von NSDAP oder staatlicher Seite kontrolliert wurden, stetig zu. Während des Zweiten Weltkriegs beschleunigte sich die Konzentration der Zeitschriftensparte. Die Papier-Kontingentierung führte schon in den ersten Kriegswochen zu drastischen Kürzungen. Die „Funk-Wacht“ erschien nun auf zwölf Seiten und verzichtete auf die Herausgabe verschiedener regionaler Ausgaben. Als Mitte 1940 ein einheitliches Rundfunkprogramm eingeführt wurde, verloren die Programm-

22 Parallel dazu bestand bis 1935 die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation. Innerhalb des HBV organisierte sich eine aktive Fraktion von NSBO-Mitgliedern. Alfred Bauer erwähnte in seinem Entnazifizierungsverfahren, dass er wegen einer Anzeige des Betriebszellenobmanns Mitte 1934 kurzzeitig von der Gestapo verhaftet worden sei. Die Aktivitäten dieser Gruppe korrespondieren zeitlich mit diesem Vorfall, die genauen Umstände ließen sich jedoch nicht aufklären. Vgl. Abschnitt C.V.1.

zeitschriften zusätzlich an Bedeutung. Inhaltlich dominierten inzwischen propagandistische Themen zum Kriegsverlauf, zur Situation an der Front und zum Engagement an der Heimatfront. Darüber hinaus wurden unterhaltende Aspekte betont, wodurch sich der Stellenwert der Fortsetzungsromane weiter vergrößerte. Dies könnte auch erklären, warum der HBV Ende 1940 die Wiener Romanzeitschrift „Die Welt von heute“ übernahm, die danach bis 1943 in Hamburg gedruckt wurde. Als die „Funk-Wacht“ Mitte 1941 trotz aller Kriegspropaganda im 16. Jahrgang eingestellt werden musste, konzentrierte sich der Verlag auf die Herausgabe dieses Titels.

Hinsichtlich der Verlagspublikationen inklusive der „Funk-Wacht“ lässt sich eine Unterstützung der NS-Bewegung vor 1933 nicht feststellen. Politische Debatten und kontroverse Themen wurden in der Berichterstattung im Wesentlichen ausgespart. Inhaltlich dominierte bis Anfang 1933 seichte Unterhaltung. Ab dem Frühjahr 1933 wirkte sich die nationalsozialistische Machtdurchsetzung und -konsolidierung sowie die damit einhergehende grundlegende Umgestaltung von Rundfunk und Presse unweigerlich auch auf die Verlagspublikationen aus. Betroffen davon waren die Inhalte ebenso wie die Rahmenbedingungen der Zeitschriftenproduktion in Verlag und Redaktion. Die Verantwortlichen in der „Funk-Wacht“-Redaktion reagierten auf diese Herausforderung mit einer Strategie der Anpassung und der Bereitschaft, sich bei der inhaltlichen Ausgestaltung an den ideologischen Prämissen der neuen Machthaber zu orientieren. In diesem Sinne fungierte die „Funk-Wacht“ ab dem Frühjahr 1933 bis zu ihrer Einstellung 1941 als Instrument nationalsozialistischer Propaganda. Von dieser Entwicklung profitierte zunächst auch der Verlag: Die Auflagenzahlen der „Funk-Wacht“ waren seit Ende der 1920er-Jahre sukzessive angestiegen. Dieser Trend setzte sich in der ersten Hälfte der 1930er-Jahre fort. Die inhaltliche Anpassung der „Funk-Wacht“ erscheint vor diesem Hintergrund nach dem bisherigen Kenntnisstand weniger ideologisch, als vielmehr taktisch und ökonomisch motiviert gewesen zu sein.

3. Unterbringung von italienischen Militärinternierten im Heinrich-Bauer-Haus an der Schützenpforte 11 ab Ende 1943

Der folgende Abschnitt widmet sich der Frage, wie es zur Unterbringung von Zwangsarbeitern im Verlagsgebäude des Heinrich Bauer Verlags kam, inwiefern sich Heinrich und Alfred Bauer daran aktiv beteiligten und ob beziehungsweise inwiefern sie davon profitiert haben.

Das Verlagshaus an der Schützenpforte 11 wurde Ende 1943 zu einem Zwangsarbeiterlager für italienische „Militärinternierte". Zur Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft wurden im Laufe des Krieges immer mehr ausländische Arbeitskräfte ins Deutsche Reich geholt und zur Arbeit gezwungen. Da zugleich durch den Bombenkrieg immer mehr Wohn- und Wirtschaftsraum in den Städten zerstört wurde, versuchten staatliche Stellen Ersatzraum zu finden und Unterkünfte für die Zwangsarbeitenden zu schaffen. Das Amt für kriegswichtigen Einsatz war in Hamburg ab 1941 für das Requirieren von Räumen aller Art zuständig, in denen Personen untergebracht werden konnten. Die juristische Grundlage für die Nutzung passender Räumlichkeiten war das Reichsleistungsgesetz von 1939. Damit sicherten sich Wehrmacht und NS- Staat den Zugriff auf Objekte und Gebäude, die aus ihrer Sicht zur Kriegsführung und zum Funktionieren der Wirtschaft nötig waren. Ausdrücklich war dabei die Beschlagnahme von Räumen und Gebäuden vorgesehen. Den Eigentümern standen laut Gesetz Entschädigungen oder laufende Mietzahlungen zu, aber es gab keine Möglichkeit, gegen eine Beschlagnahme Einspruch zu erheben. Nach dem Ausscheiden Italiens aus dem Bündnis mit NS-Deutschland im September 1943 wurden etwa 650 000 Italiener ins Deutsche Reich verschleppt und in Kriegsgefangenenlagern interniert. Bis Ende 1943 leisteten bereits 450 000 italienische Soldaten und Unteroffiziere als Militärinternierte Zwangsarbeit für die deutsche Rüstung, den Bergbau und die Bauwirtschaft. Von diesen befanden sich im November 1943 etwa 12 500 Personen in Hamburg, die auf verschiedene Arbeitskommandos verteilt worden waren.[23] Untergebracht waren sie in sogenannten Gemeinschaftslagern. Laut einer Statistik von Ende Oktober 1943 befand sich das größte dieser Hamburger Lager am Dessauer Ufer auf dem Kleinen Grasbrook.[24]

23 Vgl. Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter 2006, S. 581.
24 Aufstellung von Lagern für Arbeitskräfte des Heeres, in- und ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene, die im Arbeitsbereich des AkE beschäftigt werden, Stand 30.10.1943 (StAHH, 322-3, B 22, unfol.).

Das Heinrich-Bauer-Haus taucht in dieser Statistik erst Ende November 1943 auf: Es war als Unterkunft bereits beschlagnahmt, aber noch nicht belegt. Die Räumlichkeiten waren für 250 Internierte geplant, von denen die ersten Ende Dezember 1943 in die Unterkunft transportiert wurden. Nach der Hausmeldekartei[25] lebten im Mai 1945 noch mehr als 400 Italiener im Bauer-Haus; über die gesamte Zeit der Existenz des Lagers war eine Gesamtzahl von mindestens 700 Personen dort untergebracht.

Lager wie das Heinrich-Bauer-Haus und andere Fertigungsstätten oder Lagerhallen in Hafennähe sowie im Kontorhausviertel boten sich zur Unterbringung von Zwangsarbeitenden an, weil sie zentral lagen und nur relativ wenig umgebaut werden musste. Heinrich Bauer hat zwar von den Mietzahlungen für die beschlagnahmten Räumlichkeiten profitiert, denn dies war für ihn eine Einnahmequelle. Doch Nutznießer der Zwangsarbeit war er nicht, da die Italiener nach jetzigem Kenntnisstand in anderen Firmen zur Zwangsarbeit eingesetzt waren.

Wehrmacht und NS- Staat sicherten sich über das Reichsleistungsgesetz von 1939 den Zugriff auf Objekte und Gebäude durch die Beschlagnahme. Das Heinrich-Bauer-Haus wird erstmals Ende November 1943 als beschlagnahmte Unterkunft gelistet – erste italienische Militärinternierte sind Ende Dezember 1943 in die Unterkunft transportiert worden. Es bleibt festzustellen, dass Heinrich Bauer die ihm zustehenden Mieteinnahmen erhielt, jedoch nach bisherigem Kenntnisstand kein Nutznießer der Zwangsarbeit war.

Abschluss

Die Geschichte des Heinrich Bauer Verlags während der Zeit des Nationalsozialismus wirft Fragen zum Verhältnis eines Privatunternehmens zum NS-Regime auf, die anhand der drei Aspekte „Grundstückskäufe und Beteiligungen“, „Verlag und Zeitschriftengeschäft“ sowie „Unterbringung von italienischen Militärinternierten“ in einer umfangreichen Studie eingehend untersucht wurden. Die hier vorliegende Zusammenfassung gibt einen Einblick in das Spannungsfeld zwischen betrieblich-verlegerischen Kontinuitäten, unternehmerischen Eigeninteressen, strategischen

25 Hausmeldekartei für die Schützenpforte 11 (StAHH, 332-8, Meldewesen, Nr. A 51/1).

Entscheidungen und Handlungsspielräumen, politischer Anpassung und der Beteiligung an der Verbreitung ideologischer Propaganda vor dem Hintergrund sich wandelnder rechtlicher, ökonomischer und politischer Rahmenbedingungen.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass trotz der schwierigen Quellenlage vor allem in staatlichen Archiven zahlreiche Dokumente ausgewertet werden konnten, die im Zusammenhang mit der Geschichte des Heinrich Bauer Verlags und seinen Eigentümern stehen. Dabei wurde festgestellt, dass sich Heinrich und Alfred Bauer als Unternehmer zur Fortführung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit den politischen Verhältnissen in den Jahren 1933 bis 1945 anpassten, in ökonomischer Hinsicht davon profitierten und sich publizistisch an der Verbreitung der NS-Ideologie beteiligten. Hinweise auf eine aktive Unterstützung der NS-Bewegung aus der Zeit vor 1933 liegen nicht vor. Das Verhalten nach 1933 erscheint angesichts der recherchierten Quellen und nach dem bisherigen Stand der Erkenntnisse primär ökonomisch motiviert gewesen zu sein.

Abkürzungsverzeichnis

ADGB	**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund**
AfS	**Archiv für Sozialgeschichte**
AkE	**Amt für kriegswichtigen Einsatz**
BArch	**Bundesarchiv**
BDC	**Berlin Document Center**
DAF	**Deutsche Arbeitsfront**
DNVP	**Deutschnationale Volkpartei**
Dradag	**Drahtlose Dienst AG**
EWU	**Elektrizitätswerk Unterelbe**
FDR	**Fachverband der Rundfunkpresse**
GM	**Goldmark**
HBV	**Heinrich Bauer Verlag**
HEW	**Hamburgisches Electricitäts-Werk**
HSR	**Historical Social Research**
IMI	**Italienische Militärinternierte**
JTC	**Jewish Trust Corporation**
LASH	**Landesarchiv Schleswig-Holstein**
NORAG	**Nordische Rundfunk AG**
OKW	**Oberkommando der Wehrmacht**
O.P.D.	**Oberpostdirektion**
NSBO	**Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation**
NSV	**Nationalsozialistische Volkswohlfahrt**
NWDR	**Nordwestdeutscher Rundfunk**
RDP	**Reichsverband der Deutschen Presse**
RDR	**Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer**
RGBl.	**Reichsgesetzblatt**
RKK	**Reichskulturkammer**
RLB	**Reichsluftschutzbund**
RLG	**Reichsleistungsgesetz**
RM	**Reichsmark**
RMVP	**Reichsministerium für Volksaufklärung u. Propaganda**

RPK	**Reichspressekammer**
RRG	**Reichs-Rundfunk-Gesellschaft**
RRK	**Reichsrundfunkkammer**
Rufu	**Rufu-Verlagsgesellschaft**
RVDR	**Reichsvereinigung Deutscher Rundfunkkritiker**
StAHH	**Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg**
StA-L	**Staatsarchiv Leipzig**
Stalag	**Stammlager**
VDR	**Verband Deutscher Rundfunkkritiker**
VfZ	**Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte**

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Ungedruckte Quellen

Archiv der Handelskammer Hamburg

- *Auszug Handelsregisterunterlagen*
- *Firmenakte Heinrich Bauer Verlag*

Bundesarchiv (BArch)

- *Bestand R 34 (Deutsches Nachrichtenbüro)*
- *Bestand R 9361-I (Sammlung Berlin Document Center (BDC))*
- *Bestand R 9361-II (Sammlung Berlin Document Center (BDC))*
- *Bestand R 9361-V (Sammlung Berlin Document Center (BDC): Personenbezogene Unterlagen der Reichskulturkammer (RKK))*
- *Bestand R 9361-VIII Kartei (Sammlung Berlin Document Center (BDC): Personenbezogene Unterlagen der NSDAP – Mitgliederkartei – Zentralkartei)*
- *Bestand R 9361-IX Kartei (ehemals Sammlung Berlin Document Center (BDC)) NSDAP-Gaukartei*

BArch Koblenz

- *Bestand Z 42 I Der Generalinspekteur für die Spruchgerichte in der Britischen Zone*

Heinrich Bauer Verlag (HBV)

- *2 D, Alsterdorfer Straße / Lattenkamp*
- *9 B, Bilanzen*
- *9 E, BP*

Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH)

- *Abt. 460.9 Entnazifizierungsverfahren: Entnazifizierungshauptausschuss des Kreises Pinneberg*

Public Record Office, London

- *Bestand FO 1014*

Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg (StAHH)

- *Bestand 111-1 Senat*
- *Bestand 113-6 Staatsverwaltung – Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Sozialabteilung*
- *Bestand 131-1 II Senatskanzlei – Gesamtregistratur II*
- *Bestand 131-4 Senatskanzlei – Präsidialabteilung*
- *Bestand 135-1 I-IV Staatliche Pressestelle*
- *Bestand 135-1 VI Staatliche Pressestelle*
- *Bestand 135-4 Ausschuß für das Pressewesen*
- *Bestand 213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht*
- *Bestand 213-13 Landgericht Hamburg – Wiedergutmachung*
- *Bestand 214-1 I Gerichtsvollzieherwesen*
- *Bestand 221-11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung*
- *Bestand 231-7 Amtsgericht Hamburg – Handels-, Genossenschafts- und Musterregister*
- *Bestand 232-5 Amtsgericht Hamburg – Vormundschaftswesen*
- *Bestand 241-1 I Justizverwaltung I*
- *Bestand 241-2 Justizverwaltung – Personalakten*
- *Bestand 311-2 IV Finanzdeputation IV*
- *Bestand 311-3 I Finanzbehörde I*
- *Bestand 313-9 Finanzämter*
- *Bestand 314-15 Oberfinanzpräsident (Devisenstelle und Vermögensverwertungsstelle)*
- *Bestand 322-3 Architekt Gutschow*
- *Bestand 324-1 Baupolizei*
- *Bestand 332-8 Meldewesen*
- *Bestand 351-11 Amt für Wiedergutmachung*
- *Bestand 351-14 Arbeits- und Sozialwesen – Einzelfälle*
- *Bestand 377-8 Landwirtschaftskammer*
- *Bestand 522-1 Jüdische Gemeinden*

- *Bestand 621-1/85 Firmenarchiv Walter Schüler*
- *Bestand 621-1/86 Firmenarchiv Siegfried Urias*
- *Bestand 621-1/87 Firmenarchiv Walter Wulff*
- *Bestand 731-8 Zeitungsausschnittsammlung*

Staatsarchiv Leipzig (StA-L)

- *Bestand 21765 Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig (I)*

II. Gedruckte Quellen

Gesetzestexte, Rechtsliteratur und Fragebogenvorlage

Military Government Gazette. Germany – British Zone Control No. 28 / Amtsblatt der Militärregierung. Deutschland – Britisches Kontrollgebiet No. 28, o. O., o. J. [https://www.dfs.ny.gov/system/files/documents/2019/02/british-military-law-59.pdf, Zugriff: Dezember 2023].

Military Government of Germany. Fragebogen – MG/PS/G/9a [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/images/e/e6/Artikel_46003_bilder_value_2_entnazifizierung_c.pdf, Zugriff: Juni 2024].

RGBl., 1933, Teil 1, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Vom 7. April 1933, S. 175.

RGBl., 1933, Teil 1, Gesetz zur Abänderung strafrechtlicher Vorschriften. Vom 26. Mai 1933, S. 295–298.

RGBl., 1933, Teil 1, Gesetz gegen Verrat der Deutschen Volkswirtschaft. Vom 12. Juni 1933, S. 360–363.

RGBl., 1938, Teil 1, Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden. Vom 26. April 1938, S. 414–415.

RGBl., 1938, Teil 1, Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben. Vom 12. November 1938, S. 1580.

RGBl., 1938, Teil 1, Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens. Vom 3. Dezember 1938, S. 1709–1712.

RGBl., 1938, Teil 1, Gesetz über die Devisenbewirtschaftung. 12. Dezember 1938, S. 1734–1748.

RGBl., 1938, Teil 1, Verordnung zur Devisenbewirtschaftung (Richtlinien zur Devisenbewirtschaftung). Vom 22. Dezember 1938, S. 1851–1890.

RGBl., 1939, Teil 1, Dritte Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden. Vom 21. Februar 1939, S. 282.

RGBl., 1939, Teil 1, Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden. Vom 30. April 1939, S. 864.

RGBl., 1939, Teil 1, Gesetz über Sachleistungen für Reichsaufgaben (Reichsleistungsgesetz). Vom 1. September 1939, S. 1645-1654.

RGBl., 1940, Teil 1, Verordnung zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden. Vom 10. September 1940, S. 1235.

Schlegelberger, Franz /Hoche, Werner, Das Recht der Neuzeit. Ein Führer durch das geltende Recht des Großdeutschen Reichs und das preußische Landesrecht 1914–1944, Berlin 1944.

Schmelzeisen, Gustav K., Deutsches Recht. Einführung in die Rechtswissenschaft, Leipzig 1938.

Zeitschriften und Adressbücher

(weitere Zeitungen und Zeitschriften wurden online eingesehen vgl. dazu V.)

Archiv für Funkrecht

Blick in die Zeit

Der Kauz

Der Lebensmittel-Einzelhändler

Der Zeitschriften-Verleger

Deutsche Bauernzeitung

Die Frau von heute

Die Laterne

Die Norag

Die Rundfunk-Antenne

Die Welt von Heute

Funk-Woche

Funk-Wacht (Nordfunk-Ausgabe) (auch: Funk-Wacht/Mein-Funk)

Hamburger Adressbücher

Hamburger Funk-Technik

Jahres-Bericht des Vereins für aus Friedrichsberg Entlassene Geisteskranke

Jahresbericht / Verein für Entlassenen Geistig Erkrankte "Die Brücke"

Kurze Pause

Lesepause

Mein-Funk

Mein Haushalt

Neue Funk-Wacht

Norddeutscher Sport-Spiegel

Norddeutsche Tribüne

Rundfunk-Kritik

Sport-Chronik

Sport-Chronik am Sonnabend

Unser Kreis

III. Literatur

Adler, H[ans] G.: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974.

Ahrens, Ralf: Von der „Säuberung" zum Generalpardon. Die Entnazifizierung der westdeutschen Wirtschaft. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 51,2 (2010), S. 25–45.

Ankele, Monika: „Jede Verhütung des Verfalls von Arbeitskraft ist […] Gewinn für die Allgemeinheit" – Arbeit/slosigkeit, Psychiatrie und öffentliche Gesundheit in der Weimarer Zeit. In: Schmiedebach, Hans-Peter (Hg.): Medizin und öffentliche Gesundheit. Konzepte, Akteure, Perspektiven, Berlin 2018, S. 153–175.

Artus, Holger: Italienische Militärinternierte in Hamburg. Ein Forschungsbericht. In: Sozial.Geschichte online 31 (2022), S. 101-108 [Permalink: https://doi.org/10.17185/duepublico/75857].

Bajohr, Frank: „Arisierung" in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, Hamburg 1997.

Bajohr, Frank: „Arisierung" als gesellschaftlicher Prozeß. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und „arischer" Erwerber. In: Wojak, Irmtrud / Hayes, Peter (Hg.): „Arisierung" im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt a. M. 2000, S. 15–30.

Bajohr, Frank: „Arisierung" und Rückerstattung. Eine Einschätzung. In: Goschler, Constantin / Lillteicher, Jürgen (Hg.): „Arisierung" und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002, S. 39–59.

Bajohr, Frank: „Arisierung" und wirtschaftliche Existenzvernichtung im Nationalsozialismus. In: Bambi, Andrea / Drecoll, Axel (Hg.) in Zusammenarbeit mit Andrea Baresel-Brand: Alfred Flechtheim. Raubkunst und Restitution, Berlin/Boston 2015, S. 29–36.

Barkai, Avraham: Vom Boykott zur „Entjudung". Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1945, Frankfurt a. M. 1988.

Bauer, Thomas: Deutsche Programmpresse 1923 bis 1941. Entstehung, Entwicklung und Kontinuität der Rundfunkzeitschriften, München 1993.

Beermann, Johannes: Mehr als bloß Dienstleister. Die Mitwirkung von Spediteuren und Gerichtsvollziehern an der wirtschaftlichen Existenzvernichtung der europäischen Juden am Beispiel der Freien und Hansestadt Bremen zwischen 1938 und 1945. In: Balcar, Jaromír (Hg.): Raub von Amts wegen. Zur Rolle von Verwaltung,

Wirtschaft und Öffentlichkeit bei der Enteignung und Entschädigung der Juden in Bremen, Bremen 2014, S. 117–210.

Benz, Wolfgang: Einleitung. Die NSDAP und ihre Mitglieder. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a. M. 2009, S. 7–17.

Bergmann, Werner: Deutschnationale Volkspartei. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin 2012, S. 191–197.

Bopf, Britta: Diskriminierung und Enteignung jüdischer Immobilienbesitzer im Nationalsozialismus. In: Stengel, Katharina (Hg.): Vor der Vernichtung. Die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2007, S. 182–203.

Bretschneider, Michael unter Mitarbeit von Jörg Schumacher: Das Difu erkundet seinen neuen Standort. Gebäudenutzung in der Zimmerstraße 13–15 von 1799 bis 1943 anhand der Berliner Adressbücher, Berlin 2010 [https://difu.de/sites/default/files/media_files/Zimmerstr_Das%20Difu%20erkundet%20seinen%20neuen%20Standort_2010.pdf, Zugriff: September 2024].

Brünger, Sebastian: Geschichte und Gewinn. Der Umgang deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit, Göttingen 2017.

Brunner, José / Frei, Norbert / Goschler, Constantin: Komplizierte Lernprozesse. Zur Geschichte und Aktualität der Wiedergutmachung. In: Frei, Norbert / Brunner, José / Goschler, Constantin (Hg.): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel, Göttingen, 2009, S. 9–47.

Büttner, Ursula: „Gomorrha“ und die Folgen. Der Bombenkrieg. In: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.): Hamburg im „Dritten Reich“, Göttingen 2005, S. 613-632.

Dahm, Volker: Anfänge und Ideologie der Reichskulturkammer. Die „Berufsgemeinschaft“ als Instrument kulturpolitischer Steuerung und sozialer Reglementierung. In: VfZ 34,1 (1986), S. 53–84.

Deiters, Heinz-Günter: Fenster zur Welt. 50 Jahre Rundfunk in Norddeutschland, Hamburg 1973.

Dussel, Konrad: Deutsche Rundfunkgeschichte. 3., überarbeitete Auflage, Konstanz 2010.

Elsbach, Sebastian: Eiserne Front. Abwehrbündnis gegen Rechts 1931 bis 1933, Wiesbaden 2022.

Erdelmann, Jessica: ‚Persilscheine‘ aus der Druckerpresse? Die Hamburger Medienberichterstattung über Entnazifizierung und Internierung in der britischen Besatzungszone, Hamburg 2016.

Esch, Arnold: Überlieferungs-Chance und Überlieferungs-Zufall als methodisches Problem des Historikers. In: Esch, Arnold: Zeitalter und Menschenalter. Der Historiker und die Erfahrung vergangener Gegenwart, München, 1994, S. 39–69.

Falter, Jürgen W.: Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, Frankfurt a. M. 2020.

Falter, Jürgen W.: „Wenn ich ausgetreten wäre, wäre mir der Strick sicher gewesen“. Erklärungs- und Entschuldigungsversuche. In: Falter, Jürgen W / Khachatryan,

Kristine / Klagges, Lisa / Meßner, Jonas / Rosensprung, Jan / Weber, Hannah: „Wie ich den Weg zum Führer fand“. Beitrittsmotive und Entnazifizierungsstrategien von NSDAP-Mitgliedern, Frankfurt a. M. 2022, S. 267–310.

Feyen, Martin: „Rassenschande“. Zur Nachgeschichte eines NS-Delikts. In: Frei, Norbert / Brunner, José / Goschler, Constantin (Hg.): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel, Göttingen 2009, S. 239–263.

Fladhammer, Christa / Wildt, Michael: Einleitung. In: Fladhammer, Christa / Wildt, Michael (Hg.): Max Brauer im Exil. Briefe und Reden aus den Jahren 1933–1946, Hamburg 1994, S. 15–100.

Fohrmann, Melanie: „Aus dem Lautsprecher brüllte der Krieg.“ Ernst Johannsens Hörspiel Brigadevermittlung, Bielefeld 2005.

Frei, Norbert / Schmitz, Johannes: Journalismus im Dritten Reich. 3., überarbeitete Auflage, München 1999.

Freise, Louis: Die Lage der Kleinrentner, ihre Organisation und Selbsthilfe sowie öffentliche Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung, Hamburg 1922 (Hochschulschrift).

Friedenberger, Martin: Die Rolle der Finanzverwaltung bei der Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung der deutschen Juden. In: Friedenberger, Martin / Gössel, Klaus-Dieter / Schönknecht, Eberhard (Hg.): Die Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumente, Bremen 2002, S. 10–94.

Führer, Karl C.: Medienmetropole Hamburg. Mediale Öffentlichkeiten 1930–1960, Hamburg 2008.

Füllberg-Stolberg, Claus: Sozialer Tod – Bürgerlicher Tod – Finanztod. Finanzverwaltung und Judenverfolgung im Nationalsozialismus. In: Stengel, Katharina (Hg.): Vor der Vernichtung. Die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2007, S. 31–58.

Genschel, Helmut: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966.

Goetz, Sibylle Beck von: Bauhauskünstlerin mit Berufsverbot – Dörte Helm (1898 – 1941). In: https://forschendes-lernen.de/forschendes-lernen/allgemein/doerte-helm-1898-1941bauhauskuenstlerin-malerin-graphikerin, Zugriff am 18.09.2024.

Goschler, Constantin: Die Politik der Rückerstattung in Westdeutschland. In: Goschler, Constantin / Lillteicher, Jürgen (Hg.): „Arisierung“ und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002, S. 99–125.

Goschler, Constantin: Vertrauenskapital und Vergangenheitspolitik. Die Auseinandersetzung der deutschen Wirtschaft mit „Arisierung“ und Zwangsarbeit. In: Lillteicher, Jürgen (Hg.): Profiteure des NS-Systems? Deutsche Unternehmen und das „Dritte Reich“, Berlin 2006, S. 154–173.

Goschler, Constantin / Ther, Philipp: Eine entgrenzte Geschichte. Raub und Rückerstattung jüdischen Eigentums in Europa. In: Goschler, Constantin / Ther, Philipp (Hg.): Raub und Restitution. „Arisierung“ und Rückerstattung des jüdischen Eigentums in Europa, Frankfurt a. M. 2003, S. 9–25.

Gossel, Daniel A.: Die Hamburger Presse nach dem Zweiten Weltkrieg. Neuanfang unter britischer Besatzungsherrschaft, Hamburg 1993.

Grieger, Manfred: Sartorius im Nationalsozialismus. Generationswechsel im Familienunternehmen zwischen Weltwirtschaftskrise und Entnazifizierung, Göttingen 2019.

Grumblies, Florian: Rückerstattung und Entschädigung. Die Praxis der „Wiedergutmachung“ nationalsozialistischen Unrechts am Beispiel der Juden der Stadt Hannover 1945–1965, o. O. 2021 [[URL: https://repo.uni-hannover.de/bitstreams/39a4fe88-138c-42d3-a2fc-ae76459c1069/download, abgerufen am 29.03.2024].

Hamann, Sven: „Jeder Käufer such möglichst günstig zu kaufen.“ Raub, Rückerstattung und Entschädigung jüdischen Eigentums in Schleswig-Holstein, Kiel/Hamburg 2022.

Heinsohn, Kirsten: RADEL; Frieda. In: Kopitzsch, Franklin / Brietzke, Dirk (Hg.): Hamburgische Biografie, Band 5, Göttingen 2010, S. 297f.

Hemker, Christoph: Vor 60 Jahren verboten: Die Wochenzeitschrift Blick in die Zeit. In: Demokratische Geschichte / Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein IX (1995), S. 9–44.

Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999.

Herbst, Ludolf: Einleitung. In: Herbst, Ludolf / Goschler, Constantin (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 7–31.

Herrlein, Jürgen: Die „Entjudung“ des Mietwohnungsbestands im Nationalsozialismus als Teil der geplanten „Ausrottung des jüdischen Volkes“. In: Kritische Justiz 48,1 (2015), S. 17–37.

Jensen, Jürgen / Rickers, Karl (Hg.): Andreas Gayk und seine Zeit. 1893–1954. Erinnerungen an den Kieler Oberbürgermeister, Neumünster 1974.

Justke, Sebastian: Ein ehrbarer Kaufmann? Albert Schäfer, sein Unternehmen und die Stadt Hamburg 1933–1956, Berlin 2023.

Königseder, Angelika: Das Ende der NSDAP. Die Entnazifizierung. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a. M. 2009, S. 151–166.

Korte, Friedrich H.: Landschaft und Sender. Eine Untersuchung der Beziehung zwischen Rundfunksender und seiner Landschaft unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse beim Reichssender Hamburg, Hamburg 1940.

Krüger, Wolfgang: Entnazifiziert! Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1982.

Kuller, Christiane: Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland, München 2013.

Laak, Dirk van: Die Mitwirkenden bei der „Arisierung“. Dargestellt am Beispiel der rheinisch-westfälischen Industrieregion 1933–1940. In: Büttner, Ursula (Hg.): Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Hamburg 1992, S. 231–257.

Landeszentrale für politische Bildung: Hamburg, KZ-Gedenkstätte Neuengamme u.a. (Hg.): Zwangsarbeit in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939-1945, Hintergrundinformationen zur Publikation. Text: Katharina Hertz-Eichenrode, Hamburg 2007.

Leonhard, Joachim-Felix (Hg.): Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik, München 1997 (2 Bände).

Lerg, Winfried B.: Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980.

Leßau, Hanne: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit. 2. Auflage, Göttingen 2021 [Göttingen 2020].

Lillteicher, Jürgen: Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2007.

Littmann, Friederike: Ausländische Zwangsarbeiter in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939–1945, Hamburg 2006.

Littmann, Friederike: Zwangsarbeiter in der Kriegswirtschaft. In: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.): Hamburg im „Dritten Reich", Göttingen 2005, S. 225–245.

Lösche, Peter / Scholing, Michael: Solidargemeinschaft im Widerstand: Eine Fallstudie über „Blick in die Zeit". In: IWK 19 (1983/4), S. 517-561.

Lösche, Peter / Scholing, Michael: In den Nischen des Systems: Der sozialdemokratische Pressespiegel „Blick in die Zeit". In: Schmädeke, Jürgen / Steinbach, Peter (Hg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München u.a. 1985, S. 207–224.

Martens, Holger: Auf dem Weg in den Widerstand – Die „Echo"-Versammlung der Hamburger SPD 1933, Norderstedt 2010.

Matz, Jutta: Werner Perrey. Der Kieler Kasper, Norderstedt 2020.

Mendel, Kurt Hermann: „Blick in die Zeit". 1933–1935, Berlin 1986.

Müller, Ulrike: Bauhaus Frauen. Meisterinnen in Kunst, Handwerk und Design. 2. Auflage, Berlin 2016.

Mußgnug, Dorothee: Die Reichsfluchtsteuer 1931–1953, Berlin 1993.

Nietzel, Benno: Die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Juden 1933–1945. Ein Literatur- und Forschungsbericht. In: AfS 49 (2009), S. 561–613.

Ohlendorf, Michale / Kuper, Gerhard: Das Wedeler Kraftwerk der HEW. In: Arbeitsgemeinschaft Wedeler Stadtgeschichte (Hg.): Beiträge zur Wedeler Stadtgeschichte. Band 6 (2004), S. 83–103.

Phieler, Willy: Volkskundliches aus den Marken. Eine Studie aus den italienischen Provinzen der „Marche", Hamburg 1934.

Rauh, Cornelia: Das Eigentum der Anderen. In: Frei, Norbert (Hg.): Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?, Göttingen 2018, S. 127–143.

Rauh-Kühne, Cornelia: Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft. In: AfS 35 (1995), S. 35–70.

Rickers, Karl: Erinnerungen eines Kieler Journalisten 1920–1970, Neumünster 1992.

Rimmele, Lilian-Dorette: Der Rundfunk in Norddeutschland 1933–1945. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Organisations-, Personal- und Kulturpolitik, Hamburg 1977.

Rummel, Walter: Die Enteignung der Juden als bürokratisches Verfahren. Funktion und Grenzen der pseudo-legalen Formalisierung eines Raubes. In: Stengel, Katharina (Hg.): Vor der Vernichtung. Die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2007, S. 61–79.

Saldern, Adelheid von: Rundfunkpolitik, Nationalidee und Volkskultur (1926-1932). In: Marßolek, Inge / Saldern, Adelheid von (Hg.): Radiozeiten. Herrschaft, Alltag, Gesellschaft (1924–1960), Potsdam 1999, S. 59–82.

Scholz, Kai-Uwe: Chamäleon oder Die vielen Gesichter des Hans Friedrich Blunck. Anpassungsstrategien eines prominenten NS-Funktionärs vor und nach 1945. In: Ludwig Fischer u.a. (Hg.): Studien zur literarischen Kultur in Hamburg, Hamburg 1999, S. 131–167.

Seegers, Lu: Hör zu! Eduard Rhein und die Rundfunkprogrammzeitschriften (1931–1965), Potsdam 2001.

Stolleis, Michael: Gemeinschaft und Volksgemeinschaft. Zur juristischen Terminologie im Nationalsozialismus. In: VfZ 20,1 (1972), S. 16–38.

Szodrzynski, Joachim: Entnazifizierung – am Beispiel Hamburgs, o. O. 2014 [https://www.hamburg.de/content-blob/4462240/c74125f820e125e20c176410f905a407/data/aufsatz-szodrzynski.pdf, Zugriff: Mai 2024].

Trabant, Jürgen: Zur Einführung. Vom linguistic turn der Geschichte zum historical turn der Linguistik. In: Jürgen Trabant (Hg.) unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner: Sprache der Geschichte, München 2005, S. VII–XXII.

Wagner, Jens-Peter: Die Kontinuität des Trivialen. Hans Friedrich Blunck (1888–1961). In: Caemmerer, Christiane / Delabar, Walter (Hg.): Dichtung im Dritten Reich? Zur Literatur in Deutschland 1933–1945, Opladen 1996, S. 245–264.

Weigel, Björn: „Märzgefallene“ und Aufnahmestopp im Frühjahr 1933. Eine Studie über den Opportunismus. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a. M. 2009, S. 91–109.

Winstel, Tobias: Die Testamentsvollstrecker. Zur Rolle von Anwälten und Rechtshilfeorganisationen. In: Frei, Norbert / Brunner, José / Goschler, Constantin (Hg.): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel, Göttingen 2009, S. 533–553.

Wittenbrink, Theresia: Zeitgenössische Schriftsteller im Rundfunk. In: Leonhard, Joachim-Felix (Hg.): Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik (Band 2), München 1997, S. 1098–1195.

Zürn, Gaby: Forcierte Auswanderung und Enteignung 1933 bis 1941. Beispiele Hamburger Juden. In: Herzig, Arno (Hg.) in Zusammenarbeit mit Saskia Rohde: Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990. Wissenschaftliche Beiträge der Universität Hamburg zur Ausstellung „Vierhundert Jahre Juden in Hamburg“, Hamburg 1991, S. 487–497.

IV. Persönliche Auskünfte

Auskunft per E-Mail aus dem Österreichischen Staatsarchiv vom 12. September 2024.

Auskunft per E-Mail aus der Deutschen Nationalbibliothek vom 11. September 2024.

Schriftlich Auskunft von Hans-Peter Strenge, 2. Januar 2024.

V. Datenbanken, Websites

https://agora.sub.uni-hamburg.de

https://alfredbauerverleger.wordpress.com/2020/01/15/zwangsarbeitslager-im-heinrich-bauer-haus-1943-1945/

https://anno.onb.ac.at/info/mhh_info.html

https://blog.holgerartus.eu/category/italienische-militaerinternierte/

https://digital.onb.ac.at/RepViewer/viewer.faces?doc=DTL_9113416&order=1&view=SIN

https://digitalcollections.its-arolsen.org

https://d-nb.info

https://doerte-helm.de/fotos-und-nachruf/

https://heinrichbauerhaus.wordpress.com/

https://imiinhamburg.wordpress.com/

https://portal.dnb.de/bookviewer/view/1026627192#page/100/mode/1up

https://www.bundesarchiv.de

https://www.dfs.ny.gov/

https://www.hamburg.de/clp/frauenbiografien-suche

https://www.historisches-lexikon-bayerns.de

https://www.ns-zwangsarbeit.de/italienische-militaerinternierte/

https://www.stolpersteine-hamburg.de

https://www.verfassungen.de/

https://zdb-katalog.de

https://zeitungen.sub.uni-hamburg.de

https://zwangsarbeit-in-hamburg.de